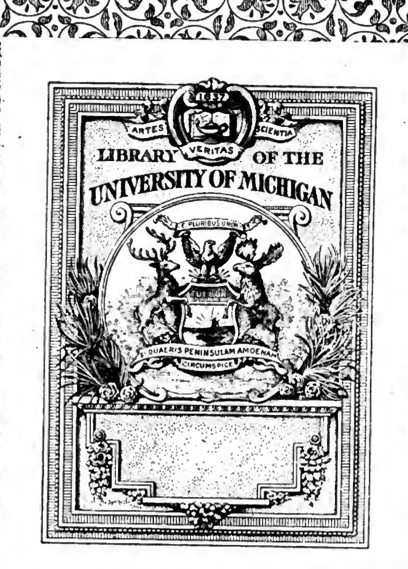
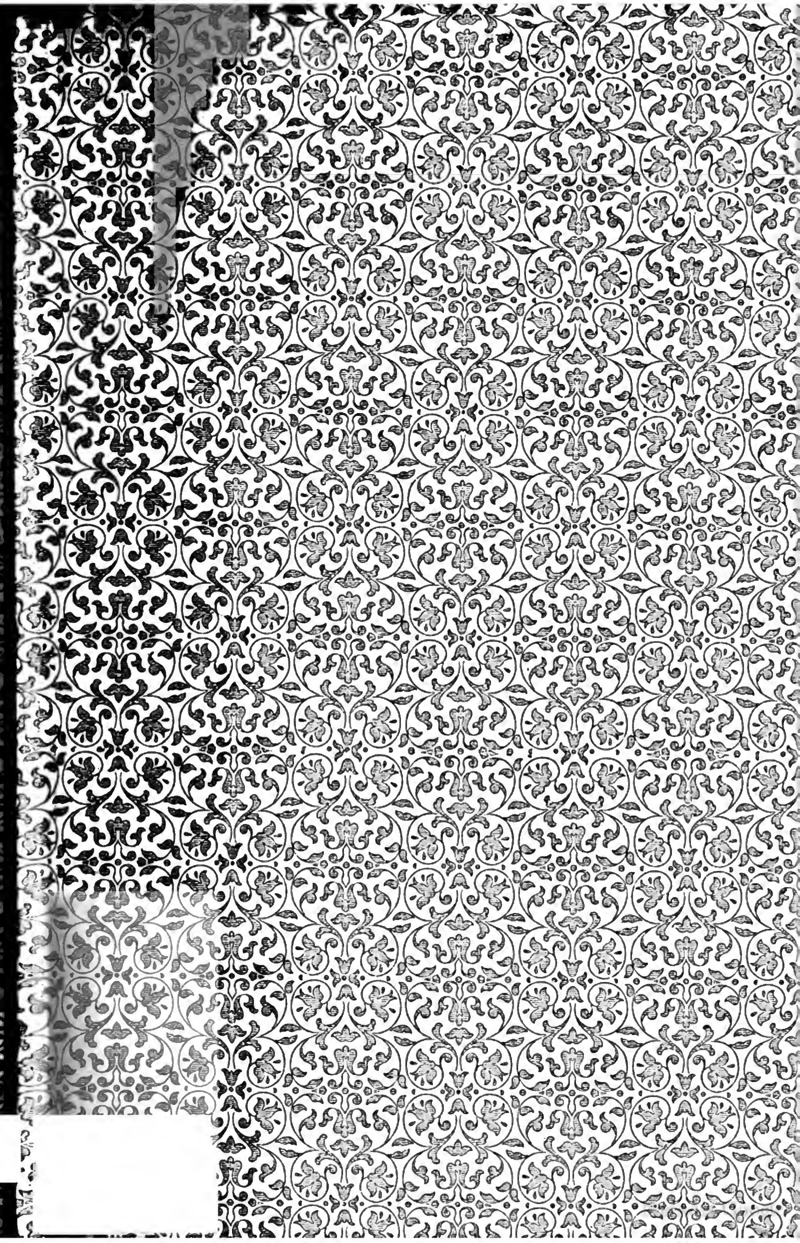
Geschichtliche bilder und skizzen

Karl Theodor von Heigel


ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
E PLURIBUS UNUM
TUEBOR
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE



Geschichtliche

Bilder und Skizzen.

Geschichtliche

Bilder & Skizzen.

Von

Karl Theodor Heigel
o. ö. Professor und Direktor des histor. Seminars
an der Universität München.



1897.
München
Verlag von J. F. Lehmann.

Vorwort.

Gelegentlich der dritten Vereinigung deutscher Historiker — zu Ostern 1895 in Frankfurt — brachte eine vielgelesene Zeitung eine kurze Charakteristik der älteren Festgäste. Ihrem Verfasser lag mehr daran, für witzig als für wohlwollend zu gelten; er teilte nach links und rechts — ich will nicht sagen — Geißelhiebe, aber Nadelstiche aus. Indem ich von ihm als „der bekannte Essavist“ vorgestellt wurde, geschah es schwerlich in freundlicher Absicht. Doch ich selbst bewerte den „Essayisten“ anders, als jener Spötter, und würde mich glücklich schätzen, wenn ich den Namen eines echten und rechten Essayisten verdiente. Als Essays bezeichnen wir kürzere Abhandlungen wissenschaftlichen Inhalts in gemeinverständlicher Darstellung. Zweck aller wissenschaftlichen Arbeit ist es, Licht in das Dunkel zu bringen, Erkenntnis zu verbreiten. Man kann aber dieser Aufgabe ebensowohl durch kurze Abhandlungen, wie durch dicke Bände gerecht werden. Auch Menschen mit engen Schicksalen, Ereignisse ohne die Tragweite eines Völkerkrieges können für den Historiker ebenso würdige, wie schwierige Vorwürfe sein. Wenn er nur nicht den Unterschied zwischen Anekdote und Geschichte vergißt! Der Maler, der einen Tannenzweig malt, muß eine richtige Vorstellung von der Tanne haben. —

Doch Essays werden in „gemeinverständlicher“ Sprache geschrieben. Ist vielleicht das der Grund, aus dem man auf den

„Essayisten" herabsieht? Nach meiner Ansicht muß gerade der Geschichtsschreiber immer gemeinverständlich sein.

Und so werde ich es nach wie vor nicht unter meiner Würde halten, der Oeffentlichkeit auch solche Ergebnisse geschichtlicher Forschung mitzuteilen, die sich in einem engen Rahmen anschaulich und erschöpfend darstellen lassen.

Selbständiger Forschung! Das kann ich mit gutem Gewissen versichern. Obwohl ich die vorliegenden Abhandlungen für den weitesten Kreis von Geschichtsfreunden bestimmt habe, brauche ich das Urteil der Fachgenossen nicht zu scheuen. Sie werden sich überzeugen, daß ich mich nicht einzig auf das Gepräge und die Ciselierung gegebener Stoffe beschränkt habe, sondern daß auch das Material von mir selbst geschürft worden ist, so daß ich wenigstens bei den meisten Stücken wesentlich Neues zu bieten habe.

Den Verlegern der „Allgemeinen Zeitung", die mir ausnahmsweise erlaubten, die erst unlängst in den Beilagen 130, 162, 163 aufgenommenen Aufsätze wieder zu veröffentlichen, spreche ich verbindlichsten Dank aus.

So übergebe ich denn die fünfte Sammlung vermischter Aufsätze und Vorträge der Oeffentlichkeit. Habent sua fata libelli! Begabung und redliches Bemühen des Autors genügen zum Erfolg seines Werkes nicht; die Richtung seines Willens muß mit dem Geschmack und der Stimmung des Publikums zusammentreffen. „Hoffen", sagt Goethe, „ist in allen Dingen besser, als zweifeln."

Der Verfasser.

Inhalt.



I.

Hippolyte Taine.

Die Frage: Ob jemals „alle Menschen Brüder" und die Nationen Ein Volk werden können, hat der Historiker nicht zu beantworten. Auch unter vier Augen, bei einer Tasse Thee um seine persönliche Meinung ersucht, wird er sich vorsichtig darüber äußern. Denn, mögen wir uns in die Weltgeschichte vertiefen, mögen wir die Geschichte eines Stammes oder eines Staates, eines Standes oder einer Sekte studieren, immer wird sich uns der Gang der Ereignisse als ein Kampf um die Macht darstellen. Ein friedlicher Kampf jedoch, ein reinweg uneigennütziger Wettstreit existiert nur in Festreden. Zu einem Kampf gehören immer Zwei, und die Niederlage des Gegners ist die wechselseitige Absicht. Spencer hat Recht: „Um den sozialen Fortschritt in dem ungeheuren Schwunge seiner Laufbahn zu verstehen, müssen dem Geiste stets die egoistischen und die nichtegoistischen Kräfte als gleich unentbehrlich mitwirkende Faktoren, von denen keiner übersehen oder einfach verworfen werden darf, gegenwärtig sein."

Ich schicke diese allgemeine Betrachtung voraus, um Ihnen, wie mir selbst, die Schranke klarzulegen, die meinem Vorhaben, einen ausgezeichneten Schriftsteller der Gegenwart, Hippolyte

Taine, zu würdigen, gezogen ist. Taine ist nicht schlechthin ein bedeutender Mensch, sondern auch Franzose. Diese Thatsache macht dem Deutschen ein rein objektives und erschöpfendes Urteil fast unmöglich. Denn wenn er sich auch aller nationalen Vorurteile entäußern, wenn er den Mann und seinen Erfolg wie ein geborner Franzose bewerten könnte, würde immer noch eine ungeheure Schwierigkeit zu überwinden sein: Taine hat als Schriftsteller gewirkt, und bei einem Schriftsteller sind die sprachlichen Verdienste keine Nebensache.

Doch es kann auch nicht meine Aufgabe sein, in erschöpfender kritischer Weise die Wirksamkeit des in allen Wissenschaften heimischen Gelehrten zu schildern; im engen Rahmen eines Vortrages können Leben und Schaffen des großen Zeitgenossen nur in flüchtigen Strichen skizziert werden.

Hippolyte Taine steht auf den Schultern der Romantiker, der französischen Romantiker. Die romantischen Schulen Frankreichs und Deutschlands haben manchen Zug gemeinsam, dennoch sind sie sehr ungleichartige Erscheinungen. Brandes nennt Taine — als Psychologen betrachtet — den Nachfolger Beyle's. Und Henry Beyle, der Verfasser von „Racine et Shakespeare“, ist sicher unter die französischen Romantiker zu reihen. Am Maßstabe unsrer Romantiker gemessen, ist er ein Realist.

Der entscheidende Sieg des Romanticisme war die denkwürdige Aufführung von Viktor Hugo's „Hernani“. An jenem Februarabend 1830 zündete ihre Losung in den Massen. Viktor Hugo galt fortan als das Haupt der Bewegung. Doch vergessen wir nicht, daß die erste Ausgabe seiner „Orientales“ schon 1822 erschienen ist. In der Vorrede zu diesen Oden und Balladen sagt der Dichter: „Tout écrivain (dans quelque sphère que s'exerce son esprit) doit avoir pour objet principal d'être utile.“ Und in der Vorrede der zweiten Auflage heißt es: „Il faut le dire et le redire, ce n'est pas un besoin de nouveauté, qui tourmente les esprits, c'est un besoin de vérité, et il est immense!“ Einen ähnlich nüchternen — im guten Sinne des Wortes nüchternen

Satz dürften wir in den Schriften unsrer deutschen Romantiker schwerlich finden.

Natürlich äußert sich das Wahrheitsbedürfnis bei Beyle, der als Beamter der Armeeverwaltung und später als Adjutant des Generals Michaud die Schule des Krieges durchgemacht, anders als bei Viktor Hugo. Und wieder anders als bei Beyle äußert es sich in den Werken Taine's, des Gelehrten.

Es ist nicht meine Aufgabe, zu untersuchen, ob die künstlerischen Werke der Romantiker ihrem Glaubensbekenntnisse: Die Wahrheit und nur die Wahrheit! immer entsprochen haben. Es genügt, wenn Sie aus dem Folgenden die Ueberzeugung gewinnen, daß von jener literarischen Bewegung ein Hauch — mehr als ein Hauch: Atem und Ruch! — in der Arbeitsstube unseres Gelehrten zu spüren sind.

Ich bin nicht weniger ein guter Deutscher, wenn ich finde, daß in manchen Nekrologen aus deutscher Feder von deutschem Einfluß auf Taine allzuviel geredet wurde. Im großen und ganzen wird er außer den eigenen Landsleuten englischer und italienischer Gelehrsamkeit ebensoviel oder mehr zu verdanken haben, als der deutschen. Das Wahrheitsbedürfnis ist ja heute den Männern der Wissenschaft aller Nationen gemeinsam, jener wissenschaftliche Geist, den unser unvergeßlicher Döllinger so schön wie erschöpfend kennzeichnet als „den fein ausgebildeten, zugleich auf Reinheit des Willens und Schärfe der Intelligenz beruhenden Wahrheitssinn", als „die technische, durch lange und sorgfältige Uebung erworbene Fertigkeit, die rechten Werkzeuge, die rechten Forschungsmittel und Methoden anzuwenden, um in der Natur oder Geschichte die verborgene Wahrheit zu entdecken, sie mit anderen schon bekannten Wahrheiten in Zusammenhang zu bringen, sie von jedem anklebenden Irrtum abzulösen", als „die schwere Kunst, mit völliger Unbefangenheit, ja mit Selbstverleugnung, mit Fernhaltung vorgefaßter Meinungen oder Systeme oder Wünsche, die Phänomene und Thatsachen möglichst adäquat zu erkennen und darzustellen". —

1*

Die Lebensschicksale Taine's sind einfach. Er war niemals eine politische Macht, wie Hugo; er hatte sich anfangs, wie so viele Gelehrte, über Zurücksetzung zu beklagen; geringere Verdienste als die seinen wurden wärmer anerkannt; man veranstaltete ihm keine Apotheosen, dagegen wurden seine Schriften und sein Bild auch nicht verbrannt. Er hat keine Abenteuer erlebt, doch war er Zeuge der großen Katastrophe von 1870, und sicherlich wurde sein Schmerz über das Unglück seines Vaterlandes durch seine größere Einsicht in die Ursachen nicht gemildert! Alles in allem ist sein Leben Mühe und Arbeit gewesen.

Hippolyte Taine ist geboren am 21. April 1828 in Vouziers im Departement Ardennes, gestorben am 5. März 1893 zu Paris. In seinen historisch-ethnographischen Schriften legt er immer höchstes Gewicht auf Stamm, vererbte Anlagen, örtliche und gesellschaftliche Umgebung und die allgemeinen Zeitumstände. Geblüt, Sphäre und Zeit, das sind die drei Urkräfte, meint er, aus denen unsre Persönlichkeit zu erklären ist, sie sind entscheidend und bestimmend für die faculté maîtresse des Menschen, wie örtliche und klimatische Verhältnisse für den Charakter, mittelbar also für die Schicksale eines Volkes bestimmend sind. Wenn wir die Hypothese nun auf Taine selbst anwenden, geraten wir in einige Schwierigkeit. Die Bodenbeschaffenheit des Ardennen-Gebiets läßt wenig Kultur zu. Mageres Weideland wechselt mit unfruchtbarem Moor, besonders aber geben dichte Waldungen dem Ganzen einen düsteren Charakter, so daß es nicht befremden kann, zu vernehmen, daß dieses arme Land von einem harten, zurückgebliebenen Menschenschlag bewohnt ist; fast die Hälfte der Bewohner des Departements kann nicht lesen und schreiben. Und doch kam ein Taine aus diesem Nazareth! Freilich rühmt Michelet den kritischen Sinn und den Ernst der ardennischen Rasse, und Monod weist darauf hin, daß Vouziers schon hart an der Grenze der Champagne gelegen sei, daß also wohl von einer Mischung ardennischer Trockenheit und Besonnenheit mit der Lebhaftigkeit und dem Witz der Bewohner des berühmten Weinlandes gesprochen werden könne. Entschieden kommt

Taine's Nordfranzosentum in seinen Schriften zum Ausdruck, und er berührte sich hier mit Viktor Hugo, der, aus Besançon in Lothringen gebürtig, lange Zeit sich seiner germanischen Abstammung rühmte, bis er es vorzog, mehr Gewicht auf seine Zugehörigkeit zur Vendée zu legen.

Die Eltern Taine's waren nicht reich, aber auch nicht dürftig. Der Vater, ein gelehrter Advokat, unterrichtete seinen Sohn im Lateinischen, ein Oheim, der nach längerem Aufenthalt aus Amerika zurückgekehrt war, im Englischen, das schon dem Knaben ein lebhaftes Interesse einflößte. Nach dem Tode des Vaters lebten Mutter und Sohn in einfachen Verhältnissen, doch brauchte er nie gegen die gemeine Not zu kämpfen. Frühzeitig offenbarte sich seine hohe Begabung. Er absolvierte alle Schulen mit Auszeichnung und bestand glänzend die Prüfungen, die für die akademische Laufbahn nötig sind. Doch ebenso früh wie sein Talent verriet er seine geistige Unabhängigkeit, ein lebendiges Gefühl für persönliche Würde, die damals in Frankreich an höchster Stelle mehr gefürchtet als geschätzt wurden, denn zunächst hoffte Napoleon III. seinen Sieg durch Niederhaltung der Geister zu befestigen und war gegen die Lehr- und Gewissensfreiheit der Lehrer ebenso mißtrauisch, wie gegen die freie Meinungsäußerung der Presse. Taine wurde demnach nicht zur akademischen Laufbahn zugelassen, weil man fand, daß seine philosophische Richtung „irrige“ und „schädliche“ Tendenzen verfolge. Er ging nun in Provinzstädte, aber auch dort stieß seine Absicht, Vorträge über Philosophie zu halten, auf Schwierigkeiten; eine Gymnasiallehrerstelle, die er in Besançon angenommen hatte, sagte ihm nicht zu, und so gab er die Versuche, ein öffentliches Lehramt zu erlangen, auf und erwarb sich, nach Paris zurückgekehrt, durch Privatunterricht seinen bescheidenen Unterhalt. Daneben aber fing er mit eigenen Studien wieder von vorn an, mit Feuereifer warf er sich auf naturwissenschaftliche Disziplinen und auf das Studium der Medizin, denn ohne diese Gebiete völlig zu beherrschen, sei ein Philosoph in unserm Jahrhundert nicht mehr berechtigt.

In die Öffentlichkeit trat er indes zum ersten Male mit einer literarhistorischen Studie; eine Dissertation über Lafontaine und seine Fabeln erwarb ihm 1853 den Doktorgrad.

Schon in diesem Erstlingswerk offenbart sich seine Selbständigkeit und zukunftskräftige Eigenart, schon hier bringt er eine neue Lehre, wie kritische Untersuchungen anzustellen seien. Da jede geschichtliche, künstlerische und literarische Erscheinung das Ergebnis von Race, Umgebung und Zeitumständen ist, sei auf Grund jener Faktoren die wesentliche Eigenschaft des Individuums festzustellen und aus dieser heraus der ganze Mensch und sein Werk zu erklären. So giebt er denn in seiner Schrift ein anschauliches Kulturbild des Zeitalters des berühmten Fabeldichters und folgert weiter, unter den geschilderten zusammenwirkenden Verhältnissen und Umständen habe Lafontaine eben nur so und nicht anders schreiben können.

Es erregte vor etwa dreißig Jahren gewaltiges Aufsehen, als Henry Buckle in seiner History of civilization in England den Grundsatz von der Ursächlichkeit auf Erscheinungen anwandte, die bisher nicht aus diesem Gesichtspunkte beurteilt worden waren. Die Kausalität die „Fundamentalvoraussetzung sämtlicher Realwissenschaften"! An die gleiche Ursache ist ein für allemal die gleiche Wirkung geknüpft, oder, anders ausgedrückt: Alles in der Welt geschieht nach unveränderlichen Gesetzen mit realer Notwendigkeit. Jedes geringste wie jedes größte Ereignis hat eine Ursache. Es giebt keinen Zufall im absoluten Sinne des Wortes.

In diesem Kausalbegriff, den Goethe schon den angeborensten, den notwendigsten Begriff genannt hat, wurzelt auch die Hypothese Taine's. Die unüberwindliche Schwierigkeit für den Historiker aber liegt in den Kausalreihen, den relativen Zufällen. Warum z. B. entwickeln sich bei Zwillingen, auch wenn sie unter Einem Dach, unter der gleichen Aufsicht, nach dem gleichen Lehrplan erzogen werden, verschiedene geistige Anlagen und verschiedene Gemütsart? Es ist nicht leichter, die augenfälligen und verborgenen Einflüsse auf die Entwicklung eines Individuums sozusagen graphisch darzustellen, als die ungeheure Verästelung am

Baum der Kultur. Wenn Zola die Pläne von zwanzig Romanen unter ein System bringt und dann beim letzten Band sagt: „So mußt' es kommen!" so ist es etwas anderes, als wenn der Historiker ein System in die überlieferte Geschichte einer Familie Generationen hindurch zu bringen unternimmt!

Übrigens so völlig ahnungslos in Bezug auf das Kausalitätsgesetz waren die Forscher vor Buckle auch nicht. Ich führe nur ein Wort Ranke's an: „Die Entschlüsse der Menschen gehen von den Möglichkeiten aus, welche die allgemeinen Zustände darbieten; bedeutende Erfolge werden nur unter Mitwirkung der homogenen Weltelemente erzielt; ein jeder erscheint beinahe nur als eine Geburt seiner Zeit, als der Ausdruck einer auch außer ihm vorhandenen Tendenz."

Daß man die Theorien Buckle's, Taine's u. A., weil sie noch hypothetisch sind, nicht kurzweg ablehnen darf, sondern daraufhin weiter zu schürfen hat, ist für die Männer der Wissenschaft wohl außer allem Zweifel. —

Das Jahr 1854 brachte den „Essai sur Tite-Live". Das Institut hatte für die beste Bearbeitung dieses Stoffes einen Preis ausgeschrieben; die Abhandlung Taine's wurde als die beste anerkannt, erhielt aber den Preis nicht, denn der Autor verrate „Mangel an Ernst und an Bewunderung für den glänzenden Namen und das Genie des imposanten Mannes, den er zu kritisieren hatte." Natürlich sieht Taine auch in den Werken des Livius nur Zeugnisse der Zeit, in der sie entstanden sind; der Aufsatz über Livius ist eine Studie über den römischen Geist. Die Geschichte ist ihm nur ein psychologisches Problem und er sucht die Psyche eines Volkes vor allem in seiner Literatur, und hier seien wieder zunächst die Grundlagen zu verfolgen, aus denen die Literatur hervorgegangen. „Jeder Mensch und jedes Buch kann in drei Seiten und diese drei Seiten können wiederum in drei Zeilen zusammengefaßt werden."

Bald nach Veröffentlichung des Tite-Live zwang den Verfasser ein lästiges Halsleiden, in Pyrenäenbädern Heilung zu suchen. Die Frucht des Aufenthaltes im Baskenlande war die

„Voyage aux Pyrénées“, das erste der ethnograpischen Meisterwerke Taines, dem später ähnliche Schriften über Italien, Griechenland und die Niederlande folgten. Eine Reihe lebensvoller Bilder, die Farben ebenso leuchtend wie wahr, jeder Strich sitzt, auch das geringfügigste Detail weiß er durch die Anschaulichkeit und die Wärme seines Vortrages anziehend zu machen. In der „Voyage aux Pyrénées“ läßt er verschiedenartige Personen ihre Ansichten äußern; namentlich Monsieur Paul hat die Gedanken des Verfassers selbst vorzutragen und zu verteidigen. Interessant ist deshalb — Katscher hat meines Wissens zuerst darauf aufmerksam gemacht — die Charakteristik Monsieur Pauls, die in den Hauptzügen wohl als Selbstschilderung Taines gelten kann: „Ein kühner Reisender, ein excentrischer Liebhaber der Malerei, der niemanden glaubt, als sich selbst. Ein an Paradoxen fruchtbarer Raisonneur mit extremen Meinungen. Sein Haupt ist stets in Gärung mit irgend einer neuen Idee, die ihn verfolgt. Bei jeder Gelegenheit sucht er die Wahrheit. Gewöhnlich ist er den anderen im Geiste um hundert Meilen voraus. Er läßt sich gern widersprechen; mit noch größerem Vergnügen aber widerspricht er selber. Hie und da führt ihn sein streitbares Naturell irre. In seinem Egoismus betrachtet er die Welt als eine Puppenausstellung, in der er der einzige Zuschauer ist“.

Glänzenden Erfolg fanden seine „Philosophes français du dix-neuvième siècle“ (1857), worin er den berühmtesten Vertreter der französischen Schule, Victor Cousin, mit schärfsten Waffen bekämpfte, und noch mehr seine „Essais de critique et d'histoire“ (1858), Charakterbilder aus den verschiedenartigsten literarischen Kreisen, Guizot, Dickens, Saint-Simon, Thackeray, Michelet, Montalembert u. a. Nur auf seine treffende Charakteristik Macaulays will ich wenigstens mit ein paar Worten eingehen. Macaulays Schriften dünken ihm Werke der Kunst, nicht der Wissenschaft; sie boten durch Glanz und Lebendigkeit der Darstellung der ganzen gebildeten Welt unvergleichliche Genüsse, ein Historiker ist er aber nicht gewesen, immer nur ein Rhetor, allerdings ein Rhetor ersten

Ranges; er verstand, ohne Fundament strenger Forschung einen stilistischen Prunkbau von meisterhafter Struktur und elegantesten Verhältnissen aufzubauen. Wenn nun Taine des weiteren darlegt, daß Macaulay zu jenen Geistern gehört habe, für die der Ausdruck Superlativist am Platze wäre, weil sie sowohl im Lobe wie im Tadel maßlos sind, daß die Urteile Macaulays in ihrer diktatorischen Form nur allzu leicht überreden, wo sie nicht überzeugen können, so ist mancher von diesen Vorwürfen, wie ich noch darlegen werde, auf den Geschichtschreiber Taine selbst anzuwenden; freilich fehlt es bei ihm niemals an gewissenhafter Forschung; auf Wolken baut er nicht, sondern immer auf festem Boden, allein er verschmäht um der Wirkung willen gewisse Kunstgriffe, oder sagen wir Freiheiten, nicht, wie etwa Sansovino „die Metopen auf Kosten des Durchmessers der Triglyphen und des Architravs vergrößert“. Der Baumeister darf's, der Historiker jedoch nicht.

Die Essays erschienen zuerst in der „Revue des deux mondes“, im „Journal des Débats“ und anderen Zeitschriften. Fortan war Taine der drückenden Lebenssorgen enthoben.

Auch holdes Familienglück war ihm beschieden; eine geistig bedeutende Frau wurde seine Lebensgefährtin, mit der er in musterhafter Ehe lebte.

Von einem ehrgeizigen Wunsch ist in Frankreich auch der gelassenste, weltabgewandte Philosoph beseelt: Mitglied des Instituts zu werden. Als Taine nach anfänglichen Mißerfolgen auch dieses Ziel erreicht hatte, konnte er mit Genugthuung des Tages gedenken, an dem man ihm die Pforte zur Hochschule verschlossen hatte. Allgemein wurde er jetzt als einer der führenden Geister Frankreichs angesehen und war auch in der That das Haupt derer, die, wie weiland die Romantiker, von einem unermeßlichen Wahrheitsbedürfnis erfüllt sind, es aber im wissenschaftlichen Realismus zu befriedigen suchen. Damals standen sich Klassizismus und Romantik gegenüber, heute spekulatives und empirisches Wissen. Beyle erklärte: „Le romanticisme est l'art de présenter aux

peuples les œuvres littéraires, qui dans l'état actuel de leurs habitudes et de leurs croyances sont susceptibles de leur donner le plus de plaisir possible". Für Taine und die Seinen ist Wissenschaft nur diejenige, welche nur und so viel wie möglich Positives bietet.

So war Taines Leben — sagt Monod — einfach, ernst, arbeitsam, aber veredelt und verklärt durch die Freuden der Familie, der Freundschaft, des Denkens, durch die Liebe zu Kunst und Natur. Der Charakter des Mannes war in harmonischem Einklang mit seinem Leben. Jeder, der ihm näher trat, konnte sich davon überzeugen, denn wie zurückgezogen er im allgemeinen lebte, so liebenswürdig und offenherzig verkehrte er mit seinen Freunden. Bescheidenheit gab sich schon in seiner äußeren Erscheinung kund. Er war von mittelgroßer, schmächtiger Figur, unregelmäßigen Gesichtszügen und, was den Franzosen als spezifisch deutsches Merkmal gilt, — ein Brillenträger. Erst bei näherer Betrachtung erkannte man, wie bedeutend bei aller Schlichtheit diese Erscheinung war, fielen der mächtige Bau des Kopfes, der bald nachdenklich in sich gekehrte, bald fragende und durchdringende Ausdruck der Augen, die Mischung von Sanftmut und Kraft in seinem Wesen auf. So hat ihn Bonnat erfaßt; es ist fast das einzige Bild von ihm, denn er haßte Photographen wie Interviewer, überhaupt jegliche Schaustellung. Er galt deshalb wohl als menschenscheu, aber er war mitteilsam und freundlich gegen jeden, der sich bei ihm Rat erholen wollte oder ein Anliegen hatte. Ironie war ihm fremd, dagegen verfügte er auch im Gespräch über eine heitere, niemals verletzende Satire. Als bedeutsamen Zug hebt Monod Taines Vorliebe für die Katzen hervor; sogar in Sonetten hat er seine Lieblinge besungen, in denen er liebenswürdige Freunde der Ruhe, Ordnung und Reinlichkeit erblickte. So war sein Charakter, so war sein Leben, Charakter und Leben eines Weisen, nicht eines Heiligen, denn Heiligkeit ist etwas Uebernatürliches, Uebermenschliches, seine Tugend war eine menschliche. Sein Lebensideal war der gemilderte Stoicismus Marc Aurels.

1864 erschien seine Geschichte der englischen Literatur. Sie bietet nicht, was im allgemeinen unter Literaturgeschichte verstanden wird; er faßt seine Aufgabe als Psychologe auf, er verfolgt die Wandlungen des englischen Volksgeistes im Wechsel der Jahrhunderte, und so schreibt er in Wahrheit eine Geschichte der englischen Zivilisation. St. Beuve schlug dafür den Titel vor: „Histoire de la race et de la civilisation anglaise par la littérature“. Er verfährt nach der induktiven Methode, die er bis dahin nur auf Einzelerscheinungen angewendet hatte, nunmehr einem ganzen Volke gegenüber und legt dessen Merkmale, Eigenschaften und Nuancen mit der Schärfe eines Naturforschers und der Feinheit eines Künstlers dar. Die Engländer betrachten, wie Katscher versichert, Taines Werk als die beste Geschichte, die ein Ausländer bisher über ihre Literatur geschrieben, eine Anerkennung, die ihnen freilich dadurch erleichtert wird, daß kaum ein anderer britisches Schrifttum und britischen Charakter so hoch stellt, wie Taine. Auch dem deutschen Geist wird er gerecht. Paul Janet versicherte 1865, Taine werde in Frankreich allgemein als Interpret deutscher Ideen angesehen; jedenfalls hat Taine die Arbeit der deutschen Gelehrten aufrichtig geschätzt, wenn auch bei ihm mit dem Jahre 1870 ein Wandel vorging. Hochbedeutsam ist es, daß er in seiner Geschichte der englischen Literatur den Familiensinn der Deutschen als die Grundlage nationaler Größe preist. Die Verdienste der Deutschen um die Reformation erkennt er gebührend an. Unserm Albrecht Dürer vollends — man sieht, die Grenzen für eine Geschichte der englischen Literatur sind sehr weit gezogen — widmet er wahrhaft liebevolle Aufmerksamkeit.

Als Taines philosophisches Hauptwerk ist die Schrift „De l'intelligence“ (1870) anzusehen; der Verfasser selbst nennt es in der Widmung „an Franz Wöpke, Orientalist und Mathematiker, gestorben zu Paris im März 1864“ das Werk des reifsten Nachdenkens. „Irre ich nicht“, beginnt die Vorrede, „so versteht man heutzutage unter Intelligenz das, was man sonst mit entendement oder Intellekt bezeichnete, das heißt, das

Erkenntnisvermögen, wenigstens habe ich das Wort in diesem Sinne gebraucht". Der erste Band behandelt unter dem Titel „Die Elemente der Erkenntnis" die Lehre von den Zeichen (Namen und Begriffen), den Bildern (Phantasmen und Erinnerungsvorstellungen), den Sinneswahrnehmungen und den physischen Bedingungen der psychischen Vorgänge. Der zweite Band, betitelt „Die verschiedenen Arten der Erkenntnis", bespricht den allgemeinen Mechanismus des Erkennens, die Erkenntnis der Körper, des Geistes und der „generellen" Dinge.

Ich selbst habe dieses Werk als Dilettant in diesen Disziplinen gelesen, würde daher wie ein Dilettant darüber urteilen. Ein Berufener, Otto Liebmann, sagt von diesem Werke, es sei der erneute Versuch einer ausgeprägt nominalistischen und sensualistischen Naturlehre des Erkennens, die sich, in klarem Bewußtsein ihres intellektuellen Ursprungs, besonders auf Condillac beruft und die Ansichten dieses französischen Nachfolgers der Hobbes, Locke und Berkeley mit Hilfe der neuesten Forschungsresultate der Physiologie, Psychiatrie, Sprachwissenschaft und Geschichte in modernisiertem Stile auszubauen unternimmt. Indessen könne man — sagt Liebmann — selbst bei Anerkennung einiger geschickter und präziser Theoretisierungsversuche nicht behaupten, daß die wissenschaftliche Durchdringung des reichhaltigen Materials mit der Virtuosität in konkreter Schilderung auch nur annähernd auf gleicher Höhe stünde. Da vielleicht dem einen und andern meiner Zuhörer weder die Ansichten Condillacs, noch Lockes und Berkeleys augenblicklich gegenwärtig sind, will ich an einem Beispiel zeigen, was für Schlüsse Taine aus konkreten Fällen zieht. In der Note über die Elemente und die Formation des Ich-Begriffs bringt er Auszüge aus Krishabers „De la nevropathie cérébro-cardique", d. h. einige von den Patienten selbst gemachte und vom Arzte ergänzte Beobachtungen. Einer der Kranken, den Taine einen vorzüglichen Beobachter nennt, erzählt, daß es ihm in der ersten Zeit nach seinem Unfall geschienen habe, als wäre er nicht mehr von dieser Welt, als existiere er nicht mehr. . . . Später, in einer zweiten Periode, sagt der Kranke, „als ich

durch langen Gebrauch mich meiner neuen Empfindungen zu bedienen gelernt hatte, . . . konnte ich, obwohl es mir schwer fiel, mein Betragen regeln, ich hatte ein neues Ich gebildet; ich fühlte, daß ich existierte, wenn auch als ein anderer". Und auf diesem Punkt, im zweiten Stadium dieser seltsamen Krankheit, gebrauchen fast alle Patienten bei der Schilderung ihres Zustandes dieselbe Wendung: „Ich fühlte mich so vollständig anders, daß ich mir ein anderer geworden zu sein schien". Der vorhin eingeführte Kranke geht noch weiter: „Es war mir nicht allein so, als ob ich ein anderer wäre, sondern ich war wirklich ein anderer".

In der That, sagt nun Taine, waren die das Ich konstituierenden Wahrnehmungen andere und folglich auch die Geschmacksrichtungen, Begierden, Fähigkeiten und psychischen Affekte andere geworden. So ist das Ich, die moralische Person, ein Produkt, dessen erste Faktoren die Wahrnehmungen sind, und dieses Produkt ist, wenn man es in verschiedenen Momenten betrachtet, nur dasselbe und erscheint sich nur als dasselbe, weil die es konstituierenden Wahrnehmungen immer dieselben bleiben. Wenn diese Wahrnehmungen plötzlich andere werden, so wird es ein anderes und erscheint sich als ein anderes; damit es wieder dasselbe wird, welches es war, und sich als dasselbe erscheint, müssen jene wieder dieselben werden. Und diese Theorie wird von der Erfahrung bestätigt. Nach Dr. Krishaber „verschwindet die partielle Störung, auf Grund deren der Kranke bis zu einem gewissen Grade das Gefühl seiner eigenen Persönlichkeit verliert, wirklich nur dann, wenn diesen soriellen Störungen, mit denen sie verbunden ist" — Störung des Gesichts, Hyperästhesie des Gehörs, des Geruchs u. s. w. — „verschwunden sind". „Meiner Ansicht nach", schließt Taine, „ist das entscheidend, und ich finde den obigen kurzen Bericht lehrreicher als ein umfangreiches metaphysisches Opus über die Substanz des Ich."

Dem Werk „De l'intelligence" sollte ein anderes „De la volonté" folgen. Doch vor der Ausführung brach der Krieg aus, und die Wende desselben mit dem greulichen Nachspiel der Kommune bewog den Gelehrten, auf diese Aufgabe zu verzichten.

Ihm däuchte jetzt die eine Frage wichtiger als alle anderen: Wie hat Frankreich diesen Zusammensturz verschuldet?

Er begann das große Werk „Les origines de la France contemporaine“. Er warf sich auf die Geschichte, um — wie er selbst sagt — sein Frankreich zu studieren, um den Urgrund und die Ideenassociation seiner vielen politischen Wandlungen zu begreifen. Der erste, 1876 erschienene Band behandelt das alte Regime, der zweite die Revolution, der dritte das nachrevolutionäre Frankreich, das Zeitalter Napoleons I. und die modernen Zustände. Leider blieb das Werk ein Torso; der letzte Abschnitt, der die Schlußfolge aus den Untersuchungen und Ergebnissen der früheren Kapitel bringen sollte, blieb ungeschrieben, denn dem Sterbenden entsank der Griffel. —

Ernst Wachler hat im Jahre 1818 in seiner Geschichte der historischen Forschung und Kunst die Besorgnis ausgedrückt, daß wohl ein paar Menschenalter vergehen möchten, bevor es eine wahre Geschichte der französischen Revolution geben werde. Besitzen wir sie heute?

Ich beschränke mich geflissentlich auf Arbeiten der Franzosen und finde, daß Taine unter sämtlichen Vorgängern und Zeitgenossen, die diesen gewaltigen Stoff behandelt haben, der Wahrheit entschieden am nächsten gekommen ist. Ja, man kann sagen, er gibt die Wahrheit, doch er trübt sie durch seinen leidenschaftlichen Vortrag.

Schon 1818 ließ Frau von Staël ihr Buch über die französische Revolution erscheinen, ein Werk, in dem sie ihre persönlichen Eindrücke schildert und an die Ereignisse politische Betrachtungen knüpft, die vor allem die Vorwürfe der Royalisten gegen die konstitutionellen Anfänge von 1789 entkräften sollen. Am meisten gelesen wurde Mignets Revolutionsgeschichte; er schrieb das Werk, wie die Staël darauf bedacht, die Volkserhebung als ein unvermeidliches Ereignis, als die logische Entwicklung und das einzige Heilmittel der von Geschlecht zu Geschlecht vererbten Übel darzustellen, als den allgemeinen Willen, der mit elementarer Gewalt den Widerstand der einzelnen brechen

und jeden wie alle seinen Zwecken dienstbar machen mußte. Wenn sich dabei Mignet, der Denker, vorzugsweise mit den inneren Vorgängen, mit den Ideen der Revolution beschäftigt, so hat Thiers, der Erzähler, seine Freude an der Handlung; wie ein durchsichtiger Strom fließt seine Darstellung dahin, Ereignis reiht sich zwanglos an Ereignis, und doch ist das Ganze vom Verfasser in der bestimmten Absicht redigirt, den Sieger des 18. Brumaire der französischen Nation als den besten Sohn der Revolution, als den wahren Erben und Mehrer ihrer Idee und das Kaiserreich als den notwendigen und volkstümlichen Abschluß der Bewegung darzustellen; keiner hat für die Wiederbelebung des Bonapartismus so viel gethan, wie der Minister des Bürgerkönigs Ludwig Philipp. Lamartine's „Histoire des Girondins“ ist mehr Roman als Geschichtswerk, eine überschwängliche Verherrlichung jener Männer, die doch mit Recht dem Tode verfielen, weil sie die Geister, die sie gerufen, weder zu bannen, noch zu beherrschen vermochten.

Die schönfärberische Behandlung des Stoffes wurde fortan in Frankreich Regel. Jeder von den blutigen Handlangern der Guillotine fand seinen Apologeten, jedes schmutzige Stück seinen Fleckenputzer.

Turmhoch über diesen Oratoren und Belletristen stehen zwei wirkliche Forscher der neueren Zeit, Tocqueville und Taine. Wenn es bisher als Dogma angesehen worden war, daß die große Revolution nicht bloß das interessanteste Schauspiel, sondern auch der segensreichste Schöpfungstag der Weltgeschichte gewesen sei, wenn Lamartine die Revolution als erhabenste Verwirklichung der Idee des Christentums feiert, wenn Thiers, Michelet, Louis Blanc mit leuchtenden Farben den Kampf des Volks um Freiheit und Menschenwürde verherrlichen, so stellte sich endlich eine gesunde Reaktion gegen Phrase und Verlogenheit ein.

Das große Verdienst, zu einer streng sachlichen Darstellung der Revolution den Grund gelegt zu haben, gebührt Alexis de Tocqueville, von dessen epochemachendem Werke „L'ancien régime et la révolution“ (1856) leider nur das erste Buch erschienen

ist; doch schon aus diesem ergaben sich für die Geschichte der Ursachen und der Anfänge der Revolution ganz neue Gesichtspunkte, Tocqueville hat den wahren Ursprung der meisten Ideen, die man früher nicht nur als das Gut, sondern auch als das Produkt der Revolution gepriesen hatte, nachgewiesen. Sie sind — namentlich die Grundsätze des Codex der allgemeinen Menschenrechte — englischer und amerikanischer Herkunft, und einige hatten sogar schon in absolutistisch regierten Staaten dank den Reformen Friedrichs des Großen und Josefs II. Eingang gefunden.

Es gehörte kein geringer Mut dazu, ohne Rücksicht auf nationale Vorurteile in Frankreich dergleichen zu sagen. Doch noch entschlossener, noch rücksichtsloser ging Taine in seinen „Origines de la France contemporaine“ mit der sogenannten glorreichen Vergangenheit ins Gericht. Kein Wunder, daß sein Werk zu den meistgeschmähten der französischen Literatur gehört, daß die protestierenden Schriften eine kleine Bücherei bilden. Im wesentlichen sind es nicht wissenschaftlich begründete Einwände, sondern rhetorische Wutausbrüche beleidigter Parteigänger. Nach dem Erscheinen des ersten Bandes beklagten sich die Royalisten über Entstellung des ancien régime, der zweite Band, der die vielgerühmte Constituante als Quelle allen Unheils geschildert, rief den Unwillen der Republikaner wach, am allerlautesten aber zeterte das Bonapartistenlager, als im dritten Bande auch Napoleon ohne Schonung beurteilt wurde.

Was zuerst an Taine's Hauptwerk in die Augen fällt, ist die Fülle des Materials. Er hat nicht nur alle hervorragenden Schriftwerke jener Zeit gelesen, sondern auch die weniger bedeutenden und die unbedeutenden, die Bagatell- und Schundliteratur, dazu auch Akten und Protokolle der Verwaltungsbehörden, teilweise von trockenstem und kleinlichstem Inhalt, Korrespondenzen von Steuerbeamten, Generalpächtern, Militär- und Privatpersonen. Dank diesem reichen Detail sehen wir die damaligen Zustände nicht nur schärfer, als bisher, sondern sie erscheinen uns auch anders. Wie sie leibten und lebten, treten sie vor uns hin, die Majestäten und Prinzen, der Adel, die Geist-

lichkeit, Advokaten und Beamte, Bürger und Bauern, Offiziere und Soldaten, wir sehen Arbeit und Müssiggang, Tugend und Laster, den Spitzbuben in Lumpen und den Beutelschneider im Galakleid. Es sei nur beispielsweise auf die überraschenden Aufschlüsse aus den Berichten über den Hofhalt Ludwigs XVI. und Marie Antoinettens hingewiesen. Da erfahren wir, daß der erste Küchenchef außer seinem Gehalt noch 84,000 Livres jährlich an „Emolumenten" verdient, daß sich die Oberkammerfrauen der Königin durch den Verkauf angezündeter, nicht ausgebrannter Wachskerzen 50,000 Livres verschaffen, daß ein Geheimsekretär mit 900 Franks Gehalt eine Nebeneinnahme von 200,000 Franks genießt, daß der Jagdkapitän von Fontainebleau am Verkauf von Lapins 20,000 Franks profitiert, daß der Milchkaffee für jede der Hofdamen jährlich 2000 Franks kostet, daß die Gouvernante der Kinder des Königs ihr Gehalt bis auf 115,000 Livres hinaufschraubt, daß der Herzog von Gevres an einem einzigen Feuerwerk bei Hofe für Überbleibsel, Gerüste rc. 50,000 Thaler profitiert, daß an Pensionen für Hofdamen während einer einzigen Woche 128,000 Livres ausbezahlt werden, während die Offiziere seit langem keine Pension erhalten hatten, daß der Hofhalt der beiden Brüder des Königs 8'300,000 Livres, der der Königin 4 Millionen, der der königlichen Kinder $3^1/_2$ Millionen kostet u. s. f. Wie beredt sind diese aus den zuverlässigsten Quellen gezogenen Ziffern! Welch grelle Streiflichter fallen auf die Gewissenlosen, die eine Herde, die sie beschützen sollten, bis auf die letzte Flocke ihrer Wolle beraubten! Den schroffen Gegensatz, der sich in der Stellung der höheren Prälaten und des niedrigen Klerus zur revolutionären Bewegung kundgab, kann man erst verstehen, wenn man von Taine in die mehr als ärmlichen Pfarrhäuser geführt wird, deren zwei oder drei steingepflasterte Zimmerchen abscheulichen Kellerräumen gleichen würden, wenn sie nicht für Wind und Regen offen ständen, — und dann den Luxus der Prälaten kennen lernt, die über pomphafte Paläste und eine halbe Million Rente verfügen, das kostbare Jagdzeug des Bischofs von Evreux, die satinbe-

kleideten Beichtstühle des Bischofs von Troyes, das überreiche Silbergeschirr des Bischofs von Straßburg u. s. w. Es werden uns nicht nur die Hauptpersonen der Handlung porträtirt, wir schauen das ganze Volk. „Bei solchen Hilfsmitteln", sagt Taine selbst, „wird man fast Zeitgenosse jener Menschen, deren Geschichte man schreibt, . . . mehr als einmal, wenn ich in den Archiven auf vergilbten Papieren ihre alten Schriftzüge verfolgte, war ich versucht, laut mit ihnen zu sprechen."

Und wie klug und würdig weiß dieser Millionär an Detailkenntnissen sein Vermögen anzuwenden! Es gibt kaum einen anderen Schriftsteller, der so wie Taine aus einem enormen Wissen immer dasjenige herauszuholen verstünde, was seine Ansicht bekräftigt. Mit welcher Kunst verteilt er Licht und Schatten, um das eine hervorzuheben, anderes zu dämpfen! Wie planvoll und faßbar sind seine allgemeinen Betrachtungen — Reflexion und Moral —, ohne jemals Gemeinplätze zu sein! Wie kommt ihm stets im besten Augenblick eine Anekdote, ein Bonmot aus dem Schatze seines Gedächtnisses zu Hilfe, um seiner Meinung Nachdruck zu verleihen.

Und dieser Stil, bald knapp, gedrungen, energisch, bald prunkvoll, gravitätisch, bald leicht dahinfließend, anmutig, elegant, — in der alten und neuen Geschichtschreibung gibt es keinen zweiten Stilkünstler, wie Taine! Wir möchten fast Zola Recht geben, daß der Dichter in Taine noch bedeutender sei, als der Gelehrte.

Besonders reich ist seine Darstellung an glücklich gewählten und sorgfältig durchgeführten Bildern. Hören wir z. B., wie er aus dem Abschnitt über die Wirkung der Aufklärungsphilosophie auf die Privilegierten und den dritten Stand die Schlußfolge zieht: „Solchergestalt verbreitet sich die Philosophie des 18. Jahrhunderts. Im ersten Stockwerk des Hauses, in den schönen, vergoldeten Gemächern waren die Gedanken bloß Abendbeleuchtungen, Salonfunken, lustige bengalische Feuer, mit denen man spielte, und die man lachend aus den Fenstern warf. Im Halbgeschoß, im Parterre, in den Geschäftslokalen, in den Magazins und in den Contors angesammelt, haben sie Brennstoffe vorgefunden: seit

langer Zeit angehäufte Holzhaufen, die sie nun zu großen Feuern entzünden. Es scheint sogar eine Feuersbrunst entstanden zu sein, denn die Schornsteine rauchen schon wild und eine rote Helle fällt auf die Fenster. Die oben Wohnenden sagen: ‚Ach nein, die unten Wohnenden werden sich wohl gehütet haben, das Haus in Brand zu stecken, denn sie bewohnen es ja ebenfalls, nicht nur wir. Was wir da schimmern sehen, ist ein Stroh-, höchstens ein Kaminfeuer, das man mit einem Eimer kalten Wassers löschen kann; überdies reinigen derlei kleine Unfälle die Schornsteine, indem sie den alten Ruß ausbrennen‘. Mögen sie sich in Acht nehmen, denn in den Kellern des Hauses, unter dessen tiefem Fundament, befindet sich ein riesiges Pulvermagazin!“

Doch zum Geschichtschreiber macht ihn erst sein unerbittliches wissenschaftliches Gewissen. Wie er seine Methode bei den Meistern der exakten Wissenschaften erworben hat, so behandelt er auch seinen Stoff, unbekümmert um die Ernte von Liebe oder Haß, nicht anders, als einen Gegenstand aus dem Gebiet der Naturwissenschaften. Ihm ist es Thorheit, den Zweck und die Aufgabe der Geschichtschreibung in der Förderung des Nationalstolzes oder, richtiger gesagt, des Nationalvorurteils zu sehen. Gerade gegen die beliebtesten Traditionen seiner Landsleute zieht er schonungslos zu Felde; über die „stupide Gleichmacherei“ der Jakobiner macht er sich weidlich lustig, und das napoleonische System wird von ihm nicht minder schroff verurteilt, wie von Lanfrey, der den angebeteten Kaiser ein „chef d'œuvre accompli de fourberie“ und seine kultusbedürftigen Landsleute „toujours dupes des mots et toujours prêts pour tous les charlatanismes“ nennt.

Doch ein gewichtiger Einwand muß nichtsdestoweniger gegen den großen Historiker erhoben werden.

Taine hat die Vorgänge und die beteiligten Personen scharf beobachtet, ein riesiges Quellenstudium lieferte ihm überraschende Aufschlüsse. Doch nun begnügt er sich nicht, seine Urteile so gut wie möglich zu begründen; er drängt sie uns als unfehlbare auf! Er geht dabei mit einer Kühnheit, Entschlossenheit, Leidenschaftlichkeit ohnegleichen zu Werke; seine Wärme, sein Ungestüm, sein

Herzblut ist in diesen gewaltigen Perioden; er läutet Sturm, um unser Wenn und Aber einzuschüchtern! Wohl dem Leser, der sich rechtzeitig der Bestrickung entzieht und sich besinnt: das spricht er als Staatsanwalt, das spricht er als Verteidiger; was sagen die Indizien?

Dem kritischen Leser wird auch die Neigung Taines zu Paradoxen nicht entgehen. Um sie durchzufechten, scheut er Uebertreibungen so wenig, wie stilistische Kunstgriffe. Dann arbeitet er bald wie ein Maler, bald wie ein Gartenkünstler, bald wie ein Bühnenvirtuose, bald wie ein Taschenspieler. Er selbst wird, was er an Macaulay so bitter tadelt, zum „Superlativisten“ und urteilt so einseitig und parteiisch, wie der leidenschaftliche Wortführer der Whigs. Ich sage nicht, daß er wissentlich Falsches vorbringt, doch er gibt seinem Temperament mehr nach, als einem Forscher erlaubt ist.

Daraus sind auch die Widersprüche zu erklären, denen wir in seinem Werke begegnen. Im Adel sieht er bald die Parasiten, bald das edle Blut und die Ehre der Nation. Während er wiederholt behauptet, daß die Revolution das Volk nur verwildert habe — Taine hat für seine Landsleute allerlei Liebesnamen: bêtes, brutes, singes, canailles —, sagt er doch ein andermal das Individuum sei erst durch die Revolution eine Persönlichkeit geworden, mit Ehre und Gewissen als Leitstern.

Da ihm die Erforschung der Quellen den Beweis geliefert hat, daß die apologetische Darstellung der Mignet und Michelet nicht dem Thatbestand entspricht, entscheidet er sich kurzweg für die entgegengesetzte Auffassung und entwickelt beim Angriff einen Eifer, eine Wut, daß sein Werk trotz der ungleich größeren Wahrhaftigkeit den gleichen Tadel, wie die Werke jener, verdient: es ist einseitig. Er sieht nur Greuel, Elend und Thorheit. Die Jakobiner sind ihm samt und sonders „hohle Köpfe“, der „klassische Geist“, d. h. der klassisch-römische Geist im Gegensatz zum christlich-germanischen — der Entwicklung des letzteren schenkt Taine seine Bewunderung —, der klassisch-römische Geist, der im mittelalterlichen Frankreich spukt, wie im ancien régime, wie in

den Anhängern des contrat social, kann nur und muß zum Untergang führen. Kein Lichtstrahl dringt durch das schwarze Gewölk! Mignet und Michelet vergötterten, Taine entgöttert uns die Revolution. Er verurteilt Alle und Alles, die Henker wie die Opfer, die Massen wie die Herren!

Das ist eben auch wieder Tendenz. Marc Monier hat nicht Unrecht, wenn er in Bezug auf einige Partien der „Origines“ äußert: „Alles, was Taine sagt, ist wahr, aber das Gegenteil ist es nicht minder!“

Ungerecht dagegen ist die Beurteilung, die Taine durch den bekannten spanischen Historiker und Politiker Castelar erfuhr[1]). „Taine hat viel aufgeklärt, aber wenig belebt!“ Ja, wer belebt denn einen Stoff? Der Schönredner, der an der Oberfläche haftet, oder der Realist, der analytisch zu Werke geht, in die Tiefe bohrend, bis er die wahren Ursachen und verborgenen Kräfte findet, und dann die vielen partiellen Urteile in ein allgemeines zusammenfassend, mit scharfem Aug' und hellem Geist? Taine schwelgt in einer Fülle von Stoff, den er mit Ameisenfleiß selbstthätig zusammenträgt, und weiß diesen trockenen Stoff zu beleben — Castelar wirft über ein Gerippe längst bekannter Thatsachen den Purpurmantel der Phrase, den er freilich in wundervolle Falten zu legen versteht. Er stellt Lamartine über Taine, denn, sagt er, Lamartine könne er lieben und bewundern, Taine jedoch nur bewundern, Taine habe ja — jetzt kommt das Schlagwort! — „Taine habe ja nichts gethan für die Realisierung der fortschrittlichen Ideen“.

Wir Deutsche schlagen uns zu Taine, wir glauben nicht, daß die Geschichte die Aufgabe hat, Organ der öffentlichen Meinung zu sein, denn die öffentliche Meinung schwankt und wechselt, oder daß die Geschichte die Aufgabe hat, das Leiborgan irgend einer Partei zu sein, denn die Parteien wandeln und — handeln; wir geben uns Mühe, den Erscheinungen des Völker- und Staatenlebens ohne Rücksicht auf politische Theorien und nationale Empfindungen gerecht zu werden.

---

[1]) Einem Referat in der „Frankfurter Zeitung“ entnommen.

Wir bemühen uns auch, der französischen Revolution gerecht zu werden und sagen: Wenn auch nach Tocquevilles und Taines Forschung kein Schriftsteller mehr behaupten kann, daß die Revolutionszeit schöpferisch gewesen oder daß der Sieg der Jakobiner als der Beginn der Neuen Zeit anzusehen sei, wenn auch durch Taine mehr als durch die tendenziös-reaktionäre Geschichtschreibung bewiesen worden ist, daß die Riesen jener Zeit mehr Goliathe als Herkulesse gewesen sind, daß der Tod vieler kein Märtyrertod, wie man bisher glaubte, sondern die wohlverdiente Strafe gewesen und daß manch Einer, der als Reformator der Weltordnung angesehen sein wollte, nur ein eitler Doktrinär war — es bleibt immer noch eine Fülle von Energie und Kraft bei Freunden und Feinden der Bewegung in jenen Tagen, eine Energie, eine Kraft, die unsere Bewunderung verdienen und jene Zeit zu einer großen stempeln!

Auch dem Manne, der sich, nachdem die Worte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verblaßt und beinahe alle die so teuer erkauften Volksrechte wieder unterdrückt waren, riesengroß aufrichtet und mit übermenschlicher Kraft verwandte und widerstrebende Stämme in einen Ring zusammenschmiedet, auch Napoleon I. wird Taine nicht völlig gerecht. Die napoleonische Legende war ja schon durch Lanfreys Werk gründlich zerstört; der Haß schärfte Lanfreys Auge, seine furchtbare Kritik hat den auf St. Helena diktierten Fabeln und den Lobeshymnen Thiers ein für allemal den Boden entzogen. Ebenso streng, wenn auch nicht so leidenschaftlich wird Napoleon von Taine verurteilt. „Den bewundernden Ausruf jenes Düsseldorfer Verwaltungsbeamten: „C'est plus qu'un homme“, ist Taine bereit, mit den Worten von Beugnot: „Oui, c'est un diable“, abzufertigen; er leugnet den Genius nicht, aber er verneint die Größe der Schöpfung, die von Anbeginn den Keim der Vernichtung in sich trug, und die Bedeutung eines Werkes, das, auf dem antiken, heidnisch-römischen Begriff der Universalmonarchie aufgebaut, zwar kein Plagiat, aber doch ein Anachronismus war“. (Lady Blennerhasset.) Nicht, wie Lanfrey, zu Nutz und Frommen einer

Partei, sondern im Eifer für seine Methode hebt Taine die Schattenseiten so stark hervor. Große Männer sind ja für ihn, wie wir wissen, das Ergebnis der Rasse, der Zeit und der Umgebung, und diese These will er, muß er natürlich auch an Napoleon beweisen. Der Kaiser ist ihm der Abkömmling blutdürstiger italienischer Tyrannen; aus Vererbung erkläre sich, daß er kein Herz für sein Volk und für die Menschheit hatte. „Ja, er ist ein außerordentlicher, überlegener Mann, wie geschaffen zum Befehlen und Erobern; seine Zeitgenossen fühlen, daß er ein eigentümlicher, in seiner Art einzig dastehender Mensch ist. Um ihn zu begreifen, gehen so gewiegte Menschenkenner, wie Stendhal und die Staël, bis zu den kleinen italienischen Tyrannen des 14. und 15. Jahrhunderts zurück: bis zu Castruccio-Castracani, Braccio von Mantua, Piccinino, Malatesta da Rimini, Sforza von Mailand. Aber während jene Schriftsteller diese Aehnlichkeit nur für eine zufällige, psychologische halten, ist sie eine wirkliche, geschichtliche, denn Bonaparte stammt von den großen Italienern jener Zeit ab, den Männern der That, den militärischen Abenteurern, den usurpatorischen Gründern von Staaten auf Lebenszeit; er hat durch unmittelbare Abstammung ihr Blut, ihr inneres Wesen, ihre sittliche und geistige Beschaffenheit geerbt. Ein ihrem Forste vor dem Zeitalter der Verfeinerung, der Verarmung und des Verfalles entnommener Schößling ist in eine ähnliche, entfernte Baumschule verpflanzt worden, in der die Kämpfe und die Trauerspiele nie aufhören. Der Urkeim ist in ihm erhalten geblieben, hat sich von Geschlecht auf Geschlecht vererbt und durch Kreuzungen eine Kräftigung und Auffrischung empfangen, bis der Schößling schließlich in Gestalt seines letzten Triebes zu großer Herrlichkeit ersteht und dieselbe Entwicklung, dieselben Blüten, dieselben Früchte zeigt, wie einst auf dem ursprünglichen Stamm. Die moderne Kultur und die französische Gartenkunst haben ihm kaum einige Zweige abgehauen oder etliche Stacheln abgestumpft; sein Gewebe, sein Bau, seine Richtung sind unverändert geblieben.“

Taine selbst vergleicht sich gern mit dem Anatomen. Was er damit sagen will, ist klar. Gleichwohl dünkt mich der Ver-

gleich bedenklich. Der Anatom zergliedert einen menschlichen Körper und zeigt dann die Aufgabe, welche den einzelnen Teilen im Triebwerke zukommt. Er behauptet nichts, was sich nicht aus der Wechselwirkung physikalischer und chemischer Kräfte und jener mechanischen Teile beweisen ließe. Der Geschichtsforscher dagegen zeigt am Vollbrachten die Anlagen, Affekte und äußeren Reize, die den Menschen bestimmten, so und so zu handeln. Er wird notwendiger Weise manches behaupten, für das der Beweis unerbringlich ist.

Warum beurteilte Taine die französische Revolution und die Ihren so hart, während er für die englische und ihre Häupter so viel Nachsicht hatte? Manche suchen den Grund darin, daß das Werk über Frankreich nach 1870 und infolge jener Ereignisse entstanden ist. Ohne die Revolution kein Napoleon I., ohne die blödsichtige Bewunderung der Franzosen für den „kleinen Korporal“ kein Napoleon III., die Regierung dieses Mannes aber führte nach Sedan.

Natürlich haben die Zeitumstände Einfluß auf ein Werk, insofern sie die Stimmung des Autors beeinflussen. Aber die Absicht Taine's war sicher echt wissenschaftlich und keusch: die Wahrheit zu finden und zu sagen! Immerhin war er ein anderer, als vor 1870. Man bedenke doch: eben weil Taine ohne allen politischen Ehrgeiz war, gehörte dem Wohl und Wehe des Ganzen sein ganzes Gemüt. Es war ja, das fühlt jeder, der sich in diese Seele versenkt, gewiß nicht ernsthaft gemeint, wenn er von seinem Monsieur Paul sagte: er betrachte die Welt als ein Puppentheater und sich als den lachenden Zuschauer darin! Er war ein echter Sohn seines Volkes und liebte es nie aufrichtiger und inniger, als wenn er Worte des Tadels über die Seinen aussprechen mußte. Und nun kamen jene Erschütterungen der französischen Volksseele, jenes Auf und Ab von Uebermut und Zerknirschung, Hoffnung und Verzweiflung, wahnwitzigem Zorn und stumpfer Resignation! Was mußte ein Taine mit seinem Verständnis, seiner Begeisterung für die Künste in den Tagen der Kommune

empfinden! Der Louvre mit seinen unermeßlichen, unersetzlichen Kulturschätzen abhängig von der trunkenen Laune eines Petroleurs! Jene Erinnerungen, jene Leiden warfen einen Schatten auf die Spanne Zeit, die er noch lebte, auf sein Leben und sein Werk, wie alle Farben durch einen Zusatz von Schwarz dunkler werden. Taine wäre nicht der liebens- und bewunderswerte Mensch, wenn es nicht so wäre.

Und die Korrektur ist ja so leicht: ein Blick auf das lebendige, das heute noch von Allen beneidete Frankreich!

Die Vorgänger Taine's, die französischen Romantiker, hatten an die Stelle der heldenmütigen Könige und königlichen Helden die „misérables", den armen Mann und das Weib aus dem Volke gesetzt. Ihnen gaben sie die weise Einfalt, ihnen die uneigennützige Liebe, ihnen Charakter und Leidenschaft. »Dans les hautes classes de la société de Paris", sagt Beyle, „la passion ne peut que bien rarement se dépouiller de prudence, c'est du cinquième étage qu'on se jette par la fenêtre."

Nun hatte Taine sie gehört, die leidenschaftlichen Stimmen aus dem fünften Stock, aber sie klangen anders, als von der Bühne herab und in Romanen und Gedichten. Erschrocken versenkt er sich in die Geschichte von Frankreichs „großer" Zeit, und da sind die gleichen Naturlaute wieder!

Und ihn schaudert!

„Das Frankreich Taine's" — lese ich bei einem Kritiker — „erinnert an die Fläche des Toten Meeres, in dem nichts Lebendiges gedeihen kann. Er verwirft alles und jedes, was die verwünschten demokratischen Gleichheitstheorien hervorbrachten; er wendet sich ebenso gegen das allgemeine Wahlrecht, wie gegen die allgemeine Wehrpflicht, gegen die allgemeine Schulpflicht, wie gegen die staatlich organisierte Erziehung überhaupt." Der Vulkan sei im Kreißen, es sei bereits ein Geschlecht herangewachsen, das der heutigen Gesellschaft zurufe: „Wir verwünschen eure ganze Welt, und wir verwerfen eure angeblichen Wahrheiten, die nur Lügen sind, besonders jene Grundwahrheiten, auf denen ihr eure Gesetze, eure Philosophie, eure Künste und Wissenschaften aufbaut!"

Das klingt ja gerade, als ob Taine's Testament die Weissagung und Empfehlung einer Revolution sei, die tabula rasa macht mit allem, mit Gesetz und Philosophie, Kunst und Wissenschaft!?

So liegt die Sache nicht! Taine verzweifelte am Segen der Revolutionen! Und nachgerade ist es an der Zeit, auch wieder zu sprechen von unserm Recht, von unsern Opfern. Gibt es im Hause der sogenannten „Besitzenden“ keine Sorge, keinen Gram, keinen Tod? Ist wirklich die schwielige Hand das einzige Zeugnis ehrlicher Mitarbeiterschaft am vielverzweigten Werk der Zivilisation?

Ueber das gealterte Rom kamen ungeleckte, jugendfrische Barbaren. Die Stimmen, die unsre Kultur bedrohen, sind nicht jugendlich. Auch sind wir nicht Ritter und Senatoren Seiner Majestät Heliogabals! Noch sind Intelligenz, Sinn für Recht und Billigkeit, Treue und Frohmut dem Haß gewachsen!

Dem Haß und Neid!

„. . . Würdest Höfling,
Wenn Du kein Bettler wärest . . .“

Wir können uns das Los der Armen nie hart genug und ihr Bruderrecht nie stark genug einprägen, niemals zu viel zur Verbesserung ihrer Lage thun. Nur glauben wir nicht, daß ihnen zulieb die Mutter Kultur ihre bedächtige Art und Weise ändern werde.

Und wenn Taine, vom Unglück seines Vaterlandes gebeugt und vom Tode schon gezeichnet, seine letzte Arbeit mit einem Wehruf über das Jahrhundert endigt, so ist sein eigenes Leben und Tagewerk ein besseres Zeugnis für unsre Zeit!

Diese reine, hochlodernde Flamme ist nun zwar erloschen, doch Tausende haben sich an ihr erfreut und erwärmt und hundert andere Lichter sich an ihr entzündet!



II.

Der geweihte Degen des Marschalls Daun.

Große Ereignisse bringen kleine Vorgänge mit sich, die auf die Entscheidung ohne Einfluß sind, nichtsdestoweniger in der Folge einer gründlichen Untersuchung und unanfechtbaren Richtigstellung wert erscheinen. Denn eine Anekdote kann dem Andenken einer Persönlichkeit verhängnisvoll werden.

Es ist daher nicht nur eine Art wissenschaftlicher Sport, sondern der Drang wissenschaftlichen Gewissens, was die Forscher anspornt, immer wieder sich mit solchen Zwischenfällen zu beschäftigen.

Ob Papst Klemens XIII. dem österreichischen Feldmarschall Daun nach dessen Sieg bei Hochkirch einen geweihten Degen verliehen hat oder nicht, ist für Entwicklung und Ausgang des siebenjährigen Krieges durchaus belanglos gewesen, aber das Ja oder Nein beeinflußt unser Urteil über König Friedrichs und des Papstes Politik. Darum wurde die Frage immer wieder aufgeworfen, und sie hat gerade jetzt um so größere Berechtigung, als sie gegenwärtig nach aller Wahrscheinlichkeit beantwortet werden kann.

Die Frage gewann dadurch eine gewisse aktuelle Bedeutung, daß sie vor einem Dezennium im preußischen Abgeordnetenhause

in die Debatte gezogen wurde. Als in einer Sitzung beraten wurde, ob der Krone das Recht eingeräumt werden solle, einen von Staatswegen abgesetzten Bischof zu begnadigen, sprach sich der nationalliberale Abgeordnete v. Eynern gegen diesen „Bischofsparagraphen“ aus; dabei flocht er in die Motivierung seiner Ansicht den Satz ein: „Es war ein Papst Klemens XIII., der hat in einer Weihnachtsnacht den Degen des Marschalls Daun geweiht, um ihn gegen den ketzerischen König Friedrich II. zu verwenden; der jetzige Papst heißt Leo XIII., vielleicht wird auch er einmal einen solchen Weiheakt vollziehen!“ Das historische Citat rief in den Reihen der Centrumsfraktion Unruhe und Gelächter hervor, und in einer der nächstfolgenden Sitzungen verspottete Kaplan Majunke den nationalliberalen Redner, weil er eine offenkundige Fabel als historische Wahrheit präsentiert habe. Als Herr v. Eynern die Berechtigung des Vorwurfs bestritt, erklärte Majunke: „Ich will nunmehr mitteilen, daß es kein Geringerer als Friedrich II. selber gewesen ist — ich habe aus Loyalität vorher seinen Namen nicht erwähnen wollen —, der in seinen „Oeuvres“, resp. Briefen, offen eingesteht, daß er die Fabel von dem gegen den „Ketzer“ zu verwendenden Degen des Marschalls Daun erfunden hat, und zwar zu einem politischen Zwecke.“ Zugleich lud er den Gegner ein, ihm in die Bibliothek zu folgen, und verwies dort auf einige zwischen König Friedrich und seinem literarischen Vertrauensmann Marquis d'Argens gewechselte Briefe. Daraus geht in der That hervor, daß Friedrich ein „Breve des Papstes an den Marschall Daun“ und ein „Glückwunschschreiben des Prinzen Soubise an Daun“ selbst verfaßt hat, in der ausgesprochenen Absicht, „diejenigen in Wut entbrennen zu lassen, welche auch nur noch eine schwache Neigung für Martin Luther haben“, d. h. also, den Religionseifer der Protestanten zu entfachen und diese Stimmung zu politischen Zwecken auszunützen. Eynern gab zu, daß durch die Briefe der Beweis für die Erdichtung des Breve erbracht sei; damit sei aber noch nicht die Thatsache der Uebersendung des Degens widerlegt. Majunke wollte auch diesen Einwand nicht gelten lassen; wenn die vermeintliche That=

sache eben nur auf Grund jenes für echt gehaltenen, in Wirklichkeit gefälschten „Breve" für begründet gehalten worden sei, so falle sie, sobald die Urkunde als gefälscht erwiesen, von selbst in sich zusammen. Die Fehde dauerte in der Presse fort, in leidenschaftlichem Tone wurde für und wider die von Eynern erhobene Beschuldigung gestritten, doch auch die schärfste Kritik konnte zu keinem andern Ergebnisse kommen, als zur Erklärung: mit Bestimmtheit kann weder ein Ja noch ein Nein ausgesprochen werden.

Unsere Wiederaufnahme der Untersuchung bezweckt nichts weniger als eine Belebung des Streits in kulturkämpferischer Absicht; eine erneute objektive Darlegung scheint sich deshalb zu empfehlen, weil unseres Erachtens durch ein Dokument, das erst in jüngster Zeit zu Tage gefördert wurde, heute ein abschließendes Urteil ermöglicht ist. —

Im Juli 1759 tauchte ein Breve des Papstes Klemens XIII., „gegeben zu Rom, unter dem Fischerringe, den 30. Januar 1759, im ersten Jahre unseres Pontifikats", im diplomatischen Verkehr und in der Presse auf. Das von Verwünschungen der Lutheraner und Calvinisten, „dieser Amalekiter und Moabiter," triefende Schriftstück beglückwünscht den Sieger von Hochkirch und verkündigt ihm die Verleihung eines geweihten Hutes und Degens zur Belohnung für die im Kampfe mit den Ungläubigen vollbrachten Thaten. „Es bade sich dein Arm im Blute der Rebellen, es werde die Axt an die Wurzel jenes Baumes gelegt, der so vermaledeite Früchte getragen, damit nach dem Beispiele Karls des Großen der Norden Deutschlands durch Feuer, Blut und Eisen bekehrt werde!"

Das päpstliche Schreiben wurde wenigstens in protestantischen Kreisen für echt gehalten. Noch 1845 führte Ernst Zimmermann in der Darmstädter „Allgemeinen Kirchenzeitung" das geharnischte Breve als Beweis der Unduldsamkeit und Verfolgungssucht der Kurie an.

Ein Blick auf die längst veröffentlichten Briefe König Friedrichs an Marquis d'Argens hätte Zimmermann eines Besseren belehrt. Gegenüber den hier enthaltenen Auslassungen des

Königs kann nicht bezweifelt werden, daß er selbst den Brief in französischer Sprache abfaßte, denselben von d'Argens ins Lateinische übersetzen und sodann drucken und verbreiten ließ, um im protestantischen Lager gegen den österreichischen Feldherrn Erbitterung zu erregen. Neben den Kämpfen der Truppen und der Diplomaten wurde ja damals noch ein dritter ausgefochten: auf dem Gebiete der Presse. Eine Flut von Flugschriften ergoß sich in alle Volkskreise, um die öffentliche Meinung zu bearbeiten. Bekanntlich erzählt Goethe in „Wahrheit und Dichtung", er selbst habe nicht bloß preußische Siegeslieder, sondern fast noch lieber die Spottlieder auf die Gegenpartei abgeschrieben, „so platt die Reime auch sein mochten." Der rührigste war König Friedrich selbst. „Ich führe mit meinen Feinden Krieg auf alle Arten", schrieb er am 24. Februar 1760 an Voltaire. Gerade das religiöse Moment spielt bei diesen publizistischen Waffengängen eine wichtige Rolle. Es war System König Friedrichs, den Gegensatz zwischen Protestantismus und Katholizismus stark hervorzuheben und sich als Schutzherrn des Freisinns und der Aufklärung gegenüber der Unduldsamkeit und der Beschränktheit der Papisten darzustellen. Wer aber aus solcher Ausbeutung des konfessionellen Haders einen Vorwurf gegen den König ableiten wollte, lasse auch die öffentlichen und privaten Kundgebungen der Gegner nicht unbeachtet. Gerade nach der Schlacht bei Hochkirch gab Klemens XIII. wiederholt der Auffassung Ausdruck, daß der gegenwärtige Krieg ein Religionskrieg sei und als solcher von allen katholischen Fürsten ausgefochten werden müsse. Am 15. November 1758 feierte er in einem Schreiben an Ludwig XV. das Zusammengehen der beiden katholischen Hauptmächte, Frankreichs und Oesterreichs. „Dieses Bündnis ist schon so oft von unsern Vorfahren angestrebt, aber von der göttlichen Vorsehung für unsere stürmischeren Zeiten aufgespart worden; Gott selbst hat es neuerlich mit glücklichen Waffenerfolgen überhäuft, und darauf baut sich unsere feste Hoffnung, es werde bald dahin kommen, daß durch den erhabenen Bund der beiden Mächte die verderblichen Anschläge der verruchten Ränkeschmiede völlig zu Boden geschlagen werden!" In ähnlicher

Weise ermunterte Klemens den Kaiser Franz (18. Nov. 1758) zu energischer Abwehr der verderblichen Pläne der Protestanten. Angesichts so entschiedener Parteinahme des Papstes kann doch gewiß dem von zehnfacher Uebermacht bedrängten Preußenkönig nicht verargt werden, daß er ebenfalls den konfessionellen Hader schürte, um in dem unlauteren Feuer Waffen gegen seine Feinde zu schmieden.

So mußte denn auch die päpstliche Degenweihe noch wiederholt der Spottsucht des Königs als Zielscheibe dienen. Auch jenes von Majunke erwähnte Glückwunschschreiben des Prinzen Soubise an Marschall Daun ist von Friedrich verfaßt, blieb jedoch ungedruckt. Dagegen wurde ein wahrscheinlich gleichfalls von Friedrich gefertigtes „Dankschreiben des Marschalls Leopold Grafen von Daun an den Papst" als Flugblatt verbreitet; es ist für die Abneigung des Verfassers gegen alles Kirchliche bezeichnend, daß er den Marschall die Mitteilung machen läßt, sein Gegner habe, um die Wirkung des päpstlichen Geschenks zu neutralisieren, die Säbel der Totenkopfhusaren durch den anglikanischen Bischof von Canterbury segnen lassen. Ein ähnliches Flugblatt „Der Brief eines Almoseniers der österreichischen Armee an den ehrwürdigen Superior des Franziskanerklosters zu Frankfurt" ist wohl kaum als ein Werk Friedrichs anzusehen. Es wird darin geschildert, wie das Oberhaupt der deutschen Protestanten einen Bund mit dem Teufel geschlossen habe, um die Wunderkraft des päpstlichen Degens zu überbieten; dabei tritt aber das Streben nach Glorifizierung des Königs so aufdringlich hervor, daß die Schrift wohl mit besserem Recht dem Schmeichler d'Argens, als dem Könige selbst zugeschrieben wird. Dagegen ist der „Bericht Phihihu's, Abgesandten des Kaisers von China" unzweifelhaft ein Werk Friedrichs. In diesem Pamphlet, das sich in der Form an Montesquieu's Lettres persanes und d'Argens' Lettres juives anlehnt und von den Erlebnissen und Eindrücken des Chinesen in Europa eine ironische Schilderung entwirft, hat der König alles niedergelegt, was er gegen den Papst auf dem Herzen hatte; darunter figuriert auch die Degenweihe in der Christnacht von 1758. „Ich verfolge

dabei", schrieb er an d'Argens, „die Absicht, dem Papste einen Schlag mit der Tatze zu geben, dem Papste, der die Degen meiner Feinde segnet und mordlustigen Mönchen eine Freistatt gewährt."

Doch gerade aus dieser Aeußerung des Königs seinem Vertrauten gegenüber erhellt, daß auch Majunke bei seiner historischen Auseinandersetzung die Wahrheit nicht vollkommen auf seiner Seite hatte. Er wollte ja wissen, König Friedrich habe die Degenweihe zu politischen Zwecken erfunden, die ganze Sache sei nur ein satirischer Einfall, ein Fechterstreich des Königs gewesen. Dagegen beweisen Friedrichs eigene Worte, daß er selbst an die Uebersendung des Degens glaubte und nur im Zorn über den beleidigenden Schritt des Papstes jene Episteln und Satiren abfaßte. Diese Auffassung wird noch durch andere unverdächtige Beweise bestätigt. Am 2. Mai 1759 schrieb Friedrich an d'Argens: „Auf, auf! Schreiben Sie etwas Tüchtiges gegen die Verruchte (die römische Kirche), das empfiehlt sich sehr, auf solche Weise werden auch Sie unter unsern Fahnen fechten. Der Papst hat an Daun, ich weiß nicht was für einen Hut geschenkt, er benimmt sich gegen mich höchst ungeziemend". Darauf erwidert d'Argens: „Auch ich habe bereits in allen Zeitungen von diesem Hut und Degen gelesen, die der Papst dem Marschall Daun geschickt hat (a envoyés) . . ." An Markgraf Karl von Brandenburg schrieb der König nach seinem Wiedereinrücken in Schlesien am 5. Juli 1759: „Ich hoffe, daß wihr in dießer gegendt dem Päpstlichen Huht eins anhängen werden". Auch aus den Worten, womit König Friedrich in seinen Memoiren den Vorfall bespricht, geht deutlich hervor, daß er selbst in der Uebersendung des Degens eine Thatsache erblickte. „Klemens XIII. sandte an Marschall Daun einen Hut und einen Degen, die er geweiht hatte, als Belohnung für den über die Preußen bei Hochkirch erfochtenen Sieg, obwohl solche Geschenke nach römischem Brauch nur an solche Feldherrn gegeben wurden, die entweder über die Ungläubigen einen Sieg davongetragen oder wilde Völkerschaften bezwungen hatten. Dieses Benehmen mußte notwendig den König von Preußen aufbringen, während doch der Papst Ursache gehabt hätte,

auf einen Monarchen, der über so viele katholische Unterthanen das Szepter führt, geziemende Rücksicht zu nehmen.“ Noch an anderer Stelle kommt der König auf die Episode zu sprechen: „Die an und für sich wahrlich nicht meldenswerte That verdient erwähnt zu werden, weil sie die Abgeschmacktheit der Sitten eines Jahrhunderts kennzeichnet, in welchem im übrigen die Vernunft so große Fortschritte gemacht hat.“ Der König war also überzeugt, daß die Auszeichnung Dauns thatsächlich erfolgt sei, um ihn durch die Gleichstellung mit dem Türken zu kränken und in den Augen der Christenheit herabzusetzen.

Diese Auffassung ging in Archenholz grundlegende Geschichte des siebenjährigen Krieges über und blieb fortan, zumal im protestantischen Lager, lebendig, während im katholischen nach dem Vorgang Pezzls, der in seiner Biographie Laudons zuerst das „Märchen“ vom geweihten General verspottete, vorwiegend ein schaler Spaß des Besiegten von Hochkirch angenommen wurde. Für die Beteuerung, daß das vatikanische Archiv kein auf das päpstliche Geschenk bezügliches Dokument verwahre, hatten die Anwälte Friedrichs nur ein skeptisches Lächeln; dagegen wiesen seine Gegner darauf hin, daß eine Thatsache nicht als erhärtet gelten könne, für welche die Erzählung des Urhebers des falschen Breve nicht bloß die erste, sondern auch die einzige Quelle sei.

In den vierziger Jahren drang ein neues Zeugnis zu gunsten der Darstellung in Friedrichs Memoiren in die Oeffentlichkeit. K. J. Jakob, Professor an der Schule zu Pforta, fügte in ein Referat über Johns „Geschichte des siebenjährigen Krieges“ in den „Berliner Jahrbüchern für wissenschaftliche Kritik“ (Jahrgang 1844, S. 799) die Erklärung ein, die angezweifelte Beschenkung Dauns habe wirklich stattgefunden, „denn durch die uns aus der glaubwürdigsten Quelle mitgeteilte Erklärung des Grafen Daun in Wien, des letzten Erben dieses Namens, ist hinlänglich erwiesen, daß der Großvater desselben jene Geschenke empfangen hat, die nachher von der Kaiserin Maria Theresia der Familie für eine sehr große Summe abgekauft worden sind; hiedurch hören alle Zweifel über diese Thatsache auf.“

Mit Recht ist dieses Wort eines Gelehrten, der auf Glaubwürdigkeit Anspruch machen kann, als Beleg für die Auffassung Friedrichs verwertet worden, aber alle Zweifel waren gewiß auch damit nicht beseitigt. Wann, wo, gegen wen hat der Enkel Dauns die bedeutsame Aeußerung gemacht? So lange diese Fragen nicht beantwortet werden, kann die Beweiskraft des Zeugnisses nur als eine beschränkte gelten.

Weit bedeutungsvoller will uns aber ein Dokument erscheinen, das in jüngster Zeit in Max Lehmanns Werk „Preußen und die katholische Kirche“ veröffentlicht worden ist, eine Kundgebung des Papstes Klemens selbst, die an Offenheit und Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig läßt. Im Februar 1764, also nach Beendigung des siebenjährigen Weltkampfes, hielt es Papst Klemens für angemessen, den König von Preußen, dessen guter Wille bei Regelung von manchen kirchlichen Angelegenheiten des Reiches von Wichtigkeit war, versöhnlich zu stimmen. Im Auftrag des Papstes suchte der Nuntius in Warschau, Monsignore Visconti, eine vertrauliche Unterredung mit dem preußischen Gesandten Benoit. Bei dieser Gelegenheit gab Visconti die bündigste Versicherung, daß alles, was von der Schenkung eines Degens an Marschall Daun verlautet habe, durchaus erfunden sei; der hl. Vater habe nicht geringe Pein empfunden, als er hören mußte, daß solche Gerüchte dem Könige als Thatsachen hinterbracht worden seien; schon damals seien die päpstlichen Minister angewiesen worden, auf jede Weise der falschen Nachricht entgegenzutreten und sogar, wenn sie es für nötig hielten, die Sache in den Zeitungen für erlogen zu erklären. „Ich habe mich begnügt,“ bemerkt dazu der preußische Gesandte, „dem Hrn. Legaten zu erwidern, es wäre sehr löblich gewesen, wenn man damals wirklich in diesem Sinne eine öffentliche Erklärung gegeben hätte, denn es wäre das einzige Mittel gewesen, die Welt von einem Irrtum zu befreien, der allgemeine Verbreitung fand.“ Die Antwort König Friedrichs geht auf den streitigen Handel gar nicht ein, sondern enthält nur im allgemeinen eine schroffe Absage an die Kurie. Für den verstorbenen Papst, so läßt er dem Nuntius versichern, habe er die

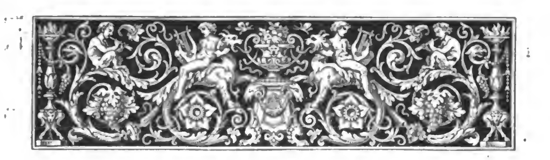
aufrichtigste Hochachtung gehegt, mit ihm habe er die herzlichsten und freundschaftlichsten Beziehungen unterhalten. Gerade die entgegengesetzte Stimmung aber sei bei dem Nachfolger zu Tage getreten. Klemens habe sich, „wenn man jetzt auch das Gegenteil behaupten wolle,“ während des letzten Krieges in äußerst unhöflicher und seiner Würde wenig angemessener Weise benommen, habe den Haß gegen den ketzerischen König bei jeder Gelegenheit durchblicken lassen, ja sogar nicht Scheu getragen, den katholischen Klerus in Schlesien in seiner meuterischen Gesinnung zu bestärken. „Sagen Sie also dem Hrn. Nuntius rund heraus, daß ich bei aller Hochachtung, die ich für den römischen Stuhl hege, mich niemals in eine Angelegenheit, die den jetzt regierenden Papst angeht, einmischen werde.“

Man sieht, König Friedrich steht der Entschuldigung des Papstes zweifelnd gegenüber, und auch der Herausgeber der Aktenstücke ist nicht geneigt, der päpstlichen Erklärung Glauben zu schenken.

Gewiß mit Unrecht. Es ist in hohem Grade unwahrscheinlich, daß ein Nuntius mit Wissen und Willen des Papstes so entschieden und bestimmt eine falsche Behauptung aufgestellt hätte. Allerdings stehen Aufrichtigkeit und Wahrheitsliebe im Moralkodex der Politiker nicht an erster Stelle, während Beschönigen, Beschwichtigen, Bemänteln im diplomatischen Verkehr eine wichtige Rolle spielen. Es kommt wohl auch vor, daß heimlich geschlossene Verträge in gefährlicher Krisis von einer in die Enge getriebenen Regierung abgeleugnet werden, aber es werden sich in der neueren Geschichte kaum Beispiele finden lassen, daß nur um eines politischen Vorteils willen von Vertretern einer Regierung mit barer Lüge manipuliert worden wäre. Am wenigsten durfte solches von seiten des römischen Stuhles geschehen, auch schon deshalb nicht, da jeden Augenblick der wahre Sachverhalt aufgedeckt werden konnte.

Solange also nicht ein ausreichender Gegenbeweis geführt werden kann, ziemt es sich, dem Worte des Papstes zu glauben. Nachdem in die Kette der Untersuchungen das wertvollste Glied

eingefügt worden ist, haben wir folgendes Ergebnis: König Friedrich ließ sich durch falsche Gerüchte zu einer irrtümlichen Behauptung verführen. Die Erzählung, daß der Sieger von Hochkirch mit einem geweihten Degen beschenkt worden ist, darf in Geschichtswerken nicht wiederholt werden, denn sie ist eine Fabel.



III.

Ein armenischer Abenteurer
am kurpfälzischen Hofe 1698.

Bei Forschungen über die pfälzische Politik zur Zeit des spanischen Erbfolgekrieges geriet mir eine Schrift in die Hände, die mein lebhaftes Interesse wachrief. Im Jahre 1829 brachte Ministerialrat Josef von Fink in der Münchener Akademie eine Festrede merkwürdigen Inhalts zum Vortrag; sie handelte von einem Projekte des Kurfürsten Johann Wilhelm von der Pfalz, eine Armee nach Armenien zu führen, die armenische Christenheit zu befreien und sich selbst die Königskrone aufzusetzen. Der Vater des Planes war ein armenischer Handelsmann Israel Ory in Düsseldorf.

Das Projekt ist so abenteuerlich, daß der erste Eindruck Zweifel an der Wahrheit jener Nachrichten war; darin bestärkte mich noch der Umstand, daß Fink zwar wiederholt Briefe des Ory, des Kurfürsten, armenischer Fürsten ꝛc. als seine Quellen bezeichnet, aber mit keinem Worte verrät, wie und wo er die Urkunden gefunden hat.

Dieser Zweifel regte mich an, der Sache nachzugehen. Zu meiner Ueberraschung, wie ich gestehe, erhielt ich auf eine an das Münchner geheime Staatsarchiv gerichtete Anfrage die Antwort:

Ja, es sind die Dokumente über das armenische Projekt, welche Fink als Quellen gedient haben, vorhanden.

Ich nahm nun Einsicht von dem betreffenden Archivalakt. Leider muß derselbe noch in neuerer Zeit spoliirt worden sein, denn es fehlt von den mit Blei numerierten Blättern etwa die Hälfte, die Blätter 1—12 und 27—70. Das noch Vorhandene sind Briefe des Israel Ory aus Düsseldorf und Moskau, Konzepte des Kurfürsten, aber auch zwei russisch abgefaßte Originalbriefe Peters des Großen an den Kurfürsten u. s. w.

Daß Johann Wilhelm den von Ory angeregten Plan ernstlich ins Auge faßte und deshalb mit Kaiser Leopold, Zar Peter, dem Fürsten von Georgien, dem Schah von Persien, endlich auch mit Papst Klemens XI. in Verbindung trat, ist nicht zu bezweifeln, dagegen stiegen bei der Durchsicht der Briefe andere Bedenken in mir auf, von denen ich später sprechen werde.

Das geplante Unternehmen ist nur eingeleitet, niemals ausgeführt worden, war wohl auch von vorneherein unausführbar. Doch daß der phantastische Vorschlag an der Wende des 17. Jahrhunderts von dem Pfälzer ernsthaft genommen wurde, ist lehrreich. Es ist damit ein neuer Beweis dafür geboten, wie verführerisch gerade damals die Aussicht auf eine Königskrone auf deutsche Fürsten wirkte und alle besonnenen Erwägungen in den Hintergrund zu drängen vermochte. Außerdem bietet sich bei näherem Eingehen auf die Verhandlungen so viel anziehendes Detail, daß ich mich für meine Mühe belohnt und einen kurzen Bericht über die Ergebnisse meiner Forschung der Aufmerksamkeit weiterer Kreise wert halte. Um das Thema erschöpfend zu behandeln, habe ich im hiesigen Staatsarchiv des Kurfürsten gesamte Familienkorrespondenz, seine Briefe an Kaiser Leopold und an die pfälzischen Agenten in Rom und Madrid durchgesehen. Auch das badische, sowie das vatikanische Archiv wurden herangezogen, leider vergeblich; nur noch im k. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv zu Wien ließen sich einige einschlägige Schriftstücke auffinden.

Das umfangreichste und wichtigste Schriftstück des Hauptaktes ist ein — wohlbemerkt — nur in Abschrift vorhandenes

und von Israel Ory ins Französische übertragenes Sendschreiben von zehn armenischen Fürsten vom 29. April 1699. Aus ihm und den beigefügten Briefen des Ory erfahren wir folgende Thatsachen und Vorgänge.

Israel Ory war schon seit mehreren Jahren in Düsseldorf ansässig und trieb einen Getreide- und Weinhandel. Im Jahre 1698 wandte er sich an den Kurfürsten Johann Wilhelm mit einer Beschwerde gegen kurpfälzische Hofbeamte, die ihn angeblich beim Weingeschäft übervorteilt hatten. Bei diesem Anlaß scheint Ory dem Kurfürsten, der damals vierzig Jahre zählte und ein prunkliebender, ehrgeiziger Herr war, zum erstenmal von dem großen Unternehmen gesprochen zu haben, das, wie er sich in seinen Briefen ausdrückt, den Ruhm des pfälzischen Hauses über alle Könige Europas erhöhen werde. Er schilderte die Not und die Leiden seiner armenischen Landsleute, die, weil sie am Christentum festhielten, von den mohammedanischen Zwingherren, den Persern, in unerhörter Weise bedrängt und mißhandelt würden, und versicherte, es werde ein Leichtes sein, die Armenier um den Preis ihrer Befreiung vom Joche der Ungläubigen zur Rückkehr in den Schooß der römisch-katholischen Kirche zu bewegen. Sobald ein christlicher Fürst mit einer anständigen Heeresmacht auf armenischem Boden erschiene, würde ihm sofort das armenische Volk zufallen und die Krone von Armenien zu Füßen legen. Er selbst, Ory, sei von fürstlichem Geblüt, und Männer von gleich edler Geburt hätten ihn beauftragt, einen europäischen Fürsten zu suchen, der das Rettungswerk zu vollbringen und die Krone Armeniens anzunehmen bereit sei. Der Kurfürst möge, um sich von der Wahrheit dieser Erzählung zu überzeugen, einen pfälzischen Offizier gemeinsam mit Ory nach Armenien schicken und die dortige Lage prüfen lassen.

Von Abordnung eines Offiziers wurde Umgang genommen, aber den Antrag Ory's wies Johann Wilhelm nicht von der Hand; er sandte ihn nach Armenien mit Briefen an Pangrat Mepé Artschil, Fürsten von Georgien, an den Patriarchen Kappan von

Kiensassar, an den Patriarchen Jegasar vom Sitz der Drei armenischen Kirchen und andere armenische Große.

Ueber die Reise Ory's nach Armenien und seine dortigen Verhandlungen unterrichtet uns das erwähnte Sendschreiben der zehn Fürsten.

Ory begab sich zunächst zu den drei Kirchen, aber Patriarch Jegasar, der seinem Plane gewogen gewesen, war inzwischen gestorben, und sein Nachfolger war mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden, sodaß Ory es für geraten hielt, denselben in seine Absichten und Aussichten nicht einzuweihen. In Kiensassar versammelten sich zehn weltliche Fürsten, vier Erzbischöfe und der Großpatriarch. Ihnen eröffnete Ory vorsichtiger Weise nur, daß der Kurfürst von der Pfalz, ein mächtiger europäischer Fürst, für das Geschick Armeniens warme Teilnahme hege und die Kirchen und Klöster Armeniens reichlich bedenken wolle. Vortrefflich, erwiderte der Patriarch, wir danken diesem großen Fürsten unterthänigst, und wenn es gelingt, das Geld heimlich hereinzubringen, werden wir es verwenden, wie es uns zweckmäßig erscheinen wird!

Darauf belehrte aber Ory den Patriarchen und die Bischöfe, so einfach liege die Sache nicht; so leicht werde sich ein mächtiger und weiser europäischer Fürst nicht hinters Licht führen lassen; er werde vielmehr seine eigenen Leute, Beamte und Geistliche, schicken, damit sie sich überzeugten, wo und wie geholfen werden müsse. Von solcher Einmischung wollten nun aber die Kirchenfürsten nichts hören, und als darauf Ory einen heiklen Punkt berührte und die Frage aufwarf, weshalb denn die Armenier sich bedächten, den römischen Bischof als ihr Oberhaupt anzuerkennen, da doch ihr größtes Kirchenlicht, St. Gregor, die Bestätigung des Papstes eingeholt habe, erhob sich großer Lärm, die Gemüter erhitzten sich, und die weltlichen Fürsten fanden geraten, die Versammlung aufzuheben, ohne den Prälaten den Brief des Kurfürsten mitzuteilen. Die Fürsten aber nahmen davon Kenntnis, und Ory schilderte dazu mündlich, wie er sich dem Kurfürsten zu Füßen geworfen, um ihm die Ergebenheit der

Armenier zu bezeugen und ihre Seufzer vorzutragen, und wie er von ihm mit unerhörter und unvergleichlicher Güte aufgenommen worden sei. Die Nachricht wurde mit Jubel aufgenommen. Der Brief eines so hohen, so mächtigen, so gebenedeiten Fürsten, schreiben die Armenier, habe nicht weniger Freude hervorgerufen, als die himmlische Botschaft, welche der Engel dem Adam brachte, daß Gott zur Erlösung der Menschheit den Heiland senden werde, „und dem Maß unsrer Freude entsprach das Maß des Segens, den wir auf das Haupt Eurer Königlichen Hoheit herabflehten.“ Auch Ory wird im Briefe der zehn Fürsten mit den höchsten Lobsprüchen bedacht; er stamme von einer der ersten Familien des Landes, Prosch; er sei, nachdem eine Fürstenversammlung zu Drei Kirchen im Jahre 1678 beschlossen habe, die Hilfe der europäischen Christenheit anzurufen, dazu ausersehen worden, im Verein mit einigen andren Prälaten und Fürsten die europäischen Höfe zu besuchen; nur Ory sei diesem Vorhaben getreu geblieben, sei aber lange erfolglos umhergewandert, bis ihn die göttliche Gnade den Weg zum Herzen des Kurfürsten finden ließ. Schon der Name Prosch sei eine Bürgschaft für die aufrichtige Gesinnung und die Selbstlosigkeit des Vermittlers, denn schon zwei von seinen Ahnen hätten für ihr Festhalten am Christentum den Märtyrertod erlitten, und auch sein Vater Melineck Israel sei aus dem gleichen Grunde vergiftet worden. Es sei gar nicht hoch genug anzuschlagen, daß der Sprößling eines so erlauchten Geschlechtes neunzehn Jahre lang die Vermummung als Handelsmann ertrug und alle damit verbundenen Demütigungen sich gefallen ließ, bis er durch die Verbindung mit dem Kurfürsten reichen Lohn erhielt. In Ansehung der tadellosen Haltung, der Vorsicht, Geduld, Güte, Ausdauer und Gewissenhaftigkeit dieses Mannes hätten sie beschlossen, ihn zu ihrem Oberhaupt zu erheben und mit Vollmacht auszustatten, daß er in ihrem Namen mit dem Kurfürsten beschließe, was er für gut halte. Sie Alle seien des festen Willens, zurückzukehren zur wahren Kirche Jesu Christi, und ihr Führer möge der Kurfürst sein. Vier Prinzessinnen des pfälzischen Hauses seien bereits geschmückt mit den

glänzendsten Diademen Europas, aber eine fünfte, noch glänzendere Krone sei dem Kurfürsten selbst vom Himmel bestimmt. „Wir sind es, die sie aufrichtigen Herzens Eurer Kurfürstlichen Durchlaucht anbieten, zu Gott flehend, er möge unsre Wünsche erfüllen und die Krone auf Ihrem Haupte befestigen.“ Sie hätten beschlossen, Israel Ory selbst und einen Geistlichen, Vartabet Minas, Abt des St. Jakobklosters, nach Düsseldorf abzusenden, um dem Kurfürsten ihr Anerbieten zu eröffnen. „Gott Lob und Dank, es fehlt uns an nichts, wir haben Geld, Güter, waffentüchtige Mannschaft und Alles, was zum großen Unternehmen notwendig ist; uns fehlt allein ein Führer, der unser Land leitet und regiert.“ Das Unternehmen erheische nur eine Kriegsmacht, wie sie ein Kurfürst von der Pfalz leicht aufbringen könne. Der Bruder des Kurfürsten, Prinz Karl Philipp, möge die Truppen nach Armenien führen; der Sieg werde ihm von selbst in den Schoß fallen, und der Kurfürst brauche dann nur feierlichen Einzug zu halten und sich krönen zu lassen. „Niemals gab es für uns ein solches Uebermaß von Freude, niemals so hohen Ruhm für das erhabene pfälzische Haus, niemals einen so glorreichen Triumph für die Religion, denn wir hoffen, noch andere geeignete Reiche ausfindig zu machen, um zwei Könige krönen zu können, wenn dies Eurer Kurfürstlichen Durchlaucht so gefallen würde.“ Um dies zu erreichen, wollten sie gern Alles, Gut und Geld, opfern, im Dienste des Kurfürsten, der keine besseren, gehorsameren, opferwilligeren Unterthanen sich wünschen könne. Zeugnis davon gebe schon dieses ihr Schreiben, das mit ihren eigenen Unterschriften und Siegeln versehen sei; schon damit sei ihr Eigentum, ja ihr Leben aufs Spiel gesetzt.

Ein Original des Sendschreibens ist, wie gesagt, nicht vorhanden, nur eine von Ory und Minas Vartabet verfaßte Übertragung; dieselbe wurde am 13. September 1699 dem Kurfürsten übergeben.

Ob auch das Original damals in die Hände des Kurfürsten gelangt und seither verloren gegangen ist, — wir wissen es nicht. Es ist uns also die Möglichkeit benommen, dasselbe auf

seine Echtheit zu prüfen; wir können nur auf Grund der Übersetzung aus inneren Gründen auf Echtheit oder Unechtheit des Schriftstückes schließen. Und da muß ich sagen: ich hege das allergrößte Mißtrauen gegen diesen Armenier.

Es ist ja eine bekannte Thatsache, daß die Handelsleute Armeniens allen anderen Orientalen, auch Griechen und Juden an Schlauheit und Findigkeit überlegen waren, und daß Armenier, wie es Schiller im „Geisterseher“ verwertet hat, im achtzehnten Jahrhundert auch an den europäischen Höfen nicht selten eine geheimnisvolle, einflußreiche Rolle spielten. Daß Israel Ory Handelsmann war, ist an sich nicht auffällig. Auch Mechitar, der 1717 die Mechitaristen-Kongregation stiftete, durchreiste als Kaufmann die europäischen Staaten. Ory soll aus einem der ersten Fürstengeschlechter des Landes stammen; unmöglich wäre das nicht. Auch die Sache, die er zu vertreten hat, ist auffällig, aber nicht unglaublich. Daß die Armenier ihres Glaubens wegen in jener Zeit von den Persern bedrückt wurden, ist bekannt. Es gab lange schon eine ansehnliche Zahl Katholiken in Armenien, und die Missionen des Dominikaners Paolo Firomoli, des Theatiners Galanus und Andrer, welche Papst Urban VIII. mit der Bekehrung Armeniens betraut hatte, gewannen der römischen Kirche neue Anhänger. Immerhin ist es nicht gerade wahrscheinlich, daß zehn Landesfürsten ganz offen und rückhaltslos ihre Bereitwilligkeit, zur römischen Kirche überzutreten, versichert hätten. Und sollten diese Männer wirklich über die Schwierigkeiten, ja die Unmöglichkeit des Unternehmens im Unklaren gewesen sein? Ein deutscher Kurfürst soll mit Truppen, die nach der Lage der Dinge nicht zahlreich sein können, nach Asien ziehen, um dort den Schah von Persien zu bekriegen und sich die Königskrone von Armenien zu holen? Ja, sogar auch seinem Bruder Karl wird, wenn er nach Armenien kommen würde, eine zweite Königskrone in Aussicht gestellt!

Dies Alles klingt verdächtig. Und wie kommt Ory gerade an den Kurfürsten von der Pfalz? Er selbst erzählt in einem Briefe an Johann Wilhelm, er habe ursprünglich vorgehabt,

die Hilfe Ludwigs XIV. anzurufen; zu diesem Zwecke sei er nach Frankreich gegangen und habe dort ein Geschäft mit allerlei Luxuswaren für große Herren übernommen; auf solche Weise sei er mit Offizieren, Höflingen und Beamten bekannt geworden und habe durch sie alle Vorgänge im Staat und in der Armee erfahren. Nach Ausbruch des Krieges sei er mitgezogen und habe sechs Feldzüge mitgemacht, immer bestrebt, einmal zu einem Gespräch mit dem König zu gelangen, aber alle Versuche scheiterten, er fand in Frankreich nur Schwierigkeiten, Hindernisse, Unheil aller Art, bis er den Finger Gottes erkannte, Frankreich verließ und in die pfälzischen Staaten übersiedelte, wo sich Alles in Segen verwandelte. „Deshalb bin ich vollkommen überzeugt: es ist Gott selbst, der mich hierher geführt hat; es verhält sich dabei, wie ehedem mit Columbus, der auch zuerst in Frankreich acht Jahre bei Hofe zubrachte, um zur Entdeckung einer neuen Welt und zur Aufspürung von Gold- und Silberminen die Ueberlassung eines Schiffes durchzusetzen, dann aber, als alle Mühe vergeblich war, nach Spanien ging, wo er seine Wünsche durchsetzte. Ew. Kurfürstliche Durchlaucht wissen, was daraus für Spanien erzielt ward. So, hoffe ich, wird eines Tages auch die glorreiche Erhöhung des erhabenen Hauses Eurer Kurfürstlichen Durchlaucht nicht ausbleiben, wenn Sie mir gnädigst die erbotenen Mittel einräumen werden.“

Es ist ein Orientale, der das Wort hat. Einen gewissen Ueberschwang werden wir also begreiflich finden, aber ist dies die Sprache eines Mannes, dessen Wort ernst zu nehmen ist, oder eines Abenteurers?

Doch seien wir auch nicht hyperkritisch! Unter allen Umständen fällt gewichtig in die Wagschale, daß der Kurfürst selbst, der den Armenier persönlich kannte und hörte, den hochtrabenden Versicherungen offenbar Glauben schenkte.

Ein Bedenken scheint auch in dem Kurfürsten aufgestiegen zu sein: weshalb kommt der Vertrauensmann der reichsten und angesehensten Fürsten Armeniens mit leeren Händen? weshalb schicken diese Fürsten, die mich zu ihrem König erheben wollen,

keine Geschenke, wie dies doch gerade der orientalischen Sitte entsprechen würde? Dieses Bedenken scheint auch dem Armenier zu Ohren gekommen zu sein, wenigstens richtete er an den Kurfürsten ein Billet folgenden Inhalts: „In der That habe ich für Ew. Kurfürstliche Durchlaucht keine Geschenke mitgebracht, da ich den größten Teil der Reise auf der Post zurückzulegen hatte und die Erhebung der Türken ganz Anatolien in Unordnung brachte, so daß es dort von Räubern wimmelt. Freilich hatten mir Herr Saphrase (Melkon de Saffras, einer der zehn armenischen Fürsten) und Andere Alles ohne Ausnahme, was an Kostbarkeiten, Pferden und andren Schätzen in ihren Häusern zu finden wäre, ein für allemal zur Verfügung gestellt, damit ich es als Zeichen ihrer Ergebenheit Eurer Kurfürstlichen Durchlaucht zu Füßen lege. Ich habe auch einige seltene Pferde und ein paar andre Dinge ausgewählt und Freunden den Auftrag gegeben, mir Alles hierher zu senden. Dieselben werden Anfangs Oktober das Land verlassen; ich habe ihnen befohlen, nach Kuranstat (Kronstadt) in Siebenbürgen zu gehen, dorthin mögen Ew. Kurfürstliche Durchlaucht einen Paß senden!“

Ob wohl diese Pferde je in den kurfürstlichen Marstall und diese Raritäten in die kurfürstliche Schatzkammer gelangt sind?

Johann Wilhelm verlangte nun von Ory genaue Auskunft, auf welchem Wege man denn nach Armenien kommen könne? Ory entsprach diesem Wunsche durch eine Schilderung des Marsches über Wien, Krakau, Moskau und Damurkapi und eine Beschreibung Armeniens. Als den Hauptvorzug des Landes rühmt er die gute Luft, die es möglich mache, daß sich die Bewohner fast durchgehends eines sehr langen Lebens erfreuen und Hundertjährige gar nicht selten anzutreffen sind. Die Mutter des Melik (Melik'h = Fürst) Saphras habe, während sie bis dahin keine Kinder hatte, in ihrem 61. Lebensjahr den Prinzen zur Welt gebracht. Es gebe in Armenien fast gar keine Aerzte, weil es an Kranken mangle, dagegen gebe es dort viel schöne Frauen u. s. w.

Müssen nicht auch diese Hyperbeln unsern Verdacht bestärken?

Fink teilt auch einen von Ory entworfenen Kriegs- und

Feldzugsplan mit; da sich derselbe heute im Archivalakt nicht mehr vorfindet, sind wir auf Fink's Auszug angewiesen. Hier sei nur Folgendes daraus mitgeteilt.

Zunächst sollen der Papst, der deutsche Kaiser und der Großherzog von Toskana — letzterer wohl als Verwandter Johann Wilhelms — vom Vorhaben des Kurfürsten in Kenntnis gesetzt und um Unterstützung des Unternehmens angegangen werden. Dann soll vom König von Polen und vom Kaiser von Rußland die Erlaubnis zum Durchmarsch der Truppen durch ihre Staaten erwirkt werden; der erstere werde keine Schwierigkeiten bereiten, und auch vom Zaren sei, wenn der Wunsch gehörig vertreten werde, Zustimmung zu erwarten. Der Kurfürst soll 1000 Mann Reiterei, 1000 Mann Dragoner, 100 Grenadiere und ein paar Batterieen ins Feld stellen, der Kaiser 2000 Husaren, 1000 schwere Reiter, 1000 Dragoner und ungefähr ebenso viel Artillerie, wie der Kurfürst; der Großherzog von Toskana soll die Höhe seines Kontingents selbst bestimmen. Außerdem sei es notwendig, mindestens 100 Fahnen mit dem Kreuz und dem Bildnis des hl. Gregor mitzuführen, um dieselben in den armenischen Provinzen zur Verteilung zu bringen. Den Unterhalt der Truppen, sowie überhaupt alle Kosten des Feldzugs sollen die Armenier selbst bestreiten. Gegen Ende Mai des nächsten Jahres (1700) soll das Heer aufbrechen und durch Böhmen, Polen und Rußland nach Moskau marschieren; dann soll es zu Schiffe auf der Wolga und dem kaspischen Meere die Grenze Persiens zu erreichen suchen; bis Anfang Oktober könnte es dort eintreffen. Die erste persische Stadt Schamaching (Schemacha im Gouvernement Baku) werde leicht einzunehmen sein, da beim Anblick der Kreuzesfahnen 10,000 Armenier in Waffen die Stadt verlassen würden, um sich mit den Befreiern zu vereinigen. Von Schamaching aus soll das Heer in vier Kolonnen weiterziehen und alle auf dem Wege gelegenen Städte und Festungen einnehmen, — eine leichte Sache, da allenthalben die Armenier mit Mannschaft und Geld, Pferden und Munition aushelfen würden. Erheblichere Schwierigkeit könne nur die Einnahme der Festung Rewant (Eriwan, die Hauptstadt des gleichnamigen Gouver=

nements,) verursachen, doch vielleicht sei auch dieser feste Platz durch einen Handstreich zu gewinnen. In der reichen Handelsstadt Toris (Tauris, Hauptstadt der persischen Provinz Aserbridschan,) und der ehemaligen Hauptstadt Persiens Sopia (Sophia) sollen sodann Winterquartiere bezogen werden. Aus den christlichen Provinzen Persiens könnten etwa 192,000 Bewaffnete ausgehoben werden, dazu noch 80,000 Mann aus Georgien; auch in den unter türkischer Herrschaft stehenden christlichen Provinzen brenne die Jugend vor Begierde, für ihren Glauben zum Schwert zu greifen. Der Reichtum der Armenier sei nach europäischen Begriffen geradezu unermeßlich; es werde ein Leichtes sein, für Kriegszwecke 60,000,000 Livres aufzubringen. Dagegen habe der Schah von Persien höchstens über 100,000 Mann berittener Garden zu verfügen; an Fußvolk und Geschützen fehle es ihm gänzlich, und auch die verfügbaren Truppen seien des Krieges entwöhnt und nichts weniger als kampfbereit und kampflustig.

Sodann werden über den weiteren Vormarsch im eigentlichen Armenien eingehende Vorschriften gegeben. Großen Nutzen verspricht sich Ory von einer Unterstützung der christlichen Landmacht durch spanische oder portugiesische Kriegsschiffe, die in den persischen Meerbusen vordringen und Banderabas (Benderabassi in der persischen Provinz Kirman am persischen Meerbusen) einnehmen sollten und die Perser in äußerste Bestürzung versetzen würden. Möglicher Weise werde der Einmarsch der pfälzischen Truppen in Armenien ein Bündnis zwischen Persien und der Pforte zur Folge haben, aber auch dieser Gefahr könne durch rechtzeitige diplomatische Vorkehrungen des deutschen Kaisers, des Zaren und des Königs von Polen vorgebeugt werden. Falls es trotzdem zum Krieg mit der Pforte kommen sollte, würde Rußland mit Genugthuung die Gelegenheit ergreifen, mit dem Türken wieder anzubinden.

Fink spendet der Kühnheit und der Genialität des von Ory ausgesonnenen Kriegsplanes begeistertes Lob. „Dem Kurfürsten Johann Wilhelm schien bereits eine Krone zu Füßen zu liegen, wobei es nur von glücklichen Unterhandlungen und Verbindungen

abgehangen hätte, um sie mit leichter Mühe aufzuheben. Zugleich eröffnete sich eine unermeßliche Aussicht zur Verbreitung des Christentums und der Zivilisation, dann der Künste und der Wissenschaften in einem Weltteil, welcher einst schon die Wiege derselben gewesen ist. Welche üppige Früchte die Errichtung eines christlichen Königreichs Armenien auf den Trümmern von Persien für den Handel mit Rußland, mit Portugal und Spanien und durch diese Kanäle mit dem übrigen Europa hervorgetrieben hätte, das würde ohne Zweifel auch die kühnste Erwartung übertroffen haben."

Ich halte eine nüchternere Beurteilung des Planes für angemessener und kann wieder nur finden, daß der Armenier, um sich und sein Projekt bei dem Kurfürsten einzuschmeicheln, in Schönfärberei und in Verdrehung des Thatsächlichen das Menschenmögliche leistet. Nach seiner Darstellung hätten die mit hundert Kreuzesfahnen ausgestatteten pfälzischen und kaiserlichen Reiter eigentlich nur zu einem Ausflug nach Schlaraffenland von Rhein und Donau aufzubrechen; der unermeßliche Reichtum der Armenier würde ja alle Schwierigkeiten beseitigen, die Feigheit der Perser jeden ernsten Widerstand unmöglich machen, und sechzig Millionen Livres wären schon ein artiger Gewinn! — Auch dieser Feldzugsplan vermag also nicht unser Mißtrauen gegen den Armenier zu vermindern!

Der Kurfürst aber scheint den Verheißungen Ory's volles Vertrauen geschenkt zu haben, und die günstige Aufnahme des Kriegsplanes ermutigte den Armenier zu einer Bitte, von welcher er selbst annahm, daß sie seinen Gönner anfänglich in maßloses Staunen versetzen, allmählich aber als vorteilhaft und ersprießlich sich darstellen werde. Er bat, es möge ihm selbst das Kommando über die nach Armenien entsandten Truppen übertragen werden. „Gewiß haben Ew. Kurfürstliche Durchlaucht Generäle und andere Offiziere, die zum Kommando tausendmal geeigneter erscheinen, als ich. Das ändert sich aber bei dieser Art von Kämpfen, bei einem Wechsel des Landes und der Landessitte, der nur dem Gegensatz zwischen Schwarz und Weiß entspricht. Nicht Ruhm-

sucht und Eitelkeit, ich beschwöre es, treiben mich zu meinem Verlangen; es soll nur der Erfolg erleichtert werden, denn ich allein kenne das Land, die Bewohner und ihre Art. Wohl wird in Manchem Eifersucht erwachen, wenn er sich befehligt sieht von einem Manne, der in Düsseldorf Handelschaft getrieben hat, aber ein wenig später werden ihnen die Augen aufgehen, und sie werden erkennen, daß ich nicht zum Handelsmann geboren bin."

Ob der Kurfürst geneigt war, auf das Ansinnen Ory's einzugehen, wissen wir nicht; jedenfalls wurde Ory vorerst nicht mit einer militärischen Charge ausgestattet. Dagegen übertrug ihm der Kurfürst neuerdings einen diplomatischen Auftrag; dem von Ory selbst aufgestellten Programm entsprechend sollten zunächst ein Bündnis mit dem Großherzog von Toskana und die Zustimmung des Papstes, sodann die Unterstützung des Kaisers Leopold, des Königs August von Polen und des Zaren Peter angestrebt werden. Demgemäß sollte Ory zunächst nach Italien gehen. Da klingt es wieder etwas verdächtig, daß Ory in Italien, zumal in Rom, nicht selbst als Gesandter auftreten will, da sich dort armenische Geistliche aufhielten, die gegen ihn Verdacht schöpfen könnten; der Kurfürst, so bat er, möge ihm deshalb wenigstens einen in das Geheimnis eingeweihten Geistlichen mitgeben, dessen er sich in Rom bedienen könnte. Von der Kurie erwarte er überhaupt wenig Gutes, um so Besseres vom Kaiser und vom Zaren, nur dürfe man sich nicht merken lassen, welche Hoffnungen die Armenier auf den Kurfürsten setzten, man dürfe nur im allgemeinen von der Not der armenischen Christenheit sprechen und müsse dem Zaren selbst auf Erwerbungen in Armenien Hoffnung machen.

So gänzlich uneigennützig, wie er sich in seinen Briefen selbst schildert, ist Ory nicht zu Werke gegangen. Er hatte Schulden in Kreuznach einzukassieren, konnte aber die Bezahlung nicht durchsetzen; nun vertauschte er diese Pfandscheine gegen einen Betrag von 500 Thalern, welche ein Düsseldorfer Kaufmann für eine Weinlieferung an den pfälzischen Hof zu fordern hatte, aber nicht eintreiben konnte, und darauf bat er den Kur-

fürsten, Befehl zur Auszahlung zu geben, damit er Geld zur Reise bekomme.

Am 24. Oktober 1699 richtete Johann Wilhelm an den Großherzog von Toskana ein Schreiben, worin er für Israel Ory gnädige Aufnahme erbittet und zugleich ersucht, es möge verhütet werden, daß die armenischen Landsleute vom eigentlichen Zwecke der Sendung Kenntnis erhielten. Gleichzeitig schrieb er in diesem Sinn auch an den pfälzischen Agenten in Rom, Baron Fede. Über die Aufnahme Ory's in Florenz haben wir keine Nachricht, dagegen unterrichtet uns ein Bericht Fede's vom 26. Juni 1700, daß der Papst dem Vertrauensmann des Kurfürsten thätigen Anteil an der Befreiung der armenischen Christenheit zugesichert habe.

Inzwischen tauchten aber am pfälzischen Hofe Gerüchte auf, die dem Armenier eine gewinnsüchtige, ja betrügerische Handlungsweise zur Last legten. Insbesondere ein Landsmann Ory's, Taragoli, mit dem er früher eng befreundet und verbündet gewesen war, verbreitete allerlei Anklagen, wobei auch die angebliche Pferdesendung aus Armenien eine Rolle spielte. Ory verteidigte sich aber, wie es scheint, mit Glück gegen die erhobenen Vorwürfe, wenigstens wurde der Fortsetzung seiner Reise kein Hindernis in den Weg gelegt.

Über den Aufenthalt in Polen haben wir keine Nachricht, dagegen zwei ausführliche Berichte über die Aufnahme in Rußland und die mit Zar Peter gepflogenen Unterhandlungen.

Ory wurde wie ein Gesandter des Kurfürsten von der Pfalz mit hohen Ehren empfangen. Es wurden ihm kaiserliche Wagen und eine Leibwache zur Verfügung gestellt, er wurde auf Kosten des Zaren verpflegt und nach einigen Tagen auch in Audienz empfangen. Peter, der damals mit dem päpstlichen Hofe in freundschaftlichen Beziehungen stand und sich mit dem Plane einer Vermählung seines Sohnes mit einer österreichischen Erzherzogin trug, ging auch auf die von Ory entwickelten Ideen um so bereitwilliger ein, da die Absicht, die russische Herrschaft über das Gebiet des Kaukasus auszudehnen, schon seit langem feststand.

Er sandte an den Kurfürsten ein Antwortschreiben, worin er in überschwänglichen Ausdrücken seine Zustimmung zu dem großen Unternehmen aussprach; zugleich ließ er durch Ory um Muster von Feuer- und Seitengewehren, wie sie in den Staaten des Kurfürsten hergestellt würden, ersuchen; Ory selbst sollte ein Regiment Carabiniers, welche nach deutschem Brauch zu Pferde Feuerwaffen gebrauchten, einüben und befehligen. Im nächsten Briefe nennt sich Ory auch schon Colonel de Sa Majesté Czarienne. Bei Hofe machte Ory auch die Bekanntschaft des Fürsten von Georgien, der nach unglücklichen Kämpfen mit den Persern nach Rußland geflohen war und bei Zar Peter freundliche Aufnahme gefunden hatte; sein Sohn war in russische Dienste getreten und in schwedische Gefangenschaft geraten. Ory eröffnete nun dem Vater Aussicht, es werde sich durch Fürbitte des Kurfürsten von der Pfalz bei seinem Blutsverwandten König Karl XII. die Freilassung des jungen Prinzen erwirken lassen. Wirklich richtete Fürst Pangraz Mepé Artschil ein Gesuch an Johann Wilhelm und bot zur Vergeltung seine Dienste für das geplante armenische Unternehmen an.

Die Briefe des Zaren, des Fürsten von Georgien und Ory's wurden von einem Armenier und ehemaligen polnischen Offizier, Arecowiz, in die Pfalz gebracht, aber gerade während der Anwesenheit dieses Boten geriet Johann Wilhelm, der in den Krieg des Kaisers mit Frankreich verwickelt worden war, in äußerste Gefahr, seine eigenen Erblande zu verlieren. Er mußte sich daher in seiner Antwort an den Zaren darauf beschränken, dem Bedauern Ausdruck zu geben, daß er augenblicklich nicht in der Lage sei, dem armenischen Projekt seine Kräfte zu widmen; erst nach erfochtenem Sieg über seine Feinde werde er auf jene Idee zurückgreifen und seinen guten Willen durch Thaten beweisen können.

Inzwischen hatte Zar Peter einen Offizier nach Armenien geschickt, um über die dortigen Verhältnisse Kundschaft einzuziehen, und der Bericht hatte dahin gelautet, daß die armenischen Christen in der That unter der Unduldsamkeit und Bekehrungs-

sucht der Perser viel zu leiden hätten und das Verlangen nach Befreiung allgemein verbreitet wäre. Darauf gab der Zar Befehl, auf der Wolga bei Kasan und Astrachan 350 Transportschiffe bereit zu stellen; nach Beendigung des Krieges mit Schweden sollte unverzüglich ein Zug nach Armenien angetreten werden.

Allein Karl XII. weigerte sich, die vom Zaren angebotenen Friedensbedingungen anzunehmen; der nordische Krieg dauerte fort. Ory ging nun nochmals nach Wien, um sowol die Verwendung des Kaisers für Befreiung des Prinzen Alexander aus schwedischer Gefangenschaft zu erbitten, als auch das schon früher in Wien erörterte armenische Projekt zu betreiben. Der Gesandte hätte aber keinen unglücklicheren Zeitpunkt treffen können; der Krieg mit Frankreich nahm die kaiserlichen Streitkräfte gänzlich in Anspruch, es war keine Möglichkeit geboten, an phantastische Kreuzzugspläne zu denken. Kaiser Leopold ließ also durch Ory zwar seine Bereitwilligkeit ausdrücken, die Befreiung des Prinzen von Georgien zu betreiben, zugleich aber erklären, daß er auf den anderen Vorschlag zur Zeit nicht eingehen könne.

Allein auch Zar Peter war noch durch den Krieg mit Schweden festgehalten; er mußte sich darauf beschränken, seinen Obristen Ory als Gesandten nach Persien zu senden, um dem Schah wegen der ungerechten Bedrückung der armenischen Christen Vorstellungen machen zu lassen. Ory überredete den Zaren, es werde noch stärkeren Eindruck auf den Schah machen, wenn auch der Kurfürst von der Pfalz in gleichem Sinne wirken werde. Der Zar willigte ein, und Ory gab darauf dem Kurfürsten ganz genau die Gesichtspunkte an, wie an den Schah, der nicht nach den Regeln der europäischen Etiquette, sondern „un peu librement“ zu behandeln wäre, und an den Zaren geschrieben werden müsse.

Diesen Winken entsprechend wurden denn auch die Briefe abgefaßt. Dem Schah wurde versichert, gerade wegen der Hochachtung und Verehrung, die der Kurfürst für den Beherrscher Persiens hege, sei es ihm zwiefach schmerzlich, gewahr zu werden, wie alljährlich Tausende von persischen Unterthanen ihre Heimat

und ihre Familien verließen und teils in der Türkei, teils in europäischen Staaten eine Zuflucht suchten, nur um ihr christliches Bekenntnis nicht verleugnen zu müssen. Da aus dem Verlust so vieler Unterthanen dem Sultan erheblicher Nachteil erwachse, lasse sich nur annehmen, daß er gar nichts davon wisse, wie grausam seine Beamten gegen die armen Christen verführen. Der Kurfürst als ein christlicher Fürst halte sich also für verpflichtet, dem Schah die Augen zu öffnen, in der Hoffnung, der echte Vater des Vaterlands werde künftig jede ungerechte Verfolgung verhindern. Auch in den pfälzischen Staaten werde niemals ein Muselmann zur Annahme des katholischen Glaubens gezwungen; nur wenn er aus freiem Entschlusse ohne Rücksicht auf zeitlichen Gewinn diesen Schritt thun wolle, könne er Katholik werden. Aus aufrichtiger Freundschaft mache der Kurfürst dies dem König der Perser kund; noch ausführlichere Aufträge werde Oberst Israel Ory mündlich hinterbringen; ihn möge also der Schah gütig aufnehmen und als zuverlässigen Dolmetsch der Wünsche des Kurfürsten und seiner hohen Verbündeten ansehen.

Neben der Mission nach Persien sollte aber auch die Verhandlung mit den armenischen Fürsten weiter geführt werden. Zu diesem Zwecke richtete Johann Wilhelm an dieselben ein Schreiben, worin er ihnen für die ehrenvollen Beweise ihres Vertrauens und ihrer Ergebenheit dankte und sie seiner Bereitwilligkeit zu Rat und Hilfe versicherte; in allem übrigen beziehe er sich auf den Ueberbringer des Briefes, Israel Ory, der von den Absichten des Kurfürsten genaue Kenntnis habe.

Diese Wendung beweist, daß Johann Wilhelm den ehrgeizigen Gedanken, der seiner Einmischung in die armenischen Verhältnisse zu Grunde lag, noch nicht aufgegeben hatte. Doch die Macht der Thatsachen zwang ihn, seine Kräfte zu ganz andren Unternehmungen anzuspannen. Handelte es sich doch jetzt nach Verhängung der Reichsacht über Max Emanuel von Bayern für den Pfälzer darum, die infolge der Schlacht am weißen Berg verlorenen Stammgüter und Rechte des pfälzischen Hauses

zurückzugewinnen, und vorübergehend kam diese Erwerbung bekanntlich auch zu stande.

Aus den pfälzischen Akten und Briefen verschwindet damit das armenische Projekt. Ueber Ory's weitere Schicksale erfahren wir aber noch einiges aus den Denkwürdigkeiten des polnischen Jesuitenpaters Krusinski. Von ihm wird Folgendes erzählt. Im Jahre 1708 kam ein Abenteurer von armenischer Abkunft, Ory Israel, als russischer Gesandter nach Szamachi. Derselbe hatte früher als Kaffeehändler Frankreich, Italien und Deutschland bereist, war dann als Soldat in die kaiserliche Armee eingetreten und hatte, da er ein geborener Intriguant war, obwohl er als Militär nur einen niedrigen Grad erreichte, Zutritt bei den Ministern Kaiser Leopolds gefunden. Wegen seiner Fertigkeit in den orientalischen Sprachen hatte man ihn nach Konstantinopel entsendet, um die Gesinnung der Türken in Bezug auf den Frieden zu ergründen. Aus kaiserlichen Diensten war er sodann in russische übergetreten, und auch Zar Peter hatte ihn nach Konstantinopel geschickt, um bei der Pforte ein Abkommen mit Rußland anzubahnen. Zur Belohnung für die in der Türkei geleisteten Dienste war ihm sodann der Posten eines Gesandten in Persien übertragen worden. Diese Stellung benützte Ory zunächst dazu, sich zu bereichern; da Gesandte in Persien keinen Zoll zu entrichten hatten, nahm er große Vorräte kostbarer Waren mit sich und veräußerte dieselben in Persien mit ansehnlichem Gewinn. Außer dem Kreditiv des Zaren führte er auch einen Brief des Kaisers Leopold an den Schah, sowie ein Breve des Papstes Klemens XI. mit sich, da er sich in Wien, wie in Rom für einen Mann von höchstem Einfluß bei den schismatischen Armeniern ausgegeben und sich damit gebrüstet hatte, es werde ihm ein leichtes sein, Armenien in den Schoß der katholischen Kirche zurückzuführen.

Das Erscheinen der russischen Gesandtschaft, fährt Krusinski fort, rief am Hofe zu Ispahan ungeheures Aufsehen hervor, schon deshalb, weil Ory nicht weniger als 200 Moskowiter und Armenier bei sich hatte, dann aber auch, weil Ory in Szamachi

sich öffentlich Aeußerungen erlaubte, er stamme von den alten Königen Armeniens ab, und durchblicken ließ, er wolle die darauf begründeten Ansprüche geltend machen. Man fürchtete nun am persischen Hofe, das Auftreten des Armeniers sei darauf berechnet, einen geheimen Plan Rußlands zu unterstützen, und wurde in dieser Besorgnis bestärkt durch Gerüchte, die von den in Ispahan weilenden Europäern, namentlich von einem Franzosen Michel, zugetragen wurden. In Armenien, berichtete Michel, sei die Prophezeihung allgemein verbreitet, es werde demnächst unter russischem Schutze das Königreich Armenien wieder erstehen, und man freue sich des Anagramms, das der Name Israel Ory enthalte: Il sera roy! Der persische Hof schenkte diesen Gerüchten Glauben und sah sich dadurch in eine peinliche Lage versetzt. Den Gesandten aus Persien ausweisen, ging nicht an, weil man den Zaren nicht verletzen wollte, zumal da am Siege Rußlands im Kriege mit Schweden nicht mehr zu zweifeln war. Man entschloß sich daher, den Armenier nach Ispahan einzuladen, wo er unter den Augen des Hofes weniger gefährlich sein werde, als in der Provinz. Ory wurde mit allen Ehren empfangen, benützte aber den dortigen Aufenthalt hauptsächlich zur Abwicklung lohnender Handelsgeschäfte; im übrigen hatte er genug damit zu thun, sich zwischen den in Ispahan wohnenden Europäern und seinen armenischen Landsleuten mit Anstand durchzuwinden. Er starb einige Jahre später in Astrachan als Bekenner der katholischen Religion und nahm die Hoffnungen auf eine Wiederaufrichtung des armenischen Königreichs mit sich ins Grab. Nichtsdestoweniger war seine Gesandtschaft von verhängnisvollen Folgen für Persien. Da der Afghanenhäuptling Myrr-Weis, der seiner verdächtigen Haltung wegen an den persischen Hof gezogen worden war, beobachtet hatte, daß schon die chimärischen Gerüchte in Bezug auf Israel Ory genügten, um den persischen Hof in heillose Verwirrung zu stürzen, faßte er den Plan, einen Aufstand zu wagen und für sich selbst einen Thron zu erringen. Er bauschte die Gerüchte von der Wiederaufrichtung des armenischen Königreichs übermäßig auf und bezichtigte den Fürsten Georgi-

Khan, Gouverneur von Kandahar, einer verräterischen Verbindung mit den Armeniern und dem russischen Zaren. Dadurch bewog er den in die Wollust seines Harem versunkenen Schah Hussein, ihn gegen den angeblichen Verräter ins Feld zu schicken; Georgi-Khan wurde besiegt, aber nun warf der Sieger die überflüssig gewordene Maske ab, nahm Kandahar ein und errichtete hier ein von Persien unabhängiges Königreich.

So weit Krusinski. Es bot sich aber noch ein wichtigeres Nachspiel.

Zar Peter hatte während des ganzen nordischen Krieges die Ausdehnung Rußlands nach Osten nicht aus den Augen verloren. Das kaspische Meer in einen russischen Binnensee zu verwandeln und die reichen Küstengebiete im Süden dieses Meeres zu erwerben, dünkte dem Zaren ein lockender Gewinn. Die auffällige Begünstigung des Armeniers war kein vereinzelter Fall; zahlreiche armenische Flüchtlinge fanden in Rußland freundliche Aufnahme, den armenischen Kaufleuten wurden besondere Vorteile eingeräumt, in allen an Rußland angrenzenden asiatischen Staaten gab es armenische Emissäre, Agitatoren, Spione in russischem Solde. Als das persische Reich durch den Aufstand des Myrr-Weis und andere Rebellionen hinlänglich entkräftet schien, glaubte Zar Peter den entscheidenden Schlag führen zu können. Im Frühjahr 1722 brach er selbst zum Kriege mit Persien auf; die Senatoren in Moskau tranken auf das Wohl des Zaren, der „die Pfade Alexanders des Großen wandle." Der erste Angriff auf die südlichen Ufergebiete der kaspischen See mißlang; im nächsten Jahre wurde aber der Feldzug erneuert, und im Frieden, den der Nachfolger Husseins, Schah Mahmud, am 12. September 1723 in Petersburg abschloß, wurden Baku, Derbent und andere Grenzprovinzen von Persien abgetreten. Zwar konnte Rußland die kaspischen Besitzungen vorerst nicht behaupten, aber die Richtung der asiatischen Politik Rußlands war damit vorgezeichnet, und noch heute hält die russische Regierung an der Begünstigung der armenischen Christen

fest, um sich dieses Elements beim Aufrollen der orientalischen Frage mit Vorteil zu bedienen. —

Hat Ory, als er in Düsseldorf und Wien und Petersburg mit seinen Bitten und Anerbietungen hervortrat, wirklich im Auftrag seiner Landsleute gehandelt oder die Propaganda für die Befreiung Armeniens auf eigene Faust betrieben, um sich selbst einen Namen zu machen und eine Stellung zu erringen?

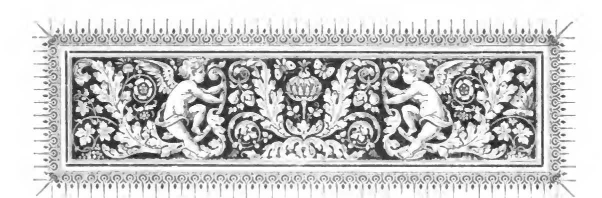
Wir müssen die Frage ungelöst lassen, wie wir auch nicht wissen, ob Kurfürst Johann Wilhelm im Ernst einen glücklichen Erfolg für möglich hielt oder mit dem phantastischen Plane gewissermassen nur zu seiner Belustigung tändelte. Was für den Pfälzer nur ein Spielzeug sein konnte, wurde für den mächtigeren, verschlageneren Zaren eine furchtbare Waffe.

Zu Gunsten Ory's spricht es jedenfalls, daß die Väter von San Lazaro noch heute von seiner Uneigennützigkeit überzeugt sind, wenn sie auch zugeben, daß er um der guten Sache willen betrügerischer Weise sich einer hohen Abkunft rühmte, ohne deren Nimbus er eben nie dazu gelangt wäre, mit den Mächtigen der Erde in Verbindung zu treten.[1] —

Fink erklärt in den Schlußworten seines Vortrags, er werde durch den großartigen Entwurf des Kurfürsten Johann Wilhelm an Königs Ludwigs I. Teilnahme am griechischen Befreiungswerk erinnert. Im Jahre 1829 mag diese Parallele Vielen, namentlich dem zunächst Beteiligten, wunderlich erschienen sein; heute, nach gewissen Erfahrungen, dünkt sie uns leider in mancher Hinsicht zutreffend.

---

[1]) P. Carékin, Bibliothekar in San Lazaro, spricht sich in einem Briefe, den er am 8. Juni 1893 an mich zu richten die Güte hatte, in diesem Sinne aus.



IV.

Die deutsche Politik während des Krimkrieges.

Im allgemeinen wird heute — im Gegensatz zu unsrer Behandlung mittelalterlicher Geschichte — der persönliche Anteil regierender Fürsten an der Entwicklung der politischen Zustände unterschätzt. Das Publikum hat sich daran gewöhnt, die eigentlich treibenden Kräfte ein für allemal nicht in den fürstlichen Kabinetten zu suchen.

Allein schon mancher, der Gelegenheit fand, in die vertrauliche Korrespondenz eines angesehenen Regenten mit seinen Standesgenossen Einblick zu gewinnen, wird erstaunt gewesen sein ob der Fülle und des wichtigen Inhalts der Schriftstücke, welche zwischen den europäischen Fürsten selbst ausgetauscht werden und, wie sich aus äußeren und inneren Gründen erkennen läßt, nicht aus den Geschäftszimmern des auswärtigen Amtes, sondern aus eigenster Initiative der regierenden Herren hervorgegangen sind. So war es auch für mich überraschend, in dem Briefwechsel zwischen Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und Maximilian II. von Baiern eine Quelle ersten Ranges für die Ge-

schichte der europäischen Politik ihrer Tage zu finden. Ich hebe als Probe die Episode des Krimkrieges heraus; dem Eingeweihten wird nicht entgehen, daß über manche Punkte erst die vertraulichen Enthüllungen Friedrich Wilhelms gegenüber seinem Neffen Aufklärung gewähren.

Die öffentliche Meinung in Deutschland war damals so ziemlich einig in der Verurteilung der „zaghaften“ und „unselbständigen“ Politik des preußischen Kabinetts. Schon aus Sybel's quellenmäßiger Darstellung wissen wir aber heute, daß jener Vorwurf im ganzen und großen nicht begründet war.

In der Umgebung des Königs gingen die Ansichten über die Haltung, welche Preußen in der orientalischen Frage zu beobachten hätte, weit auseinander. Während der leitende Minister von Manteuffel vom Unrecht Rußlands überzeugt war und, wenn auch nicht mit den Westmächten, doch mit Österreich Hand in Hand gehen wollte, kannten der alte Gerlach, Dohna und von der Groeben, die sich des größten Einflusses auf den König rühmen durften, kein höheres Ziel, als die Verjagung der Moslemin aus Europa und zu diesem Zweck die engste Verbindung des preußischen Staates mit dem Zarenreiche. „Jeden Tag,“ sagt Sybel, „vernahm der Monarch, auf den hier alles ankam, die Aeußerungen all dieser Ansichten, und jede derselben fand, wie es seine Art war, Anklang in seiner allen Eindrücken weit geöffneten Brust.“

Ob aber nicht Sybel dem Monarchen Unrecht thut? Die Fragen, welche im Streit der Mächte auftauchten, waren so verwickelt, die Interessen, welche dabei in's Spiel kamen, so mannigfaltig und verschlungen, daß es schwer begreiflich wäre, wenn nicht hie und da Zweifel und Bedenken in der Brust eines seiner Verantwortlichkeit sich bewußten Regenten aufgestiegen wären. Allein ein einheitlicher Zug in seinen Ansichten und Willensäußerungen ist unverkennbar. Bei aller persönlichen Freundschaft für Zar Nikolaus ist Friedrich Wilhelm niemals die Drahtpuppe des russischen Kabinetts gewesen. Als sein redliches Bemühen, den Ausbruch eines Krieges zu verhüten, gescheitert war, beflis er sich

weiser Zurückhaltung, und es ist sein unbestreitbares Verdienst, die Kraft seines Volkes für den unvermeidlichen Waffengang mit dem westlichen Nachbarn aufgespart zu haben.

Es würde zu weit führen, wollten wir auf die Ursachen näher eingehen, welche der Entzweiung Rußlands mit der Pforte zu Grunde lagen. Leicht war zu durchschauen, daß die Forderungen des Zaren bezüglich der Besitzverhältnisse der heiligen Stätten und zu Gunsten des christlichen Kultus in den Rajahstaaten nur eine Maske waren; die politische Bedeutung der Brusquerien Menzikoff's lag offen zu Tage. Nikolaus hielt den Zeitpunkt für gekommen, die traditionelle Politik seiner Dynastie, den Kampf gegen den Halbmond, wieder aufzunehmen. Am 10. Mai 1853 lehnte die Pforte das Ultimatum des russischen Hofes als mit ihrer Souveränetät unvereinbar ab, am 31. Mai verließ Menzikoff Konstantinopel. Es folgte noch das Gaukelspiel eines russisch-türkischen Notenwechsels, das nur für die Rüstungen Zeit schaffen sollte. Am 26. Juni erschien das Manifest des Zaren, das den Krieg als unvermeidliche Thatsache erklärte und förmlich den Kreuzzug predigte: das christliche Interesse müsse an der Donau und im schwarzen Meere verteidigt werden.

Damals, wie in unsren Tagen, überschätzte man außerhalb Rußlands die Streitkräfte dieses Reiches und sah schon die russischen Fahnen von den Moscheen Konstantinopels herabwehen, es schien ein leichtes Spiel für den nordischen Riesen, den „kranken Mann am goldenen Horn“ zu erdrücken.

Die Kabinette von Paris und St. James hatten von Anfang an nicht verhehlt, daß sie dieses Äußerste im Interesse des europäischen Gleichgewichts nicht dulden wollten. Napoleon hatte nicht verschmerzen können, daß der Herrscher aller Reussen seine auf „des Volkes Wünsche“ erfolgte Erhebung auf den Kaiserthron nur mit kühler Achtungsbezeugung aufgenommen hatte und sich keine Mühe gab, zu verbergen, daß er den Mann des 2. Dezember nicht als ebenbürtig anerkenne und in einem mit den demokratischen Elementen aller Länder verbündeten Regiment

eine fortdauernde Gefahr für Europa erblicke. England trieb „englische" Politik. Noch am 25. April 1853 forderte es die Pforte zur Nachgiebigkeit gegen die „berechtigten" Wünsche Rußlands auf, wenige Wochen später ließ das Einlaufen der englischen Flotte in die türkischen Gewässer keinem Zweifel Raum, daß der Widerstand gegen Rußlands Forderungen auf englische Unterstützung rechnen dürfe. Dagegen glaubte Zar Nikolaus bekanntlich, Österreichs so sicher zu sein, daß er zum englischen Gesandten äußerte: „Sie müssen wissen, wenn ich von Rußland spreche, spreche ich eben so gut auch von Österreich." Noch weniger war an dem guten Willen Friedrich Wilhelms zu zweifeln, die russischen Pläne zu fördern, so weit es ohne Schädigung der eigenen Interessen möglich.

Noch einmal wurde auf der zu Wien tagenden Konferenz der Versuch gemacht, einen Ausgleich zu finden, aber die Aufnahme, welche die Note der unbeteiligten Großmächte in Petersburg wie in Konstantinopel fand, ließ erkennen, daß der Zusammenprall der alten Gegner nicht mehr abzuwenden war. Die russische Antwort zeigte überdies die wesentlichste Abweichung von der Anschauung der Westmächte, und bald wurde das Wort Lord Aberdeens: „Wir treiben dem Krieg entgegen!" bestätigt. Russische Truppen überschritten den Pruth, die englisch-französische Flotte erschien im schwarzen Meer.

Von höchstem Interesse für Europa war nun die Frage: Welche Stellung werden die deutschen Träger der heiligen Allianz, Preußen und Österreich, einnehmen? Die freundschaftlichen Begegnungen des Zaren mit den Monarchen der beiden Reiche zu Olmütz und Berlin gaben der Vermutung Raum, es sei eine engere Annäherung, vielleicht sogar ein neues Bündnis mit feindlicher Spitze gegen die Westmächte in Aussicht genommen. Dem war aber nicht so. Das Wiener Kabinett stellte im Oktober in Berlin den Antrag, es möge feierlich dem Bundestag angezeigt werden, daß die beiden deutschen Großmächte „volle Neutralität" in der orientalischen Krisis beobachten wollten. Nicht bloß ein nüchternes Abwägen von Vorteil und Gefahr diktierte diesen Schritt, ihm

lagen vorzugsweise finanzielle Rücksichten zu Grunde; eine solche Neutralitätserklärung war die conditio sine qua non, um die maßgebenden Bankiers zum Abschluß der projektierten Anleihe zu bewegen. Friedrich Wilhelm lehnte aber den Antrag ab; ihm erschien ein solch decidirtes Auftreten gegenüber der Haltung der Seemächte als eine Inconvenienz gegen den Petersburger Hof, über dessen Pläne und Absichten er seinerseits vollkommen beruhigt war. „Was ich immer glaubte,“ schrieb er an König Max, „ist mir zur schönsten Gewißheit geworden. Der Kaiser hat nicht den Hauch ambiziöser Pläne gegen die Pforte. Er wünscht sogar um des europäischen Friedens und um seiner Interessen willen ihre Erhaltung. Er ist lieber, freundschaftlicher und liebenswerter denn je. Er sieht vollkommen ein, daß Österreich und Preußen und der ganze Bund absolut neutral bleiben müssen bis zu dem Moment, wo der welsche Verrat „uns“ angreift. „Uns“, — denn das versteht sich, wir müssen mit Österreich nur einen Leib bilden und ein Angriff am Niederrhein, am Oberrhein oder in Italien muß uns Alle zu gleichzeitigem, ernstestem Widerstande bereit finden und unsre Antwort darauf muß ein Stoß sein, so kraftvoll und mächtig, wie es die Frage „Seyn oder Nichtseyn“ gebietet.“

Wie unendlich tiefer faßte der „kranke“ König die Frage auf, als die „Politiker“, die damals in Zeitungen und Volksversammlungen so gewaltig in die Posaune stießen, um zu verkünden, daß Napoleon, der „Volksmann“, die Sympathien des ganzen liberal denkenden Europa genieße! England von der Teilnahme am Kriege abzuhalten, war nun zunächst die Hauptsorge Friedrich Wilhelms. Er konnte dabei auf Unterstützung durch einen großen Teil des Parlaments rechnen, der gegen jeden Krieg überhaupt und speziell gegen den Krieg mit Rußland eingenommen war. Der Berliner Hof gab in London das feste Versprechen, sich in die fernere Entwicklung der orientalischen Frage nicht weiter mischen und keinerlei Bündnis und Abkommen eingehen zu wollen, wenn England die Unantastbarkeit der Grenzen des deutschen Bundes feierlich und ausdrücklich garantieren würde. Den Bemühungen des Königs namentlich

war es auch zu verdanken, daß die Wiener Konferenz nochmals ein Lebenszeichen gab und einen neuen Vermittlungsvorschlag den streitenden Parteien unterbreitete, wonach die Pforte sämtlichen europäischen Mächten, also nicht Rußland allein gegenüber zur Achtung und Respektierung der Rechte und Privilegien der Christenheit sich verpflichten sollte (5. Dezember 1853). Nikolaus verwarf aber nicht bloß diesen Ausgleich, sondern ging sogar so weit, in Wien und Berlin durch außerordentliche Vertreter seiner Empfindlichkeit darüber Ausdruck zu leihen, daß die Freunde noch länger zögerten, jede Verbindung mit den gemeinsamen Feinden abzubrechen. Baron Budberg sollte in Berlin, Graf Orloff in Wien darauf dringen, daß „la neutralité indécise et vascillante“ aufgegeben werde und einem entschiedenen Auftreten Platz mache. „Der Augenblick ist so wichtig, daß er über unser vertrautes Bündnis entscheiden kann, das so reich an wohlthätigem Einfluß auf die Ruhe Europas. Es handelt sich darum, es wieder in Kraft zu setzen zum Zweck gemeinsamer Abwehr der fortgesetzten Angriffe und des wachsenden Übermuts unsrer gemeinsamen Feinde .... Wenn meine Vorschläge nicht genehm sein sollten, so hat unser Bund ein Ende und ich kann nur Unheil von der Zukunft erwarten!“ Friedrich Wilhelm setzte aber solchem Ansinnen ein entschiedenes Nein entgegen. Er wies auf seine gegen das Londoner Kabinett eingegangene Verpflichtung hin, noch sei von dort eine ablehnende Antwort nicht erfolgt. Ein neuer Bundesvertrag mit Rußland bedeute den Bruch mit England und Frankreich. Gegen letzteres könne sich Preußen behaupten, den englischen Kriegsschiffen aber habe es nichts entgegenzustellen, wehrlos wäre ihnen die deutsche Küste preisgegeben. Aber mehr als dies verbiete ein andrer Grund den Abschluß eines Bündnisses mit Rußland, das schon in den Krieg eingetreten sei. „Es ist die Aufgabe der Friedensstiftung, womit Gott ersichtlich Preußen betraut hat, eine Aufgabe, die ich nicht aufs Spiel setzen möchte für die Zukunft, wenn sie auch im gegenwärtigen Augenblick, was Gott verhüte, gegenstandslos sein sollte. Das ist die Rolle, die ich für mich in Anspruch nehme,

die Rolle eines Fürsten, den die Vorsehung damit betraut, die eifrigsten Anstrengungen im Osten und im Westen zu versuchen, um Europa die unschätzbaren Wohlthaten des Friedens zu sichern. Wenn ich das Glück hätte, bei Ihnen zu sein, würde ich nicht zögern, mich vor Ihnen auf die Kniee zu werfen und mit Thränen in den Augen zu rufen: Im Namen des Gottes des Friedens, den wir beide bekennen, stoßen Sie nicht die Vorschläge der Wiener Konferenz zurück! . . . Sobald Sie die ruchlosen Pläne der revolutionären Partei, die das englische Kabinett zum Kriege treiben, durchkreuzen, sobald Sie den Krieg unmöglich machen, — und Sie machen ihn unmöglich, wenn Sie die Vorschläge annehmen, die der Kaiser von Oesterreich Ihnen anbieten wird, — so kehrt alles in sein altes Geleise zurück; die unnatürliche Allianz zwischen Frankreich und England zerfällt in Trümmer: das ist die Rettung Europas!" Rückhaltlos gab der König dem Wiener Hofe über Rußlands Begehren und seine Antwort Aufklärung und betonte aufs Entschiedenste, wie er, je schwerer sich die Wetter zusammenzögen, im engsten Anschluß der deutschen Mächte allein Heil für Deutschland und Europa erblicke. Und aus Wien blieb die Zusicherung nicht aus, daß gemeinsames Auftreten mit Preußen höchst erwünscht sei; zur Annahme der russischen Forderungen könne Österreich sich noch weniger verstehen als Preußen. Man wollte aber in Wien noch weiter gehen, man hielt dafür, daß Österreichs Interesse überhaupt durch ein weiteres aggressives Vorgehen Rußlands gefährdet sei, daß deshalb als Bedingung der Neutralität Österreichs festgesetzt werde: die russischen Heere dürfen die Donau nicht überschreiten. Von dem Augenblicke an, da die russische Armee die Donau überschreite, werde aller Wahrscheinlichkeit nach die gesamte christliche Bevölkerung des rechten Donauufers sich erheben, um einen orthodoxen Krieg zu führen, dessen Ende und Konsequenzen sich gar nicht berechnen ließen. Diese Bewegung in nächster Nähe der Grenze berühre Österreichs wichtigste Interessen auf das nachteiligste, und man müsse daher in Petersburg entschiedene Bürgschaft dafür verlangen, daß an dem jetzigen politi-

schen Zustande der Provinzen der europäischen Türkei nichts geändert werde; der status quo in diesen Ländern sei ein für allemal aufrecht zu halten. Im Einklang mit dieser Erklärung wurden auch zu Anfang Februar 1854 österreichische Truppen an die serbische Grenze vorgeschoben. So feindseliges Vorgehen gegen Rußland wollte nun Friedrich Wilhelm nicht billigen, doch wollte er vorläufig auch für sich freie Hand behalten. „Was Österreich im Ernstfalle zu thun gedenkt," schreibt er an Maximilian, „weiß ich nicht. Es ist mir gewiß nicht gleichgiltig, was es thut; es kann dies aber von wenig oder gar keinem Einfluß auf meine Entschlüsse seyn, die, menschlich zu reden und in Hoffnung auf Gottes Seegen, unwandelbar feststehen. Ich nehme an keinem Kriege Theil, meine Neutralität ist und bleibt eine autonome, ich kann aber (und das hat das Jahr 50 durch die That bewiesen) in drei bis sechs Wochen 450000 Mann unter den Waffen haben. Und Wehe dem, der meine Selbständigkeit und Selbstbestimmung antasten möchte! Ich würde diese höchsten irdischen Güter tapfer zu vertheidigen wißen gegen Jedermann, er komme von Ost oder West!" Während Österreich und Preußen auf solche Weise scheinbar wenigstens in der Hauptsache einig waren, die Frage aber, worüber ihre Politik diametral auseinandergehen mußte, schon nahe heranrückte, schwankten die Mittel- und Kleinstaaten Deutschlands, ob es vorteilhafter, sich mit dem einen oder anderen Führer enger zu verbinden. Beust und von der Pfordten, die Vertreter der bedeutendensten Staaten, reichten sich die Hände, um bande à part zu machen; grundsätzlich sollten weder aus Wien noch aus Berlin politische Ratschläge angenommen werden. Dabei war jedoch nicht zu verkennen, daß Beusts Abmachungen sich vor allem feindlich gegen Preußen kehrten, und in Berlin wurde deshalb auch mit berechtigtem Mißtrauen die Agitation des sächsischen Ministers verfolgt.

Die Haltung der Westmächte gegen Rußland spitzte sich immer feindseliger zu; über ihre Waffenbrüderschaft mit der Türkei konnte schon lange vor dem wirklichen Abschluß des Vertrages kein Zweifel mehr bestehen. Noch einmal hielt es Friedrich Wil-

helm für seine Pflicht, als „Friedensherold“ aufzutreten, noch einmal wandte er sich an die Königin von England, mahnend, warnend, bittend. Er wies darauf hin, daß der russische Kaiser selbst noch einmal Vorschläge zu Friedenspräliminarien nach Wien gesandt habe, daß diese aber von der Konferenz als nicht übereinstimmend mit dem Programm abgelehnt worden seien. Ob mit Recht, das sei zu erwägen! „Der Augenblick ist mit furchtbarster Entscheidung schwanger! Die Geschicke eines Welttheils stehen auf dem Spiel! Wenn sich Gott nicht über Europa erbarmt, so steht ein Krieg ohne übersehbares Ende bevor. Es handelt sich in diesem Augenblick wohl gewiß um das Leben von hunderttausenden von Menschen. Was die Schlacht nicht frißt, das wird die Seuche, die Cholera, die Pest, der Typhus der Lazarethe hinraffen. In dem wirklich heiligen Kriege von 1813, 14 und 15 hat man der letztgenannten Geißel allein eine halbe Million Opfer inner- und außerhalb der Heere nachgerechnet. Aber der Gegenstand des Kampfes war wahrlich den entsetzlichen Opfern entsprechend!“ Jetzt aber: sei denn das Objekt des Krieges, den ein Federzug erkläre, der weit größeren Opfer wert, die er den unerschöpflichen Hilfsquellen und dem ungebrochenen Willen Rußlands und der verbündeten Mächte gegenüber fordern werde? Man schäme sich bereits des eigentlichen Objekts des bevorstehenden Weltbrandes, man rede jetzt von einem Tendenzkrieg vornehmster Art: das russische Übergewicht müsse gebrochen werden! Habe denn aber England ein solches zu seinen Ungunsten erfahren? Und vor allem die Frage: billige denn Gottes Gesetz einen Tendenzkrieg? Jetzt oder nie wieder sei der Augenblick gekommen, die Unterhandlungen wieder anzuknüpfen, man müsse dem russischen Kaiser, der den Frieden heiß ersehne, aber auch furchtlos dem Kriege ins Auge blicke, eine Brücke bauen! Wenn nicht der Russe, sei denn ein Staat, dessen Hilfsquellen und Streitkräfte frisch und geschont und schlagfertig seien, einer freundlichen Berücksichtigung nicht wert? — Auch dem Wiener Kabinett gingen neue Vorstellungen aus Berlin zu, Dank für den Entschluß, den im Werk begriffenen Vertrag mit den Seemächten nicht ohne

Preußen eingehen zu wollen, und Aufforderung, mit den übrigen deutschen Staaten eine Offensiv= und Defensivallianz der großen europäischen Zentralländermassen auf die Zeit des bevorstehenden Krieges abzuschließen mit gegenseitiger und integraler Garantie aller Grenzen. Noch könne vielleicht dadurch dem ganzen Kriege vorgebeugt werden. „Einen tüchtiger artesischen Bohrmeister hält es nicht vom Fortbohren ab, wenn er nach hundert Klaftern noch kein Wasser findet!“ Doch auch dieser letzte Versuch, die Kriegs= furie zu bändigen, blieb erfolglos. Am 12. März 1854 schlossen die Westmächte den Vertrag mit der Pforte, der diese der vollen Waffenhilfe der Mächte versicherte. „Um die Harmonie des europäischen Staatenkonzerts wieder herzustellen,“ begannen die Kanonen ihre Stimme zu erheben.

Auch bei Beginn des Krimkrieges zeigte sich bald, daß die Widerstandsfähigkeit der Türkei sowohl vom Feind als von den Bundesgenossen unterschätzt worden, daß die Glieder des Zaren= reiches zwar stark und kolossal waren, aber nicht die nötige schlagfertige Beweglichkeit hatten, um den keineswegs ver= ächtlichen Gegner rasch kampfunfähig zu machen. Um so leb= hafter fuhr Rußland fort, von Oesterreich und Preußen thatkräftige Hilfe zu fordern. Das Verlangen stieß wie früher auf be= rechtigten Widerstand. Dagegen schloßen sich nun die beiden deutschen Großmächte enger aneinander an. Durch Spezial= vertrag vom 20. April 1854 verbanden sie sich „Angesichts der von beiden Seiten immer weiter um sich greifenden militärischen Maßregeln und der daraus für den allgemeinen Frieden Europas erwachsenden Gefahren, überzeugt von dem hohen Beruf, der an der Schwelle einer unheilvollen Zukunft dem mit beiderseitigen Staaten eng vereinten Deutschland im Interesse der europäischen Wohlfahrt obliegt,“ zu Schutz und Trutz gegen jeden Angreifer ihrer Grenzen. Ebenso sollen die Rechte und Interessen Deutschlands gegen alle und jede Beeinträchtigung geschützt werden. Um dem Bündnis die gehörige Gewähr und Kraft zu geben, sollen beide Mächte einen Teil ihrer Streitkräfte in Kriegsbereitschaft halten. Den deutschen Bundesregierungen soll der Beitritt zum Bündnis offen

stehen, allen verbündeten Regierungen endlich verwehrt sein, irgend ein Separatbündnis mit anderen Mächten einzugehen, das mit den Grundlagen des gegenwärtigen Vertrages nicht in der vollsten Uebereinstimmung stehen würde. Ein einziger Zusatzartikel enthielt außerdem die Erklärung: da die unbestimmte Fortdauer der Besetzung der unter der Hoheit der ottomanischen Pforte stehenden Länder an der unteren Donau durch russische Truppen den politischen, moralischen und materiellen Interessen des gesamten deutschen Bundes und zwar in einem um so höheren Grade gefährlich sei, je weiter Rußland seine Kriegsoperationen auf türkischem Gebiete ausdehne, so soll Oesterreich eine Sommation mit der Forderung der Räumung dieser Gebiete an Rußland richten; für den Fall, daß diese Forderung auf Widerstand stoße, soll eine Einverleibung jener Länder in Rußland oder das Ueberschreiten der Balkanlinie durch russische Truppen als Kriegsfall betrachtet werden. Zugleich setzte Friedrich Wilhelm alle Hebel in Bewegung, daß auch die übrigen deutschen Staaten dem Bündnis beitreten möchten. „Ich wage es auszusprechen,“ schreibt er an Max, „ohne das große Bündnis ist Teutschland, ist Europa — nach menschlicher Wahrscheinlichkeit — verloren! Einmal abgeschlossen, gibt es aber der immensen Macht, die es darstellt, die Möglichkeit, sowie die Pflicht, wenn der Augenblick gekommen ist, den Ausschlag zu geben und den Frieden zu gebiethen. Denn der Frieden ist das Panier, unter welchem es geschlossen wird. Der Frieden ist sein zeugender Gedanke, seine Rechtfertigung, sein Zweck!“ Zugleich bat er, den Beitritt nur mit der bestimmten Erklärung zu vollziehen, er geschehe in der vollen Zuversicht, daß weder Preußen noch Oesterreich irgendwie aufreizend zu wirken entschlossen wären, da den Fürsten nicht entgehen könne, wie die Gefahren, die dem großen Bündnis und den deutschen Interessen von Rußland drohen könnten, nicht die einzigen wären. Die österreichische Sommation ging nach Petersburg. Die Aufnahme, welche der Antwort Nesselrodes in Wien und Berlin zu teil wurde, zeigte deutlich wieder den klaffenden Dualismus, der durch das Bündnis nur verdeckt, nicht versöhnt war.

Friedrich Wilhelm fand die Anerbietungen des Zaren „hochherzig“ und glaubte, daß daraufhin neuer Friedenshoffnung Raum gegeben werden könne. In Oesterreich dagegen war man mit der russischen Erklärung nicht zufrieden. Am 14. Juni schloß der Kaiser mit der Pforte einen Vertrag über gemeinsame Besetzung der Donaufürstentümer ab. Um sich nicht auch diesen Nachbar auf den Hals zu ziehen, mußte Rußland nachgeben und seine Truppen aus den Donauländern zurückziehen; türkische und österreichische Truppen rückten an ihrer Stelle ein. Um so mehr betrieb Friedrich Wilhelm den Beitritt der deutschen Staaten in das Bündnis, indem er davon Begünstigung der russischen Interessen erwartete. Die leitenden Minister Sachsens und Bayerns hielten aber den Augenblick für gekommen, das politische Gewicht der deutschen Mittelstaaten zu verstärken. Sie traten in Bamberg zu einer Konferenz zusammen, deren Endergebnis darauf hinausging, daß der Anschluß an das Bündnis abgelehnt, dagegen für den deutschen Bund als selbständige Großmacht eine Stimme bei der Lösung der orientalischen Frage in Anspruch genommen wurde. Wenn auch dieser Schritt natürlich in Berlin nicht gebilligt werden konnte, so unterließ der König doch nicht, aus der Stimmung der deutschen Staaten, die im allgemeinen mehr russenfreundlich war, für seine Zwecke Kapital zu schlagen. Oesterreich von entschiedenerem Vorgehen gegen Rußland zurückzuhalten, war nach wie vor sein Hauptbemühen; wenn dies nicht gelinge: „dann steht die Sache so, daß es nur Eine gewiße Sache giebt, nemlich die Auflösung des Teutschen Bundes!“ Schon am 22. Juli 1854 hatten die Kabinette von London und Paris die an Rußland zu stellenden Forderungen in vier Punkte zusammengefaßt: Europäische Garantie der staatsrechtlichen Stellung der Donaufürstentümer anstatt des seitherigen russischen Protektorats, Sicherung der freien Schifffahrt in den Donaumündungen, Beschränkung der russischen Seemacht im schwarzen Meer und gemeinsame Bemühungen der christlichen Mächte für den Schutz der Rajahvölker in der Türkei. Mit diesen Postulaten erklärte sich auch Friedrich Wilhelm einverstanden. „Ich habe durch meinen

Gesandten dem Grafen Nesselrode erklären lassen, daß die Gefahren Preußens und die Auflösung des teutschen Bundes an eine Grenze gelangt seien, die mich in die Notwendigkeit versetze, einen Entschluß der Sicherstellung unsrer Existenz zu faßen. Es wäre nur e i n Mittel gegen diese Vermehrung von Rußlands Gefahren vorhanden; das aber ist Rußlands Initiative zu Friedensunterhandlungen auf dem Grunde der vier Punkte . . . . . Angenommen nun, diese Lebensfrage gelingt mir und wird affirmativ gelöst, dann muß Oestreich das angebothene Friedensbotenamt annehmen und dem Versprechen Rußlands, nimmermehr österreichische Truppen angreifen zu wollen, sein gleiches Versprechen entgegenstellen.“ Die Hoffnung des Königs, Rußland werde die Friedensbedingungen annehmen, erwies sich aber als allzu optimistisch; das Angebot stieß in Petersburg zwar nicht auf schroffe Ablehnung, aber in Bezug auf die Auslegung wichen die Ansichten unversöhnlich auseinander. Preußen erklärte sich jedoch durch das Angebot zufrieden gestellt. In der Thronrede zur Eröffnung der Kammern gab der König die Versicherung, er werde im festen Verein mit Oesterreich und dem übrigen Deutschland nach wie vor dem Frieden, der Anerkennung fremder Selbständigkeit und der Mäßigung das Wort reden. Die Politik des Wiener Kabinetts dagegen entfernte sich bald immer entschiedener von der preußischen. Am 2. Dezember 1854 schloßen Oesterreich, England und Frankreich einen förmlichen Allianzvertrag; die erstgenannte Macht verpflichtete sich, nicht blos die Donaufürstentümer gegen jede Rückkehr der russischen Streitkräfte zu schützen, sondern auch die Bewegung des türkischen und des englisch-französischen Heeres „nicht zu hindern“, d. h. zu unterstützen. Auf die Aufforderung der drei Mächte, diesem Vertrag beizutreten, antwortete die preußische Regierung höflich ablehnend, sie wünsche vorher vertrauliche Eröffnungen über die Auslegung der vier Punkte; auch eine neue Einladung Oesterreichs, gegenüber der drohenden Aufstellung russischer Truppen in Polen mit den in der Militärkonvention vorgesehenen militärischen Maßnahmen nicht länger zu zögern, wurde abgewiesen. „Unsere Nachrichten über die russischen Truppen-

bewegungen", schrieb Manteuffel an Graf Arnim in Wien, „sind keineswegs der Art, um die angedeuteten Besorgnisse zu rechtfertigen. Ich lege um so mehr Wert darauf, dies hier auszusprechen, als ein Teil der Presse es sich zur Aufgabe gemacht zu haben scheint, die öffentliche Meinung in dieser Beziehung irre zu leiten. In der That ist die Stellung, die Rußland in jüngster Zeit zu den auf Herbeiführung von Friedensverhandlungen gerichteten Bestrebungen eingenommen hat, von der Art, daß es einer unparteiischen Würdigung schwer werden dürfte, darin den aufrichtigen Wunsch der Verständigung zu verkennen." Nun wandten sich beide deutsche Mächte mit energischen Noten an die deutschen Staaten, Zustimmung und Unterstützung ihrer Politik heischend. Frankreich sekundierte dem Wiener Kabinett. Es wolle sich nicht in die deutschen Verhältnisse mischen, erklärte es in der Depesche an den kaiserlichen Gesandten in Berlin, verneine aber entschieden die von Preußen angeregte Frage, ob eine Großmacht, die aus freien Stücken außerhalb der großen Ereignisse bleibe, das Recht habe, die Ergebnisse derselben hinterdrein mit ordnen zu helfen. Nur die Teilnahme am Kriege gebe das Recht, den Frieden mit zu bestimmen. Dessenungeachtet war von den deutschen Mittel- und Kleinstaaten nicht zu erlangen, daß sie entschieden mit Hinneigung zur österreichischen Offensivstellung gegen Preußen Front machten; der Bundestag beschloß nur Mobilmachung „in Ansehung der bedrohlichen Lage Europas."

Je nach den Erfolgen der verbündeten Armeen in der Krim ließen sich im Palast in der Eschenheimerstraße in Frankfurt wechselnde Nuancen der politischen Anschauung erkennen, im allgemeinen aber wurde der Standpunkt Preußens von der Mehrzahl der Bundesregierungen gebilligt. Dagegen nahm die öffentliche Meinung in Deutschland für das „thatkräftige" Auftreten Oesterreichs Partei, das Zersplittern der heiligen Allianz wurde vom Liberalismus mit Genugthuung begrüßt, und man schrieb es nur der Junkerpartei in Berlin zu, daß Preußen sich so mattherzig von der Politik der Romanow im Schlepptau fortziehen lasse. Und allerdings hatte es den Anschein, als ob durch

die Politik der freien Hand, wie Friedrich Wilhelm sein Festhalten an der Neutralität bezeichnete, der Großmachtstellung Preußens der Todesstoß versetzt wäre. Als im März 1855 die Friedensunterhandlungen in Wien eröffnet wurden, war Preußen nicht beteiligt. Umsonst sprach der Vertreter Rußlands sein Bedauern aus, Preußen in der Konferenz nicht vertreten zu sehen, und hob die schweren Uebelstände hervor, welche die Abwesenheit dieser Macht in einer Versammlung mit sich bringen könnte, welche Fragen des allgemeinen Gleichgewichts regeln und eine Revision eines europäischen Vertrages vollziehen soll, bei welchem Preußen ein kontrahierender Teil war. Die Vertreter der übrigen Mächte schloßen sich dem Bedauern an, versicherten auch, Alles gethan zu haben, um eine Beteiligung Preußens zu erreichen, betonten aber samt und sonders, das Werk des Friedens dürfe durch dessen Fernbleiben nicht gehemmt werden; mit der Abänderung des Titels: „Uebereinkunft der fünf Mächte“ in „Uebereinkunft der kontrahierenden Mächte“ schien Preußen auf eine höfliche Weise aus der Reihe der tonangebenden Mächte im europäischen Staatenkonzert entfernt zu sein. Freilich legte die preußische Regierung entschiedenen Protest ein, sprach sich in mehreren Noten an deutsche Bundesstaaten über ihre Stellung als europäische und deutsche Macht aus und verteidigte ihren Standpunkt, wonach sie zwar der anderen deutschen Großmacht möglichst weit entgegen gekommen sei, aber nicht weiter mit ihr gehen könne, als ihr die Wahrung ihrer Würde und ihrer wahren Interessen gestatteten. Die Konferenzen blieben resultatlos. Rußland lehnte die geforderte Beschränkung seiner Seemacht ab, worauf namentlich England gerade das Hauptgewicht legte. Schon während der Konferenzen trat ein auffälliges Schwanken der Handlungsweise des Wiener Kabinetts zu Tage. Buol trat zwar auch für Beschränkung der russischen Seemacht ein, doch wurde mehr und mehr klar, daß auch die Ablehnung von Seite Oesterreichs nicht als Kriegsfall angesehen würde. Man hat behauptet, daß im Interesse der Machtstellung Oesterreichs an der Donau eine entschiedene Teilnahme des Kaiserstaates an der kriegerischen

Aktion der Westmächte nützlich oder nötig gewesen wäre. Es bleibe dahingestellt, ob nicht ein festes und beharrliches Zusammengehen mit Preußen und — so weit es Ehre und Interesse erlaubten — mit Rußland für das Wohl seiner Völker vorteilhafter gewesen wäre. Jedenfalls wirkte aber die dilatorische und schwankende Politik, die Oesterreich vom Juni 1855 an verfolgte, nach jeder Richtung hin ungünstig. Sie hatte zur Folge, daß der Staat zuletzt isoliert stand; mit Rußland verfeindet, war es auch den Westmächten entfremdet, die noch 1855 bereit waren, die Garantie des österreichischen Besitzes in Italien zu übernehmen, die aber durch das Zaudern des Wiener Kabinets verletzt werden mußten. Auch Friedrich Wilhelm war über die „spanischen Praktiken" des befreundeten Staates ungehalten. Mit klarem Blick erkannte er, daß die Freundschaft Frankreichs doch nur ein Danaergeschenk sei, um dessen willen das historisch festgewurzelte gute Einvernehmen mit dem östlichen Nachbar nicht so ohne weiteres aufgeopfert werden dürfe. Seine Hauptstütze sah er fort und fort im engsten Zusammenhalten mit den übrigen deutschen Bundesgliedern. „Meine heilige und unerschütterliche Ueberzeugung ist", schrieb er noch kurz vor Zusammentritt der neuen Friedenskonferenz im Februar 1856 an König Max, „daß, wenn alle teutschen Staaten fest entschlossen sind, bey allen Anforderungen und Drohungen, sie mögen von Ost oder West kommen, sich auf ihr Bundesverhältnis berufen und hierdurch einmal die wahre und einzige ausführbare Einheit Teutschlands und die Realität des Bundes und seiner Europäischen Stellung dokumentiren, sich auch Oesterreich gegenüber auf den sichernden, alle unsere Bundesgrenzen garantirenden Inhalt des Traktats vom 20. April steifen, keine Gefahr für den Teutschen Bund vorhanden ist. Tritt aber das mindeste Schwanken unter den Staaten ein, dann haben die Feinde des Bundes, das imperium=süchtige Oesterreich und der Rheinablauernde Franzos, den Raum im Panzer gefunden, der zum tödtenden Dolchstich die Gelegenheit biethet und gewiß benutzt wird." Es ist wahr, bei dem Zusammentritt der Friedenskonferenz fehlte wieder Preußen, erst in

der siebenten Sitzung wurde seine Einladung beschlossen, die Großmachtstellung des innerlich gesundesten und kräftigsten der Festlandstaaten schien auf eine Stufe mit den deutschen Mittelstaaten herabgedrückt, — aber nirgend täuscht der Schein gründlicher, als in der Politik. Wenn man die Konstellation der Mächte in den Kriegsjahren 1859, 1866 und 1870 betrachtet, wird man nach dem von uns Erörterten unschwer die Fäden herausfinden, die auf das Verhalten Oesterreichs und Preußens während des Krimkrieges zurückreichen, und man wird unsere Anerkennung der „vorschauenden“ Politik jenes Fürsten, der angeblich Preußen „zum fünften Rad am Wagen Europas herabgewürdigt“ haben soll, begründet finden.



V.

Zur Charakteristik Kaiser Leopolds I.

Erst in jüngster Zeit hat sich die Forschung angelegentlicher einer sogenannten „undankbaren“ Periode deutscher Geschichte, der Regierung Kaiser Leopolds I., zugewendet, und wir besitzen jetzt eine Anzahl trefflicher Monographien über jene Jahre, in welchen zum österreichischen Einheitsstaat, zugleich aber durch Anschwellung mit nicht deutschem Gebiet zur Trennung Oesterreichs von Deutschland der Grund gelegt wurde. Allein auch diese neueren Arbeiten beschäftigen sich mehr mit der Entwicklung der politischen Zustände oder mit dem Leben und Wirken einzelner hervorragender Feldherren und Staatsmänner; der Kaiser selbst tritt nur selten in den Vordergrund, indem gelegentlich das Urteil des einen oder anderen Zeitgenossen über den Träger der Krone erwähnt wird.

Gerade diese Urteile gehen aber weit auseinander.

Ueberraschend günstig lauten im allgemeinen die Berichte der venetianischen Botschafter über Leopold, zumal aus jenen Jahren, da die Politik der Inselstadt mit der kaiserlichen rückhaltlos Hand in Hand ging. Etwas kühler lauten dieselben, seit sich die Beziehungen zwischen Wien und Venedig gelockert hatten. Abgesehen von der äußeren Beeinflussung ist jedoch die Zuverlässigkeit der Venetianer bekanntlich schon deshalb nicht über jeden Zweifel erhaben, weil die Gesandten bei ihrer „Spezialität“, der Zeichnung von Charakterporträts, über der Feinheit und Sauberkeit

der Ausführung nicht selten die Treue vernachlässigten. Während Leopold in den Depeschen der Battista Nani, Giovanni Sagreda, Molin aus den Jahren 1658 bis 1670 als Typus eines tadellosen Regenten erscheint, werden in den späteren Berichten die Unselbständigkeit, die Lässigkeit, die Schlaffheit des Fürsten bitter gerügt.

Wie grell sticht von den gleichzeitigen Schilderungen der Venetianer das Urteil ab, das der Franzose Grammont über den jungen Leopold in den Tagen der Kaiserwahl zu Frankfurt fällt! Ein milder, guter, aber herzlich ungebildeter Herr, dem es aber gänzlich an wissenschaftlichen und sprachlichen Kenntnissen gebricht, dessen einziges Vergnügen darin besteht, traurige Melodieen zu komponieren und Kegel zu schieben! Günstiger äußerte sich wieder Marschall Villars, der 1698 nach Wien kam. Leopold sei ein Fürst voll Geist, Redlichkeit, Religiosität und Arbeitseifer; man könne an ihm nur aussetzen, daß er allzu mißtrauisch gegen sich und Andere sei und sich allzu bequem auf das Wohlwollen und die Wunderkraft der Vorsehung verlasse. Den nämlichen Vorwurf erhob auch Esaias Pufendorf, der von 1671 bis 1674 als Gesandter Schwedens am kaiserlichen Hofe weilte. „In Resolutionen von Wichtigkeit etwas langsam und circumspect,“ stehe er „fest bei dem, was er einmal gefasset,“ im allgemeinen sei er „ein von Gott mit guten, gesunden Verstandes- und Gemütsgaben gezierter Herr.“ Während aber Villars ausdrücklich den unermüdlichen Fleiß des Habsburgers rühmt, meint Pufendorf, der Eifer komme „mehr aus Gewohnheit her, und daß er persuadirt ist, es müßte also sein, als daß er so sonderliche Lust zu den Affairen haben sollte, denn von Natur liebt er die Ruhe und Divertissements, als da sind fürnehmlich die Jagd und Musik.“ Auch die von Villars und den Venetianern gerühmte Religiosität will der Protestant Pufendorf nicht anerkennen; das sei nur „äußerliche Devotion und strenge Observanz der Kirchengebräuche.“ Ja, sogar die Verantwortung für die harte Bedrückung der Protestanten in Oesterreich treffe nur den Fanatismus des Kaisers, der sich im Gewissen verpflichtet fühle, die verirrten Unterthanen

in den Schoß der wahren Kirche zurückzuführen, und darin von den Jesuiten, „als woraus er von Jugend auf seine Präceptores und Beichtväter gehabt," bestärkt werde.

Dagegen entwirft ein überaus günstiges Charakterbild der Franzose Casimir Freschot, der im letzten Lebensjahre des Kaisers Aufzeichnungen intimer Natur über den Wiener Hof anonym veröffentlichte; allerdings ist unter dem überschwänglichen Lob auch einiger Tadel versteckt. Leopold sei „der beste Fürst der Welt;" seine bewunderungswürdige Frömmigkeit habe den Himmel immer wieder in der Stunde äußerster Bedrängnis gezwungen, durch ein Wunder Hilfe zu bringen. Freilich fehle es nicht an Kritikern, die den Kaiser lieber mit Regierungsarbeiten, als mit frommen Uebungen beschäftigt sähen, aber gerade ein Fürst könne in Frömmigkeit und Andacht wohl niemals zu weit gehen. Auch des Kaisers Freigebigkeit gegen die Armen kenne keine Grenzen; er gehe niemals aus, ohne einige Rollen mit Dukaten bei sich zu führen, die er an die sich herandrängenden Bettler verschenke; freilich sei zu beklagen, daß in Wien die verschämten Armen darbten, während den Zudringlichen mit vollen Händen gespendet werde. Der Kaiser sei nicht bloß ein guter, sondern auch ein rastlos thätiger Fürst, der die Fähigkeit und die Kraft habe, sein eigener Staatsrat und sein eigener Premierminister zu sein. Wenn also die Frage aufgeworfen werde, wie es unter einem so wohl gesinnten, unterrichteten, pflichttreuen Regenten möglich sei, daß das Land so mangelhaft verwaltet, das Volk so wenig glücklich sei, so müsse die Antwort lauten: die Schuld liegt an den unfähigen Dienern, die den Fürsten umgeben, die zwar immer viel Beratung pflegen und Beschlüsse fassen, aber nichts zur Ausführung bringen und die Staatsgelder nur zur Bestreitung des eigenen Wohllebens verschwenden.

Im Gegensatz zu diesem Urteil spendet der Franzose de la Faille gerade der Staatsklugheit und dem Pflichteifer der Leute des Kaisers hohes Lob, und nicht minder vorteilhaft äußert sich General Chavagnac über den Wiener Hof.

Die Lobsprüche der vom Kaiser selbst aufgestellten Historiographen, die höfische Chronik des Gualdo Priorato, das im allgemeinen sehr tüchtige Buch des Jesuitenpaters Wagner, der Panegyrikus des Giovanni Commazzi, das „zu mehrer Großschätzung des Kaysers“ verfaßte biographische Werk des Wiener Professors Schenckel sind natürlich nicht hoch anzuschlagen. Von den außerhalb Oesterreichs von deutschen Zeitgenossen geschriebenen Lebensbeschreibungen rührt die bekannteste von dem Altdorfer Professor Eucharius Gottlieb Rinck her, der jedoch als treuer Anhänger des Habsburgischen Kaiserhauses in der Hauptsache nur mit pathetischem Wortschwall wiedergibt, was er aus den Mémoires de la cour de Vienne geschöpft hat. In weniger freundlicher Beleuchtung erscheint der Kaiser in der Biographie eines englischen Anonymus, die der Leipziger Professor Mencke seinem Lebensbilde Leopolds, einer herzlich schwachen Leistung, zu Grunde gelegt hat.

Wenn die Zeitgenossen so abweichende Urteile vernehmen lassen, kann es nicht überraschen, auch in den späteren Schilderungen den schroffsten Widersprüchen zu begegnen. Gfrörer, Onno Klopp, Baumstarck, Walewsky feiern den ergebenen Sohn der Kirche, der willig das weltliche Interesse höheren Pflichten unterordnete und das Wohl und die Ausbreitung der Kirche über alles stellte. Dagegen wird von Droysen, Noorden, Gaedecke und andren norddeutschen Historikern über Leopold in mehr oder weniger geringschätziger Weise gesprochen. Gegen ihre Darstellung ließe sich einwenden, daß für das Regiment des Habsburgers absichtlich dunkle Farben gewählt wurden, damit sich vom düsteren Hintergrunde um so leuchtender die jugendliche Entwicklung des brandenburgischen Staatslebens abhebe. Allein auch die Beurteilung von seiten österreichischer Forscher, Krones, Wolf, Scheichl u. A. lautet nichts weniger als schmeichelhaft. Hinwider zollt Arneth, hauptsächlich auf die Venetianer sich stützend, den Eigenschaften des Geistes, wie des Herzens Kaiser Leopolds hohes Lob.

Angesichts dieser Gegensätze stieg in mir gelegentlich meiner Studien zur Geschichte Kaiser Leopolds der Wunsch auf, Quellen ausfindig zu machen, welche möglichst zuverlässige Aufschlüsse über

den Charakter des Kaisers böten, also vor allem Briefe des Kaisers und an den Kaiser, welche vertraulichen Einblick in dessen Wesen gestatteten.

Die Ausbeute aus gedruckten Briefen ist gering. Nur aus der Korrespondenz Leopolds mit dem Hofbibliothekar Lambeccius hat Karajan dankenswerte Mitteilungen geboten; außerdem hat Krones Nachricht gegeben von eigenhändigen Briefen Leopolds an den Ajo und späteren Premierminister Grafen Portia.

Ich wandte mich also an das Wiener Staatsarchiv, und da klopft man nie vergeblich an. Nachdem ich auseinandergesetzt, worauf es mir besonders ankäme, wurden mir einige Bände zur Verfügung gestellt, in welchen ich zu meiner Befriedigung alles Gewünschte vereinigt fand.

Es ist die Korrespondenz des Kaisers mit dem Grafen Franz Eusebius Poetting, kaiserlichen Gesandten in Madrid aus den Jahren 1662 bis 1674, in welcher die eigenhändig geschriebenen Briefe des Kaisers nicht weniger als fünf Foliobände füllen. Bekanntlich zählt Kaiser Leopolds Handschrift zu den gefürchtetsten Aufgaben der Schriftenkunde. Da ich nur eine Spanne Zeit auf die Benützung des Archivs verwenden konnte, war es mir zwiefach willkommen, daß von den meisten Briefen für den Empfänger gefertigte Abschriften vorhanden sind. Eine andere Schwierigkeit bietet die Chiffrierung zahlreicher Stellen in den Briefen des Kaisers; es war mir wegen Zeitmangels nicht möglich, einen Schlüssel auszuziehen; da jedoch für ein Schreiben des Kaisers vom 24. September 1670 und für ein weiteres vom 16. November 1672 eine Auflösung, vermutlich von Poettings Hand, beiliegt, ließen sich wenigstens die am häufigsten wiederkehrenden Namenschiffern ausfindig machen. Für dasjenige, was mich zunächst interessierte, für die Mitteilungen über die Lebensweise und die Erlebnisse des Kaisers sind glücklicherweise ohnehin keine Chiffern verwendet.

Franz Eusebius Graf Poetting wurde 1663 zum Gesandten in Madrid ernannt. Von seiner Begabung zum Diplomaten geben die etwas verworrenen Berichte an den Wiener Hof nicht gerade

glänzendes Zeugnis. Der einflußreichste Minister am Wiener Hofe, Fürst Lobkowitz, der von Poetting als erleuchteter Staatsmann, als ein wahrer Heros gefeiert wird, war Gönner und Meister des Diplomaten. Nachdem sich dieser lange vergeblich um ein einträglicheres Hofamt beworben hatte, wurde er 1671 zum Hofmarschall des kaiserlichen Hofes ernannt, durfte aber erst zwei Jahre später seinen Posten in Madrid an Graf Ferdinand Harrach abgeben.

Graf Poetting stand, wie aus den Briefen selbst ersichtlich wird, bei seinem Gebieter, dessen Jugendgespiele er gewesen war, in hoher Gunst. Die Worte, die der Kaiser dem Verhältnis zu seinem Gesandten widmet, sind ehrenvoll für Herr und Diener. Als Poetting einfließen ließ, er glaube sich von kaiserlicher Ungnade bedroht, schrieb Leopold: „Ich sehe aus dem letzten (Schreiben), daß ihr vermeint, als wan ich mit euren Diensten nicht zufrieden wäre; mein Graf, macht euch in disem gantz keine Sorgen, dan ich bin gar wohl mit eurem Fleiß zufrieden, erkenne eure Dienste, werde noch würcklich selbe effective erkennen, und glaubet fest und sicher, daß das Refran: Aus den Augen, aus dem Sinn, bey mir gantz nicht statt hat, es mögen andere sagen und schreiben, waß sie wollen. Fahrt also forth und berichtet alles fein und fleißig, cultiviret selbige ministri in plurali et singulari, und seit versichert, daß ich euch niemals verlassen werde.“ Als Leopold sich einmal veranlaßt sah, den Marquis de Grana in außerordentlicher Mission nach Madrid zu senden, schrieb er an Poetting zur Beschwichtigung: „Weillen ich mir wohl einbilden kann (ex moderno cursu mundi et aularum), daß nicht Laide manglen werden, so euch werden Mucken machen wollen über dise Mission, also versichere euch gnädigist, daß dise abschickhung nicht geschicht auß einigem mißtrauen in eure Person, sondern nur per finezza und aus Noth, daß wir doch einmal wissen, woran wir sein.“ Doch nicht bloß dieser Vertrauensstellung wegen unterrichtete Leopold den Gesandten von den intimsten Vorgängen am Wiener Hofe; Poetting sollte davon das Wissenswerte den nächsten Verwandten des Kaisers,

dem König von Spanien und insbesondere der im habsburgischen Interesse eifrig thätigen Königin Maria Anna, Kaiser Ferdinands III. Tochter, mitteilen. Auch über die politischen Angelegenheiten äußert sich Leopold in der freimütigsten Weise, so daß diese Briefe, die über des Kaisers eigene Anschauung aufklären, zweifellos zu den wichtigsten Quellen zur Geschichte jenes Zeitraumes gezählt werden dürfen. Allerdings hat dieser Freimut eine Grenze. Als sich der Kaiser, widerwillig dem Rat der Lobkowitz und Auersperg Folge leistend, mit dem von Grund der Seele ihm widerwärtigen, ja verhaßten König von Frankreich insgeheim verbündete und durch den Vertrag vom 19. Jänner 1668 für den Fall des Erlöschens der spanischen Habsburger eine Teilung der spanischen Monarchie verabredete, wurde von diesen auch in Wien nur jenen zwei Ministern bekannten Abmachungen kein Sterbenswörtchen in die Briefe an Poetting aufgenommen. Man braucht aber deshalb nicht anzunehmen, der Kaiser habe Bedenken getragen, ein so wichtiges Geheimnis seinem Gesandten anzuvertrauen, damit nicht übelwollender oder unvorsichtiger Gebrauch davon gemacht werde; das Schweigen des Kaisers ist aus einem andren Grunde zu erklären. Wiederholt wird vom Kaiser Klage geführt über die „Insolenz“ und „Discortesia“ der Franzosen, welche die kaiserlichen Briefe verschwinden ließen. Insbesondere während des spanisch-französischen Krieges wurde die kaiserliche Korrespondenz nicht selten auf französischem Boden abgefangen; der Kaiser schickte deshalb, wenn es sich um wichtigere Nachrichten handelte, mehrere gleichlautende Briefe gleichzeitig auf verschiedenen Wegen nach Madrid. Trotz solcher Gefahr spricht sich aber der Kaiser, auf den Schutz der Chiffern bauend, im allgemeinen über politische Vorgänge, sowie über Fürsten und Staatsmänner der verschiedenen europäischen Höfe überraschend offenherzig aus.

Dabei läßt sich vor allem feststellen, daß sich Angesichts dieser ausführlichen, in die verwickeltsten diplomatischen Fragen eingehenden Erörterungen der am häufigsten wiederkehrende Vorwurf, der Kaiser sei träge und nachlässig gewesen, sicherlich nicht gerechtfertigt erscheint. Die von Leopold entwickelten Ansichten

überraschen nicht durch Geist und Scharfblick, lassen aber immerhin auf ein gesundes Urteil und rege Teilnahme an den Regierungsgeschäften schließen. Sie zeugen auch von gutem Humor, denn der Briefschreiber benützt jede Gelegenheit, einen etwas derben, schwerfälligen Witz anzubringen. Wenn man sich erst in das für das ganze Zeitalter und besonders für Leopold charakteristische Gemisch von deutschen, spanischen und lateinischen Wörtern und Sätzen gefunden hat, lesen sich die Briefe ganz gefällig. Der Verfasser trägt die Allongeperrücke seines Zeitalters, aber unter dem Lockenwulst blicken munter ein paar treuherzige Augen hervor. Namentlich aus zeitgenössischen Schilderungen von Hoffesten, bei welchen Leopold in unnahbarer Majestaet paradierte, wurde der Schluß gezogen, daß auch der Charakter Leopolds etwas Steifes, Finsteres, Hochmütiges gehabt habe. „Mehr ein Spanier, denn ein Deutscher!“ Dieses Urteil kehrt häufig wieder. Allein aus unserer Korrespondenz wird das Gegenteil ersichtlich. Der echte Wiener tritt uns darin entgegen; die Licht- und Schattenseiten des Wienertums sind hier ausgeprägt, und auch die Ausdrucksweise ist dem entsprechend. So wenn Leopold z. B. über seine erste Begegnung mit dem englischen Gesandten Carlingford, Karls II. Kanzler, der im Jänner 1666 nach Wien kam, um den Kaiser für ein Bündnis mit England und Spanien zu gewinnen, Nachricht giebt: „Carlingfeld hat schon bey mir Audienz gehabt, ist gar ein lieber Cavalier di bonissima pasta, aber scheint doch nit gar zu spitzfindig zu seyn, welches ich lieber habe, als wan die Ministri gar zu furbi sein, als wie der Grenoville; sie sagen, er seye auch ein guter gesell und mache alles mit; mir ist leidt, daß ich ohne interprete nicht mit ihm sprechen kann, dann er nichts alß Englisch und Französisch reden kann, Latein verstehet er zwar, in audientia interpretatus est P. de Nellany, ego respondi latine, sic Carlingfeldt me bene intellexit“.

Der vorausgehende Brief vom 6. Jäner 1666, der dem dringenden Wunsche nach Beschleunigung der Abreise der für Leopold bestimmten Braut, der spanischen Prinzessin Margarita,

Ausdruck gibt und dem Gesandten die Wege zeigt, wie in Madrid Beschleunigung des Werkes zu erreichen wäre, schließt mit den lustigen Worten: „Uebrigens beziehe mich nochmals auf die depeches der Cantzley und wünsch euch zum beschluß ein glückseliges neues Jahr, ein Sohn im krausen Haar, zudem auch Mittel dabey und bin auch allezeit euch mit besonderer Keyserlichen Hulden wohl gewogen." An der Heirat ist ihm sehr viel gelegen, denn er ist jetzt 27 Jahre alt und will endlich einmal einen braven Sohn haben; deshalb bringen ihn die Ausreden der Spanier, die immer wieder Aufschub der Hochzeit erreichen wollen, ganz aus dem Häuschen. „Muß ich bestehen, daß ich denen Spanischen ministris nicht recht traue, biß meine Brauth über den großen Bach (verstehe das meer) kommen sey, und dies macht mir noch mehr mucken, et quidem valde, ut credo, daß zu Maylandt noch nicht die geringste anstalt gemacht wirdt." Freilich erfüllt ihn mit Schrecken, daß die Braut „ein weibergesündel von weith über 20 mitbringen" will, „so einmal ein elend wäre und ich wüste ja einmahl nicht, wo auß oder hin damit." Poetting soll also ja darnach trachten, daß „nicht die Dienerinnen mehr canaillen mitbringen als die Frau selbsten . . . . Mein, schauet nur, wie ihr mir aus diesem Purgatorio helffet, dann ich weiß also gar zu wohl, waß ich mit diesen lieben Leuthen vor eine saubere arbeith und plag haben werde." Dazwischen hinein meldet er von politischen Vorgängen, u. A.: „Der Münsterische Handel hat ein schlechtes Aussehen, attamen speramus per mediationem imperatoris bonum effectum." Denn im Friedenstiften sieht er seine schönste Aufgabe. „Möchte wohl auch das Sprichworth verificirt werden, das ein Schwert das andere in der scheide halte." Auch von Wiener Vorgängen giebt er dem Gesandten Nachricht, u. A., daß wieder ein paar Heiraten „richtig gemacht worden sind," darunter „das Sigerle von Dietrichstein mit der verwittibten Collaldin, die nehmen einander ex puro amore, viel Glück darzu, wann es nur tauert!" — von Duellen, zu welchen die Verlobungen Anlaß gegeben, aber er habe die Duellanten kurzweg in Arrest gesetzt, bis sie sich mit

einander aussöhnen wollten, — von Gerüchten, die über diesen und jenen bei Hofe im Schwange sind. Der echte Wiener kommt zum Wort, wenn er z. B. einen Angeschuldigten zu rechtfertigen sucht: „Mein, seine Emoli hängen ihm darinnen auch manches Klamperl an!“

Als in Madrid neuer Aufschub der Hochzeit geplant wird, gerät er in Unruhe. „Duncket mir, die Giornada gehe auf die lange Bank, und es ist schier grob!“ Er ist nicht ohne Besorgnis, daß man ihn in Madrid hintergehen wolle. „Chi ama, teme!“ Als endlich von Poetting die Abreise der Braut durchgesetzt wird, gibt er jubelnd seine Befriedigung zu erkennen: „Könt ihr leicht erachten, waß consolation dieser aviso nicht allein in mir, sondern auch in allen meinen Ländern erwecket hat, ich kann sagen, daß ich vor Freyden nicht gewust, wo ich wäre, dann ich alleweil besorget habe, es stecke noch waß dahinter. Nun seye Gott zu aller Ewigkheit gepriesen, daß also so wohl gegangen.“ Er hat die Freudenbotschaft um 9 Uhr Abends, als er schon zu Bette war, erhalten; sogleich ließ er „alle Stuck losbrennen“ und Morgens Tedeum singen und sodann ein Kopfrennen halten und zu diesem Zweck die Hoftrauer ablegen. „Wird zwar übel gedeutet werden, aber bei so fröhlicher Post kann man sie nicht tragen.“ Die Festins, Oper und Tanz, liegen ihm überhaupt sehr am Herzen. Schon vor dem Eintreffen der Freudenbotschaft mußte er einmal wieder tanzen sehen. „Dissen Fasching hätte ich zimblich still seyn sollen, wegen der Klagen, doch haben wir etlich Festel in camera gehabt, dann es hilfft den Toten doch nicht, wann man traurig ist, doch alles ganz retirat.“ Den nächsten Geburtstag seiner „Gesponß“ feiert er durch ein Ballet, „welchen Prinz Karl von Lothringen sambt etlichen Camerern getanzt hat und ist ein so galantes Festin gewest, als dahier gesehen.“ Ueber die Festlichkeiten bei Hofe pflegt Leopold dem Gesandten genaue Mitteilungen zu machen, und die Korrespondenz ist aus diesem Grunde auch als Fundgrube für kunstgeschichtliche Einzelheiten wertvoll.

Unmittelbar neben der Nachricht über das Festballet findet sich eine Bemerkung, die den Beweis liefert, daß Leopold schon damals von Mißtrauen gegen Lobkowitz, seinen einflußreichsten und angesehensten Minister, erfüllt war: „Daß Lobkowitz nicht der besten einer seye, ist leicht zu erachten, man muß ihn aber gleichwohl nicht gantz auß der wiegen werffen, sonder, wie man spricht, dem Teuffel auch immer einmal ein Liechtel anzienden."

Der spanische Erbfolgestreit warf schon in's Jahr 1666 seine Schatten voraus. Schon damals wurde in Spanien befürchtet, daß aus der Verbindung der Infantin mit dem deutschen Habsburger Erbstreitigkeiten und für Spanien Zersplitterung und Kriegsunheil erwachsen könnten. Diese Gefahren waren in einer in Spanien erschienenen Schrift weitläufig auseinander gesetzt worden; Kaiser Leopold ließ sich durch seinen Gesandten das Buch schicken, „damit man dise schöne Doctrin ein wenig durch die Hächel ziehen möge." Solcher Bedenken halber wurde auch von spanischer Seite immer wieder Aufschub der Hochzeit zu erwirken gesucht, bis endlich der Kaiser, des langen Aufschubes müde, den Gesandten anwies, er möge „nur ganz impertinent" darauf dringen, daß das Zaudern ein Ende habe, „und kann euch mit Wahrheit sagen, daß mir recht das Herze klopfet, nur daß ich von diser materi die Curier schicken thue."

In Madrid war man übrigens auch deshalb verstimmt, weil sich Kaiser Leopold nicht dazu aufraffen wollte, mit Entschiedenheit gegen Frankreich aufzutreten und die ehrgeizigen Pläne Ludwigs XIV., wie auch der scharfblickende kaiserliche Gesandte im Haag, Franz von Lisola, verlangte, im Entstehen zu vernichten. Nicht als ob Leopold die vom Westen drohende Gefahr nicht erkannt hätte; er charakterisiert die von Frankreich gebrauchten friedlichen Redensarten ganz richtig. „Circa Galliam werdet ihr auch aus der Cantzlei instruirt werden, und mahnet mich dieser Vorschlag an die Fabel vom Wolff und denen Schaafen, wie er mit denselben hat wollen einen bestendigen Frieden machen, hac tamen conditione, daß sie die Hund abschaffen sollen." Aber er will es auch mit Frankreich nicht verderben und will sich

die spanische Bevormundung, die sich sogar auf die kleinlichsten Dinge erstreckt, nicht gefallen lassen. Machte man doch in Madrid schon ein großes Wesen daraus, daß der Bräutigam der Infantin französische Tänzer auftreten ließ. „Ich vermeine aber, wan man einem gaukler und taschenspieler zuschauen kann, so kann man wohl auch einem französischen Narren und Tanzer zuschauen, oltre que era una cosa si fredda, das gar nicht der Mühe wert ist, so viel Redens davon zu machen, aber die Leuth, so kein negotia haben, die machen ex mosca elephantem, das ist, aus einer Stümpelei das größte negotium."

Als endlich die Braut glücklich in Wien anlangt und das Beilager vollzogen wird, ist Leopold höchlich contentiret, aller Freuden voll und von der zartesten Aufmerksamkeit für sein liebes Weibel beseelt. „Seynd vor 3 Tag mit 75 Schlitten gefahren, 30 mit Dames, die andern lahr, darauff ein teutschen Tanz gegehalten, wobey legatus Hispanus et uxor auch gewest. Videtur non displicuisse meae conjugi. Gestern hat auch die verwittibte Kayserin ein Festel gehalten, wobey mein Schatz auch gar lustig gewest, ich schaue halt, sie lustig zu erhalten, daß sie alles contento habe." Um der Gattin eine Freude zu machen, bestellt er die in Spanien gerade beliebten Musikstücke, die seine Kapelle zur Aufführung bringen soll. „Sonsten seynd wir alle," schreibt er am 3. Februar, „Gottlob gar wohl auf, und mein Gemahl schickt sich gar schön in die Teutschen Brauch, und hab ich dieser Tag den Roß-Ballet halten lassen, ich soll es nit loben, weil ich es halten lassen, ihr könnt aber gewis versichert seyn, das a seculis nil dergleichen solches gesehen worden, dahero ich euch hiemit 10 exemplaria und dessen beschreibung mit Kupfer schicken wollen, daß ihr auch was davon unter dasige Gesandte und ministri austheilen könnt." „Sonsten seynd wir gar wohl auf und unterhalten uns mit Faschingspassatempi, schicke euch von unterschiedlichen Comedien und eine lista von der Würtschaft, so heütt gehalten wird; euer Vetter, der Wastel, ist Chineser worden, haben ihn gantz ausmundiret, dan ich ohnedem von einem Pater S. J. ein Original chinesische Kleid bekommen." Als sich Eti-

quettestreitigkeiten zwischen der regierenden und der verwittweten Kaiserin erhoben, war Leopold ernstlich bemüht, einen friedlichen Vergleich zu Stande zu bringen. Poetting möge die Königin von Spanien bitten, sich darob keine Skrupel zu machen, und ihr versichern, „daß der Teufel nit so schwartz, als man ihn mahlet, und daß die beyden Kayserinen recht von Hertzen einander lieben und gar gern beysammen seyn.“

Während er aber seine spanische Gattin zärtlich liebte, war er um so ungehaltener über den Dünkel ihrer spanischen Umgebung. Als sich der Gesandte Castelar in Wien Exzesse erlaubte, schickte Leopold an Poetting zwei für den spanischen Hof bestimmte Schreiben, „prima Höflich und succinct, secunda fusior et acrior,“ damit sich der Gesandte je nach Gutdünken des einen oder andren bediene. Einen andren Gesandten will er nicht verlangen, „dan obwohl (Castelar) ziemlich küzlich und gantz furios ist, so hoffe ich doch, er werde hac occasione die Hörner ziemlich abgestoßen haben.“ Freilich muß er auch später noch wiederholt seiner Unzufriedenheit Ausdruck geben. „De regina Hispaniae spero, quod imponet frenum legato Hispano, quia summe necessarium est.“ In drastischer Weise macht er seiner Abneigung gegen den spanischen Diplomaten Peneranda Luft. „Das Wetter ist sehr kalt,“ schreibt er am 31. Dezember 1667, „und gibt diesen Winter nicht viel nach, alß wir vor 10 Jahren nach Frankfurdt gereist, wo penecada (Peneranda) sich gantz in ein pelzern Sackh einnehen hatt lassen. Wär' er damals nur krepirt, wer kein große schad nit gewest.“ Auch der bevorstehende Tod des Papstes entlockt ihm eine wenig respektierliche Bemerkung. „Der Papst ligt am Schragen, wurde uns jetzo gar mal à propos sterben.“ Und gar unchristlich spricht er von einem schweren Verlust der Franzosen. „Die Franzosen haben ein paar mal 4000 Mann eingebüßt, Gott gebe ihn dergleichen Glück mehr!“

Die Abneigung gegen Frankreich und die Franzosen dringt immer und überall durch. Trotzdem weigerte sich Leopold entschieden, dem Drängen der Spanier nachzugeben und sich am Krieg gegen Frankreich zu beteiligen. Er sei nicht genugsam

armiert, schrieb er am 6. Juni 1667, und könnte deshalb nicht verhindern, daß ihm die Franzosen ungestraft seine tirolischen und schwäbischen Lande wegnähmen; er wisse auch nicht, wie sich Schweden verhalten werde, und müsse befürchten, daß Schweden, sobald er mit seiner Hauptarmada ausgerückt wäre, in Böhmen und Schlesien einfallen würden. Dies Alles soll Poetting „nervose“ in Madrid vorstellen, „weilen ich wohl weiß, daß nit alda werden Critici mangeln, so alle meine actiones genugsam judizieren werden.“

Der 28. September 1667, der „allerliebste St. Wenzels Tag, so mir jetzo über Alles lieb ist,“ brachte dem Kaiser eine große Freude: es wurde ihm ein Sohn geboren, dem in der Taufe der Name Ferdinand beigelegt wurde. Allein der Jubel war von kurzer Dauer, schon am 13. Jänner 1668 verschied der Erbe des Thrones. „Allhier ist ein großes Laidt et tale quod a multo tempore non fuit visum, imo mea etiam summe percussa est, doch hat sich heroisch darein gefunden und diß umb so viel mehr, weillen sie selbst von Tag zu Tag gesehen hat, wie dieser unser lieber Engl a grand paine zu Himmel geeilet hatt.“ Nur das Eine kann ihm zum Trost gereichen, daß sie nun an diesem Engelein „einen unschuldigen Vorbitter bei Gott haben werden.“ Als bald darauf auch Poetting sein erstes Kind durch den Tod verlor, schrieb Leopold: „Jam sumus pares in dolore, qui etiam pares fuimus in laetitia, fiat in omni tempore voluntas domini!“

„Was sonsten die Publika anlanget,“ fügt er jener ersten Nachricht bei, „weiß ich schier nit mehr, was ich schreiben soll, dan mich dunkt, es heiße: oleum et operam perdidi, si saltem saperent paruges.“ Man wäre fast versucht, in diesen Worten eine Verlegenheitswendung zu erblicken, denn, wie wir wissen, wurde wenige Tage später, am 19. Jänner 1668, der Vertrag unterzeichnet, wodurch Frankreich und Oesterreich für den Fall des Erlöschens der spanischen Habsburger eine Teilung der spanischen Reiche vereinbarten. Da vor dem Gesandten, wie erwähnt, die Abmachungen mit Frankreich geheim gehalten wurden,

erfahren wir leider über die wahren Beweggründe des Kaisers nichts Neues. Wollte er durch diesen mit den Traditionen der Dynastie in Widerspruch stehenden Schritt eigennütziger Weise nur sein Erbe in Sicherheit bringen (Scheichl)? Oder wollte er die Verbindung der Mächte England, Holland und Schweden, die in der Tripelallianz vom 23. Jänner 1668 zum Abschluß kam und in welcher er eine Gefahr für die katholische Kirche erblickte, durch den Bund mit Frankreich unschädlich machen (Mignet)? Oder bezweckte der Umschwung der kaiserlichen Politik nur Spanien zu zwingen, dem Frieden nicht länger zu widerstreben, sodaß der Kaiser den kritischen Vertrag „als das Fundament des künftigen europäischen Friedens, als die Pforte einer neuen Zeit ansah“ (Klopp)? Aus der Korrespondenz mit Poetting läßt sich nur ersehen, daß sich Leopold alle Mühe gab, keinen Verdacht gegen die Redlichkeit seiner Freundschaft mit Spanien aufkommen zu lassen. Er fährt fort, den Spaniern gute Ratschläge zu geben, wie sie sich am besten der Franzosen erwehren könnten, und seinen eigenen Beistand in Aussicht zu stellen, falls ihm von Spanien ausreichende Geldmittel zur Verfügung gestellt würden. Er sei in der Lage, sagt er, den Refrain Karls V. anstimmen zu müssen: „Dineros, dineros y mas dineros, dann sine illis nihil fit!« Dazwischen ironisiert er das ganze politische Treiben der Kinder dieser Welt. „Aber Gott im Himmel, der schauet uns zu und lacht über unsere Mannschaften!“ Da die gnädige Aufnahme des französischen Gesandten in Wien am Madrider Hofe ruchbar geworden war, weist er Poetting an, unberechtigten Uebertreibungen entgegenzutreten. Der französische Gesandte, der schon einmal am Türkenkrieg Teil genommen habe, sei persönlich bei den jungen Burschen am Hofe sehr beliebt; daß man ihm den Sohn des Kaisers einmal gezeigt habe, sei auf ausdrücklichen Wunsch der Königin von Frankreich geschehen. „Dises Alles habe ich euch wollen erinnern, aber nur zu eurer Nachricht und durchauß nicht, daß ihr ein weiteres negotium sollet machen, dan ich eben einmaal nicht schuldig, dominis Hispanis von meinen aktionen Rechenschaft zu geben.“ Auf die Spanier ist er fort und fort

schlecht zu sprechen. Nach dem Tode des spanischen Statthalters in Mailand schreibt er: „Umb den Caracena ist mir laid, dann obwoln er so ein Mensch gewesen, so hatt er doch guete Intention gehabt und die Miliz auf's Wenigste in etwas verstanden. Jtzt werden sie embarassiret, dann kein frembden wollen sie haben ob peccatum originale nationis, biß sie unter ihrer nation einen finden, so werden sie eine guette weill suechen müssen.“ Insbesondere den spanischen Gesandten bezichtigt er feindseliger Umtriebe. „Was man euch von B Z (?) gesagt, ist nicht wahr und ein Lug von B G (dem spanischen Gesandten); ich bemiehe mich eins so vill als des andern und bin neutral inter meos proprios ministros.“ Man gewinnt aber beim Lesen der Briefe gerade aus diesen Tagen den Eindruck, als fühle sich der Schreiber in gedrückter Stimmung. Er betont, daß er sich nicht für unfehlbar halte: „Multa multi dicunt, ego non sum Joannes, qui apocalypsem habeat,“ und bricht wiederholt in die Klage aus: „O tempora, o mores!“ Auch als sich der spanische Hof endlich durch die zweideutige Politik des Kaisers genötigt sah, mit Frankreich Frieden zu schließen, suchte sich Leopold durch die beliebte Spruchweisheit zu trösten: „Ist guett, daß der Fried publicierdt worden; daß er Hispanis nicht gefallen hatt, ist leicht zu erachten, aber necessitas non habet legem, auf dieses sollen domini Hispani ihr fundament machen; daß aber der arme Teuffel, der Kaiser, von allen disen alzeitt die Schuld muß haben, ist hardt zu vernemmen. Patientia. Tempora, tempora, tempora, ist ein altes adagium und dessen auch ich mich getröste.“

In der nächsten Zeit treten wieder die häuslichen Angelegenheiten mehr in den Vordergrund. Leopold berichtet von den Festen, die ihm und seiner Gemahlin vom Bischof von Neustadt, von Nadasty, Esterhazy und andren Adeligen gegeben wurden, von Heiraten bei Hofe — „Vielleicht schickt es sich auch, daß wir bald eine Spanische Dame anbringen!“ — „Hat gestern der von Sauran (der die Monroy heiratet) das regal geben, so also stattlich gewest, das es wol ein wenig die Mas überschritten hatt

und kündte es passiren, wan ich es meiner Gemahlin gäbe!" — von seinen Jagden — „Heunt haben wir ein Jagen gehalten und gegen Hundert Sau gefangen, und ist der Nuntius Pignatelli auch dabey gewest, hat ihme zwar gar wohl gefallen, doch exclamabat, esse rem plenam periculis!" — „Haben wir in ein jagen etlich gar große Hirschen gefangen, so 600 ℔ oder 24 Arroba gewogen haben, ich meine, in Spanien wirdet er vor einen Elephanten passiret seyn!" — von theatralischen Aufführungen — „Obwohlen Klag ist, so werden wir doch disen Fasching einiges Cammerfest halten, wie dan vor 8 Tagen einige Cammerherren eine gantze Comedia in Musica gesungen haben, so gewiß pro miraculo kan gehaldten werden, absonderlich wan man es nit sehen thuet!" Als ihm seine Gattin ein Mädchen schenkte, war die Freude gerade nicht gar groß; er giebt aber doch genau an, um welche Zeit die Geburt erfolgte, damit dem Kinde (Marie Antonie) in Madrid das Horoskop gestellt werde. Ein Ettiquettestreit, in welchen Poetting mit bayerischen Diplomaten verwickelt ward, bietet Anlaß zu einer für Bayern wenig schmeichelhaften Aeußerung: „Kan mich nit genueg verwundern der Impertinenz der churfürstlichen Abgesandten, die sie von euch prätendiren, da doch im Reich selbsten ganz ein andrer stylus ist, aber daß ist nur eine Bayrische Höflichkeit secundum morem consuetum; ihr habt euch gar wol hierin comportirt, und ich werde es schon gehöriger ordhen anden, dann es ist gar zue grob."

Die dankenswertesten Aufschlüsse erhalten wir über die Auffassung, welche Leopold von seinem Verhältnis zu seinen Ministern und Beamten hegt. Als er den Saga zu wichtiger Stellung beförderte und diese Auszeichnung eines Franzosen von den Spaniern mit scheelen Augen angesehen wurde, schrieb der Kaiser: „Ich sage nochmahls, ich halte denjenigen vor kheinen Franzosen, so mir so guete dienst geleistet hat und gedienet, halte mich des italienischen Sprechens: ama Dio e non fallire, fa pur bene e lascia dire, ich kan einmahl denen Leuthen nicht das Maul stopfen." Er nimmt seine Beamten immer wieder gegen die Ver-

dächtigung des spanischen Gesandten in Schutz, beteuert aber zugleich, daß er, unabhängig von Jedermann, gegen Jeden nach Recht und Gesetz verfahren wolle. „Daß aber Alles per canalem des B F (Lobkwitz?) beschehe, ist ein alte leyern, ich thue, was recht ist und frage umb nimand. Sollete ich aber ein prob haben, das ein Minister ein Schelmb seye, so wird sein Kopf bald zu Boden liegen.“ Diese Anschauung spiegelt sich auch in den Worten über Moncada: „Die Ersezung des Vicereynat de Napoli, haldt ich, sey mitt den Astorga nitt übel ersezt worden, das man aber ein solches Wunder mache mit der dem Cardinal Moncada auffgetragenen Römischen Embascada, kan ich ja einmal nit finden. Vor was seind die Ministri, als das sie ihren Herschafft in allem blind gehorsamben sollen? Was gildts, wann man ihme Napolis offeriret hatte, er hatt es fleißig angenommen. Also geht's zue; in summa, bey mir hatt durch diß nitt wenig an Credit verloren.“

Auch auf geistliche Würdenträger seines Hofes und Staates kommt er wiederholt zu sprechen. „Ist heut unser lieber alter Bischoff zu Wienn gestorben; wie es leid mir seye, könnt ihr euch wohl einbilden, indeme ich nit bald einen so zelosum et exemplarem successorem werde benennen und resolviren können.“ Daß er bei aller Frömmigkeit und Vorliebe für die geistlichen Orden durchaus nicht, wie aus der Darstellung Rincks und andrer Zeitgenossen hervorgehen könnte, ein willenloses Werkzeug der Gewissensräte war, beweisen zahlreiche Aussprüche. „Imperatrix inclinat per successorem (ihres zum Bischof erhobenen Beichtvaters) ad P. Simonem Gorig jam hic praesentem, ist wol nitt von den großen subjectis Einer, sed vir bonus, und weillen er schon bekandt undt also bösser als Einer, den wir erst müessen kennen lernen“ ꝛc. Bei Besetzung der Beichtvaterstelle sei vor allem wichtig, „das er ein frumber religios ist, ein andrer mechte sich in Alles einmischen wollen, so nit allzeitt ratsamb ist.“

Mit Wärme verwendet er sich für bewährte Diener, zumal wenn es „arme Teufel“ sind, bei der Königin von Spanien, die ihm darin gern zu Gefallen ist. Worauf er seine Empfehlung

begründet, erhellt aus folgender Stelle: „Der Königin recommandir ich einen Kammerdiener von meiner Gemahlin, Don Diego de Concha Zenollos. Ist gar ein feines subjectum, modest, und possedirt 4 Sprachen, Spanisch, Deutsch, Walsch und Französische. Er verlangt bei Formierung de la casa del Rey un puesto de Ayada de Camera, ich meindte, sollte nitt ybel taugen. Er ist en malein de la mugeres, gar nitt hitzig, also wollet ihr ihn apadroniren.“ Peinlich berührt es ihn, daß der spanische Hof für den vertragsmäßig übernommenen Unterhalt der spanischen Dienerschaft der Kaiserin so dürftig uud gewissenlos Sorge trägt. „So kan ich euch auch nit bergen,“ schreibt er am 14. August 1669, „das die Spanische Bedienten annoch so disconsoliret leben, weillen man ihnen noch in nil hulfft und 15 mesaten schuldig ist. Ich hör, man sage alda, man zahle sie nit, weillen ich Niederland nicht succuriret habe. Bone Deus, che bella vendetta! Die Leith lachen dazue, und waß können diese arme Teiffel und Teifflin darumb leiden? Haben also euch befelhen wollen, damit ihr instanter, instantius, instantissime, bei der Königin anhaltet, daß sie doch mache, daß man ihre Befehle dermahleins vollziehe!“ Die Klage über die Hoffart und den Geiz der Spanier bleibt auf der Tagesordnung. Sie wissen vor Hoffart nicht, wie sie den Kopf halten sollen, und machen ein Kapitalverbrechen daraus, wenn einmal der spanische Gesandte nicht zu einem Feste geladen wird, aber sie lassen das Personal der Kaiserin in tiefster Not stecken, daß es eine Schande ist. „Ich schäme mich offt vor die Spanier, daß sie so gar nit thun, was sie thun solten!“ Freilich sind die spanischen Hofdamen selbst, die „Höllteufel“, dem Kaiser nicht sympathisch, aber „es ist einmahl ein schlechter Spaß, alleweil abgeschmache Gesichter vor seiner zu haben!“ Und zeigt je einmal ein Spanier, daß er die deutsche Nation und das deutsche Wesen liebe, so wird er von seinen Landsleuten als Verräter und Landesfeind angesehen. „Ach mein, was kann einem narrischer träumen?“ Da gegen die Camerera der Kaiserin der Vorwurf erhoben wird, sie habe durch ihre Lässigkeit verschuldet, daß der Kaiser keinen Succurs in die

Niederlande geschickt habe, nimmt er sie energisch in Schutz. „Wo stehets geschrieben en la etiqueta de palacio, daß die Camerera mayor sich solle en cosas de estado einmüschen, da es doch denen Weibern gar nicht zustehet? zu geschweigen, daß sie mich gar offt importunniret hat und auch meine Gemahlin angehetzt, das es offt nicht wenig zächern gekostet hat und ich auff sie von Hertzen harb gewest, also sehen Eur Majestaet, wie hart der Eryl geschicht." An allem trage der mißlaunige, mißtrauische spanische Gesandte Schuld. „Ich möchte ihm aber die Rechnung recht teutsch, id est, redlich machen!" „Daß Castelar" schreibt er ein andermal, „so gute memoir hat, nam mendacem oportet esse memorem, ist mir leid, habe mir aber alzeit einbildt, es seye nur sein schöne invention, von mir geldt zu haschen, es wirdt aber ihn nitt angehen und hatt er wol nitt vill gnaden umb mich verdient". Endlich nimmt Castelar Abschied von Wien. „Castelar ist gar malad und traurig, es heißt aber, wie jener italienische Poet gesagt hat: Chi e cagion del suo mal, piange se stesso!" Dem Datum des Briefes, 17. Dezember 1670, fügt er bei: „Id est in vigilia diei, qua ante quatuor annos comes de Castellar fecit illud sollemne assassinium in Kevenhiller."

Auch an malitiösen Bemerkungen über andere spanische Große fehlt es nicht. „Wie der capello des P. Neidhardt" schreibt er am 5. Oktober 1669, „in den Portocarero sich verwexeldt hatt, habe ich in metamorphosi Ovidii nitt gelesen, mechte wol wissen, wie's damitt abgeloffen, sorge wol, es könne nitt leicht ohne discredito A C (des Königs von Spanien) geschehen sein." „Was den Kardinal Moncada anlanget, so wüntsche ich ihme wol von Hertzen die Ewige Ruhe, dann, hatt er sich kaine in dieser weldt gelassen, so wirdt doch die gettliche Barmhertzigkeitt es ihme in jener nitt abgeschlagen haben, und hatt es bey ihm wol billich geheißen: per quae quis peccat, per illa punitur." Und auch über die Lieblingsfeste der Spanier fällt er ein drastisches Urteil: „La fiesta de toros mueß schön gewest seyn, allein scheint es

ein paradoxum zu sein: das ein Ox ein Roß sambt dem Esel, so vielleicht darauff gesessen, hatt fliegen gelerndt."

Wie viel er aber an den Spaniern auszusetzen hat, so erblickt er doch schon seit 1670 wieder angesichts der vom Osten und vom Westen drohenden Gefahr sein Heil im engsten Anschluß an Spanien; der 1668 mit Frankreich geschlossene Vertrag hatte keine freundschaftliche Annäherung der beiden Reiche zur Folge. „Habebimus uti timendum Turcas, veros autem Turcas, Gallos, a tergo, also man sich wohl vorsehen solle, diß liegt an deme, daß wir uns beeden Theils wohl mit einander verstehen." Daß einige ungarische Große sich nicht schämten, mit dem Erbfeind der Christenheit in Verbindung zu treten, erscheint ihm geradezu unfaßlich; gegenüber solcher Verirrung, glaubt er, müsse er die äußerste Strenge walten lassen. „Indessen bastivi questo aviso, daß Graf Peter von Zerin, cujus praedecessores olim tam fideles fuerunt, so weitt kambe, das er den Tyrken gehuldigt und sich durch sie pro principe Croatiae et aliarum partium declariren lassen. Videntur somnia? sunt verissima et ego ipse non crederem, nisi cum meo periculo viderem, also gehet es zue, ich hoffe aber, Gott werde mir beystehen, und will sie schon ad mores bringen und auff die finger klopfen, das die köpf wegspringen sollen." So oft er auf die „croatischen Schelmenstuck" zu sprechen kommt, gibt er seinem Unmut Ausdruck; er entschuldigt sich gewissermassen, daß er diesmal Gnade und Erbarmen völlig zurückdrängen müsse. „Die Ungarischen Sachen geben sich gar schen und hatt man mit den processen crimina contra Nadasdi, Zerin und Frangeban auch schon an ein Orth komen, und obwolen ich sonsten nitt gar böß bin, so muß ich diesmal per forza seyn und möchte es sich wol schickhen, das man bey nächster ordinari etwas von gestürzten Köpffen hören möchte." „Endlich habe ich müessen dem Recht seyn lauff lassen, und sein also der Nadasdi zu Wien, der Zerin und Frangepan zue Neystatt, ein gewisser Bekis, ein Edelmann, zue Preßburg durch das schwerdt vom leben zum Tod gericht worden. Werde dem Hoff Cantzler befehlen, euch data occasione ein wenig

von ihren Stickheln communication zu geben. Jzt sein die Hungarn zimblich ruhig und hoffe ich baldt alles in gantz andern Standt zue bringen." „So erinnere ich euch, daß ich endlich auch in Erblanden der Justiz ihren lauff habe müessen lassen, weillen dann der Tattenbach auch mit Zerin interessirt gewest und das crimen laesae (majestatis) begangen hatt, also wirdt er gesterbt zu Graz noch seyn durch das schwerdt gerichtet worden. Ich habe es nitt gern (getan), allein ne Hungari possent credi (sic), Germanis omnia condonari, illos solum... undt damitt auch die Erblanden ein Exempel haben, hab ichs müessen geschechen lassen. Gott seye seiner Seel genädig!" Das ist nicht die Sprache eines blutdürstigen Wütherichs, wie der Kaiser wegen seines Vorgehens gegen die ungarischen Rebellen wohl genannt worden ist, — das ist die Sprache eines strengen, aber gerechten Richters, der sich seiner Verantwortung bewußt ist und nur um der Wohlfahrt seiner Staaten willen von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch macht.

Von den tapferen Thaten seiner Kavaliere und Offiziere in den Kämpfen in Ungarn berichtet Leopold mit stolzer Befriedigung, aber ein Hemmschuh der Kriegführung ist der Mangel am „nervus belli", am nötigen Gelde. „Hunc si Hispani mihi non tribuerint, vere res nostrae male ibunt." Die Klage darüber, daß die von Spanien zugesicherten Subsidiengelder nur tropfenweise einlaufen, kehrt immer wieder. Auch an den Kampf mit Frankreich geht er nur mit Mißbehagen, weil er nicht auf genügende Unterstützung rechnen zu können glaubt. „Kombt mir vor, wir machens wie die Schwaben, so Einer deme Andern zuegeschriegen hatt, gang Du voran, ich sorge aber, et utinam sim vanus augur, wann wir in der Wasch wol impegnirt sein werden, so werde man uns stecken lassen." In Madrid tauchen deshalb wieder die alten Beschwerden auf, daß es dem Kaiser an der nötigen Energie und wohl gar am guten Willen fehle, gegen das übermütige Frankreich vorzugehen. Leopold entschuldigt sich mit seiner isolierten Stellung. „Da es fast das Ansehen hat, daß niemand von den Khurfürsten aus dem Reich es mit A. F.

(dem Kaiser) haldten wollen, also kann man auch nitt mit dem Kopff wider die Mauer lauffen. Wollen sie dann so gar kain rationes anhören, so mueß ich die Sachen Gott befelhen und das Werckh lauffen lassen." Da aber endlich der Kampf gegen Frankreich beschlossen worden ist, geht auch durch des Kaisers Briefe ein etwas schneidigerer Zug. Er selbst will zwar nicht mit ins Feld ziehen, weil er noch keinen Nachfolger hat, aber zur Truppenschau begiebt er sich im August 1673 nach Eger. Ueber 30,000 Mann sind hier zusammengezogen, so prächtig montiert, „daß man die Gemeinen wol vor Offizier halten könnt." In des Kaisers Gefolge allein befinden sich 20 Fürsten und 540 Cavaliere. „Wann es die Spanier allda hören werden, so werden sie mächtig losen. Balbaces obstupuit ob tantam solemnitatem." Um für die Waffen der Seinen Hilfe von Oben zu erflehen, geht er auf den hl. Berg zu Nezibrunn bei Prag wallfahren; dann kehrt er nach kurzem Aufenthalt in Prag nach Wien zurück, und hier kommt es endlich zur Katastrophe: dem französischen Gesandten werden die Pässe zugestellt. „Diese Zeittung" schreibt er am 21. September 1673, „zweifle ich nicht, werde allda (in Madrid) noch gar angenehm sein, weillen sie es also starck schon lang verlanget haben. Ich bin von Hertzen froh, wäre schon längst gern sein loß worden, habe niemahl aber nicht legitimas caussas gehabt, nunmehr aber ist nicht mehr zeit gewest, Ceremonias zu brauchen." Die nächsten Briefe bringen noch bittere Klagen, daß der Kaiser auch diesmal die gehoffte Unterstützung der Reichsfürsten nicht finde, da die Franzosen „absonderlich durch Geld so mächtig in Teutschland eingerissen;" über den weiteren Verlauf des Streites mit Frankreich sind wegen der Abberufung Poettings aus Madrid Nachrichten nicht mehr geboten.

In günstigstem Lichte zeigt sich der Kaiser in den auf sein Familienleben bezüglichen Mitteilungen. In einer Zeit, da das in Versailles herrschende Mätressenwesen fast an alle deutschen Höfe verpflanzt war, blieb Leopold ein zärtlicher Gatte, ein besorgter Vater. Aus den Briefen an Poetting läßt sich ersehen,

daß er unablässig bemüht war, seiner Gattin, die nicht einmal hübsch gewesen sein soll, Freude zu machen. Bald läßt er ihr zu Liebe spanische Musik aufführen, bald veranstaltet er Tanz und Mummenschanz; die Costumebilder sendet er nach Madrid. Auch sonst werden Geschenke zwischen den beiden Höfen ausgetauscht; freilich fand nicht alles, was aus Madrid kam, den Beifall des Kaisers. Als für seine Gattin einmal neue Ohrringe gesendet worden, schreibt er: „Möcht ich wol wissen, was die spanischen Damen jetzo vor Ohren haben mueßen, daß sie solche Ohrengehenk, que illum am Brandes dragen können, so auch ein guette Ethymologiam haben: Mi . . . bien tiran las orejas."

Aber oft genug kehrte bitteres Leid in der Hofburg ein; von vier Kindern, welche Margarita dem Gatten schenkte, blieb nur eine Tochter, Marie Antonie, am Leben, und nach siebenjähriger glücklicher Ehe starb Margarita selbst (12. März 1673). Leopold selbst zeigt es in tiefer Bewegung dem Gesandten an. „Lieber v. Poetting, diesen Brieff hebe ich leider mit dem Ruf an: Miseremini mei, miseremini mei, vos amici mei, quia manus domini tetigit me, dann der größt schreckhen, der sein kann, der hatt mich gedroffen, nemblich der Doth meiner allerliebsten, ach leider! nunmehr verlohrenen gemahlin, der Kayserin, so vorgesterdt umb 2 vormittags verschiden ist nach achttägiger indisposition. Ich hätte wol ein und anders von diesen Fall zu schreiben, ist mir aber annoch unmöglich, und wollet allein obacht haben, damit dises triste nuncio also der Königin beygebracht werde, damit auch sie nicht in Gefahr kombe, und ich auch noch mehr bestürzt werde. Ist wol ein unwiderbringlicher schaden vor mich, dann ich weis, was ich verloren habe und wie wir einander geliebt. Ihr werdet mich compatiern, dann ihr habt auch einmal schon ein liebes weib verlohren. Und weillen allein diser Curier mit diser elenden Zeittung geschickhet wird, also remettire ich mich ad alias und verbleibe Euer gnädigster Herr Leopold. Schönbrunn den 14. Martii 1673. Die ministri haben mich herausgebracht und haben nit gewollt, das ich in der Statt hab verbleiben sollen." Im nächsten Briefe berührt er

nochmals den erschütternden Verlust, über welchen ihn nur sein Gottvertrauen zu trösten vermag. „Und ist es wol ein erschröcklicher Streich, aber man muß es Gott submittirren und sich mitt selbigem in kein Disputat einlassen, so zwar ietzo mir wohl gar schwer amkombt.“

Allein die Politik, um deren willen er schon früher den Tod der Töchter, „weillen es ja doch nur Madel waren“, leichter verschmerzte, zwang ihn, obwohl die Trauer ob des erlittenen Verlustes in ihm noch lebendig war, an neue Vermählung zu denken. Die Wahl fiel auf Erzherzog Ferdinands Tochter, Claudia Felicitas; von welchen Gedanken er dabei geleitet war, enthüllt ein Brief an Poetting vom 12. Juli 1673. „Und weillen ich von allen Orthen sehr angetrieben werde, ad secunda vota zu schreiten, absonderlich aber von Ihro Bäbstlicher Heyligkeit, und auch die Königin in Hispanien noch selbes alß eurem vermelden nach gar starckh verlangen wird, also habe ich mich endtschlossen, mich widerumb zu verheyrathen und zwar cum Serenissima Claudia Felice Oenipontana. Ich hette zwar wol gern den annuum luctum ausgewartet, man hat es aber mir nit zuelassen wollen, also hab ich billich publicum bonum privato dolori vorziehen müessen. Die Ursachen electionis Serenissimae Claudiae seyn nachfolgende: 1º, Das es selbst ipse summus pontifex vorschlage, als auch A C (Königin von Spanien) iteratis vicibus mir vorgeschlagen, daß es fast schaind, Gott wöll es also, indeme die Heyrath mit A R (?) niemals hatt vollbracht können, auch vox populi vocem Dei zu inferiern pflegt. 2º, Das Sie in böften Jaren, indeme sie den 30. Mai jüngsthin 20 Jar complirt hatt, auch starckh und gesund seye, 3º, von guetter gestaldt (ah, non tali, qua mea unica Margarita!), auch von trefflichem humor, allen tugendten und absunderlich pietas seye, 4º, das sie von meinem Haus ist, auch meine Dochter nicht leicht eine bössere Stieffmutter würde finden können, 5º, das es nit so viel dotes und andere spesen bedarff, auch come con figlia de casa nit vill caeremonien gemacht, die Hochzeit auch sine festu kann gehalten werden. Diese motivos habe

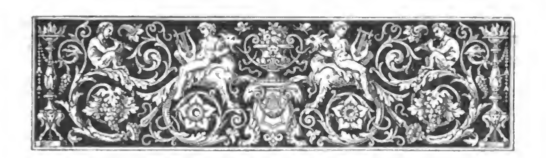
ich alle aportieren wollen, damit ihr data occasione euch derselben bedienen mögen."

Besonderes Interesse bieten die Nachrichten über die Bücherankäufe in Spanien, die im kaiserlichen Auftrage durch Poetting vermittelt wurden. Bekanntlich war in Leopold, der sich sonst nicht leicht in seinem behäbigen Stillleben stören ließ, eine Neigung der Steigerung zur Leidenschaft fähig, die Vorliebe für wertvolle oder seltene Bücher und Handschriften. Doch nicht ausschließlich der Eifer des Sammlers leitete ihn; namentlich aus den zwischen dem Kaiser und seinem gelehrten Bibliothekar Lambeccius gewechselten Briefen läßt sich ersehen, daß es dem Kaiser aufrichtig darum zu thun war, auch den Inhalt der Schätze seiner Bibliothek sich eigen zu machen. Schon sogleich bei dem ersten Gang durch die Bücherei sprach Leopold, wie Lambeccius bezeugt, „mit solcher Gewandtheit, Genauigkeit und Wohlredenheit, daß man sowohl über die Kraft seines Gedächtnisses und die Schärfe seines Urteils, wie über die Wahl seiner Worte staunen mußte." Die Auswahl der Werke, die er sich von Lambeccius vorlegen ließ, verrät in der That eine überraschende Vorurteilslosigkeit. Nicht bloß Macchiavellis und Bacos Schriften zog er in den Kreis seiner Studien, sondern auch die Bibelübersetzung Luthers und die Schriften des Erasmus von Rotterdam über die Reformation, und wenn er auch im allgemeinen jene philosophischen Werke, welche unmittelbare Anknüpfungspunkte an die spekulative Richtung der Theologie gewähren, bevorzugte, so schloß er doch auch jene Schriften nicht aus, welche besseres Verständnis der Gegenwart erschlossen oder Erforschung der Natur und ihrer ewigen Gesetze sich zur Aufgabe stellten.

Das günstige Urteil, das Lambeccius über die Bildung und den Bildungseifer Leopolds fällt, findet durch zahlreiche Anweisungen für Poetting Bestätigung. Am 30. November 1669 beauftragte er ihn — „weillen ich ein sehr großer Liebhaber der Bücher bin," — im Fall des Ablebens des hochbejahrten Marquese Ferina die berühmte Bibliothek dieses Bücherfreundes zu erhandeln. 1670 kaufte er durch Poetting's Vermittlung des

Cabrega Bibliothek. Fast in jedem Briefe erfolgte eine Anfrage, ob nicht dieses oder jenes Werk zu erlangen wäre, wobei freilich immer die möglichste Sparsamkeit angeraten wird. Den Preis von 200 Dublonen für das Buch de triumphis Maximiliani findet er zu hoch — „Kan ich nichts über's Hertz nehmen, umb ein Buch allain so vill zu zahlen" — um so weniger, da nach seiner Ansicht das in seiner Bibliothek befindliche Exemplar als Original anzusehen sei. Eifrig betrieb er die Anfertigung einer Abschrift des Katalogs der Escorial=Bibliothek; er wies den Gesandten an, den P. P. Hieronymiten dafür 200—400 Thaler zu bezahlen. Kaum war der Katalog in seinen Händen, wurde das Escorial samt der kostbaren Bibliothek ein Raub der Flammen. „Wie laid ist mir umb das abgebrunene Escorial, und haldt ich es selbst vor kein kleines unglückh, aber alß umb nil ist mir laider ais umb die Manuscripten, dann sein die verloren, so können sie durch kein geldt erstattet werden. Und habe ich noch den trost, das ich a tempo den indicem bekommen habe, das ich auffs wenigst weis, was alda gewest ist. Alsc sein dise zergengliche Sachen, und soll eim woll die lust vergehen, so will geldt zu spendiren auff gebäuen und Sachen, so hernach in einem augenblickh zu (staub) reducirt werden."

Auch was Leopold über seine schwere Krankheit im Dezember 1669, über seine Reisen, seine Bauten rc. erzählt, bietet mannigfaltiges Interesse, doch dürfte schon das Dargebotene zur Genüge beweisen, daß wir hier eine Quelle ersten Ranges zur Geschichte des Kaisers, den sie uns menschlich näher bringt als irgend eine andre, vor uns haben. Es wäre gewiß wünschenswert, daß die Briefe — womöglich vollständig — durch den Druck der Forschung leichter zugänglich gemacht werden möchten.



VI.

Ein deutscher Bericht über den Hof Peters des Großen.

Dem Doppelkrieg wegen der spanischen Erbfolge und um die Herrschaft im Norden folgte eine allgemeine Erschöpfung; er war den Völkern, wie den Regierungen verderblich geworden. Zu den ungeheuren Verlusten an Menschen und Gütern stand der Preis des Ringens in einem kläglichen Verhältnis. Das Ende des Schlachtens war keine Erlösung; vieles war geschehen, doch wenig erreicht, nichts entschieden. Spanien war geschwächt und verstümmelt, seine Machtstellung in der alten wie in der neuen Welt für immer erschüttert. Und doch waren die Aussichten Frankreichs auf die Errichtung einer Universalmonarchie darum nicht günstiger geworden. Auch die protestantischen Mächte hatten keinen Segen geerntet. Die Republik der freien Niederlande, vor wenigen Jahrzehnten der erste Geldmarkt der Welt, war um Ansehen und Kredit gebracht. Die Unhaltbarkeit der alten Staatseinrichtungen war bewiesen, doch dem Besseren der Boden nicht geebnet; eine meisterhafte Schilderung dieser unklaren politischen Verhältnisse hat Droysen in der Einleitung zur Geschichte des ersten Königs von Preußen geboten. Landwirtschaft, Handel und

Gewerbe lagen danieder, und die Unsicherheit der Zukunft verhinderte eine kräftige, gesunde Wende.

Solche Friedenszeiten ohne echten Frieden sind nur Unternehmungen von zweifelhafter Berechtigung günstig, und so ließen sich denn auch damals Fürsten und Völker in diplomatische und wirtschaftliche Abenteuer ein. Auf wirtschaftlichem Gebiet begegnen wir dem Lawschen Aktienschwindel in Frankreich, den Bubbles in England, den bedenklichen Finanzoperationen der kaiserlichen Kompagnie in Ostende, — in politischen Händeln waren obenauf die Riperda, Bernstorf, Dubois, Goertz, Biron, Flemming und andere, Schläulinge alle, die in gegenseitiger Ueberlistung und in waghalsigem Glücksspiel die höchste Staatsweisheit, die Kunst des Regierens erblickten. Die großen Weltfragen waren zurückgedrängt, die großen Leidenschaften erloschen, die großen Kämpfe vertagt.

In dieser Zeit beklemmender, erschlaffender Windstille errang sich Rußland, das vor kurzem noch zu Asien gerechnet worden war, mit überraschender Schnelligkeit, dennoch für die Dauer die Stellung einer europäischen Großmacht. Freilich nur einer politischen Macht, nicht einer Kulturmacht! Nach einer fast zweihundertjährigen Fortentwicklung des Zarenreiches durfte Viktor Hehn in seinem originellen Buche „De moribus Ruthenorum“ die Frage aufwerfen: Was hat der gebildete Europäer den Russen zu verdanken? und die Antwort geben: Nichts! Während wir von den Türken wenigstens die Janitscharenmusik übernommen haben, könnte man Rußland und russisches Wesen aus der Reihe der Völker streichen, ohne daß der Civilisation ein bemerkbarer Zug verloren ginge. Ein Haus, wo man Pasteten ißt, aber kein Brot hat, sagte ein milderer Beurteiler der russischen Zustände, General Gagern; ein Mann mit teurem Zobelpelz, aber wahrscheinlich ohne Hemd, sagte Bismarck vom Russen. Kein Reich der Welt, erklärt Schiemann, der Rußland ebenfalls aus langjähriger Erfahrung kennt, hat so glänzende Akademieen und so wohldotierte Schulen aufzuweisen, aber alle diese Pflegestätten der Bildung haben noch keinen Gelehrten, keinen Künstler von hervorragender, originaler Bedeutung hervorgebracht.

Doch diese schroffen Urteile erlauben keine Schlüsse auf die Zukunft. Man vergesse nicht, daß das moderne Rußland erst eine verhältnismäßig kurze Entwicklung durchgemacht hat. Man halte sich die barbarischen Zustände dort vor und während der Regierung Peters des Großen vor Augen. „Die Russen", sagt ein mit russischem Wesen wohl vertrauter Zeitgenosse Peters, der preußische Gesandtschaftssekretär Vockerodt, in seinen jüngst veröffentlichten Denkwürdigkeiten, „hatten von ihren dereinstigen Ueberwindern, den Tataren, sowohl alle Verfassungen bei Hofe, als in der Regierung und im Kriegswesen abgeborget." Auch die Sitten atmeten noch den Geist der Steppe. Der Zar wählte seine Zarewna, indem er einer der vor ihm knieenden Bojarentöchter das vielleicht nicht einmal reinliche Taschentuch zuwarf; auch die Gebildeteren konnten nur mit Kugelschnüren rechnen; die Popen verstanden weder Latein noch Griechisch; das Volk war einem wüsten Bilderdienst ergeben. Die Frauen waren willenlose Sklaven ihrer Gatten, die Männer Sklaven der Wojwoden, und diese beugten in sklavischer Furcht den Nacken vor dem Zaren.

Von diesem Asien in Europa erhalten wir ein getreues Bild in dem Bericht eines Deutschen, des Johann Georg Korb aus Neumarkt in der oberen Pfalz, der als Sekretär im Gefolge des kaiserlichen Gesandten von Guarient im April 1698 nach Moskau kam. Ein Zufall spielte mir sein „Diarium itineris in Moscoviam" in die Hände, und weil mir das Buch als Beitrag zur europäischen Sittengeschichte höchst beachtenswert erschien, trug ich aus Literatur und Archiven zusammen, was zur Erläuterung des Textes und zur Belehrung über den Verfasser geeignet ist.

Das Buch gehört zu den literarischen Seltenheiten. Schon Schelhorn in seinen „Amoenitates literariae" (1725) erklärt, daß es sehr schwer zu haben sei, weil Zar Peter, über die ungünstige Beurteilung der Russen entrüstet, bei dem kaiserlichen Hofe in Wien ein Verbot des Buches erwirkte und die Vorräte der Buchhändler auf seine Kosten aufkaufen und vernichten ließ.

Trotzdem erhielten sich einige Exemplare, und das Werk stand im vorigen Jahrhundert in hohem Ansehen. Der Göttinger Professor Meiners, der vor 100 Jahren eine „Vergleichung des älteren und neueren Rußlands in Rücksicht auf die natürlichen Beschaffenheiten ihrer Einwohner, ihrer Kultur rc.“ veröffentlichte, nennt Korbs Diarium die beste Reisebeschreibung über Rußland aus neuerer Zeit. Keine andere, sagt er, liefert deutlicher den Beweis, daß Rußland am Ende des 17. Jahrhunderts noch ebenso ein wilder, undurchdringlicher Wald war, wie im 15. Jahrhundert, und nur wer Korb gelesen habe, könne die Verdienste Peters des Ersten nach Gebühr würdigen.

Das Titelblatt, sowie die Widmung für den Grafen Kaunitz sind nicht datiert; das kaiserliche Druckprivilegium ist am 8. Oktober 1700 ausgestellt; also wird das Buch in diesem oder spätestens im darauffolgenden Jahre in die Oeffentlichkeit gekommen sein. Der Text ist lateinisch und zwar in so geschraubtem Latein abgefaßt, daß manche Stellen schwer zu enträtseln sind. Die beigefügten Illustrationen sollen den Text erläutern: das russische Staatswappen, umgeben von zahlreichen, teilweise der Phantasie des Zeichners entsprungenen Städte- und Provinzwappen, die Ankunft der kaiserlichen Gesandtschaft vor den Thoren Moskau's, ein Croquis über die Stellung der aufständischen Strelitzen und der gegen sie ausgeschickten Truppen, mehrere auf die Hinrichtung der Strelitzen bezügliche Bilder, das Fest der Wasserweihe, die kolossale Glocke der Hofkirche, die russische Kriegsflotte, Pläne der Festungen Asow, Paulopolis rc. Den Inhalt bilden das eigentliche Tagebuch der Reise vom 10. Januar 1698 bis zum 27. September 1699, eine ausführliche Beschreibung des Strelitzenaufstandes und eine Reihe von Aufsätzen über Religion, Sitten und Gebräuche, Verfassung, Kriegswesen und Hofstaat, endlich über die in Rußland in Militär- und Civildienst angestellten oder als Kaufleute und Künstler sich aufhaltenden Deutschen.

In Beckmanns Literatur der älteren Reisebeschreibungen wird die Frage aufgeworfen und in Adelungs literarischer Ueber-

sicht der Reisenden in Rußland bis 1700 wiederholt, ob Korb als der wirkliche Verfasser anzusehen sei, ob nicht vielmehr das Diarium von dem kaiserlichen Gesandten Guarient herrühre und der Sekretär nur seinen Namen hergegeben habe. Der Zweifel ist jedoch, wie durch eine Stelle im Adelsbrief für die Familie Korb bewiesen sein dürfte, unbegründet. Das Wiener Staatsarchiv besitzt nämlich ein kaiserliches Diplom vom 7. Dezember 1746, wodurch der Pfalz-Sulzbachische Regierungsrat Jakob Joseph Ignaz Korb hauptsächlich in Ansehung der Verdienste seines Vaters Johann Georg Korb geadelt wird; dieser sei „unter glorreicher Regierung Kayser Leopoldi mit der im Jahre 1698 nach Moskau abgegangenen außerordentlichen Gesandtschaft unter dem damahligen Abgesandten Ignatio Christophero Edlen Herrn von Guarient und Rall als Legations-Sekretarius verschicket worden, wobei derselbe dann auch aus Gelegenheit dieser aufgehabten Verrichtung ein Zeugnuß seiner in freyen Künsten erworbenen Fähigkeit hierunter an Tag geleget, daß er ein unter kayserlichem Privilegio zum Druck gebrachtes Reyß-Diarium mit Beschreibung aller Merkwürdigkeiten auf der Hin- und Her-Reyß, auch dasiger Länder verfertiget und dem Publico mitgetheilet hat."

Ueber den Lebenslauf Korbs konnte ich nur wenige Nachrichten ausfindig machen. Im erwähnten Adelsbrief wird bemerkt, daß die Familie schon „von uralten Jahren her mit ansehnlichen Ehrenstellen und Aemtern sowohl in civili als militari begleitet" gewesen sei; der Vater Johann Georgs sei „unter denen fürstlich Würtzburgischen Truppen als Hauptmann gestanden." Johann Georg selbst kam nach der Rückkehr aus Rußland in pfalzgräflich Sulzbachische Dienste. 1705 wurde der „hochgelehrte" J. G. K. zum Kanzleirat mit einem Jahresgehalt von 300 Gulden an Geld, 14 Viertel Korn, 14 Klafter Holz und 20 Gulden Quartiergeld ernannt. 1712 erscheint er als pfalzgräflicher Hofrat, 1732 als geheimer Rat und Kanzler des Fürstentums Sulzbach; außerdem führt er den Titel eines Hof- und Kriegsrates, Lehenspropstes und Judenobmannes. Als Kanzler beschäftigte ihn, wie aus Akten des Kreisarchivs Amberg

hervorgeht, insbesondere die Jülich Clevesche Erbfrage; als Vertreter seines Herrn, des Pfalzgrafen Johann Christian von Sulzbach, verweilte er 1732 längere Zeit am kurpfälzischen Hofe zu Mannheim. Vermählt war er mit einer Tochter des Johann Jakob von Reyßer auf Reyßersheim, kurbayerischen Rates und Kastners des Klosters Gnadenberg; 1737 trat dieser an seinen Tochtermann Korb die Landsassengüter Rosenberg, Lohe, Lobenhof und Philippsburg ab. Am 1. September 1741 präsidierte Korb zum letztenmal einer Hofratssitzung zu Sulzbach. Ein kurfürstliches Dekret vom 11. Mai 1742 weist die Regierung zu Sulzbach an, bei Revision der vom Kanzler Korb hinterlassenen Lehenpropstei-Rechnungen „aus besonderen Uns bewegenden Ursachen und in gnädigstem Betracht deren von unserem verstorbenen Kanzler Korb unserem fürstlichen Hauß geleisteter, langwieriger, getreuesten Diensten und sich daher erworbenen Meriten“ mit dessen Erben „eben nicht mit rigueur zu verfahren.“

Kehren wir zu dem Werke Korbs zurück.

Da 1697 zwischen Kaiser Leopold und Zar Peter ein Bündnis wider die Pforte geschlossen worden war, wurde im Januar 1698 der kaiserliche Hofkriegsrat von Guarient und Rall nach Moskau abgeordnet, um sich an Ort und Stelle zu überzeugen, ob der Zar den übernommenen militärischen Verpflichtungen richtig nachkomme. Am 29. April langte die Gesandtschaft nach dreimonatlicher, anstrengender Reise über Danzig, Königsberg, Wilna, Smolensk in Moskau an. Da Zar Peter selbst im verflossenen Jahre in Wien mit höchsten Ehren aufgenommen worden war, hatten sich die Herren der kaiserlichen Gesandtschaft auch in Moskau eines freundlichen Empfanges zu erfreuen und wurden nicht, wie es nach Korbs Versicherung bei anderen Diplomaten die Regel war, durch Rang- und Etiquettestreitigkeiten zu Tode geärgert. Dagegen dauerte es lange, bis die Wohnungsfrage einigermaßen zur Zufriedenheit des Gesandten gelöst wurde; Guarient weigerte sich solange, die ihm angewiesenen Spelunken in hölzernen Häusern zu beziehen, bis er end-

lich ein besseres Quartier erhielt. In Bezug auf die Verpflegung wurde auf Verlangen des Gesandten festgesetzt, daß er selbst die Kosten bestreite, wofür dann aber auch die übliche Verpflegung der russischen Gesandten in Wien auf kaiserliche Kosten wegfallen sollte. Bei diesen und ähnlichen Geschäften wurde russischerseits eine Zurückhaltung beobachtet, für die das Wort Sparsamkeit zu gelinde ist. Während heute die Freigebigkeit des Russen, zumal des reisenden Russen, sprichwörtlich ist, ließ sich dem Zaren Peter und seinen Leuten solche Großmut nicht nachrühmen; er war immer nur mit Komplimenten freigebig. In einer Abendgesellschaft bei Hofe stellte einmal der Zar, wie Korb erzählt, eine förmliche Rangordnung auf, an welchen Höfen er während seiner europäischen Reise am besten und am ausgiebigsten zu essen und zu trinken bekommen habe; der polnische Gesandte mußte bittere Worte hören, weil es in Polen so knapp hergegangen sei, und als der Pole auf den stattlichen Leibesumfang des Zaren nach seiner Rückkehr aus Polen anspielte, beteuerte Peter, den Bauch habe er einzig dem Wiener Aufenthalt zu danken, in Polen habe er an Gewicht und Kraft eingebüßt.

Was Korb während seines mehr als einjährigen Aufenthalts in Moskau zu sehen und zu hören bekam, gereichte ihm, wie er sagt, mehr zur Ueberraschung als zur Freude. Die Unwissenheit der Russen, versichert er, sei geradezu grenzenlos. Die Großen verachten Künste und Wissenschaften als unnötige Quälerei für die Jugend und suchen den Ruhm der Weisheit nicht in nützlichen Kenntnissen, sondern in Listen und Ränken, auf welche sie sehr stolz sind. Der Adelige hält es für eine Schande, eine Schule zu besuchen, aber auch diejenigen, welche zur Schule gehen, lernen dort nichts als Lesen und Schreiben; wer sich einige Sätze des griechischen Katechismus eingeprägt hat, gilt schon als Gelehrter. Auch die ritterlichen Leibesübungen des Abendlandes, Reiten, Fechten und Tanzen, sind dem russischen Adel noch gänzlich unbekannt. Die Geistlichkeit ist im ganzen nicht weniger unwissend und verdorben, als der Pöbel; nur einzelne fangen an, aus der Fülle ihres Genius und ihrer eigenen

Gelehrsamkeit zu predigen. Alle Geschäfte, die gründliches Wissen und eine höhere Kunstfertigkeit voraussetzen, müssen von Deutschen versehen werden. Die zwei Apotheken, die es in Moskau gibt, waren so heruntergekommen, daß die Aerzte gewisse Medizinen nicht mehr ordinieren konnten, weil niemand sie zu bereiten verstand; jetzt stehen den Apotheken deutsche Meister vor, die aber erst zwischen 8—9 Uhr ins Geschäft gehen und um 2 Uhr dasselbe wieder verlassen; außer dieser Zeit sind Arzneien nicht zu erlangen. Man kann Aeußerungen hören: „Würden mehr Kenntnisse das Volk glücklicher machen? Kenntnisse dienen ja doch nur dazu, den Unterthanen die Köpfe zu verrücken!“ Wer dem Zaren gehorcht und seinen Schutzheiligen in Ehren hält, sich fleißig bekreuzigt und häufig segnen läßt, seine Abgaben ohne Murren zahlt, die Fasten und übrigen kirchlichen Vorschriften pünktlich beobachtet, der ist der beste Russe und verdient den Vorzug vor den sorgfältig unterrichteten Esthen, Letten und Finnen! Ungemein hoch dagegen werden Schlauheit und List geachtet; von den betrügerischen Künsten der Handelsleute weiß Korb nicht genug zu erzählen. Juden, versichert er, werden in Rußland nur geduldet, wenn sie sich taufen lassen; als Grund dafür geben die Russen an, es sei widersinnig, daß dieselben Menschen, die den Eingeborenen bezüglich der Sitten, namentlich aber in Verschmitztheit und in der Kunst zu betrügen, so ähnlich seien, eine andere Religion hätten. („Absonum scilicet Moscis videri, religione eos a se differre, quorum mores, astutiam et callidissimas decipiendi artes non dissimili laude exercent et exprimunt.“) Gewiß eine merkwürdige Begründung des Antisemitismus in Rußland!

Insbesondere im gemeinen Volk sei eine gewisse Gutmütigkeit weit verbreitet, aber der Knechtsinn der ganzen Nation müsse jeden Nichtrussen abstoßen. „Was wir haben,“ sagen sie, „Gesundheit, Leben und Vermögen haben wir vom großen Zaren!“ Doch nicht bloß vor dem Zaren, sondern auch vor anderen Großen werfen sie sich wie Knechte zur Erde nieder, küssen Füße und Hände und erdulden körperliche Züchtigung

ohne Beschämung; auch die vornehmen Russen fühlen sich nicht beschimpft, wenn sie Faust- oder Stockschläge oder Peitschenhiebe erhalten; ebenso wenig entehrend ist es, die Geschäfte des Büttels zu übernehmen und Missethäter zu foltern oder hinzurichten.

Auch natürliche Tapferkeit spricht Korb den Russen ab. „Die Waffen der Zaren werden ganz allein von den Tataren gefürchtet. Wenn die Russen über Polen und Schweden siegten, so war nach meinem Urteil nicht die Tapferkeit der ersteren, sondern ein panischer Schrecken oder ein Unfall bei den letzteren daran Schuld. Hätten die Russen soviel Muth und Kriegskunst, als sie körperliche Stärke und Zähigkeit im Ertragen von Strapazen besitzen, dann freilich würden die Nachbarn sich vor ihnen fürchten müssen. Wenn der Zar den Adel zu einem Feldzug auffordert, so halten es viele gar nicht für unrühmlich, sich durch große Geldsummen von den Gefahren des Krieges loszukaufen. Eben deshalb erklären die Russen jene Deutschen, welche flehentlich darum bitten, einen Feldzug mitmachen zu dürfen, entweder für verrückt, oder sie glauben, daß solche Deutsche verräterische Anschläge im Schilde führen: denn wie könnte es sonst Menschen von gesunder Vernunft einfallen, sich freiwillig den Gefahren des Krieges auszusetzen?“

Eine gewisse Bestätigung dieser Beobachtung bietet die Thatsache, daß nach der Schlacht bei Narwa die russische Regierung in einem Erlaß sich beklagte, daß sich der russische Adel auf seinen Gütern verstecke und es deshalb keine Offiziere bei der Armee gebe; es erging ein Ukas, daß alle russischen Edelleute sich mit ihren Kindern bei Verlust aller Güter in die Armeeverzeichnisse einschreiben und in der Reihenfolge, wie der Staat rufe, in die Regimenter eintreten sollten.

Als das schlimmste Nationallaster der Russen bezeichnet Korb die Trunkenheit, wovon insbesondere an den Festtagen grauenhafte Proben gegeben wurden; auch die Unreinlichkeit sei trotz des vielen Badens unaustilgbar. Auch an der Hoftafel wurden die Teller nicht gewechselt und keine Servietten gereicht.

Frauen und Mädchen sind von der Tafel grundsätzlich ausgeschlossen, nicht etwa bloß, damit die Männer ungestörter zechen können, sondern weil das Weib überhaupt als ein untergeordnetes Wesen und der männlichen Gesellschaft unwürdig angesehen wird; nicht einmal mit dem eigenen Gatten darf die Frau zusammen speisen. Sogar in vornehmen Familien geht die Verlobung der Mädchen in folgender Weise vor sich. Wenn der Ehevertrag fertig ist, ruft der Brautvater in Gegenwart des Bräutigams die verschleierte Tochter zu sich und fragt sie, ob sie sich mit dem Bewerber ehelich verbinden wolle. Nach ausgesprochenem Ja ergreift der Vater eine neue Peitsche und gibt der Tochter einige Streiche mit den Worten: „Diese letzten Streiche, liebe Tochter, erinnern dich an die väterliche Gewalt, unter welcher du bisher gestanden hast. Diese Gewalt hört jetzt insofern auf, als sie in andere Hände übergeht. Wenn du deinem Manne nicht gehorchst, wird er dich statt meiner mit dieser Peitsche züchtigen!" Dann überreicht der Vater die Peitsche dem Jüngling, der freundlich das Mädchen tröstet, er hoffe nicht, daß er je dieses Instrument brauchen werde, doch wolle er es als ein schätzbares Geschenk annehmen und aufbewahren. Sobald er die Peitsche in den Gürtel gesteckt hat, gilt die Verlobung als rite geschlossen. Korb selbst fügt aber hinzu, daß die Stellung der Frau seit Peters Regierungsantritt eine freiere und würdigere geworden sei. Bei dem Einzug der Gesandtschaft in Moskau standen die Zarin und die Prinzessinnen an offenen Fenstern und sahen sich den Zug an; das wäre früher unmöglich gewesen. Als den fremden Diplomaten zu Ehren der Günstling des Zaren, der Schweizer Lefort, ein prächtiges Gastmahl mit Ball veranstaltete, hielten sich die Prinzessin Natalie und andere vornehme Russinnen in einem benachbarten Zimmer auf, das nur durch einen zum Teil aufgezogenen Vorhang vom Tanzsaal getrennt war; mehrere Russen ließen sogar von der alten Hartnäckigkeit, womit bisher das weibliche Geschlecht von der Gesellschaft der Männer ausgeschlossen war, so viel nach, daß sie ihren Gattinnen erlaubten, der Mahlzeit, ja auch dem Ball beizuwohnen. Auch

in offenen Kutschen und unverschleiert fuhren jetzt Damen zu Besuchen oder in die Kirche; es kam sogar vor, daß Edelleute solche Gäste, die sie besonders ehren wollten, zu ihren Frauen führten und ihnen von diesen einen Kuß geben und eine Schale Branntwein reichen ließen. Das Gewöhnliche aber war, obwohl der zwanglose Verkehr der Männer und Frauen unter einander von Zar Peter geboten wurde, nach wie vor noch immer, daß die Frauen gänzlich von der Gesellschaft ausgeschlossen waren. Ehen unter Verwandten waren streng verboten. Ehescheidungen waren nicht selten, aber schon die zweite Ehe wurde kaum noch für eine rechtmäßige gehalten; wer sich zum drittenmal verheiraten wollte, hatte große Schwierigkeiten zu überwinden, und Männer oder Frauen, welche eine solche Ehe eingingen, waren lange Zeit vom Kirchenbesuch ausgeschlossen; es gab ein Sprichwort, erst die dritte Ehe sei die wahre und glückliche, denn der dritten Frau müsse man unbedingt gut begegnen, weil man eine vierte nicht mehr ehelichen dürfe. Am leichtesten war es den Donischen Kosaken gemacht, sich von ihren Frauen scheiden zu lassen. Er brauchte sie nur in die Versammlung der Gemeinde mitzunehmen und zu erklären, daß sie ihm nicht mehr gefalle, sie dreimal im Kreise herumzudrehen und alsdann zu entlassen.

Außer den Neuerungen in religiösen Dingen, erklärt Korb, waren Neuerungen in der Tracht dasjenige, was die Russen am meisten verabscheuten und zu verhüten suchten. Doch sei auch schon vor den Kleiderreformen Zar Peters die Volkstracht manchen Wandlungen unterworfen gewesen; ursprünglich trugen sie tatarische Tracht, dann fanden polnische, später ungarische Gewandstücke Eingang und Verbreitung. Als aber Zar Peter die russische Tracht verbot, die langen Bärte abgeschnitten und die orientalischen Talare abgelegt werden mußten, ging ein Schauder durch das heilige Rußland. Der Patriarch Joachim ermahnte den Zaren, von der sündhaften Neuerung abzustehen, sonst werde Gottes Zorn Rußland und das Herrscherhaus treffen. Allein der Zar blieb ungerührt. Wenn Bojaren nicht in der vorgeschriebenen deutschen, sondern in der nationalen Tracht bei Hofe

erschienen, schnitt ihnen der Hofzwerg die langen Röcke ab, und der Zar selbst raufte dem und jenem den üppigen Bart: „Gehorche, Freundchen, oder du wirst gehenkt!“

Am auffälligsten und peinlichsten berührte es die Russen, daß ihr Zar nach der Rückkehr von seiner europäischen Reise der Geistlichkeit und insbesondere dem Patriarchen, der bisher eine Art Mikado im russischen Reiche gewesen war, nicht mehr die herkömmliche Hochachtung und Ehrerbietung bezeigte. Früher mußte der Zar dem Vorsteher der Kirche am Palmsonntage die Hände küssen und das Pferd, das den Popen trug, bis zur Schloßkirche am Zügel führen. Zar Peter verzichtete sowohl auf den Handkuß, wie auf die Stallmeisterrolle, dagegen veranstaltete er ein Fest, das nach Korbs Beschreibung eine unverschleierte Verhöhnung des Klerus war. Er ernannte etwa 200 Höflinge und Stabsoffiziere zu Patriarchen, Bischöfen, Popen, Archimandriten u. s. w.; er selbst begnügte sich mit der bescheidenen Würde eines Diakon. Nachdem sich jeder mit Ornat und Insignien seines Amtes versehen hatte, fuhr der falsche Patriarch mit der gesamten Gesellschaft in achtzig Schlitten durch die ganze Stadt in die deutsche Sloboda. Dort ließen sie sich in den Häusern der Reichen bewirten und beschenken und sangen dafür heilige und lustige Lieder. Erst später wurde der noch öfter wiederholte Schabernak dahin abgeändert, daß der Zar und seine Hofleute nicht mehr russische Geistliche, sondern den Papst und seine Kardinäle vorstellten. Wenige Wochen nach jener ersten Mummerei wurde der neue Palast Leforts mit ähnlichen Späßen eingeweiht; die kirchlichen Ceremonien wurden, wie Korb entrüstet berichtet, so abscheulich persifliert, daß man staunen muß, daß sowohl die Geistlichkeit, wie das Volk das Aergernis ohne Murren ertrug. Die Absicht ist klar: durch das brutale Mittel sollte die Macht und das Ansehen des Klerus gebrochen werden. Zwei Jahre später hielt Peter die Zeit für gekommen, den gefährlichen Rivalen ein für allemal unschädlich zu machen. Als 1700 nach dem Tode des Patriarchen Adrian eine Deputation von Popen die Ernennung eines neuen Oberhauptes erbat, wies Peter auf

sich: „Hier steht euer Patriarch!“ Das Haupt der nationalen Kirche war und blieb fortan der Zar.

Mit warmen Worten rühmt Korb, dessen Eifer für sein katholisches Bekenntnis schon aus der sorgfältigen Aufzählung aller katholischen Kirchen und Klöster, Bilder und Prozessionen erhellt, die Duldsamkeit des Zaren. Vor Peters Regierung hielten es die Russen für erlaubt und Gott wohlgefällig, Andersgläubige durch Haft und Hunger, Folter und Bedrohung mit dem Tode zum Uebertritt zu bewegen. Zar Peter aber untersagte alle gewaltsamen Bekehrungen bei strenger Strafe und gestattete freie Ausübung aller Bekenntnisse im heiligen Rußland. Mit Recht, sagt Korb, „denn der Glaube ist eine Gabe, die Gott verschenkt, die aber nicht durch Waffengewalt aufzudrängen ist!“ Auch die Hekatomben, die ein anderer frommer Wahn dem russischen Volke gekostet hatte, fanden unter Zar Peter ein Ende. Die Häupter der orthodoxen Kirche hatten unter Alexei gebeten, daß die Geistlichen das Kreuz, wie bisher, mit drei Fingern, die Laien dagegen nur mit zwei Fingern schlagen sollten; wer dieses Kirchengesetz mißachte, sollte als Ketzer am Leben gestraft werden. Das Gebot war aber auf hartnäckigsten Widerstand gestoßen, denn der gemeine Mann befürchtete, daß die Popen sich allein den Himmel gewinnen, die Nichtgeistlichen alle davon ausschließen wollten; Tausende hatten lieber ihre Häupter dem Beil des Henkers überliefert, als daß sie die alte Bekreuzigung, die sie für das einzige Mittel des Heils hielten, aufgegeben hätten. Endlich stellte Peter die Strafen für das Festhalten an den alten Gebräuchen ab. Einzig in solchen äußerlichen Verrichtungen, sagt Korb, sehen die Russen das Wesen der Religion. Höchst selten findet man unter ihnen Personen, welche auch nur die gewöhnlichsten Gebete, z. B. das Vater Unser oder das Ave Maria, hersagen können, weil es ja keine Schulen gibt, in welchen Kinder in der Religion und anderen notwendigen und nützlichen Dingen unterrichtet werden. Kein Volk der Erde trage Andacht und Frömmigkeit mehr zur Schau,

und doch sei gerade das russische Volk allen übrigen an Verstellung, Arglist und verbrecherischem Wagemut überlegen.

Die grobe Sinnlichkeit des moskowitischen Gottesdienstes trat besonders auffällig zu Tage bei dem Feste der Wasserweihe, das zum Gedächtnis der Taufe des Heilands im Jordan am Tage Epiphaniae gefeiert wurde. Da die Fenster der Gesandtschaftskanzlei auf den Fluß gingen, konnten die Herren der kaiserlichen Botschaft das Schauspiel bequem mit ansehen. In feierlicher Prozession zogen alle Garderegimenter, die, wie Korb einflicht, fast ausschließlich Deutsche zu Offizieren hatten, auch der Zar selbst an der Spitze des Regiments Bebraschentsko mit, deßgleichen etwa 500 Popen von allen Graden und eine unzählige Volksmenge an den Fluß. Unter endlosen Ceremonien wurde ein goldenes Kreuz ins Wasser versenkt; dann brachte man Kinder zum Taufen und Kranke zum Besprengen mit dem geweihten Wasser herbei, und endlich warfen sich viele Tausende in die aufgeeisten Oeffnungen des Flusses, um durch das Bad in den gesegneten Fluten Vergebung der Sünden zu erlangen. Als 1678 der polnische Gesandte Tanner dem Feste der Wasserweihe in Moskau beiwohnte, artete das Schauspiel in solchen Tumult aus, daß viele Popen und ungezähltes Volk im Gedränge den Tod fanden; auch hatte eine Feuersbrunst während des Festes ganze Straßen in Asche gelegt, ehe die Einwohner überhaupt erfuhren, daß sie Häuser und Habe verloren hatten.

Auf zügellose Weise wurde auch das Osterfest gefeiert; Alt und Jung, Vornehm und Niedrig suchten sich durch unsinnige Völlerei für die Entbehrungen der langen Fastenzeit zu entschädigen. Es waren förmliche Saturnalien, die auch eine völlige Vermischung der Stände und Geschlechter herbeiführten. Zumal die Weiber schwelgten im Vollgenuß der sonst entbehrten Freiheit; auf allen Plätzen lagen sie betrunken und halbnackt umher; alle Läden und Werkstätten waren geschlossen, nur Kirchen und Schänken standen dem Besuch der Menge offen, die Gerechtigkeit, die Vernunft und die Religion schwiegen, hingegen ertönte die

Luft unaufhörlich vom Gebrüll trunkener Menschen und dem Geläute der Glocken.

Das entsetzlichste unter den vielen unerfreulichen Bildern, die in Korbs Tagebuch aufgerollt werden, bietet die ausführliche Schilderung der Strelitzenverfolgung nach der Rückkehr des Zaren. Das Köpfen, Hängen, Spießen, Rösten nahm kein Ende; man glaubt das Geschäftsbuch einer ungeheuren Nachrichterei vor sich zu haben, und was für unsre Empfindung das Unbegreiflichste ist: Zar Peter selbst begnügte sich nicht, das Todesurteil zu verhängen und die Todesart auszuwählen, sondern nahm höchst eigenhändig am Köpfen und Hängen teil. Mit ihm wetteiferten die vornehmen Hofleute; jeder wollte die meisten Missethäter gefoltert und hingerichtet haben. Peter lud auch den General Lefort und einen deutschen Baron Blumberg ein, das Köpfen zu erlernen, doch die beiden Fremden entschuldigten sich, daß dergleichen Beschäftigung in ihren Kreisen nicht Sitte sei. Dem guten Korb schauderte bei diesen blutigen Schauspielen, doch beschrieb er sie mit gewissenhafter Treue. Durch seine Schilderungen wird die Behauptung Mackenzie Wallaces's in seinem ausgezeichneten Werke über das gegenwärtige Rußland, die Behauptung, daß unter Peter dem Großen und Katharina II. keine geheimen Gesellschaften bestanden hätten, widerlegt. Freilich waren solche nicht, wie die der Nihilisten, politische Verbindungen, ihre Bestrebungen nicht gegen die Regierung überhaupt, sondern nur gegen die Neuerungen gerichtet. An persönlichem Mut und Opferfähigkeit standen übrigens jene Mißvergnügten den heutigen Schwärmern und Umstürzlern nicht nach. Ein der Umtriebe besonders verdächtiger Strelitze wurde in Gegenwart des Zaren viermal gepeitscht und mit dem zerfleischten Rücken ebenso oft auf einen glühenden Rost gelegt, doch die Höllenqualen vermochten ihm kein Geständnis zu entreißen. Da fiel ihm Peter um den Hals, küßte ihn und beschwor ihn, aus Liebe zum Zaren freiwillig die Wahrheit zu bekennen; zugleich versprach er ihm in diesem Falle Begnadigung und Beförderung. Und wirklich, — wie wir annehmen dürfen, — durch die Rührung des Gewaltigen erschüttert, legte

der Russe ein umfassendes Geständnis ab. Dabei erklärte er: „Ich habe zusammen mit mehreren Kameraden und Mißvergnügten einen Verein gegründet, in den niemand aufgenommen wird, der sich nicht vorher foltern läßt; je grausameren Martern, je öfter er sich solchen unterzieht, desto höher steigt er bei uns an Achtung und Ansehen. Gegen die Folterqualen, die ich freiwillig erduldet habe, ohne einen Laut von mir zu geben, sind deine Marterwerkzeuge nur Kinderspiel!“

Bei dem Aufstand der Strelitsen handelte es sich allerdings um die höchsten Staatsinteressen. Mit einer eigenwilligen Soldatenhorde kann kein Fürst regieren. Daß die Aufrührer mit eiserner Hand geduckt und gestraft werden mußten, gibt auch Korb zu, er beschwert sich nur über die Grausamkeit der Bestrafung. Im allgemeinen spricht Korb vom Zaren mit Bewunderung. Der Beweggrund Peters war doch auch bei seiner übertriebenen Strenge, wie bei seiner oft bewiesenen Duldsamkeit ein und derselbe: die Förderung der allgemeinen Wohlfahrt, die Hebung Rußlands!

Diesem Urteil müssen auch wir beipflichten. Peter dachte groß von sich, groß von der Zukunft seines Staates. Wenn er diese weitschauenden Pläne gefährdet sah, schonte er das Leben von Tausenden so wenig, wie den eigenen Sohn. Zum Teil mit barbarischen Mitteln hat er die höchste Aufgabe gefördert, die Civilisation. Wie ich schon sagte: wenn wir das Rußland der Gegenwart mit dem Rußland, das Korb uns schildert, vergleichen, können wir trotz aller Schatten weder dem Volke, noch seinen Beherrschern unsere Bewunderung versagen. Daß sie den Deutschen, dem sie so viel verdanken, nicht lieben, ist menschlich. Der Lehrer erntet von Schülern selten Dank.

Wir wollen uns über den Fortschritt des großen Slavenreiches freuen. Den nordischen Koloß zu fürchten, haben wir keinen Grund. Ein gesundes, rechtschaffenes, freies Volk, wie das deutsche, ist auch starken Gegnern gewachsen!



VII.

Die Ehescheidung Napoleons I. und Josephinens.

Ein weltgeschichtliches Ereignis, eine weltgeschichtliche Persönlichkeit! Wie leicht sich das sagt! Aber wie schwierig ist es, den Begriff festzustellen! Ereignisse, von denen das lebende Geschlecht überzeugt ist, daß sie noch in fernen Jahrhunderten ihre Kreise ziehen, werden durch eine unerwartete Wende — und wer wollte die Möglichkeit und die Beispiele solcher unerwarteter Wendungen leugnen? — in ihrem Werte verändert; Begebenheiten, in der Gegenwart kaum beachtet, gewinnen nach Jahrzehnten plötzlich eine unabsehbare Bedeutung; Persönlichkeiten, welche der Mitwelt als Götter oder Heroen galten, haben schon im Auge der Enkel das menschliche Maß.

Es ist schön, was Schiller von der Geschichte sagt: „Indem sie das feinere Getriebe auseinander legt, wodurch die stille Hand der Natur schon seit dem Anfange der Welt die Kräfte des Menschen planvoll entwickelte, und mit Genauigkeit andeutet, was in jedem Zeitraume für diesen großen Naturplan gewonnen worden ist: so stellt sie den wahren Maßstab für Glückseligkeit und Verdienst wieder her, den der herrschende Wahn in jedem Jahrhundert anders verfälschte.“

Es ist zu schön, um wahr zu sein! Die über alle Welt verstreuten Ruinen, die Trümmerfelder von Babylon und Ninive, die Akropolis zu Athen wie die Rotonda von Ravenna sind Zeugnisse gegen die „stille“, „planvolle“ Hand der Natur. Ja, die Weltgeschichte ist das Weltgericht, insofern politische Handlungen, d. h. Handlungen, welche Viele in Mitleidenschaft ziehen, für Viele ihre notwendigen Folgen haben. Allein die Weltgeschichte als das Andenken der Nachwelt an Ereignisse und Persönlichkeiten, als die Buchführung über das Geschehene, ist, wenn wir Gerechtigkeit zu den wesentlichen Merkmalen eines Gerichtes zählen, nicht das Weltgericht! —

Frankreich könnte in diesem Jahre das Säkularfest der ersten, entscheidenden Siege des jungen General Bonaparte in Italien, denen in gewissem Sinne weder der Konsul, noch der Kaiser ebenbürtige Erfolge an die Seite zu stellen hat, begehen. In einem Jahrhundert, — sollte man denken, — bildet sich ein allgemein giltiges Urteil über wichtige Begebenheiten und über die Persönlichkeiten, von denen sie „ihren Impuls empfingen.“

Weit gefehlt. Was ist in diesem Säkulum nicht alles für und gegen Napoleon Bonaparte gesagt und geschrieben worden!

Nicht der größte Mann, aber die interessanteste Persönlichkeit des mit dem Jahre 1789 beginnenden Jahrhunderts war der Sohn und Erbe der großen Revolution. Aus der wimmelnden, namenlosen Masse des Volkes schwingt er sich zum Throne empor, reißt er eine Herrschaft an sich, weit stärker und unumschränkter, als sie die Heinriche und Ludwige der gestürzten legitimen Dynastie besessen hatten, — ein allzeit tapferer Soldat, ein epochemachender Feldherr, ein großer, wenn auch von leidenschaftlichen Wallungen allzu abhängiger Staatsmann, ein genialer Organisator, ein — kleiner Mensch!

Wenn ich gefragt würde, welches Buch über Napoleon I. ich für das beste halte, so würde ich unbedenklich auf Lanfrey's Werk verweisen. Nach Bayle und Voltaire kann keine auch noch so blendende weltgeschichtliche Erscheinung auf eine dauerhafte Legende rechnen. Die Napoleon-Legende ist durch Lanfrey ein für allemal

zerstört. Ueber die Berechtigung dieser strengen Kritik im allgemeinen kann kein Zweifel obwalten, aber auch Lanfrey ist von Einseitigkeit nicht freizusprechen. Wie Thiers alle Mittel angewendet hatte, um den Egoismus und den Despotismus seines Helden zu beschönigen, so ist Lanfrey ins andere Extrem verfallen. Bei ihm, wie bei Michelet ist der leidenschaftliche Haß die Quelle vieler Vorzüge, aber auch die Schwäche ihrer Leistung; der Haß schärft das Auge, führt aber das Urteil irre. Die Würde der Geschichte wird verletzt, wenn er Napoleon nur als „chef d'oeuvre accompli de fourberie" brandmarkt und seine Landsleute wegen ihres Napoleonismus als „dupes des mots et toujours prêtes pour tous les charlatanismes" verspottet. Die wahre Geschichte Napoleons kann heute, während noch der Streit um das Erbe der Revolution so leidenschaftlichen Parteihader in Frankreich entfacht, überhaupt noch nicht geschrieben werden. Dagegen ist dankbar anzuerkennen, daß in jüngster Zeit, seit die republikanische Regierung die Archive rückhaltslos der Forschung erschlossen hat, eine Fülle neuen Materials zu Tage gefördert worden ist, wodurch in zahlreichen und wichtigen Einzelheiten das Urteil über den ersten Kaiser der Franzosen zu berichtigen ist.

Ein merkwürdiges Blatt in der Geschichte des Imperators bildet das Verhältnis zu Josephinen, — gewährt es uns doch den klarsten Einblick in die Tiefen und Untiefen seines Geistes, seines Charakters, seines Temperaments, seiner Bildung!

Es ist bekannt, wie Bonaparte nach dem Sturz seines Gönners Robespierre jählings von den alten Freunden, den Radikalen, sich lossagte und an die „Modérés", insbesondere an Barras, sich anschloß und wie mit dieser Wendung und Wandlung die Liebesepisode „Josephine" auf's engste verflochten war. Hatte das Herz einen Anteil an dem Verhältnis, in das er im Herbst 1795 zu Frau von Beauharnais trat? Oder war es nur Berechnung, die ihn vermochte, sich Barras, der eine Gunstdame los werden wollte, gefällig zu erweisen? Gewiß gingen das eine und das andere dabei Hand in Hand. Na=

poleons Natur war eben niemals eine einfache, harmonische, sie war immer eine komplexe, schillernde, voll von Widersprüchen, Abstufungen und Schattierungen. Aus den Liebesbriefen an Josephine spricht so viel leidenschaftliche Glut, daß man unmöglich bloß an Verstellung glauben kann. Gewiß, der Verfasser des „Dialogue sur l'amour“, worin es heißt: „Ich leugne die Berechtigung der Liebe, und mehr als dies, ich halte sie für schädlich für die Gesellschaft, wie für das Glück des Einzelnen, kurz, ich glaube, daß die Liebe mehr Uebles als Gutes stiftet, und daß es eine Wohlthat der Gottheit wäre, die Menschen davon zu befreien!“ war plötzlich dem „Allsieger im Kampf“ unterlegen. Andrerseits erzählte der Kaiser selbst auf St. Helena, daß der Gedanke, Josephine zu heiraten, zuerst von Barras angeregt worden sei; dieser habe ihm nahe gelegt, daß ein Mann ohne Vermögen und ohne Beziehungen sich nur durch solche Heirat festen Rückhalt in der Gesellschaft schaffen könne.

Nach der Veröffentlichung von Barras Memoiren und Massons urkundlichen Belegen ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß Josephine, ehe ihr Napoleon nahe trat, ein sittenloses Leben führte und zu Barras in einem schnöden Verhältnis stand. Alles ist auch heute noch nicht aufgeklärt, doch so viel steht fest, daß nicht eine herzliche Neigung die kokette, oberflächliche Kreolin zu dem unansehnlichen, in seinen Bewegungen eckigen, finster blickenden Manne hinzog, daß nur die Mahnung Barras', der dem jugendlichen General eine glänzende Laufbahn prophezeite, die Marquise bewog, Frau Bonaparte zu werden. Sie fürchtete sich vor seinem düsteren, prüfenden Blick, „der etwas unerklärlich Seltsames hat, das selbst den Direktoren imponiert,“ und mißtraute der Beständigkeit der „stürmischen Zärtlichkeit, die einem Anfall von Wahnwitz gleicht.“ Noch unmittelbar vor der Hochzeit enthüllte sie einer Freundin ihre Hoffnungen und Bedenken: „Barras versicherte, daß er, wenn ich den General heirate, demselben das Chefkommando der italienischen Armee verschaffen werde. Als mir gestern Bonaparte von dieser Begünstigung sprach, die schon jetzt, wo sie ihm noch gar nicht zu teil geworden, seine Ka-

meraden murren machte, sagte er: ‚Glauben diese Leute denn, daß ich der Protektion bedarf, um emporzukommen? Sie werden eines Tages glücklich sein, wenn ich ihnen die meinige zuwende. Ich habe meinen Degen an der Seite, und mit ihm komme ich weit genug!‘ Was sagen Sie zu dieser Zuversicht des Gelingens? Ist sie nicht der Beweis eines Selbstvertrauens, wie es nur aus einer maßlosen Eigenliebe entsteht? Ein Brigadegeneral will die Häupter der Regierung protegieren! Und doch läßt mich oft gerade diese lächerliche Sicherheit alles für möglich halten, was der seltsame Mann thun zu wollen mir einredet.“

Bald bewies der „seltsame Mann,“ daß er kein eitler Prahler war. Die Siege in Italien machten ihn zum vergötterten Liebling der Armee, und diese Protektion verlieh in Frankreich allzeit auch die entscheidende Stimme in der Politik. Die Eroberung der öffentlichen Meinung aber bahnte den Weg zur Alleinherrschaft, zur unbeschränkten Diktatur.

Für Josephine war es keine erfreuliche Wendung. Je glänzender sich das Geschick des Gatten gestaltete, desto weniger konnte sie des Reichtums und der Macht froh werden. Obwohl ihr seit ihrer Vermählung nur ein leichtsinniger Hang zu Luxus und Verschwendung vorzuwerfen war, und obwohl sie im Grunde eine schwache Natur, des Anschlusses an Andere, der Wirkung auf Andere bedürftig, mit aller Welt im Frieden leben wollte, hatte sie in der Umgebung Napoleons nur Feinde, insbesondere wurde sie von Napoleons Brüdern und Schwestern eifersüchtig verfolgt. Und ihre Widersacher hatten eine scharfe Waffe in Händen: Josephine hatte ihrem Gatten kein Kind geschenkt, dies war in den Augen der Anhänger des neuen Kaiserthrones ein unverzeihliches Verbrechen. Und auch in den Augen des Gatten, der sich ja zum Gründer einer neuen, weltbeherrschenden Dynastie berufen glaubte. Der Besitz unbeschränkter Macht genügte nicht mehr seinem dämonischen Ehrgeiz, er wollte gleichberechtigt in die Reihe der Souveräne Europas treten, er wollte selbst die Krone tragen. Das machte keine Schwierigkeiten, denn der

Senat beeilte sich, den „glorreichen Ueberwinder der Verschwörung des Herzogs von Enghien“ um Annahme des Kaisertitels unterthänigst zu ersuchen, und das siegestrunkene Frankreich stimmte jubelnd bei. Aber er wollte eine erbliche Krone tragen; nicht bloß er selbst, sondern die Familie Bonaparte sollte fortan das Empire des Gaules beherrschen; nur die Erblichkeit der Macht schien der neu geschaffenen Ordnung Festigkeit und Dauer zu sichern.

Da sah sich aber der Uebermächtige, der bisher auch seine maßlosesten Wünsche und Forderungen erfüllt gesehen hatte, vor eine Schranke gestellt: er hatte keinen Erben! Deshalb wurden die Mienen des Gatten täglich finsterer, deshalb vereinsamten die Gemächer der ehedem vergötterten Gefährtin. Napoleon liebte sie vielleicht noch auf seine Art, aber er liebte glühender seinen Ruhm. Und was ihm die Stimme in der eigenen Brust zuflüsterte, das wurde bald auch von den Freunden, die auf der Stirne des Herrschers zu lesen verstanden, laut ausgesprochen: es gibt ein Mittel, das vielleicht auch Deinem letzten und höchsten Wunsch glorreiche Erfüllung gewähren kann: Scheidung von Josephinen!

Durch Welschingers Forschung ist festgestellt, daß dieser Plan schon im Frühjahr 1804, als die Verfassung des neuen Kaisertums ausgearbeitet wurde, den Gegenstand ernsthafter Erwägungen und Beratungen im Kabinet Napoleons bildete. Frankreichs genialster und charakterlosester Staatsmann, der Erzbischof von Autun, Talleyrand, suchte damals die Gedanken seines Monarchen auf die Tochter des Großherzogs von Baden, der sich in der fatalen Enghien-Episode so willfährig bezeigt hatte, zu lenken, und wirklich war die Aussicht, Eidam eines legitimen Fürsten und Schwager des Zaren zu werden, für Napoleon so verführerisch, daß er es über sich gewann, von der Frau, an welche er vor neun Jahren geschrieben hatte: „Josephinen zu lieben, sei fortan die einzige Aufgabe meines Lebens!“ das Wort Scheidung auszusprechen. Als aber Josephine in Thränen zerfloß, schmeichelte ihm diese Verzweiflung so sehr,

daß er seine Drohung zurücknahm, ja er gab sogar das Versprechen, daß bei der bevorstehenden Feier auch Josephine gekrönt werden sollte. Daran anknüpfend, wußte sich Josephine ein noch wichtigeres Zugeständnis auszuwirken. Sie enthüllte in geheimer Audienz dem Papst, der, „von frommen Hoffnungen bewogen," zur Krönung des kurz vorher noch gebrandmarkten „Mörders des Herzogs von Enghien" nach Paris gekommen war, daß sie sich im Gewissen beunruhigt fühle, da sie an Napoleons Seite vor den Altar treten sollte, ohne mit ihm durch das Sakrament der Ehe verbunden zu sein. Darauf erklärte Pius, er werde an der Feier in Notre Dame nicht teilnehmen, wenn nicht vorher die Ehe des kaiserlichen Paares, die ehedem nur vor dem Maire geschlossen worden war, die kirchliche Weihe erhalten hätte. Napoleon war entrüstet über die Zumutung, aber er mußte sich fügen. Im Laufe des Nachmittags vor dem Krönungstage (nicht, wie Thiers und Lanfrey angeben, in nächtlicher Stunde) wurde durch des Kaisers Oheim, Kardinal Fesch, die Trauung vollzogen.

Am 2. Dezember 1804 fand in Notre Dame die Krönung statt. Das ganze Arrangement war vom Maler Isabey mit Hilfe kostümierter Puppen auf's genaueste festgestellt worden. Ueber den Eindruck fällen die Festgäste wunderlich abweichende Urteile. Während die Einen triumphierend beteuern, daß noch niemals eine Krone ehrwürdiger erschienen sei, als auf dem Haupte des Unvergleichlichen, in dessen Person Genie und Macht vereinigt waren, versichern Andere, wie der Erzbischof von Mecheln, man habe Mühe gehabt, das Lachen über so aufgeblasenes Plebejertum zurückzuhalten.

Josephine strahlte vor Entzücken, schien doch „der Winter ihres Mißvergnügens in glorreichen Sommer sich verwandelt" zu haben!

„Der gute Genius Napoleons und Frankreichs," wie Josephine von Dichtern, die bald darauf einer Anderen das gleiche Prädikat gaben, genannt wurde, saß jetzt auf dem Kaiserthrone. Da aber die Ursachen der zwischen den Gatten aufgewachsenen

Entfremdung fortbestanden, war der Sturz aus stolzer Höhe nur eine Frage der Zeit.

Als sichtbares Zeichen des ungünstigen Umschwunges konnte gelten, daß Josephine nicht auch zur Königin von Italien gekrönt wurde. Ihr Sohn Eugen zwar wurde vom Stiefvater auf jede Weise ausgezeichnet, wurde zum Vizekönig von Italien und zum Nachfolger auf dem italienischen Königsthron ernannt, aber diese Auszeichnung war zugleich ein Beweis, daß der Kaiser nicht daran dachte, dem heißen Wunsche Josephinens entsprechend dem „Bayard de l'empire" die Krone Frankreichs als Erbe zuzuwenden.

Nach den neuen Triumphen von Jena und Friedland wurde in Napoleon der Gedanke an Lösung seiner Ehe auf's neue lebendig, und auch im Intriguenspiel der Diplomatie wurde bereits mit diesem Faktor gerechnet. Welschinger weist nach, daß damals schon Metternich das Projekt einer Vermählung Napoleons mit einer österreichischen Erzherzogin auf den grünen Tisch brachte. In den Memoiren des österreichischen Staatsmannes wird diese Thatsache bestritten, aber kluge Ableugnungen und nachhinkende Versicherungen gehören ja vor allem zum diplomatischen Handwerkszeug!

Eines Tages sprach Napoleon zum zweiten Mal das Wort aus, das für Josephine wie die Totenglocke ihres Glücks erklang. Sie berief sich auf die Unverletzlichkeit ihrer Rechte, aber der Gatte hatte dafür nur ein Achselzucken; sie klagte, sie weinte, das flößte ihm nur Langeweile ein; sie gab zu erkennen, daß sie sich vor Vergiftung fürchte, damit stieß sie ihn völlig zurück. In einer Unterredung mit seinem Bruder Lucian sprach Napoleon offen aus, er gedenke sich von seiner Frau, die ihm nur lästig falle, zu trennen. Der Mächtige dachte niedrig genug, sich hinter seinen Polizeiminister Fouché zu stecken; dieser sollte von der Kaiserin die Einwilligung zu einem Opfer, das die Sorge für die Wohlfahrt Frankreichs notwendig mache, erpressen. Josephine wies jedoch den Unterhändler stolz zurück, und auf ihre Beschwerde versprach der große Cäsar, er werde den Unverschämten, dessen Vorhaben ihm gar nicht bekannt gewesen sei, zu züchtigen

wissen. So sprach er noch zu einer Zeit, da er seinen getreuen Caulaincourt bereits beauftragt hatte, von Zar Alexander die Hand der Großfürstin Katharina zu erbitten.

Das Wohl Frankreichs! Man darf wohl, ohne sich dem Vorwurf der Leichtfertigkeit auszusetzen, Zweifel hegen, ob diese Rücksicht den Ausschlag gab, ob ihn nicht vielmehr das Verlangen leitete, eine alternde Gattin — Josephine war um sechs Jahre älter als ihr Gemahl —, die ihn unangenehm an die Antichambres Talliens und Barras erinnerte, durch eine junge, schöne Braut zu ersetzen. Noch gewichtiger aber fiel in die Wagschale, daß diese Braut von fürstlichem Geblüt, die Tochter eines Kaiserhauses war; ihr Gatte konnte ja dann unter den Machthabern von Gottes Gnaden, die zwar seit langem seine Vasallen und Schmeichler waren, aber um ihre Abkunft und Tradition von ihm beneidet wurden, eine gleichberechtigte Stellung beanspruchen. Der Eintritt in den Familienverband eines legitimen Fürstenhauses war die natürliche Vollendung des seit 1801 verfolgten Systems, zur Macht, die der Sohn und Erbe der Revolution schon gewonnen hatte, den Ruhm eines Wiederherstellers des ancien régime in Europa zu erwerben.

Das Wohl Frankreichs! Unter dieser Devise leitete er noch während des Feldzugs in Oesterreich Unterhandlungen mit dem Metropolitan-Kapitel zu Bordeaux ein. Er wollte wissen, ob er Aussicht auf Billigung des geplanten Schrittes durch die Kirche habe. Als sich Widerspruch erhob, büßten es einige Würdenträger mit Verlust ihrer Stellen.

Nach der Niederwerfung Oesterreichs wurde die „grande affaire“ ernster betrieben, aber die Karten wurden noch nicht sogleich aufgedeckt. Noch auf der Rückkehr nach Frankreich schrieb Napoleon von Schloß Nymphenburg aus an die Kaiserin: „Es wird ein Fest für mich sein, Dich wieder zu sehen; mit Ungeduld erwarte ich diesen Augenblick!“ Josephine flog ihm nach Fontainebleau entgegen, — doch der Ersehnte trat ihr mit kaltem Gruß entgegen, und die Höflinge begegneten ihr mit verlegenen Mienen. Noch einmal kämpfte sie um ihre Stellung als Gattin

und Kaiserin, sie forderte vom Gemahl eine Unterredung unter vier Augen, aber es kam nur zum Zusammenstoß des irdenen Topfes mit dem eisernen. Am Abend des 30. November 1809 vernahm der Palastpräfekt Bausset, wie er in seinen Memoiren erzählt, in einem anstoßenden Gemach einen heftigen Wortwechsel zwischen Napoleon und Josephinen. Plötzlich ertönte ein schriller Schrei, Napoleon öffnete die Thüre und rief den Beamten herein, — da lag Josephine wie leblos auf dem Boden! Während sie in ihre Gemächer getragen wurde, glaubte Bausset zu bemerken, daß zwar nicht der Schmerz, wohl aber die Ohnmacht erkünstelt war. Man braucht indessen auf die „Beobachtung“ des Schranzen kein Gewicht zu legen.

Ohne Zweifel war dem Kaiser in der Hitze des Zornes über die Vorstellungen Josephinens ein brutales Wort entschlüpft, das über sein Vorhaben keinen Zweifel mehr zuließ.

Nun galt es aber noch, sich mit dem Sohne der Schwergekränkten, Eugen Beauharnais, auseinander zu setzen. Das ging leichter von statten, als Napoleon erwartet haben mochte. Mit feinem Takt wußte der junge Mann zwischen der kindlichen Ergebenheit, die er der Mutter, und der Dankbarkeit, die er dem Kaiser schuldete, die rechte Mitte zu finden. Er riet der Mutter, sich ohne Sträuben dem Willen des Kaisers, dem Gebot der Staatsraison zu fügen; er selbst aber wollte seine Würden niederlegen und sich ins Privatleben zurückziehen. Umsonst bestürmte ihn der Kaiser, dieses Vorhaben aufzugeben; erst als die Mutter selbst ihm zuredete, er möge sogar den Schein meiden, als bedauere er den Verlust, den ihm eine zweite Vermählung des Kaisers bringen werde, ließ er sich bewegen, in seiner Stellung zu bleiben. Das Benehmen Eugens in der kritischen Zeit war so taktvoll, daß die Pariser demonstrativ jede Gelegenheit benützten, ihm ihre Hochachtung zu bezeugen.

Nach Artikel 277 des Code civil war die Trennung einer Ehe nicht mehr zulässig, wenn die Frau schon das 45. Lebensjahr überschritten hatte. Josephine zählte bereits 46 Jahre, allein sie hatte, als sie auf der Mairie getraut wurde, ihr Alter

um vier Jahre „korrigiert“: jetzt hatte sie die Schuld jenes Augenblicks der Schwäche zu büßen!

Vermutlich hätte sich aber Napoleon auch um ein solches Verbot nicht gekümmert; er setzte sich ja über ganz andere Hindernisse hinweg! Durch ein Hausgesetz vom 30. März 1808 war den Mitgliedern der kaiserlichen Familie die Ehescheidung untersagt; das war aber natürlich nur auf Bruder Louis gemünzt, der sollte sein eheliches Unglück ruhig weiter tragen, für das gebietende Haupt der Familie hatte dergleichen keine Geltung! Nach dem Gesetz sollte auch kein geschiedener Gatte vor Ablauf von drei Jahren zu neuer Ehe schreiten; der oberste Hüter des Gesetzes trat schon nach drei Monaten mit Marie Luise zum Altar!

Gegen Ende des Jahres 1809 galt noch die Schwester des Zaren als ausersehene Braut, und in der That bildete auch noch die delikate Angelegenheit den Gegenstand von Erörterungen zwischen dem Zaren und Caulaincourt, worüber der Briefwechsel des Gesandten mit dem Minister des Aeußern, Champagny, Aufschlüsse bietet. Zar Alexander war durch die eigene Niederlage und die neuen Triumphe Napoleons im österreichischen Feldzug so eingeschüchtert und insbesondere durch die Drohung, daß unter Frankreichs Schutz das polnische Reich wieder aufgerichtet werden sollte, so geängstigt, daß er die besten Worte gab. Allerdings konnte er nur seine nachdrückliche Verwendung bei der Kaiserin-Mutter zusichern, denn in ihre Hand war die ausschließliche Verfügung über das Los der Töchter gelegt. Die alte Zarewna war über die Aussicht der Verbindung des Hauses Romanow mit der Familie Bonaparte so wenig erbaut, daß sie schleunigst die ältere Tochter mit dem Herzog von Oldenburg vermählte, aber die jüngere Schwester wäre dem Sieger von Friedland wohl kaum versagt worden. Wenigstens war der Brautwerber Caulaincourt seiner Sache so sicher, daß er an den Gebieter schrieb, Großfürstin Anna werde „zur Verfügung stehen.“ Für die Gefälligkeit des Zaren bot hinwider Caulaincourt erwünschten Lohn. Napoleon — noch heute

das Idol der polnischen Patrioten — ließ dem Zaren eröffnen, er sei geneigt, zur Auslöschung unangenehmer Erinnerungen mitzuwirken und „den Namen Polen nicht allein aus den politischen Verhandlungen, sondern auch aus der Geschichte zu tilgen.“ Wirklich wurde ein Vertrag, durch welchen die beiden Kaiser sich verpflichteten, die Wiederaufrichtung des Königreichs Polen mit vereinten Kräften zu verhindern und die Unterdrückung aller polnischen Einrichtungen und Eigentümlichkeiten zu betreiben, von Caulaincourt am 4. Januar 1810 unterzeichnet.

Inzwischen war durch Cambacérès, den ehemaligen „Collega Consul“, Alles geordnet worden, was zur Lösung der Ehe Napoleons erforderlich und nützlich schien. Den sanften Vorstellungen Eugens und den stolzen Mahnworten Hortensens hatte es Napoleon zu danken, daß sich Josephine seinem Willen beugte. Am 15. Dezember versammelten sich die Mitglieder der Familie Bonaparte, deren jedes schon Dank den Erfolgen und dem politischen System Napoleons eine Krone oder ein Krönlein trug, in den Tuilerien. Napoleon verlas eine Rede, in welcher auseinandergesetzt war, daß er, um die Wohlfahrt des Staates zu sichern, die süßesten Neigungen seines Herzens opfern und die Lösung der Ehe mit der heißgeliebten Gattin beantragen wolle. Darauf begann Josephine mit zitternder Stimme ein Aktenstück abzulesen, das ihrer Freude, ihrer stolzen Genugthuung Ausdruck gab, daß sie berufen sei, zum Wohl des geliebten Vaterlandes ein Opfer zu bringen. Schon nach den ersten Worten erstickte ein Thränenstrom ihre Rede, und Regnault de St. Jean d'Angely las die Prunkrede zu Ende.

Welschinger hat seiner Monographie das Facsimile der Unterschriften beigefügt, welche unter das Protokoll der Doppelerklärung der kaiserlichen Gatten gesetzt sind. Man braucht kein Graphologe zu sein, um aus diesen Zügen auf die Impulse der Beteiligten Schlüsse zu ziehen. Der Name Napoleon ist wie mit eisernem Griffel geschrieben; der Mann, der diese Buchstaben eingrub, wußte, daß seinem Willen nicht zu treten war. Unter den von Napoleon gezogenen Schnörkel, der an ein blitzendes

Schwert erinnert, schmiegt sich der mit zitternder Hand geschriebene Name Josephine. Zögernd, unsicher hat auch Madame Lätitia, die einzige in der Familie Bonaparte, die für Josephine Partei ergriff und ihrem Sohne unheilvolle Folgen prophezeite, ihre Unterschrift beigefügt, während die Brüder des Kaisers mit kaufmännischem Duktus, die Schwestern mit hastigem Gekritzel ihre Namen anreihten. Der Sohn der Verstoßenen bringt, als ob er beweisen wollte, daß ihm der fatale Augenblick die Besonnenheit nicht geraubt habe, die gewohnten wunderlichen Schnörkel an. Cambacérès und Regnault unterzeichnen sich flüchtig und geschäftsmäßig.

Napoleon spricht in seinen Memoiren von jener Episode, wie ein Regisseur von der gelungenen Inszenierung eines Schauspiels: „Die beiden Gatten erklärten in einem Familienrat ihre Zustimmung zur Scheidung. Der zeremoniöse Akt spielte sich ab in den Festräumen der Tuilerien. Er war außerordentlich interessant. In den Augen aller Zuschauer standen Thränen.“

Das Schauspiel fand am nächsten Tage eine würdige Fortsetzung im Senat. „Billigt, ihr Herren,“ rief hier Graf Regnault, „im Namen des gerührten Frankreich, vor den Augen des staunenden Europa das größte Opfer, das je auf Erden gebracht worden ist!“ Diese Blasphemie ließ sich nicht wohl mehr übertrumpfen; immerhin wurde auch von anderen Rednern an byzantinischen Redewendungen das Menschenmögliche geleistet. Es wurde darauf hingewiesen, daß sich gerade die größten, gefeiertsten Monarchen Frankreichs durch Rücksicht auf ihre Herrscherpflicht genötigt sahen, das Band zu lösen, das sie mit geliebten Gattinnen verknüpfte: Karl der Große, Philipp August, Ludwig XII., Heinrich IV. Natürlich! Wenn ein Napoleon sich von seiner Gattin trennte, konnte auch diese That nur ein neuer Beweis von Vollkommenheit sein! Mit achtzig gegen sieben Stimmen beschloß der Senat, die Rücksicht auf das Staatswohl, auf die Zukunft Frankreichs heische vom Kaiser den Verzicht auf eine Gattin, die ja ebenfalls aus Rücksicht auf den besten der Monarchen,

den besten der Gatten ihre Zärtlichkeit zu opfern bereit sei.

Die offizielle Beteuerung wurde aber dadurch Lügen gestraft, daß Josephine den Schmerz über die erlittene Demütigung — es läßt sich ja doch kaum annehmen, daß sie um den Verlust eines solchen Gatten Thränen vergoß! — nicht bemeistern konnte oder wollte. Nicht ohne Entrüstung kann man lesen, wie Napoleon die Schwergebeugte durch süße Schmeichelworte zu trösten sucht: „Leb' wohl, meine Freundin, schlafe süß, träume von mir! .... Savary sagt mir, daß Du noch immer weinst! Das ist nicht recht! Ich will, daß Du heiter sein sollst!“ — während er gleichzeitig bei seinem Agenten in Rußland nach den körperlichen Vorzügen und Mängeln seiner neuen Braut sich erkundigte.

Denn auch nach Einleitung des Scheidungsprozesses dachte Napoleon noch an die Schwester des Zaren. Allein im nämlichen Augenblick, da Caulaincourt sich anschickt, offen um die Hand der Großfürstin anzuhalten, läßt Napoleon dieses Projekt fallen und pocht an eine andere Thüre, die dem gefürchteten Gebieter Europas auch nicht verschlossen bleibt.

Nach Metternichs Behauptung wäre der Plan der Heirat Napoleons mit Marie Luise französischen Ursprungs gewesen und zuerst vom Grafen Laborde, der schon bei den Friedensverhandlungen in Wien vertrauliche Vorschläge übermittelt hatte, in Worte gekleidet worden. Dagegen hält Welschinger an der bekannten Erzählung fest, daß der Sekretär der österreichischen Gesandtschaft in Wien, Floret, im Sinn und Auftrag Metternichs, der im Oktober 1809 als Minister des kaiserlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten an Stadions Stelle getreten war, die Rolle des Ehestifters übernommen habe. Floret habe in vertraulicher Weise sein Bedauern über die russische Heirat ausgesprochen und die Versicherung gegeben, daß Napoleon in Wien geneigtes Ohr gefunden haben würde; dies habe den überraschenden Umschwung in den Plänen Napoleons veranlaßt. Die französische Version dürfte auch den Vorzug verdienen, da

sich sonst nicht erklären läßt, weshalb die Unterhandlungen in Petersburg gerade in dem Augenblicke, da sich die sichere Aussicht auf Erfolg darbot, abgebrochen wurden. Auch der österreichische Historiker Wertheimer vertritt in einer Studie „Die Heirat der Erzherzogin Marie Luise mit Napoleon I." gegen Helfert die Annahme, daß Metternich als erster Versucher zur Verheiratung der Erzherzogin mit dem Imperator anzusehen ist.

Wohl figurirte Marie Luise, Kaiser Franz II. Tochter, schon auf der „Liste des princesses des grandes maisons de l'Europe," die sich Napoleon 1807 im auswärtigen Ministerium hatte ausarbeiten lassen, an erster Stelle, aber der Kaiser mochte befürchtet haben, daß er in Oesterreich, das noch kurz vorher von seinen Truppen besiegt und verwüstet worden war, nicht auf geneigte Aufnahme seines Wunsches zählen dürfe. Als er aber belehrt war, daß man in Wien bereit sei, zu vergessen und zu verzeihen, wurden sofort die Fäden angeknüpft.

Wer sich gründlichen Ekel an dem, was man hohe Politik heißt, holen will, lese die Geschichte der zwischen Wien und Paris geführten Unterhandlungen. Kaiser Franz haßte Napoleon, aber er fürchtete ihn noch mehr und glaubte deshalb, die Freundschaft des „Unüberwindlichen" mit der Hand einer Tochter nicht zu teuer zu erkaufen. Dagegen war es Napoleon nicht darum zu thun, die anmutige, wenn auch geistlose Tochter eines Fürstenhauses, das einst der Welt die stolzesten Gebieter gegeben hatte, zu freien, sondern er hoffte auch durch diese Verbindung den österreichischen Kaiserstaat ganz und gar seiner Politik dienstbar zu machen. Wer aber etwa aus dem bisher Erzählten Sympathie mit dem Opfer der Ehrbegierde Napoleons geschöpft haben möchte, mag in Metternichs Memoiren das einschlägige Kapitel nachlesen. Man möchte seinen Augen nicht trauen, wenn man liest, daß in diesen Werbegeschäften Josephine eine hervorragende Rolle spielte!

Am 2. Januar 1810 berief sie die Gräfin Metternich zu sich nach Schloß Malmaison. Nachdem sie erzählt, was sie in der jüngsten Zeit zu leiden hatte, gab sie dem Gespräch plötzlich

eine überraschende Wendung. Sie könne sich, so eröffnete sie der erstaunten Gräfin, über das von ihr gebrachte Opfer erst dann beruhigen, wenn sie wisse, daß ihr Gatte daraus den Vorteil ziehe, den er verdiene. Nichts würde aber für ihn und für Frankreich vorteilhafter sein, als eine Heirat mit Marie Luise; aus solcher Verschwägerung der beiden mächtigsten Häuser würde auf natürlichste Weise ein enges Bündnis der Staaten hervorgehen und damit der ganzen Welt der Friede gesichert sein. Darauf soll die Gräfin geantwortet haben, sie für ihre Person könne darin ebenfalls nur ein großes Glück erblicken, aber für eine Erzherzogin von Oesterreich möchte es doch peinlich sein, sich nach Frankreich zu verheiraten. „Das wird sich einrichten lassen," erwiderte Josephine, „und dem Kaiser von Oesterreich muß man klar machen, daß sein und seines Hauses Untergang gewiß ist, wenn er unserem Plane nicht zustimmt, und daß dies vielleicht das einzige Mittel ist, um Napoleon vom Bruch mit dem Heiligen Stuhl zurückzuhalten."

Die auserwählte Braut, Erzherzogin Marie Luise, mochte die überraschende Kunde mit gemischten Empfindungen aufnehmen. Sie war bisher gewohnt gewesen, den Kaiser der Franzosen als ruchlosen Feind ihres Hauses und Vaterlandes zu betrachten; noch vor wenigen Monaten hatte sie an Gräfin Colloredo geschrieben: „Ich glaube fast, daß das Ende der Welt herannaht und daß derjenige, der uns unterdrückt, der leibhaftige Antichrist ist." Jetzt trat an sie die Forderung heran, diesem Oger, der eben erst eine treue Gattin verstoßen hatte, die Hand zu reichen! Nicht geringere Bedenken mußte das Projekt dem Kaiser Franz einflößen; es bedeutete für ihn einen Bruch mit der Tradition seines Hauses, mit den Anschauungen von Fürstenrecht und Fürstenwürde, die er von Jugend an gehegt hatte. Allein die politischen Rücksichten gaben bei Vater und Tochter den Ausschlag. In den Briefen der Erzherzogin an ihre ehemalige Erzieherin wurde sehr bald ein Ton der Resignation angeschlagen, der auf unbedingte Einwilligung schließen ließ, und Kaiser Franz fürchtete sich viel zu sehr vor einem französisch-russischen Bündnis, als daß er ge-

wagt hätte, einem Plane zu widerstreben, der den Frieden Europas und vor allem die Integrität Oesterreichs zu sichern schien.

Natürlich war aber an die Heirat mit der Tochter eines gut katholischen Hauses nur dann zu denken, wenn zur Scheidung von der ersten Gattin auch die kirchliche Zustimmung zu erlangen war. Unmittelbar an den Papst sich zu wenden, wie es der hohen Würde der Gatten und dem alten Brauch entsprochen hätte, ging nicht an; Pius VII. war ja seit Jahresfrist der Gefangene des Kaises, von ihm war nur ein schroffes Nein zu erwarten. Aber es gab ja in Paris ein Offizialat, von dem zu erwarten stand, daß es mit sich reden lassen werde. Aus den Enthüllungen des beteiligten Abbé Rudemar erhellt, daß der Erzkanzler Cambacérès, der Vertreter des Kaisers, auch vor brutalen Drohungen und verlogenen Versprechungen nicht zurückscheute, um die Zustimmung der geistlichen Behörde zu erlangen. Als trotzdem der Prozeß ungünstig zu verlaufen schien, wurde das niedrigste Auskunftsmittel ergriffen: es wurde erklärt, daß bei der kirchlichen Trauung nicht allen vorgeschriebenen Formalitäten Genüge geschehen sei, daß vor allem der Kaiser gar nicht im Ernste daran gedacht habe, eine kirchliche Ehe mit Josephine einzugehen, daß er nur scheinbar zugestimmt habe, um das Gewissen des Papstes zu beruhigen. Der Kaiser fand wirklich Bundesgenossen, die ihm zu diesem Akt, der die Kaiserin zur Konkubine herabwürdigte, ihre Hilfe liehen. Der Oheim des Kaisers, Kardinal Fesch, den Napoleon freilich nur insgemein als „ma bête rouge“ bezeichnete, der Allerwelts-Achselträger Talleyrand, aber auch der Held von Wagram, Marschall Berthier, und der Hofmarschall Duroc sagten „auf Ehre und Gewissen“ aus, daß ihr Herr und Gebieter nur zum Schein sein Jawort gegeben, in Wahrheit schon damals an ein zweites Ehebündnis gedacht habe. Damit war dem Offizialat die Möglichkeit gegeben, „mit Rücksicht auf den moralischen Zwang,“ der auf dem Kaiser gelastet habe, die Nichtigkeit jener kirchlichen Trauung auszusprechen, — somit war vom kirchlichen Standpunkte gegen die Lösung der Scheinehe nichts mehr einzuwenden.

Nun galt es nur noch, sich der Verbindlichkeit gegen den Zaren zu entledigen, und dazu diente ein einfaches Mittel, das freilich um nichts ehrlicher war, als das gegenüber der Kirche in Anwendung gebrachte.

Am 10. Januar 1810 wurde Caulaincourt in Petersburg angewiesen, dem Zaren zu eröffnen, daß sich der Kaiser durch das Zaudern des russischen Hofes verletzt fühle und binnen zehn Tagen ein entschiedenes Ja oder Nein verlange. Durch Lanfrey ist nachgewiesen, daß Napoleon in dem Augenblick, da er an den Zaren das beleidigende Ultimatum richtete, noch gar nicht die Antwort des Gesandten auf seinen ersten Antrag kannte, daß demnach das neuerliche Vorgehen nur den Verzicht auf die Schwester des Zaren zu maskieren hatte.

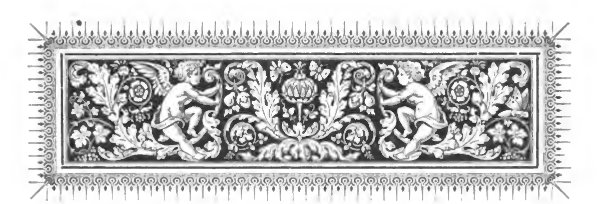
Am 21. Januar, also vierzehn Tage bevor Napoleon die entscheidende Antwort Alexanders auf das Ultimatum in Händen haben konnte, beschied er seine Verwandten und die höchsten Würdenträger in die Tuilerien; es sollte beraten werden, welches Eheprojekt am besten den Interessen Frankreichs entspreche. Als sich Vetter Murat gegen die Verbindung mit Oesterreich erklärte, da dies wie eine Versöhnung mit dem ein für allemal gestürzten ancien régime aussähe, widersetzte sich Napoleon — wie Bruder Louis in seinen Memoiren erzählt, das Protokoll selbst ist aus den Akten verschwunden — mit sichtlicher Erregtheit. Damit war die Frage erledigt. „Die Mehrheit der Versammlung erkannte willig die Ersprießlichkeit der österreichischen Heirat an.“

Schon am 7. Februar wurde der Ehevertrag unterzeichnet; am 14. März fand in Wien unter enthusiastischem Jubel der Bevölkerung die Prokuravermählung statt, und mit ebenso blindem Vertrauen ergab sich Paris der Festfreude, als am 3. April in Notre Dame die Trauung des „Schwertfegers“ mit der Tochter des „Papiermachers“ — das Witzwort wurde sogar von der österreichischen Gesandtschaft kolportiert — vollzogen wurde.

„In dem von Liebe und Freude trunkenen Frankreich“ — so apostrophierte Regnault im Senat die neue Kaiserin — „sehen wir eine fürstliche Friedensbotin, die erhabene Bürgin einer neuen

Allianz, in der die Welt das Unterpfand eines ewigen Friedens erblickt."

Damals konnte man noch wähnen, daß die Hochzeit mit Marie Luise den Höhepunkt der Macht und des Ruhmes Napoleons bedeute. In Wahrheit war er schon in die Periode des Niederganges eingetreten. In Spanien, mit dem er übermütig den Krieg vom Zaune gebrochen hatte, war die Lage schwankend und gefährlich, und bald sollten hier die Legionen von Austerlitz und Jena noch empfindlichere Niederlagen erleiden; die Gefangennehmung des Papstes erwies sich als ein Pyrrhussieg, der den Ueberwinder in endlosen Kampf mit unfaßbaren, unberechenbaren Gewalten verstrickte, und nun entzündete sich an den Fackeln der Wiener Hochzeit, da der Zar die Ablehnung seiner Schwester nimmer verzeihen konnte, der russische Krieg! Der Sieger in hundert Schlachten ließ hochmütig das Mene Tekel auf den russischen Schneefeldern unbeachtet, und so folgte schon sechs Jahre nach der Erfüllung des stolzesten Wunsches das trübe Ende des Dramas.



VIII.

Die Wittelsbachische Hausunion von 1724.

Der Plan, sämtliche geistliche und weltliche Fürsten des Wittelsbachischen Hauses in einem Schutz- und Trutzbündnisse zu vereinigen, wurde zum erstenmale von dem rührigen Pfalzgrafen Philipp Wilhelm, der seit 1653 über das Herzogtum Neuburg regierte und unablässig auf Steigerung seiner Macht und seines Ansehens bedacht war, in's Auge gefaßt. Eifrig betrieben wurde er in den Siebziger Jahren des siebzehnten Jahrhunderts von dem Schwedenkönig Karl XI., der als Enkel des Pfalzgrafen Johann Kasimir von Pfalz-Kleeburg dem Wittelsbachischen Hause angehörte; ihm war es bei Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und Oesterreich darum zu thun, durch Zusammenfassung von Bayern, Kurpfalz, Köln, Pfalz-Neuburg und Schweden eine „dritte Partei“ in Europa zu sammeln; vorerst freilich wäre der Bund, da fast alle Mitglieder mit Frankreich Allianzverträge geschlossen hatten und von Ludwig XIV. Subsidiengelder bezogen, den Interessen Frankreichs zu gute gekommen. Der alte, festgewurzelte Zwiespalt der beiden Hauptlinien des Hauses, Bayern und Kurpfalz, ließ jedoch die Verhandlungen

nur langsam fortschreiten, und nachdem die Schweden bei Fehrbellin eine so schwere Niederlage erlitten hatten, löste sich der Kongreß in Ulm auf, ohne daß es zu bindenden Beschlüssen gekommen war.

In der nächsten Zeit schien sich sogar der feindliche Gegensatz zwischen Bayern und Pfalz nochmals zu verschärfen. Im spanischen Erbfolgekrieg vollzogen sich in umgekehrtem Verhältnis die Vorgänge von 1621 und 1623; jetzt war der Kurfürst von Bayern der Reichsfeind, der mit Acht und Bann belegt und seiner Reichslehen verlustig erklärt wurde, während der treue Anhänger des Kaisers, Johann Wilhelm von der Pfalz, 1708 zur Belohnung seiner Dienste die erste weltliche Kurwürde und das Erztruchsessenamt, sowie die obere Pfalz mit der Grafschaft Cham empfing. Doch die Friedensschlüsse von Utrecht und Rastatt ließen ihn dieses Gewinnes wieder verlustig gehen; 1714 kam die Oberpfalz wieder unter bayerische Verwaltung, der Streit um das Erztruchsessenamt dauerte fort. Die Aussöhnung der feindlichen Häuser schien auf's neue in weite Ferne gerückt, zu sein.

Da erfolgte plötzlich im Mai 1724 der Abschluß eines Bündnisses nicht bloß der Kurfürsten von Bayern und Pfalz, sondern auch der meisten übrigen Mitglieder des Wittelsbachischen Hauses, der Kurfürsten von Köln und Trier und ihrer Brüder.

Da der Versuch gemacht wurde, die kaiserliche Bestätigung für die geplante Reform des Reichsvikariats zu erlangen, konnte das Bündnis nicht geheim bleiben, und 1740, als nach dem Ableben Karls VI. das gemeinsame Vikariatsgericht in Thätigkeit treten sollte, wurden die Vertrags-Urkunden veröffentlicht. Doch es blieb unaufgeklärt, aus welchem Anlaß und unter welchen Umständen sich der überraschende Umschwung vollzogen hatte. Auch von Häusser wird nur die Thatsache erwähnt, ihre Geschichte aber nicht aufgehellt.

Es erschien mir deshalb als dankbare Aufgabe, den zu Grunde liegenden Ursachen und Absichten nachzuspüren, und das Zurückgreifen auf die einleitende Korrespondenz der beteiligten

Fürsten brachte in der That neue Ergebnisse zu Tage. Es zeigte sich, daß bei dieser Einigung von ganz anderen Gesichtspunkten ausgegangen wurde, als bei dem gescheiterten Versuch von 1673. Damals stand das Hausinteresse im Vordergrund; ein lutherischer Monarch, Karl XI. von Schweden, war die Seele des Unternehmens, Karl Ludwig von der Pfalz war Kalvinist, Ferdinand Maria von Bayern war Katholik. Fünfzig Jahre später ist das religiöse Moment, die Rücksicht auf das gemeinsame katholische Interesse, der erste und wichtigste Beweggrund zur Annäherung der stammverwandten Fürsten. Der Bund der Wittelsbacher soll nur der Kern einer alle katholischen Reichsfürsten umspannenden Liga sein. Mit vereinten Kräften sollen sich die Verbündeten gegen zwei Gegner wenden, gegen das übermächtig gewordene Erzhaus und gegen die immer bedrohlicher anwachsende Macht der protestantischen Fürsten.

Oesterreich, das durch den Rastatter Frieden die reichsten Provinzen Spaniens gewonnen und durch die Türkensiege Prinz Eugens ganz Ungarn nebst Belgrad zurückerobert hatte, nahm eine dominierende Stellung ein, die sich mit den Zuständen unter Leopold I. gar nicht vergleichen ließ. Die Reichsfürsten hegten ernste Besorgnis, der in spanischen Rechtsanschauungen aufgewachsene Kaiser plane einen Anschlag gegen die „uralte germanische Libertät"; insbesondere die einseitige Vertretung der habsburgisch-österreichischen Interessen durch den Reichshofrat, der doch eine Vertretung des ganzen Reiches darstellen sollte, war den Fürsten anstößig. Der Kaiser hatte aufgehört, nur der Primus inter pares zu sein; er war nicht mehr, wie die bayerischen Parteigänger noch während des spanischen Erbfolgekrieges behauptet hatten, lediglich der Agamemnon unter den Königen der Griechen; durch die habsburgische Uebermacht war ein feindlicher Gegensatz zwischen Kaiser und Reichsfürsten geschaffen.

Und doch stand der kaiserlichen Macht nicht die geeinte Kraft der deutschen Fürsten gegenüber; in diesem Lager bestand noch schroffere Gegnerschaft zwischen den Anhängern der ver-

schiedenen Bekenntnisse. Der westfälische Friede schien die Kluft überbrückt zu haben, doch das war nur leerer Schein, bei jeder Gelegenheit brach der alte Haß der Religionsparteien wieder hervor. Wenige Jahre nach dem Badener Friedensschluß drohte ein neuer Religionskrieg auszubrechen und nicht minder gewaltige Ausdehnung anzunehmen, als der dreißigjährige Krieg.

Doch unter den Fürsten des wittelsbachischen Hauses bestand nicht mehr der konfessionelle Gegensatz von 1618, und durch diesen Umschwung war das Zustandekommen einer Hausunion überhaupt erst ermöglicht.

An Stelle der reformierten Linie Pfalz-Simmern war 1685 mit Philipp Wilhelm, dem Schwiegervater Kaiser Leopolds, die katholische Linie Pfalz-Neuburg in Besitz der Kurwürde und der Kurlande gekommen. Die Zwistigkeiten, die sich von Anfang an zwischen den katholischen Landesherren und den reformierten und lutherischen Teilen der Bevölkerung entspannen, ließen den Fürsten engeren Anschluß an die übrigen katholischen Höfe wünschenswert erscheinen.

Trotz des noch fortdauernden Streites wegen Auslieferung der Oberpfalz machte denn auch schon Johann Wilhelm bald nach Abschluß des Badener Friedens einen Versuch, mit den bayerischen Verwandten in freundlicheres Verhältnis zu treten. Im Herbst 1715 kam der pfälzische Minister Graf Hundsheim — die Episode wird in einem Memorandum des Kanzlers Unertl über die historische Entwicklung der Beziehungen zwischen Pfalz und Bayern erwähnt — nach dem Lustschloß Nymphenburg und eröffnete, freilich ohne Vorweisung eines Beglaubigungsschreibens, dem Kurfürsten Max Emanuel, sein Herr trage „sonderbares Verlangen", aller Fehde und Feindschaft zu entsagen, und wünsche ganz besonders mit Kurbayern in freundschaftliches Verhältnis zu treten. Der Pfälzer fand jedoch kühle Aufnahme; Max Emanuel begegnete ihm zwar gleichfalls „mit sonderbarer Höflichkeit", gab jedoch unverblümt zu verstehen, erst müsse der Streit wegen des Primats und der oberen Pfalz zum Austrag gebracht sein, ehe von Freundschaft und Bündnis die Rede sein könne.

Auch das erste amtliche kurpfälzische Schreiben, das in München einlief, versetzte den Hofkammerrat in gewaltige Aufregung; im Siegel des pfälzischen Schreibens war der Reichsapfel zu sehen! Kurpfalz maßt sich also noch immer die Abzeichen des Erztruchsessenamtes an! Erneute Beschwerde, kräftigste Verwahrung!

Zu Lebzeiten Johann Wilhelms wurde auch eine Annäherung nicht mehr angestrebt. Dagegen gestalteten sich die Beziehungen bald freundschaftlicher, als nach dem Ableben Johann Wilhelms (8. Juni 1716) der älteste Bruder, Karl Philipp, in Rheinpfalz, Jülich und Neuburg die Regierung übernahm.

Karl Philipp, in der Jugend für den geistlichen Stand erzogen, hatte später das Domherrenkleid mit dem Soldatenrock vertauscht, war in die kaiserliche Armee eingetreten und zur Würde eines Feldmarschalls vorgerückt; 1706 war er zum Lohn für die in Ungarn geleisteten Kriegsdienste zum Statthalter von Tirol ernannt worden. Als der bayerische Kurprinz Karl Albert im Dezember 1715 auf der Reise nach Italien Innsbruck beberührte, erwies sich der Pfalzgraf als aufmerksamer Wirt; um sich dankbar zu zeigen, schickte ihm Max Emanuel ein Faß Burgunderwein, Karl Philipp sandte hinwieder nach München ein Faß Tokayer, — kleine Geschenke erhalten die Freundschaft!

Als der schon fünfundfünfzigjährige Karl Philipp im Juni 1716 zur Regierung berufen wurde, richtete Max Emanuel an ihn freundlichen Glückwunsch. Nicht minder herzlich erwiderte der Pfälzer, wobei er zugleich dem lebhaften Wunsche Ausdruck gab, mit dem Vetter irgendwo in Bayern zusammenzutreffen, um über einen friedlichen Vergleich und, wenn möglich, ein Bündnis der Häuser Pfalz und Bayern zu beraten. Dazu wurde Scheyern auserſehen. In diesem Kloster, wo sich die Gruft der gemeinsamen Ahnen befindet, trafen die beiden Fürsten im Mai 1717 zusammen, und schon hier wurden fünf Punkte vereinbart, die als Grundlage einer Erb- und Hausunion dienen sollten.

Die Sache wurde jedoch offenbar nicht gar eifrig und eilig betrieben, denn erst am 9. November 1718 traten Kurfürst Max Emanuel, der Kurprinz Karl Albert, General Graf Rech-

berg, Minister Baron Malknecht und der Kanzler des geheimen Rats, Baron Unertl, in München zu einer Konferenz wegen der „von Churpfalz im Closter Schayrn angetragenen Erb= und Hauß=Ainigungstractata“ zusammen. Von Letztgenanntem wurde ein Gutachten vorgelegt, worin die Vorteile und die Nachteile sowohl des Bündnisses im allgemeinen, als der einzelnen Punkte der Scheyrer Verabredung eingehend dargelegt waren. Man hatte in Scheyern beschlossen, den Uebergriffen des Fürstenkollegiums, das ganz offen Gleichberechtigung mit den Kurfürsten anstrebe, mit vereinten Kräften entgegen zu wirken, und ebenso gegen die wachsende Uebermacht der protestantischen Reichsfürsten eine Vereinigung der katholischen Kreise anzustreben. Gegen diese Pläne hatte auch Unertl nichts einzuwenden, dagegen erregte ihm Bedenken der dritte Punkt: „Man solle die alten Pacta ufsuchen zwischen beeden Linien und was es für eine Beschaffenheit mit der Succession habe, und warumb die Warttenberg nit als wie die Lewenstain excludiert worden.“

Unertl entwirft nun auf Grund genauer Durchforschung der einschlägigen Urkunden im geheimen Archiv ein Bild des geschichtlichen Verhältnisses der beiden Häuser von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart. Gemeinsamer Stammvater war Herzog Ludwig der Strenge; schon unter dessen Söhnen aber kam es zu Irrungen, die zur Trennung der Häuser Bayern und Pfalz führten. Zwar wurde in Pavia 1329 ein Hausvertrag geschlossen, der die schädlichen Folgen der Spaltung abwenden sollte, indem beschlossen wurde, die zwei Familien sollten in politischer Beziehung nur als eine anzusehen sein, die sämtlichen Fürsten des Hauses sollten gegen jeden Gegner zusammenstehen, sich gegenseitig beerben und abwechselnd die Kurstimme führen. Allein die beschworenen Eide verhinderten nicht, daß die Bayern ihres Anrechts auf die Kur verlustig gingen; dieser Gewaltakt war der erste und erheblichste Grund der Entfremdung, die nunmehr schon seit vier Jahrhunderten zwischen den beiden Häusern fortbesteht. Es fehlte zwar nicht an Versuchen, eine Versöhnung zu stande zu bringen; vorübergehend wurden auch Bündnisse ab=

geschlossen, aber die Freundschaft war niemals von langer Dauer.

Wenn nun jetzt abermals das gemeinsame Hausinteresse als zwingender Grund zu Versöhnung und enger Verbindung aufgestellt wird, so muß nach seiner (Unertls) Ansicht zwischen Bündnis und Erbvertrag wohl unterschieden werden. Das alte Pactum successionis reciprocum hat ohne Zweifel seine Giltigkeit verloren und kann nicht ohne weiteres wieder aufgerichtet werden. „Pacta seint anderst nit, als mit denen bedingten umbstendten, rebus sic stantibus, zu verstehen.“ Bayern ist aber zur Zeit weit umfangreicher und angesehener, als Pfalz, so daß die beiden Fürsten nicht mehr mit gleichem Einsatz in den Erbvertrag eintreten würden. Daß Bayern nach Erlöschen der bayerischen Linie nicht schlechtweg an die Pfälzer fallen muß, kann nicht bezweifelt werden, da ja gerade die pfälzische Linie die in den alten Erbvertrag eingefügten Bedingungen nicht respektiert hat, auch z. B. in die westfälische Friedensakte bei Feststellung der beiderseitigen Rechte ein Erbfolgerecht nicht aufgenommen worden ist. Will man aber einen neuen Erbvertrag aufrichten, so kann vom Erbrecht der Wartenbergischen Linie nicht Umgang genommen werden, da ihre Rechte in Kurfürst Maximilians I. Testament ausdrücklich anerkannt sind.

Die Aufrichtung eines neuen Erbvertrags ist jedoch überhaupt „ebenso unnutz als unthunlich.“ Vor allem deshalb, weil Bayern ganz andere Interessen hat, als die in ihren Hauptteilen protestantische Pfalz, sodaß bei einer Vereinigung und Vermischung der beiden Völker das katholische Interesse leicht gefährdet werden kann. Auch hat der pfälzische Stamm noch zahlreiche Nebenlinien, die der näheren Verwandtschaft wegen in Bezug auf Erbbefähigung ohne Zweifel dem kurbayerischen Hause vorangehen.

Dagegen ist der Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses dringend zu empfehlen. Namentlich einmütiges Zusammenstehen auf Reichs-, Kreis- und Wahltagen wird allen Söhnen des Gesamthauses Vorteil bringen. Auch im Kriegsfall würden die vereinigten Fürsten des Wittelbachischen Hauses eine ansehnliche

Macht ins Feld stellen können, und es wäre rätlich, sogleich festzusetzen, wie viel Truppen jeder bereit zu halten habe.

Allerdings liegt die Frage nahe: Soll sich Bayern der Gefahr aussetzen, mit Brandenburg in Krieg verwickelt zu werden? Es ist ja kaum zu bezweifeln, daß Brandenburg nach Ableben des Kurfürsten von der Pfalz und seines Bruders den Versuch wagen wird, ganz Jülich und Berg mit Gewalt an sich zu reißen. Doch es ist auch gar nicht schwer, zu erreichen, daß Bayern unter allen Umständen freie Hand behält: man braucht nur die Bedingung aufzustellen, „daß zwar eine reale Hilfflaistung mit Völckhern, yedoch allein under der condition promittirt werden solte, da dero causa Ihro Kayserliche Mayestaet und andere Reichsstände recht sprechen und gleiche beystandt geben würden, uf welchen fahl man sich sodan auch erst ratione quanti und in wie vill mannschafft die Hilff bestehen solte, dan ferner des commando und verpflegung zu verstehen hette.“ —

Das Gutachten Unertls hatte sich des Beifalls und der Zustimmung der bei der Konferenz Anwesenden zu erfreuen, und der Kanzler bekam den Auftrag, einen „beständigen Unions-Tractat,“ in welchem der Erbfrage gar nicht gedacht sei, auszuarbeiten; die Zusicherung gemeinsamer Verteidigung der kurfürstlichen Rechte gegen das Fürstenkollegium sei der fürstlichen Mitglieder des Hauses wegen in einen Separatartikel zu verweisen.

Der nach diesen Gesichtspunkten hergestellte Entwurf wurde, da sich im November 1718 erwünschter Anlaß bot, in Heidelberg in Vorlage gebracht. Der pfälzische Gesandte in München hatte nämlich die Erklärung abgegeben, daß sein Herr mit besten Kräften die Bewerbung des bayerischen Prinzen Philipp Moriz um die Münstersche Koadjutorstelle unterstützen werde; an den Dank für diesen Freundschaftsdienst anknüpfend, wurde mit Bezugnahme auf die in Scheyern geäußerten Wünsche der Unertl'sche Entwurf zur Annahme empfohlen. Die Weglassung der Erbfrage wird natürlich anders begründet, als in Unertls vertraulichem Gutachten. Man brauche darauf überhaupt nicht einzugehen, da auch in den alten Unionsverträgen zwischen Bayern

und Pfalz das gegenseitige Erbfolgerecht niemals erwähnt werde, „dessen die haubtsächlichste Ursach vermuetlich sein mag, daß beede Unsere Häuser nach ainsens abgang ohne das der Natur und civilischen Ordnung nach ad successionem berueffen seindt, weillen selbe von ainem stammvatter und primo aquirente herkommen, folglichen in der Succession keines von dem andern praeterirt werden kann.“ Da dem Wittelsbachischen Hause zur Zeit nicht weniger als vier Kurfürsten angehörten, so könne nicht zweifelhaft sein, daß eine aufrichtige Vereinigung dem Gesamthause und den einzelnen Gliedern wichtige Vorteile bringen werde, zumal sich um die Freundschaft der fest verbundenen Fürsten auch fremde Mächte angelegentlicher bewerben würden.

Ungefähr zur gleichen Zeit wie in München war das Unionsprojekt auch in Heidelberg wieder aufgegriffen worden. In einem Schreiben an Max Emanuel vom 3. November 1718 erklärte sich Karl Philipp bereit, die Hand zum Bunde zu reichen, und versprach, auch mit seinem Bruder, dem Kurfürsten von Trier, deshalb ins Benehmen zu treten.

Gerade in jenen Tagen kam aber ein Gerücht in Umlauf, daß Erzbischof und Kurfürst Franz Ludwig mit einer ganz anderen „Allianz“ umgehe. Wir erhalten darüber Nachricht in einem (von Unertl aufgesetzten) Briefe Max Emanuels an Karl Philipp vom 7. Dezember 1718. In München erzähle man sich seit einigen Tagen, der Kurfürst von Trier wolle aus dem geistlichen Stande austreten und sich mit der Prinzessin von Hessen-Darmstadt „alliieren.“ Wenn dies wirklich der Fall sein sollte, möge der Kurfürst von der Pfalz durch die That beweisen, daß er echt verwandtschaftliche Treue dem geplanten Hausbündnisse entgegenbringe; er möge Sorge tragen, daß der Bruder bei dem Verzicht auf das Deutschmeisteramt einem bayerischen Prinzen den Vorzug gebe. Zugleich wird daran erinnert, daß sich Karl Philipp seinerzeit mündlich verpflichtet habe, von den Kosten der Erhebung des Prinzen Philipp Moriz zum Koadjutor von Münster die Hälfte zu tragen; man erlaube sich also ergebenst mitzuteilen,

daß Kurbayern in angeregter Sache ungefähr 400,000 Thaler ausgegeben habe.

Mochte sich Karl Philipp durch solche Mahnung oder durch die Anspielung auf sein schweres Leiden — für den Fall, daß der Bruder sterben sollte, war ja der Austritt Franz Ludwigs aus dem geistlichen Stand in Aussicht genommen worden! — verletzt fühlen oder mochten andre Gründe vorliegen: Thatsache ist, daß Karl Philipp das kurbayerische Schreiben unbeantwortet ließ und daß ein volles Jahr verstrich, ohne daß von hüben oder drüben das Unionsprojekt zur Sprache gebracht worden wäre.

Doch nun traten Verhältnisse ein, die gerade dem Kurfürsten von der Pfalz Freundschaft und Bündnis mit den verwandten Höfen erwünscht erscheinen ließen.

Im November 1718 war Karl Philipp festlich in Heidelberg eingezogen, allein der Jubel des pfälzischen Volkes verstummte rasch, denn es entspann sich heftiger Zwist zwischen dem katholischen Landesherrn und den akatholischen Unterthanen.

Bei Beurteilung des Vorgehens des Kurfürsten gegen die pfälzischen Protestanten wird gewöhnlich von vornherein mit Entschiedenheit für oder wider Partei ergriffen, doch auch die ruhigste, objektive Kritik dürfte eine Billigung der Kirchenpolitik Karl Philipps nicht zulassen. Zwar ist gewiß nicht ein frivoler Gewaltakt darin zu erblicken, daß der katholische Landesherr den Heidelberger Katechismus, in welchem die katholische Messe als „vermaledeite Abgötterei" bezeichnet war und welcher noch auf dem Titelblatt das kurfürstliche Wappen trug, einziehen ließ. Auch darüber würde man sich heute wohl kaum in ähnlicher Weise ereifern, daß Karl Philipp, um in seiner Residenz eine katholische Hofkirche zu besitzen, an den reformierten Kirchenrat das Ansinnen stellte, den Katholiken die ganze hl. Geistkirche, in welcher dieselben den Chor schon inne hatten, einzuräumen, wofür er den Reformierten eine neue Kirche in Heidelberg bauen wolle. Bedenklicher war schon, daß er sich trotz der Verwahrung der Reformierten gewaltsam in Besitz des Schiffes der hl. Geistkirche setzte, und unverantwortlich war das Vorgehen gegen

Protestanten in Handschuchsheim, denen nur die Wahl gelassen wurde, entweder ihre Kinder katholisch taufen zu lassen oder die pfälzischen Lande zu räumen.

Diese Uebergriffe riefen lebhafte Aufregung im protestantischen Lager hervor; der Unmut äußerte sich noch lauter und entschiedener, da durch die glänzende Säkularfeier der Reformation, zu welcher sich kurz vorher das ganze evangelische Deutschland geeinigt hatte, der konfessionelle Eifer gehoben und gestärkt worden war. Noch andere Umstände trugen zur Verbitterung der Gemüter im protestantischen Norden bei. Jetzt erst wurde bekannt, daß auch der Sohn und präsumtive Nachfolger des Kurfürsten von Sachsen, Friedrich August, schon vor mehreren Jahren heimlich zum Katholizismus übergetreten war, daß also gerade diejenige Familie, welche ein historisches Anrecht auf die Führung der evangelischen Partei besaß und faktisch das Direktorium des corpus evangelicorum innehatte, fortan als eine katholische Dynastie zu betrachten sei. Und gleichzeitig erlaubten sich ähnliche Bedrückung der Protestanten, wie sie der Pfälzer sich zu Schulden kommen ließ, auch der Kurfürst von Mainz und der Bischof von Speier unter Berufung auf die Ryswicker Klausel.

Ueber diese Vorgänge war niemand aufrichtiger entrüstet, als König Friedrich Wilhelm I. In gleichem Maß, wie die Uebergriffe auf katholischer Seite überhand nahmen, näherte sich Preußen den glaubensverwandten Höfen von Hannover und Kassel. Als eine in Wien erhobene Beschwerde nur laue Zustimmung fand, beschlossen sie, „via facti sich Genugthuung zu schaffen,“ d. h. zu Repressalien zu schreiten. Die katholischen Kirchen in Zelle, Minden, Hammersbach und anderen Orten wurden öffentlich geschlossen, und insgeheim wurde von Preußen zu einem „Concert zum Schutze des Evangeliums“ eingeladen. In beiden Lagern stellten sich aufmunternde Freunde ein. Papst Klemens XI. ermahnte den Pfälzer zu standhaftem Beharren in causa fidei, während der Erzbischof von Canterbury dem reformierten Kirchenrat von Heidelberg den Beistand Englands in Aussicht stellte.

Die Lage war um nichts weniger gefahrvoll, als bei Beginn des dreißigjährigen Kriegs; der Ausbruch eines Religionskrieges schien unvermeidlich bevorzustehen.

Daß es nicht dazu kam, ist insbesondere der Mäßigung und dem korrekten Verhalten des Kaisers zu danken, der wenigstens geraume Zeit eine wirklich unparteiische, neutrale Stellung zwischen den Streitenden einnahm und den Hader auszulöschen trachtete. Um so geratener fand es Karl Philipp, sich der Hilfe anderer katholischer Höfe zu versichern, und zunächst knüpfte er im Jänner 1720 wieder mit Bayern an. Er bat Max Emanuel, im geheimen Archiv nach Aktenstücken forschen zu lassen, welche zur Rechtfertigung der kirchlichen Maßnahmen in der Pfalz dienlich sein könnten; es sei ja dem Vetter bekannt, welchen Lärm einige protestantische Mächte über die von ihm „in hiesigem Religionsweesen beschehene, an sich innocente Verfügung“ aufgeschlagen hätten. Der Bitte wurde auch entsprochen, doch konnte nichts von Belang gefunden werden.

Im nächsten Briefe richtete Karl Philipp an den Vetter ohne weitere Umschweife die dringliche Bitte, daß unverzüglich ein Bündnis der bluts- und glaubensverwandten Höfe geschlossen werden möchte. Da er vom Wiener Hofe — schrieb er am 4. März an Max Emanuel — nicht gerechter behandelt werde, als von den gewaltthätigen Augsburgischen Religionsverwandten, könne er nur noch darin seine Rettung erblicken, daß alle unabhängigen katholischen Reichsfürsten sich zu Schutz und Trutz fest aneinander schlößen und jede Verletzung des Westfälischen Friedens mit vereinten Kräften ahndeten. Mit Genugthuung habe ihn erfüllt, daß Max Emanuel schon bisher in Wien und Regensburg für die Sache der Pfalz und der alleinseligmachenden Kirche so mannhaft eingetreten sei und den übrigen Katholiken ein edles Beispiel gegeben habe. Es liege zu Tage, daß es dem Könige von Preußen nicht um die Einräumung einer halben Kirche und dergleichen Kleinigkeiten zu thun sei, sondern um ganz andere, der wahren Religion höchst präjudicierliche Dinge, daß ein Feldzug gegen die katholische Kirche geplant sei. Er, Karl Philipp,

wolle nicht für einen Sturm, der Reich und Religion in den Grundvesten erschüttern müsse, die Verantwortung auf sich laden; er werde also den Forderungen des Königs von Preußen sich fügen und ernstlich darnach trachten, das unter der Asche glimmende Feuer auszulöschen. Sollte es ihm aber nicht gelingen, so werde er an das glaubenstreue Bayern appellieren; dann werden Bayern und alle katholischen Stände — so hoffe er zuversichtlich — unitis animis et consiliis die wahre Religion verteidigen bis zum letzten Blutstropfen.

Diesmal scheint Max Emanuel den feurigen Aufruf kühl aufgenommen zu haben, wenigstens enthalten die Akten keine Antwort, und die Unions-Verhandlungen wurden vorerst nicht fortgesetzt. Vielleicht gerieten sie deshalb ins Stocken, weil Karl Philipp, wie der bayerische Gesandte in Wien, v. Moermann, nach München berichtete, einen Schlaganfall erlitt und die Erledigung des pfälzischen Kurstuhles für nahe bevorstehend gehalten wurde; schon soll der Kurfürst von Trier sich angeschickt haben, zur Vermählung mit der hessischen Prinzessin zu schreiten, als sich Karl Philipp wieder erholte und vollkommen genas.

Erst im Herbst 1720 wurde zwischen den verwandten Höfen wieder angeknüpft, und zwar wurden in Wien die ersten Verhandlungen eingeleitet. Der pfälzische Obristkämmerer Baron Sickingen war als außerordentlicher Gesandter an den kaiserlichen Hof gekommen, um vom Kaiser eine günstige Entscheidung im Streit zwischen Preußen und Pfalz zu erwirken, hatte aber nur eine laue Zusage erlangt. Nun wandte er sich an den Grafen Törring-Jettenbach, der als Brautwerber des bayerischen Kurprinzen in Wien anwesend war, und legte diesem, wie er wußte, am Münchener Hofe sehr beliebten und einflußreichen Kavalier die Betreibung des Friedenswerkes ans Herz. Könne es doch auf der Welt nichts Unnatürlicheres geben, als Mißtrauen und Feindschaft zwischen den Häusern Bayern und Pfalz! Aus hundert Gründen müsse endlich Frieden gestiftet werden, und zwar sogleich ohne weiteren Aufschub. Als Törring einwarf, die Sache sei doch nicht so einfach, und es gebe mancherlei Hindernisse aus

dem Wege zu räumen, z. B. den Span wegen Führung des Reichsvikariats, erwiderte Sickingen ausweichend, diese Frage werde ja wohl kaum in nächster Zeit brennend werden, denn Kaiser Karl erfreue sich der kräftigsten Gesundheit. Gut, erklärte Törring, aber das darf nicht hindern, den strittigen Punkt ins Auge zu fassen; ehe nicht alle Wege geebnet sind, kann von aufrichtiger Union nicht die Rede sein! Das sei auch seine Ansicht, verbesserte sich Sickingen, aber der Ausgleich sei leicht zu erreichen, wenn man beiderseits den halben Weg entgegen kommen wolle. „Wurde sich bey itzt regierent Churfürstlicher Durchlaucht zu Pfaltz alß leichter ergeben wegen besonderer affection, so dieselbe vor Euer Churfürstliche Durchlaucht tragen, dan Ihro das Herz lachete (also ware die expression), wan Sye von Euer Churfürstlichen Durchlaucht nur reden höreten.“ Er, Sickingen, habe auch schon vor dem Kaiser und den kaiserlichen Ministern auf das Unionsprojekt angespielt und habe nur gnädige Worte zu hören bekommen. „Wann denenselben aber auch diese eußerlichen Bezeugnussen nit von Herzen geheten, so were sich daran nit zu kheren, noch weniger die Auffrichtung einer verthraulichen und beständtigen Union zwischen beeden Häusern Bayrn und Pfaltz zu unterlassen.“ Am raschesten werde man zum Ziel kommen, wenn Törring das Geschäft aufs neue einleiten, d. h. veranlassen wollte, daß Max Emanuel einen Vertragsentwurf ausarbeiten ließe; er, Sickingen, werde möglichst bald nach München kommen und sodann, da er mit hinlänglicher Vollmacht ausgestattet sei, die wichtige Sache zum Abschluß bringen. Auch eine günstige Gelegenheit, die Kraft des vereinten Wittelsbachischen Hauses sogleich zu erproben, biete sich dar; es gelte, die Ausdehnung der Hannöver'schen Kurwürde auf die Linie Wolfenbüttel zu hintertreiben, und gegebenen Falles müsse von den unierten Fürsten alles aufgeboten werden, die Auflösung jener protestantischen Kur durchzusetzen und „den der katholischen Religion dadurch zugewachsenen torto wieder gut zu machen.“

Wirklich begab sich Sickingen im Oktober 1720 nach München. Hier wurde zunächst mit dem Kanzler Unertl Verhandlung ge-

pflogen. Ueber den Inhalt unterrichtet uns die „Propositio des Churpfalzischen Geheimen Rat und Obristcammerer Baron von Säckingen, so er mir, Unertl, gemacht.“

Der Antrag Sickingens zerfalle in zwei Glieder. Das Erste und Wichtigste sei die Hausunion. Bayern, Pfalz und die aus beiden Häusern hervorgegangenen geistlichen Kurfürsten und Fürsten sollten jederzeit wie ein Mann zusammenstehen, nur nach gemeinsamer Beratung in allen öffentlichen Angelegenheiten zu Werke gehen und sich auf jede Weise unterstützen und fördern. Demgemäß sollten schon jetzt die bayrischen Minister auf dem Reichstag zu Regensburg, sobald die Religionshändel zur Sprache kämen, in Einvernehmen mit den pfälzischen Bevollmächtigten treten und den pfälzischen Standpunkt verteidigen helfen. Zur Wahrung ihres Ansehens und ihrer Ansprüche sollten die verbündeten Fürsten ein stehendes Heer unterhalten; Kurpfalz erbiete sich zur Aufstellung von 8000 Mann, und Bayern werde ohne Beschwer mindestens ein Kontingent von gleicher Stärke aufstellen können.

Um aber die katholische Sache gegenüber dem feindlichen Andrängen der Protestanten ein für allemal zu sichern, soll auch eine Liga errichtet werden, in welcher wo möglich alle katholischen deutschen Fürsten vereinigt sein sollen. Vom Kaiser sei entschieden Hilfe nicht zu erwarten, das habe sich im Verlauf des Streits zwischen Kurpfalz und Preußen deutlich erwiesen; andrerseits seien Gewaltthaten der Protestanten an der Tagesordnung und, wie die Dinge einmal lägen, sei über kurz oder lang der Krieg zwischen den Religionsparteien unvermeidlich. Da könne nur Rettung bringen: festes Zusammenhalten aller katholischen Fürsten und vielleicht auch — engerer Anschluß an Frankreich. „Wiezumahlen wohl zu erachten“, — so lautet die verschämte Andeutung, — „in was große consideration bey erfolgendter ruptur die Kron Frankreich komme“, soll der Kurfürst von Bayern sich zunächst vergewißern, „ob solche der Catholischen religioni Beyhilff leisten wurde.“

Auf dem Schriftstück, welches die pfälzischen Anträge enthält, sind neben den einzelnen Artikeln Randbemerkungen von

Unertls Hand mit Blei eingetragen; vermutlich sind dieselben, während des Vortrags vor dem Kurfürsten niedergeschrieben, als Willensäußerung des Fürsten selbst zu betrachten. Bezüglich der Aufbringung eines Bundesheeres wird beanstandet, daß die pfälzische Proposition keine Aufklärung biete, „auf wessen Kosten der Unterhalt, Rekrutirung und Remontirung, item was für Artillerie, wie viel zu Pferd, wie viel zu Fuß?“ In Bezug auf die Stiftung einer katholischen Liga wird der pfälzische Antrag gebilligt: „Vermeine, daß eine Liga errichtet, folglich ein ganzes wesen zu defension der in der Liga stehenden interessenten gefiert werden solle.“ Dagegen werden Zweifel geäußert, ob sich der Anschluß an Frankreich wirklich empfehle: „Considera die (Krieg), die Frankreich vorhin gefiert und wie selbe von dem 30jährigen Krieg profitiert, ob, wann diese Kron zu hilff gerueffen werden sollte, dem Reich und den Catholischen thailen die hilff nit theuer komen sollte.“

Eine so abfällige Aeußerung über Frankreich klingt im Munde Max Emanuels überraschend, und fast möchte man daraus die Folgerung ziehen, daß die Randglossen nur Ansichten des Kanzlers, nicht des Kurfürsten enthielten. Allein es kommt in Betracht, daß gerade in jenen Tagen die „historische“ Verbindung Bayerns mit Frankreich völlig unterbrochen war. Der Herausgeber der jüngst veröffentlichten Instruktionen für die französischen Gesandten an den Höfen der Wittelsbacher, André Lebon, erklärt aufrichtig den Grund der auffälligen Erscheinung: „Für Frankreich war die Freundschaft mit Bayern nicht mehr so wichtig, wie sonst.“ Der Regent Frankreichs war seit 1718 mit Oesterreich verbündet; es war daher zur Zeit nicht nötig, Bayern als Bundesgenossen gegen Oesterreich auszuspielen, ja, eine Verbindung mit dem auf das habsburgische Erbe spekulierenden bayrischen Hause konnte im Augenblick eher schädlich, als nützlich wirken. Noch im Jänner 1715 hatte Graf Saumery bei seiner Abordnung nach München eine Instruktion erhalten, in welcher es hieß: „Seine Majestät glauben, daß, wie einmal zur Zeit das deutsche Reich beschaffen ist, nur noch das

bayrische Haus im stande ist, den Plänen der protestantischen Fürsten wirksam entgegenzutreten und im Fall des Ablebens Kaiser Karls ohne männliche Erben zu verhindern, daß die Protestanten einem Fürsten ihres Bekenntnisses die Krone aufs Haupt setzen.“ Demgemäß sollte Saumery darnach trachten, eine Liga der katholischen Reichsfürsten zu stande zu bringen, damit die Wahl eines protestantischen Fürsten zum römischen König verhindert und die Erhebung des bayrischen Hauses ermöglicht werde. Jetzt aber war Frankreich nicht bloß mit dem Kaiser, sondern auch mit England-Hannover verbündet und stand zu Preußen in freundschaftlichen Beziehungen; auch diesen Bundesgenossen wäre eine entschiedene Parteinahme Frankreichs für das Haus Wittelsbach anstößig gewesen. Von solchen Gesichtspunkten geleitet, hatten der Regent und Kardinal Dubois nach Ablauf des Allianzvertrages von 1714 gar keinen Versuch einer Erneuerung gemacht und nach der Abberufung des Grafen Saumery im Februar 1718 keinen Gesandten mehr nach München geschickt. Es mußte am Münchener Hofe als Beleidigung aufgefaßt werden, daß Frankreich für überflüssig erachtete, diplomatische Verbindung mit dem Bundesgenossen von Höchstädt und Ramillies aufrecht zu halten. Und es wurde denn auch thatsächlich vor dem Jahre 1725 keine Annäherung an Frankreich versucht; der Abschluß der Wittelsbachischen Hausunion im Mai 1724 erfolgte, was im Hinblick auf Max Emanuels politische Grundsätze überraschen muß und nur in der Zurückhaltung Frankreichs seine Erklärung findet, ohne Einmischung, geschweige denn Unterstützung des Hofes von Versailles.

Die offizielle Antwort auf die von Sickingen überbrachten Vorschläge lautete im allgemeinen zustimmend. Mit anzüglichem Nachdruck wird daran erinnert, daß fast das Gleiche schon in dem Entwurf enthalten war, den Max Emanuel bald nach der Scheyrer Zusammenkunft — am 14. November 1718 — an Kurpfalz gerichtet habe, der aber „unwissent, aus was Ursachen“ unbeantwortet geblieben sei. Bayern werde alles thun, um die gefährdeten katholischen Interessen gegen den Uebermut der

Akatholiken zu schützen; doch werde es vorteilhafter sein, wenn Bayern den Schein von Unparteilichkeit wahre, damit es das Vertrauen der akatholischen Stände nicht von vorneherein verscherze und im Schiedsgericht zur Beilegung der Streitigkeiten zwischen Pfalz und Preußen um so nachdrücklicher zu Gunsten der katholischen Sache wirken könne. Auch der Einladung zur Union wolle Bayern freudige Folge leisten, doch sei wirklicher Nutzen für die verbündeten Häuser nur dann zu erwarten, wenn sie sich zu größeren Anstrengungen verstehen wollten. Selbstverständlich müsse Kurpfalz, das dem ersten und gefährlichsten Ansturm der protestantischen Nachbarn zu begegnen habe, die schwersten Opfer bringen; aber Bayern werde nicht zurückbleiben, und wenn auch die verwandten Fürsten von Trier, Köln und Münster beiträten, könnte wohl, „ohne sich endlichen gar wehe zu thun,“ ein kriegstüchtiges Heer von 30,000 Mann ins Feld gestellt werden. Einer so stattlichen Macht würden sich auch der Kurfürst von Mainz, sowie die vornehmsten katholischen Stände des bayrischen, schwäbischen, fränkischen, rheinischen und westfälischen Kreises bereitwillig anschließen, „in Bedenkung, daß es umb den alleinseeligmachenden Catholischen glauben und thailß deren Bistümer zu thuen.“ Dann sei es ein Leichtes, das Liga-Heer auf 50,000 Mann zu erhöhen, und da trotz Wenn und Aber schließlich auch der Kaiser die katholische Sache begünstigen werde, dürfe man getrost dem Angriff der Feinde entgegensehen.

Sickingen konnte befriedigt über die Aufnahme seines Anerbietens den Münchener Hof verlassen. Bald nach seiner Rückkehr nach Mannheim — Karl Philipp hatte einige Monate vorher, um die Heidelberger Bürgerschaft für ihre Widerspänstigkeit zu strafen, die Hofhaltung nach Mannheim verlegt — konnte er an Unertl die erfreuliche Nachricht gelangen lassen, daß auch der Kaiser, durch die Selbsthilfe der Protestanten gereizt, die Bildung eines katholischen Bundes betreibe, daß also von dieser Seite Widerstand gegen das Wittelsbachische Projekt nicht zu befürchten sein werde; auch die Stimmung an den geistlichen Höfen scheine günstig zu sein.

In der That besuchte in diesen Tagen in kaiserlichem Auftrag Graf Wels die süddeutschen und rheinischen Höfe, um wegen gemeinsamen Schutzes der katholischen Interessen Beratung zu pflegen; die Stiftung einer katholischen Liga wurde angeregt, doch ein thatsächliches Ergebnis vorerst nicht erzielt, ja, vielleicht war es gar nicht beabsichtigt. Immerhin glaubte auch Unertl in der Mission des Grafen Wels einen schätzbaren Vorteil erblicken zu dürfen, da dadurch „das Wasser natürlich uff das unter Handt stehente Vorhaben beeder durchlauchtigster Heuser gelaithet wird."

Die Verhandlungen zwischen Mannheim und München wurden fortan mit mehr Ernst und Eifer betrieben. Der schwierigste Punkt war der Anspruch beider Häuser auf das Reichsvikariat. Eine Einigung war überhaupt nur möglich, wenn man sich, wie Sickingen vorgeschlagen hatte, auf beiden Seiten dazu entschloß, „halben Weg zu machen." Ein gemeinsames Vikariatsgericht war denn auch schon 1672 angeregt worden; damals scheiterte das Vorhaben, wie Karl Philipp selbst freimütig zugab, an der Abneigung des Kurfürsten von der Pfalz; Karl Ludwig habe sich durch seinen „bekannten Religionseifer" und durch die Hoffnung, mit Hilfe seiner Religionsgenossen doch noch in Alleinbesitz des Vikariats gebracht zu werden, zum Abbruch der Verhandlungen verleiten lassen. Jetzt aber, da die beiden Häuser einem Bekenntnis angehörten, könne auch die Bildung eines gemeinsamen Hofgerichts keine Schwierigkeiten bieten.

Doch es trat zu Tage, daß die Anschauungen über den „halben Weg" in München und Mannheim ziemlich weit auseinander gingen. Schon am ersten, von Kurpfalz vorgelegten Entwurf glaubte Unertl so viele und wichtige Abänderungen in Bezug auf Zusammensetzung, Beschlußfassung ꝛc. des Kollegiums vornehmen zu müssen, daß von der ursprünglichen Fassung wenig mehr übrig blieb.

Am 13. März 1721 legte Unertl in einer Konferenz mit dem Kurfürsten und dem Kurprinzen nochmals seine Ansichten und Wünsche bezüglich der Hausunion, sowie der „Allianz inter status catholicos" dar. Insbesondere auf die historische Ent-

wicklung des Reichsvikariats und den darob entstandenen Streit zwischen Kurpfalz und Bayern geht er ausführlich ein. Von Bayern sei immer daran festgehalten worden, daß das Vikariat nicht eine Dependenz der Pfalzgrafschaft bei Rhein sei, sondern mit der Kurwürde zusammenhänge. Pfalzgraf Ruprecht habe 1394 bei der Gefangennehmung König Wenzels ausdrücklich erklärt, daß er „des Kurfürstenthums und solcher Würde halber" zum Vikar des Reichs bestellt sei. Dagegen sei von pfälzischer Seite ebenso entschieden die entgegengesetzte Auffassung festgehalten worden. 1671 regte Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg die Aufstellung eines gemeinsamen Vikariatsgerichts an. Es kam zu den bekannten Ulmer Verhandlungen, aber dieselben verliefen ohne Ergebnis, — nach Unertls Ansicht nicht aus dem von Karl Philipp angegebenen Grunde, sondern „instigante domo Austriaca". Jetzt scheint es aber dem Pfälzer wirklich ernst zu sein, und der von ihm vorgelegte Entwurf bietet die Möglichkeit, eine Teilung des Vikariats vorzunehmen.

Soll man sich also wirklich darauf einlassen? Kein Zweifel, das mit dem Vikariat verbundene Ansehen wird durch die Teilung gemindert! Nach den Bestimmungen des westfälischen Friedens kann nur Bayern auf das Kleinod Anspruch erheben; seit 1658 wurde das bessere Recht Bayerns auch von den übrigen Kurfürsten, insbesondere auch von Sachsen, dem Inhaber des niederdeutschen Reichsvikariats, nicht mehr angefochten.

Andrerseits unterliegt es keinem Zweifel, daß man zur Teilung des Vikariats schreiten muß, wenn man überhaupt mit Kurpfalz in Verbindung treten will. Zu erwägen ist ferner, daß sich das Kaiserhaus in dieser Frage von jeher zweideutig benommen und niemals mit Entschiedenheit das Vorrecht Bayerns anerkannt hat. Wenn man heute die Sache zu richterlichem Urteil treiben wollte, wäre die Entscheidung zweifelhaft, „weillen studia partium pro varietate der Weltläuffen öffters divers seind und die adversarii die auream bullam für sich allegiren derffen, worinnen die formalia ratione principatus et comitatus Palatini privilegio enthalten." Kurz, manches läßt sich

für, manches gegen die Aussichten Bayerns anführen. Dazu kommt, daß man leider überzeugt sein darf, daß Niemand im Reich dem Hause Bayern den ruhigen Besitz der Würde gönnen wird! Kurz, man darf wohl sagen: besser einen Teil als gar nichts! und aus diesem Grunde muß man zugreifen, wenn Pfalz annehmbare Bedingungen anbietet.

Um so bereitwilliger, da für Bayern noch ein wichtigerer Gesichtspunkt maßgebend sein muß: die Rücksicht auf die österreichische Erbfolge. Wenn erst das Wittelsbachische Bündnis Thatsache sein wird, dann kann Bayern mit mehr Aussicht auf Erfolg seine Ansprüche an die österreichischen Lande erheben und braucht auch nicht zuzugeben, daß bei der römischen Königswahl das bayrische Haus übergangen werde. Das Interesse Bayerns ist das Interesse des Katholizismus, und für beide kann es nur förderlich sein, wenn sowohl die Hausunion, als die katholische Liga zu stande kommen.

Das Gutachten Unertls fand den Beifall Max Emanuels. Auf Grundlage der 1673 für den Ulmer Kongreß ausgearbeiteten Instruktion — so ordnete der Kurfürst durch eigenhändig geschriebenes Signat an — soll der Unionsvertrag aufgerichtet werden, doch soll, dem katholischen Charakter des Bündnisses entsprechend, die protestantische Linie Pfalz-Birkenfeld ausgeschlossen bleiben. „Pro supremo motivo achten Jhro Churfürstl. Durchlaucht die vorstehendte perpetuirliche Unierung beeder durchleuchtigsten Häuser, also daß diese Hausallianz in sachen conditio sine qua non, und dan ferner solcher vergleich nur uf beederseiths Catholische Churfürsten verstandten sein, folglichen zu selbigen man sich Churbayerischer seiths nicht mehr gehalten haben wolle, wenn die Chur von der Reinischen Pfalz auff einen Pfalzgraffen, so einer andern als der Catholischen Religion zuegethan, kommen solte, welche reservata in der Expedition an Jhre Churfürstliche Durchlaucht zu Pfalz zu observieren gnädigst befolhen worden.“

Der Unionsplan wurde nunmehr auch dem Kurfürsten von Köln mitgeteilt. Joseph Klemens war damit einverstanden, hielt jedoch die Mahnung für angemessen, Bayern möge ja „mit

solcher Behutsamkeit und Geheim“ zu Werke gehen, daß nicht am kaiserlichen Hofe Mißtrauen erwache und die seit geraumer Zeit mit so großen Opfern betriebene Werbung um die Hand einer Erzherzogin für den bayrischen Kurprinzen vereitelt oder doch erschwert werde. Auch vermöge Kurköln nur geringe militärische Leistungen in Aussicht zu stellen. Wohl könnten die kölnischen Lande und die Fürstbistümer Hildesheim und Lüttich ohne große Beschwer 10—12,000 Mann aufbringen, aber zur Zeit seien höchstens tausend Mann auf den Beinen; für die gemeine katholische Wohlfahrt könne also nur wenig geleistet werden, wenn sich nicht etwa der Kaiser herbeiließe, die Domkapitel zu gesteigerten Anstrengungen aufzumuntern.

Darauf erwiderte Max Emanuel, der Herr Bruder möge sich nur nicht gar so unvermögend hinstellen; wenn sich von kaiserlicher Verwendung Ersprießliches erwarten lasse, so sei gerade jetzt die beste Gelegenheit geboten, den Grafen Wels, der demnächst auch nach Bonn kommen wolle, um solchen Dienst anzugehen. Selbstverständlich werde Bayern Alles unterlassen, was den wichtigen Heiratsplan stören könnte, doch der Entschluß, mit Kurpfalz eine Union aufzurichten, stehe fest, denn diese sei die glücklichste Vorbereitung zu der durch die Weltlage gebotenen, allgemeinen katholischen Liga.

Bald darauf erzielte die Annäherung der Häuser Pfalz und Bayern den ersten praktischen Erfolg. Auf Verwendung Karl Philipps ebnete Kurfürst Franz Ludwig von Trier dem vierten Sohn Max Emanuels, Klemens August, die Wege, so daß er im Mai 1722 zum Koadjutor von Köln gewählt wurde.

Auch die Besorgnis, daß durch die Unionsbestrebungen der wichtige Heiratsplan gefährdet werde, erwies sich als unbegründet. Am 25. September 1722 wurde Karl Albert mit Maria Amalie, Kaiser Josephs I. Tochter, in Wien getraut; am 17. Oktober wurde das Beilager in München mit königlicher Pracht gefeiert; Kurfürst Joseph Klemens von Köln, der Koadjutor Klemens August und ein besonderer Vertreter des Kurfürsten von der Pfalz, Geheimrat Baron von Weichs, wohnten den Festlichkeiten bei.

Bald nach der Hochzeit — am 9. und 10. November 1722 — traten Max Emanuel, Karl Albert und Joseph Klemens im Lustschloß Nymphenburg mit Kanzler Unertl zur Beratung der Unionsfrage zusammen. Von Letzterem wurde ein neuer Entwurf einer beständigen Haus-Union in Vorlage gebracht.

Darnach soll das Reichsvikariat künftig simultanee geführt werden; bezüglich der Erbfolge-Berechtigung der einzelnen Linien soll es bei den zwischen Bayern und Pfalz geschlossenen älteren Verträgen verbleiben. Außerdem wird gegenseitige Förderung der Hausinteressen zugesichert; auf Reichs- und Kreistagen sollen die Gesandten jederzeit zusammenstehen; auch am kaiserlichen Hofe und an anderen Höfen sollen sich die Gesandten wechselseitig unterstützen; wenn ein Mitglied des Bundes angegriffen wird, sollen die übrigen Hilfe leisten, Kurpfalz mit 8000 Mann, Kurbayern mit 8000 Mann, dem Reichs- und dem Leuchtenbergschen Kontingent; Köln und Münster sollen gleichfalls das ihre thun; außer den Kurfürsten von Trier und Köln sollen auch die Fürstbischöfe von Münster und Regensburg, ferner der Landgraf von Leuchtenberg und alle von Rudolfinischer und Wilhelminischer Seite abstammenden Herzoge und Pfalzgrafen zum Beitritt eingeladen werden. Die verbündeten Höfe sollen sich ferner, wie in einem geheimen Artikel angeordnet ist, insbesondere bei Heiratsplänen, Bischofswahlen ꝛc. gegenseitig Hilfe leisten, und ein zweiter Geheimartikel bezieht sich auf die Verpflichtung der vier Kurfürsten zur Aufrechthaltung ungeschmälerter Hoheit und Autorität des kurfürstlichen Kollegiums.

Sämtliche Punkte wurden von den drei anwesenden Fürsten gutgeheißen. Daß auch der Plan einer allgemeinen katholischen Liga Gegenstand der Beratung war, beweist ein dem Protokoll beigefügter Zettel, eine Liste derjenigen Truppen enthaltend, welche die Erzbischöfe und Bischöfe von Mainz, Salzburg, Würzburg, Augsburg und andere geistliche Fürsten im Kriegsfall zu stellen hätten, so daß sich die gesammte Kriegsmacht der Liga auf 56,000 Mann belaufen sollte.

11*

Joseph Klemens übernahm die Aufgabe, den Unionsentwurf dem Kurfürsten von der Pfalz mitzuteilen. Er stieß in Mannheim nicht bloß auf keine Schwierigkeit, sondern konnte, wie er an den Bruder schrieb, „nur die größte aufrichtige Begierde verspühren, mit unserm Churhauß sich auf die verbindlichste weise dergestalt einzulaßen, daß dadurch zuvordrist die ehr Gottes, die vermehrung unsres heiligen Glaubens und das aufnehmen beyder durchleuchtigster Churheuser befürdert werden mögen.“ Während der kölnische Geheimsekretär Fabion dem Kurfürsten von der Pfalz den Unertl'schen Vertragsentwurf vorlas, „hat sich bey dieser ersten, nehmlich wegen des exercitii simultanei des Reichsvicariats nachfolgender umbstand ereignet, daß vorgedacht S. Liebden sich gleich heraußgelaßen: solte heut oder morgen das Keyserthumb erlediget werden und ich bey leben seyn, so muß nach meinem willen kein andrer, alß der Churfürst in Bayrn darzue gelangen.“ Gleichzeitig teilte Joseph Klemens dem Kanzler Unertl mit, der Kurfürst von der Pfalz möchte das Werk so rasch wie möglich zu Ende geführt wissen und setze sein ganzes Vertrauen auf Unertl, „inmassen er mir icht verborgen hat, daß Ihm bald in sinn gefallen wäre, man wolle die sach stecken lassen, weillen auf ein und andere durch seinen Obrist-Camerern den Baron von Sickingen an Euch abgelassene schreiben keine antwort eingelangt.“ Joseph Klemens schrieb die beiden Briefe „auf der churpfalzischen Rheinjacht bei Wormbs zu Mitternacht den 25. Novembris 1722, nachdeme Ich die größte müh gehabt, mich und die meinigen von Manheim wegzubringen, weilen der Churfürst zu Pfaltz, sozusagen, himmel und erd beweget, um mich länger auffzuhalten, daß ich also der empfangenen außerordentlichen ehren und höflichkeiten halber die größte ursach habe, allerdings zufrieden zu seyn, wie ich auch bin.“

Allein trotz der günstigen Stimmung der beteiligten Höfe wollte das Bundeswerk nicht von statten gehen. Nach Jahresfrist richtete Karl Philipp dringliche Mahnung nach München, man möge doch endlich dafür Sorge tragen, daß „das in so weit zu seiner Richtigkeit gediehene Werk mittels förmlicher Aus-

fertigung der darüber erforderlichen Rezesse zu seiner Vollständigkeit gebracht werde." Doch auch dieses Schreiben ging unbeantwortet „ad acta."

Erst als Karl Philipp einen neuen Beweis freundschaftlicher Gesinnung gegeben hatte, indem er dem Prinzen Klemens August, der nach Joseph Klemens' Ableben (12. Nov. 1723) auf den Kölnischen Kurstuhl erhoben worden war, auch bei der Bischofswahl in Lüttich schätzbare Dienste erwies, hielt Max Emanuel für angemessen, den Vetter seiner Dankbarkeit und zugleich seiner Bereitwilligkeit zu festerer Verbindung zu versichern. Karl Philipp griff mit beiden Händen zu und wiederholte aufs dringlichste seine Bitte um Abschluß der Union. Er befand sich ja wieder in höchst gefährlicher Lage. Die Klagen der pfälzischen Protestanten waren, obwohl der Landesherr in den Hauptpunkten nachgegeben hatte, noch nicht verstummt, und die Nachbarn fuhren fort, über Mißhandlung ihrer Glaubensgenossen zu klagen, während sie ihrerseits nicht daran dachten, die Forderungen ihrer eigenen katholischen Unterthanen zu beachten. Im März 1724 ging dem Kurfürsten von seinem Gesandten am kaiserlichen Hofe, Freiherrn von Francken, die aufregende Nachricht zu, der Preußenkönig wolle demnächst losschlagen; die Religionsbeschwerden sollten den Vorwand abgeben, um die Jülich-Berg'schen Lande zu besetzen und damit ein fait accompli zu schaffen.

Unverzüglich entsandte nun Karl Philipp seinen Minister und Statthalter in Neuburg, Freiherrn von Kageneck, nach München, damit er um jeden Preis die letzten Hindernisse aus dem Wege räume und die zur Rettung der Pfalz gebotene Allianz zum Abschluß bringe. Strittig waren hauptsächlich noch einige Punkte in Bezug auf die gemeinsame Führung des Reichsvikariats. Von Seite Bayerns wurde nicht verschmäht, aus der Bedrängnis des Pfälzers Kapital zu schlagen, indem in den von Kageneck und Unertl ausgearbeiteten Entwurf die Anerkennung eines gewissen Vorranges des bayerischen Hauses, das immer den ersten Vorsitzenden des Vikariatsgerichts zu ernennen haben sollte, auf-

genommen werden mußte. Auch jetzt noch wurde an der Möglichkeit festgehalten, die Wittelsbachische Allianz durch Anschluß der andren katholischen Fürsten zu einer katholischen Liga zu erweitern; der kaiserliche Hof werde gegen diesen Plan nicht feindselig auftreten, da er noch unlängst selbst durch den Grafen von Wels an die achtbarsten Höfe die Aufforderung ergehen ließ, „daß man von wegen der von seithen der acatholicorum in Religionssachen immer machenden motus sich zusammenthuen, auf seiner Hut stehen und denen acatholicis durch ein muethige Zusammenhaltung zeigen solle, wie man sie eben so sehr nit zu ferchten oder sich gesatz von ihnen vorschreiben zu lassen habe.“ Doch verhehlte man sich in München nicht, daß weder die Rücksicht auf das katholische Interesse, noch die neue Verschwägerung den alten Groll des Kaiserhauses gegen Kurbayern austilgen würden. Erst unlängst bei der Lütticher Bischofswahl hatte der Kaiser nicht den bayrischen Bewerber, sondern einen sächsischen Prinzen begünstigt. Max Emanuel hatte deshalb (6. Jänner 1724) an seinen Sohn Klemens August geschrieben: „Man hat dem von Moermann (bayrischen Gesandten in Wien) wohl deitlich zu verstehen geben, daß, warumben der Kayser dir nicht nach Cräfften assistiere, die offentliche Ursach die so nahene Entlegenheit der österreichischen Niederlande seye, haimblich aber persistiert der Kayserliche Hof uf den uhralten principiis, daß Unser Haus nit größer werde, welches die erste und vornembliche bewegnuß, daß der Cardinal von Sachsen portiert wird.“

Unter solchen Umständen war zur Abwehr der Feinde und zur Erhöhung des Hauses nur auf die eigene Kraft zu bauen. Doch bei den Abmachungen über die militärische Hilfe der einzelnen Verbündeten kam wenig Tröstliches zu Tage. Aus Bonn schrieb Graf Maximilian Preysing, Kurköln werde nur 5000 Mann aufbringen, wozu noch ein Paderbornisches Regiment und zwei Münsterische Kürassierregimenter kämen. In Bayern selbst standen im März 1724 nur 4000 Mann Fußvolk unter den Fahnen; eine Vermehrung bis zu 8000 Mann bot keine

Schwierigkeiten, doch wollte sich das Münchner Kabinet dazu nur unter der Bedingung verstehen, daß Kurpfalz, das ja die Bundeshilfe zuerst nötig habe, vom Tage des Ausmarsches alle Kosten für Besoldung und Verpflegung der bayerischen Truppen übernehme.

Karl Philipp erhob nur schwachen Einspruch, denn der Einmarsch der Preußen schien bevorzustehen. An Max Emanuel erging demnach bewegliche Bitte, das bayerische Kontingent bereit zu stellen, damit es sofort die Verteidigung der Residenz Neuburg übernehmen könnte. Max Emanuel sicherte Hilfe zu, gab aber zugleich dem Pfälzer den vernünftigen Rat, nochmals alles ins Werk zu setzen, was zur Beruhigung der protestantischen Unterthanen dienen könnte, und dadurch dem Kaiser friedliche Vermittlung zu ermöglichen. Auch diesem Ansinnen fügte sich Karl Philipp; er versprach, in alle Oberämter Spezialkommissäre abzusenden, die sich an Ort und Stelle überzeugen sollten, ob den berechtigten Beschwerden der Akatholiken abgeholfen wäre; er wenigstens wolle nicht die Schuld tragen, wenn sich trotz alledem die Unmöglichkeit herausstellen sollte, den für alle in gleichem Maße erwünschten Frieden aufrecht zu halten. Zugleich erklärte er seine Zustimmung zu dem in München ausgearbeiteten Vikariatstraktat mit Ausnahme einiger, die Hauptsache nicht berührenden Punkte. „Also congratuliere Ew. Liebden und mir, nicht weniger, daß zwischen Unserm von einem Stammvatter entsprossenen, mit so nahem blutband verknüpften uhralten Churhäusern ein solches geschäffte gestiftet und zu seiner vollständigkeit gebracht worden seye, wodurch der hinvorige stein des anstoßes auf einmahl gehoben und zu bayderseitigem Vergnügen, Wachsthumb und mehreren ansehen das enge, gute Vernehmen verewiget wird.“ Als eigentliche Vollendung sei freilich erst die Aufrichtung der allgemeinen katholischen Liga anzusehen, und Bayern könne nichts Löblicheres und den Zeitläufen Angemeßeneres thun, als dieses Werk „mit gleichmäßigem, ohnermuedetem Fleiß zu seiner Vollkommenheit zu befordern.“

Nachdem die von Karl Philipp bezeichneten, unwesentlichen Punkte im Vikariatsvergleich abgeändert waren, wurden mit

Begleitschreiben vom 15. April 1724 die von Max Emanuel und Karl Albert unterzeichneten Unions- und Vikariats-Urkunden nach Mannheim gesendet, doch tragen die beiden Schriftstücke auch schon auf den von Unertl abgefaßten Konzepten das Datum: 15. Mai 1724.

Der von Max Emanuel und Karl Philipp „als capi, Vorstehern, Besitzern und regierenden Fürsten der Stammes- und Namens-Erblande“ abgeschlossene Hauptvertrag besteht im Wesentlichen aus den 7 Artikeln des Entwurfes von 1722. Der erste, auf das Vikariatsgericht bezügliche Artikel erhielt noch den Zusatz: „Ueber solchen Vergleich wollen Wir die kaiserliche gnädigste Ratifikation mit gesammter Hand ansuchen, woran um so weniger zu zweifeln, als Ihre Kayserl. Majestaet selbst gerne und gnädigst vernehmen werden, daß unter Unsern beeden Häusern diese Sache dergestalt beygelegt, damit unter Zeit des Interregni jeder des hl. R. Reichs Stand in Vorfallenheiten die unverfälschte Justiz suchen und finden möge.“ Im zweiten Artikel ist auffälliger Weise bei Aufzählung der bayerisch-pfälzischen Erbverträge der in jenem Entwurf berührte Vertrag von Pavia übergangen. Nach Artikel 6 sollen Bayern und Pfalz im Kriegsfall je 6000 Mann zu Fuß und 2000 zu Pferd, Kurtrier 2500 zu Fuß und 1500 zu Pferd, Kurköln 7000 zu Fuß und 3000 zu Pferd stellen, außerdem noch der Kurfürst von Bayern für seine Söhne Johann Theodor, Bischof zu Regensburg und Koadjutor zu Freising, und Ferdinand Maria als Besitzer der Grafschaft Leuchtenberg je ein Kontingent nach Verhältnis der Reichsmatrikel. Im 7. Artikel wird festgesetzt, daß sich die Hausunion, gleichwie gegenwärtig alle vom Haus abstammenden, mit geistlichen Würden und Dignitaeten versehenen Mitglieder beigetreten seien, auch in künftigen Zeiten auf alle geistlichen Fürsten des bayerischen und des pfälzischen Hauses erstrecken soll.

Dem Hauptvertrag sind noch drei Artikel angefügt, die „darum separat zu setzen, damit deren Enthalt in mehrerem geheim von beederseits Theilen gehalten und bey Producirung bemeldten Hauptunions-Tractats nicht eben auch diese Articuli separati ins Gesicht und Erlesung fallen mögen.“

Erstens wird ausdrücklich bestimmt, daß die militärische Hilfe auch dann geleistet werden muß, wenn ein Mitglied des Bundes „der römisch=katholischen Religion wegen“ angegriffen und bedrängt werden sollte. Zweitens wird, wie im Entwurf, die Verpflichtung der Bundesgenossen zu wechselseitiger Unterstützung auch auf Heiratsallianzen, bischöfliche Wahlen und Koadjutorien ausgedehnt. Der letzte Artikel endlich bezieht sich auf die während der Unions=Verhandlungen immer wieder zur Sprache gekommene Abwehr der Uebergriffe des Fürstenkollegiums; die vier verbündeten Kurfürsten sollen niemals zu der von den Fürsten angestrebten Einrichtung einer perpetuierlichen Wahlkapitulation ihre Zustimmung geben, damit den Kurfürsten das Recht gewahrt bleibe, den Kaisern und Königen eine nach ihrem Ermessen aufzurichtende Kapitulation vorzulegen. Auch soll — im Interesse der fürstlichen Mitglieder des Wittelsbachischen Hauses — nach Kräften verhindert werden, daß den neuen Fürsten, deren Zahl zu Verkleinerung und Verdunklung der alten kurfürstlichen und fürstlichen Dynastien durch kaiserlichen Machtspruch über Gebühr erhöht worden sei, die angestrebte Gleichstellung mit den alten Häusern gewährt werde.

Ueber die gemeinsame Führung des Vikariats wurde ein besonderer, 19 Artikel umfassender Vertrag aufgerichtet.

Bei Erledigung des kaiserlichen Thrones soll ein aus einem Präsidenten und 6 Beisitzern bestehendes Vikariatsgericht in Thätigkeit treten. Der Präsident soll immer von Bayern ernannt werden, doch darf die dazu ausersehene Persönlichkeit „weder Chur=Bayern, noch Chur=Pfalz mit Raths=, Dienst= und Lehenpflichten oder sonst in einige andere Wege vorhero subject und zugethan, sondern ein immediat Reichsglied“ sein. Die sechs Beisitzer werden zur Hälfte von Bayern, zur Hälfte von Pfalz ernannt; der erste und älteste soll von Kurpfalz den Titel eines Kanzlers erhalten, bei den Beratungen die erste Stimme und auch in publicis nach dem Präsidenten den ersten Rang haben. Die übrigen Artikel des Vergleichs beziehen sich auf das untergeordnete Personal, auf Abfassung, Ablesung ꝛc. der Beschlüsse, Unterschriften,

Expedition, Siegelung, Taxen u. s. w. Das Vikariatsgericht soll weder in kurbayerischen noch in kurpfälzischen Landen, sondern in loco tertio, und zwar entweder in Frankfurt, oder wenn hier gerade die Kaiserwahl vorbereitet werde, in Augsburg zusammentreten.

Hausvertrag und Vikariatsvergleich wurden von Karl Philipp zu Mannheim unterzeichnet, sodann mit Begleitschreiben vom 29. Mai nach München zurückgesendet.

Nicht so glatt verlief die Verhandlung in Bonn. Wurde doch sogar in den nämlichen Tagen, während Bayern und Pfalz sich die Hände reichten, die Befürchtung rege, daß Klemens August aus Furcht vor einer Besetzung seines Erzstifts mit Preußen gemeinsame Sache mache. Klemens August stellte dies zwar in einem Briefe an seinen Vater in Abrede. Allerdings habe sich unlängst vorübergehend ein preußischer Minister an seinem Hofe aufgehalten, aber nur wegen eines Kartells wegen Auslieferung von Deserteuren. Als guter, gehorsamer Sohn werde er niemals eine Verbindung eingehen, welche der Vater nicht billige, und werde auch der Hausunion willig und mit Freuden beitreten. Ein bedenklicher Kommentar zu dieser Erklärung ist aber in einem gleichzeitigen Schreiben des kölnischen Ministers Zechmann an Unertl gegeben. Der Kurfürst von Köln, so heißt es darin, könne ohne Gefahr den Unionsvertrag unterzeichnen, da ja doch „bei unverhoffter widriger Begebenheit aus der Sache zu kommen, das Thor offen bleibt“; wenn dies nicht der Fall wäre, müßte der Fürst freilich ernstlicher des Landes preisgegebene Lage, als seines Hauses Konvenienz berücksichtigen. Erst im Herbst scheint sich Klemens August zum Beitritt entschlossen zu haben; wenigstens ist in einem Briefe Karl Philipps an Max Emanuel vom 19. Oktober 1724 die Mitteilung eingeflochten, daß nunmehr auch Kurköln den Unionsrezeß unterschrieben habe.

Ueber den Beitritt der übrigen Fürsten des Wittelsbachischen Hauses, deren Unterschriften der Hausvertrag aufweist, des Kurfürsten Franz Ludwig von Trier, des Erbprinzen Joseph Karl von Pfalz-Sulzbach, des Herzogs Ferdinand Maria, Landgrafen

von Leuchtenberg, und des Herzogs Johann Theodor, Bischofs von Regensburg, fehlen uns nähere Nachrichten. Charakter und Zweck des Bündnisses erklären zur Genüge, weshalb die evangelisch-lutherischen Vertreter der Nebenlinien Birkenfeld-Zweibrücken und Birkenfeld-Gelnhausen, die Herzoge Christian III. und Johann I., zum Beitritt gar nicht aufgefordert wurden; auch der katholische Graf Ferdinand von Wartenberg scheint — entgegen dem oben erwähnten Gutachten Unertl's — keine Einladung erhalten zu haben.

Die Hausunion bedurfte nach den Bestimmungen der westfälischen Friedensakte keiner kaiserlichen Bestätigung, wohl aber der Vikariatsvergleich. Dies wird ausdrücklich in dem oben angezogenen Briefe Karl Philipps anerkannt: um dem Vikariatsvergleich Giltigkeit zu verschaffen, sei die kaiserliche Zustimmung einzuholen, und der pfälzische Geheimrat Graf Hallberg sollte deshalb in München mit den bayerischen Räten wegen geeigneter Mitteilung an das kaiserliche Kabinet alles weitere verabreden.

Am 2. April 1725 sandte Max Emanuel die Urkunde an Mörmann, damit er wegen der kaiserlichen Bestätigung vorerst mit dem Reichsvicekanzler Grafen Schönborn ins Benehmen trete. In gleichem Sinn sollte der pfälzische Gesandte Baron Francken die kaiserlichen Minister zu beeinflußen suchen. Doch zeigte es sich bald, daß die Aussöhnung der Wittelsbacher, mit deren Hausmacht fortan die kaiserliche Politik rechnen mußte, in Wien gar nicht freudig und freundlich angesehen wurde. Auf die erste Mitteilung Mörmanns erwiderte der Vicekanzler, der Kaiser werde sicherlich mit Vergnügen von der Regelung der Vikariatsfrage Kenntnis nehmen. Als aber Mörmann dem Kaiser selbst Bericht erstattete, wurden von diesem „nur einige Wort unter den Zähnen und etwas undeutlich geredet"; die Antwort mochte wohl den Sinn haben, es sei genehm, daß der Vergleich zu Stande kam, aber Mörmann glaubte aus allem entnehmen zu müßen, daß der Kaiser „wegen der guten Freundschaft zwischen Bayern und Pfaltz jalousie verspüre." Nicht besser ergieng es dem pfälzischen Gesandten. Als er dem Kaiser in Laxenburg

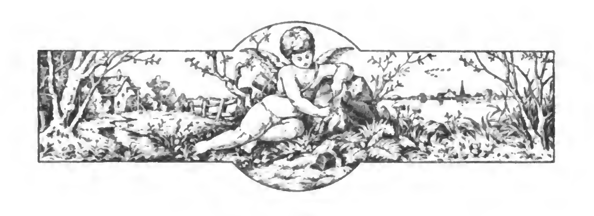
einen auf den Ausgleich bezüglichen Brief seines Fürsten vorlas, „hat I. Kays. Majestaet solches zimblich umbständlich beantwortt, worvon aber derselbe mehrer nit, dann einige wenige wortt, alß ‚überlegen‘ und ‚Freundtschaft‘ verstanden hat.“ Auch die Verhandlungen mit den kaiserlichen Ministern verliefen ohne günstiges Resultat. Es wurde von ihnen bestritten, daß der Kaiser allein für sich den Vikariatsvergleich bestätigen könne. „Quod omnes tangit, ab omnibus debet approbari,“ erklärte der Präsident des Reichshofrats, Graf Windischgrätz; nicht der Reichshofrat, sondern nur der Reichstag könne die gewünschte Bestätigung geben. Es half nichts, daß Mörmann spitzig erwiderte, es würde vom Reichshofrat allein in gar vielen Sachen entschieden, bei welchen eigentlich auch Kurfürsten und Fürsten mitzureden hätten. Nur der Beichtvater des Kaisers, Pater Tonnemann, nahm mit Befriedigung die Nachricht auf, daß endlich der peinliche Streit zwischen Bayern und Pfalz geschlichtet sei, aber gerade dieser Gönner riet dringlich davon ab, die Sache an den Reichstag zu bringen, „dann es allda viel verdrießlichkeit der Religion halber geben würde“. Wie die Dinge zur Zeit lagen, war ja in der That an Bestätigung eines Vertrags, in welchem die katholischen Interessen so stark ausgeprägt und zu welchem die akatholischen Agnaten gar nicht herangezogen waren, durch den Reichstag nicht zu denken, und da sich der Kaiser in eigener Kompetenz nicht dazu verstehen wollte, blieb nichts andres übrig, als vorläufig von Erledigung abzusehen und einen günstigeren Zeitpunkt abzuwarten.

Es kann hier nicht mehr des nähern auf die Schicksale der Wittelsbachischen Hausunion eingegangen werden. Schon kurze Zeit nach Abschluß des Vertrags war ja der neue Bund schon wieder aufs ernstlichste gefährdet! Als durch die Umtriebe des Abenteurers Riperda die Politik der europäischen Kabinette sozusagen auf den Kopf gestellt wurde, Kaiser Karl mit seinem alten Nebenbuhler Philipp, Frankreich mit den protestantischen Mächten sich verband, wollte sich Karl Philipp unter allen Umständen jenem angeblich die katholische

Sache vertretenden Bündnis anschließen; dagegen zeigte Max Emanuels Nachfolger, Karl Albert, der kurz vorher der Hochzeit Ludwigs XV. in Versailles beigewohnt hatte und durch schmeichelhafte Aufnahme und glänzende Versprechungen für das französische Interesse gewonnen worden war, mehr Neigung zum Eintritt in das hannöversche Bündnis. Doch aus Widerwillen gegen den „lutherischen Beigeschmack“ jenes Bundes fügte er sich schließlich den Vorstellungen Karl Philipps und trat der spanisch-österreichischen Allianz bei. Kaum war jedoch diese „wahre, aufrichtige, ewig und unzertrennliche Freundschaft“ beschworen, so gewannen die Zweifel an der Ersprießlichkeit der eingegangenen Verpflichtungen die Oberhand, und die in München durch Herrn von Rezay angeknüpften Verhandlungen führten schon am 12. November 1727 zur Allianz zwischen Bayern und Frankreich. Inzwischen war aber auch am Mannheimer Hofe insbesondere infolge der zweideutigen Haltung des kaiserlichen Kabinetts in der Jülich-Berg'schen Erbfrage ein Umschwung eingetreten. Auch Karl Philipp erblickte fortan in König Ludwig den schätzbarsten Gönner, und der Vertrag von 1727 wurde auch auf Pfalz, Trier und Köln ausgedehnt Am 16. April 1728 wurde zu Mannheim aus Anlaß des Kongresses von Soissons die Union zwischen den vier Kurfürsten Wittelsbachischen Stammes erneuert; ein Nachtragsprotokoll enthielt die Bestimmung, daß zur Unterstützung der Hausinteressen um Frankreichs Beistand nachgesucht werden soll, d. h. die Union wurde unter französischen Schutz gestellt. Die eigentlichen Zielpunkte dieser Politik enthüllt Karl Albert in einem eigenhändigen Briefe an den zum Kurfürsten von Mainz und Erzkanzler des deutschen Reichs erhobenen Franz Ludwig: „Die Freundtschaft und gutte Verständtnuß mit dem Wienerischen Hoff ist auf alle weis zu menagiren, jedoch solchergestalten (absonderlich in erwegung, daß das Haus Oesterreich nur in zweyen augen mehr besteht), daß andere, auch auswärttige gutte Freund nit allein nit verabsäumbet, sondern villmehr auf alle weis beybehalten werden.“ Nach Franz Ludwigs Tod (1734) erneuten die überlebenden drei Kurfürsten nochmals den Vertrag

von 1724. Freundschaft und Bündnis sollen immer und ewig bestehen; nur in Bezug auf die einzelnen Verpflichtungen wird die Giltigkeit des Vertrags bis zum Jahr 1743 festgesetzt.

Noch ehe diese Frist ablief, starb Kaiser Karl VI. (20. Okt. 1740): nun bot sich freie Bahn, um das letzte Ziel des Vertrags von 1724 anzustreben. Die Kaiserwahl Karls VII. ist als Folge und Erfolg der Hausunion anzusehen; freilich war die Hoffnung trügerisch, daß damit, wie Karl Philipp gemeint hatte, dem Hause Bayern „der principatus in allen des hl. Römischen Reichs vornehmbisten Dingen ein für immer und allemal gesichert“ sein werde.



IX.

Geschichtsforschung und Archivwesen.

Es ist noch nicht so lange her, daß Bücher wie Urkunden als Schätze betrachtet wurden, die man so viel wie möglich geheimhalten müsse.

Der Nachweis, wie im christlichen Zeitalter seit Nicola Niccoli, dem Begründer der ersten öffentlichen Bibliothek, der Zweck einer solchen bald erkannt, bald verkannt worden, würde zu weit führen. Ich erinnere nur an König Karl V. von Frankreich, der die „königliche Bibliothek“ täglich bei anbrechender Dunkelheit mit 30 Kerzen erleuchten ließ, damit die Studierenden zu keiner Zeit ihre Arbeiten unterbrechen müßten. Als Bayer kann ich mir nicht versagen, an die reichhaltige Bücherei der Fugger zu erinnern, die wenigstens Gelehrten immer offen stand. Im allgemeinen aber hatten zu den großen Bibliotheken noch zu Anfang unsres Jahrhunderts nur wenige Bevorzugte Zutritt. In den nächsten Jahrzehnten besserte sich dies zwar einigermaßen, doch beinahe überall bestanden noch Vorschriften, welche die Benützung insbesondere der Handschriften außerordentlich erschwerten. Die sogenannte „öffentliche“ Bibliothek in München war zwei- bis dreimal in der Woche ein paar Stunden lang geöffnet. Zum Entleihen von Büchern waren nur die Staatsdiener vom Collegialrat aufwärts berechtigt. Handschriften durften nur mit besonderer Bewilligung des Vorstands eingesehen, nur mit besonderer Genehmigung der allerhöchsten Stelle ausgeliehen werden. Außerhalb der Stadt

und ins Ausland — und als Ausland galt auch schon der grenznachbarliche deutsche Bundesstaat — durfte kein Buch, geschweige denn eine Handschrift ohne allerhöchste Bewilligung und besondere Bürgschaft der betreffenden Gesandtschaft ausgeliehen werden.

Das hat sich alles gründlich und erfreulich geändert.

In der ganzen gebildeten abendländischen Welt wird gegenwärtig die Freiheit des geistigen Verkehrs als notwendig anerkannt und gefördert, die öffentlichen Bibliotheken verdienen jetzt in Wahrheit ihren Namen, jedermann hat Zutritt, das Ausleihen von Büchern nach Hause ist längst über den Rahmen der bestehenden Vorschriften erleichtert, auch die Versendung von Büchern hat z. B. gerade in München in großartigem Maßstab zugenommen. Dadurch erst wird es auch dem Manne mit geistigen Bedürfnissen auf dem Lande ermöglicht, auf Biertisch und Tarok zu verzichten und sich mit guter Lektüre oder eigener Forscherarbeit zu beschäftigen.

Auch die Benützung der Handschriften ist so ziemlich überall von lästigen Bestimmungen befreit. Der Zutritt zu den Handschriften steht zwar nicht schlechtweg jedermann offen, aber niemand, der Vertrauen verdient, wird abgewiesen; die Entscheidung, wer zugelassen werden soll, ist den Bibliothekbeamten anheimgestellt, die ja auch weit besser darüber urteilen können, als die Ministerien. Etwas genauer sieht man sich allerdings diejenigen an, welche Handschriften zu Hause benützen wollen. Es wird denn auch nicht überall diese Erlaubnis gewährt, aber auch die Gegner dieser Erleichterung schwinden immer mehr, denn die Vorteile eines liberalen Verfahrens gegenüber vertrauenswürdigen Persönlichkeiten überwiegen weit die Nachteile. Freilich, als vor etwa 20 Jahren bei einer Feuersbrunst in Mommsens Villa in Charlottenburg ein paar wertvolle fremde Handschriften mitverbrannten, wurden Klagen laut. „Das Ausleihen von Handschriften ist nicht eine Förderung, sondern eine Gefahr für die Wissenschaft!“ hieß es, „aus den feuersichern Bibliothekräumen sollen wertvolle, sollen unersetzliche Handschriften überhaupt nicht herauskommen!“ Sicherlich mit Recht antwortete damals

Löher auf diese Warnungen: „Wollte man das streng durchführen, so würde der Wissenschaft in 10 Jahren mehr Schaden zugefügt, als in der That die paar Handschriften wert sind, die vielleicht in 100 Jahren deshalb zu Grunde gehen, weil sie außer ihrem gesetzlichen Aufbewahrungsort jemand anvertraut werden.“ Allerdings ist größte Vorsicht geboten, wertvolle Handschriften sollen immer nur verdienten Gelehrten und nur auf kurze Zeit ins Haus, in der Regel nur zur Benützung in einem Archiv oder in einer Bibliothek ausgeliefert werden, deren Verwaltung sich für sichere Aufbewahrung und Rücksendung verbürgt.

Nach diesen Grundsätzen wurde denn auch die Versendung von Handschriften immer allgemeiner und häufiger, bis endlich von Seite Preußens System in diese Art von Benützung gebracht wurde. Durch einen Erlaß des königl. Cultusministeriums vom 8. Januar 1890 wurden sämtliche preußische Universitätsbibliotheken und die königliche Bibliothek zu Berlin ermächtigt, Handschriften an Bibliotheken anderer Staaten direkt zu versenden, falls sich die Regierung des betreffenden Staates dazu versteht, preußischen Forschern die gleiche Vergünstigung einzuräumen.

Der Herausgeber des Centralblattes für Bibliothekwesen, Otto Hartwig, der allzeit für liberales Verfahren überzeugungstreu eingetreten war, hatte die Freude, alsbald eine Reihe von neuen Erlassen namhaft machen zu können, wodurch im Geiste der preußischen Verordnung direkte Versendung von Handschriften ermöglicht wurde. Auch die Wiener Hofbibliothek, deren engherzige Zurückhaltung unter der früheren Direktion — abgesehen von den wirklichen Vorfällen — einen ganzen Sagenkreis geschaffen, hat sich unter Hartls Leitung dem liberalen System angeschlossen. Nur einmal wurde eine Klage laut — in einem Bericht der Centraldirektion der Monumenta Germaniae — über die Wolfenbütteler Bibliothek, die keine Handschriften mehr versenden wolle. Oberbibliothekar von Heinemann begründete in einer öffentlichen Erklärung die Weigerung damit, daß in einer ganzen Reihe von Fällen nach auswärts gesandte Manuskripte infolge schonungsloser Behandlung oder nachlässiger Verpackung arg beschädigt zu-

rückgekommen sind. Es ist begreiflich, daß sich der hochverdiente Leiter der Wolfenbütteler Bibliothek im Unmut über die Mißachtung fremden Eigentums und den Undank, der sich darin offenbarte, versucht fühlte, den liberalen Grundsätzen zu entsagen; um so freudiger muß anerkannt werden, daß auch die Leitung der Wolfenbütteler Bibliothek ihren für die wissenschaftliche Forschung bedauerlichen Beschluß bald wieder zurückgenommen hat.

Wohl mag der eine oder andere seine besonderen frommen Wünsche bezüglich der Benützung von Handschriften in einzelnen Bibliotheken hegen, — im ganzen und großen ist allen billigen Anforderungen Genüge gethan, und es braucht nur der Hoffnung Ausdruck gegeben zu werden, daß auch jene Regierungen, die sich bisher noch nicht dazu entschließen konnten, die seit 1890 für Preußen, Bayern rc. bestehenden Grundsätze anerkennen möchten, Grundsätze, die in gleicher Weise der Freiheit der wissenschaftlichen Forschung, wie der Sicherung der Handschriften Rechnung tragen.

Wenden wir uns nun zu den Archiven.

„Archiven müssen Behältnisse der Gerechtsamen des Staats und seiner heiligen Rechte seyn.“ So erklärt der pfalzbayerische geheime Archivar v. Eckartshausen 1786 Wesen und Bedeutung der Archive, und auch der Plassenburger Archivar Spieß in seiner 1777 veröffentlichten Schrift „Von den Archiven“ betrachtet den Urkundenschatz eines Staates — that subterraneous history, wie sich ein englischer Staatsmann ausdrückt, — als eine Brustwehr wider Ansprüche widrig gesinnter Nachbarn und definiert das Archiv als ein Behältnis von Papieren, welche die Rechte des Landes und des Fürsten deklarieren.

Von Benützung der Archive durch Private ist in ihrer Lehre und in ihren Instruktionen keine Rede, denn nur wenn ein amtlicher Auftrag vorlag, durfte ein Nichtbeamter ein Archiv benützen. Nur gelegentliche Auskunft in historischen Dingen, meint Spieß, soll einem namhaften Gelehrten nicht verweigert werden, und solche Aufschlüsse gestattet auch Eckartshausen, jedoch nicht ohne vor Wölfen in Schafspelzen zu warnen, so unter dem Vorwand historischer Wißbegier den Archivar über Dinge ausforschen, die

„sehr unschuldig scheinen und sehr gefährliche Folgen nach sich ziehen können."

Wie gründlich mit diesen Anschauungeu seit hundert Jahren gebrochen worden, erhellt am besten daraus, daß sich heute der Streit nur noch darum dreht, ob die Archive in erster Linie noch der Staatsverwaltung zu dienen haben oder als rein wissenschaftliche Institute anzusehen seien. Während z. B. Erhard und die meisten Historiker die Archive den Bibliotheken völlig gleichgestellt und der freien öffentlichen Benützung übergeben wissen wollen, halten Medem u. A. an der Ansicht fest, daß der organische Zusammenhang der Archive mit den Verwaltungsbehörden nicht aufgegeben werden dürfe, und daß die Archive zunächst den Staatszwecken dienen müssen. Vor Allen stellte sich Löher in jüngster Zeit auf den fiskalischen Standpunkt. „Amt und Sorge der Archivare muß nicht auf ihre Delikatessen, d. h. die Wissenschaft, sondern vorzugsweise wieder auf das tägliche Brot des Staats und seiner Bürger gerichtet werden, mit anderen Worten, sie sollen wieder hauptsächlich für Staat und Recht und daneben für die Geschichtsforschung arbeiten."

Der ganze Streit hat im Grunde genommen nur eine akademische Bedeutung. Denn Stellung, Einrichtung, Zweck und Leistungen der Archive können gar nicht nach einem und demselben Muster bestimmt und abgegrenzt werden; jedes ist so zu sagen eine Persönlichkeit und will nach seiner Eigenart behandelt sein. Ein ehemaliges archivum secretum, dessen Inhalt hauptsächlich den Hof- und Staatssachen gewidmet ist, kann heute leichter in den Dienst der Wissenschaft gestellt werden, als ein archivum cancellariae, wie Struve es nannte, eine Sammelstätte für diejenigen amtlichen Schriftstücke, welche auch heute noch in Fragen über Recht und Eigentum, Rang und Ordnung eine Entscheidung ermöglichen. Eine Trennung aber der rein historischen Urkunden von solchen, die noch gegenwärtig praktischen Wert besitzen, ist weder in dem einen noch in dem andern Archiv gründlich durchzuführen, denn sehr viele Schriftstücke werden zugleich für den einen, wie den anderen Zweck nützlich und wertvoll sein.

Das Archiv kann aber Mittelpunkt praktischer Thätigkeit für den Staat sein, ohne daß dabei die historische Wissenschaft verliert. Zu diesem Zweck ist nur erforderlich, daß die Beamten nach beiden Seiten die nötige Vorbildung genossen haben und daß namentlich in größeren Instituten die Teilung der Arbeit richtig gehandhabt, d. h. jeder Beamte mit Rücksicht auf seine besonderen Fähigkeiten und Kenntnisse an den rechten Platz gestellt und mit der rechten Aufgabe betraut wird.

Um der doppelten Aufgabe des Archivs gerecht zu werden, wird der Staat freilich das „Archivgeheimnis" auf das Mindestmaß beschränken müssen.

Für unbedingte Archivfreiheit kann ich mich nicht entscheiden, aber ebenso wenig könnte ich mich dazu entschließen, ganze Kategorien von Archivalien von vornherein von der Benützung auszuschließen.

Löher führt fünf Fälle an, in denen auch noch heute das Archivgeheimnis berechtigt und von Nutzen sei. Sehen wir einmal zu, inwieweit wir ihm zustimmen können.

Gegen die erste Forderung wird sich überhaupt kein Widerspruch erheben lassen. Jedes Herrscherhaus kann für sein eigentliches Famienarchiv das gleiche Recht beanspruchen, wie jede Adels- oder Bürgersfamilie: das Oberhaupt der Familie, also in diesem Fall der Landesherr selbst, gewährt oder versagt den Zutritt. Doch wäre allzu große Ängstlichkeit wohl kaum am Platze. Wenn Löher sagt, daß kein Archivar es verantworten möchte, einem Vehse alle Familienschriften in die Hand zu geben, erinnere ich daran, daß — abgesehen davon, daß Vehse selbst Archivar war, — für die Geschichte der deutschen Höfe fast nur gedrucktes Material benützt worden ist, daß überhaupt für eine Chronique scandaleuse die jedem zugängliche Pamphletliteratur weit ergiebigeren Stoff bietet, als die Archive, ja, daß die Kenntnis des archivalischen Stoffes einen halbweg ehrlichen Publizisten eher abhalten als anregen wird, unbeglaubigten Anekdotenkram in seinen Darstellung aufzunehmen.

Auch der Staat, sagt Löher, ist in seinem vollen Recht

wenn er die Verhandlungen und Verträge mit auswärtigen Mächten, sowie die Instruktionen und Berichte seiner Gesandten, Konsuln und sonstigen Agenten der Oeffentlichkeit so lange vorenthält, so lange er noch irgend ein Interesse dabei hat, daß sie nicht bekannt werden.

Dies hängt mit der Frage nach dem Normaljahr für Archivbenützung zusammen, die wir später ins Auge fassen wollen. Es sei hier noch bemerkt, daß Löher alles, was vor dem Jahr 1802 liegt, als historischen Stoff betrachtet, daß die Wahl dieser zeitlichen Grenze aber wohl kaum ausreichend begründet sein dürfte.

Drittens verlangt Löher Geheimhaltung für alle Schriftstücke und Bücher, welche über die Domänen und sonstigen Vermögensrechte des Staates Aufschluß geben, über gewisse Verwaltungsgrundsätze, über die Beamtendisciplin, über politische, kirchliche und andere Maßnahmen der Staatsverwaltung, über politische und geistliche Verschwörungen und „all dergleichen, was noch der Gegenwart angehört.“

Den Schlußsatz verstehe ich nicht. Das von Löher aufgestellte Normaljahr würde ja doch für die Schriftstücke dieser Kategorie Geltung haben; inwiefern aber eine Verschwörung unter Philipp II. oder eine disciplinäre Bestrafung aus der Zeit Friedrichs II. oder politische und kirchliche Maßnahmen Kaiser Karls VI. noch „der Gegenwart angehören“ könnten und deshalb von der Benützung ausgeschlossen werden sollten, ist mir nicht erfindlich.

Eine besondere Würdigung verlangen nur die an erster Stelle aufgeführten Akten und Urkunden, die über die Domänen und sonstigen Vermögensrechte des Staates Aufschluß geben, mithin wirklich „noch der Gegenwart angehören“; damit hängt die wichtige, viel erörterte Frage zusammen, ob Privaten und Gemeinden auch in solchen Fällen Archivalien vorgelegt werden sollen, wenn das fiskalische Interesse dadurch gefährdet werden könnte.

Im Gegensatz zu Löher glaube ich mich gerade in diesen Fällen für unbedingte Archivfreiheit aussprechen zu müssen. Mag

der Staat einmal in Folge der Vorlage von Archivalien an Gemeinden oder Private des Anrechts auf ein Stück Schwemmland verlustig gehen oder aus seinen Mitteln einen Kirchturm ausbessern lassen oder einen Forst an einen privaten Besitzer zurückerstatten müssen, so sind das geringfügige Nachteile im Vergleich mit dem Uebelstand, daß der Staat durch Vorenthaltung der Archivalien gegen Recht und Billigkeit verstößt. Ich habe eine zu hohe Vorstellung von dem Wesen und von der Aufgabe des modernen Staates, als daß ich zugeben könnte: der Staat habe das Recht, seine Beamten zu widerrechtlichen Handlungen zu verhalten. Wenn aber ein Archivar wider besseres Wissen erklärt, die Archivalien, die zur Aufklärung einer vermögensrechtlichen Streitfrage dienlich sein würden, seien nicht vorhanden oder nicht auffindbar, handelt er doch wohl im Widerspruch mit dem Recht.

Man wende nicht ein, daß es ja auch dem Belieben des Privatmannes anheim gegeben sei, ob er sein Archiv oder seinen Schrank öffnen will, um ein für einen Rechtshandel wichtiges Schriftstück auszuliefern. Der Staat steht auf einer höheren Stufe; der Staat, der die für Alle gültigen Gesetze gibt, darf nicht am kleinen Vorteil haften, wie der Privatmann. Das Staatsarchiv ist ein Institut, das von der Gesamtheit erhalten wird; als solches muß es auch der Gesamtheit zugänglich sein; nur wenn ein höheres allgemeines Interesse, das Staatswohl, in Frage kommt, darf die Pforte verschlossen werden, in rein privatrechtlichen Angelegenheiten aber soll der Fiskus das Recht der Benützung öffentlicher Archive mit jedem anderen Interessenten teilen. Es war ein bedeutsames Ereignis, daß 1878 im bayerischen Abgeordnetenhaus, als der Streitfall Gemeinde Poppenreuth contra fiscum wegen Verweigerung der Archivbenützung zur Sprache kam, eine erdrückende Mehrheit von Mitgliedern aller Parteien für das Recht der Gemeinde stimmte.

Forderungen des gesunden Menschenverstands müssen im Laufe der Zeit erfüllt, ein sogenanntes „Staatsintesse“ darf dazu nie in Gegensatz gebracht werden. Das wird sich auch in diesem Fäll zeigen.

Auch die vierte Satzung Löhers ist eine beschränkende. Da der Archivar auch die Rechte Dritter zu wahren habe, soll er sich bei jedem Schriftstück fragen, ob nicht durch dessen Vorlage Besitz- und Eigentumsrechte von Gemeinden und Privaten geschädigt werden könnten. Soll er sich aber nicht auch fragen, ob durch die Vorlage anderen Privaten oder Gemeinden genützt werden könne? Aus diesen Schwierigkeiten und Subtilitäten rettet, wie ich meine, der Grundsatz: Akten, die in das Archiv gekommen sind, haben von vornherein als öffentliche, und, insofern eine Gegenpartei daran beteiligt ist, als gemeinschaftliche zu gelten. Natürlich gilt das Nämliche nicht von den Registraturen; in Italien besteht der vernünftige Grundsatz zu Recht, daß Kriminalakten 70 Jahre nach der letzten Verhandlung, Verwaltungsakten schon nach 30 Jahren als Archivalien anzusehen und demgemäß der freien Benützung überlassen sind.

An fünfter Stelle fordert Löher, daß alles, was die öffentliche Sittlichkeit beleidigen, ein konfessionelles Aergernis geben oder den guten Ruf einer Familie schädigen könnte, von der Benützung ausgeschlossen werde.

In solcher Allgemeinheit wenigstens kann ich auch die Berechtigung dieser Forderung nicht zugeben. Was ist nicht alles schon von ängstlichen Zensurbehörden um der „öffentlichen Sittlichkeit“ oder des „konfessionellen Aergernisses“ willen verboten worden! Wenn Löher als Beispiel anführt, man werde doch nicht jedermann die Akten der Jesuiten zur Durchsicht überlassen, so sage ich, daß überhaupt nicht schlechtweg jedermann Zutritt zum Archiv gewährt zu werden braucht. Das ist ja auch auf Bibliotheken nicht der Fall; man wird Gymnasiasten nicht erotische Romane oder Arbeitern im Werkelkleide nicht kostbare Kupferwerke aushändigen. Wer aber einmal Zutritt zum Archiv erlangt, dem sollen auch die Akten der Jesuiten nicht vorenthalten werden, wie ich es auch nie habe begreifen und billigen können, daß die Klostersäkularisationsakten von jeher schlechtweg als „tabu“ betrachtet werden.

In der Gegenwart ist die Heimlichkeit nicht mehr erstes Gesetz und Lebensbedingung der Archive! Wie Kleinstaaterei aus der Politik, so soll auch kleinstaatliche Engherzigkeit für die Archive der großen und kleinen Staaten verschwinden.

Nirgends war die Archivbenützung so erschwert, wie in Oesterreich zu Metternichs Zeiten und auch noch in den Tagen der Reaktion nach 1848. Das Staatsarchiv wurde, so erzählt Arneth in seiner hochinteressanten Selbstbiographie, „nicht weniger vom Ministerium selbst, als von der Archivverwaltung als ein Sammelpunkt sorgfältigst zu hütender Staatsgeheimnisse betrachtet und deshalb, wenigstens insofern es die neuere Zeit anging, vor jedem profanen Auge sorgfältigst verschlossen.“ Es fehlte also nicht an lauter, wie versteckter Opposition, als sich Arneth, der als entschiedener Gegner des Geheimhaltungssystems bekannt war, 1859 um die durch den Tod Chmels erledigte Stelle eines Vizedirektors am Staatsarchiv bewarb.

Der Sieg Arneths über seine Widersacher und seine Uebernahme des wichtigen Archivs waren für die historische Forschung von erfreulichsten Folgen. Ein frischer Luftzug drang in die dumpfen Gewölbe, es schwanden die Klagen über Strenge und Engherzigkeit in Bezug auf Verwertung der Archivschätze, Schritt vor Schritt wurde die Umwandlung in ein vorwiegend wissenschaftliches Institut durchgeführt. „Während früher die Zulassung eine Ausnahme und die Abweisung die Regel war, sollte künftighin gerade das Umgekehrte der Fall sein.“ Die auf Arneths Antrag durchgeführten Reformen im Wiener Archiv sind epochemachend in der Geschichte des Archivwesens. Von größter Wichtigkeit war, daß das Recht, Privatpersonen die Benützung von Archivalien zu erlauben, ausschließlich dem Archivleiter zugestanden wurde, „denn“, so heißt es in dem betreffenden Erlaß, „Niemand erscheint ja besser befähigt als gerade Sie, diesfalls ein maßgebendes Urteil zu fällen.“ Durch dieses Wort des Sektionschefs v. Hoffmann, der vorurteilslos der Wahrheit die Ehre gab, wurde ein breiter Strom nutzloser Vielschreiberei abgegraben; von allen den Befürchtungen aber, die damals gegen

die „revolutionäre" Vereinfachung des Verfahrens geltend gemacht wurden, hat sich nicht eine bewährt.

Eingetroffen dagegen ist, was Arneth dem Ministerium als Frucht einer liberalen Archivverwaltung verheißen hat, daß sich in kurzer Zeit „ein Aufschwung der geschichtlichen Studien in Oesterreich" bemerkbar machen, ja „das Ansehen des Staates wesentlich heben" werde! Welcher Lärm wurde in der österreichischen Presse laut, als Arneth auch „den offenen Feind Oesterreichs", Heinrich v. Sybel, zu unbeschränkter Benützung des Staatsarchivs zugelassen! Doch allen Angriffen gegenüber blieb Arneth fest bei seiner Ueberzeugung, daß man den preußischen Historikern vor allen anderen die Einsicht in jene Urkunden gestatten müsse, an welchen sie die Gültigkeit ihrer Anschauungen erproben können.

Gewiß ist dieser Standpunkt der einzig richtige! Sogar in Fällen, wenn die Politik eines Fürsten oder Staatsmannes zu Mißerfolgen geführt hat oder vom moralischen Standpunkt aus verurteilt werden muß, kann das Urteil darüber nur günstiger sich gestalten, wenn man sowohl die Beweggründe, wie die einflußreichen Nebenumstände wo möglich aus der eigenen Darlegung des Betreffenden genauestens kennen gelernt hat.

Welcher Umschwung sich in Wien vollzogen, wie weit das Wiener Archiv dadurch die Schwesterinstitute überflügelt hat davon konnte ich mich selbst in den Jahren 1872 und 1873 überzeugen. Damals besuchte ich, um für meine Geschichte des österreichischen Erbfolgestreits Material zu sammeln, nacheinander die Archive in Dresden, Berlin und Wien.

In Dresden fand ich die freundlichste Aufnahme. Schon damals war dort dem Forscher die Einsicht in die Repertorien gestattet, doch mußte ich einen Bürgschein unterschreiben, daß ich alle Abschriften und Auszüge der Archivleitung vorlegen und nur das Gebilligte veröffentlichen wolle. Freilich, als ich dann dem alten, liebenswürdigen Direktor Karl v. Weber den Stoß Excerpte vorlegte, sagte er: „Ja, das soll ich alles durchsehen? Das ist ja unmöglich! Ich will Ihnen etwas sagen: Drucken

Sie, was Sie wollen, aber wenn es für die Preußen unangenehm ist, sagen Sie nicht, daß Sie es aus dem Dresdener Archiv haben!"

In Berlin war man strenger. Auch dort mußte ich einen ähnlichen Revers wie in Dresden unterzeichnen; die abgelieferten Abschriften wurden aber zurückbehalten, und als sie mir einige Wochen später wieder eingehändigt wurden, waren aus vielen Blättern — ich besitze dieselben noch heute — größere oder kleinere Textstücke herausgeschnitten.

Nun kam ich nach Wien und erbat mir Einsicht in die für für den Anspruch Bayerns auf Oesterreich entscheidenden Urkunden, wohlbemerkt, Urkunden, die nach Hormayrs und Anderer Behauptung gefälscht sein sollten! Wie viel Perückenstaub würde eine solche Forderung einige Jahrzehnte früher aufgewirbelt haben! Und jetzt? Um 10 Uhr stellte ich mich Hrn. v. Arneth vor, um 1/2 11 Uhr saß ich schon vor den Urkunden, suchte nach den angeblich geschabten und überschriebenen Stellen und fand, daß nichts geschabt und überschrieben war!

Allmählich brachen sich Arneths Anschauungen auch anderwärts Bahn, ja, in manchen Archiven wurde vielleicht noch entschiedener mit dem Alten gebrochen. Immerhin muß, wie Arneth mit berechtigtem Selbstgefühl hervorheben darf, „dem Vorantritt des österreichischen Staatsarchivs das Verdienst davon zugeschrieben werden, wenn überhaupt in den civilisierten Staaten Europas das frühere System überflüssiger Geheimniskrämerei im Archivwesen mehr und mehr über Bord geworfen wurde."

In Berlin, wo man mir 1873 meine Fridericiana nur verstümmelt ausgeliefert hatte, wurde mit den engherzigen Anschauungen so gründlich gebrochen, daß die Archivleitung selbst unbeschnitten und unbeschränkt die gesamte politische Korrespondenz Friedrichs des Großen herausgab, ein Unternehmen, dessen Kühnheit und Großartigkeit man erst richtig schätzen lernt, wenn man beispielsweise die unter Napoleons III. Auspicien besorgte Herausgabe der Correspondance de Napoléon I. damit vergleicht. Mag immerhin die rückhaltlose Veröffentlichung auch der intim-

sten Briefschaften den Uebelwollenden manche Waffe liefern, — die Offenheit wird trotzdem nur gute Früchte tragen, denn auch die bedenklichsten Enthüllungen reichen nicht an das Ungeheuerliche, was die durch Verdachtgründe erregte Einbildungskraft so mancher Publizisten ausgebrütet hat. Schon 1879 glaubte Sybel versichern zu dürfen: „Es gibt kein Archiv in Europa, welches den wissenschaftlichen Studien in höherem Grade zugänglich wäre, als die preußischen."

Auch in Bayern und den meisten deutschen Staaten wurde allmählich das Recht der Zulassung zu wissenschaftlicher Archivbenützung dem Archivleiter überlassen. Und glücklicherweise sind auch jene ängstlichen Archivare aus der Welt verschwunden, von denen Burckhardt noch ein wunderliches Exemplar kennen gelernt hat. Als Burckhardt in irgend einem Archiv einen an Albrecht Achilles gerichteten Brief von 1472 abzuschreiben wünschte, worin eine anmutige Beschreibung der Aussicht von der Veste Plassenburg enthalten war, wurde ihm der Wunsch vom Archivar abgeschlagen, mit dem Bedeuten: „Da könnten die Hohenzollern noch einmal Rechtsansprüche auf Bayern erheben!"

In Frankreich wechselten, wie es scheint, je nach der Regierung auch die Grundsätze der Archivverwaltung. Im Jahre 1873 erhielt ich auf zweimaliges schriftliches Ansuchen von den Archives des affaires étrangères gar keine Antwort; 1882 wurde eine Anfrage umgehend so gründlich wie nur denkbar beantwortet, und heute soll, wie von Forschern auch deutscher Nation dankbar versichert wird, mit liebenswürdigster Liberalität jede Art von Forschung unterstützt werden.

Im englischen Staatsarchiv ist, wie Grünhagen in der archivalischen Zeitschrift dargelegt hat, eine Teilung in der Weise durchgeführt, daß die Archivalien bis 1760 vollständig freigegeben sind, so daß jedermann dieselben in loco archivi benützen kann, wie die Bücher einer Bibliothek. Zur Benützung von Schriftstücken aus jüngerer Zeit ist ministerielle Erlaubnis erforderlich, wobei es hie und da nicht ohne Schwierigkeiten abgehen soll.

In Italien sind durch das Archivgesetz vom 27. Mai 1875 alle Archivalien der Oeffentlichkeit übergeben; Erlaubnis der betreffenden Ministerien ist nur nötig bei vertraulichen Personalakten und bei Dokumenten der inneren und äußeren Politik von 1815 an. Kurz, überall, sogar im vatikanischen Archiv, das früher für nicht besonders Bevorzugte hermetisch verschlossen war, haben freiheitliche Grundsätze Wurzel gefaßt, und nur mit wärmstem Danke können wir Historiker der Unterstützung gedenken, welche uns von den Archiven zu teil wird.

Doch da auch die Wünsche der Gelehrten wachsen mit dem Glück, will ich noch die eine und andere billige Forderung erörtern, deren Erfüllung nach unsrer Ueberzeugung der freien Forschung und damit auch der echten Wissenschaft zugute käme.

Der erste unsrer Wünsche bezieht sich auf Einführung eines Normaljahres für Benützung der Archivalien.

Fast in jedem Staate ist eine andere Grenze dafür abgesteckt. Mir stehen nur die Angaben in Löhers archivalischer Zeitschrift zu Gebote, die schon aus dem Jahre 1879 stammen, also jedenfalls nicht mehr auf unbedingte Richtigkeit Anspruch haben; seither ist meines Wissens eine Enquete nach dieser Richtung nicht mehr veranstaltet worden. Demnach gälte als Normaljahr in Württemberg 1700, was auf keinen Fall mehr richtig ist, in Dänemark 1750, in Frankreich 1789, in Holland 1813, in Italien 1815, in Oesterreich 1830. In Bayern — und dasselbe gilt auch wohl für die meisten anderen Staaten — ist eine einheitliche Praxis überhaupt nicht durchgeführt. Während für das geheime Staatsarchiv das Jahr 1800 als äußerste Grenze festgehalten wird, verfährt das allgemeine Reichsarchiv — möchte doch die alte Bezeichnung „Landesarchiv" wieder in ihr gutes Recht eingesetzt werden! — viel toleranter, eine feste Grenze wird hier überhaupt nicht anerkannt, sondern immer von Fall zu Fall Entscheidung getroffen. Ich selbst durfte dort und im Kreisarchiv München Kultus- und Justizministerialakten bis zum Jahre 1848 benützen.

Löher beantragte schon 1879 die Einführung eines für ganz

Deutschland gültigen Normaljahres. „Könnte man nicht alle Archivalien, die vor der großen Säkularisations-, Mediatisierungs- und Ablösungsperiode entstanden, einfach als rechtshistorisches Material betrachten und jedermann erlauben, daß er gleichwie zu wissenschaftlichen, auch zu vermögensrechtlichen Zwecken darin Forschungen anstelle? Das Gesetz würde dann lauten: Urkunden, Amtsbücher und Akten, die vor dem Jahre 1802 entstanden, sind im Sinn des § 387 der Civilprozeßordnung als gemeinschaftliche zu betrachten, soweit nicht ein Staatsinteresse politischer oder sittlicher Natur entgegensteht."

Wir haben es hier nur mit Benützung zu wissenschaftlichen Zwecken zu thun. Da ist aber die Grenze mit 1802 entschieden zu eng gezogen. Weshalb soll gerade die hochwichtige Uebergangsperiode bis zur Bildung des deutschen Bundes von der Benützbarkeit ausgeschlossen werden? Und weshalb nicht sogar über das Jahr 1816 hinausgehen, wenigstens bis zum Jahr 1848, d. h. bis zu derjenigen Zeit, in deren Urkunden allenfalls noch die Interessen von Lebenden berührt sein könnten? Erwäge man nur einmal ernsthaft und unbefangen die Frage: Welche Staatsinteressen können denn geschädigt werden durch Bekanntwerden irgend einer Verhandlung oder irgend eines diplomatischen Berichtes? Nur Gespensterseher können darin Gefahren wittern! In Preußen ist man über unsre Forderung noch hinausgegangen. Zu der bekannten Publikation Poschingers sind amtliche Aktenstücke von jüngstem Datum benützt worden. Da ist nun freilich in Bismarcks Frankfurter Depeschen zu lesen, daß der Bundestagsgesandte von X. ein Mann von bescheidener Geisteskraft sei, oder es ist dargelegt, durch welche Intriguen vor dreißig Jahren der Bundesstaat Y. dem Bundesstaat Z. ein Bein stellen wollte. Nun, welche Zwistigkeiten, welche diplomatische Fehden, welche Kriege sind denn dadurch hervorgerufen worden, daß solche Staatsgeheimnisse in die Oeffentlichkeit drangen?

Und im allgemeinen kann nur nochmals wiederholt werden: die traurigste Wahrheit über verkehrte Politik eines Staatsmannes oder einer ganzen Epoche wird immer noch glimpflicher

sein, als eine Darstellung, die sich auf Halbwissen, Gerüchte und Vermutungen stützt. Für alle Staaten gilt das goldene Wort, womit Sybel in der Einleitung zu den Publikationen aus preußischen Staatsarchiven rückhaltlose Mitteilung von Archivalien, die früher nach dem Prinzip der Leisetreterei und Vertuschelung als Sekreta anzusehen waren, verteidigt: „Schon jetzt hat die Erfahrung gezeigt, daß für uns das Interesse der Staatsklugheit und der wissenschaftlichen Kultur ein und dasselbe ist. Es gibt keine bessere Propaganda für das Ansehen Preußens in der Welt, als die authentische Kenntnis der preußischen Geschichte.“

Treitschke durfte für seine deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert die preußischen Archive benützen, die bayerischen nicht. Ist es nicht wahrscheinlich, daß er in manchen Punkten die innere und äußere Politik Bayerns günstiger beurteilt hätte, wenn er für seine Darstellung nicht bloß auf die Angaben preußischer Diplomaten angewiesen geblieben wäre? Und würden ihm nicht die Berichte bayerischer Staatsmänner manchen Berliner Vorgang in anderem Lichte haben erscheinen lassen? Sind nicht die Regierungen, um jede Einseitigkeit historischer Darstellung verhindern zu helfen, geradezu verpflichtet, alle der Geschichte angehörenden und die Geschichte aufklärenden Schriftstücke, auch wenn sie der jüngeren Vergangenheit entstammen — ich sage nicht, unbedingt jedermann, aber wenigstens namhaften Forschern, gleichviel welchem Staat, welchem Bekenntnis, welcher Partei sie angehören, vorzulegen?

Und es ist ja heutzutage gar nicht mehr möglich, gewisse politische Liaisons oder andere unangenehme Erinnerungen durch einfaches Absperren des Archivs der Erörterung zu entziehen! Die Fäden der Diplomatie sind so weit verzweigt, daß wenigstens der größere Teil der Verhandlungen eines Staates, auch wenn dieser an Sekretierung festhält, aus den Papieren andrer mitbeteiligter Staaten sich erforschen läßt. Wenn ich z. B. eine Geschichte der Politik Württembergs vor Ausbruch des Krieges von 1805 schreiben will, und die Einsicht des Stuttgarter Ar-

chivs wird mir verweigert, so werden mich die Archive in Paris und Wien, Berlin und Karlsruhe so gut unterrichten, daß ich kaum über irgend einen wesentlichen Punkt im unklaren bleibe, — nur diejenigen Schriftstücke werden mir fehlen, welche die Politik Württembergs begründen, erklären und damit zum guten Teil auch rechtfertigen würden.

Ebenso aus Gründen der Opportunität, wie der Logik läßt sich also kein andrer Standpunkt verteidigen, als rückhaltlose Aufschließung der Archive bis zu einer Grenze, wo die Interessen von Lebenden ins Spiel kommen könnten; als solche Grenze möchte ich das Jahr 1848 vorschlagen, aber es soll damit nicht gesagt sein, daß nicht in einzelnen Fällen auch Schriftstücke jüngeren Datums an vertrauenswürdige Forscher vorgelegt werden sollen. In der deutschen Geschichte der neuesten Zeit würde uns noch manches dunkel und unerklärt sein, wenn nicht glücklicherweise der Archivvorstand Heinrich v. Sybel mit der nämlichen Liberalität, womit fremde Gäste in preußischen Archiven empfangen werden, auch dem Historiker Heinrich v. Sybel zu Hilfe gekommen wäre.

Vielumstritten ist die Frage: Sollen den Forschern auch die Repertorien vorgelegt werden? Die preußische Staatsarchivordnung vom 31. August 1867 sagt: „Die Vorlegung der Repertorien des Archivs findet außeramtlich niemals und an niemand statt.“ Diese Anordnung gilt meines Wissens heute noch für die preußischen Archive, und mit wenigen Ausnahmen wird auch in allen übrigen deutschen Archiven die Benützung der Repertorien versagt. Es bewog dazu in erster Reihe die Besorgnis, daß durch Bekanntwerden dieses oder jenes Schriftstückes etwas an die Oeffentlichkeit gezogen werde, was aus Staatsrücksichten besser geheim gehalten werde. Wie mich dünkt, gelten auch in diesem Punkte die Einwände, die sich gegen das Archivgeheimnis überhaupt erheben lassen. Außerdem mochte man befürchten, daß die Forscher, durch die nicht selten nur halb verständlichen Einträge verlockt, zahllose Archivalien verlangen, somit die Archivbeamten mit überflüßiger Arbeit belasten würden. Das könnte

ja vorkommen, andrerseits jedoch unterschätze man auch die Erleichterung nicht, die den Beamten dadurch geboten wird, daß der Forscher die Auffindung des zweckdienlichen Stoffes selbst übernimmt.

In Dresden und im Kriegsarchiv zu Wien sind seit langem die Repertorien in ausgedehntem Maße der freien Forschung zugänglich. Während dieser langen Uebung hat sich niemals Grund zu ernster Klage ergeben. Wir können daher mit gutem Gewissen das Beispiel Dresdens zur Nachahmung empfehlen. Auch von namhaften deutschen Archivaren selbst wurde schon für die Versammlung der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine in Landshut im September 1879 der Satz aufgestellt: „Jedenfalls muß dem Archivar freistehen, Repertorien vorzulegen."

Aber auch Drucklegung der wichtigeren Repertorien wäre erwünscht. Frankreich hat für jedes Departementsarchiv seine gedruckten Tableaux généraux, seine Catalogues généraux und seine Sommaires, also dreierlei gedruckte Inhaltsregister, so daß man annehmen sollte, es sei dort für jeden Forscher ein Leichtes, sich an das rechte Archiv zu wenden und sich das wünschenswerte Material vorlegen zu lassen. Trotzdem ist dies nicht der Fall, wie jeder weiß, der sich in jenen allzu schablonenmäßig hergestellten Verzeichnissen Rats erholen wollte. Dies spricht aber nur gegen eine mangelhafte Ausführung, nicht gegen das Prinzip. Der Herausgeber der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft hat sicherlich recht, wenn er sagt: „Natürlich sollen wir nicht einfach das Beispiel der Franzosen nachahmen, sondern wir sollen es besser machen, als sie, mit mehr historischem Sinne und weniger Schablone." Nur wirklich gut gearbeitete Repertorien sollen gedruckt werden; es ist dann Sache der Archivleitung, die inneren Ordnungsarbeiten so anzuordnen, daß allmählich nach einem zweckentsprechenden System die Archivalien einer ganzen Gruppe zur Verzeichnung und zur Veröffentlichung gelangen.

Ein wichtiges Kapitel bildet heutzutage die Versendung von Archivalien. Zu amtlichen Zwecken von jeher notwendig und üblich, wurde sie erst vor kurzem für Private gestattet, aber auch

schon in diesen wenigen Jahren ist von der Vergünstigung so reichlich Gebrauch gemacht worden, daß heute ein lebhafter direkter Archivalienverkehr unter den deutschen Archiven besteht. Nur wenige große Archive, überraschender Weise in Bezug auf Urkunden und Akten auch noch das Wiener Staatsarchiv, haben sich davon ausgeschlossen. Ist in einem Orte, wohin Archivalien versendet werden sollen, kein Archiv vorhanden, so dürfte wohl auch an eine staatliche oder städtische Bibliothekverwaltung oder andere Behörde die Versendung statthaft sein, falls dafür Bürgschaft geleistet wird, daß die Archivalien nur in amtlichen Räumen benutzt und sorgfältig verpackt wieder heimgeschickt werden. Auch mit diesem Wunsche befinden wir uns in erfreulicher Uebereinstimmung mit jener Landshuter Versammlung.

Es gäbe wohl noch andere Punkte, die den Historikern zu Wünschen oder Klagen Anlaß bieten, aber das Wesentliche ist, glaube ich, von mir hervorgehoben.

Ausgedehnte Benützung der archivalischen Schätze eines Landes sollte von den Regierungen nicht bloß gestattet, sondern gewünscht werden. Wenn zur Stärkung vaterländischer Gesinnung unbestreitbar die Kenntnis vaterländischer Geschichte beiträgt, so steht es ebenso fest, daß nur die wahrhaftige Geschichte dauernd diese Kraft besitzt. Ohne Freiheit der Forschung aber keine Wahrheit!



X.
Der angebliche Mannheimer Verrat von 1795.

Wenn sich die Aufgabe der vaterländischen Geschichtsforschung darauf beschränken würde, das Andenken an verdiente Männer und rühmliche Thaten wach zu erhalten, müßte ich als Bayer den Gegenstand, den ich hier behandeln will, unerörtert lassen. Da es aber nach meiner Ueberzeugung nicht bloß das Recht, sondern die Pflicht des wahrhaft patriotischen Historikers ist, auch diejenigen Blätter aufzurollen, auf welchen selbstverschuldete traurige Schicksale unseres Landes verzeichnet sind, so will ich unbefangen und getreu eine Episode schildern, die schon vor hundert Jahren in einer Flugschrift als „gar häcklich und dornicht" bezeichnet wird, die angeblich verräterische Uebergabe der pfalzbayrischen Residenzstadt und Festung Mannheim an die Franzosen am 20. September 1795 und die deshalb auf kaiserlichen Befehl erfolgte Verhaftung des kurpfälzischen Ministers Grafen Oberndorff und des Zweibrückenschen Ministers Abbé Salabert.

Ehe durch Prüfung der Zeugenaussagen die Thatsächlichkeit jener Ereignisse festgestellt und für ihre Beurteilung der richtige Gesichtspunkt gesucht werden kann, ist ein Blick auf die Lage des

deutschen Reiches im allgemeinen und auf die Politik der in Pfalz-Bayern und Zweibrücken regierenden Wittelsbachischen Linien im besonderen geboten.

Preußen hatte am 5. April 1795 mit der fränkischen Republik Frieden geschlossen, und durch die Konvention vom 17. Mai hatten die beiden Mächte noch überdies eine Neutralitätslinie festgesetzt, mit der Bestimmung, daß alle von derselben umschlossenen Gebiete deutscher Reichsstände von französischer Invasion befreit sein sollten, falls sie rechtzeitig ihre gegen Frankreich im Felde stehenden Truppen zurückrufen und dem preußischen Kabinett ihren Beitritt zur Neutralität anzeigen würden. Der erste Fürst, der diese Vergünstigung in Anspruch nahm, war jener, der vor drei Jahren zuerst seinen Beitritt zum Reichskrieg gegen die Republik erklärt hatte: unter Vermittlung Preußens machte Landgraf Friedrich von Hessen-Kassel seinen Frieden mit Frankreich. Es war aber ein öffentliches Geheimnis, daß noch viele andere Fürsten den Wunsch hegten, der preußischen Konvention beizutreten, und nur den geeigneten Zeitpunkt abwarten wollten. Die linksrheinischen Gebiete schienen nun doch einmal verloren zu sein, jede Anstrengung zur Wiedereroberung brachte nur neue Niederlagen, — da schien es doch rätlicher zu sein, sich ins Unvermeidliche zu fügen und sich rechtzeitig der Gunst des Siegers zu versichern, um bei dem bevorstehenden Ausgleich nicht leer auszugehen. Die Empfindung, daß man den Kaiser und den Reichsstand Oesterreich im Kampfe mit Frankreich nicht allein lassen dürfe, war — zur gerechten Würdigung des Verhaltens des pfalzbayrischen Hofes muß diese Thatsache vorangestellt werden — in keinem deutschen Kabinett lebendig; das Bewußtsein deutscher Pflichten war überall erloschen, mochte auch von dem Worte noch gelegentlich in offiziellen Kundgebungen Gebrauch gemacht werden. Wenn die Mehrzahl der deutschen Fürsten noch zögerte, dem Beispiel Preußens Folge zu leisten, so war dabei nur die Furcht maßgebend, Oesterreich könnte doch schließlich als Sieger hervorgehen und dann die Abgefallenen zur Rechenschaft ziehen, oder aber Preußen könnte seine freundschaftlichen Be-

ziehungen zu Frankreich zu ausgedehnten Annexionen ausnützen.

Solche Besorgnis allein hielt auch den Kurfürsten von Pfalz-Bayern nach Abschluß des Baseler Friedens an der Seite Oesterreichs fest. „Das Alter hatte den Fürsten übermäßig vorsichtig gemacht", — so charakterisiert ihn ein Zeitgenosse, der schon damals in die pfalzbayrische Politik eingeweiht war und zur Entstellung der Wahrheit in diesem Punkte keinen Grund hatte, der zweibrückensche, später bayrische Minister Graf von Montgelas — „und er glaubte fortwährend, die Pfalz von Frankreich, die Herzogtümer Jülich und Berg von Preußen, Bayern von Oesterreich in Anspruch genommen zu sehen. Diese Rücksicht auf die Lage seiner Besitzungen gab Anlaß zu einer Zurückhaltung, einer Abneigung gegen jede politische Thätigkeit und einer Furcht, sich irgendwie bloßzustellen, welche böswilliger Weise als Feigheit bezeichnet wurde." Karl Theodor hatte nicht umhin gekonnt, bei Ausbruch des Krieges mit Frankreich seine Truppen — langsam genug — zum Reichsheer stoßen zu lassen, aber es ist bekannt, daß er gleichzeitig insgeheim den Generälen der Republik die schmeichelhaftesten Versicherungen freundnachbarlicher Gesinnung entbieten ließ. Sie hatten soeben einen guten König umgebracht, diese Sansculottes, sie wollten alle Fürsten entthronen, und wie ihre Losung „Krieg den Palästen, Friede den Hütten" zu verstehen war, zeigten die von den „Befreiern" ausgeplünderten und in Brand gesteckten pfälzischen Städte und Dörfer, aber — es waren doch immer Franzosen, Söhne der gefeierten ersten Nation Europas! Und vielleicht konnte durch heimliche Verständigung wenn nicht die Brandschatzung der Städte, doch die Schonung der Residenzen und Lustgärten erreicht werden.

Und war die Liebelei mit dem feindlichen Nachbarn unter den gegebenen Verhältnissen gar so strafbar? War nicht derjenige, der sich den Hort des Reiches nannte und von den Ständen Ergebenheit und Opfer forderte, selbst zu Zugeständnissen an den Reichsfeind bereit, wenn sich Gelegenheit zu bieten schien, das eigene Territorium „abzurunden"?

Die wenig ehrenvolle, aber durch die Unzuverlässigkeit anderer

fast zur Pflicht gemachte Zweideutigkeit der pfalzbayrischen Politik führte schon im Januar 1793 zu peinlichem Streit mit dem kaiserlichen und dem preußischen Hofe, und schon damals stand Mannheim im Vordergrund der Verhandlungen und Umtriebe. Wir werden darüber unterrichtet durch die Korrespondenz des an der Spitze der pfälzischen Regierung stehenden Ministers Grafen von Oberndorff mit dem leitenden Minister in München, Grafen von Vieregg. Vivenot wußte um die Existenz dieser Aktenstücke und stützte darauf den Vorwurf, daß Oberndorff, „ein Mann ohne männliche Würde, inneren Gehalt und Wert, schon seit dem Jahre 1792 mit der französischen Regierung in geheimer Verbindung stand." Wenn damit gesagt sein soll, daß Oberndorff damals einem verräterischen Bündnis mit Frankreich das Wort geredet habe, so ist der Vorwurf ungerecht; aus den Aktenstücken selbst, deren Inhalt Vivenot offenbar nicht genauer bekannt war, erhellt, daß der Minister die zudringliche Bewerbung der Franzosen um ein Bündnis mit Pfalz-Bayern sogar abwies, aber freilich sich alle Mühe gab, seiner Ablehnung den bitteren Geschmack zu benehmen und den Bewerber bei guter Laune zu erhalten.

Am 15. Januar 1793 kam, wie es scheint, unvermutet der Generaladjutant des Generals Custine, Bürger Lafont, in Mannheim an; er überbrachte dem Minister ein förmliches Creditiv, worin der Hoffnung, daß die alte, feste Freundschaft zwischen Frankreich und Pfalz auch ferner aufrecht erhalten bleiben werde, in den schmeichelhaftesten Worten Ausdruck gegeben war. Oberndorff berichtete über seine Unterredung mit dem Franzosen unverzüglich nach München. Auf die „wortreichen und generalen Versicherungen des freundschaftlichen Benehmens mit der Churpfalz" habe er erwidert, die traurige Bedrückung der pfälzischen Lande durch die eingedrungenen Franzosen und die tagtäglich verübten Plünderungen und Erpressungen seien ein gar wunderlicher Beweis des Wohlwollens der Republik. „Lafont vermogte dise Vorhaltung nicht zu verkennen, ging näher heraus und trug eine engere Verbindung mit der französischen Nation unter vielen

Verheißungen und Versprechungen an, welche zu Gewinnung und Einnahm in das Verlangen dienlich und zu Verleitung treuer Ministern auf Nebenweege würksam geglaubt werden.“ Als Oberndorff sich darauf nicht weiter einließ und nur fortfuhr, die schonungslose Behandlung der pfälzischen Lande zu beklagen, kam Lafont auf den eigentlichen Zweck seiner Sendung; er verlangte Verabfolgung von Naturalien an die französischen Truppen und vor allem Einräumung der Festung Mannheim; dann werde die französische Nation sich anheischig machen, nicht nur die Pfalz gegen jedermann zu schützen, sondern auch sonstige Vorteile einzuräumen. Wie wäre es möglich, diesen Wünschen nachzukommen, erwiderte Oberndorff, da ja doch die bis an Rhein und Neckar streifenden österreichischen und preußischen Abteilungen die Früchte und Herden einfach wegnehmen und jegliche Einfuhr abschneiden würden, so daß in Mannheim selbst Hungersnot ausbrechen müßte. Demgemäß werde der Kurfürst seine Stadt ebenso wenig den Franzosen, wie den Preußen und Oesterreichern einräumen und jeden Versuch einer gewaltsamen Wegnahme durch die 10,000 Mann starke Besatzung abzuwehren wissen, „gestalten Se. Churf. Durchlaucht“ — so wurde gleichsam zur Entschuldigung hinzugefügt — „in der Verhältniß, worin Sie mit dem Kaiser und Reich als einer der vornehmsten Churfürsten sind, ein anderes nicht vermögten, gleich denen in dem Europäischen Staats- und Völkerrecht erfahrenen Gliedern der Nationalversammlung es selbsten gewiß nicht entgienge.“ Darauf habe Lafont versprochen, alles getreulich seinem General zu berichten, „und stehet jetzt dahin, was etwa ferners vorkommen werde, indem er sich noch würklich hier befindet und noch eine geraume Zeit zu verweilen scheinet.“

Was da in Mannheim sich abspielte, blieb dem preußisch-österreichischen Hauptquartier nicht lange verborgen. Zuerst gab der preußische Minister Lucchesini dem pfälzischen Kollegen zu verstehen, daß man solche Umtriebe nicht dulden werde. Die Franzosen konzentrierten, so schrieb Lucchesini am 19. Januar an Oberndorff, zwischen Worms und Mannheim so viele Bataillons

und Batterien, daß es unmöglich bloß auf Verteidigung des linken Rheinufers abgesehen sein könne. Vermutlich werde ein Anschlag auf Mannheim geplant; die pfälzische Regierung möge also auf ihrer Hut sein; im übrigen könne man nicht unerwähnt lassen, daß eine Uebergabe Mannheims an die Franzosen sowohl dem Kaiser, als dem König von Preußen als Beweis einer verräterischen Verbindung mit dem Reichsfeinde gelten würde.

Noch deutlicher war die Sprache des preußischen Obersten und Adjutanten v. Rüchel, der das Schreiben Lucchesini's nach Mannheim überbrachte. Sobald er erfahren hatte, daß Lafont sich noch in der Stadt befinde, übergab er ein kategorisches „Promemoria“. Er habe im Namen seines Königs an den Herrn Minister ein paar Fragen zu richten. Vor allem: ob es denn unter den gegenwärtigen, gefährlichen Umständen jedem französischen Offizier erlaubt sei, in der Festung Mannheim Aufenthalt zu nehmen? Sodann, ob denn Herr Graf Oberndorff wisse, wie lange der in jeder Beziehung suspekte Adjutant Custines mit seinem sogenannten Sekretär noch zu bleiben gedenke? Ob niemand diese beiden zudringlichen Subjekte für ihre gegen Ehre, Sitte und Respekt verstoßenden Reden zur Rechenschaft ziehen werde? Ob es wahr sei, daß von den überrheinischen Oberämtern — gewiß der Intention des Kurfürsten zuwider — mit dem Feinde über Getreidelieferungen gegen Assignate verhandelt werde? Und endlich, ob es der pfälzischen Regierung unbekannt sei, daß sogar diesseits des Rheines, ja in Mannheim selbst förmliche Lieferungskontrakte mit dem Landesfeinde abgeschlossen werden? Ueber diese, jeden aufrichtigen Patrioten befremdenden Punkte sei Aufklärung dringend geboten.

Das Schreiben Lucchesini's wurde von Oberndorff aufs höflichste beantwortet. Die Furcht, daß Mannheim in die Hände der Franzosen fallen könnte, sei völlig unbegründet; die Festung werde gegebenen Falles mannhaft verteidigt werden; auch ständen ja so viel kaiserliche Truppen in unmittelbarer Nähe, daß jeden Augenblick Hilfe zu erlangen sei. Der Kurfürst von Pfalz-Bayern werde ebenso seiner landesherrlichen Pflicht, Kriegsnot und Un-

gemach nach Möglichkeit von seinen Unterthanen abzuwenden, wie seiner Pflicht gegen Kaiser und Reich Genüge leisten; während einer halbhundertjährigen Regierung habe er seinen Patriotismus und seine Selbstlosigkeit wohl zur Genüge bewiesen.

Mit zornigen Worten wies Oberndorff den beleidigenden Angriff v. Rüchels zurück. Es sei ihm überhaupt unbekannt, erwiderte er am 23. Januar, daß der Herr Oberst von seinem König oder vom preußischen Ministerium beauftragt und bevollmächtigt sei, eine fremde Regierung zur Rechenschaft zu ziehen; der Herr Minister Lucchesini selbst habe sich derartiges nicht erlaubt. Nur um den Beweis zu liefern, daß er die Antwort nicht zu scheuen habe, wolle er sich auf eine Erwiderung einlassen. Warum einem einzelnen Offizier, sei es ein preußischer oder ein französischer, verwehrt werden sollte, nach Mannheim zu kommen, sei nicht erfindlich. Kurpfalz sei am ersten und nächsten jeglicher Unbill des Krieges preisgegeben; selbstverständlich habe also auch der pfälzische Landesherr das Recht und die Pflicht, den Nachbar, mit dem er in Krieg liege, nicht ohne Not zu reizen und, so weit es ohne Nachteil für das Reich und Kaiserliche Majestaet geschehen möge, gewisse freundnachbarliche Beziehungen zu erhalten. Wann Herr Lafont Mannheim wieder verlassen werde, sei ebenso wenig bekannt, wie eine ehr- und respektwidrige Aeußerung aus dessen Munde; dagegen werde gegen den Begleiter, Bürger Clauer, der sich in der That unziemlich betragen habe, von der Polizei mit aller Strenge vorgegangen werden. An Verträge mit den Franzosen denke in der Pfalz niemand, und alle dahin zielenden Anerbietungen seien ohne weiteres abgewiesen worden.

Die an Lucchesini und Rüchel gerichteten Antworten gab Oberndorff auch dem Ministerium in München bekannt, wobei er die Schwierigkeit seiner Lage hervorhob; auch er hege den Wunsch, daß sich Lafont baldmöglichst wieder entferne, aber er trage Bedenken, dem französischen Befehlshaber Grund zur Empfindlichkeit zu geben. Nur eine höfliche Bitte wagte er an Custine zu richten, Lafont möge zurückgerufen werden, damit den

Preußen nicht länger Anlaß zu Verdacht und Vorwürfen gegeben sei.

Nun erhob aber auch der kaiserliche Gesandte Graf Lehrbach bei der bayrischen Regierung Beschwerde wegen der Aufnahme des Franzosen in Mannheim, „welche als eine gesetzwidrige offenbare Collision mit dem Reichsfeinde angesehen werden will und um so größere Unannehmlichkeiten zur Folge haben könnte, als hierüber die Reichsgesetze schon die strengsten Verordnungen enthalten.“

Zu gutachtlicher Aeußerung aufgefordert, verteidigte der pfälzische Minister nochmals in einem ausführlichen Memorandum sein Verhalten in der „höchst kritischen, große Gefahren drohenden Sache.“ Er halte sich streng an das vom Kurfürsten beliebte System, wonach „mit der französischen Nation zwar eine strenge Beobachtung und Unterhaltung einer guten Nachbarschaft ohnunterbrochen fortgeführt, dahingegen kein Weg eingeschritten wird, noch werden soll, wonach eine nachteilige Sensation bey den bishero Krieg führenden und mit Selbem in Coalition oder Vereinigung tretenden Mächten zum Schaden des hohen Churhauses und dessen Staaten erwachsen oder befahren sein mag.“ Demgemäß habe er Forderungen, wie Anerbietungen Lafonts abgewiesen; wenn dieser trotzdem in Mannheim bleibe, so erkläre sich dies wohl aus dem Argwohn der Franzosen, die Festung könnte den österreichischen Truppen ausgeliefert werden. Durch rücksichtslose Ausweisung des Adjutanten würde Custine „als ein hochmütiger Mann gewiß disgoustiret werden und vielleicht ein ganzes Corps in's Herz der pfälzischen Lande geschickt und das Land selbst es entgelten werden.“ Lafont lebe höchst zurückgezogen im Pfälzer Hof und führe sich an der Table d'hôte mit Anstand auf; von Besuchen verdächtiger Personen bei Tag oder Nacht habe sich keine Spur entdecken lassen; nur der Begleiter, ein frecher Mensch, Namens Clauer, der sich in Mannheim schändliche Ausfälle gegen gekrönte Häupter erlaubt und verdächtigen Umgang gepflogen habe, sei alsbald aus der Stadt ausgewiesen worden. Die Lage der pfälzischen Regierung sei außerordentlich schwierig. Der Kurfürst habe während seiner ganzen

Regierungszeit am Prinzip festgehalten, sowohl dem Kaiser, mit welchem er „in dem dreifachen Verband der Unterwürfigkeit, der Lehenverwandtschaft und der Societät“ stehe, als dem König von Preußen Hochachtung und Freundschaft zu bezeigen; er verdiene also gewiß keinen Argwohn, wenn er möglichst zu verhüten suche, „den Coloß der französischen Hostilitäten auf dero Churfürstenthum zu leiten.“ Dies sei aber zu befürchten, wenn man sich gegen die Franzosen die mindeste Unfreundlichkeit oder irgend welche Bevorzugung der alliirten Mächte erlaube; es würde sofort zum Vorwand dienen, „wodurch der guten Nachbarschaft (welchem die Franzosen Synonimum oder den Verstand der Neutralitaet beylegen) beygemessen werden möchte.“ Mithin sei der bisher eingeschlagene Mittelweg, den Franzosen keine Beleidigung und den Alliirten keinen Nachteil zuzufügen, „nach den Gesetzen der eigenen Erhaltungsnothwendigkeit und nach Gründen des allgemeinen Staatsrechts und der Klugheit“ als der einzig richtige anzusehen.

Ob und wie auf diesen Bericht Oberndorffs aus München erwidert wurde, ist aus den Akten nicht zu ersehen. Gegenüber erneutem Andringen des preußischen Obersten v. Rüchel hielt der Minister längeren Widerstand nicht für rätlich; er ersuchte nochmals Custine mit beweglicheren Worten um Abberufung des Adjutanten, und diesmal mit Erfolg: Lafont verließ Mannheim.

Jedoch schon am 18. März 1793 erschien ein anderer Abgesandter Custines, Oberst Corbeau, in der Festungstadt, und das von ihm überbrachte Schreiben enthielt die bündige Versicherung, daß auch die Republik nicht minder eifrig als Kurpfalz gute Neutralität halten werde. Die Beziehungen zwischen dem neuen Gesandten und der pfälzischen Regierung scheinen sich freundlicher gestaltet zu haben, denn als sich Corbeau verabschieden wollte, stellte ihm Oberndorff nicht bloß ein Zeugnis über tadelloses Benehmen und gewandte Geschäftsführung aus, sondern bewilligte ihm auch den Titel eines Chargé d'affaires de France, den er Lafont beharrlich verweigert hatte.

Auch Corbeau's Anwesenheit wurde im kaiserlichen Hauptquartier ruchbar, allein die Nachricht erzielte diesmal gegenteilige Wirkung. General Wurmser verwahrte sich (5. April) gegen die allzu weit reichende Courtoisie des pfälzischen Ministers, der dem Franzosen zuerst Gelegenheit zur Spähe in Mannheim, „wo er eines so vertraulichen Umgangs gewürdigt ward," geboten habe, dann aber bereitwillig die Thore öffne, damit jener zu Custine zurückkehren und den General über Anzahl und Stellung der kaiserlichen und preußischen Truppen unterrichten könne. „Ich versichere Ew. Excellenz im voraus, daß mir das Oberamt Germersheim dafür haften wird, und daß, wenn er jetzt aus Mannheim gelassen werden sollte, ich solches als eine Feindseligkeit des Churpfälzischen Hofes ansehen und mich darnach zu richten wissen werde." Darauf erwiderte Oberndorff, es sei ihm nicht bekannt, von wem der französische Offizier in Mannheim vertraulichen Umgangs gewürdigt werde, gleichwie es auch dahingestellt bleiben müsse, ob er von den Stellungen der feindlichen Armeen Kenntnis habe; da aber ohnedies besondere Umstände die Entfernung des Franzosen aus Mannheim nicht so bald gestatten würden, wolle der Minister dies zur Beruhigung des Herrn Generals nicht unbemerkt lassen.

Wenn schon Graf Oberndorff, wie die eben dargelegten Verhandlungen beweisen, in freundlicher Nachsicht gegen die Franzosen bis zur Grenze des Erlaubten und noch darüber hinaus ging, so wurde das wirkliche Verhältnis des Kurfürsten zur Republik, an welche er doch als Reichsfürst den Krieg erklärt hatte, von einem Vertreter Pfalz-Bayerns in Paris noch wunderlicher aufgefaßt, so daß sich sogar die leitenden Kreise zu einer Berichtigung veranlaßt sahen. Im Auftrag des Grafen Oberndorff sollte ein diplomatischer Agent Hermannt ungefähr zur gleichen Zeit, da Custines Adjutant nach Mannheim kam, in Paris zu erwirken suchen, daß endlich der unerträglichen Bedrückung der Pfalz durch die eingedrungenen Franzosen gesteuert werde. Am 21. Januar 1793 berichtete Hermannt, es sei ihm von verschiedenen Mitgliedern des Konvents der Rat gegeben

worden, sich mit seiner Beschwerde unmittelbar an Bürger Lebrun, den Minister des Auswärtigen, zu wenden; er werde also diesem Manne in einer Beschwerdeschrift eindringlich vor Augen führen, daß der Kurfürst von Pfalz-Bayern bisher an strenger Beobachtung der Grundsätze der Neutralität (l'observation exacte des principes de neutralité) festgehalten habe, daß demnach ein Bundesgenosse (un allié) der französischen Nation doch nicht wie ein Feind behandelt werden dürfe. Darauf erwiderte Oberndorff, er habe zwar nichts dagegen einzuwenden, daß Hermannt dem Minister mündlich geeignete Vorstellungen mache, aber es dürfe weder eine schriftliche Note übergeben, noch von den Worten „Neutralität“ und „Bundesgenosse“ Gebrauch gemacht werden, „statt derenselben die Ausdrücke ‚Freundschaft‘ und ‚guter Nachbar‘ zu gebrauchen.“ Bald darauf traf eine Rüge des Grafen Vieregg in Mannheim ein; der Kurfürst habe in dem Bericht des Pariser Agenten mit Befremden die Worte „Neutralität“ und „Bundesgenosse“ gefunden; so „offentlich-positive Aeußerungen“, die leicht gefährliche Folgen nach sich ziehen könnten, seien strengstens zu meiden, nur auf das bisherige „freundschaftliche“ Verhalten Bayerns und das unnachbarliche Benehmen der Franzosen dürfe hingewiesen werden.

Inzwischen hatte aber Hermannt, wie er am 8. Februar berichtet, vor Lebrun von den beanstandeten Ausdrücken schon Gebrauch gemacht; es sei ihm ja, fügt er naiv hinzu, nicht verboten gewesen. Lebrun habe aber glücklicher Weise die Worte nicht aufgegriffen, habe auch keine Aufzeichnung gemacht, so daß wenigstens kein Beweis des unliebsamen Verstoßes gegen die Absichten des kurfürstlichen Hofes vorliege. Darauf glaubte zwar Oberndorff zu seiner Entschuldigung dem Münchner Kabinett versichern zu müssen, daß Hermannt nicht von ihm ermächtigt oder veranlaßt worden sei, solche Worte zu gebrauchen, gab aber zugleich der Freude Ausdruck, daß die Verwendung des Agenten bei Lebrun so günstigen Eindruck gemacht habe. Und wenn erst „dem Herrn Minister noch vollends die Erläuterungen auf die Vorhaltungen (durch Lafonts Vermittlung?) beigebracht werden,

welche gedachter Minister wegen der ihm unrichtig insinuierten Lage des Frucht- und Fouragewesens in der Churpfalz, sodann wegen des diesseitigen Benehmens mit Oesterreich und Preußen gemacht worden sind, und endlich die Unmöglichkeit der Einlassung in einen förmlichen Allianztraktat zu Herze gelegt wird," stehe sicher zu erwarten, daß die Dinge bald eine andere Wendung und die Gewaltthätigkeiten der Franzosen in der Pfalz ein Ende nehmen werden. Doch weniger vertrauensselig sah das kurfürstliche Kabinett die Lage an; man erkannte in München, daß die von Oberndorff eingeschlagene Politik unbedingt zum Bruche mit Oesterreich führen müsse, und suchte einzulenken. Einer neuen Instruktion für Hermannt bedürfe es nicht, schrieb Vieregg (13. Februar) an Oberndorff, denn der Kurfürst wolle diesen Agenten nicht mehr beschäftigen; es sei schon bisher nur mühsam gelungen, den kaiserlichen Gesandten, der auf Abberufung Hermannts gedrungen habe, zu beschwichtigen, indem man vorstellte, daß Hermannt beim Nationalkonvent gar nicht akkreditiert sei und nur als Privatmann von einer Pension, die ihm seines Alters und seiner kränklichen Leibeskonstitution wegen bewilligt worden sei, in Paris lebe.

Es liegt denn auch nur noch ein Bericht des Agenten vom 24. Februar 1793 bei den Akten. Lebrun, so wird darin erzählt, fahre fort, sich wohlwollend auszusprechen; er wisse recht gut die schwierige Lage des Kurfürsten zu würdigen, aber endlich müße doch einmal Farbe bekannt und offen gezeigt werden, auf welche Seite sich der Kurfürst zu stellen gedenke. —

Aus allem dem ist zu ersehen, in welchem circulus vitiosus sich die pfalzbayrische Politik bewegte. „Dein Bundesgenosse kann ich nicht sein," sagte man zur Republik, „ich bin ja dem Kaiser zur Heeresfolge verpflichtet, aber ich bin dein Freund, dein guter Nachbar; ich erwarte jedoch auch von dir, daß du deine Sansculottes anhältst, in der Pfalz nicht mehr als Feinde zu hausen, und will dir dafür jeden möglichen Freundschaftsdienst erweisen, — nur dein Bundesgenosse darf ich nicht heißen!"

Ganz anders als der Kurfürst von Pfalz-Bayern stellte sich

sein Neffe, Herzog Karl August von Zweibrücken, zu Frankreich. Er war ein leidenschaftlicher Gegner der im Nachbarreich auf den Trümmern des Thrones aufgerichteten Volksherrschaft und trug diese Gesinnung bei jeder Gelegenheit offen zur Schau. Dafür rächte sich der Konvent durch Verwüstung des Ländchens und durch Zerstörung des herzoglichen Schlosses Karlsberg, das an Umfang und Pracht die üppigsten Lustbauten der französischen Könige überboten hatte.

Zwischen Oheim und Neffen bestand, seit durch Karl Augusts Ablehnung bei Eröffnung der bayrischen Erbfolge der vom Kurfürsten geplante Tauschhandel zu nichte geworden war, ein gespanntes Verhältnis; erst die Gefahr, welche seit Ausbruch der Revolution alle Fürstenhöfe bedrohte, hatte zu einer wenig aufrichtigen Versöhnung geführt. Dem Drängen des Neffen nachgebend, hatte sich Karl Theodor im Herbst 1793 bereit erklärt, eine kleine Abteilung kaiserlicher Truppen in seine Residenzstadt Mannheim aufzunehmen. Das mit Widerwillen eingeräumte Zugeständnis war — wie später der Präsident der pfälzischen Hofkammer, Freiherr von Perglas, richtig urteilte — die Wurzel aller folgenden Schwierigkeiten und Mißhelligkeiten, denn sobald einmal kaiserliche Truppen, wenn auch nur in geringer Zahl und unter pfälzischem Kommando, sich in Mannheim befanden, war der Kurfürst nicht mehr der Herr in seiner Stadt; andrerseits war er durchaus nicht gesonnen, allen im Interesse der Verteidigung gebotenen Anordnungen der Kaiserlichen sich zu fügen. So hat die halbe Maßregel „nur Jalousie und Neckereien verursacht," hat sich also mehr schädlich als nützlich erwiesen.

Im Frühjahr 1794 kam es darüber zu ernsterem Streit. Der Kaiser stellte das Ansinnen, die Festung Mannheim oder wenigstens das Kommando innerhalb der Festung möge uneingeschränkt an die Kaiserlichen ausgeliefert werden. Die Forderung wurde jedoch rundweg abgelehnt.

Vivenot überhäuft den Kurfürsten, „der bekanntlich nur von Bastarden, Maitressen, italienischen und französischen Pfaffen der allerschlechtesten Gattung umgeben war", dieser „verräterischen"

Haltung wegen mit schimpflichen Vorwürfen. Doch Vivenot's Darstellung der pfalzbayrischen Politik geht von ebenso falschen Voraussetzungen aus, wie Sybel's Charakteristik. Nach Vivenot wäre Karl Theodor durch eine antikaiserliche Partei am Münchner Hofe — die Minister Graf Oberndorff, Graf Vieregg, St. Martin und den Zweibrücken'schen Minister Salabert — so verhetzt worden, daß er lieber unbedingte Abhängigkeit von Preußen sich gefallen ließ, als daß er dem Kaiser geben wollte, was des Kaisers war. Sybel dagegen nennt den Kurfürsten einen „dem kaiserlichen Interesse vollkommen ergebenen“ und „von der Thugutischen Politik umstrickten“ Fürsten. Das eine ist so wenig richtig, wie das andere. Karl Theodor war weder ein Anhänger und Freund Preußens, noch der willfährige Diener Oesterreichs; er trieb eben gleich allen deutschen Fürsten jenes Zeitalters einfach Interessenpolitik und wandte sich dahin und dorthin, je nachdem ihn der Vorteil lockte. Ein Zusammengehen mit Preußen entsprach durchaus nicht seiner Neigung; er traute dem annexionslustigen Hardenberg nichts Gutes zu, aber mehr noch fürchtete er den Kaiser und den gewaltthätigen Thugut, und insbesondere hegte er den Argwohn, daß die Kaiserlichen, wenn er sie einmal in Mannheim eingelassen hätte, den wichtigen Platz nicht wieder räumen würden. Deshalb betonte er immer wieder, Mannheim sei nicht eine Reichsfestung, sondern pfälzischer Besitz, er werde sich also wegen Befestigung des Platzes und Wiederherstellung der Festungswerke auf keine Verbindlichkeiten einlassen. Vom Wiener Hofe wurde aber erwidert, zu günstigem Erfolg der Operationen der deutschen Truppen könne auf Mitwirkung jener Festung nicht verzichtet werden. Im Mai 1794 ordnete Kaiser Franz deshalb einen außerordentlichen Gesandten, Grafen Sickingen, nach München ab. Sickingen sollte in Gemeinschaft mit dem gut kaiserlich gesinnten Minister Freiherrn von Hertling den Kurfürsten bewegen, um der Wohlfahrt des Reiches willen die kaiserlichen Generäle nicht länger zu behindern; falls aber auch dieser Appell fruchtlos bliebe, sollte Sickingen mit allem Nachdruck erklären, daß „das Maß der Freundschaft und des Ver-

trauens Kaiserlicher Majestaet erschöpft" sei. Sickingen entledigte sich seines Auftrags, wie er selbst sagt, „mit wahrer Zudringlichkeit," aber der Kurfürst war nicht zur Nachgiebigkeit zu bewegen, der Streit dauerte fort. Der Reichsfeldmarschall Graf Clerfait beschwerte sich bitter über die Böswilligkeit des pfälzischen Ministers, der jede Maßregel zur Verteidigung Mannheims hintertreibe, und Feldzeugmeister Graf Browne versicherte sogar, es wäre für die Kaiserlichen weit vorteilhafter, wenn Kurpfalz ihnen als erklärter Feind gegenüber stände. Dagegen glaubte Oberndorff Grund zu haben, über Unthätigkeit und Fahrlässigkeit der kaiserlichen Kommandanten zu klagen; dieselben dächten an alles andere, nur nicht an wirksame Verteidigung der Reichsstände: bei solcher Kriegführung müsse der Verlust Mannheims unausbleiblich erfolgen.

Mannheim war im siebenzehnten Jahrhundert befestigt worden, die Hauptwerke waren nach Coehorn'schem System ausgeführt; auch die Rheinschanze auf dem linken Rheinufer an der Straße nach Oggersheim stammte aus jener Bauperiode. Seit geraumer Zeit war aber nichts mehr geschehen, die Festung in Stand zu halten; einer ernsten Belagerung war dieselbe kaum noch gewachsen. Seiner Lage aber hatte der Platz zu danken, daß ihm in den Revolutionskriegen neben den weit bedeutenderen Festungen Mainz und Luxemburg die wichtigste Rolle zufiel.

Als Gouverneur der Stadt und Festung war seit 1783 der Generallieutenant und wirkliche geheime Rat Baron von Belderbusch aufgestellt. Schon im Januar 1794 ließ der Reichsvizekanzler Fürst Colloredo durch den kaiserlichen Gesandten in München vorstellen, daß Belderbusch hauptsächlich wegen seiner hochgradigen Kurzsichtigkeit untauglich zum Kommando sei, und Graf Vieregg erhob gegen die Behauptung keinen Einwand. Allein die Beschwerde wurde von österreichischer Seite selbst fallen gelassen, weil sich in Wien die Besorgnis regte, es möchte „ein in Ansehung seiner Gesinnungen und Verhältnisse noch gefährlicheres Subjekt" nach Mannheim geschickt werden, während man — so urteilt Colloredo in einem Briefe an Feldmarschall Wallis —

14

„auf des von Belderbusch Redlichkeit wenigstens noch kein Mißtrauen zu setzen hat.“

Unter leeren Erklärungen und Gegenerklärungen über bessere Instandsetzung der Festung Mannheim verstrichen Sommer und Herbst des Jahres 1794. Das Kriegsglück hatte inzwischen die deutschen Waffen verlassen, der Abmarsch der Preußen hatte auch den Rückzug der Reichsarmee über den Rhein notwendig gemacht. Mainz und die Rheinschanze bei Mannheim waren die letzten Plätze auf dem linken Rheinufer, die noch von den Deutschen besetzt waren. Gegen Ende des Jahres wurde auch der letztere Platz aufgegeben, unter Umständen, die für das Schicksal der benachbarten Residenzstadt verhängnisvoll wurden. Als in Mannheim eine bramarbasierende Proklamation des Volksrepräsentanten Michaud anlangte, worin die Vernichtung der Stadt angedroht und die Verantwortung den Kommandierenden zugeschoben war, willigten der pfälzische Gouverneur Baron Belderbusch und — was nicht außer Acht gelassen werden darf — der österreichische Feldzeugmeister Graf Wartensleben, der die kaiserlichen und Reichstruppen in und um Mannheim befehligte, zur Beschwichtigung der Franzosen und in Anbetracht der Unmöglichkeit, bei starkem Eisgang die jenseits des Rheines liegengenden Werke zu behaupten, in die Uebergabe der Rheinschanze, unter der Bedingung, daß die Stadt Mannheim nicht beschossen werden dürfe. Von französischer Seite wurde jedoch letztere Bedingung nur mit einem Zusatz angenommen: „so lange der Krieg ausschließlich auf dem linken Rheinufer geführt werde.“ Darauf erfolgte am 24. Dezember 1794 die Auslieferung der Rheinschanze. Ob diese wirklich, wie Vivenot versichert, „ein ganz fehlerhaft angelegtes Werk“, das unter keinen Umständen zu halten gewesen wäre, mag dahingestellt sein; jedenfalls muß bei Beurteilung der späteren Ereignisse das Zugeständnis Vivenots beachtet werden, daß die Rheinschanze „zur Verteidigung der Festung Mannheim und zum Wiederbeginn offensiver Bewegungen gegen Luxemburg von unberechenbarer Bedeutung war.“ Auch der Umstand verdient hervorgehoben zu werden, daß der öster-

reichische Kommandant Graf Wartensleben die Uebergabe mit Rücksichtnahme auf Erhaltung der schönen Residenz eines der angesehensten Kurfürsten zu rechtfertigen suchte.

Im Februar 1795 vermählte sich der einundsiebzigjährige Kurfürst von Pfalz-Bayern mit der neunzehnjährigen Erzherzogin Marie Leopoldine, allein die neue Verschwägerung hatte nichts weniger als einen Anschluß der pfalzbayrischen Politik an das Kaiserhaus zur Folge; das Verhältnis blieb ein gespanntes, fast feindseliges.

Schon im nächsten Monat spielte sich die sogenannte Carletti'sche Episode ab. An mehreren deutschen Höfen, auch in München, tauchte das Gerücht auf, der Gesandte des Großherzogs von Toskana, des Bruders Kaiser Franz II., Graf Carletti, habe in Paris im Namen des Kaisers einen Friedensplan in Vorschlag gebracht, wonach an Frankreich das ganze linke Rheinufer überlassen, dagegen Oesterreich wieder in Besitz der Niederlande gelangen, dieselben aber gegen das Herzogtum Bayern vertauschen sollte. Ob den Gerüchten etwas Wahres zu Grunde lag oder alles nur auf tendenziösen Klatsch zurückzuführen, läßt sich nicht wohl feststellen; weniger aus den offiziellen Erklärungen des österreichischen Ministers Thugut, als aus dessen vertraulichen Auslassungen gegenüber dem Reichsvizekanzler Fürsten Colloredo dürfte der Schluß zu ziehen sein, daß Thugut wenigstens im Frühjahr 1795 nicht Willens war, den bayrischen Tauschhandel zu betreiben, daß Oesterreich damals überhaupt keine Friedensunterhandlungen mit Frankreich anknüpfte. Das Ganze scheint auf ein „großes Dessin" des Jakobiners Merlin de Thionville zurückzuführen zu sein. Merlin, dem in unsrer Mannheimer Episode eine Hauptrolle beschieden war, hatte schon 1794 als Kommissär des Konvents bei der Armee Custine's wesentlich dazu beigetragen, daß die Uebergabe der Rheinschanze durchgesetzt wurde. Nach Paris zurückgekehrt, hatte er wichtigen Anteil an den Ereignissen, welche die Republik von Grund aus umgestalteten, insbesondere am günstigen Ausgang des 9. Thermidor. Neuerdings als Civilkommissär der Armee Pichegru's beigegeben,

faßte er den Plan, dem Kriege durch ein drastisches Mittel ein Ende zu setzen: durch Versöhnung zwischen Frankreich und Oesterreich, wobei als Opferlamm Bayern geschlachtet werden sollte. Wir werden über das große Dessin unterrichtet durch den Briefwechsel zwischen ihm und seinem Namensgenossen im Wohlfahrtsausschuß. Merlin de Douai leitete die Unterhandlungen mit Preußen, welche zum Baseler Frieden führten; als ihm dies geglückt war, suchte er in gleicher Weise Pfalz-Bayern zu gewinnen. „Jetzt ist der Augenblick gekommen," schrieb er am 8. Mai aus Regensburg an Merlin de Thionville, „jetzt kann der Kurfürst von der Pfalz für immer von Oesterreich abwendig gemacht und der Anschlag Oesterreichs auf Bayern, den Frankreich nicht zulassen darf, vereitelt werden." Sicherem Vernehmen nach sei der Kurfürst gesonnen, die gefährliche Freundschaft mit dem Wolfe Oesterreich aufzugeben und sich an die Baseler Verbündeten anzuschließen; nur die Drohungen Sickingens hielten ihn von offenem Auftreten zurück. Wenn aber Frankreich sich dazu entschließen könnte, die Eroberungen in der Pfalz und namentlich auch das Herzogtum Zweibrücken aufzugeben, werde der Beitritt der Wittelsbachischen Fürsten zu den Baseler Abmachungen unzweifelhaft rasch erfolgen.

Damit war aber Merlin de Thionville durchaus nicht einverstanden. Gewiß, erwiderte er, der Augenblick der Entscheidung sei für Pfalz-Bayern gekommen. Mannheim sei entweder der Einäscherung durch französische Granaten oder der Besetzung durch kaiserliche Truppen preisgegeben; der Kurfürst müsse sich also entweder der Republik oder dem Kaiser auf Gnade oder Ungnade ausliefern. „Aber wir, was müssen wir thun? Ich sage es unverhohlen: wir müssen Frieden schließen mit Oesterreich, wir müssen ihm versprechen, die Einverleibung Bayerns nicht stören zu wollen, wenn wir dafür die Zusage erhalten, daß Oesterreich uns die Niederlande ohne Einschränkung abtreten und die auf dem linken Rheinufer begüterten deutschen Fürsten nicht weiter unterstützen will." Eine Zurückgabe der linksrheinischen Pfalz und des Herzogtums Zweibrücken sei weder notwendig, noch nützlich.

Merlin de Thionville ging Anfangs Mai nach Hüningen, um mit Hardenberg, sowie mit hessischen und württembergischen Diplomaten über einen allgemeinen Frieden zu unterhandeln. „Alle deutschen Fürsten," schrieb er an den Konvent, „sind reif zum Frieden mit der Republik." Dabei stand die bayerische Frage im Vordergrund. Während Merlin an seinem Programm festhielt, gab sich Hardenberg alle Mühe, den Franzosen für eine andere Lösung zu gewinnen: nicht die Preisgebung, sondern der Schutz Bayerns entspreche Frankreichs wahrem Interesse, denn ein auch auf Bayern ausgedehnter deutscher Fürstenbund werde von selbst freundschaftliche Anlehnung an Frankreich suchen müssen. Zu Hüningen machte Merlin auch, vermutlich um den Vertreter Preußens geschmeidiger zu machen, von den geheimen Friedensunterhandlungen des Grafen Carletti Mitteilung. Auf der Heimreise erzählte Hardenberg in Mannheim dem Zweibrücken'schen Minister Salabert die interessante Nachricht, jedoch, wie er später zu seiner Entschuldigung am kaiserlichen Hofe erklären ließ, nicht ohne ausdrücklich hinzusetzen, daß er die Angaben Merlins für unbegründet halte. Salabert aber, sei es, daß er wirklich an die Friedensvorschläge Oesterreichs glaubte, sei es, daß er seine eigenen Zwecke im Auge hatte, gab sofort dem Kurfürsten Karl Theodor Nachricht. Nun richtete dieser an den Wiener Hof eine Denkschrift, worin er sich Aufklärung über die angebliche Mission Carletti's erbat und die Haltung des Kaisers gegen einen deutschen Reichsstand bitter beklagte. Das seien nur „abgeschmackte, kindische und fabelhafte" Ausstreuungen, erwiderte Thugut, der Kurfürst möge doch nicht jedem böswillig ersonnenen Märchen Glauben schenken, der Kaiser habe sich noch keinen Augenblick in Unterhandlungen mit dem Reichsfeind eingelassen und werde sich ebenso wenig in Zukunft darauf einlassen. Als der kaiserliche Gesandte Reuß in Berlin über den verwerflichen Versuch, zwischen dem Oberhaupt und den Ständen des Reichs Unfrieden zu säen, Beschwerde erhob, wälzte Hardenberg die Schuld auf die Klatschsucht Salaberts, der ein Gerücht, das nur als eine Ausgeburt

boshafter Verleumdung angesehen worden sei, als begründete Thatsache verbreitet habe.

Trotz der kategorischen Verwahrung Thuguts erhielt sich jedoch in München der Verdacht, daß die Selbständigkeit Bayerns durch den Kaiser nicht weniger bedroht sei, als durch die Franzosen. Dazu kam, daß der unversöhnliche Gegner der Republik, der Neffe des Kurfürsten, Karl August von Zweibrücken, am 1. April 1795 gestorben war und der Nachfolger Max Joseph, der vor der Revolution dem französischen Militärverband angehört hatte, den Gedanken, mit Hilfe der Republik für Zweibrücken und die elsässischen Herrschaften reichen Ersatz zu gewinnen, durchaus nicht so entschieden, wie sein Bruder von der Hand wies.

Der Franzose Abbé Salabert genoß auch das Vertrauen des Nachfolgers. Nach anderer Version hätte freilich Max Joseph nur notgedrungen den Günstling des Bruders in seiner Stellung belassen. Als später die Befreiung Salaberts aus kaiserlicher Haft an die Bedingung geknüpft wurde, daß ihn der Herzog vom Hofe entferne, ließ Max Joseph durch den Reichstagsgesandten Baron Rechberg an den Kaiser die Bitte richten, es möge ihm seiner bedrängten Lage wegen verstattet sein, den emeritierten Minister bis auf weiteres in Kost und Wohnung bei sich zu behalten. Zur Unterstützung dieser Bitte erzählte Rechberg dem kaiserlichen Gesandten v. Fahnenberg Folgendes. Salabert war der Erzieher der beiden Söhne des Herzogs Friedrich Michael; zur Belohnung seiner Dienste übertrug ihm der zur Regierung gelangte Karl August die Abtwürde des Klosters Tholley; als aber bald darauf dieses Kloster säkularisiert wurde, sicherte ihm der Herzog eine lebenslängliche Pension von 40,000 Livres zu, und zwar, obwohl der Ausbruch des Krieges mit Frankreich bevorstand, mit dem Zusatz, daß die Rente auch nach Verlust der Zweibrücken'schen Lande fortbezahlt werden sollte. Als nun der Krieg den Herzog in höchst bedrängte Lage versetzte, verzichtete der Abbé freiwillig auf seine Rente, und diese Delikatesse gefiel dem Herzog so außerordentlich, daß er dem Abbé nicht bloß eine Komthurei des Johanniter-Ordens nahe bei Kelheim mit

einem Einkommen von 2000 Gulden zuwandte, sondern ihn auch zum Minister ernannte. Seither genoß Salabert des Herzogs volles Vertrauen und erlangte dadurch die genaueste Kenntnis aller Angelegenheiten des herzoglichen Hauses. Nach dem Tode des Herzogs konnte der Nachfolger der Dienste des Ministers nicht entraten, nicht bloß, weil dieser von allen Geschäften am genauesten unterrichtet war, sondern auch, weil besorgt werden mußte, Salabert möchte, wenn er bei Seite gesetzt und freie Wohnung und Tafel verlieren würde, die erwähnte Pension in Anspruch nehmen. Aus diesem Verhältnis allein, versicherte Rechberg, sei zu erklären, daß Salabert auch noch zur Zeit der Uebergabe der Festung Mannheim der Minister Max Josephs war.

Zur Ergänzung dieses Berichts dienen die Mitteilungen eines wohl unterrichteten und im allgemeinen zuverlässigen Gewährsmannes, der täglich in Salaberts Haus verkehrte, des Malers und Galeriedirektors Christian von Mannlich. In seinen hochinteressanten Memoiren erzählt Mannlich, die Ernennung Salaberts zum Minister habe seine intimsten Freunde ebenso überrascht, wie erschreckt. „Minister in einem fremden Lande, dessen Sprache er gar nicht verstand, bei einem Fürsten, der, seines Staates beraubt, fast keine Einkünfte mehr bezog, dagegen von tausend Lohn oder Unterstützung heischenden Hungerleidern verfolgt war!“ Nur falscher Ehrgeiz habe den lebenslustigen Abbé verleiten können, das Danaergeschenk anzunehmen. „Er war ein Mann von leichtem, beweglichen Charakter; die Sucht, eine glänzende Stellung zu erreichen, war sein einziger Fehler. Im übrigen war er der beste Mensch, zumal gegen seine Freunde von höchst angenehmen Formen; er erlaubte sich zwar hie und da, Kritik zu üben, aber sie war immer mit dem Salz eines pikanten Scherzes gewürzt und niemals bitter oder bösartig, so daß nicht selten derjenige, der die Zielscheibe des Witzes war, am aufrichtigsten darüber lachte. Salabert hatte zahlreiche Feinde, aber sein Selbstbewußtsein ließ sie ihm nur als ungefährliche Nebenbuhler erscheinen. Die Stellung, zu welcher er sich auf-

geschwungen hatte, dünkte allen denjenigen, welche ein besseres Recht darauf zu besitzen glaubten, eine Anmaßung; die Gleichgestellten verachteten und haßten ihn, die Untergeordneten waren um so grimmigere Neider, je demütiger sie vor ihm krochen." Ueber die staatsmännische Begabung Salaberts urteilt Mannlich abfällig; er sei viel zu abhängig von seinen Günstlingen, sei überhaupt nur ein geistreicher Lebemann gewesen, der nie nach Amt und Würden hätte greifen sollen.

Von solcher Art war der Staatsmann, dem neben Oberndorff in dem Drama, dessen Exposition wir kennen gelernt haben, die Hauptrolle beschieden war.

Schon im Mai 1795 konnte nicht mehr bezweifelt werden, daß von französischer Seite ein Anschlag auf Mannheim geplant sei. Auf dem Platze, wo die Rheinschanze gestanden hatte, also kaum einen Kanonenschuß von der Stadt entfernt, wurden kasemattierte Batterien errichtet, welche — so wurde wenigstens in der Zweibrücken'schen Verteidigungsschrift behauptet — so stark befestigt waren, daß weder Geschütze, noch Mannschaft vom rechten Rheinufer aus auch nur behindert werden konnten. Generalmajor Deroy, Kommandant der Mannheimer Besatzung, erhob Beschwerde über diese Arbeiten, indem er sich auf die Bedingungen für die Kapitulation der Rheinschanze und den allgemeinen Kriegsbrauch berief. Merlin wies jedoch die Klage zurück. Im Kriege bilde sich jede Partei ihren eigenen Kriegsbrauch; die neuen Schanzen seien zur Deckung der französischen Stellung notwendig. „Ohne Zweifel werden Ihnen diese Erklärungen genügen, sowie die wiederholte Versicherung: Mannheim wird nicht in Brand geschossen, ja nicht einmal beunruhigt werden, solange der Krieg auf das linke Ufer des Rheines beschränkt sein wird." Die Arbeiten wurden fortgesetzt; von der Mundenheimer Landstraße bis an den Friesenheimer Wald, wo der Neckar in den Rhein mündet, wurden Redouten aufgeworfen. Anfangs Juli erneute Gouverneur Belderbusch den Protest, aber sogar die von dem pfälzischen Adjutanten St. Julien überbrachte Note wurde von General Lambert zurückgewiesen mit dem Bedeuten, Pichegru

werde niemals ein nicht in französischer Sprache abgefaßtes Schriftstück annehmen. Dagegen war durch die Ueberfahrt St. Juliens über den Rhein auch der Kommandant der Oesterreicher in Mannheim, Generallieutenant Kospoth, mißtrauisch gemacht und verlangte vom Gouverneur Aufklärung; es wurde ihm erwidert, die Sendung des Kapitäns brauche ihn, da sie auch im Interesse der Kaiserlichen erfolgt sei, nicht zu beunruhigen. Da die Franzosen noch immer ihre Schanzarbeiten fortsetzten, sandte Graf Oberndorff den Regierungsrat v. Reibolt nach Basel; von der Wirkung dieser Sendung, so versicherte Oberndorff später, habe er keine Nachricht mehr erhalten.

Von einer Uebergabe Mannheims scheint wenigstens bei den von kurfürstlicher Seite angeknüpften Unterhandlungen nicht die Rede gewesen zu sein. Eher kann vermutet werden, daß Salabert bereits diesen Faktor in Berechnung zog. Montgelas räumt unbedenklich ein, die Zweibrücken'sche Politik habe damals nichts anderes angestrebt, als den Kurfürsten Karl Theodor zu einem Separatfrieden mit Frankreich zu bewegen. „Gewiß war unter so bewandten Umständen (dem günstigen Aufschwung der Sache Frankreichs) nichts natürlicher, als daß diejenigen, welche Herzog Maximilian Joseph mit seinem Vertrauen beehrte, den Wunsch hegten, es möchte auch den pfalzbayrischen Landen die Wohlthat des Friedens zu teil werden, wozu selbst mächtige Staaten das Beispiel gegeben und ihre Vermittlung angeboten hatten." Montgelas' Darstellung findet durch die zwischen Minister Salabert und dem von Max Joseph nach Basel abgeordneten geheimen Legationsrat Baron Cetto gewechselten Briefe ihre Bestätigung. Das Abkommen mit Frankreich steht im Vordergrund der Verhandlungen Cettos' mit Barthelemy, und auch Pfalz-Bayern „soll der Wohlthat des Friedens nicht länger verlustig gehen." Freilich bleibe, schreibt Cetto, bei der bekannten Unschlüssigkeit des Kurfürsten ein günstiger Ausgang immer zweifelhaft, denn wenn er heute zu seinem Vorteil sich für Frankreich entscheide, stoße morgen die Furcht vor Oesterreichs Rache alle mannhaften Entschlüsse über den Haufen. Salabert hoffte günstigen Erfolg von persönlicher

Einwirkung auf den Kurfürsten; da Preußen kräftig sekundiere, werde der Friede wohl zu stande kommen; man müsse aber vorsichtig zu Werke gehen, damit sich Herzog Max Joseph noch rechtzeitig hinter die Demarkationslinie zurückziehen könne.

Doch nicht bloß in Basel wurde in solchem Sinne mit den Franzosen unterhandelt; auch unmittelbar von Mannheim aus wurde Verbindung angeknüpft, welche die Uebergabe der Stadt zur Folge hatte. „(Die Vertrauten des Herzogs) trachteten,“ erzählt Montgelas, „eine Annäherung an Frankreich zu bewirken, und bedienten sich dazu eines gewissen Reccum, der früher Pflegsverwalter in Simmern gewesen war und einige Beziehungen zu dem Volksvertreter Merlin de Thionville unterhielt, der eben damals als Kommissär am Rhein sich aufhielt. Seine Eröffnungen fanden günstige Aufnahme. . . . . . . Zu wünschen wäre nur gewesen, daß man diese Annäherung mit etwas mehr Vorsicht betrieben hätte, denn die Reisen des Ministers Salabert mit Herrn von Reccum in herzoglichen Equipagen mußten die Aufmerksamkeit des österreichischen Kommandanten auf sich ziehen und Verdacht erwecken.“ Auch diese Mitteilungen Montgelas' werden bestätigt durch Zeugenaussagen in dem später gegen Oberndorff eingeleiteten Prozeß. Der Vicepräsident der kurpfälzischen Regierung, Freiherr v. Hövel, berichtete nach München, der Hofgerichtsrat van Reccum habe wiederholt in Mannheim, bezw. Neckarhausen (auf die Fahrt nach diesem Schlößchen bezieht sich wohl die Bemerkung über die herzoglichen Equipagen) mit dem Herzog selbst und dessen Minister Salabert, sowie mit dem dirigierenden Minister Oberndorff Unterredungen gehabt, wozu auch Regierungsrat v. Dawans beigezogen worden sei. Letzterer habe mehrmals versichert, es sei schon einmal bei einer solchen Unterredung durchgesetzt worden, daß Merlin eine schriftliche Erklärung abgeben sollte, die Uebergabe von Mannheim nur in dem Fall zu fordern, wenn die Franzosen den Uebergang über den Rhein bei Mannheim ausführen und mit 4—6000 Mann diesseits des Rheines vor dem Heidelberger und Neckar-Thor erscheinen würden, allein Minister Oberndorff habe trotz aller Vorstellungen

diese vorteilhafte Bedingung nicht annehmen wollen, sondern „wäre darauf bestanden, daß fürdersamst eine förderliche Aufforderung erfolgen müßte.“ Auch der kurfürstliche Kammerpräsident Freiherr v. Perglas macht von jenen Unterhandlungen mit Reccum Meldung und fügt hinzu, die öffentliche Meinung sehe in Letzterem namentlich deshalb einen Verräter, weil er die Zahl der bei Mannheim stehenden Franzosen auf 30—40,000 Mann angab, während doch gerade ihm die Schwäche der Franzosen nicht unbekannt sein konnte. Salabert selbst schrieb an Merlin (17. September), er könne seine Dankbarkeit für die versöhnliche, wohlwollende Gesinnung „Seiner Excellenz“, deren er durch Reccum wiederholt versichert worden sei, nicht aufrichtiger beweisen, als wenn er selbst nach München reise, um dem Herrn Kurfürsten den Stand der Dinge klar zu machen. Er hoffe, daß sich eine Verständigung erzielen lasse; dazu sei aber erforderlich, daß Merlin die Unterhandlungen nicht störe und jede Feindseligkeit gegen Mannheim und die Pfalz bis zur Rückkehr des Friedensboten aus München verhindere. Auf diesen Zusatz that sich Salabert später bei seiner Verteidigung viel zu gute; er habe auf solche Weise eine achttägige Frist erreichen wollen, damit Wurmser bequem alle Maßregeln zum Entsatz der Stadt treffen könnte. Wenn aber Salabert versicherte, Merlin habe durch Reccum wirklich das Versprechen gegeben, Mannheim vor Salaberts Rückkehr nicht anzugreifen, so klingt die Angabe schon deshalb unwahrscheinlich, weil zwischen Empfang des vom 17. September datierten Briefes und Aufforderung zur Uebergabe gar nicht Zeit gewesen wäre, Reccum nochmals an den Minister abzuordnen.

Auch diesmal blieb dem Befehlshaber der kaiserlichen Truppen in Mannheim, General Kospoth, die Anzettelung geheimer Unterhandlungen nicht verborgen; da er jedoch nur über ein Bataillon verfügte, konnte er weder seinen Vorstellungen genügenden Nachdruck verleihen, noch dem von Wurmser am 18. September erteilten Befehl gemäß mit Gewalt ein Festungsthor wegnehmen, um sich bis zur Ankunft der Abteilung Quosdanovichs zu behaupten.

Die Lässigkeit der Kaiserlichen habe die ganze Katastrophe verschuldet, so wurde später vom Gouverneur von Mannheim, General Belderbusch, behauptet. Die kaiserlichen Offiziere in Mannheim, erklärte er, konnten so gut, wie die pfälzischen wahrnehmen, wie von Tag zu Tag das Bollwerk der Franzosen auf dem linken Rheinufer stärker befestigt wurde und damit die Gefahr für Mannheim wuchs. Es hatte auch einmal den Anschein, als wollten die Kaiserlichen den Uebergang über den Rhein durchsetzen, um die feindlichen Schanzen zu zerstören; im Juli wurden zu diesem Zweck zahlreiche Pontons von der Neckarau an das Rheinufer gebracht. „Ob das eingefallene große Wasser oder sonstige Beweggründe dieses Vorhaben der Kayserlichen Truppen veränderten, oder aber ob es bloß eine demonstration gewesen, vermag ich nicht zu eruiren, aber statt des gehofften Ueberganges zogen sich die k. k. und Reichstruppen aus der Gegend von Mannheim weg." Von dem einzigen in Mannheim gebliebenen kaiserlichen Bataillon Mitrovsky marschierten 5 Kompagnien teils gegen Schwetzingen, teils gegen Lampertheim ab, ja, der kaiserliche General von Zentner stellte wenige Tage vor der Uebergabe mündlich an den Gouverneur das Ansinnen, es möchten auch noch einige Bataillons der pfälzischen Garnison zur Verstärkung jener 5 Kompagnien abgegeben werden. Das Gesuch wurde jedoch abgelehnt.

In gleicher Weise bezeichnete auch Graf Oberndorff die Schwächung der kaiserlichen Truppen in und um Mannheim und den Verzicht auf Zerstörung der feindlichen Werke jenseits des Rheines als Hauptursachen des Verlustes der Stadt. „Wenn eine ganze Armee in der Stadt gewesen wäre, hätte Mannheim ohne einen Uebergang über den Rhein und Verjagung der Franzosen aus ihren schußfertig gestandenen Batterien vom Ruin nicht gerettet, das heißt, das Bombardement nicht abgewendet werden können." Zu allem Ueberfluß seien aber noch drei Wochen vor der Uebergabe sämtliche Geschütze der Kaiserlichen aus der Stadt herausgezogen worden, so daß nur noch eine Eskadron Reiter und ein Häuflein Infanterie zurückblieben. Kospoth selbst habe

die Frage, ob er im Stande sei, ein Bombardement abzuwenden, gerade so wie Belderbusch mit Nein beantwortet.

Die Abberufung der kaiserlichen Truppen und Batterien aus Mannheim gerade in der Stunde der höchsten Gefahr bezeichnete auch Wurmsers Adjutant, der kaiserliche Genieoberst Graf von Dietrichstein schon vor der Uebergabe als schweren Fehler. Wurmser habe sich darob förmlich entsetzt, schrieb Dietrichstein an Thugut, und habe vergeblich nochmals versucht, Clerfait von seinem unvorsichtigen Beginnen abzubringen.

Es war ja vorauszusehen, daß an die Befehlshaber in Mannheim demnächst die Frage herantreten werde, ob sie, der Pflichten gegen Kaiser und Reich eingedenk, zu mannhafter Verteidigung oder um der Rettung der Stadt willen zur Willfährigkeit gegen die Franzosen sich entschließen wollten.

Das Schicksal des ganzen Feldzugs hing — nach Dumouriez' Ausspruch — vom Schicksal der wichtigsten Rheinfestung Mainz ab. Seit Oktober 1794 war dieser Platz von den Franzosen umlagert, aber an Einnahme war nicht zu denken, so lange nicht auch auf dem rechten Rheinufer angegriffen werden konnte. Um dies zu ermöglichen, setzte am 6. September die Sambre- und Maas-Armee bei Düsseldorf über den Rhein. Der pfälzische Minister v. Hompesch in Düsseldorf schloß eiligst eine Kapitulation, welche zwar den pfälzischen und österreichischen Truppen freien Abzug sicherte, aber die Festung mit 353 Geschützen und ansehnlichen Vorräten in die Hände der Republikaner lieferte. Damit hatten sie festen Fuß auf dem rechten Rheinufer gefaßt und wandten sich nun mit jenem elementaren Ungestüm, der in den Revolutionskriegen so oft den Sieg an die französischen Fahnen fesselte, gegen den Reichsfeldmarschall Clerfait; dieser zog sich „fluchtartig“, wie sich die Herren in Mannheim nicht unberechtigt ausdrückten, auf das linke Mainufer zurück. General Kleber rückte ungehindert auf dem rechten Ufer gegen Mainz heran; die Festung war nun auf allen Seiten von ungeheurer Kriegsmacht umschlossen, ihr Schicksal schien besiegelt zu sein. Gleichzeitig trat auch die Rhein- und Moselarmee unter Pichegru in Aktion

Bei der im verflossenen Jahre erfolgten Uebergabe der Rheinschanze war ausbedungen worden, daß die Stadt Mannheim nicht beschossen werden sollte, so lange der Krieg auf das linke Rheinufer beschränkt bliebe; jetzt war dieses Hindernis weggeräumt, französische Truppen standen auf dem rechten Rheinufer, somit durfte auch Pichegru den Plan ins Auge fassen, durch Wegnahme Mannheims ein Ausfallthor gegen Deutschland zu gewinnen.

Schon auf die erste Kunde von Jourdans Vorrücken in der Richtung gegen Düsseldorf, am 31. August, hatte Graf Oberndorff nach München einen Eilboten mit der alarmierenden Nachricht gesendet: Beschießung und Einnahme von Mannheim könne kaum noch abgewendet werden, dann stehe den Franzosen der Weg in die rechtsrheinischen Teile der Kurpfalz offen, und diese werde wohl das gleiche Schicksal ereilen, wie die linksrheinischen. Wäre vor drei Monaten mit mehr Ernst der Friede angestrebt worden, so sähe man sich jetzt nicht in so peinliche Lage versetzt; unter den gegenwärtigen kritischen Verhältnissen müsse sich der Minister genaue Verhaltungsmaßregeln erbitten.

Darauf erging am 3. September ein kurfürstliches Reskript, das dem Minister — freilich in gewundenen Ausdrücken — die Ermächtigung erteilte, eine „soviel möglich honorable Capitulation“ abzuschließen und sich zur Neutralität zu verpflichten, jedoch nur „bei wirklich sich ergebenden Nothfalle.“

Diese letztere Einschränkung war noch verschärft in einem zweiten, zugleich an Oberndorff in Mannheim und Hompesch in Düsseldorf gerichteten Reskript vom 12. September: die beiden festen Plätze sollten „nur im äußersten Falle, wenn sonst keine Rettung zu hoffen,“ übergeben werden.

Schon am 18. September ließ Pichegru an Gouverneur Belderbusch die Aufforderung ergehen, die Thore Mannheims zu öffnen, widrigenfalls er Befehl geben werde, die Beschießung zu eröffnen. Im Interesse der Bewohner und der Besatzung möge kein unnützer Widerstand versucht, sondern lieber freundschaftliches Einvernehmen zwischen der Republik und Kurpfalz angebahnt werden; die

Weigerung würde eine der schönsten Städte Deutschlands dem sicheren Verderben preisgeben.

Darauf erwiderte Belderbusch am 19. September, er müsse zugestehen, daß die Bedingung bezüglich der Rheinschanze erfüllt sei, er könne aber eine bündige Erklärung nicht geben, ohne die Bedingungen der Uebergabe zu kennen. „Es darf dadurch die Ehre nicht verletzt werden, wie es ein fester Platz verlangen kann, der eine starke Besatzung und alles Nötige zur Genüge hat.“ Nur die Menschlichkeit bewege ihn zum Versuche, von den unschuldigen, friedlichen Bewohnern der Stadt das äußerste Kriegselend abzuwenden. „Machen Sie mir also, Herr General, Kapitulationsbedingungen bekannt, welche die Ehre meines Herrn, des Kurfürsten, nicht verletzen und seine Unterthanen vor Untergang bewahren!“

Schon in der folgenden Nacht sandte Pichegru durch seinen Adjutanten Mongeait den Entwurf zu einer Kapitulation nach Mannheim. Ueber die folgenden Vorgänge unterrichten am genauesten die Aussagen Belderbuschs in dem Verhör, dem er nach Wiederaufnahme des Prozeßes im Juli 1796 unterworfen wurde. Nach erhaltener Aufforderung verfügte sich der Gouverneur zum dirigierenden Minister Oberndorff; auch der österreichische Kommandant General Kospoth wurde zur Beratung eingeladen, gab jedoch eine abweisende Antwort. Auf dreierlei Art, erklärte der Gouverneur, könne das Ultimatum der Franzosen erwidert werden; entweder könne man das Aeußerste abwarten und die Unterhandlungen gänzlich abbrechen, oder man könne zur Verhütung des Bombardements dem Feinde solche Bedingungen vorschlagen, unter welchen die Uebergabe zuläßig erscheine, oder man könne den Feind auffordern, dergleichen Punkte selbst vorzuschlagen. Für letzteren Ausweg entschied sich Graf Oberndorff, und um seinem Votum Nachdruck zu geben, zeigte er den kurfürstlichen Befehl vom 3. September vor, der für den Fall, daß Mannheim nicht zu halten wäre, zur Uebergabe unter möglichst günstigen Bedingungen ermächtigte. Der kurfürstliche Befehl vom 12. September, der die Uebergabe nur im äußersten Notfall zuließ, wurde

dem Gouverneur **nicht** bekannt gegeben; erst am nächsten Morgen, als die Uebergabe schon vollzogen war, las Regierungsrat v. Schmitz dem Gouverneur ein Reskript vor, bezüglich dessen letzterer bei seinem Verhör erklärte, er könne sich nicht mehr erinnern, ob es mit dem schon bekannt gegebenen identisch war oder anders lautete. Auffällig ist unter allen Umständen, daß Oberndorff **vor** der Kapitulation nur das erste Reskript, das ohne Schwierigkeit als Zustimmung zur Uebergabe zu deuten war, dem militärischen Befehlshaber vorwies. Auf Belderbuschs Befehl nahmen sodann auch die in Mannheim befindlichen kurpfälzischen Generäle von Hauzenberg, Pfister, Deroy und Kinckel im Hause Oberndorffs von jenem kurfürstlichen Reskript Einsicht und wurden zum Entwurf einer Kapitulation beigezogen. Noch ehe dies vollstreckt war, kam die Nachricht, daß eine beträchtliche kaiserliche Abteilung zum Entsatz heranziehe und das Bataillon Lattermann schon Einlaß begehre, um durch die Stadt zu marschieren und über den Neckar zu setzen. Der Gouverneur erwiderte jedoch, das Bataillon werde bequemer und kürzer über das Glacis bei dem Heidelbergerthor zur Neckarbrücke gelangen. Begreiflicher Weise wurde diese Weigerung von kaiserlicher Seite als offene Feindseligkeit aufgefaßt, und das Verhalten der Pfälzer, die offenbar eine Ueberrumpelung durch die Kaiserlichen befürchteten, mußte um so beleidigender wirken, da während des Vorbeimarsches die Kanonen auf den Wällen gegen die anrückenden Oesterreicher gerichtet und Artilleristen mit brennenden Lunten aufgestellt waren, um gegebenen Falles sofort das Feuer zu eröffnen. Belderbusch selbst gestand später zu, daß er „in Rücksicht der Zeitumständen und der Kriegsordnung gemäß die äußeren Posten, wo besagte Bataillons auf der Glacis vorbeipassiren mußten, gehörig besetzen ließ,“ doch sei von einem Befehle, auf die Oesterreicher zu schießen, keine Rede gewesen.

Wenige Stunden später, am 20. September Morgens 4 Uhr, wurde die Stadt übergeben.

Nur als schnöder Verrat lasse sich die unglaubliche Thatsache auffassen, wurde fortan auf kaiserlicher Seite behauptet. Die

Stadt konnte nicht gehalten werden und der im kurfürstlichen Reskript vom 3. September vorgesehene „äußerste Notfall" war eingetreten, so beteuerten Oberndorff und seine Genossen.

Suchen wir über die Frage der Schuld auf Grund der vorliegenden Zeugnisse zu einem unbefangenen Urteil zu gelangen!

„Wir kennen die Festung," so heißt es in der Aufforderung vom 18. September, „sie hat gar keine Kasematten; die Magazine und das Arsenal sind dem Feuer unserer Batterien ausgesetzt; kein Soldat kann sich dort halten, und sobald wir unter dem Schutze der Batterien eine Brücke gebaut haben werden, ist die Stadt unser." Schwerer wiegt das Zeugnis des französischen Divisionärs Decaen, der in seiner Denkschrift über die Einnahme Mannheims die Unhaltbarkeit des Platzes betont; von den französischen Schanzen aus hätte in der That die Stadt in Grund und Boden geschossen werde können. Das Nämliche behaupten die von Belderbusch als Entlastungszeugen angerufenen pfälzischen Ingenieuroffiziere Denis und Steimmig. In den von der Rheinschanze bis in den Friesenheimer Wald aufgeworfenen französischen Batterien seien die Geschütze samt und sonders gegen die Residenz, das Opernhaus, die große Hofkirche, die Kirche des Bürgerhospitals und andere öffentliche Gebäude gerichtet gewesen; in dreimal vierundzwanzig Stunden wäre der größte Teil der Stadt ein Raub der Flammen geworden, ohne daß von den äußeren Werken der Festung eine ausreichende Abwehr möglich gewesen wäre. Die Franzosen hätten mindestens 20 Mörser, 27 Haubitzen und 27 Kanonen zur Verfügung gehabt und hätten nicht gehindert werden können, längs des ganzen Rheindammes und ihres Epaulements neue bedeckte Batterien ganz nahe an die Stadt vorzuschieben.

Die Zahl der Geschütze innerhalb der Festung und auf den äußeren Werken gibt der ebenfalls von Belderbusch angerufene Chef des Armaturdepots, Regnier, auf 210 brauchbare Kanonen, 25 Mörser und 11 Haubitzen an; diese Ausstattung, bemerkt er dazu, sei ungenügend gewesen; die im September 1794 aus Kaiserlichen und Pfälzern zusammengesetzte Generalitätskommission habe erklärt, daß mindestens 300 Geschütze zur Behauptung

Mannheims notwendig seien. Belderbusch selbst berechnet das vorhandene grobe Geschütz auf 246 Stück, die Stärke der Garnison auf 8200 Mann, während in der Rheinschanze und auf anderen Punkten der Umgebung Mannheims 24—30,000 Franzosen verteilt gewesen seien.

Letztere Behauptung entsprach keinesfalls der Wahrheit, und andere Punkte sind wenigstens anfechtbar. Wie die mit der Untersuchung gegen Oberndorff betrauten Kommissäre versicherten, sprach der französische General Dufour — in direktem Gegensatz zu Decaens Auffassung — seine Verwunderung darüber aus, daß eine mit allem Notwendigen ausgerüstete Festung an eine so geringe Anzahl Franzosen sich ergab. Ein anderer wohlunterrichteter Zeitgenosse, der Verfasser der Schrift „Gemälde aus der Belagerung von Mannheim im Jahre 1795“, verhöhnt die schmachvolle Kapitulation, die durch 4 Geschütze und eine Handvoll elender, von Müdigkeit und Hunger erschöpfter Sansculottes erzwungen worden sei. Auch in der oben erwähnten, objektiv abgefaßten Schrift „Trauriges Schicksal ꝛc.“ wird die geringe Anzahl der Belagernden ausdrücklich hervorgehoben.

Einen ausführlicheren Bericht über die näheren Umstände der Uebergabe bieten Mannlichs Memoiren. Der Zweibrücken'sche Hofmaler war von Salabert aufgefordert worden, von Zweibrücken nach Mannheim zu kommen, weil der Herzog einige Bilder seiner Galerie verkaufen wolle. Als er nach Frankenthal gelangte, war er erstaunt, nur ungefähr hundert Sansculottes und sechzig Reiter zu finden, die offenbar das ganze Belagerungskorps vor Mannheim repräsentierten. Er suchte nun Merlin auf, um einen Paß zu erlangen; der würdige Volksvertreter hatte gerade auf jedem Bein ein Mädchen sitzen. „Ah, unser Freund Salabert hat mir schon von Ihnen erzählt!“ rief der Franzose, „Ihnen werden wir keine Schwierigkeiten machen!“ Trotzdem mußte Mannlich mehrere Tage in Frankenthal warten, nicht wenig beunruhigt durch die wüsten Reden der Sansculottes, die sich ein über das andere mal vermaßen, Mannheim an allen vier Ecken anzuzünden. Jeden Morgen sah er sechs Kanonen

von großem Kaliber abfahren, in der Richtung auf die Schanze am Rheinufer gegenüber der Stadt; auch dieser Anblick beängstigte ihn anfänglich, doch als er sah, daß die nämlichen Kanonen jede Nacht nach Frankenthal zurückkehrten, um in den ersten Morgenstunden wieder auf die Schanzen gezogen zu werden, erriet er, daß es sich um eine im Grunde recht wohlfeile Kriegslist handle.

Nachdem auf solche Weise etwa acht Tage verstrichen waren, hörte er, daß Mannheim sich ergeben habe; er eilte sofort zur Rheinschanze und langte dort eben an, als eine Deputation aus der Stadt die Schlüssel überbrachte. „Merlin war höchst verlegen ob der Eile, womit die Uebergabe vollzogen wurde, weil er gar nicht Leute genug hatte, um die drei Stadtthore zu besetzen." Er führte die Herren, die er stolz wie ein Diktator empfangen hatte, zu den Schanzwerken und zeigte ihnen jene sechs großen Kanonen, welche gegen die wichtigsten öffentlichen Gebäude in Mannheim gerichtet waren; er lud sie ein, selbst nachzusehen, ob genau visiert worden sei, und machte nicht wenig Aufhebens von einem kleinen Ofen, in welchem die glühenden Kugeln lagen, welche die Stadt einäschern sollten. „Unglücklicher Weise war kein Militär unter den Deputierten; er hätte sicherlich auflachen müssen beim Anblick der Mittelchen, welche genügt hatten, eine jenseits des Rheines liegende und von 10,000 Mann verteidigte Stadt zur Uebergabe zu bewegen." Noch immer konnte Mannlich den Rhein nicht passieren, weil die Brücke absichtlich nicht fertig gestellt war, aus Furcht, man möchte in Mannheim gewahr werden, daß gar keine Truppen vorhanden seien, die Stadt zu besetzen. Erst im Verlauf der nächsten Tage konnten aus Dürkheim, Landau und anderen Plätzen so viel Sansculottes zusammengezogen werden, als zur Bewachung der Thore notwendig; darunter befanden sich aber auch Einäugige, Höckerige und dergleichen Leute, „Krieger", die unwillkürlich an Falstaffs Rekruten erinnerten.

Man wäre versucht, die Schilderung Mannlichs als übertreibend mit Mißtrauen aufzunehmen, doch in den wesentlichsten Zügen stimmt auch der Bericht Montgelas' damit überein. „Ich

gestehe, daß mir dieses Ereignis stets als eines der seltsamsten vorkam, wovon sich in der Geschichte Deutschlands Beispiele finden. Es wurde hier ohne Schwertstreich und aus bloßer Furcht vor einem Bombardement ein wohl befestigter und verproviantierter Platz übergeben und zwar an einen so schwachen Feind, daß es ihm selbst an verfügbaren Kräften fehlte, um nur Besitz davon zu ergreifen, und er im ersten Augenblick sogar die Reconvalescenten aus den Spitälern als Besatzung zu verwenden gezwungen war."

Der „äußerste Notfall" war also keineswegs eingetreten. Freilich, Oberndorff behauptete, schon die Gefahr der Beschießung aus der Rheinschanze sei als solcher Notfall zu betrachten. Darauf erwiderten aber die im Juni 1796 aufgestellten Untersuchungskommissäre gewiß mit Recht: „Batterien gegen eine Festung aufwerfen, beweiset noch nicht die äußerste Gefahr, weil sonst ja niemals eine Stadt wirklich beschossen würde, sondern sich jede gleich nach der Aufforderung als schon im äußersten Notfall durch Kapitulation ergeben würde. Mannheim hielt (im November 1795) 11 Tage lang ein verheerendes Bombardement der Kaiserlichen aus, litt zwar schrecklich, aber solcher Schaden kann ersetzt werden."

Was mochte nun aber den Minister zu dem übereilten Abschluß der Kapitulation bewogen haben?

Die Möglichkeit einer Bestechung ist sicherlich abzuweisen. Zwar richteten die Kommissäre an Oberndorff auch die Frage, ob er „nichts gehört von Geschenken oder Versprechungen der Frankreicher?" ließen aber, als Oberndorff verneinte, die Anregung sofort fallen und kamen in ihrem gutachtlichen Bericht nicht mehr darauf zurück.

Auf ein anderes Motiv weist Montgelas hin. Oberndorff habe geglaubt, durch die Uebergabe der Stadt die Neutralität für die untere Pfalz auf beiden Rheinufern, also mittelbar auch die Rückgabe derjenigen Landesteile zu erwirken, deren sich die Franzosen auf Kosten seines Gebieters bemächtigt hatten. „Allein entweder wurde die dahin zielende Forderung abgeschlagen oder

— wie viele für wohlunterrichtet geltende Personen damals behaupteten — der ursprüngliche Text der Uebereinkunft wurde geändert und ohne daß der Minister es bemerkte, eine andere Ausfertigung zur Unterschrift vorgelegt: die Kapitulationsurkunde enthielt nur die Anerkennung der Neutralität für die kurfürstlichen Besitzungen am rechten Ufer des Rheines."

Auch der kurfürstliche Regierungs-Vizepräsident v. Höve berichtete an das Ministerium, Oberndorff sei überlistet worden, indem Merlin behauptete, das erste Exemplar des Vertrags sei verloren gegangen, während im zweiten Exemplar der von der Neutralität der pfälzischen Lande handelnde 2. Article additionel wesentlich anders lautete, als im ersten. In der Mannheimer Zeitung wurden — offenbar von Oberndorff selbst — am 4. und 11. Oktober die Kapitulationsvorschläge der Vertreter des Kurfürsten, sowie die Antwort des Generals Pichegru veröffentlicht. Darnach wurde allerdings von Oberndorff die Neutralität für die pfälzischen Besitzungen auf beiden Ufern verlangt, aber Pichegru ging darauf nicht ein; es stehe weder ihm, noch den Volksrepräsentanten zu, in Ansehung solcher Länder, die von anderen Armeen der Republik besetzt seien, eine Uebereinkunft zu treffen; die Neutralität könne also nur für die von der Rhein- und Moselarmee besetzten Teile der Pfalz zugesichert werden, und ebenso könne sich der Vertrag nur auf Güter und Effekten des Herzogs von Zweibrücken auf dem rechten Rheinufer beziehen.

Von den Untersuchungskommissären wurde der angeblichen Ueberlistung des Ministers, wie es scheint, kein Gewicht beigelegt, denn es wurde deshalb nicht einmal eine Frage gestellt. Dagegen mußte sich der Angeklagte aussprechen, „ob er nicht in einer jähen Aufwallung von Verstörung oder Furcht gehandelt habe". Oberndoff erwiderte, er glaube nicht aus Verstörung voreilig gehandelt zu haben, denn „wo die Wahl allein zwischen Verderben oder Rettung ist, handelt man, glaube ich, nicht voreilig, nach Rettung zu greifen"; ebenso wenig glaube er aus Furcht etwas verschuldet zu haben, denn schon das frühere fran-

zösische Bombardement habe ihn mit Bomben ziemlich vertraut gemacht, und aus seiner Geschäftsführung während des zweiten Bombardements durch die Kaiserlichen werde sich keine Furcht heraussspüren lassen. Die Kommission verharrte jedoch bei der Ansicht, daß Oberndorff im Augenblick des Kapitulationsabschlusses nicht vollkommen zurechnungsfähig war, und sah einen Beweis dafür in der Thatsache, daß er in der Urkunde statt seines eigenen Namens „Pichegru“ unterzeichnete, so daß das Schriftstück umgeschrieben werden mußte. „Hat man aber einmal die Gegenwart des Geistes verlohren, so kann leichtlich ein Mann, wenn er auch mit Bomben vertraut ist, zumal wenn er schon in einem hohen Alter und kränklich ist, einen zu raschen und verzagten Entschluß fassen!“

Doch auch dieser Grund dürfte zur Erklärung der Handlungsweise Oberndorffs nicht genügen. Es wäre überhaupt ungerecht, wenn man Oberndorff und Salabert als die einzigen Schuldigen betrachten wollte; die Schuld reicht in höhere Kreise hinauf. „Man weiß hier gar nicht mehr recht, wer in Wahrheit Freund und Feind ist“, — so charakterisiert der Zweibrücken'sche Legationsrat Käser die Münchner Zustände — „und unter diesen Umständen wird soviel Wahres und Falsches in Umlauf gebracht, daß man gar nicht mehr zur Ruhe kömmt.“ Das Urteil Armand Baumanns ist vollberechtigt: „Ein wirklicher Verrat ist nicht nachweisbar; auch Oberndorff handelte eben getreu der Politik, die seine Regierung seit 1792 einhielt; die Erregung über dieselbe war nur diesmal besonders mächtig, da mit dem unerwarteten Schlage die Lage der Oesterreicher sehr gefährdet erschien.“

Völlig unerwartet war die Wendung nicht; nach der Einnahme von Düsseldorf mußte sie unter den gegebenen Verhältnissen früher oder später eintreten. Der Angriff auf Mannheim werde nun wohl nicht lange ausbleiben, schrieb Kaiser Franz am 17. September an Wurmser, und was lasse sich gutes erwarten, da die Regierung, wie die Garnison von Mannheim auf nichts andres sinne, als sich beim ersten Erscheinen des Feindes

zu ergeben. Schon am 15. September erhielt Thugut eine verfrühte Nachricht aus München, daß Mannheim übergeben sei. Insbesondere seit Kospoth die geheimen Verhandlungen im Palaste des Herzogs von Zweibrücken zur Anzeige gebracht hatte, konnten sich die Kaiserlichen über den Ernst der Lage keiner Täuschung mehr hingeben.

Trotzdem wirkte die Nachricht der vollendeten Thatsache wie eine jähe Ueberraschung. Die Uebergabe von Mannheim brachte die kaiserlichen Truppen in höchste Gefahr. Den beiden Armeen konnte jetzt die Verbindung, ja selbst der Rückzug abgeschnitten werden, wenn Jourdan das obere Mainufer besetzte und Pichegru am Neckar vordrang. Die allgemeine Lage war für die kaiserliche Sache gerade damals so kritisch wie möglich. Die sächsischen Truppen zogen aus dem Lager des Reichsheeres zu Bobenheim nach Hause ab. Daß eine Aussöhnung Hannovers mit Frankreich unter preußischer Vermittlung stattgefunden habe, war nicht mehr zweifelhaft. Der preußische Gesandte beim fränkischen Kreise, Graf Soden, forderte den Kreis offen auf, zur Neutralitätskonvention überzutreten. In einem Gutachten für den Kaiser erklärte Staatsrat Eger, keine andere noch so traurige, verzweifelte Periode in der Geschichte Oesterreichs lasse sich mit den gegenwärtigen Zuständen vergleichen; der Kern der Armee vernichtet, ohne daß junge Mannschaft zum Ersatz vorhanden, die Finanzen gänzlich zerrüttet, der Staatskredit nach dem eigenen Geständnis des Finanzministers in den letzten Zügen! Und nun die Mannheimer Kapitulation! „Welche Unfälle!“ schrieb Dietrichstein an Thugut, „und wie folgt Schlag auf Schlag! Daß die Pfälzer Feiglinge und Verräther sind, kann füglich nicht überraschen, wohl aber, daß Clerfait diese ganze Seite entblößt hat ....“ Auch nach dem Eintreffen genauerer Nachrichten über die Mannheimer Katastrophe hielt Wurmser — denn die Briefe des Adjutanten Dietrichstein an Thugut sind entweder nach Wurmsers Diktat oder doch in seinem Sinne geschrieben — an der Ansicht fest, daß in erster Reihe zwar die feige Verräterei der Pfälzer die Schuld trage, in zweiter aber die unglückliche Führung Clerfaits.

Auch der zum Entsatz der Stadt abgeordnete Quosdanovich hätte nach Wurmsers Meinung rascher vordringen oder wenigstens noch, während die Rheinbrücke geschlagen wurde, einen Handstreich unternehmen können; nicht minder verdiene gerügt zu werden, daß Quosdanovich, als die pfälzische Garnison den Schauplatz des schmählichen Verrates verließ, nicht das Beispiel des Herzogs von Vendome nachahmte, der im Feldzug von 1703 beim Abfall des Königs Viktor Amadeus vom Bündnis mit Frankreich die sardinische Armee einfach entwaffnete.

In gleichem Maß, wie der Fall Mannheims bei den Kaiserlichen Entrüstung und Entmutigung wachrief, — „Ich werde erst so spät wie möglich an ein so trauriges Ereigniß glauben!" schrieb Thugut am 25. September an Wurmser — wuchs die Zuversicht der Franzosen. Barthelemy, der Gesandte der Republik in Basel, sprach dem Repräsentanten Merlin für die hocherfreuliche Kunde den Dank der Nation aus; er habe sofort die angenehme Neuigkeit dem Herrn von Hardenberg, sowie den in Basel anwesenden Gesandten des Kurfürsten von Bayern und des Herzogs von Zweibrücken übermittelt. „Mit diesem Erfolg ist der Gipfel des Ruhmes für die Republik und für Sie selbst erreicht, denn dieser Erfolg ist entscheidend für den Frieden mit Deutschland." „Die Eröffnung des Rheinübergangs bei Mannheim entscheidet das Schicksal des Feldzugs," schrieb General Joubert am 22. September, „der Feind wird sich nicht mehr am Main halten können, bald wird Mainz unser sein!"

Doch gerade in diesem Augenblick wandte sich das Kriegsglück. Die Franzosen, durch die Mannheimer Vorgänge ermutigt, glaubten durch rasches Vordringen auch die reichen kaiserlichen Magazine in Heidelberg erbeuten zu können und griffen am 24. September die bei Handschuchsheim stehende österreichische Abteilung unter Quosdanovich an; sie wurden aber — auch davon weiß Mannlich als Augenzeuge in höchst anschaulicher Weise zu erzählen — auf's Haupt geschlagen; die Oesterreicher erbeuteten 10 Kanonen und 300 Gefangene, darunter General Dufour, und warfen die Geschlagenen in voller Auflösung nach

Mannheim zurück. Dieses Treffen an den Heidelberger Höhen war die Peripetie im Feldzug von 1795. Heidelberg mit seinen Magazinen war gerettet, die Bergstraße gedeckt, die Kaiserlichen waren wieder Herren der beiden Neckarufer, Clerfait konnte wieder festen Fuß fassen, Jourdan sah sich zum Rückzug gezwungen, die beiden kaiserlichen Armeen rückten in großem Bogen gegen Mainz und Mannheim vor.

Inzwischen hatte ein peinlicher Vorfall beim Abzug der Pfälzer aus Mannheim vor aller Welt aufgedeckt, daß von kaiserlicher Seite das Verhalten Oberndorffs und Belderbuschs als heller Verrat aufgefaßt werde. Am 20. September früh 4 Uhr wurde die Kapitulation abgeschlossen; Mittags verließ Kospoth mit der kleinen Abteilung Kaiserlicher die Stadt; Nachmittags 4 Uhr setzte eine Abteilung Franzosen auf Schiffen über den Rhein und nahm von den Außenwerken Besitz; Pichegru, Merlin de Thionville und Rivaud zogen mit kleinem Gefolge in Mannheim ein. Am nächsten Tage verließ die pfälzische Besatzung die Stadt. Belderbusch bat den bei Heidelberg stehenden General Quosdanovich, den pfalzbayrischen Truppen den Durchzug zu gestatten; Quosdanovich wies das Ersuchen ab. Noch schroffer wurde die Bitte von dem zwischen Rhein und Neckar stehenden v. Zehentner abgelehnt. Der General ließ dem pfälzischen Gouverneur dessen eigenes Gesuch zurückgeben, auf welchem die Antwort niedergeschrieben war: „Ich werde diejenigen Pfälzer, die sich vor meinen Posten zeigen, gerade so wie mein Kamerad empfangen, das heißt mit Kanonen- und Kartätschenschüssen. Das ist meine Antwort auf eine ebenso einfältige, wie unanständige Forderung.“ Als darauf die pfälzischen Truppen in anderer Richtung abzogen, wurden bei Wiesloch das 3. Füsilier- und das 3. Grenadierregiment auf Befehl Wurmsers von dem kaiserlichen Korps Karacsey angehalten und trotz lebhaften Protestes des General Deroy entwaffnet. Wurmser war sich des Eindrucks, den diese Beleidigung eines deutschen Truppenkörpers hervorrufen mußte, wohl bewußt, ja er rechnete gerade auf diese Wirkung. Die ungewöhnliche Maßregel, schrieb er an den Kaiser, sei durch

ungewöhnliche Umstände geboten. Er habe einer 10,000 Mann starken Truppe Waffen und Kanonen abnehmen müssen, ehe er zulassen konnte, daß dieselbe im Rücken eines nur wenig überlegenen kaiserlichen Korps marschiere und kantoniere. Ueberdies verlange es die Würde kaiserlicher Majestät, daß die Pfälzer für ihr unwürdiges Verhalten öffentlich gezüchtigt würden, sie, die sich von einem Häuflein Feinde binnen vierundzwanzig Stunden die schimpflichsten Bedingungen vorschreiben ließen, die ihre eigenen Kanonen gegen die zu Hilfe eilenden Kaiserlichen richteten, die eine kleine Abteilung Kaiserlicher dazu nötigten, an ihrem schmählichen Rückzuge teilzunehmen. Noch jüngst sei in der Pfalz ein neuer Beweis von Unverschämtheit geliefert worden; der Landrichter von Heidelberg, Herr von Wrede, habe im nämlichen Augenblick, da die siegreichen kaiserlichen Truppen in diese Stadt Sicherheit und Ruhe zurückbrachten, die Aufschrift „Neutrale Stadt Sr. Kurfürstlichen Durchlaucht von der Pfalz“ anbringen lassen. Der Kurfürst selbst werde gerade durch ein entschiedenes Auftreten von kaiserlicher Seite am ehesten von seiner zweideutigen Politik bekehrt werden, und auch für die übrigen deutschen Fürsten werde die Entwaffnung der Pfälzer eine ernste Mahnung sein. Die Aussöhnung Preußens, Hessens, Württembergs mit dem Feinde nötige auch gegenüber den anderen Fürsten und Städten, die sich bisher noch nicht offen erklärt hätten, zur Vorsicht; vielleicht könne das Schicksal, das die pfälzische Mannschaft betroffen habe und die Stadt Mannheim treffen werde, die Lawine der Sonderverträge, welche die deutsche Reichsverfassung zu begraben drohe, noch rechtzeitig aufhalten.

In der That rief die Entwaffnung der pfälzischen Truppen in München noch mehr Schrecken, als Entrüstung hervor. Karl Theodor war ja keineswegs gesonnen, sich offen an Frankreich und Preußen anzuschließen; er wollte sich vom Kaiser nicht lossagen, wollte nur freie Hand behalten, um nach jeder Seite seinen Vorteil zu wahren. Montgelas bezeichnet als unverantwortlich, daß ein für den Kaiser so beleidigender Schritt, wie die Uebergabe Mannheims, „ohne jeden bestimmten politischen Zweck“ unternommen

wurde. „Offenbar hätte man entweder den zuerst (gegen Oesterreich) eingegangenen Verpflichtungen getreu bleiben sollen, ohne sich um ein zweck- und erfolgloses Bombardement zu bekümmern, oder nach einem so auffallendem Schritt sich mit Frankreich verbünden, um die österreichische Armee über den Inn zurückzudrängen, allermindestens aber eine entschiedene, durch hinreichende Streitkräfte gewahrte Neutralität aufrecht zu erhalten. Nichts von allem dem geschah, vielmehr operierte das kurfürstliche Kontingent nach wie vor an der Seite der Oesterreicher.“ Karl Theodor sprach, als die Nachricht von der Uebergabe Mannheims in München einlief, dem kaiserlichen Gesandten, Grafen Seilern, sein Bedauern aus über ein Vorgehen seiner Behörden, wozu er keineswegs Befehl oder Ermutigung gegeben habe. Als die Entwaffnung der pfalzbayrischen Regimenter ruchbar wurde, schickte er seinen Obristkämmerer Grafen von Tattenbach als außerordentlichen Gesandten nach Wien. Derselbe sollte die Uebergabe der Stadt Mannheim entschuldigen und für die den kurfürstlichen Truppen zugefügte Beleidigung Genugthuung fordern. Allein der Brief des Kurfürsten verriet durch seinen unterwürfigen Ton, welch ängstliche Stimmung am Münchner Hofe herrschte. Nur dem durch „solch ohnerhörte Mißhandlung höchst beleidigten Militaire“ sollte billige Satisfaktion mittels öffentlicher Zurückstellung der abgenommenen Kanonen, Gewehre und Ehrenzeichen geleistet, auch der schuldige kaiserliche General zur Abbitte angehalten werden. Dabei war aber die treue Anhänglichkeit des Kurfürsten stark betont und zugleich auf die schweren Verluste an Land, Leuten und Einkünften hingewiesen, welche Bayern ob seiner nie wankenden Reichstreue erlitten habe.

Schon die Aufnahme des Gesandten in Wien bewies, wie bitter hier die „ohnwandelbare Treue“ Bayerns beurteilt wurde. Als die Absendung Tattenbachs in Wien bekannt geworden war, hatte Thugut an den Reichsvizekanzler Fürsten Colloredo geschrieben: „Ich denke, Sie sind der nämlichen Ansicht, wie ich, daß es der Würde Sr. Majestät und der Rücksicht nach allen Seiten hin angemessen ist, fest zu bleiben, daß man also zunächst etwa 10 Tage ver-

streichen läßt, ehe man den Brief des Kurfürsten annimmt oder diese Herrn Bayern zur Audienz vorläßt." Kaiser Franz erklärte sich nicht bloß mit der Entwaffnung der Pfälzer einverstanden, sondern rügte sogar, daß Wurmser sie überhaupt abziehen ließ, denn die Treulosen könnten ja möglicher Weise neue Waffen erhalten und gegen die Kaiserlichen gebrauchen. Neutralität soll den pfälzischen Landen durchaus nicht bewilligt werden, sie sollen nicht wie Feindesland verwüstet, aber auch nicht geschont und die Unterthanen mit Ausnahme der patriotischen Heidelberger sollen tüchtig zu Vorspann, Lebensmittel- und Fouragelieferungen angehalten werden.

Dieser Stimmung des Kaisers entsprach Tattenbachs Empfang. Als der bayrische Gesandte gemeldet wurde, ließ sich der Reichsvizekanzler verleugnen; Thugut empfing ihn zwar, aber nur, um ihn mit Vorwürfen, deren Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ, zu überschütten. „Um Ihnen ein recht ähnliches Bild von Thugut zu geben," schrieb Tattenbach an Vieregg, „mögen sich Ew. Excellenz die Karikatur eines Bussard vorstellen, dessen lauerndes Auge sofort erkennen läßt, daß er Niemands Freund ist. Sein Charakter entspricht der Physiognomie so sehr, daß ich keinen andren Wunsch hege, als ihn zum letztenmal gesprochen zu haben; er stieß mit Heftigkeit eine Menge Anklagen hervor: General Clerfait habe ja doch Nachricht gegeben, daß er Kanonen nach Mannheim schicken werde; er sei schon auf dem Marsche gewesen, um die Stadt zu schützen; General Karaczjay habe gesehen, daß die Kanonen gegen die Kaiserlichen gerichtet waren; es sei versichert worden, man brauche keine Hilfe u. s. w. Ich stellte ihm vergeblich vor, daß jede Verteidigung unmöglich gewesen sei, so lange der Feind im Besitz der Rheinschanze und der anstoßenden Werke — vergeblich! Er ist ein Mann, der nur sich hört und keine Gründe gelten läßt! Ich gestehe, es kostete mich Mühe, an mich zu halten!" Höflicher war Colloredo, als auch er endlich den Gesandten vorgelassen hatte, doch auch er kam immer wieder auf die Beschuldigung zurück, es sei Hilfe angeboten worden, aber Belderbusch habe nicht bloß darauf ver-

zichtet, sondern sogar gegen die heranziehenden Oesterreicher die Kanonen richten lassen. Tattenbach fügt hinzu, er persönlich halte Belderbusch eines so zweideutigen Schrittes nicht für fähig; man möge ihm aber bald genaue Nachricht geben, ob wirklich das Anerbieten Quosdanovichs schon vor der Unterzeichnung der Kapitulation eingetroffen sei. „Um diese Frage dreht sich der ganze Streit!“ So lange nicht eine gründliche Rechtfertigung gelinge, sei in Wien auf nichts zu hoffen; der Kaiser weigere sich, eine Audienz zu bewilligen; Thugut schelte allerorten auf die franzosenfreundlichen Bayern, diese Lakaien Frankreichs und Verräter an Kaiser und Reich!

Diese Berichte aus Wien wirkten in München um so peinlicher, da das Kriegsglück andauernd die kaiserlichen Waffen begünstigte und die Kaiserlichen in der Pfalz immer feindseliger schalteten. Dem bayrischen Kommissär bei der kaiserlichen Armee, Oberst Wrede, waren nicht minder traurige Erfahrungen beschieden, als dem Diplomaten in Wien. Zwar begegnete ihm Wurmser mit der alten kameradschaftlichen Herzlichkeit und gab „mit dem ihm eigenen biederen Ton“ die Versicherung, er werde die pfälzischen Unterthanen so viel als möglich schonen, aber weniger rücksichtsvoll zeigte sich Clerfait, und beide Heerführer erklärten, daß Mannheim unter allen Umständen wieder eingenommen werden müsse. In den ersten Tagen des Oktober wurde das gräflich Oberndorff'sche Haus in Edingen von Szeckler Husaren überfallen und ausgeplündert. Wurmser war über den Exzeß höchst ungehalten und beklagte vor Oberst Wrede — wie dieser in seiner etwas auffällig dramatischen Weise berichtet — „mit Thränen in den Augen“ die Roheit seiner Soldateska; wundern könne man sich freilich darüber nicht, da Clerfait selbst an offener Tafel geäußert habe, es könnte nichts schaden, wenn die Häuser des Herrn Grafen Oberndorff und die pfälzischen Lande überhaupt tüchtig geplündert würden. Wurmser hätte auch, so versichert Wrede, von einer Belagerung Mannheims gern abgesehen, aber ein Eilbote aus Wien habe gemeldet, daß der Kaiser selbst die

Zurückeroberung Mannheims als erste und wichtigste Aufgabe seiner Armeen ansehe.

Damit stimmt überein, was der Kaiser gelegentlich der ersten Audienz des Grafen Tattenbach äußerte. „Es wird für den Kurfürsten wohl gleich sein, ob die Franzosen die Stadt zusammengeschossen hätten oder ob nun ich sie zusammenschießen lasse .... Mir thut es leid, daß sich so etwas gerade bei dem Kurfürsten von der Pfalz ereignet hat, für den ich allezeit besondere Freundschaft und Achtung gehegt habe; wenn es von einem meiner Generäle geschehen wäre, hätte ich ihm sogleich den Kopf abschlagen lassen."

„Das waren die eigenen Worte Seiner Majestät," fügt Tattenbach hinzu, „Ew. Kurfürstliche Durchlaucht können daraus auf die Stimmung des Monarchen schließen, und noch mehr auf die Gereiztheit des Ministeriums, das Baron Thugut gegen uns aufgehetzt hat." Der Kurfürst möge sich ja recht willfährig bezeigen und eine Untersuchung gegen die Mannheimer Kapitulanten einleiten, damit offen zu Tage trete, daß die kurfürstliche Regierung selbst keine Schuld treffe.

Am 12. Oktober beschwerte sich der kurböhmische Gesandte, Graf von Breuner, in der Sitzung des Regensburger Reichstags in heftigster Weise über die unverantwortliche Haltung der pfälzischen Behörden. Das schlug ein, wie eine Bombe, schrieb der Zweibrücken'sche Gesandte, Baron Rechberg, an seinen Herzog; der Vertreter Bayerns, Graf Lerchenfeld, war wie gelähmt und stammelte bloß, er werde die Erklärung ad referendum nehmen. „Ich vermag nicht die Eindrücke zu schildern, die diese ministerielle Eröffnung gemacht hat! Den ersten Churhof Teutschlands öffentlich der Verätherey zu beschuldigen, seine Truppen auf die schimpflichste Art zu behandeln! Dieses seit Carl dem V. unerhörte Benehmen hat nicht nur die größte Aufmerksamkeit, sondern auch den größten Widerwillen verursacht!" Die „mächtigeren" Mitstände, meinte Rechberg, würden sogar mit Freuden die Gelegenheit ergreifen, Pfalzbayern gegen den Kaiser zu schützen und zur Abwehr des Wiener Despotismus wie vor neun Jahren einen neuen

Fürstenbund ins Leben zu rufen, aber unbegreiflicher Weise bleibe die Zustimmung aus München aus; man wisse noch immer nicht, wessen man sich von Pfalzbayern zu versehen habe.

Aus den zwischen Graf Tattenbach und dem Ministerium gewechselten Noten ersehen wir, daß in München die Absicht bestand, den Kaiser zu versöhnen, auf friedlichem Wege für die Beschimpfung der bayrischen Fahne Genugthuung zu erwirken und von Mannheim eine Belagerung und Beschießung abzuwenden. Deshalb wurde Oberndorff in Mannheim aufgefordert „über ein und andere Geschichtsumstände“ zu berichten, und auch der nach München zurückgekehrte Belderbusch vor den Hofkriegsrat zum Verhör geladen. Es handelte sich hauptsächlich um Aufklärung derjenigen Vorgänge, die den Zorn des Wiener Hofes besonders gereizt hatten: ob die Pfälzer wirklich ihre Kanonen gegen die anrückenden Oesterreicher richteten? ob Belderbusch jede Verstärkung durch kaiserliche Truppen ablehnte? ob die Uebergabe unterzeichnet wurde, während schon die kaiserlichen Truppen vor den Thoren Mannheims angekommen waren?

Die Begründung dieser und anderer Klagen wurde schon oben untersucht. Auf die Rechtfertigung der Angeklagten sich stützend, erneute Tattenbach die Beschwerde über das feindselige Schalten der Kaiserlichen in der Pfalz. Ohne die Handlungsweise Oberndorffs und Belderbuschs im einzelnen gut zu heißen, wird betont, daß Mannheim auf längere Zeit hinaus doch nicht zu halten gewesen wäre. „Ihro Kurf. Durchl. haben es also weder bey der gegenwärttigen, noch bey der Nachwelt, am allerwenigsten aber vor dem Richterstuhl der Menschlichkeit und ihres Gewissens zu verantwortten sich getrauet, wenn Sie die Festung Mannheim, den letzten Zufluchtsort ihrer ausgewanderten und der diesseitigen Kurpfältzischen Unterthanen samt den Magazinen, von welchen das Leben so vieler tausend Menschen abhieng, und den Wohlstand mehrerer getreuen Bürgerfamilien, deren ganze Habe in ihren Häusern bestehet, dem Kriegsruhme und der militärischen Etiquette für den Vortheil aufgeopfert hätten, nach etwan 6 oder 8 Tagen statt einer blühenden Stadt einen Aschen= oder Stein=

hauffen sammt einigen leeren Wällen dem überlegenen Feinde zu überlassen, und alle die Fürstenthümer, welche bereits in dessen Gewalt sich befinden, sowie den bedrohten diesseitigen Antheil der Rheinpfalz der Empfindlichkeit desselben Preis zu geben." Jedenfalls habe Clerfait seine Kompetenz überschritten, als er sich zum Richter über ein Vergehen aufwarf, das einzig und allein vor das Forum des Kurfürsten gehörte, und habe zugleich dem Kurfürsten selbst eine schwere Beleidigung zugefügt, indem er ihm Einverständnis mit dem Feinde zutraute. Und wenn sogar in Wien selbst diese häßliche Auffassung Wurzel gefaßt habe, so sei wohl die Frage am Platze: wodurch denn der Kurfürst, allezeit Freund und getreuer Diener des habsburgischen Hauses, zu so schnödem Verdacht Anlaß gegeben habe? Sei es gerecht und billig, ihn wie einen Verräter zu traktieren, zu einer Zeit, da er von allen deutschen Fürsten fast allein sich noch nicht von der Interessengemeinschaft mit dem Kaiser losgesagt habe?

Die Vorstellungen Tattenbachs fanden jedoch keine Beachtung. Auf das Ergebnis der Verhöre in München und Mannheim werde er später zurückkommen, erwiderte Thugut; vorerst könne von Zurückgabe der Waffen nicht Rede sein. Ebenso wenig war die Belagerung Mannheims durch Tattenbachs und Wrede's Fürsprache abzuwenden. Wurmser erklärte zwar, er möchte „aus tiefster Ehrfurcht gegen Kurfürstliche Durchlaucht und aus Menschlichkeit" gern jedes Mittel ergreifen, um ein Bombardement zu verhüten, aber jedenfalls ließ sich ein solches Mittel nicht ausfindig machen. Wrede selbst mußte zugeben, daß die kaiserlichen Armeen einen point d'appui, wie Mannheim, unmöglich in den Händen der Franzosen lassen könnten, da sonst jeder Vorteil ihrer jüngsten glänzenden Erfolge in Frage gestellt bliebe. Nachdem der Versuch Wurmsers, in der Nacht vom 18. Oktober die Stadt durch einen waghalsigen Handstreich zu nehmen, mißglückt war, begann am 19. die Belagerung. Um Mannheim zu retten, versuchte die kurfürstliche Regierung, die Franzosen zur Räumung zu bewegen, allein Pichegru erklärte, er werde Mannheim nur dann den Kaiserlichen überlassen, wenn die Kaiserlichen Mainz einräumen würden, — ein Vorschlag

den Wurmser selbstverständlich nicht annehmen konnte. Auch die Hoffnung der Pfälzer, die Stadt werde trotzdem von den Franzosen geräumt werden, da sie ja eine förmliche Belagerung nicht aushalten könne, wurde enttäuscht. Als am 19. und nochmals am 23. Oktober an den seit Pichegru's Abzug kommandierenden Divisionsgeneral Montaigu die Aufforderung zur Uebergabe gerichtet wurde, erfolgte entschiedenste Abweisung.

Ueber die Belagerung Mannheims durch die Kaiserlichen hat erst in jüngster Zeit Armand Baumann eine Monographie geschrieben, so daß hier nur das Notwendigste gesagt zu werden braucht.

Wurmser war noch immer unzufrieden mit der Führung Clerfaits, des „Fabius zur Unzeit," des Marschalls „Cacadubio", wie Thugut zu spotten pflegte. „Wir würden Mannheim morgen haben," schrieb Dietrichstein am 22. Oktober an Thugut, „wenn heute Herr von Clerfait von Mainz weggienge, wie er dazu im Stande wäre." Die Belagerung hatte nur Aussicht auf Erfolg, wenn der Galgenberg am rechten Neckarufer und die benachbarte Neckarschanze in die Hände der Angreifenden kamen. Am 29. Oktober Abends, — während gerade die französischen Offiziere einer Aufführung der „beiden Savoyarden" im kurfürstlichen Theater beiwohnten, — begann eine heftige Kanonade; gleichzeitig stürmten die Oesterreicher, und binnen einer Stunde war die Neckarschanze genommen. Zwar mußte dieser Punkt am nächsten Tage wieder aufgegeben werden, aber die Höhe des Galgenbergs wurde behauptet und mit Geschützen gekrönt. Am nämlichen Tage kam die Nachricht, daß Clerfait die französischen Schanzen vor Mainz erstürmt, 3400 Gefangene, 200 Kanonen, die französische Kriegskasse, den Galawagen Merlins u. A. erbeutet habe. Schon konnte von einer bei Neckarau aufgestellten österreichischen Batterie die Stadt selbst beschossen werden, trotzdem dachte Montaigu nicht anNachgeben. Auf Bitten der geängstigten Einwohner knüpfte Oberndorff — „ce gueux", „ce traître" pflegte ihn Dietrichstein zu titulieren — mit Wurmser und Pichegru Unterhandlungen an, konnte aber Anerkennung der Neutralität

nicht erlangen. Wurmser hatte vom Kaiser gemessenen Befehl, auf solche Bedingungen nicht einzugehen. „Der Platz darf nicht den Pfälzern bleiben; die letzten Vorgänge haben bewiesen, daß er von meinen Truppen besetzt bleiben muß.“ Am 11. November versuchte Pichegru einen Vorstoß gegen Frankenthal, um Mannheim zu entsetzen, aber Latour schlug ihn bis an die Queich zurück, so daß Mannheim nun auch auf dem linken Rheinufer cerniert werden konnte. Am Morgen des 15. November war die Stadt auf allen Seiten umschlossen, am 18. begann das Bombardement. Zwar zweifelte Wurmser auch jetzt noch am Gelingen des Unternehmens, da Clerfait, „der ganz in seine alte Unthätigkeit und Tändelei zurückgefallen sei, und vor dem man zwanzigmal auf die Kniee fallen müsse, um ihn zu bewegen, einen Schritt vorwärts zu machen, die Belagerung eher hemme, als fördere,“ aber die Befürchtung war unbegründet. Nachdem die Bomben schon vorher in vielen Teilen der Stadt furchtbare Verwüstung angerichtet hatten, erreichte die Beschießung in der Nacht vom 20. auf den 21. November ihren Höhepunkt, 1400 Bomben flogen in die Stadt, ein Flügel des kurfürstlichen Schlosses mit dem Opern- und Ballhaus und dem kostbaren physikalischen Kabinett ging in Flammen auf, über hundert Privathäuser wurden zerstört, fast kein Haus blieb unbeschädigt.

Endlich erbarmte sich Montaigu der bedrängten Bürgerschaft und entschloß sich zur Uebergabe. Nicht bloß die Menschlichkeit dränge ihn dazu, schrieb er am 21. November an Pichegru, er sei durch die Lage förmlich gezwungen. Zwei Thore in die Luft gesprengt, Breschen von 80 Fuß Breite geöffnet, die zwei größten Kasernen verbrannt, ebenso die Spitäler, so daß die Verwundeten nirgend mehr Obdach fänden, die Geschütze in mehreren Bastionen zusammengeschossen, die Einwohner so verzweifelt und aufgeregt, daß die französische Besatzung auch innerhalb der Mauern sich nicht mehr sicher fühle, — unter solchen Umständen sei eine Uebergabe gewiß nicht als Feigheit aufzufassen. „Ich habe Alles gethan, was Ehre und Pflicht vorschrieben, mein Gewissen ist rein, ich erwarte mit Ruhe das Urteil der öffentlichen Meinung!“

Nach Frankreich zurückgekehrt, verlangte Montaigu selbst vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden, wurde von jeder Verantwortung freigesprochen und in seine Stellung wieder eingesetzt. Trotzdem erhielt sich der Verdacht, die Siege Wurmsers und Clerfaits seien nur aus dem Verrat Pichegrus und seiner Generale zu erklären, und Gouvion St. Cyr, der selbst eine Zeit lang unter Pichegru diente und unter Napoleon den Marschallsstab erlangte, behauptete sogar, Mannheim sei so gut wie gar nicht verteidigt, sei verräterischer Weise dem Oesterreicher ausgeliefert worden. Der Vorwurf ist jedoch sicherlich unbegründet. Nachdem 21,105 Geschoße Festung und Stadt fast in einen Schutthaufen verwandelt hatten, nachdem aller Mundvorrat aufgezehrt war, verstieß die Uebergabe gewiß nicht mehr gegen die Gesetze militärischer Ehre, zumal die Besorgnis nicht unbegründet war, daß die Mannheimer Bürger und die pfälzischen Truppen mit den Belagerern gemeinsame Sache machten. Montaigu war kein Verräter. —

Inzwischen hatte Graf Tattenbach in Wien die Verhandlungen fortgeführt. Als sich die Aussicht minderte, Mannheim zu retten, machte der Kurfürst Karl Theodor vorübergehend Miene, die Versöhnung mit Oesterreich aufzugeben und sich an Preußen anzuschließen. Die neue Schwenkung setzte Tattenbach in Verzweiflung. Seine Sendung sei mißglückt, schrieb er am 4. November an Graf Vieregg, sie habe aber mißglücken müssen! Die Ursache werde er zur rechten Zeit und am rechten Orte aufdecken; für jetzt begnüge er sich mit einem Wort: „Etwas muß man sein!“ „Die Großen der Erde spielen Komödie, teils zu ihrem eigenen Vergnügen, teils werden sie hineingezogen. Die Einen spielen eine Hauptrolle, Andere haben interessanten Anteil, es ist aber hart, den Hanswurst spielen zu müssen! Das ist meine unmaßgebliche Ansicht!“ Vieregg erwiderte darauf, er habe Bedenken getragen, den letzten Brief des Gesandten dem Kurfürsten zu zeigen; er selbst habe den Sinn der anzüglichen Reden gar wohl verstanden. „Sie kennen meine Gesinnung, Sie werden nicht bezweifeln, daß auch ich das Wort unterschreibe: ‚Etwas

muß man sein!' ja, ich füge sogar noch hinzu, die Wahrheit dieses Satzes hätte schon seit Langem berücksichtigt werden sollen!" Endlich ließ sich der Kaiser herbei, den Brief des Kurfürsten durch ein eigenhändiges Schreiben zu beantworten; dasselbe war in freundschaftlichem Tone abgefaßt, gab der Genugthuung Ausdruck, daß der Kurfürst die Anhänglichkeit an den Kaiser so hoch halte, sowie dem Bedauern, daß durch den Drang der Verhältnisse für Wiedereroberung des wichtigen Platzes so viel teures Blut vergossen werden müsse, und versicherte den Kurfürsten fortdauernder, wahrer, zärtlicher Freundschaft und besonderer Hochachtung. Es hätte sich aus diesem Briefe wohl folgern lassen, daß am Wiener Hofe der Groll über die Mannheimer Kapitulation schon geschwunden wäre, aber ganz anders lautete das gleichzeitig an den Kurfürsten gerichtete Memorandum des Ministers Thugut. Hier wird darauf hingewiesen, daß die kurfürstliche Regierung schon früher wegen „schon damals ziemlich deutlich abzunehmender geheimer Unterhandlung wegen Neutralisirung oder Uebergab dieser Festung an den Feind" ernst vermahnt, daß schon damals die Unthunlichkeit einer Abtrennung Mannheims von den Operationen der k. k. Armee nachgewiesen, daß jede geheime Unterhandlung als Kränkung der „angeerbten Eigentumsrechte Seiner Majestaet" verbeten wurde. Trotzdem sei Mannheim übergeben, aber unmittelbar darauf zur Strafe die pfälzische Besatzung entwaffnet worden! Genugthuung könne dafür nur dann geleistet werden, wenn eine gründliche Untersuchung die Unschuld der Kapitulanten darthun würde; von ungerechter Bedrückung der pfälzischen Lande sei dem Wiener Hofe nichts bekannt; von Neutralisirung könne nicht die Rede sein.

Bald darauf wurde der kurfürstlichen Regierung noch drastischer vor Augen geführt, daß der Kaiser das von Thugut empfohlene „System der Strenge" gegenüber Pfalzbayern keineswegs aufgegeben habe.

Am 26. November traf in München die Botschaft ein: Graf Oberndorff, der Minister des Kurfürsten, Abbé Salabert, der Minister des Herzogs von Zweibrücken, und noch einige Beamte

sind in Mannheim im Namen des Kaisers verhaftet worden, sind Gefangene Clerfaits, des Oberbefehlshabers der Reichsarmee!

Wir haben Salabert in dem Augenblick verlassen, da er nach München reiste, um den Kurfürsten zur Annahme der im Zweibrücken'schen Palast mit den französischen Unterhändlern getroffenen Abmachungen zu bewegen. In dem später veröffentlichten Promemoria des Herzogs von Zweibrücken wird versichert, der damals vorgeschlagene Ausweg habe dem allgemeinen Interesse so sehr entsprochen, daß Feldmarschall Wurmser während der Belagerung von Mannheim die nämlichen Bedingungen den Franzosen anbot. Wurmser erklärte jedoch, er habe sich während der Belagerung überhaupt nicht auf Anerbietungen eingelassen und von Zweibrücken'scher Seite mußte zugegeben werden, daß nur in einem Gespräch Wurmsers mit Wrede gelegentlich von Neutralisierung Mannheims die Rede war. Unzweifelhaft wären die von Salabert überbrachten Bedingungen günstiger gewesen, als die bei der Uebergabe zu Grunde gelegten; es wurde aber schon mitgeteilt, daß Pichegru und Merlin die Bitte Salaberts um Aufschub bis nach seiner Rückkehr von München gar nicht beachteten und schon am 20. September — drei Tage nach Salaberts Abreise — die Uebergabe der Stadt erzwangen. Salabert, der den Kurfürsten wirklich zur Zustimmung zu seinem Vertragsentwurf bewogen hatte, erfuhr von der Kapitulation erst während der Rückreise in Neckar-Elz. An der wirklichen Uebergabe hatte er also keinen Anteil, und er klagte deshalb auch: „Kann man einen Mann für etwas verantwortlich machen, der 100 Meilen entfernt war und gerade das Gegenteil anstrebte?“ Die Beschwerde ist natürlich insofern nicht gerechtfertigt, als die Wurzeln der That in eine frühere Zeit zurückreichen; jener Verhandlungen mit Herrn van Reccum wegen mußte er in den Augen der Kaiserlichen als der Mitschuldige Oberndorffs gelten.

Der Herzog von Zweibrücken ließ seinen Minister in die von den Franzosen besetzte Stadt zurückkehren, um durch ihn eine gelindere Behandlung des herzoglichen Gebietes zu erwirken und das ansehnliche herzogliche Besitztum in Mannheim zu sichern.

Die kaiserlichen Armeen weigerten zwar den Durchgang, doch gelangte Salabert auf dem Umweg über Basel auf dem linken Rheinufer nach Mannheim.

Hier traf mit ihm Mannlich zusammen, der, wie oben erwähnt, mit den Franzosen eingerückt war. „Mein Freund Salabert schloß sich aufs engste an den Volksrepräsentanten Merlin an, sie waren immer beisammen, bis Merlin über den Rhein zurückkehrte und seinen Posten an Rivaud überließ. Ich war sehr ungehalten über diese Vertraulichkeit, nicht als ob ich die verhängnisvollen Folgen vorausgesehen hätte, sondern aus Widerwillen gegen die Sansculottes und den Sansculottismus.“ Auch Pichegru, Montaigu und andere französische Generale gingen täglich bei Salabert aus und ein. Bei den Diners ging es gar lustig her, der Champagner des Herrn Abbé mundete den Franzosen trefflich, nur Pichegru behielt immer seine düstere Miene. Dieses Treiben dünkte Mannlich — so versichert er in seinen Memoiren — allmählich unerträglich; er wollte nicht länger der Trinkgenosse der Franzosen sein, um nicht, wie Salabert, bei seinen Landsleuten in den Ruf eines Verräters zu kommen; er besorgte auch, daß eines schönen Tages die Kaiserlichen erscheinen und die Stadt züchtigen würden. Er beschloß also, Mannheim zu verlassen, und bestürmte seinen Freund, mit ihm nach Zweibrücken zu gehen. Salabert war dazu auch bereit, bat aber um Aufschub, denn er wollte sich noch für die Reise einen Ueberrock machen lassen. Mannlich wartete noch einige Tage, reiste dann aber ohne Salabert ab. „Ohne den verwünschten Ueberrock wäre Salabert das Mißgeschick, das ihn bald darauf ereilte, erspart geblieben.“ Ja, nach Mannlichs Auffassung wäre durch rechtzeitige Flucht Salaberts noch schlimmeres Unheil verhütet worden. Während der Minister in Mannheim mit den Franzosen Champagner trank und auf seinen Ueberrock wartete, waren die Herren von Cetto und von Montgelas in Neckarelz und Rohrbach die ständigen Begleiter des Herzogs. „Weniger liebenswürdig, aber klüger als Salabert wußten sie den Fürsten für sich einzunehmen und sich ihm durch allerlei Mittel unentbehrlich zu machen.

Ohne den verwünschten Ueberrock Salaberts würde vielleicht Montgelas nie dazu gekommen sein, zu unser Aller Schaden Bayern zu Grunde zu richten."

Während der Belagerung durch die Kaiserlichen suchte Salabert um Erlaubnis nach, Mannheim verlassen zu dürfen, wurde aber von Wurmser zurückgewiesen.

Am 22. November erfolgte die Uebergabe Mannheims an die Kaiserlichen. Tags darauf streckte die 9787 Mann starke Besatzung vor der auf dem Glacis versammelten kaiserlichen Generalität die Waffen; dann zogen sechs österreichische Bataillons unter Befehl des zum Kommandanten ernannten Generalmajors Baader in die Stadt ein und besetzten Schloß und Thore.

Eben hatte Salabert einen Brief an den Herzog vollendet worin er sich Verhaltungsmaßregeln wegen seiner Abreise erbitten wollte, als Graf Grüne, Adjutant des Feldmarschalls Wurmser, erschien und dem Abbé eröffnete, daß er sich als Gefangenen des Reichsfeldmarschalls anzusehen habe. Zugleich wurden alle Papiere versiegelt und an Haus- und Zimmerthüren Wachen aufgestellt. „Ich öffne meinen Brief nochmals", fügte Salabert in einem Postscriptum bei, „denn seit ich ihn vollendet habe, bin ich durch den Grafen Clerfait in Haft gezogen worden. Seine Anschuldigungen beunruhigen mich nicht, und ich hoffe bald die Verleumdung zu nichte zu machen, welche auf Ew. Hoheit zurückfällt, ja sogar unmittelbar gegen Sie gerichtet wird. Deshalb kann ich nicht bereuen, daß ich mich geopfert habe, um Ihre Habe zu retten, um so weniger, da ich mir bewußt bin, eifrig beigetragen zu haben zur Beschleunigung der Kapitulation, die soeben vollzogen worden ist. Im übrigen ist Ew. Hoheit bekannt, daß ich während jener Uebergabe nicht in Mannheim, sondern in München gewesen bin und nicht wie der hl. Geist auf 80 Meilen einzuwirken vermag." Salabert war wohl kaum überrascht durch seine Verhaftung; schon einige Wochen früher hatte er an Cetto geschrieben, es möge bei Abfassung der an ihn geschickten Briefe darauf Bedacht genommen werden, daß die Oesterreicher nach ihrem Einzug in Mannheim alle diese Briefe lesen

würden. „Ich habe nichts gethan,“ versichert Salabert, „was ich nicht jeden Augenblick wieder thun würde und was jeder Mann von Ehre, der seinem Herrn ergeben ist, thun muß.“ Der Herzog möge nur ohne Säumen dem Regensburger Reichstag Anzeige machen und dabei hervorheben, daß sein Minister nicht etwa von den Oesterreichern, sondern von Clerfait in seiner Eigenschaft als Reichsfeldmarschall in Haft gezogen worden sei.

Gleichzeitig wurden auch der Minister Graf Oberndorff, Regierungsrat d'Avans, Oberst von Reibold und Geheimsekretär Schmitz verhaftet. Als nachmittags Oberst Wrede in die Stadt ritt, um die durch das Bombardement angerichtete Verwüstung in Augenschein zu nehmen, wurde ihm gemeldet, daß Oberndorff im kurfürstlichen Schloß, die übrigen eben genannten Herren in ihren Wohnungen als Gefangene bewacht würden. Unverzüglich eilte Wrede nach Seckenheim zurück, um Wurmser über den befremdenden Vorfall zu befragen. Wurmser erwiderte, die Sache gehe nicht von ihm aus, sondern von Clerfait, der angeblich im Auftrag des Kaisers gehandelt habe; er habe nur seinen Adjutanten dazu hergegeben, wolle sich aber weiter nicht einmischen. Schon am nächsten Tage mußte Wrede eine neue Hiobspost nach München senden. Der aus 553 Mann bestehende Rest der pfalzbayrischen Besatzung, der in Mannheim zurückgeblieben war, wurde durch den kaiserlichen Oberst Lusignan entwaffnet und von österreichischen Grenadieren nach Weinheim eskortiert. „Wir wurden also nicht anderst als Gefangene behandelt,“ meldete der Oberst der pfälzischen Mannschaft, C. Mann, nach München.

Der Verhaftung Oberndorffs und Salaberts waren Unterhandlungen zwischen Wurmser und Clerfait vorausgegangen. Aus den gewechselten Briefen erhellt, daß die Verhaftung wirklich von Clerfait ausging und Wurmser nur die Ausführung übernahm, und ein Schreiben Clerfaits an den Reichsvizekanzler bietet den Beweis, daß ein kaiserlicher Befehl keineswegs vorlag, sondern Clerfait auf eigene Gefahr den verwegenen Schritt wagte. Er wisse recht gut, schreibt er, welche Folgen er damit heraufbeschworen habe. Sämtliche Reichsstände würden die Verhaftung

der Minister als Verletzung der Reichsverfassung verlästern und zu ihrer Ahndung gemeinsame Sache machen, doch würden sie wohl kaum thatkräftige Opposition wagen, gerade weil einmal Ernst gezeigt und ein Majestätsverbrecher und Reichsverräter zur Strafe gezogen worden sei; die schwankenden und unentschlossenen Fürsten würden vielleicht doch noch zu ihrer Pflicht zurückkehren, der preußische Hof aber sei jederzeit zum Stillschweigen zu bringen, wenn er an das Verfahren im Jahre 1756 erinnert werde, „welches gegen einen Reichs-Mitstand auf eine ungerechte Weise ausgeübet wurde und doch mit der raison de guerre gerechtfertigt werden wollte, da hingegen hier das kaiserliche Reichsgeneralkommando nach den Reichsgesetzen gegen einen meineidigen Reichsunterthan im gesetzlichen Wege verfährt und daher immer zum wenigsten die strikte Gerechtigkeit für sich hat.“ Sollte es aber höheren Orts wider Erwarten rätlich erscheinen, nicht nach Recht und Gesetzen zu verfahren, so könnte man ihn ja desavouiren und die ganze Sache rückgängig machen; er habe „das beruhigende Bewußtsein, gesetzmäßig gehandelt und nichts anderes erzielt zu haben, als das Allerhöchste Ansehen nach der ihm anvertrauten Gewalt zum Schrecken der Uebrigen gerächt zu haben.“

Das Vorgehen Clerfaits lief aber wenigstens Thuguts Absichten durchaus nicht zuwider.

Da nun einmal die pfälzischen Beamten verhaftet seien, wurde in einem an Wurmser gerichteten Schreiben erwidert, so möge es dabei sein Bewenden haben; es möge jedoch verheimlicht werden, daß die Gefangennehmung auf Veranlassung des Reichsfeldmarschalls erfolgte, damit der Kaiser als Oberhaupt des Reichs aus dem Spiele bleibe; das ganze soll „den Anschein von Verfügungen des erbländischen Generals und Kommandierenden“, also Wurmsers, behalten. Mannheim sei von den Kaiserlichen besetzt zu halten, den Pfälzern nur die innere Landesregierung, nicht aber Anteil am Kommando zu überlassen.

Die Nachricht von den Mannheimer Vorgängen rief denn auch in Regensburg gewaltige Aufregung hervor. Obwohl noch „vor der Hand“ die öffentliche Sprache des Unwillens unterdrückt

werde, — so berichtete der kaiserliche Gesandte Freiherr von Hügel an Colloredo — werde die Sache von den Reichstagsmitgliedern unter einander um so lebhafter besprochen. Zwei reichsständische Minister verhaften lassen! Und ohne den Landesherren vorher Nachricht zu geben! Ohne die Zustimmung des Reichstages einzuholen! Die lauteste Beschwerde erhoben der preußische und der hannöversche Gesandte. Solche Gewaltthat, rief Herr von Ompteda, sei seit Karls V. und Ferdinands II. Zeiten nicht mehr vorgekommen. Aus Hügels eigenen Berichten läßt sich herauslesen, daß auch er Clerfaits Handlungsweise nicht billigte und schädliche Wirkungen befürchtete. Doch das Wiener Kabinett wollte sich zu nichts verstehen, was einer Mißbilligung der „militärischen Vorsichtsmaßnehmung“ seines siegreichen Heerführers ähnlich sähe. Der hannöversche Gesandte, schreibt Colloredo an Hügel, möge nur an das sicherlich auch nicht konstitutionsmäßige Vorgehen der hannöverschen Regierung gegen die Reichsstadt Bremen im verflossenen Frühjahr gemahnt werden, und der Vertreter Preußens möge sich gefälligst erinnern, daß Friedrich II. in Sachsen noch ganz andere Dinge vollführt und einfach mit raison de guerre entschuldigt habe.

Kurfürst Karl Theodor und Herzog Max Joseph waren in der Person ihrer aktiven Minister schwer beleidigt, aber ebenso aus den Briefen der beiden Fürsten unter einander und an den Kaiser, wie aus den Berichten des Grafen Tattenbach aus Wien und des zweibrücken'schen Vertreters in Regensburg, Rechberg, ist zu entnehmen, daß das überraschende Ereignis auf beide Fürsten ganz verschieden wirkte, so daß jeder auf andre Weise Genugthuung zu erlangen versuchte.

Karl Theodor ist offenbar durch die Siege der Oesterreicher und das rücksichtslose Einschreiten Clerfaits eingeschüchtert. Sein Bestreben zielt fortan auf Versöhnung mit dem Kaiser und engeren Anschluß an Oesterreich. Max Joseph dagegen, entrüstet über den erlittenen Schimpf, wendet sich, nachdem die Bitte um Genugthuung in Wien schlechte Aufnahme gefunden, entschlossen vom Kaiser ab und auf Seite Frankreichs und Preußens.

Auf die erste Nachricht von der Verhaftung der Minister heischte Max Joseph von seinem Oheim entschiedenes, kräftiges Auftreten zur Ahndung der unerhörten Beleidigung. Karl Theodor beteuerte, er werde in Wien die schärfste Verwahrung einlegen, aber weder in dem nach Wien gerichteten Promemoria, noch in gleichzeitigen Briefen des Kurfürsten an Wurmser läßt sich besondere Schärfe verspüren. Dem General sprach er für die in der Pfalz bewiesene „Schonungstugend" seine „innige Rührung, Schätzung und Erkenntlichkeit" aus; im Promemoria führte er zwar Klage über die tiefbetrübende, wider Reichsgesetze und Reichskonstitution verstoßende Handlungsweise, ließ aber einfließen, daß er von einer Beschwerde vor dem Reichstag absehen wolle und die Freilassung seiner Beamten nur von der Gnade des Kaisers erwarte.

Das zur Widerlegung der bayrischen Beschwerde dem Kaiser erstattete Gutachten Colloredos unterrichtet am genauesten über Ansichten und Absichten des kaiserlichen Kabinetts. Die Auffassung, daß der Kurfürst als legitimer Richter über Oberndorffs Verbrechen zu urteilen habe, wird als falsch zurückgewiesen, da während der Dauer eines Reichskriegs ein deutscher Reichsstand ebenso wenig über seine Festungen, wie über Stellung und Verwendung seines Kontingents eigenmächtig verfügen könne. Sodann werden die staatsrechtlichen Gründe aufgezählt, welche das Einschreiten gegen Oberndorff und Salabert rechtfertigen sollen; als Präzedenzfall wird die 1692 auf kaiserlichen Befehl erfolgte Gefangennehmung des kursächsischen Generals v. Schöning im Bade Teplitz angeführt. Die Ladung Oberndorffs vor den Reichsfiskal sei rechtlich vollkommen zulässig, doch empfehle es sich, den Vorschlag des bayrischen Hofes anzunehmen, daß der Prozeß in München, jedoch in Form eines judicii mixti unter Vorsitz eines kaiserlichen Kommissärs geführt werden möge. Die Entscheidung des Kaisers bewies, daß er, die Mannheimer Episode als persönliche Beleidigung auffassend, noch keineswegs zu Nachsicht und Versöhnung geneigt war. Dem Grafen Tattenbach soll bedeutet werden, der Kaiser habe das bayrische Promemoria sehr übel aufgenommen, da man sich darin erdreiste, in einem

Augenblick, da Kurpfalz so unverantwortlich die Interessen des Reichs und Oesterreichs geschädigt habe, dem Kaiser auch noch über Respektierung der Reichsgesetze ungebührlichen Vorhalt zu machen. Kaiserliche Majestät halte es demnach unter ihrer Würde, eine Antwort zu erteilen; nur als Privatmeinung könne Colloredo äußern, er halte für rätlich, daß der Kurfürst in noch wärmerem Tone und unter Anerkennung der Berechtigung der kaiserlichen Maßnahmen die Auslieferung Oberndorffs erbitte; vielleicht sei dann eine gnädigere Entschließung des Kaisers zu erhoffen.

Noch bündiger wurde mit dem Herzog von Zweibrücken verfahren. In einem Schreiben vom 1. Dezember appellierte Max Joseph an die Gerechtigkeitsliebe des Kaisers, auf welche er um so fester vertraue, da er bei der Krönung in Frankfurt die Ehre gehabt habe, die persönliche Bekanntschaft des Kaisers zu machen. Unmöglich könne ein so würdiger Monarch ein so auffallendes, der Freiheit und den Vorrechten der Reichsstände zuwiderlaufendes Benehmen seiner Generale billigen; unzweifelhaft werde er dem Herzog schuldige Genugthuung gewähren und Salaberts Befreiung anordnen. Diesmal wurde, da der Kaiser in der Mannheimer Sache nicht als Reichsoberhaupt, sondern als Souverän seiner Erbstaaten auftreten wolle, nicht der Reichsvicekanzler, sondern der Vorstand der Hof- und Staatskanzlei, Thugut, zum Gutachten aufgefordert; dieser setzte durch, daß die Bitte des Herzogs vorerst gar keiner Antwort gewürdigt wurde. Nach Ablauf von mehreren Wochen richtete Max Joseph an Colloredo die Bitte um Freilassung Salaberts, da weder der Herzog, noch auch voraussichtlich sein Minister je vergessen hätten, was sie ihrem Vaterlande schuldig seien. Zugleich wurde aber Rechberg in Regensburg angewiesen, über das Verfahren des Wiener Hofes mit den Gesandten der mächtigeren Reichsstände ins Benehmen zu treten und eine Klageschrift des Herzogs zu überreichen. Darauf kam von Thugut nur eine kurze Erwiderung, der Kaiser habe mit gerechtem Unwillen vernommen, daß der Herzog die Klage an den Reichstag gebracht habe, und werde, durch wichtigere Geschäfte verhindert, gar keine Antwort geben.

Ein wenig versöhnlicher Ton war auch in Thuguts Promemoria vom 25. Dezember angeschlagen, das nochmals alle von Bayern gegen die kaiserliche Heerführung gerichteten Anklagen widerlegen solle. Wie könne von ungerechter Behandlung der pfalzbayrischen Besatzung gesprochen werden, da doch schon vorher die k. k. Truppen durch Ausschließung und Ausweisung aus Mannheim schnöde beleidigt worden seien! Auch die Klagen über gewaltthätiges Auftreten der k. k. Truppen in der Pfalz seien nicht zu billigen; es dürfe nicht länger zum Aergernis aller redlich gesinnten Reichsbürger in Zweifel gezogen werden, ob ein Heer, das dem Feinde deutsche Provinzen wieder abgenommen habe, berechtigt sei, sich den nötigen Unterhalt auf einfachstem Weg zu verschaffen. Bei dem wohlbegründeten Mißtrauen gegen „einen großen Teil der kurpfälzischen Landeseinwohner und Landesobrigkeiten“ möchte es fast geboten erscheinen, die eroberte Pfalz bis zum Friedensschluß unter militärisches Kommando zu stellen; nur aus persönlicher Rücksicht auf den Kurfürsten wolle der Kaiser hievon Umgang nehmen und nur auf jenen Modalitäten bestehen, welche die Verteidigung der Stadt und des Landes, die Erhaltung und Sicherheit der Truppen, ja auch das eigene Interesse des Kurfürsten unerläßlich forderten. Auch das „Douceurgeld“, das Wurmser der Stadt Mannheim auferlegt habe, überschreite nicht das Maß einer anständigen, leicht zu leistenden und einer fatiguierten Belagerungsarmee wohl zu gönnenden Erholung; aus den Klauen eines alles verheerenden, auch vor gewaltsamsten Eingriffen in das Privateigentum nicht zurückschreckenden Feindes gerettet, würden wohl die Mannheimer selbst mit Freuden ihren Befreiern eine mäßige Gratifikation bewilligen, um nicht vor der billig denkenden Welt den Vorwurf der Undankbarkeit auf sich zu laden.

Für die Befreiung sei man gewiß dankbar, erwiderte Tattenbach in einer Zuschrift an Thugut, aber die Dienstleistung komme dem Lande doch gar zu teuer zu stehen. 70,000 Pfund Brot, 37,000 Zentner Mehl, 154,000 Metzen Haber, 86,000 Zentner Heu, 84,000 Bund Stroh und andere Naturalien in großen

Massen müßten von den gänzlich verarmten und ausgezogenen Unterthanen geliefert, die schwersten Frohndienste täglich verrichtet werden, — sollen das nur leicht wiegende Opfer sein? Wurmser schalte in Mannheim wie ein Souverän, verwende nach Belieben die landesherrlichen Gefälle, baue neue Festungswerke mit pfälzischem Geld, kurz, betrachte und gebrauche alles und jedes als k. k. Eigentum. Trotzdem erbiete sich der Kurfürst, jedem Wunsche des Kaisers zu willfahren, insbesondere die Untersuchung gegen Oberndorff und Belderbusch in der vom Kaiser geforderten Weise einzuleiten und kaiserliche Generäle beizuziehen; dagegen werde wohl auch der Kaiser nicht länger Bedenken tragen, die kurfürstlichen Beamten frei zu geben.

Bei der Neujahrscour war denn auch der Kaiser nicht mehr so ungnädig gegen den bayrischen Gesandten. „Ich glaube," sagte er, „wir werden ganz gut auseinander kommen!" Doch weder wurde Oberndorff freigelassen, noch den Brandschatzungen in der Pfalz Einhalt geboten. „Im Notfall", sagte der Kaiser, „muß man halt Geld nehmen, wo man es findet!" Tattenbach verzweifelte bereits an glücklichem Erfolg seiner Bemühungen; die gnädigen Worte des Kaisers seien bedeutungslos, schrieb er an Vieregg, so lange Thuguts Grimm in alter Heftigkeit fortdauere; der Kurfürst möge ihn von Wien abberufen und die Klagen über Verletzung reichsständischer Rechte anderswo geltend machen.

Etwas friedlicher und versöhnlicher ließ sich Thugut erst vernehmen, als er gewahr wurde, daß der Kurfürst die Absichten seines Neffen mißbillige und nicht daran denke, die Hilfe Preußens und Hannovers in Anspruch zu nehmen. Max Joseph gab sich vergeblich Mühe, den Kurfürsten zu seiner Auffassung zu bekehren und zu energischen Schritten gegen Oesterreich zu bewegen. „Der Entschluß, den Sie gefaßt haben," erwiderte Karl Theodor, „die Hilfe Ihrer Mitstände anzurufen, entfernt sich zu sehr von dem friedlichem Wege, den ich bis heute eingeschlagen habe, als daß ich, ohne mich mit meiner bisherigen Führung in Widerspruch zu setzen, Ihnen unmittelbar beistehen oder gar Ihre Schritte durch

meinen Reichstagsgesandten unterstützen könnte.“ Darauf bestürmte Max Joseph den Kurfürsten aufs neue um Beistand; es handle sich um eine prinzipielle Frage von entscheidender Wichtigkeit, es sei um die deutsche Reichsfreiheit geschehen, wenn das Wiener Kabinett seine Uebermacht dazu benützen dürfe, Beamte reichsunmittelbarer Stände einfach in Haft zu ziehen, „um sich an ihren mißfälligen, übrigens aber gesetzlich untadelhaften, politischen Meynungen oder Verhältnissen zu rächen.“ Nicht um Untersuchung des angeblichen Verrats sei es dem Wiener Hofe zu thun, nur um eigenmächtige Erfüllung seiner Befehle; deshalb habe man einfach alles „in dem anfangs eingeschlagenen Zustande“ liegen lassen. Ja, zur alten Beleidigung habe Thugut noch eine neue gefügt; er habe dem Herzog eröffnen lassen, Salabert könnte wohl freigegeben werden, wenn der Herzog sich verpflichten würde, den Abbé „als einen geschworenen Feind des Erzhauses und blinden Anhänger des Berliner Hofes“ von seinem Posten zu entfernen und auf Reisen zu schicken. Ueberzeugt, daß ein so unschickliches und beleidigendes Anerbieten gewiß nicht mit Wissen und Willen Kaiserlicher Majestaet geäußert worden sei, habe es der Herzog rundweg abgelehnt, und er werde nicht eher ruhen, bis den Schuldigen am kaiserlichen Hofe durch ein „standhaftes“ Reichsgutachten klar gemacht worden sei, welche Rücksichten ein Fürst des Reiches zu beanspruchen habe. Doch wieder lehnte der Kurfürst mit kühlen Worten ein gemeinsames Vorgehen gegen den Kaiser ab; die in Wien erhobenen Vorstellungen hätten zwar bisher noch nicht eine Wirkung erzielt, wie sie von des Kaisers Gerechtigkeitsliebe zu erwarten wäre, aber der Kurfürst glaube trotzdem mit Rücksicht auf die Lage seiner Lande und die besonderen Zeitumstände am angemessensten und folgerichtigsten zu handeln, wenn er eine gnädige Entscheidung des Kaisers abwarte und alles vermeide, was eine solche erschweren oder verhindern könnte.

Zugleich wurde Tattenbach beauftragt, in Wien nachdrücklich darauf hinzuweisen, welche Mäßigung der Kurfürst im Gegensatz zum Herzog von Zweibrücken beobachte. „Ainsi donc,

pazienza per forza!“ schrieb Vieregg an Tattenbach; der Kurfürst werde sich zu nichts verleiten lassen, was dem Kaiser mißfallen könnte, hoffe aber dafür auf baldige Erfüllung seiner Wünsche; Oberndorff werde nicht mehr im Ministerium belassen, sondern als Großbailli des Malteser-Ordens nach Neuburg geschickt werden.

Nun verstand sich endlich Thugut zur Annäherung an den Münchener Hof. Er zeigte Tattenbach an, daß Feldmarschall Wurmser Befehl erhalten habe, mit den kurfürstlichen Regierungskommissären in Mannheim in freundschaftliches Benehmen zu treten, bauliche Anordnungen nur in Uebereinstimmung mit der Regierung zu treffen und überhaupt jede thunliche Rücksicht walten zu lassen. Allein in Bezug auf die Hauptpunkte, Zurückgabe der Waffen der pfälzischen Truppen und Freilassung Oberndorffs blieb Thugut bei seiner Weigerung, so daß Colloredo, der schon lange über die Einmischung des Staatskanzlers in Reichsangelegenheiten und jetzt über dessen „unanständige Halsstarrigkeit“ ungehalten war, dem bayrischen Gesandten energische Verwendung beim Kaiser in Aussicht stellte.

Zu einer günstigeren Wendung trug am meisten bei, daß in diesen Tagen der Kaiser den Entschluß faßte, seinem Bruder, Erzherzog Karl, das Kommando über die Reichsarmee zu übertragen, und dazu des Kurfürsten bereitwillige Zustimmung und Unterstützung erlangte. Kaum hatte Tattenbach berichtet, daß auf Wunsch des Kaisers die Kurfürsten von Köln und Sachsen „non rogati“ ihre Stimmen gegeben hätten, ließ auch Karl Theodor in Wien erklären, er begrüße mit Freuden des Erzherzogs Wahl zum Reichsfeldmarschall; zugleich mußte Graf Lerchenfeld dem Reichstag amtlich anzeigen, daß der Kurfürst nicht den Weg der Beschwerde ergreifen werde und am Vorgehen des Herzogs von Zweibrücken keinen Anteil habe.

Nun entwölkte sich für Tattenbach rasch der Himmel, aber der Ausgleich dünkte ihm gefährlicher als der beigelegte Streit. Colloredo erzählte nämlich dem Gesandten, der Kaiser habe in bester Laune geäußert: „Die Sach' wird gut und freundschaft-

lich ausgehen!“ und habe mit Weiterführung der Verhandlungen den Grafen Lehrbach betraut. Der Name Lehrbach dünkte dem bayrischen Gesandten ein Programm, das ihm Angst und Schrecken einflößte. Graf Lehrbach war ja der Prokuraträger Kaiser Josephs II. gewesen, der dem Kurfürsten den Austausch Bayerns gegen niederländisches Gebiet anzubieten hatte. Die Besorgnis, daß Oesterreich seine glänzenden militärischen Erfolge benützen werde, um den Lieblingsgedanken Josephs II. auf diese oder jene Weise zur That zu machen, lag ohnehin gewissermaßen in der Luft. Schon bald nach der Einnahme Mannheims durch die Kaiserlichen hatte der Zweibrücken'sche Legationsrat Käser seinem Herrn ein Gerücht gemeldet, daß zwischen Kurfürst und Kaiser ein Tauschgeschäft verhandelt werde; das Münchener Kabinett habe bereits an die Höfe von Berlin, Hannover und Dresden vertrauliche Anfrage gerichtet, ob der Plan auf freundliche Zustimmung zählen dürfe, habe aber von allen Seiten schroff ablehnende Antwort erhalten.

Die Thatsache ist nicht recht glaublich, aber die Erzählung ist bezeichnend für die öffentliche Meinung über die geheimsten Wünsche des Kurfürsten.

Einige Wochen später benachrichtigte Max Joseph seinen Reichsgesandten von geheimnisvollen Andeutungen, welche von österreichischen Generalen in Rohrbach gemacht worden seien. Demnach wäre zwischen Oesterreich und Preußen ein Vertrag zu Stande gekommen, wonach Preußen gegen eine Entschädigung zur Abtretung Bayerns an Oesterreich seine Einwilligung gäbe; Rechberg möge also alle gutgesinnten Reichsstände zu Widerstand gegen die erneuten Umtriebe des Wiener Hofes auffordern.

Vivenot weist die Annahme, daß man sich damals in Wien mit solchen Austauschplänen beschäftigt habe, mit Entrüstung zurück. „In den Jahren 1793, 1794, 1795 wäre es gewiß nicht nur mehr als eine wunderliche österreichische Politik, sondern gleichfalls nur ein sinnloser politischer Wahnsinn (sic) gewesen, wenn das von allen Seiten bedrohte Oesterreich auch noch an die Einverleibung des feindselig gesinnten Baierns gedacht

hätte.“ Allein Vivenot selbst hat später ein vertrauliches Schreiben Thuguts vom 1. Dezember 1795 an Colloredo veröffentlicht, worin sich ein merkwürdiger Passus befindet: „Ich ersuche Ew. Excellenz (Colloredo!) sehr inständig, Seine Majestaet zu bitten, sich wohl vor Allem in Acht zu nehmen, was irgendwie den Fürsten Colloredo (!) auf die Fährte des geheimen Projektes in Bezug auf Bayern bringen könnte, auch mit Reichlin in keiner Weise auf die Mannheimer Vorgänge einzugehen, sondern ihn einfach an die Staatskanzlei zu verweisen. Wenn man die Sache verwirrt oder wenn unsere Pläne vor der Zeit ruchbar werden, ist Alles unfehlbar verloren, und dann wäre es tausendmal besser und zweckentsprechender, sogleich auf einen Gedanken zu verzichten, der, wenn er mißlingt, uns mit Schande bedecken und uns Feinde auf den Hals ziehen wird.“ Diese Worte dürften vollgültig beweisen, daß wenigstens Thugut in den Austauschplänen durchaus nicht von vorne herein „sinnlosen politischen Wahnsinn“ erblickte, sondern nur den geeignetsten Zeitpunkt abwarten wollte.

Vieregg teilte übrigens die Besorgnis Tattenbachs nicht; die Aufstellung Lehrbachs, erwiderte er, sei nur dankbar zu begrüßen, Bayern könne dabei nur gewinnen. „Lehrbach erschien mir, während er hier als Gesandter weilte, immer als ein Geschäftsmann, mit dem man gut auskommen kann, der nichts von der wilden Sinnesart seines Amtsbruders Thugut hat, der sich der schuldigen Rücksichten nicht entschlägt und warme Anhänglichkeit an unseren erhabenen Fürsten an den Tag legt.“

In der That kamen nun die Ausgleichsverhandlungen in ein rascheres Tempo, obwohl auch Lehrbach über mannigfache Störungen durch Thugut zu klagen hatte. Schon am 19. März konnte dem Grafen Tattenbach angezeigt werden, daß den bayrischen Forderungen wenigstens in einem Hauptpunkte Rechnung getragen worden sei. „Aus besonderer freundschaftlicher Rücksicht für den Kurfürsten“ habe der Kaiser die Freilassung des Ministers Oberndorff und der übrigen verhafteten kurpfälzischen Beamten angeordnet; er erwarte jedoch, daß die Untersuchung

fortgesetzt und die vorbehaltene Genugthuung geleistet werde. Ausdrücklich wird hervorgehoben, der Kaiser habe nur Gnade für Recht ergehen lassen mit Rücksicht auf die Erklärung des Kurfürsten, daß er „an dem von des Herrn Herzogen von Zweybrücken Durchlaucht ergriffenen, so unstatthaften als unfreundlichen Recurs an die Reichsversammlung keinen Anteil nehme, dessen Schritt vielmehr mißbillige und fortan auf die bekannten Gesinnungen Sr. K. K. apostolischen Majestät vertrauen wolle.“ Der Prozeß wegen „übereilter“ Uebergabe der Festung Mannheim soll gänzlich dem Kurfürsten anheimgegeben, die Untersuchung der Beschwerden der Mannheimer Regierung von Graf Lehrbach in München fortgeführt werden. Des wichtigsten Punktes, der Genugthuung für die pfälzischen Truppen, war wieder keine Erwähnung gethan. Doch die erneuten Vorstellungen Tattenbachs fanden diesmal rascher Gehör. Schon am 27. März wurde von Thugut eröffnet, der Kaiser, vom lebhaften Wunsch beseelt, dem Herrn Kurfürsten gefällig zu sein, habe genehmigt, daß die der Mannheimer Garnison bei ihrem unrühmlichen Abzuge abgenommenen Waffen jetzt schon einem kurfürstlichen Kommissär übergeben würden, vorbehaltlich der Ausführung alles dessen, was Graf Lehrbach im Interesse kaiserlicher Genugthuung verlangen würde.

Damit konnte Graf Tattenbach seine Aufgabe für erledigt ansehen. Bei der Abschiedsaudienz sprach der Kaiser mit warmen Worten seine Befriedigung aus über den neuen Freundschaftsbund mit dem pfalzbayrischen Hofe; auch der gesinnungstüchtigen Thätigkeit des Gesandten wurde Anerkennung gezollt. Am 7. April kehrte Tattenbach nach München zurück.

Wie ängstlich die kurfürstliche Regierung jetzt bemüht war, dem kaiserlichen Hofe keinen Grund zur Unzufriedenheit zu geben, erhellt aus den Maßnahmen nach der Freilassung der pfälzischen Beamten. Durch kurfürstliches Reskript vom 23. März wurde dem Minister Grafen Oberndorff seine Befreiung angezeigt, zugleich aber befohlen, daß er sich mit seinem ganzen häuslichen Wesen sofort auf seine Komthurei nach Neuburg a. D. zu be-

geben habe. Dem Regierungsrat Schmitz ging die Weisung zu, er habe sich auf sein Gut zu Auerbach zurückzuziehen; als er erwiderte, daß er zwar den Namen „von Auerbach“ führe, aber in Auerbach nicht begütert sei, und um Erlaubnis bat, in Mannheim seine Tage beschließen zu dürfen, wurde ihm dies abgeschlagen und nur die Erlaubnis erteilt, eine von den k. k. Armeen entferntere kurpfälzische Stadt zum Aufenthalt zu wählen. Bloß Regierungsrat d'Avans, dessen Dienste für die Regierung unentbehrlich schienen, durfte in Mannheim bleiben, nachdem dazu spezielle Erlaubnis vom kaiserlichen Kommando erwirkt worden war.

Graf Oberndorff wagte noch einen Versuch, die ihm angesonnene Strafversetzung abzuwehren. Er meldete, daß ihm zwar seit einigen Tagen wieder Licht und Luft gegönnt seien, daß aber seine Gesundheit während der langen Gefangenschaft so empfindlich gelitten habe, daß er kaum noch eine Treppe zu steigen im Stande sei. Der Appell an das Mitleid des Kurfürsten blieb jedoch wirkungslos. Am 8. April erwiderte Graf Vieregg, aus Gründen, die nicht bekannt gegeben werden könnten, sei es erforderlich, daß Oberndorff schnellstens nach Neuburg übersiedle; bei längerem Verweilen in der Pfalz werde er sich Unannehmlichkeiten aussetzen. Darauf wiederholte Oberndorff noch dringlicher seine Vorstellungen. Der menschenfreundliche Wurmser, schrieb er am 16. April an Vieregg, habe ihm erlaubt, nach Neckarhausen zu gehen, um sich von den Strapazen der achtzehnwöchentlichen Gefangenschaft zu erholen; warum sollte ihm verwehrt sein, diesen Aufenthalt zu wählen, da doch der Wiener Hof selbst nicht auf Verweisung nach Neuburg gedrungen habe? Eine förmliche Landesverweisung werfe auf seine Ehre den schwärzesten Schatten, alle Welt müsse fortan in ihm einen Verräter, ja einen Verbrecher erblicken! Dem d'Avans gebe man Erlaubnis, in Mannheim zu bleiben, — ihn verbanne man nach Neuburg, auf ihn allein falle das ganze Odium! Er könne die „dardbige“ Luft nicht vertragen; auch zur Wiederherstellung seiner zerstörten Landhäuser sei seine Anwesenheit in der Pfalz erforderlich. Es

blieb jedoch bei der Verweisung nach Neuburg. Am 4. Mai zeigte Oberndorff „betrübten Herzens" seine Ankunft an; mit einem freundlichen Wunsche Viereggs, der Herr Graf möge sich in der anmutigen Donaustadt wieder erholen, schließt der Briefwechsel.

Als am 18. März die Freilassung Oberndorffs verfügt wurde, erging gleichzeitig Befehl, den Abbé Salabert auch noch ferner in anständigem Arrest zu belassen. In den ersten Tagen nach seiner Verhaftung hatte Salabert Gelegenheit gefunden, mit dem Herzog Briefe zu wechseln und seine Ansicht zu äußern, welche Maßregeln die kritische Lage erheische. Zugleich verwende er die unfreiwillige Muße zur Ausarbeitung einer Rechtfertigungsschrift, welche dem zur Verteilung an die Reichstagsmitglieder bestimmten Zweibrücken'schen Promemoria zu Grunde gelegt wurde. Als auch der seinerzeit von Merlin verwendete Unterhändler van Reccum eine Publikation zu seiner Verteidigung in Aussicht stellte, gab Salabert Anleitung, wie der Lästige, der durch unvorsichtige Reden den Herrn Herzog kompromittieren könnte, zum Schweigen gebracht werden sollte. Später scheint aber die Haft so verschärft worden zu sein, daß der Gefangene keine Briefe mehr zu schreiben oder aus dem Hause zu befördern vermochte; wenigstens sind weitere Briefe nicht erhalten.

Es wurde schon erwähnt, daß Max Joseph im Gegensatz zu seinem Oheim das Ansinnen des Wiener Kabinetts, den mißliebigen Minister zu opfern, zurückwies und eine Entscheidung des Reichstags anstrebte. Aus Mannlichs Memoiren erfahren wir aber, daß Max Joseph mit Salaberts Benehmen, das zur Verhaftung geführt hatte, durchaus nicht einverstanden war.

Einige Wochen nach jenem Begebnis kam Mannlich nach Mannheim. Ein Versuch, zu seinem gefangenen Freunde zu gelangen, mißglückte. Der kaiserliche General Sarazone erzählte ihm dabei, Salabert gelte im kaiserlichen Lager als Haupturheber der „lächerlichen" Uebergabe und habe diesen Vorwurf hauptsächlich durch den vertraulichen Umgang mit Merlin und den französischen Offizieren auf sich geladen. Betrübt über das Schicksal seines alten Freundes, „dessen Leichtsinn sein einziges Verbrechen

war", begab sich Mannlich nach Rohrbach, wo Herzog Max Joseph ein einfaches Landhaus bewohnte. Der Herzog nahm den Künstler freundlich auf und zog ihn zur Tafel, zu welcher auch mehrere österreichische Generale geladen waren. Nach der Mahlzeit hatte Mannlich im Garten eine längere Unterredung mit dem Herzog. Nachdem sich dieser nach den Zuständen in Zweibrücken und Mannheim erkundigt hatte, fragte er den Maler, ob er in Mannheim auch Salabert gesehen habe.

„Nein! Ein großer Schnurrbart und ein blitzender Säbel haben mich verhindert, bei ihm einzutreten!"

„Dieser Mann", erwiderte der Fürst, „hat mich durch Mangel an Klugheit und unglaublichen Leichtsinn in einen höchst unbehaglichen Handel mit dem Haus Oesterreich verwickelt, auf welches ich doch unter den gegenwärtigen Umständen ganz besondere Rücksicht zu nehmen hätte. Der Kaiser hat meinen Minister — denn das war er damals noch — verhaften lassen, ohne mich zu benachrichtigen oder Klage gegen ihn zu erheben. Diese Mißachtung meiner Rechte verstößt zu sehr gegen meine Würde, als daß ich es mir gefallen lassen könnte: ich werde mich also vor dem Reichstag beschweren; ich verfechte dabei eine Sache aller deutschen Fürsten, sie werden mir also beistehen. Sobald aber Salabert in Freiheit gesetzt ist, wird er mich, so hoffe ich, um seine Entlassung ersuchen, denn einen Mann zum Minister zu haben, der sich nicht nach den bestehenden Verhältnissen richtet, in einem Lande, dessen Sprache er nicht einmal versteht, das ist geradezu widersinnig; das war der einzige Fehler, dessen ich meinen armen Bruder zeihen muß."

„Ohne in die Politik der Höfe eingeweiht zu sein", bemerkt hiezu Mannlich, „hatte ich doch schon zu lange den Umgang mit den Großen dieser Erde genossen, als daß ich nicht gewußt hätte, wie sie mit den Starken und den Schwachen umgehen, und daß ich nicht vorausgesehen hätte, wie sich der Kaiser gegen uns verhalten werde. Mir war auch nicht unbekannt, welche Männer sich um den Ministerposten bewarben, und somit entging mir nicht, welche List in Anwendung kam, um den Abbé, wenn nicht

für immer, so doch auf lange Zeit von der Person des Herzogs zu entfernen. Man fürchtete die Liebenswürdigkeit, die gesellschaftlichen Talente jenes Mannes; deshalb wurden ihm all die Unannehmlichkeiten aufgebürdet, welche der Herzog sich zuzog, indem er Klage beim Reichstag stellte; man wollte dadurch den Fürsten gegen ihn aufbringen, sich selbst, während jener gefangen war, einschmeicheln und sich unentbehrlich machen . . . Zwei Bewerber waren es hauptsächlich, die sich um den Platz Salaberts stritten. Die günstigsten Aussichten schien Cetto zu haben, aber, weniger klug als sein Nebenbuhler, ließ er sich durch den Titel eines Ministerresidenten bei der neuen französischen Republik blenden und ging nach Paris; nun blieb Montgelas allein in der Umgebung des Herzogs, denn den guten Pfeffel hatte man schon so angeschwärzt, daß er niemals in die Nähe des neuen Herzogs gelangte . . . ."

Bald darauf kam Mannlich wieder nach Mannheim. Noch immer wandelte eine Schildwache vor Salaberts Haus, doch der österreichische Kommandant, General Baader, dessen Bekanntschaft Mannlich im Salon der Baronin Dalberg gemacht hatte, gab ihm Erlaubnis, den Gefangenen zu besuchen. „Was ich vorausgesehen hatte, war eingetroffen; das Unglück hatte den Freund, der bisher immer in Glanz und Glück gelebt hatte, gänzlich gebrochen; seine Wangen waren bleich und eingefallen, jeden Augenblick kamen ihm Thränen in die Augen, er war trübsinnig wie ein zum Tode Verurteilter." Die Haft mußte gelockert werden, der Gefangene erhielt sogar Erlaubnis, täglich spazieren zu fahren, aber nun erwachten auch wieder sein Selbstbewußtsein und seine Eitelkeit; eine einfache Kalesche genügte ihm nicht, er fuhr in geputztem Galawagen, er sprach mit allen möglichen Leuten, kurz, er that Alles, um den nachsichtigen Kommandanten zu kompromittieren. Die Folge war, daß ihm die eingeräumten Freiheiten wieder entzogen wurden. Mannlich machte ihm bittere Vorwürfe. „Durch den vertraulichen Umgang mit Merlin, durch den neuen Reiseüberrock, durch die glänzende Galakutsche haben Sie alles Unheil auf sich geladen; klagen Sie

niemand Andren an und ertragen Sie als Mann das Schicksal, das Sie selbst auf sich geladen!" Auch als im Herbst die Oesterreicher aus Mannheim abzogen, schlug für Salabert noch nicht, wie er gehofft hatte, die Stunde der Befreiung; er wurde von Husaren nach Würzburg eskortiert und dort in der Citadelle untergebracht. Weshalb gerade mit ihm so streng verfahren wurde, erklärte Graf Grünne, der Adjutant Wurmsers, in einem Gespräch mit Mannlich ganz richtig: „Unzweifelhaft wäre Salabert gleichzeitig mit Oberndorff freigelassen worden, wenn nicht der Herzog, beraten von Männern, die selbst an Stelle des Ministers treten wollten, vor dem Reichstag Klage gegen den Kaiser geführt hätte. Das war das wirksamste Mittel, um den beklagenswerten Mann zu entfernen und zu vernichten, denn jene Herren wußten recht gut, daß der Kaiser sich nicht vom Herzog von Zweibrücken zurechtweisen oder vom Reichstag sich Vorschriften geben lassen kann, zumal in einer militärischen Angelegenheit."

Welches Aufsehen der Fall Salabert im ganzen Reiche erregte, läßt sich aus den zahlreichen dadurch hervorgerufenen Flugschriften ersehen.

Unmittelbar nach der Verhaftung der beiden Minister erschien ein „Rechtliches Gutachten, die Uebergabe der Festung Mannheim an den Reichsfeind betreffend, den Goettingischen Professoren Herrn geh. Justizrat Pütter und Herrn Hofrat von Martens zu öffentlicher Prüfung gewidmet von Karl Grafen von Strengschwerd." Unter dem nämlichen Pseudonym waren schon aus Anlaß des Baseler Friedens mehrere Schriften, welche in leidenschaftlicher Sprache die kaiserliche Sache vertraten, veröffentlicht worden. Der Vertreter Preußens am Reichstag, Graf Goertz, hielt den Grafen Lehrbach für den Verfasser, Andere dachten an den österreichischen Reichstagskommissär, Freiherrn v. Hügel. Von Vivenot wurde aus dem offiziellen Aktenmaterial nachgewiesen, daß der Verfasser ein Pole, Karl Friedrich von Kolbielski, dem freilich von Hügel amtliche Schriftstücke zur Verfügung gestellt wurden. Dieser — nach Vivenots Auffassung — „im besten Sinne

edle Pole“, „der Einzige, der es wagte, dem deutschen Publikum die Wahrheit zu sagen“, verteidigte den von Thugut und Clerfait eingenommenen Standpunkt mit rücksichtsloser Schärfe. Des Kaisers und der Reichsstände Interessen seien nicht von einander zu trennen, mithin sei jeder Reichsstand, der gegen des Kaisers Interessen handle, ein Verräter am Reich, und nur der Kaiser sei der legitime Richter über einen solchen Schuldigen und seine Werkzeuge. Der Verfasser schlägt den Ton feurigsten Patriotismus an und mahnt die Fürsten, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers sei, sonst werde der altehrwürdige Bau des Reiches zusammenstürzen.

Doch Strengschwerds Schrift wurde als „Kundgebung eines groben Cäsarianismus“ in zahlreichen Erwiderungen nicht minder schroff zurückgewiesen und verurteilt.

Von „einem deutschen Publizisten, der weder Cäsareaner noch Chur= oder Fürstenerianer“, erschien eine Schrift „Unpartheiische Prüfung der von Strengschwerd aufgestellten Grundsätze.“ Er beschwert sich über den Ton, den der angebliche Herr Graf angeschlagen habe, einen Ton, den man wohl einem Hofpublizisten aus der Zeit Karls V. oder einem Kanzleibeamten des despotischen Wallenstein zutrauen, aber in der Gegenwart nicht mehr dulden könne. Ein Landesherr habe in Kriegs=, wie in Friedenszeiten in erster Linie auf die Sicherheit seines Landes und seiner Unterthanen zu achten und sei zu keiner Zeit dem Befehle eines Reichsfeldherrn untergeordnet. Oberndorff und Belderbusch seien frei von jeder Schuld, und auch der Kurfürst habe nur so gehandelt, wie jeder andere Reichsfürst unter gleichen Verhältnissen auch gehandelt hätte.

Die Schrift „Hoho! oder rechtliche Verwunderung über einige Stellen einer Druckschrift, die Uebergabe der Festung Mannheim an den Reichsfeind betreffend“ will „die wunderlichen Salto mortale aufdecken“, die Graf Strengschwerd über die ganze Reichsverfassung gemacht habe. „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und den Ständen, was der Stände ist!“ Die deutsche Freiheit über Alles! Auch ein Kaiser dürfe sich

nicht Eingriffe in fremde Rechte erlauben, auch ein Kaiser dürfe nur die ihm gesetzmäßig zukommende Gerechtsame mit mächtiger Hand behaupten. Ihm stehe allerdings das supremum directorium in bellicis zu, aber nur, um zum Vollzug zu bringen, was zuvor von Haupt und Gliedern des Reichs beschlossen worden sei. Die Reichsarmee dürfe nicht zum Nachteil der Freiheit und der landesherrlichen Gerechtsame der Stände gebraucht werden; am allerwenigsten dürfe der Reichsfeldherr sich zum Richter über reichsständische Personen aufwerfen; für diese gebe es nur die beiden höchsten Reichsgerichte. Der Wahlspruch: „Wer das Recht zum Zwecke hat, der hat auch das Recht zu den Mitteln“ entbinde den Feldherrn von allen Banden der Reichsgesetze, — diesen Grundsatz aufstellen, könne also nur als Paroxismus bezeichnet werden.

Ausdrücklich der Verteidigung Karl Theodors sind die „Beyträge zu richtiger Beurteilung der Kapitulation von Mannheim“ gewidmet. Das Verhalten des Kurfürsten sei nur eine Zeit lang, so lange der Rausch der Begeisterung über die Siege Clerfaits währte, in düsterem Licht erschienen; jetzt sei sich wohl Alles darüber klar, daß der Fürst nur sein gutes Territorialrecht ausgeübt habe. Weßhalb sollte Oberndorff vor ein deutsches Kriegsgericht geladen werden, und Hardenberg frei ausgehen? Aus welchen Gründen sollten die norddeutschen Fürsten, die sich einfach vom Reichskriege zurückzogen, weniger Verbindlichkeiten gegen das Reich haben, als der Pfälzer, dessen Land durch den Einfall der Franzosen schon so furchtbar gelitten habe?

Die nämlichen Grundsätze vertritt die Flugschrift: „Beyträge zur Erörterung der Frage: In wie weit ist die Gerichtsbarkeit des Kaisers über reichsständische Unterthanen und besonders ihre Beamten gegründet?“ Die Schrift ist verfaßt von dem bekannten, 1790 gestürzten landgräflich hessischen Minister Friedrich Karl von Moser. Es werden darin hauptsächlich die von den Kaiserlichen namhaft gemachten Präcedenzfälle untersucht, die Gefangennehmung des kursächsischen Feldmarschalls v. Schönig in Teplitz

und die verlangte Auslieferung des Reichshofrats v. Bose, eines kursächsischen Vasallen.

Die „Flüchtigen Bemerkungen über das rechtliche Gutachten des Grafen Strengschwerd“ sind in der That nur „flüchtige“ Bemerkungen, eine ziemlich schüchterne Entschuldigung der Uebergabe Mannheims; die „staatskriegsrechtliche“ Theorie Strengschwerds bleibt unberührt.

Das „Exposé des circonstances, qui donnèrent lieu à la capitulation de Mannheim“ ist von Salabert entweder verfaßt oder doch inspiriert; eine ausführliche historische Schilderung der Zustände in der Pfalz soll den Nachweis liefern, daß Mannheim unter den gegebenen Verhältnissen übergeben werden mußte und die Bestrafung der Kapitulanten nur ein Akt der brutalen Gewalt war.

In satirischer Weise wird „Strengschwerd“ bekämpft durch eine von Wedekind verfaßte Schrift „Die Uebergabe der Festung Mannheim an die Franzosen nach Grundsätzen des natürlichen Gesellschaftsrechts sowohl als des allgemeinen deutschen Staatsrechts. Keinem deutschen Professor, sondern allen deutschen Patrioten gewidmet; von keinem Grafen, aber von einem ehrlichen Reichsbürger; gedruckt nicht zu Regensburg, aber auf dem deutschen Reichsboden.“ Strengschwerd habe sich „Graf“ genannt zum Fingerzeig für den Kaiser, welchen Lohn er für seine großen Verdienste bei Leitung einer äußerst komplizierten und öfters sehr verschobenen Maschine erwarte. (Dieser Spott beweist, daß unter dem Pseudonym „Strengschwerd“ der österreichische Reichstagsgesandte Freiherr von Hügel gesucht wurde; so wird das Pseudonym auch noch in Wellers Lex. pseud., 542, erklärt.) Weit mehr aber, als ein um 5952 fl. 30 kr. in der Reichskanzlei zu erwerbendes Grafendiplom hätte der Verfasser verdient, wenn es ihm wirklich gelungen wäre, das brutale Benehmen des Reichsfeldmarschalls gegen einen der ersten Reichsstände zu rechtfertigen. Dies sei aber nicht geglückt, denn schon die Prämisse Strengschwerds sei falsch: der gegenwärtige Krieg mit Frank=

reich sei seit dem Abschluß des Baseler Friedens überhaupt nicht mehr als Reichskrieg zu betrachten.

Die „Freymüthige staatsrechtliche Prüfung des sogenannten Rechtlichen Gutachtens ꝛc. des Grafen Strengschwerd“ verurteilt ebenfalls die „neuen gefährlichen Grundsätze.“ Als Verfasser bezeichnet der Zweibrücken'sche Reichstagsgesandte Baron Rechberg einen württembergischen Legationsrat und ehemaligen Professor der hohen Schule zu Stuttgart, Patz. Rechberg empfiehlt den „patriotischen Mann“, der um seines edlen Eifers willen bereits Verfolgung zu erleiden habe, seinem Herzog. „In einem Lande, wo leider der gänzliche Mangel von Subjekten sich immer mehr zeigt,“ d. h. in Bayern, werde man dereinst, „wenn die Erwartung aller gutgesinnten Teutschen eintreffen wird,“ einen Arbeiter mit der Feder gut brauchen können, der im Fach der gründlichen diplomatischen Erörterungen, zu Aufklärung älterer Quellen und zu Einrichtung verworrener Archive die nützlichsten Dienste zu leisten vermöge.

Auch vom Standpunkt des „aufgeklärten Weltbürgerthums“ wurde die Strengschwerd'sche Theorie angegriffen. Die Flugschrift „Bemerkungen eines Kosmopoliten über die interessantesten Gegenstände der Zeitgeschichte“, die u. A. die Frage: Ist der Rhein Frankreichs Grenze? mit vollem Brustton bejaht, sucht darzulegen, daß das Verfahren Clerfaits nicht bloß mit dem Geist der deutschen Gesetzgebung unvereinbar, sondern auch nach dem höheren Menschenrecht ein Frevel sei; die Uebergabe Mannheims dagegen sei schon deshalb erlaubt gewesen, da die großmütige und freie Nation der Franzosen nur ungern die Waffen des Krieges zu denen der Vernunft füge.

In Regensburg war die Gefangenschaft Salaberts noch immer Gegenstand lebhafter Verhandlungen zwischen den Reichstagsgesandten. Insbesondere der Kurfürst von Köln, obwohl Oheim des Kaisers, war aufgeregt und ungehalten ob der Anmaßung kaiserlicher Generäle, die sich als römische Konsuln aufspielten und, wie seinerzeit der Herzog von Friedland, die Rechte der Reichsfürsten für nichts schätzten. Als der Kaiser den An-

trag stellte, General Clerfait auf Grund seiner jüngsten Siege zum Reichsfeldmarschall zu ernennen, ließ der Kurfürst durch seinen Reichstagsgesandten Freiherrn Karg von Bebenburg Verwahrung einlegen, da man doch nicht heute einen Feldherrn zum Zeichen der Zufriedenheit des Reiches belohnen, morgen wegen Verletzung der reichsständischen Freiheiten tadeln könne; es sei überhaupt nicht zu billigen, daß der Reichstag so lau zu werden beginne und in lauter Devotion und Bereitwilligkeit gegen den Wiener Hof verfalle 2c. Auch der Gesandte des Reichserzkanzlers versicherte dem Freiherrn von Hügel, am Mainzischen Hofe werde die andauernde Haft der Minister nicht gebilligt. Die Vertreter von Preußen, Sachsen, Hannover und Kassel hüllten sich in Schweigen, aber es war nicht zweifelhaft, daß ihre Höfe für den Herzog von Zweibrücken Partei nehmen würden. Diesen Klagen gegenüber wurde von Thugut immer wieder betont, daß der Kaiser nicht als Reichsoberhaupt, sondern als Herr seiner Erblande aufgetreten sei, deshalb auch mit den Verhandlungen nicht die Reichskanzlei, sondern das österreichische Staatsministerium betraut habe; wenn sich jemand wundern möchte, daß der Vorfall in den kurpfälzischen Landen als österreichische Staatssache behandelt werde, so frage er dagegen, ob es Oesterreich nichts angehe, wenn ihm durch feigen Verrat unersetzlicher Schaden zugefügt und seine Heeresmacht der Vernichtung preisgegeben werde. Später, als inzwischen die Versöhnung mit Bayern erfolgt war, wurde der kurböhmische Gesandte zwar noch angewiesen, die Gefangennehmung Salaberts zu verteidigen, aber mit wesentlich anderer Begründung. Die Verhaftung sei eine im Interesse der eigenen Sicherheit getroffene Vorsichtsmaßregel gewesen; an ein gerichtliches Verfahren gegen die Angeschuldigten habe man um so weniger gedacht, da hiezu juridische Beweise erforderlich und in ausreichender Weise vielleicht doch nicht zu Handen wären. Nach dem Gesetze der Selbsterhaltung aber sei Oesterreichs Betragen gerechtfertigt; an dieser Thatsache könnten alle gegen Oesterreichs Politik ins Feld geführten Gesetzesbestimmungen nichts ändern.

Im April 1796 hatten sich endlich die norddeutschen Höfe soweit geeinigt, daß sie in Sachen des Zweibrücken'schen Prozesses dem Vertreter des Kaisers gemeinschaftliche Erklärung übergaben. Die Beschwerde des Herzogs sei als begründet zu betrachten, und nötigen Falls werde der Antrag auf sofortige Freilassung Salaberts an den Reichstag gebracht werden; es scheine aber höchst wünschenswert, daß es zu einer förmlichen Beratung im Reichstag nicht komme; von der Einsicht und Gerechtigkeit des Kaisers lasse sich erwarten, daß er selbst auf entsprechende Weise abhelfen werde. Dieser Erklärung der Stände Kurbrandenburg, Hessen-Kassel, Sachsen-Weimar, Holstein ꝛc. trat etwas später auch der kursächsische Hof bei. „Aus der ganzen Behandlung" schreibt Colloredo an den Kaiser „ist nicht undeutlich wahrzunehmen, daß die unirten Höfe gerade den Gang einzuhalten entschlossen sind, welcher in Artikel 9 des berüchtigten Fürstenbundes für diejenigen Fälle vorgezeichnet ist, in welchen die Wirksamkeit dieses Bundes eintreten soll." Colloredo war dadurch ernstlich beunruhigt und riet zur Nachgiebigkeit; wenn man dem Herzog einigermaßen entgegenkomme, werde auch dieser gern durch vertrauliche Zugeständnisse Gelegenheit bieten, den lästigen Handel aus der Welt zu schaffen.

Doch Thugut hielt am „System der Strenge" fest. Vom Herzog von Zweibrücken lasse sich eine richtige Auffassung kaiserlicher Milde nicht erwarten; habe er sich doch nicht gescheut, das ehrerbietige Benehmen seines Oheims, des Kurfürsten von der Pfalz, öffentlich zu tadeln! Auch die Reichsstände seien so störrisch und widerspänstig, daß es sich nicht empfehle, den Streitfall als Reichssache durch Reichstagsgesandte behandeln zu lassen. Habe doch der König von England dem Grafen von Stahremberg, der ihm die Gründe der Verhaftung Salaberts auseinandersetzte, geantwortet: „Wenn der Kaiser als Feldherr und Eroberer gehandelt hat, so habe ich nichts dagegen einzuwenden; will er aber behaupten, daß er solches nach den Rechten, welche ihm die Kaiserwürde gibt, thun könne, so ist es gerade gegen die Reichsverfassung." Dieses Wort gebe die Richtschnur für das Verhalten

des Kaisers. Demnach sei Hügel anzuweisen, den norddeutschen Gesandten nur mündlich zu erwidern: Da sattsam bekannt und erklärt sei, daß der Kaiser in dieser Sache nicht als Reichsoberhaupt, sondern als Herr seiner Erblande nach Grundsätzen der Selbsterhaltung gehandelt habe, so biete sich für einen Reichstagsgesandten Oesterreichs überhaupt keine Möglichkeit, auf ihre Wünsche einzugehen.

Thuguts Vorschlag fand des Kaisers Genehmigung, Colloredos Bedenken wurden abgewiesen. Damit war den Bemühungen, den Zweibrücken'schen Prozeß vor das Forum des Reichstags zu bringen, vorerst der Boden entzogen, und bis die protestierenden Höfe Zeit fanden, mit neuen gemeinsamen Beschlüssen hervorzutreten, war durch die Siege Erzherzog Karls die ganze Lage so umgestaltet, daß an Nachgiebigkeit des Kaisers gar nicht mehr zu denken war. Im Januar 1797 endete der Streit mit einer Niederlage Zweibrückens. Der österreichische Reichstagsgesandte v. Fahnenberg nahm weitgehende Zugeständnisse des Zweibrücken'schen Vertreters entgegen. Demgemäß sollte der Herzog dem Reichsdirektorium anzeigen, daß er vom Rekurs an den Reichstag völlig absehe; von diesem Schritt sollte der österreichische Gesandte durch eine offizielle Note benachrichtigt werden, wobei sich Seine Durchlaucht nur „der schmeichelhaftesten und devotesten Ausdrücke bedienen“ dürfe; dann erst sollte vom Kaiser zur Freilassung Salaberts Befehl gegeben werden. Anstößig war dem Herzog nur noch, daß der Kaiser auch die Entfernung des Abbé vom herzoglichen Hof verlangte; hauptsächlich aus finanziellen Rücksichten, um nicht, wie schon oben erwähnt wurde, die dem Abbé vom Herzog Karl August verliehene Pension zahlen zu müssen, bat er, den Exminister an seinem Hofe behalten zu dürfen. Rechberg verbürgte, daß Salaberts Anwesenheit bei Hofe gänzlich ungefährlich sei, denn „das Vertrauen Seiner Herzoglichen Durchlaucht sei immittels ganz anderen Personen (Montgelas!) zu Teil geworden.“ Sei es, daß trotzdem vom Wiener Hofe auf der Verbannung Salaberts bestanden wurde, sei es, daß andere Hindernisse im Wege standen, — die Akten bieten hierüber keinen

Aufschluß — Salabert wurde erst im Herbst 1797 freigelassen. Es geschah hauptsächlich auf Verwendung des Erzherzogs Karl, der mit dem körperlich und geistig gebrochenen Greis Mitleid fühlte. Salabert kehrte zunächst nach Mannheim zurück und siedelte 1799 mit dem Herzog nach München über; eine politische Rolle hat er, wie Rechberg richtig vorausgesehen hatte, nicht mehr gespielt. —

Die Freilassung Oberndorffs war, wie erwähnt, an die Bedingung geknüpft worden, daß der Prozeß gegen ihn und seine Mitschuldigen von der pfalzbayrischen Regierung fortgeführt werde. Demgemäß wurde am 4. Juni 1796 eine neue Untersuchungs-Kommission eingesetzt, bestehend aus dem geheimen Rat Wilhelm Graf zu Leiningen, Oberappellationsrat Freiherrn von Lamezan und Zensurrat von Ditterich. Von diesem Kollegium wurde Oberndorff zu schriftlicher Beantwortung von 18 Fragen aufgefordert, während auch der Hofkriegsrat dem in München wohnenden General Belderbusch nochmals 5 Fragen vorlegte. Auf welche Weise sich die beiden Angeklagten zu rechtfertigen suchten, wurde schon oben dargelegt, als die angeblichen und wirklichen Ursachen festzustellen waren. Zwei Mitglieder der Kommission, Leiningen und Ditterich, waren durch Oberndorffs Antworten nicht befriedigt. Sie bestritten, daß der in den kurfürstlichen Reskripten verlangte äußerste Notfall wirklich eingetreten sei, daß die Franzosen wirklich im Stande gewesen wären, der Stadt großen Schaden zuzufügen. Habe doch General Dufour selbst seine Verwunderung geäußert, daß eine Festung wie Mannheim an ein Häuflein ungenügend gerüsteter Franzosen übergeben worden sei! Es wäre unzweifelhaft den Befehlshabern in Mannheim ein Leichtes gewesen, von Clerfait rechtzeitig Hilfe zu erwirken; auch auf den Unterschied zwischen dem von Salabert überbrachten und am 22. September vom Kurfürsten unterzeichneten Kapitulationsentwurf und der Kapitulation vom 20. September wurde hingewiesen; jenes Projekt hätte die Stadt Mannheim und alle kurpfälzischen Lande neutralisiert, die Kapitulation habe die Franzosen zu gar keiner Gegenleistung verpflichtet. „Diese Be-

setzung der Stadt Mannheim mit französischen Truppen zog ihr das verheerende Bombardement der Kaiserlichen und die schier gänzliche Erschöpfung der Pfälzischen Lande am rechten Rheinufer zu."

Dagegen gab das dritte Mitglied der Kommission, Freiherr von Lamezan, ein gesondertes Gutachten ab, das einer milderen Auffassung Ausdruck verlieh. Durch die bisher gepflogene Untersuchung, erklärte er, seien viele Thatsachen festgestellt, die in Wien bisher unbekannt gewesen wären. An dolus und culpa der Angeklagten sei nicht mehr zu denken; man möge also, wenn auch nicht Alles genügend aufgeklärt sei, die Sache beruhen lassen; eine Fortsetzung der Verhandlung sei vielleicht berechtigt, jedenfalls aber nicht opportun. „Es ist an der Zeit, abzubrechen und einer Sache ein Ende zu machen, bei der sich die Wendungen bald anderst ergeben könnten." Es sei nicht am Platze, „einen Mann, dessen Beweggrund war, eine Stadt des Herrn Kurfürsten vom Untergang zu retten, hintennach auf die strengste Tortur durch Fragen zu legen, an die zur Zeit der dringendsten Gefahr nicht zu denken, sehr verzeihlich ist." „Wer die Proben eines verheerenden Bombardements ausgestanden hat, darf hierüber mit etwas mehr Zuverlässigkeit reden. Bombardements lassen sich nicht nach Befehl kommandieren. Es kostet Stunden und mehrere Stunden, um ihnen Einhalt zu thun, wenn sie angefangen haben, wie wir die Proben hierüber im letzteren k. k. Bombardement haben. Indessen ist eine Stadt zu Grunde gerichtet, manche Leute sind für ihr Leben mit ihren Familien ruinirt, und wer also eine Stadt schonen will, wird schwerlich Feuerkugel, Bomben und Haubitzen abwarten. Eben das, wenn man einige Bomben abgewartet und die Stadt übergeben hätte, würde mehr den Verdacht einer Kollusion erweckt haben, und hätte der Graf von Oberndorff Einverständnis mit den Franzosen haben wollen, es wäre ihm vielleicht ein leichtes gewesen, zu erwirken, daß diese einige Kugeln über die Stadt geschickt hätten, um seiner Kapitulation einen schöneren Anstrich zu geben, und würde aber dann doch den Mann in reinem Gewand lieber als unter diesem Anstrich sehen. Seine k. k. Majestät

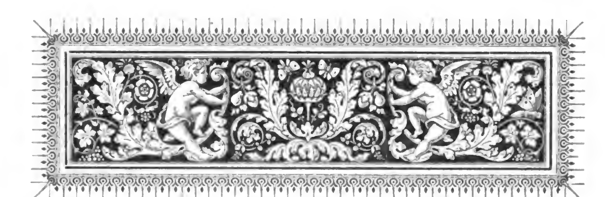
werden nach ihrer bekannten Gerechtigkeitsliebe nie von einem Mann mehr fordern, als daß er dolum et culpam in seiner Handlung beseitige. Das scheint mir geschehen zu sein, und darum spreche ich Herrn Grafen von Oberndorff das Wort. Es wäre vielleicht in dem Augenblick leichter, gegen, als für ihn sein, aber das ist dann eine Ursach' mehr, die in der Wagschale des Rechts liegen muß. Möge sie dahin ausschlagen, wo Recht und Moral, christliche Denkungsart und Politik, Nächstenliebe und Vernunft sich vereinigen."

Die Entscheidung des Kurfürsten findet sich nicht in den Akten, doch können wir nicht daran zweifeln, daß er dem Antrag Lamezans den Vorzug einräumte, denn der Prozeß gegen Oberndorff wurde nicht mehr fortgesetzt, und auch die Untersuchung gegen Belderbusch scheint niedergeschlagen worden zu sein.

In der That wäre es ungerecht gewesen, wenn die kurfürstliche Regierung auf den Grafen Oberndorff und dessen Untergebene eine Verantwortung geladen hätte, die in erster Reihe sie selbst zu tragen hatte. Oberndorff hat kopflos und übereilt gehandelt, ein Verräter war er nicht; seine Handlungsweise stand im Einklang mit der zweideutigen Politik der pfalzbayrischen Regierung, die in Bezug auf Mannheim nur unklare, unbestimmte Befehle gegeben hatte.

Doch auch Karl Theodor hat viele Mitschuldige.

„Jeder Krieg", sagt Justus Möser, „hat seinen eigenen Ton." Der erste Koalitionskrieg beginnt mit einem vollklingenden Akkord und endet mit einem häßlichen Mißklang. Die Mannheimer Episode ist bezeichnend für die Wandlung, welche sich im Jahre 1795 vollzog, und steht im engsten Zusammenhang mit dem Baseler Separatfrieden. Der Charakter des Reichskriegs im Frühjahr und Sommer 1795 dient der Kapitulation vom 20. September zur Erklärung und auch einigermaßen zur Entschuldigung; in einer traurigen Zeit, da der Name Reichsfeind von niemand mehr verabscheut wird, darf derselbe nicht mehr auf Einzelne angewendet werden.



XI.

Erinnerungen eines alten Soldaten aus den Feldzügen von 1809—1815.

An Büchern mit der Ueberschrift „Erinnerungen eines alten Soldaten" ist kein Mangel, doch sie rühren in den meisten Fällen entweder von ehemaligen Offizieren her oder doch von Soldaten, die den gebildeten Ständen angehörten, deren Aufzeichnungen sich also von den übrigen Quellen zur Geschichte der einschlägigen Ereignisse nicht wesentlich unterscheiden. Dagegen kommt es nur selten vor, daß ein Mann aus dem eigentlichen Hoplitenstande zur Feder greift, um seine Erlebnisse und Erfahrungen der Nachwelt zu überliefern. Durch meinen Kollegen, Herrn Dr. Richard Simon, wurde ich nun auf solch eigenartige Memoiren aufmerksam gemacht. Nicht als ob die Schriften des ehemaligen Soldaten im 5. bayrischen Infanterieregiment, Joseph Deifel, bisher gänzlich unbekannt gewesen wären. Die umfangreichste von den Handschriften, welche dieser Veteran der Napoleonischen Zeit hinterlassen hat, der „Große Kriegsspiegel", ein Tagebuch von 1809 bis 1815, ist in das k. bayrische Kriegsarchiv gekommen und von Gerneth und Kießling für die Geschichte des 5. Infanterieregiments (II. Teil,

die Jahre 1804—1833 umfassend, 1893) benützt worden; insbesondere konnten die ausführlichen Angaben Deifels für die Darstellung der Vertheidigung von Thorn zu Grunde gelegt werden. Die Zuverlässigkeit des Autors wird von den genannten Forschern rühmend anerkannt; nur hie und da seien, namentlich in Bezug auf Märsche und Nachtquartiere, Ungenauigkeiten nachzuweisen.

Joseph Deifel [1]) ist am 14. November 1790 zu Neu-Essing bei Kelheim geboren. Die Eltern waren einfache Leute; der Vater war Arbeiter auf dem Eisenhammer Nußhausen bei Essing, die Mutter eine Tochter des Nagelschmieds Korndorfer im nämlichen Dorfe. Ihr Sohn erhielt, nachdem er die Volksschule besucht hatte, ebenfalls in Nußhausen Arbeit, wurde aber schon 1808, wie er selbst erzählt, an Stelle eines anderen Bauernsohnes, der sich durch Bestechung frei gemacht hatte, zur Fahne eingerufen. Schon wenige Monate später mußte er in den Krieg ziehen und nahm dann in den nächsten sieben Jahren „rühmlich mit der besten Aufführung" an allen Feldzügen teil, 1809 am Donaufeldzug gegen die Oesterreicher und am Gebirgskrieg in Tirol, 1812 am russischen Feldzug, 1813 am Kriege mit Preußen, 1815 an den letzten Kämpfen in Frankreich.

Hier soll nicht der eigentliche Quellenwert der Aufzeichnungen über diese Feldzüge geprüft und beurteilt werden; die Erzählung und der Erzähler an sich schienen mir ihrer Originalität halber auch die Beachtung weiterer Kreise zu verdienen. Gerade die schlichte Ursprünglichkeit der Darstellung leiht ihr meines Erachtens besonderen Wert; es gewährt eigentümlichen Reiz, zu verfolgen, wie sich die Ereignisse einer großen Zeit in solchem Kopfe spiegeln. Der Verfasser hat nur dürftige Schulbildung genossen; die Folge ist, daß er sich auch in vorgerücktem Lebensalter nur unbeholfen auszudrücken vermag. „Ich weiß es zum Voraus", erklärt er selbst im Vorwort des ‚Kriegspiegels', „das ich mit meinem so villen dahinschreiben nichts vollkommnes zu

[1]) Ich verdanke die Aufschlüsse über die Lebensverhältnisse Deifels Herrn Pfarrer K. Mückl in Neuessing.

stande bringen kann, denn ich war nicht fähig, noch belehrt dazu, allein mein einziges Tallend wollte ich dennoch nicht in die Erde vergraben, wie jener Knecht im Evangelium.“ Auch mit der Rechtschreibung steht er auf gespanntem Fuße. „Ich bin kein gewohnter Schreiber, obwohl ich die meisten unrichtigen Woerter selbst erkenne.“ Es wimmelt von sprachlichen Fehlern, insbesondere die Schreibweise der Eigennamen bietet nicht selten fast unlösbare Rätsel. Auch dem Urteil über Personen und Verhältnisse haftet begreiflicher Weise eine gewisse Beschränktheit an; es berührt gar wunderlich, wie der Verfasser sein eigenes Schicksal mit der großen Politik zusammenflicht; auch seine Kritik der Heeresführung nötigt uns hie und da ein Lächeln ab. Allein es fehlt ihm weder an hellem Blick, noch an volkstümlicher, stellenweise an den Simplicissimus erinnernder Beredsamkeit. Er führt uns recht mitten in die selbsterlebten Scenen, so daß wir bei aller Einfachheit lebensvolle, anschauliche Schilderungen erhalten. Wie machtvoll und überzeugend tritt uns aus der kunstlosen Aneinanderreihung der Erlebnisse des Soldaten die ganze Drangsal des Krieges von 1812 entgegen! Auch der eigentümliche Charakter des Tirolerkrieges vom Jahre Neun kommt hier zu lebenswahrem Ausdruck. Man lernt begreifen, weshalb der Kampf gerade hier in schonungsloses, grausames Morden ausartete. Der bayerische Soldat, auf Schritt und Tritt von meist unsichtbaren, immer unfaßbaren Feinden verfolgt, geriet in helle Verzweiflung. Auch in dem gutmütigen Deifel steigt noch bei der Erinnerung an jene peinvollen, ruhmlosen Tage der helle Zorn auf; er kann gelegentlich sein Bedauern nicht unterdrücken, daß das von den Bayern gelegte Feuer nicht besser brennen wollte. Er fühlt nicht das Bedürfnis, etwas zu beschönigen, sondern gibt unbedenklich zu, daß die Bayern gar unbarmherzig hausten und auch nicht selten, von panischem Schrecken erfaßt, „returirten“, d. h. Fersengeld gaben. Auch sich selbst sucht er nicht weiß zu waschen; freimütig gesteht er, daß er in höchster Not „seinen Charakter weggeworfen“, d. h. unmännlicher Verzagtheit nachgebend, in ein Getreidefeld sich verkrochen habe. Wie lebendig wird der Kampf in Imst geschildert! Auch

die Nachricht über das Gebaren des Marschalls Lefebvre nach dem Treffen am Berg Isel ist aus dem Munde eines so zuverlässigen Augen- und Ohrenzeugen wertvoll; wir können dem durch solchen Uebermut aufs äußerste Gereizten nachempfinden, daß er einen Augenblick daran dachte, dem Verhaßten einen Denkzettel zu geben. Merkwürdig ist überhaupt die Abneigung gegen die Franzosen, die ja nichts weniger als allen Rheinbund-Soldaten unter Napleonischen Fahnen gemeinsam war. Der bayerische Soldat hat offenbar von „deutscher“ Ehre und „deutschen“ Pflichten, obwohl er die Worte häufig gebraucht, keine klare Vorstellung; sein Patriotismus erstreckt sich, im Grunde genommen, nur auf sein engeres Vaterland, doch es ist ihm nicht zweifelhaft, daß Bayern durch den Eintritt in den Rheinbund in eine falsche, unwürdige Stellung geraten sei. Das Zwiegespräch mit dem Kameraden Probst in der Neujahrsnacht von 1813 über die politische Lage im allgemeinen und den rheinischem Bund im besonderen, ist ein beachtenswerter Beitrag zur Geschichte der Volksstimmung in Bayern in der Napoleonischen Zeit. Der Imperator selbst ist für ihn, wie für die Tiroler im Jahre Neun, das Apokalyptische Tier, dessen Sendung Gott zur Bestrafung der sündigen Welt zugelassen habe. In seinem Groll über den Friedensstörer wird er unfreiwillig komisch; in stolzestem Tone erzählt er, daß er in Fontainebleau dem Haupt einer in den Staub gestürzten Napoleonsstatue einen Fußtritt gegeben habe; man muß, um die groteske Szene gerecht zu würdigen, den Unmut eines durch grenzenloses Kriegselend Gepeinigten in Anschlag bringen. Ueberhaupt hat sich in dem Erzähler, weil er so viele fremde Länder gesehen und so wichtigen Vorgängen beigewohnt hat, ein starkes Selbstbewußtsein ausgeprägt. Seinen geschichtlichen Aufzeichnungen mißt er offenbar hohe Bedeutung bei; das beweisen schon die Ueberschriften „Der große Kriegsspiegel“, „Der goldene Auszug“ ꝛc. „Es ist noch nicht vill über sechzig Jahre seit dem ausbruch der französischen Revolution und den darauf folgenden kriegerischen Feldzügen, und doch werden schon heünzutag die Begebenheiten so schief und kontrer erzählt von der jetzt bestehenden mindern

Menschen Klasse, keine richtige Beschreibung komt nicht an solche, und die Tradtion (Tradition) verliehrt sich in unrichtige auswüchse. Auch in höhern Ständen, wo man glaubt, es richtig zu haben, gilt bald jenem, bald diesem die Gunst. Es ist lauter Trug, ein verkümmertes Idee, einer (gibt) dem andern Schuld in jeder Beziehung, obgleich die Schuld bey jeden einzelnen selbst beruht. Darum sage ich zum voraus schon, ich will mir keine Freinde, noch Feinde machen. Das alte Sprichwort: zupf dich bey deiner Nase, gilt mir wie dir. Es handelt sich auch nicht um Großthun oder auch nicht, um etwas zu verkleinern, alles, was mich selbst betrifft, ist die reine Wahrheit, besonders so weit mein Auge sieht, ist mein Herz licht." Wir glauben ihm auf's Wort, daß ihm Wahrheitsliebe als erstes Gebot gegolten habe, denn aus der Darstellung selbst schöpfen wir den gleichen Eindruck; nur in einzelnen Fällen mag etwas Soldatenlatein mitunter gelaufen sein. Mit jenem aus der Erinnerung an eine große Zeit erwachsenen Selbstbewußtsein hängt auch der mystische Zug, der besonders im „Spiegel des Friedens" stark hervortritt, zusammen; der Alte sieht am Himmel allerlei Zeichen, die von Andern nicht bemerkt werden, er glaubt unmittelbar von Gott Eingebungen zu empfangen, er gefällt sich in geheimnisvollen Sprüchen und Versen. „Im zweyten Buch oder die letzten fünfundzwanzig Jahr (1826—1850) sind größtentheils dunkle Verse für ein fremdes Ohr, für mich aber sehr liecht, darum Licht ohne Fünsterniß."

Ich brauche nicht besonders hervorzuheben, daß Deifels Schriften auch in sprachlicher Beziehung Interesse gewähren; der Dialektforscher wird sogar für die vielen eingeflochtenen, „schröcklichen" Gedichte dankbar sein. Ich werde deshalb bei den im Wortlaut mitgeteilten Auszügen die Schreibweise des Originals beibehalten und mir nur unerhebliche Aenderungen, z. B. Streichung von übermäßig gehäuften Konsonanten, gestatten. Um über den gesamten Inhalt der Denkwürdigkeiten einen Ueberblick zu ermöglichen, lege ich den bisher noch nicht benützten „Kriegskalender" zu Grunde und ziehe nur da, wo es zur Er-

gänzung oder Erklärung dienlich ist, den „Goldenen Auszug“ und den „Großen Kriegsspiegel“ heran.

Nach Art mittelalterlicher Chronisten beginnt Deifel die Erzählung des Tirolerkriegs mit drohenden Anzeichen einer schweren Zeit. „Jänner 1809. Man hört von Krieg. Der Winter ist sehr streng. Der Eisstoß in der Donau macht sehr großen Schaden, Häuser und alle Brücken stürzen zusammen, stürmische Winde machen am Ende des Monates vilen Schaden.“

„Ich gib zeichniß dem ereichniß
Aus der schröckenvollen Zeit,
Die Wasserfluth, die Sturmeswuth,
Die hat böse Zeit vorgezeigt.“

Im Februar muß sich Deifel im Amtshause zu Kelheim stellen, dann werden die Rekruten des Bezirks nach Straubing geführt. Hier wird Deifel am 27. Februar verpflichtet; dann geht es nach Landshut, wo er in das 5. Linieninfanterieregiment Graf Preysing eingereiht wird. „Lernten Rechtsum und Linksum.“ Bald geht es in den Krieg. Da den bayerischen Divisionen die Aufgabe zufiel, die Konzentrierung der französischen Armee an der Donau zu verschleiern, mußte das Regiment bald dahin, bald dorthin marschieren. Im April nahm es mit Auszeichnung teil an den wichtigen Treffen bei Landshut, Eggmühl und Regensburg. „Am 25. April zurück mit 8000 Mann k. k. österreichische gefangene nach Augsburg unser Bataillon, das 2. vom 5. Linieninfanterie-Regiment. Wir bringen aber kaum 2000 Mann dort an, denn wir sind sehr froh, das sie weniger wurden. Unser Herr Oberstluitenant von Schmecher (Schmöger) ist ein alter Deutscher.“

Von Augsburg marschiert das Regiment nach München, „von da in das Tirol.“

„Bey uns (hieß es:) gute Nacht, Schnepf,
Morgen geht's ins Tyrol.“

Ein paar eingefügte Strophen geben der Freude Ausdruck, daß Bayern und Tiroler, die sich 1809 als so grimmige Feinde gegenüberstanden, bald wieder „gut Freund“ geworden.

„Die wir hatten Nachbars Statten
Mit unsern Waffen verhöhnt,
Sind jetzt wieder unsre Brüder,
So wir völlig ausgesöhnt.“

Der Mitteilung, daß er am 7. Mai mit seinem Bataillon schon bei Kufstein stand, ist die Glosse beigefügt: „Sehet an, den 16. Abril bey Landshut und durch und durch im Lager und Abach und Hauptschlacht bey Eckmühl. Wer es machen kann, der ist stark und lebt noch 1863 den 8. Merz.“ „Gräuliche Thaten gingen vorüber, Mord und Brand. Schlitters ganz abgebrand. Neun Tiroller werden dort aufgehangen wegen dem Wort, das sie lieber Kaiserlich sterben wollen, als Baierisch werden.“ Die Baiern rücken über Kirchbühel, Wörgl („das erst Feuer“), Rattenberg, Straß, Schlitters, Rotholz, Pfunds, Schwaz, („abgebrannt“), Hall bis Innsbruck vor, doch der mörderische Kampf am Berg Isel (29. Mai) zwingt sie zum Rückzug. „Wie wir herausgeschlagen sind worden, das wissen wir; alles war uns verhaut und vergraben, die Fultusbrücke (Brücke von Volders) konnten wir nicht behaupten. Fast in einem Feuer bis unter die Festung Kufstein, 8 Tag im Biwack dort.“ Der Monat Juni brachte wieder anstrengende Kreuz- und Quermärsche nach Tölz, Wolfratshausen, Benediktbeuern, Rosenheim, Traunstein, Teisendorf, Salzburg. „Der Dienst war sehr stark, Wachten, Patrollen, Päqueter, Patrollen öffters bis nach Werfen, 11 Stunden über Hallein, Kochel, Golling durch den Baß Lug.“ Im Juli ging es auf Befehl Lefebvre's in Eilmärschen nach Linz. „Das erste Batallion in 5 Tagen, wir das 2te von Salzburg in 2 Tagen; es ist ein Katterrinnest (?), dann als wir in Linz angekommen sind, spät Abends, so marschieren wir den andern in aller früh wider herauf nach Salzburg, dort versammelt sich die k. b. dritte Armeedivision und dann in das Tirol.“

Wieder ging es über Berg und Thal nach Werfen, St. Johann, Lend, Taxenbach, wo Deifel leicht verwundet wurde, Mittersill, Zell im Zillerthal, Fügen, Hall nach Innsbruck und weiter in's Oberinnthal. Etwa noch 1000 Mann stark, kam das 5. Regiment am 8. August in Telfs bei Landeck an.

„Nachts 12 Uhr kommen wir nach Telfs. Mein Oberst Freyherr von Mezen (Metzen) ließ uns dort einquartieren in und außer den Mark in Ober- und Pfaffenhofen, nur eine Stunde, hieß es, aber es sind doch 2 gewesen. Auff, und Jmbst Mark zu, da war aber die Jnnbrücke schon sehr stark besetzt von mehr als 4000 Mann Tyroller Schüzen. Oberst Mezen spricht sie an mit allem guten, das sie nach Hause gehen sollen. Sie gaben zur Antwort, sie wohlen mit uns nichts, sollen nur nicht über die Brücke gehen. Herr Oberst nihmt seinen Marsch fort nach Landeck, ließ aber die Hälfte von 2. Battallion stehen bey der besezten Brücke; die andre Hälfte komt im Mark Jmbst einquartiert, wo niemand fast zugegen war, und wer noch da, der ging ab. Wir sind vielleicht eine Stunde zu 5 Mann in einem Hause (Nagelschmit), der geht auch ab. Dann ging Generalmarsch, also unser Kompagnie mußte zurück, eine Brücke abzutragen, die noch unterwerts der besezten war. Als wir aber zu der besezten hinkommen, sehen wir, das auch die untere so stark besezt war, als die nächste. Etliche Bürger von Jmbst haben wir auffgefangen zum Brücken abtragen. Ein Tyroller Schüz schießt vom Berg meinen Vormann auf das Kastrol; die Brück ab, einem Bürger schlug es das Knöchel am Fuß entzwey.

Wir gehen wieder zurück in Mark, kommen aber alle in ein Hauß (Gethraitkasten). Den andern Tag mit Tagesanbruch krachts auf alle Ort und enden, das war ein schröckenstag zu nennen, das 9. Regiment war total geschlagen, wir schlagen uns herum mit die Tyroller bis 9 Uhr in der Früh, dann kombt ein fürchterliges getöß, als wen alle bösen in Welt und Höll loß geworden weren. Der Oberst Mezen kommt herab von Landeck mit den Rest von wenigen, alles war geschlagen, kein Artollerie, kein Kavalerie, kein Haupist, kein Wagen, alles war todal geschlagen.

Nun wir auf und um die Brücke, verdoppeln jezt unsern Muth, weil wir glauben können, sie kommen auf uns zu, aber Nein, der Oberst zieht sich durch den Mark auf die Augsburger Straße hin, nicht mehr auf die, wo wir herauf marschiert sind;

als wir sehen, das uns nichts zu hülff komt, returieren wir dem Mark zu; mir fählte etwas und war der hintere und letzte in Mark hinein. Zwey Kanonen und eine Hauwitz mit etlichen Dragoner sind noch auser dem Mark auf einer Anhöh und entluden sich über meinen Kopf hin auf die Tyroller, das sie zurück blieben, dann prozen sie auf und retturieren, und ich kam in Mark hinein der engen Gaße durch, da liegt Brod und gedörrtes Obst auff den Haußthürschwellen, wer sich um dasselbe bückt, dem nähmen sie das Gewehr ab und schleppen ihm in das Hauß, das haben vile erfahren. Ich kam auf den Plaz, da war ein Wasserbehälter von laufenten Wasser, da stehen Gewehr von den unsrigen. Ein Korporal, mit Namen Weinmann, ein Landsmann von mir, ruft mich hin, indem er sagt: Komm, junger, hilff sie mir abschlagen! Ich gehorch, aber das herschüßen vom Berg herunter, das war nicht zum erzählen. Ich geh ab, lauf über den Platz hinüber in die Enge gaß, entgegengesezt, da stunden einige Bürger und sagten zu mir und zeigten, das ich zu diesem Thor hinein laufen soll und dann eher zu den meinigen kommen werde. Ja! hab es schon erfragt in der Zeit, als einige Kamerathen zurück gekommen waren aus der Gefangenschaft, wie es ihnen ergangen hat, die sich verleiten haben lassen zu den Thor hinein; als sie darinn waren, konnten sie nicht mehr aus und wurden in die Keller geschlept; wenn einer schreien wollte, wurde ihnen mit dem Halsabschneiden gedroth . . . .

Schauterhaft war der Returat. In Telfs kommen wir wider auf unsere Straße, her und her sind wir verfolgt von 1000 und 1000, abermal 1000 der Schüzen und dem Landsturm, Knaben und Mägtgen, von allen Kirchthürmen schießen sie herunter. Feuer wird überall angelegt unserseits, aber nichts hat da gebrennt. Es wird Abend, als wir bey Telfs sind; da wird ein wenig halt gemacht, und Kranaten in den Mark gespielt, um anzuzünten zum Dank für das vergangen Nachtquartier, aber es brennt nicht. Dann noch bis Mark Zirl; Lager. Eh wir dort ankommen, kommt ein Korporal als Ortonanz von Innsbruck her, er wollte zu sein Regiment, das neunte; alles war darüber, er

sollte da bleiben, denn sein Regiment trifft er nicht mehr; er läßt sich nicht abhalten, er war etwas betrunken, geht aber nicht so lang, alß ich die 3 Zeilen schreibe, kommt er zurück, einen schuß im Kopf, er taumelt und taumelt und vor meinen Füßen in den Straßengraben, er war tod.

Und ich hab mein Karakter bisher behauptet, aber hier wirf ich ihn weg oder er ist mir weg gefallen; ich läg mich in einen gethraith Acker auf gewiß und ungewiß und ruhe sanft. In der Früh kommt Frost in mir, ich stehe auf und melte mich bei der Kompagnie. Es wird bald aufgebrochen und durch den Mark; dann Lager, es wird abgekocht, es war schon 46 Stunden, das nichts über mein Herz gekommen sey, als Wasser. Auch da ist der Schmal Hanß wiederum Koch."

Bald nachdem die Bayern unter unsäglichen Leiden und Gefahren nach Innsbruck zurückgekommen waren, traf auch Marschall Lefebvre, der sich vergeblich bemüht hatte, Brixen zu erreichen, mit gänzlich erschöpften und demoralisierten Truppen ein (11. August). Nur einen Tag war den Gehetzten Ruhe vergönnt, schon am 13. kam es abermals am Berg Isel zu schweren Kämpfen.

„Schwarz war der Berg von den Tyrolern und roth von Baiern-Blut. Dreymal wird mit Sturm vorgerückt, und allezeit kommen wir mit blutigen Köpfen zurück. Zum viertenmal wurde der Sturm komantird, und wir waren schon vorgerückt bis am Fuß des Berges. Der Sturm wird abgeschlagen.

Nun ging eine geschichte vor, die mir interessant bleibt, so lang ich lebe. Unserseits mußte das Schüssen auffgehert werden, als nur im Nothfall. Ein Spallee wurde um den Berg gezogen, so das alle zehn Schritt ein Mann steht, voran, und das übrige, Kavallerie, Artollery u. s. w. hinterdran. Dann komt die ganze Generaletät geritten außer dem Spallee um den Berg herum, Marschall Lefebre an der Spitze, General Deroy, Kronbrinz Ludwig, Königliche Hoheit damals, General Vignete und alle k. b. u. k. sächsischen Herrn Herrn Generäl und Herrn Atjuntanten, der Franzoß an der Spize. Was das vor ein Lerm

und Schüßen von seite der Tyroler war, das weiß ich, doch wurde nur einem Sächsischen H. General sein Pferd blesiert [die Herren werden gewis alle gepanzert gewesen sein]. Nun komt das mir Interssierende, so lang ich lebe, und fünfmal habe ich es in die Bücher geschriebe, die von mir vorhanden sind.

Also die ganze Generaletät ritt hinter uns neben dem Inn der Stadt Insbruck zu. Marschal Le-Febre stieg vom Pferd und lies unser Battallion ein Karree (4eck) vormieren und stellte sich mit unsere Herrn Ofiziere in dessen Mitte und schümpfte die ganze Deutsche Nation in uns Baiern mit folgenden Worten. Darum schreibe ich es Roth, weil es mir so sehr interessiert ist.

Nach seiner Sprach komt es heraus, als wenn wir es mit den Insugenten der Tyroler hielten.

Indem er sagt: Ihr Deutsch, all Pitzbub! und so fort. Ein Regiment Franzoß ganz Tiroll schlag, Ihr Pitzbu — und so mehr. Unser Deutscher Oberstluitnant von Schmeger sagt ihm entgegen den Franzosen, das wir uns überall noch gut verhalten haben in mehrern Feldzügen, wie auch in diesem überall, besonders bey Eckmühl u. s. w. Der Franzos gebiet ihm aber still zu seyn oder: Todt schießen lasse Sie.

Das Fest Maria Himmelfahrt (15. August), die Tyroller hilten sich still, kein Schuß fält von ihrer seit.

Nun habe ich zeit zum nachdenken des vergangnen Tag vorher, es wollt mich etwas reüen, und dieß solt ich nicht sagen.

Als wir gestern im Karree standen voll Blut, wan es schon kein eigenes Blut war von Manchen, so sind sehr vile blutig von Kamerathen, die man blutig hinwegschaffen muste aus Liebe und Freintschaft. Ich selbst habe blutiges Gewehr in der Hand, da kurz zuvor H. Luitnant Eder einen Tyroler erstochen hat, der aus Gorasch zu weit vorging. H. Luitnant Eder gab mir dasselbe, weil ich an meinem kurz vorher den Hahn verloren hab, und mit diesem wolte ich — aber keine Aussicht —, dann kommt mir widerum ein besserer gedanken und ließ den Spizbuben laufen. Später soll er gesagt haben, wenn es keine Bäiern gewesen wären, wer ich selbst nicht mehr aus dem Tyroll gekom-

men. Noch hies es, das er in Wien beym Haubtquartier in Brison kommen sein soll, ich glaubs aber nicht."

Im „Goldenen Auszug" schildert Deifel seine Stimmung bei jenem Vorgang noch etwas drastischer.

„Nun gut, unser Herr Oberstluitnant redet auch ein Wort, indem er sagt, daß wir uns wohlgehalten haben, nicht allein hir in Tirol, sondern in mehrern Feldzügen — und jüngst in den Schlachten von Landshut, Abensberg, Eckmühl, Regensburg u. s. w. Er, der Marschall, donnerte ihm entgegen: Still sein Sie, Tod schießen lase Sie. Da wird mir gantz anders, mein junges Blut braußt in meinem Herzen und ging in den Kopf — und üble gedanken ergreifen mich durch Mark und Bein — aber keine Aussicht — dann komt es mir widerum beßer — — Wenn Ich konnte, was Ich wollte, würd mich heunt noch nicht reuen. — Das ist das, was mich intreßirt in dem Feldzug 1809, nicht nur intreßirt, sondern bitter schmerzte, weil ich die Knechtschaft erkenne im ganzen für jedermann, wie es auch die Wahrheit war." — — —

Obwohl die merkwürdige Episode in keiner andren Quelle erwähnt wird, dürfen wir der Erzählung ohne Zweifel Glauben schenken. Im wesentlichen wird sie bestätigt durch das Schreiben Lefebvre's an König Max Joseph vom 16. August 1809, worin als Ursache der abermaligen Räumung Tirols die Zaghaftigkeit der Bayern vorgeschützt wird. Als die vom König angeordnete Untersuchung die Grundlosigkeit der Anschuldigung ersehen ließ, nahm der Marschall selbst durch Schreiben vom 2. September seine Vorwürfe zurück.

Noch ein drittes Mal, im Oktober 1809, mußten die Bayern in Tirol einrücken, um die Unterwerfung der Aufständischen, die nach Abschluß des Friedens mit Oesterreich nur eine Frage der Zeit sein konnte, endlich durchzuführen. Mit dem Siege am Berge Isel (1. November) konnte denn auch im wesentlichen der Aufstand als bewältigt angesehen werden. Das Regiment Deifels kam diesmal nur bis ins Zillerthal. „Im Lager in Fügen waren im November 30—40 Mann in einem Hauß bey-

sammen, ohne Armentierung und Montirung. Schautervoll, ohne allen Muntur, verrissen und verbrand, keinen guten Schuh, Ungeziefer, einen Posten vor das Quartier, 4 Posten um den Ort. Herr Pfarrer von Straß hielt sich noch immer mit 700 Mann Schüzen in der Näh; als er nicht mehr aus konnte, ging er nach Oesterreich mit einer Weibsberson." „Tirol muß sich ergeben und büßen. Andre Hofer wurde von seinem Bruder (!) verrathen und zu Mantua in Italien todtgeschoßen; und so sehr vile andre aus den Höhern der Tiroller. Was bezweckt der ungehormsam? Üble folgen."

Auch nach Beendigung des Feldzugs blieb fast die gesamte bayerische Feldarmee in Tirol. Dem Bataillon Deifels wurde Quartier in Kirchbühel und Söll angewiesen; im März 1810 mußte es aber — zu Deifels Verdruß — den Dienst in der Festung Kufstein übernehmen.

„Nachdem unser Reserv-Battallion, das beynah der ganzen Zeit dort war, nach Landshut abgangen war, dort den Dienst einstweilen übernehmen müßte, muß unser Kompanie den Dienst in selber Festung übernehmen, weil wir am nächsten dort sind und noch etwas, weil der H. von Renner (Oberlieutenant) dort seine Liebschaft hat, sonst hätte es uns nicht zugestanden.

Der Dienst ist wider streng, wir müssen in den Gebürg die Regruten (Konskribisten) aufsuchen und herbeiholen. Gefahrvoll.

Dieses Monat (Abril) desgleichen, u. da kommen wir nicht selten in die abgelegensten Gebürgsschluchten oft um mitter Nacht, doch begegnet uns kein besondrer unfall. Tyroler haben alle Gorasch verloren. Die Tyroler sangen ein Liedl am Berg Isel

Der Herzog von Danzig,
Der war a so schwanzig,
Den Paorscht (Sant Wirth Andre Hofer) seine List
Hot a a net all gewist!"

Erst im Mai durfte das Regiment in die Heimat zurückkehren. Am 7. Mai wurde ihm in Landshut von der Bürgerschaft ein herzlicher Empfang bereitet. Im August (Deifel sagt irrtümlich

„Juli") erfolgte die Uebersiedlung des Regiments nach Nürnberg. Auch hier lebte es sich nicht viel anders, als in Feindesland, denn die Bürgerschaft der mediatisirten Reichsstadt schloß sich grollend von den Bayern ab.

Und schon nach Jahresfrist wurden Gerüchte laut, daß zwischen den beiden Kaisern, die sich noch vor kurzem ewige Freundschaft geschworen hatten, ernster Streit ausgebrochen sei, daß es zu einem Völkerkrieg kommen werde, wie ihn Europa bis dahin noch nicht gesehen hatte. Nicht umsonst, meint Deifel, wurde im September 1811 ein fürchterlicher Komet sichtbar, der „nur von denen Frevlern der Tobackstern genannt wurde, weil der Toback theurer wurde." Im Winter verschärfte sich der Zwiespalt; noch vor Frühlingsanfang zog die „große Armee" gegen Rußland.

Am 11. März marschierte das Nürnberger Regiment nach Sachsen ab. „Hier Quartiere gut, Naboleon bezahlt 18 Kreuzer, der König von Sachsen bezahlt 18 Kreuzer darauf." Im April kamen die Bayern nach Polen. „Hier in dem Bollen muß der Soldat selbst fassen. Was ist das, wenn man oft spät in der Nacht ankommt. O bollnisches Elend!"

Längere Zeit wurde um Posen kantoniert. „Proviant wird gefaßt ein ½ ℔ Fleisch, 1½ ℔ Brod, Erbens oder Grize, etwas wenig Schnabs, die harte Bank zur Liegerstatt oder sehr schlechtes Stroh. Frühstück eine Kartoffelsupe, aber diese muß mit Gewalt errungen werden, so, am Abend Kartoffel oder Klusky, eine miserable Mehlsuppe. Traurige Lage in Bolln. Begehrt, was immer, so heißt es: Nie man, nur beym Wasser heißt es: Sarres Banne! (Gleich, mein Herr!) O schönes Land Bollen, du bist weit zurück!"

„Naboleon hielt Herschau in denselben Tagen über alle Truppen des Reihnischen Bundes. Stolz und siegesgewiß ist alles von unten bis oben durch die Bank."

Von Polen ging es nach Ostpreußen. „Die Preißen sehen uns mit sehr schelen Augen an. Doch sind die Quartier nicht so schlecht, wie in Bolln."

Nachdem Napoleon in Gumbinnen am 20. Juni das russische Ultimatum abgelehnt hatte, erfolgte der Einmarsch in Rußland. Damit begannen schon jene Anstrengungen und Leiden, die in der Kriegsgeschichte kaum ihres gleichen haben. „Am Anfang war es sehr heiß, dan Regenwetter, schlechter Weg, die Noth hat seinen Anfang, die große Noth!“

„Den ganzen Monat sind wir am Marsch, Volock (Polozk) zu; die Armee schwindet sehr stark, besonders die Pferd, und wir sahen noch keinen Feind.

Alles war entführt, was Proviant und Forage betrifft. Schlechter Weg, schlechte anstalt, und niemand war zu sehen.

Wenn wir unsere blutigen 5 Kreizer empfangen hätten, dan hätten wir Juden genug gesehen, jede Korporalschaft hätte einen Lieferanten bekommen, aber kein Geld — kein Brod! — Alles sey es so, denn das andere Jahr darnach, als ich in die Gefangenschaft dort hinkam, hatten wir nur 3 kr. neben unser Brotbortion: O! wie vill Juden laufen uns nach, der Geldgier wegen, denn es ist alles sehr wohlfeil. Wo wir voriges Jahr das verschimmelte Kommißlaibl um 2 fl. 24 kr. gekauft haben, kost heuer 6 Pfenning.

Was könnte man noch alles sagen von der übereilten Kriegs Gier. Eh wir nach Volock hinkommen, hat einmal der Mann ein Kommißlaibl Brod gefaßt. Unser Herr Oberst Habermann giebt Befehl, daß jeder Mann sein Laibl Brod in 8 Tagen vorzeigen muß bei 25 Brigel — die selbesmahl sehr wohlfeil waren — aber wer wird Brod tragen und Hunger sterben? — 8 Tage darnach kam die übersicht, wer sein Brod noch hat, und es kommt wirklich zum Brigeln. Da es aber jeder Soldat zu erwarten häte, und dann die Soldaten anfangen refinniren (raisonieren), ritt er davon. Als es zur Schlacht kam bei Volock, ist er trenniert (?) und sein Adjutand aus Forcht. Ist das schon alles aus.“

Am 17. August (bei Deifel irrtümlich 16. August) bekamen die Baiern bei Polozk zum Erstenmal „russisches Pulver zu riechen.“ Die Schlacht endete am folgenden Tage mit glänzen-

dem Siege, doch fiel „Vater Deroy“ bei dem Sturme auf die russischen Verhaue bei Prismenitza. Nach dem Sieg bei Polozk „sprach Kaiser Naboleon I. seine letzten Propheten-Worte, indem er sagte zu seinen Franzosen: Auf, rief er, da er zuvor Lob und Dankesworte ihnen zugerufen hatte, Sterne der Ehrenlegion ertheilt, auch unser Regement erhielt 10, worunter ein gefreiter, über diesen sie nicht hinüberkonnten, schon villmall ausgezeichnet, und hier bei Volock nahm er es mit einem Russischen Regement allein auf, das Russische Regement über der Düna feierte auf ihm, und er herüber allein auf die Russen. Naboleon brach auf mit seinen Franzosen, indem er sagte: Seit 4 Wochen sind wir in Moßkau, ein richtiger Prophet, den 17. September hilt er seinen einzug in selber Stadt.

Aber von nun an waren seine Prophetenworte alle umsonst, er sprach noch sehr ville, aber es traf nichts mehr zu, wie hier und schon früher Zeiten.“

Es folgten die schweren Tage des Hangens und Bangens der isolirten bayerischen Divisionen bei Polozk, „diesem bairischen Todespfuhl“, bis zum November 1812. Mangel an Lebensmitteln und mörderische Seuchen heischten weit mehr Opfer, als die Lanzen und Säbel der Kosacken. „Die Armee, die königlich baierische, schmolz zusammen, wie die Mücken; anfangs Mangel an Broviant, weil eben zur selben Zeit schlechte Witterung vorfällt, und kein Vorspann, unsere Pferd waren die meisten krepirt, und die Bauern sind mit ihren nicht anwesend — — Es war hier sehr traurig, ville Kammeraden starben im Lager, und vile wurden zurückgeschickt zu Fuß, mit einem Kommiß Laibel auf seinem Tornister — wer wird wissen, wo sie gestorben sind — ist das nicht sehr traurig? —

Was die einzige Freude war, das alles gut bey der Großen Armee vorwehrts geht, da hört man immer von Avangiren, und gewinnen von Schlachten und Zernichten. Heilig wird der große Mann angebeten, — von seinen Gönnern.

Doch stille und unmuthiger wird es immer und die k. b. und andere Armeen verschwinden immer mehr auf verschiedene

Art, — Krankheit, die die Noth herbey zieht; Kälte, kommt schon herbei ende Oktober — anfangs November. Muntur seynd verrissen und verbrand und so schmolz die k. b. Armee auf ein Häuflein von einige Tausend herab, obwohl schon eine Ergänzung per 50 Mann zu einem Regiment kamm — doch werden die Regimenter kaum mehr 400 Mann stark gewessen sein bis zum Returat.

Verzweiflung war zu lesen auf allen Gesichtern bey Höhern und Niedern. Trost wird oft beygebracht, das wir bald zurück kommen, oder in die Winter Quartier. Auch Muntur wurde verheißen, und wirklich kommen aus Baiern 6 Wägen große und vile andre Vorgespann von Küsten. Es sollen 40000 Stück von aller Gattung Muntur, von der Schuhsolln bis zum Chmiß (Mantel), nur kein Tornister und kein Quaget (Kastget). O Großes unglück, in allen, in allen ist der Stern des unglücks aufgegangen — und der Stern des Glücks unter. Bey Grodno ist die Karrawana stehn geblieben vor unwetter und an Mangel der Vorspann. Nicht einen Fleck bekam ein k. b. Soldat. Ich war auf Detaschement kommandirt und komme zurück mit Brod und Bagage Wägen und andern Armee=Requisiten und zugleich sollen wir die Muntur Wägen in Schuz nehmen, die gegen uns ankommen — aber alles schlug fehl; der Herr Ofizier starb — ein Unter=Ofizier wurde krank und der Andre verkam, Niemand weiß wohin, bis heünt noch nicht.

Unglück von forn und hint, für alle in allem. Der Rückzug nahm seinen Anfang laut, — denn noch immer war er verheimligt — und noch kommt die rechte farbe auf den Tisch nicht — vile Politische Umschweife gehen noch immer voran. Wir kommen nach Willna ohne Ofizier u. Unterofizier, 50 Mann war uns kommantirt, aber kaum 30 Mann kammen bis hierher nach Willna, wo wir unsere Requisiten abgeben sollen, und wider andere Befähle erhalten zu haben entweder vorwerts oder villmehr rückwerts, der Muntur entgegen — wie es der ganze Vorgang seyn sollte.

Aber hier in Willna ging es politisch her, wir wurden bey der Militär Behörte nicht wahrhaft authentisch angehört, wir be=

kommen keine Befähle, weder Vorwehrts, noch Rückwerts. Ein Gemurmel und Getummel ging schleichend durch die Juden und Bürger in der Stadt. Die französischen Gardisten tragen aber ihre Häupter noch ganz hoh. Den andern Tag Abends wurde der Tumult und Bewegung immer lauter. Nun aber weiß der Gouvernier, der Herzog von Baßanno, etwas bolitisch vorzuhöben; er schickte nämlich einen Jungen Bollen als Frauenzimmer vorwerts gegen der großen Armee; dieser komt aber bald wider zurück: alles steht gut! — die Kasaken waren nur ein zusammen gerottetes Bauerngesindl — und die Donau Armee, 40000 Tausend Mann, liegen schon im Plan Nabolions, der sich in der besten Laune an der Beresina befindet. Nun alles ruhig. — Abends großer Ball, — wehrend die Komißari zum Rükzug anschicken sollen im stillen. — Diese Bolitik war die letzte in Willna von Herzog Basanno, und diese Bolitik erstückt am Ball in derselben Nacht.

Den andern Tag sah man schon Elende vorankommen, ohne Gewehr, ohne erkennen, ob Baier oder Franzoß, oder Rußischer Bauer oder Jüdischer Rabiner, kein Ansehen der Charges (Scharsche). Man hörte kanonieren, immer näher, — es wurde zur Gegenwehr kommandirt; Alles was in der Stadt war, wurde entgegen komantirt. Neabelitanische Chavallerie, französische Gardisten, die Garde der Vize Königin aus Italien, das schönste Regiment, das einst die Erde trug, — und die hier anwesend waren von der Reihnischen Bundes-Armee. Aber mit Handschuh kann man ja nicht schisen, und ohne dieselben sind die finger am Tupfer gefrohren. Schaurlich ging es zu, denn die Rußen wissen es sehr wohl, das hier in Willna alle Schäz aufgehäuft sind von Geld und Muntur, Broviant und Alles, darum spannen sie hier alle ihre Kraft an, um eine große Beute zu machen, wie es auch wirklich so wurde.

Alles wurde Todall geschlagen auf das Elendeste, die wenigsten entkommen, und welche entkommen, haben noch nichts bessers zu erwarten, die Kasaken und die große Kälte sind immer hinter drein.

Der Feind dringt in die Stadt, über Tausende von Toden. In der Stadt war der Wirwar so schröcklich, als vor derselben; die Geld Wägen konnten nicht fortgebracht werden, dann wurden sie aufgeschlagen — und die Gardisten der Franzosen und Italiäner wollten mehr Recht dazu haben, weil sie die Wächter davon waren. Aber der Gewalt hat kein Recht. Juden, Soldaten von verschiedenen Nationen des Reihnischen Bundes, Bauern, die Kasaken vorstellen, u. dergl. raufen und würgen um Tod und Leben des Geldes wegen. Es war eine gräuliche Ansicht; Mir schautert — und gedenke nicht um Geld zu arbeiten, sondern es war um mein Leben, der Tod war uns allen vorbereit.

Das kleine Häuflein, etwa 2000 Mann k. b. Soldaten, die noch etwa Gewehr hatten, und dieser entledigen sich noch die allermeisten vor Elend und Schmerzen der erfrohrnen Glieder wegen, ging, jeder durch den Geist und von demselben angetriben, da es rückwärts den lieben Vaterland zugeht. Alles zieht sich Kowno zu, wer nur ein wenig krüchen kann, vor Elend und Mattigkeit — man kann sehen nichts als Elend, — niemand kann den Elenden, Hülferufenden helfen, jeder were der Hülfe bedürftig, — vor Hunger und Kälte — wer kann da helfen? Geht einer in eine Kalube, und wolte sich wärmen oder doch seinen Kamerathen zu lieb ein Feuer schüren, so fand man dort erloschene Soldaten bey erloschenem Feuer u. so mehr solche Schröckens Scenen. Das Elend kann sich Niemand vorstellen, welches einen jeden traf, denn der Weg war einmal zu lang, und die Genießschaft zu wenig; der Weg von Bolock bis an die Memel 180 Stunden, und von Moskau bis Memel 350. — Ohne bestimmte Broviant und Fourage u. s. w. gings dahin, das uns nur der Geist nach den lieben Vaterland antrieb, der nur noch ein wenig kann. Nach diesem allen war unser einer eben so kraftlos vor Hunger und Kälte und den langen schlaflosen Nächten. Als eines Tages Nachmittags die liebe Sonne uns etwas worm ins Gesicht schien und daselbe ganz vermummt war, das nur die Augen ein klein wenig Licht hatten, so weiß ich nicht, wie mir geschah, — war ich in Vision, oder in einen

Schlaf versunken; als ich wider zu mir komme oder erwache, da sah ich Niemanden mehr vor mir hingehen, denn die Straß war immer voll Retturirten des Reihnischen Bundes, die rük-wärts in den Städten kantonirren, und auch elende Hünkente, die immer voran gingen, reiten und fahren, in dem Elendesten Zu-stande, bisweillen sah man erstarrte Pferde, in den Wagen einen erstarrten Soldaten und solche Gräuel mehr.

Nachdem ich einmal erwacht bin, sah ich Niemand mehr vor mir hingehen — ich drehe mich um, seh zuruck, und zwei Kamerathen von der Kompagnie waren hinter mir. — Ich sage: Kamerathen, wir sind vom rechten Weg abkommen. — „Geh zu, Daifel, geh zu, hin samma su a!“ Es war Brobst (der schönst Mann von der Kompagnie), ein Bamberger, aus Gold-Kronach. Guter Trost: hin samm ma su a! Der ander hieß Merz, ein Obereichstädter. Die Dezember Sonne hat sich geneigt und der volle Mond mit Millionen Sternen leichten schon hernieder. Wir kommen in einen Wald und einer zum andern sagt kein Wort, es scheint, als der Tod hält seine kalte Hand schon über uns; mir waren immer die Worte des Probsts in Sinn: hin samma su an, hin samma su a! Der Wald war ziemlich lang, wir gehen immer links Galizien zu, anstatt Rechts, Preisen zu. Alls nimt ein end, als die Ewigkeit nicht. Als der Wald zu ende geht, war eine großes gefilt vor uns, es war einerseits links ein sehr großer, See, der Weg geht mütten darauff, die Wölfe heulen, und kein Hauß und kein Ort war zu sehen. Als der See ein ende hat, sah ich mehr links ein Licht. Kamerathen, Licht, war mein Wort, — kein Wort mehr! Mit der letzten Kraftanstrengung gingen wir auf das Licht zu, es war ein kleines, weißes Einöd-Häußl, die Thür war zu, aber nicht verschloßen, wir gingen in das selbe. Zwei sehr junge Leuthe sind mit Oblaten-Backen beschäftigt [— das Fest der Un-befleckten Jungfrau Maria ist in der Nächsten Zeit —]. Sie erschraken an uns sehr häftig, weil wir von ungefähr ganz Ver-mumbt daher kommen. Wir Entarmentiren uns sogleich und gäben ihnen zu verstehen, das wir sehr hungrig sind; — braugst

aber nicht vill sagen, denn sie konnten es uns so ansehen. Es wurde Anstalt getrofen, das wir sehr bald eine Mehlsupe, die sie Klußki nannten, bekamen und Kartofeln (bulwes). Dann sagten wir, oder gaben ihnen vilemehr zu verstehen, ob nicht Wutki (Brandwein) zu haben sey, da hat es aber schwer gehalten, obgleich wir das Geld (Biunße) dazu hergaben, denn keins wollte von dem andern hinweg gehen, — doch nahm das Weib eine Flasche und ging und bringt eine Maß Schnabs, das bey ihnen ein Quart hieß, und nach unsern Geld etwa 5 kr., nicht so viel Kostet. Nachdem ein jeder einen Schluk nahm, lägen wir uns unbekümmert zur Ruh auf ein Strohlager und schliefen gemüthlich bis 4 Uhr Morgens.

Es wird Tag und kommen zeitlich auff ein Kloster, und dieß war sehr großartig; die Kirche war auf einer anhöhe, der Bauhof an der ebene, ein gleichniß wie Mallersdorf. Dort angekommen, schreien uns zum Fenster heraus Kamerathen zu zum einkehren; wir gehen hinein, es waren ihrer 15—20 Mann dort von mehrern Regementern, und alles war besezt von Broviant, Fleisch aller art, Woki und Klewo (Mißa, Brandwein, Brod). Wir sahen aber da nicht ein einzigen einheimischen Menschen; wir sehen aüßerlich an der Kirche, daß es eine Katholische sei, ob Herren oder Frauen, das wird uns nicht bekant. Wir asen und tranken etwas und gingen allmitsamm ab der Memmel zu, indem wir auch unsre Taschen und Flaschen angefühlt haben. Nach einigen Tagen kammen wir an einen Abend an einen großen Ort, da fragten wir bey dem ersten Hauß: (Stodam dy Gorad) wie heißt die Stadt. Antwort: Merwig (Doba) gut. Daleka na Mimmen (wie weit nach der Memmel). Sie ists. Nun gut, wir eilten durch die Stadt der Memmel zu, die ein bar Büchsen=Schuß entfernt war. Denn wir glaubten fest, wenn wir die Memmel hinter uns haben, die dort die Gränze war damals, so sind wir gesichert vor aller gefahr.

Aber leider Gott! da wir an das Waßer hin kommen war es nicht zugefrohren, das Treibeis rauscht noch in der Mitte des Stroms fürchterlich. Also Auhweh! was sey zu thun! Nach Slowno sind 28 Stunden Strom abwerts, wo eine Brücke war,

und bis wir hinkommen, so kann uns der Baß abgeschnitten seyn: jetzt ist guter Rath theuer. In der Nähe des Ufers war eine Hütte, auf diese gehen wir zu, und hinein. Es war aber Niemand darinn, als drey Kinder, der ältere 9—10 Jahre alt, wir fragten auf Rußisch und Polisch, wo Vater u. Mutter war, aber die Antwort war immer Niesney (nicht verstehen). Wir entarmentiren uns und bleiben, — machen Feuer und Wärmten uns und unser Fleisch, das wir noch hatten von dem Kloster, es war aber wie Stein gefroren, auch der Schnaps so. — Sehr spätt kam der (Hoßbodarsch) Haußwirth mit einem sehr großen Rausch. Er hatte Betauern über uns, kann uns aber nichts geben, denn die größte Noth war in und um das Hauß; er wollte uns aber noch bey der Nacht an die Magazin anweißen, damit wir unser Brotbortionen faßen konnten; wir wollten aber in derselben Nacht keine unruhe machen. Auch gab er uns zu verstehen, das es sehr stark wümmelte in der Stadt, das alles in dem Rückzug sey — das alles sollte immer stillschwaigend vorübergehen bis zum Letzten — jetzt sind sie da. Kein Schlaf, kein Liegerstatt, kein Ruh vor dem Schwabgeziefer (Schwaben, Prusaten werdens dort genant, Preisen). Nach der Memmel wird auch öfters gesehen, aber es rauscht das Treib Eis noch immer in der mitte durch. Des Tages hindurch ist zum Studieren gut, Proviant faßen wir aus der Magazin, die Erbsen aßen die drey Kinder, kein Lefel war in der Kalup, genueg von dieser Hütte. Der Hoßbodarsch war vor Tages anbruch Staub aus. Spätt Abends komt er und sein Weib, eins den Rausch größer als das andre, rauffen und zanken so lang bis einschlieffen, — o! Schicksall des Elendes in der Russischen Welt! Diese Nacht wird uns eine Ewigkeit. Doch Alles hat sein ende. Sehr früh kommt ein französischer Kürraßier, schrie immer dem Haußwirt und sein Weib; Nikolas Stawey, Katharina Stawey (steh auf). Endlich kommt er samt seinem Pferd zu uns in die Stube herein, — wenn man es eine solche nenen darf, — der Haußwirt war ein Huffschmidt, neben der Hütte stand noch eine kleinere, und dieß war die Werkstätte, das wir noch nicht wißen; der Haußwirt

muste seinen Gaul beschlagen — Er war schon länger Zeit hier in der Stadt Merwiz, villeicht auf Ortenanz blos.

Nun wird das kommen, was mich in diesem Feldzug so häftig intereßiert und so viel davor und darnach schreibe, es hätte manches schon vil zu schreiben in sich gehabt, aber gerade das, wie das 1809 am Berg Isel und 1815 bey Fontenblau. Der Küraßier ist ein Meinzer, wie er selbst sagt. Er wendet sich zu uns und sagte: das sind ja Baiern? Wo kombt den ihr her? Wir sagten ihm ganz kurz unser verhältniß. Nun sagte er zu unsrer grösten Freude, daß das Waßer jezt zugefroren sey, und das er sein Pferd verrichten läßt, und dann gehen wir miteinander ab. Und dann sagt er: Was macht den ihr da in dem Loch, geht doch in mein Quartier hinauf, das gleich das erste Hauß daoben ist, wo es doch viel bequemer sey, als da in der Schmuz Hütte. Wir packen zusammen und gehen hin. Es war ein gemauertes Juden Hauß, wo die Haußthür auch zugleich die Stubenthür war, wie das in allen Juden Häusern in den Nordischen gegenden, wie in den allgemeinen Häusern in Frankreich und Italien. Der Schmit aber hätte keine Kohlen, wenn wir nicht schon Feuer hätten gemacht vorhin, das es Kohlen gab. — In dem Juden Hauß angelangt, backen wir ab, entarmetiren uns, schüren Feuer auf und sezen Fleisch zu. Im Hauß selbst aber war Niemand zu sehen; über eine zeit kommt der Küraßier, das Fleisch kocht, es wird grau vom Tag. Alsdann schleicht ein Mann zur Thür ganz furchtsam herein. Ich blike in schel an, denn ich sah, das er ein Franzose sey, und diese waren nie die meinen. Er, der Mann, stellte sich neben mir zu meiner Rechten, des Kamerathen Brobst zur Linken, der Merz neben mir; und der Küraßier stand hinter mir. Der fremde, unbekante mir noch immer, machte seinen fiolet farben Rock auf, und faßte Wärme. — Wir drey Baiern aber haben auf ihn nicht acht, sondern sehen nur immer auf unser Feuer nebst dem Kochenden Fleisch. Nach verlauf von 5—6 Minuten ging der Franzmann wider ab. Er hat aber die Thür noch nicht hinter sich zugeschloßen, so fing der Küraßier an zu schreien: Bruder! Bru=

der! der Nabolion! der Nabolion war er, der da stand! — Ich aber schrie noch häftiger: Ich Pfeif dir auf deinen Naboleon, mach, das wir weitter kommen, das er leicht hören konnte, der große Naboleon, denn ich eröfne die Thür, um nachzusehen, ob er es denn wirklich war. — Ja, ich hatte ihm Rückwerts gekant an seinem kleinen Bürger Hut. 20—30 Schritt steht ein gemeiner Schlitten, mit zwey gemeinen Pferden bespant, und einer saß darauf und wartet. Wir nahmen geschwind unser Fleisch herauß, und auf, dem Naboleon nach, der aber schon einen guten Sprung vorgeeilt war, und ihn nicht mehr sahen. Bis wir jenseits auf die Anhöh kommen, sahen wir schon die Kasaken in die Stadt herein reiten. Eine kleine halbe Stunde, der Naboleon konnt gefangen sein. — Ob der Küraßier nach kam, weiß ich nicht, den sein Pferd wird wohl noch nicht gesattelt gewesen sein.

Man kan es nehmen, wie man will, — von Porißow an der Barasina (Poraßina), wo alles und alles verloren ging, kommt er selbe Nacht nach Merwig sehr früh Morgens, schad, das ich den Datum nicht weiß. (So vill, es war der 2. Sonntag im Avent.) [Späterer Eintrag]. Ich war ein k. b. Soldat mit aller Rüstung, und der Mann ein armer Korsikaner, verlaßen, alles verlaßen."

Gegen Ende des verhängnißvollen Jahres sammelten sich die Bayern, „Armentierende und Unarmentierende", in Plozk an der Weichsel.

„Bis her auf der Returat von Bolozk weiß ich nicht, wie ich in der Zeit war. Kurz vorher sagt ein baierischer Chevaurlegers: Kamerath, heunte haben wir den Heiligen Tag. Ich sage entgegen: Kanns nicht glauben, denn ich habe einen Mann Holz spalten gsehen, wie wir zum Ort herein sind. Nun er läßt es auch wider gut sein, nahe kann es dabey geweßen sein.

Als wir in Kelbowo ein baar Tag waren in Quartier, komm ich und mein lieber Probst zusamm in ein Quatier zu einen Teutschen Pächter auf einen Bauernhof. Die Deutschen sind dort noch ärmer als die Pollacken. Wir lagern auf Stroh und das sind wir gewohnt, aber die Kälte in den Wohnungen, wo

die faulen Leuthe den Holzmangel haben, ach, was habe ich Frost gelitten, die zwey vollständigen Winter in Bolln und Rußland. Als wir beide da auf unserm Stroh in der eiskalten Stuben zitternt, schnatternt lagen, das wahrlich kein Schlaf ins Auge kam, so fingen draußen deutsche Musiker zu spilen an. „Ey was, Kamerath, was ist das?“ „Bruder, ich weiß nicht, waß es da gebe!“ Nun besinne ich mich und sage mit Thränen im Auge: „Bruder, lieber Kamerath, ich wünsche dir ein glücklichs Neues Jahr — das es uns dieses Jahr besser geht, als im vergangenen!“ „Ey ja, lieber Bruder“, sprach er in halbem Tone, „ich danke dir, o! das doch unsere Wünsche wahr möchten werden.“

Der Haußwirt steht auf, rief die Musiker herein und bewiehrtete sie mit Schnabbs und Kartofeln, sie waren lauter Schwaben, der Haußwirt aber ein Meckelburger.

Wir stehn auch auf und nehmen antheil an diesem Schmaus und ihrem Geplaper zuhorchent bis zum Tagwerden.

Nun, wir beim Liegen nehmen das vergangene Jahr in Anspruch, erinnern uns an das vergangene traurige Schicksall, wie auch an unser lieben Kamerathen, die in sehr kurzer Zeit dahin geschieden sind als Martierer.

„Bruder!“ sagt Probst, „warum denn Naboleon, der schlaue Mann, in das öde, kalte Rußland mit seiner so stolzen Prachtarmee gezogen ist?“

„Jeh Bruder! sieh, er hat fast alle Europäischen Mächte unter sich gebracht, nur England will es nicht recht glaubn, und da steht ihm Rußland entzwischen, so wie er glaubte, und was noch, er hatte den Bollen schon längst einen König versprochen, und das in Namen eines abkömmling der bollischen Nation aus dem Königlichen Geschlecht, Namens Ponatofki Joseph, — und da für ihn, den Naboleon, ein abhängiges Reich zu stiften. Das konte er nicht eher, bis er Rußland unterjocht hat, da müßt Rußland seine bollischen Provinzen abtreten und noch mehr dazu, damit er seinen Schwigervater, den Kaiser Franz von Oesterreich entschädigen könnte für sein Gallizien. Sieh an, der König von Preißen hat sein Bolln schon abgeben müeßen bey dem Tilsiter

Friedenschluß 1807, sieh, das ist jetzt das Herzogthum Warschau, wo wir jetzt gegenwärtig sind. Nun würde er, Naboleon, von dem Königreich Polln ein Kotigend entnehmen von mehr als 300,000 Mann der besten Soldaten. Sieh, die Polln! Sie gehen ja alle aus ihren Vaterland, dem Naboleon nach!"

„Ganz recht, Bruder."

Nun sagt mein Probst: „Lieber Bruder! wie wird es denn gehen? meinst du, es wird Frid, das wir nach Hause kommen, oder was wird es wohl werden?" Ich rede unverständig, ich glaubte, auf diesen so großen Ruin müste alles satt sein, ganz Europa oder der gesamte Reihnische Bund. Und sage darauf, es geht zum Friden, und wen es auch nicht zum Frieden komt, so geht Frankreich unter.

Ich denke mir was, als mich meine Kamerathen zu der Kirche hin rieffen, und sage: „Bruder, weist du nicht mehr, wie selbe Stat heißt, wo einige Kamerathen mich zu einer Kirche hin riefen und dort den Naboleon mir zeigten, der neben den Hochaltar vorn stand, seine Statue?"

Probst will sich nicht mehr erinnern können. Ich: „In derselben Juden Nest, wo ich vil und schwere Excesse hatte wegen der vertheilung der Brodbortionen, wo die Soldaten nicht den 4. Theil bekommen haten, wie ich dann ankam und alles niederhaue, die Schnaps Boiillen wie withend mit meinen Sebel und dan den ganzen Reihnischen Bund schümpfte, als mich der Lieutnantt Müller drohte mit 25 Brigeln, wan wir zum Regement kommen, weil ich mich nicht beschwert habe bey der Kommandantschaft. Lieber Bruder! Damalls hätte ich mich auf dich verlaßen, denn du hast es gehalten, das ich recht habe, — aber — was du weist, das Recht hält Recht, — alles hat seinen guten ausgang, — der Leutenant starb den andern Tag schon, — Korporal Müller, wo wird der zu kommen sein? wünschen wir ihm alles gute, dem Elenden Kerl. (Den guten Korporal Herlein sah ich später sterben.) Sieh, Bruder, dort war es, wo ich sah, und was denk: Recht kommt zu Recht!"

Probst. „Ja, ja, Bruder! es ist wahr, du hast das Recht erhalten."

Ich. „Glaub mir, ich werd es weiter erhalten.“

Ich. „Ja, lieber Bruder! Alles hängt in der Luft. Alle erschaffenen Körber, Sonn und Mond und alle Sterne, auch unsere Erde, und alle Pläne der Menschen, und alles hat seinen Führer, den allmächtigen Gott, über den kein Sterblicher hinübersehen soll. Waß sagst du, Lieber?“

Probst. „Du hast Recht.“

Probst. „Warum hat uns den der liebe Gott doch alles Nöthige so vil entzogen, da er doch einst sagt, mich bedauert das Volk, und er speiset sie ungebetten mit so wenigen Broden?“

Ich. „Sieh, lieber Bruder? Daßselbe Volk folget den lieben Jesus nach, und höret seine liebreichen heiligen Worte.

Die Reihnische Bundesarmee — wie wenige — und wie vil sehen über den lieben Gott hinüber! Betrachte den Stolz, den Siegeslerm nach aller Gewißheit — und das Lied (Wir wünschen den Russen ein glückliches Jahr).

An uns muß es ausgehen, weill der Mund gar so weit auffgerißen wurde, und so schon vor alters zeiten her, und jetzt und in der zeit, wir werden es sehen, wan es nicht zum Friden kommt, so geht Frankreich und der Rheinische Bund unter.“

„Denselben Tag wurden wir umquartirt und kommen beide und noch einer zu einem Müller (Wassermühl). Der Hoßpodarsch, ein wahrer Bollack, ein entsezlich großer Mann, sehr gut gastfreindlich und spricht sehr gut deutsch, die Hoßbodine eine geborne Deutsche (Gastfreindlichkeit ist sehr selten bey die Bollacken).

Nun, wir kommen da wider auf unser gespräch, und ich behaupte das wie vorher, wo nicht Frid, so der untergang.

Der Müller mischte sich in das Gespräch und macht uns ein Langes und Breites vor von der Bollnischen angelegenheit, was Bolln alles thut und thun kann, er läßt uns gar nicht mehr zur sprache kommen. Ich behaupte meine Sache.“ —

Nachdem bekannt geworden war, daß Preußen sich auf Seite Rußlands geschlagen habe, wurde dem durch Heranziehung von Reserven ergänzten bayerischen Korps die Behauptung von

Thorn übertragen. Ueber die Unhaltbarkeit des Platzes konnte sich Niemand täuschen; es lag offenbar arglistige Berechnung zu Grunde, daß gerade den Bayern, die den Franzosen nicht mehr als zuverlässige Bundesgenossen galten, eine Aufgabe zugeteilt wurde, die kaum zu lösen und unter allen Umständen mit schweren Opfern verbunden war. Auch der Soldat erkannte die freundlichen Absichten des Marschalls Davoust. „Thorn war seit 1807 geschleift und nur in diesem Sommer 1812 wird wieder rebarirt daran etwas wenig. Nur mit Broviant war sie stark versehen. Das Pökelfleisch war schon seit dem Feldzug 1806 und 7 eingebökelt. So aller Vorrath an Allem, Schnabs Mehl rc., nur kein Stroh und Holz. Auf hartem Boden müßen wir ligen, Häuser abbrechen um die Stadt herum, daß wir unser Fleisch sieden können.

Die Arbeit war Mist und Vaschinen auf die Magazin tragen, Palysaten eingraben, die schönen Obstbäume abhauen um die Stadt herum in den schönen Gärten, und dann die nah an der Stadtmauer ligenden Häuser einreißen, dann die fernen und andern Ortschaften wegbrennen — — der Krieg! —

Kälte, Strabazen, schlechte Lagerstatt und Kost, das ewige Bökelfleisch ergriff die jungen Soldaten und schlepete sie Wagen voll in die Grube."

„Hier in Thorn sind die Franzosen erkennbar, wie lieb sie uns Deutsche haben, besonders seit daß Preisen abgangen sey, (Sie sind Eufersüchtig). Wenn sie uns alle auf einmal zu grund richten hätten können, würden sie es zu ihrer Freude gethan haben, denn alles was zu unserm untergang war, thaten sie uns an, aber wir dumm gutmüthige, dienstfertige Baiern verstehen es nicht anders, oder der Geist, der uns verblendet, laßt es uns nicht verstehn.

In sehr kurzer Zeit wurden wir der Russen und Kasaken ansichtig und bald darauf belagert von 23000 Mann Russen und Preisen. Ausfälle wurden nur anfangs gemacht, denn unsere Macht war zu schwach, 8400 Mann, davon alle Tage 2000 Mann auf Arbeit, dann die Wachen, Pikets, Patrullen, — dann

unsre Brodbortion faßen, Quartier=Reinigen ꝛc. (Traf oft die ganze Woche nicht eine Nacht zur Ruhe). Franzosen sind sonst keine da als 200 Mann Artileristen, 100 Mann Bollen, auch Artileristen, 25 Mann Italische Chaßör. So richtet man uns Baiern hinweg auf einen bolitischen Weg, so das zuletzt 100 Mann den Dienst auch versehen mußten, da der Feind öfters mit Sturm, und zuletzt die Schwere Preße 8 Tag lang unausgesetzt dran war. Als die Festung mit der Garnison den 18. Abril selbes Jahr kabituliert hatte, und die Rusen und Preisen ihren einzug hielten und vor uns vorbeyzogen, so sagen alle Höhern Ofiziere: „Baiern, Ihr habt eüre Schuldigkeit auf das Äuserste gethan“.

„Nur der es gehört hat, kann es sagen, über 4000 Mann haben es nicht mehr gehört, — denn sie ruhen schon in dem kühlen Schoß der Erde. Sollen wir uns so was nicht merken und aufschreiben für die nachkomenschaft — wie gut es die Ausländer mit uns Deutschen meinen und allezeit es gemeint haben!“

Am 20. April wurde die Festung übergeben, die Besatzung zog mit klingendem Spiel ab, doch Deifel, der bei einem Ausfallsgefecht verwundet worden war, mußte mit 600 anderen Kranken und Blessierten im Spital bleiben.

„Wie es mir gegangen war, das weiß nur ich und jene, die noch dort waren, unter den Französischen Doktoren und Bolnischen Wärthern. Vile sind noch gestorben oder — umgebracht worden. Beynah das ganze Monat muste ich in Krüken einhergehen, keine Kraft kommt nicht in meine ermatten Glieder, denn wir bekommen nur Thee und Brod, Mittag ein Loth Fleisch mit Sube, das übrige äugnen ihnen die Franzosen und Bolln zu. Die Deutschen sind verhaßt. Die Eifersucht.“

Am 1. Juni zogen 80 Reconvalescenten, darunter unser Deifel, nach Reichenbach in Schlesien, wo sich das preußisch=russische Hauptquartier befand. Der Marsch führte über Rosenberg, Landshut — „Ich denk' mir eine Stadt mit einem Hohen Thurm (Landshut in Niederbaiern mit dem Martinsturm), es ist nur ein kleines Städl“, — Brieg, Breslau — „Dort war alles

vom Schlachtgetümmel vernichtet und hie und da vom Hagelwetter verschlagen, und so werden wir oft mit harten Worten zurückgewisen, doch gibt es wider gute Selen, die wider Mittel gemacht haben." Am 27. kamen sie in Reichenbach an. „Wir wißen nicht, wem wir zugeheren oder was mit uns werden wird. Drei Tag sind wir im Lager dort auf einer Wiese und sorgt Niemand für uns. Trotzdem ertönt Freidengeschrei unserseits und heißt Juchhe, weil wir doch einmal aus dem elenden Volln heraus. Nicht Juchhe vor der Zeit!"

„Am 29. Juni Morgens früh neun Uhr kommen 80 Mann Kosacken und 50 Mann Teutschinker mit einige gefangene Franzosen, Italiener, Oesterreicher, Sachsen, Hessen und 24 Mann königl. Baiern. Dann werden wir umrungen und von die Herrn Offizier die Degen abgefotert; sie wollen es aber nicht abgeben, besonders der französche Oberstlieutenant. Alle berufen sich in die Kommandantschaft in der Stadt und gingen hin mit dem Kosacken-Offizier, kommen aber sehr bald wider zurück ohne Degen. Nur eines, der Herr Leutnant Max Michl wollte gerade einem Mann von uns 15 Prigel geben lassen, weil er etwas natürliches nöthig hat, und so nicht gleich beym aufstellen gegenwertig war, und wirklich kombt auf etliche an; der Kosacken-Offizier aber nam den Mann bey seiner Hand und sagt: aufstehen Sie, und fordert die Degen. —

Soldat, Kamerath, sagte einst Naboleon I., aber bey uns zur selben Zeit läßt der Herr Kamerath den Kamerathen für sein Blesir oder wegen einem Wort oder Laune oder dergleichen 15 auf das Hinterquartier geben. Kamerath im Feier, darnach sind wir aber wider Feind. Schändlich ist es, das ich davon schreibe, besonders im Kriegskalender." (An anderer Stelle kommt Deifel nochmals auf das Verhältnis zwischen Soldaten und Offizieren zurück: „Es war nichts in dem Krieg, das mich nicht getroffen hat, nur die Strafe Cop (Compagnie?) und Regements wegen nicht, einige heimliche Stockstreiche von die Herrn Unterofiziers-Kammeraden, und das unschuldig, — der Kameradschaft ungesitteten Scherzen zwickeln (?)."

Soldat, Kamerad, — aber mancher Herr Kamerad ließ dem Unterkameraden aus Laune oder für Blesir und ein einziges Wort Fühnfzehn auf das Hinterquartier anweisen von einem tüchtigen Steckenknecht. O! der Schande vor unsern Mitkamerathen, den Franzosen! Was haben wir alles zum Opfer gebracht für das liebe Vaterland, und wie sind wir hintangesetzt damals, wie noch — — Thränen fallen auf das Pabier. —"

Unter Aufsicht des Kosackenoffiziers wurden die Gefangenen zu ihrem Verdruß wieder nach Polen, und zwar diesmal in die Landeshauptstadt gebracht.

„Die Sprache des Russischen Offizier ist, wie lautet: „Ich gut, ihr auch gut, alles gut," und er hielt wahr und wordt, bis nach Warschau, wo von Reichenbach 120 Stunden langer Weg ist. Man verschreit die Russen ihrer Rohheit wegen, ich kann in nichts beklagen, krob, aber zugleich mild und mitleidig."

Am 1. August langten die Gefangenen in Warschau an.

„Etwas von dieser großen Stadt, die über 14000 Hausstöcke zählt, war ehemals die Residenßstadt der Könige von Bolln, ein Reich, das vor alter zeit zu den gröſten gehörte. Durch lauter uneinigkeit und verrath ist das große Reich samt der Hauptstadt sehr, sehr tief gefallen. Naboleon I. hat sie selbiger Zeit getröst, aber das schwarze, schwarze Bollnland komt schwerlich mehr zu Gnaden, und wenn die ganz Welt zusammen hält, — eine verruchte Nation."

„Etwas weniges: als wir gefangene im vorigen Monath bey einer Bollnischen Hize über 100 Stunden durch transbortieret sind worden, wenn wir um Gottes willen um Wasser (Woti) gebeten haben, so ist die Antwort: Juga Ponamezka (hätts euch nicht fangen lassen)! Also wir haben ihren Messias verkürzt, wir Deutsche, den Naboleon I."

Die Gefangenen setzten ihre ganze Hoffnung auf den 10. August. An diesem Tage lief der Waffenstillstand ab; bis dahin hofften sie, werde sicherlich der Friede proklamiert sein. Umsonst!

„Ehe die liebe Sonn' aufging am 10. August, wissen wir es schon, daß der Krieg seinen Fortgang wider niehmt. Nach-

mittags 2 Uhr waren wir schon auf dem Transport, 270 Mann und 4 Offizier, unter einer barbarischen Behandlung. In Grodno verbleiben wir 8 Tag eingespert in einer Holz Remis eines Klosters, in Mitte des September; von dort nach Minsk. Wer vermag alles zu beschreiben, was es ist um den Krieg und alle seine Begebenheiten!

Hier in Minsk wird engagirt zur Rußisch=Deutschen Legion; es war um die Zeit der Leibziger Schlacht. Wer hat mehr entpfunden bey derselben, als ich hier in dem Morast=Stall, da sich alle meine besten Kamerathen engagiren laßen, bis auf 10 Mann Baiern und 3 Wirttenberger. (Gott hielt mich in der Threue fest.)

Von Minsk kommen einige Brisonniers, Franzosen, Bollen, Italiäner, nach Dinaburg, Bovidow und Brombrodski zum Schanzen (Roboto). Ich allein war noch da unter Spanier, Bimonteser und einige Hollender. Dan kommen wider 10 Mann Bäiern herzu und 2 kommen aus dem Spitall, das sind 13 Mann. Dann kam auch unsre Bestimmung, und diese ist nach Casan, Bolon u. Tambow an die Asiatische Gränz zur Arbeit (Roboto) in den dortigen Bergwerken. Es sind unser 200 Mann, die Mehrzahl Franzosen, Italiener, Brawänder, Wirttenberger und Badenser, Hessen, Westphäler. — Ich lerne in meinen Feldzügen in und mit den Völkern Europas kennen den Charakter der Auktorität; die einen haben zu vil, die andern zu wenig; die Franzmänner haben in allem mehr als wir, das ist wahr und unläugbar, — aber in einem haben sie vil zu vil, mehr als alle andern, und das ist eben auch wahr. Ihr National=Stolz ist lästig und übersteigt alle begriffe; nur wer es weiß, kann davon reden, aber nicht ermessen. Allerdings sind sie gebildet mehr, besonders im Militärischen, getreu, ausharrend. Pflichtmeßig, was zu ihrem Nuzen und Wohl der Freyheit, — auf Unterdrückung andrer zu gunsten ihrer Nation. Der Stolz ist groß, auf dem Bett der Ehre zu sterben, das ist heilig und schön, das sogen sie mit der Muttermilch in ihre Franken Brust.

Wir Deutsche haben eine starke Faust, aber von andrem sehr wenig; es brauchts auch nicht, unser Instinkt ist gerad und

edel, besonders der Baier, der ist einfach, in der Geduld ausharrend, getreu im Vertrauen, wo man ihn hingestellt, das ist und war der Baier, aber was sahen wir mit Entsetzen in den Tagen, wo man den gang anders vernimt, als es geht 1813.

Wir marschiren über 200 Stunden hinunter über die Stadt Czeringow (Tschernikow), dann wird halt gemacht und heist, daß villeicht die Baiern (Bowarzki) zurück kommen. Es war im Monat Dezember 1813 eine gemäßigte Kälte gegen das vorige Jahr. Wir kommen zurück nach Tschernikow (gesprochen auf Rußisch Tschernikopf).

Der 24. Dezember war der Tag des zurückmarsches — der Tag der Freude."

Doch immer noch war das Schicksal der Gefangenen ungewiß, ihre Lage jämmerlich. Nachts hatten sie zur Ruhestätte nur eine harte Bank oder die nackte Diele; die Kost beschränkte sich auf Brot, Wasser und ein wenig Schnaps; mehr konnte mit den wenigen Kopecken, die ihnen hie und da verabreicht wurden, nicht bestritten werden. Am 1. Januar war Rasttag in Kiew, doch verlebten ihn die Gefangenen in trauriger Stimmung. „Der Glaube zerrinnt uns, aller Fride hat sein Ende. Wir werden beynah eingesperrt, die Herren Offiziere von uns getrennt. Ich denke an das vorige Neue Jahr und den gespräch mit Probst." Dann ging es unter Begleitung von Kosacken über Kruwiz nach Warschau. „Der Glaube schwindet uns, daß wir nach Baiern kommen, denn die Kosacken wollen uns eng halten."

Jetzt erst erfuhren sie, daß auch Baiern mit Rußland, Preußen und Oesterreich in Bündnis getreten sei; die Hoffnung auf sichere Heimkehr hob den Mut, doch der Transport durch das unwirtliche Polen brachte neue Leiden. Erst im März 1814 wurde Schlesien, im April Baiern erreicht.

„Am 21. April 1814 Kasern in Nürnberg. Hier werden wir sogleich auf den Kriegsfuß gesetzt, nachdem wir muntirt waren; der Marsch und der Tag war schon angegeben nach Frankreich. Dann komt die Nachricht, daß Fride sey, und der

Abmarsch eingestellt. Nun hab ich mir gedacht, der Prophetische Edelmann bey Wiltryhepka hat auch gesprochen (d. h. hat sich als Schwätzer erwiesen), indem er gesagt hat, ich komme auch noch zum Heiligen Krieg.“

Im Sommer 1814 blieb Deifel in Nürnberg, im Herbst wurde er beurlaubt.

„Wie ich nach Haus kam, fand ich es nicht so, wie ich es mir gewünscht hab. Die Fabrik, wo ich mich hingesehnt hab, war sehr schlecht bestellt. Mein Vater war dort als Arbeiter seit 1784, vorher 10 Jahr beym Vater in Schelnek. Ich seit 1804 (Eisen Fabrik) arbeite als Zrenner*). Es wollte mich reuen, daß ich nicht selbst wolte den mir verhaßten Stock annehmen (d. h. nicht Korporal werden wollte) und dann als Ersazmann eintreten um 700 Fr., bevor ich beabschiedet war.

Die Arbeit ist hier schlecht, ich keine gewohnt, und ziemlich kraftlos, wie auch nicht gründliche Kenntnisse. Durch gehts nicht, ich bin sehr übel dran und kann mir nicht helfen. Nun, ich hoffe auf den Abschied, den ich binnen 3 Monaten erhalten solte, dann wieder in die weite Welt, um Arbeit wegen Brod!“

Doch die Prophezeihung des Polen, daß Deifel „auch noch in den heiligen Krieg kommen werde“, sollte in Erfüllung gehen, wenn auch in andrer Weise, als es der französisch gesinnte Pole gemeint hatte.

Im März 1815 verbreitete sich die Kunde von der Entweichung Napoleons von Elba.

„Damals wurde nicht alles schnell unter dem Volk so laut, wie heuntzutag. Doch in den höhern Kreisen ging es schon im gespröch, daß Naboleon von der Insel Elwa nach Frankreich übergeschifft sei und mit 600 Mann ganz Frankreich erobert hat. Einige unter dem Volk glaubens, andere nicht. Doch Bangigkeit im Land; man fürchtet damals den Krieg mehr wie heunt, denn alles hat ihn satt. Alles ruft schon lang her um den Frieden. Vile Felder blieben öd.“

*) „Zrenner“ — vermutlich von „zerrinnen“ abgeleitet — heißen die Arbeiter des Eisenhammers, die beim Blauofen beschäftigt sind.

Am 1. März 1815 sollten die in den Jahren 1807 und 1808 Konskribierten den Abschied erhalten. „Nun, ich traf den 27. Februar in Nürnberg ein und melte mich auf der Barrad bey meinem Herrn Hauptmann (ich war bey der 3. Schüzen Compagnie zugetheilt.) Der komt mir entgegen und sagt, daß seit gestern kein Abschid ertheilt werden darf, in Urlaub kann er wieder gehen! Er ging in das nächste Hauß hin und unterschreibt meinen Baß wider auf unbstimmt. Im nach Hauß gehen kommen vile Soldaten mir entgegen, solche, um ihren Abschid zu holen, vile kehren um nach Hauß, einige bis Landau a. d. Isar, auch Braunau. Kein Abschid, kein Geld, kein Dank!“

„Wir waren kaum etzliche Tag zu Hauß, so wurden von die Regimenter Unteroffizier abgeschickt, um alles schnell einzuberufen. Als ich zum Regiment kam, war ich schon bey den 2. Schützen zuthan (Feldkompagnie). Nun dachte ich nach Rußland zu dem prophetischen Edelmann bey Wiltryhäpka, der mir mit Wahrheit betheuert hat, das ich noch zu den Heiligen Krieg kommen werde.

Jetzt wolt es mir lästig sein, daß ich nicht den Stock früher angenommen habe und als ersazmann mit in den Heiligen Krieg ziehe, doch ich denk an meinen lieben Kamerathen, den Brobst, der oft jammert, das er um Geld diente. Wie ich zurück kam aus der gefangenschaft und fragte nach ihm, war er bey der Schlacht von Hanau †. R.“

Am 7. April zog das Regiment nach Frankreich: „es begann der heilige Krieg und der ewige Frieden für uns.“ Der Marsch ging durch Württemberg und Baden in den Odenwald. Die Verpflegung war auch auf deutschem Boden mangelhaft. „Die Leuthe rufen immer laut: Ach, wenn doch einmal Friede wer! Unsere 3 Kreuzer, die wir bezahlt sollen haben, die haben sie uns geschenkt (Löhnung Abzug, faßen so keine), und warum? Damit wir nichts fodern kennen. Kartoffeln war unser meistes, kein Bier &c.“ Im Odenwald entlud sich am 8. Juni ein grauenhaftes Ungewitter. „Viel Menschen und Vieh gingen zu Grunde, auch zwei Soldaten von unserm Regiment. Ich war auf Orto-

nanz in Habwichtsheim, 4 Stunden Weg; das Glück von Gott war mit mir in den selben schröckenvollen Tagen. Von Gießen bis Würzburg langte selbes Gewitter, und Mühlen, Eisenhämmer, wie auch andern Gebäu nam es weg, als wenn nie was dort gestanden wer. Ich war Augenzeige. . . . Leichtgläubige Menschen sagen: Naboleon hat das Wetter gemacht.“

Am 23. Juni kam das Regiment, nachdem es „über Berg und Thal Tag und Nacht mit der größten Anstrengung den Feinden zugeeilt“, bei Saarbrücken zum Kampf mit den Franzosen. „Das Feier dauert 6 Stunden; die letzten 9 Mann unserseits fielen hier zu Ewigen Frieden. Als Soldat sah ich die Ersten fallen an der Isar 1809, die Letzten an der Saar 1815, dazwischen vile 1000.“

Das Treffen endete mit Niederlage der Franzosen, die Baiern konnten den Vormarsch gegen Paris fortsetzen. Am 28. Juni war Nancy erreicht. „Nanzy war meine schönste, Kiew am Nieber meine größte Stadt, die ich auf meinen Reisen gesehen habe, Ursalin (in Bollen) meine kleinste.“

Zu namhaften Kämpfen kam es in Frankreich nicht mehr, doch fehlte es nicht an Strapazen. „Eine unaussitehliche Hize war in diesen drey Monaten Juny, July, August. Vil Marschiren auf der Straße ohne Schatten, Seitenbatrollen, Streifbatrollen und andere Bewegungen, wie es im Krieg zugeht. Vile Opfer fallen zum Ewigen Friden. Die †. Hitze.“

In Fontainebleau gab es ein Abenteuer, das Deifel mit wunderlichem Ernst erzählt.

„Vor dieser Stadt (Fontemblau, gesprochen fontenblö) wird angehalten, damit die ganze Division sich versammle, dann wird mit geschloßner Division durch die stadt marschirt; außer der Stadt wird wieder angehalten, weil die Division sich in das Kanton vertheilt. Hier war das weltberühmte, altfranzösische Lustschloß linker Hand, Rechter stand eine Säule von 50—60 Fuß höh. Diese Säule war von einem suberfeinen Stein, im Durchmesser 18—20 Zoll. Auf selber Säule war der Kopf Naboleons des Ersten als ob er umschau hält über ganz Europa

oder der ganzen Welt. Kurz ehvor als wir da anlangten, hatte ein Kränatier den selben Kopf, den Naboleons Kopf, herunter gemacht, daß derselbe Naboleons Kopf in dem Straßengraben neben der hohen Biramitten dalag. [Daß ist mir aber unbewußt, ob es ein französischer oder Österreicher Kränatier war. Österreicher sind hier in Kanton.]

Dort in Grodno stößt es mich für meinen Kopf, als ich sah den Mann neben den Altar, — was hab' ich mir gedacht? Nicht lang darnach steht er neben mir als ein armer Tropf, in der Stadt Merwig, — ich hab bennahe gelacht.

Wie verhält es sich hier bei dem Schloß Fon=ten=blau? Mit dem betrachten des so herrlichen, schönen, großartigen Gebäu des Schloßes kann ich mich nicht begnügen, — es treibt mich etwas an, als wie wann ich unstett were, und habe nicht Ruhe, bis ich es zum ausführen bringen konnte — den ich weis es lang vorhin, daß ich es nicht thun kann, wann mich die baierischen Franzmänner sehen. Nun, ich kann es nicht mehr erhalten, und mitstöß meinen Fuß den Naboleons=Kopf, daß er sich über und über kehre.

Habs aber nicht Recht gemacht; alle Gnade hab ich verschitt in heimlichen Groll — aber wer sorgt sich darum! Ich war ein ausgedienter Mann, und hab meine ganze Dienstzeit keine Zimmer Arreststrafe -- noch weniger eine andere, aber der Herr Hauptmann Avita war mir scharf aufgeseßen, — denn er war ein völliger Franzmann, und so soll auch seine Compagnie Französisch sein, — alle Stunden stehen die Franzosen hinter uns, wie sie beschaffen sein."

Von der Loire ging es zur Yonne; endlich nach der großen Parade bei Chaumont vor Kaiser Alexander wurde der Rückmarsch angetreten; die Nachricht wurde von den Soldaten mit hellem Jubel begrüßt.

„Wir nahen uns dem Deutschen land
Und singen froh zusammen,
Denn deutscher Sinn war uns bekannt,
Nach dem wir auch verlangen.
Froh und Huld war unser Gsang.
Der Krieg währt uns schon zu lang."

Am 14. November kam das Regiment nach Homburg, am 15. marschierte es nach Kaiserslautern, — „umsonst! Dieß ist in diesem Feldzug der gröste Dummheits-Marsch, Mayor Erle (Erlée) ist schuld.“ Am 19. Alzey, „preisisch“.

„Es riecht zwar deutsch,
Aber doch nicht gut,
Noch nicht erheuscht
Das Baiern-Blut!“

In Würzburg wurde den Heimkehrenden von „Bürgern, Bauern, Stutierenden und Schuljugend“ jubelnder Empfang bereitet; dennoch ist im „Kriegskalender“ der Zusatz gemacht: „Der Krieg ist von denen sieben Hauptlastern zusammengesetzt.“

Am 3. Dezember ist Nürnberg erreicht. „Noch kein Abschied und kein Geld. Das sind die Kriege!“ Am 8. darf aber Deifel mit Urlaub heimkehren. Es folgen nun noch im Kriegskalender allgemeine Betrachtungen über die letzten Feldzüge, Nachrichten über persönliche Erlebnisse, über Ueberschwemmungen, Mißwachs und Theuerung u. a. 1823 glaubte Deifel am gestirnten Himmel eine Krone zu sehen. „Dieses Erscheinen ist sehr merkwürdig, weil ich es nur sieh und andere nicht! Ich fasse einen sehr großen Glauben, daß, so lang ich lebe, kein Krieg entstehen wird in unserm Lande. Ich zeigte es andern, aber sie sehen es nicht, das mir so wunderbar gezeigte, als am hellen Tag.“

1824 wurde dem „Joseph Deifel, ledigen Hammerschmiedgesellen von Neuessing, zum Zweck seiner vorhabenden Ansäßigmachung zu Neuessing die nachgesuchte Entlassung aus dem Legionsverband bewilligt.“

Im „Spiegel des Friedens, Jahresbeschreibung von 1826 bis 1850“ werden die Nachrichten über persönliche Verhältnisse, Unfälle in der Fabrik, gelungene und mißglückte Fabrikate u. a. fortgesetzt. 1832 übergab Deifel sein kleines Anwesen der Schwester und zog nach Riedenburg an der Donau; von hier unterwies er seinen Schwager — 1825 hatte er „seinen Stand verändert“, d. h. geheiratet — in der „chimischen Blauzrennerey.“ Alle Mußestunden verwendete er zu seinen geschichtlichen Aufzeichnungen;

auch schrieb er massenhaft Verse, die gar hohen Flug nehmen, aber freilich infolge des Unvermögens, die Gedanken logisch auszudrücken, in Plattheiten verlaufen. An lebendiger Phantasie fehlt es dem Erzähler nicht. So schreibt er z. B. einmal: „O! könnte ich der Mahler seyn, wie jener Florentiner Leonardo von Vinci, der das Heilige Abendmahl geschaut und dann gemahlen, so wie bis heuntigen Tag Niemand anderer nachmahlen konnte, so ähnlich, so vorträflich liebreich den Herrn und die übrigen. Allein das ist und wird nicht; das ist traurig nur für mich.“ Darauf folgt eine überaus lebendige, anschauliche Schilderung des Abendmahles, wie es der alte Soldat im Geiste geschaut. Auch „Lebensregeln“ sind eingeflochten, z. B.

„Eß, was um dich herum wächst,
 warm und kalt,
Dann bleibst du gesund und
 werdest auch alt.
Fremde Bißen, süß und sauer,
 sind nicht von langer Dauer.
Nicht der ist's, der da glückt,
 sondern was Gott ihm schickt.“

Dem Vielgeprüften war kein glücklicher Lebensabend beschieden. 1838 kam die Fabrik, in welcher Deifel bisher als Brennermeister gedient hatte, auf die Gant. Deifel siedelte nach Landshut über, wie auch sein Brotherr in die Fremde ziehen mußte. „Wir werden beide Wanderer in unsren alten Tagen, das Paradieß finden wir aber nicht in dieser Welt.“ Deifel bemühte sich umsonst, eine Pension zu erlangen; auch seine kleinen Unternehmungen schlugen fehl, so daß er sich zuletzt auf Anfertigung von Fleckelschuhen beschränken mußte. Erst als er nicht mehr arbeiten konnte, nahm er von seinen Kindern Unterstützung an. Inzwischen schrieb er unermüdlich an seinen Erinnerungen und suchte sie durch Mitteilungen von Kriegskameraden zu vervollständigen. Als 1863 die Befreiungshalle bei Kelheim eröffnet wurde, richtete der Erbauer, König Ludwig I. von Bayern, an alle Veteranen der Napoleonischen Zeit eine Einladung zu der

Feier. Auch unser Deifel stellte sich ein. Er schrieb in's „Buch der Gäste“ die Verse:

„Von diesem Berg da nicht weit,
War der Geburtsort mein,
Daher besuch' ich ihn heut
Und will mich kindlich erfrei'n.

Ich, ein alter Veteran,
Hab vilmal mitgekämpft
Als ein junger Kriegersmann,
Zuletzt den Widerich gedämpft.

Deifel Joseph ich mich nenn,
Neunziger Jahr bin ich gebohrn,
Essing als Geburtsort kenn,
Nichts arbeit, nichts verlohrn!“

Der kleine Mann mit ungewöhnlich langem, weißem Bart fiel dem Könige auf, und dieser unterhielt sich geraume Zeit mit seinem Kampfgenossen von 1809 über die alten Zeiten. Es war ein letzter Lichtblick im Leben des Greises. Am 1. Mai 1864 raffte ihn ein Schlagfluß rasch hinweg.



XII.

Die französische Revolution und die bildende Kunst.

Besteht eine Wechselwirkung zwischen der Kunst und dem nationalen Leben? Die Frage wird nicht von allen im bejahenden Sinne beantwortet. Grillparzer war unzweifelhaft eine künstlerische Kraft; seine ästhetischen Betrachtungen zeugen von ernstem Nachdenken über die Kunst. Er nun sagt: „Die Fortschritte der Kunst sind von den Talenten abhängig, und nicht von den Weltbegebenheiten. Goethe wäre derselbe große Dichter geworden, wenn es auch nie einen Friedrich den Großen gab, und die französische Revolution, die doch drastisch genug war, hat keinen einzigen Poeten hervorgebracht.“ Dieser Behauptung eines bedeutenden Dichters stelle ich zunächst den bekannten Satz Taine's gegenüber: „Das Werk eines Schriftstellers ist nicht ein bloßes Spiel der Einbildung, nicht die Sonderlaune eines heißen Kopfes, sondern der Abklatsch der vorherrschenden Sitten, der Ausdruck eines geistigen Zustandes einer bestimmten Nation in einer bestimmten Zeit. Daraus folgerte man, daß aus den Schriftwerken nachgewiesen werden könne, wie die Leute vor Jahrhunderten empfunden und gedacht haben. Man machte den Versuch, und er ist geglückt.“ Unbedenklich werden wir uns auf Seite Taine's schlagen. Hat

doch Goethe selbst die Bedeutung Friedrichs des Großen für unser Schrifttum tief empfunden, besitzen wir doch sein unumwundenes Bekenntnis, daß jener siebenjährige Riesenkampf des Einen gegen Alle das deutsche Nationalgefühl geweckt und ihn selbst zum Götz von Berlichingen begeistert habe, zu dem ersten kühneren Fluge seines Genius. Die französische Revolution hat in Frankreich keinen großen Dichter erzeugt, das ist richtig, allein sie wirkte nichtsdestoweniger stark und nachhaltig auf die Entwicklung der französischen Dichtkunst; sie hat der Herrschaft Corneille's und Racine's ein Ende gemacht und der Romantik den Boden bereitet. Doch die Entwicklung der poetischen Literatur bei einem Kulturvolk läßt sich nicht wie eine gerade Linie verfolgen. Verschieden wirkt „der Geist der Zeit“ auf die verschiedenen Talente, das epische, lyrische, dramatische. Die Ordnung in diesem mannigfach verschlungenen Gewebe darzuthun, ist nicht meine Aufgabe, ich will mich auf die bildende Kunst beschränken.

Wie hat die vorangehende Wetterschwüle, wie das welterschütternde Ereignis selbst in den friedlichen Werkstätten der Künstler gewirkt? Einige französische Schriftsteller, Granier de Cassagnac, Mortimer Ternaux u. a., sehen in der ungeheuren Bewegung nur das Werk einzelner Streber und Bösewichte. Das heißt mittelmäßige Geister wie Danton und Robespierre, Marat und Hebert für Titanen halten. Die Wahrheit ist: die staatlichen und gesellschaftlichen Zustände waren gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts unhaltbar geworden, und der Drang nach Erlösung ging durch das ganze Abendland. Überall in Europa hatten sich die sittlichen Anschauungen und rechtlichen Einrichtungen überlebt, und überall trat eine Wandlung ein, nur nicht überall in gleicher Weise. Je nachdem das Wort Sieyès, daß Freiheit da eine Grenze habe, wo sie der Freiheit eines andern zu schaden beginnt, von Fürsten und Völkern beachtet wurde, gestaltete sich die Bewegung. Unter den besonnenen und loyalen germanischen Stämmen beschränkte sie sich auf einen geistigen Um- und Aufschwung. In Deutschland wurde die Forderung Kants und

Schillers: werdet freie und vernünftige Menschen! von ihnen selbst, wie von der Mehrheit nur auf eine moralische und ästhetische Läuterung bezogen. In Frankreich dagegen richtete sich der Sturm und Drang in erster Linie gegen den Staat, gegen die konkrete Macht. Aber dabei blieb es nicht. Es entspann sich ein Kampf, der zum Umsturz aller bestehenden Ordnung führte: auch die alte Kunst brach zusammen, doch „neues Leben blüht aus den Ruinen!“ —

Es ist noch nicht lange her, daß die höfische Kunst des Barock und Rokoko gerade in kunstsinnigen Kreisen nur mit Geringschätzung angesehen wurde. König Ludwig I. von Bayern frohlockte, als „das häßliche, der Würzburger Residenz Mitte sperrende Gitter“ abgebrochen wurde, da es „dem Styl der in allem verderbenden Zeit Ludwigs XV. gemäß“ war. Heute erblicken wir in den Resten dieses Gitters herrliche Kunstwerke und beklagen das bilderstürmerische Vorgehen, dem der größte Teil zum Opfer fiel. Gewiß, lebhaft und leicht, heiter und reizend waren die Schöpfungen des achtzehnten Jahrhunderts, aber es mußte dieser Kunst verderblich werden, daß sie fast ausschließlich zum bon plaisir der höfischen Kreise diente und sich vom Volksleben völlig zurückgezogen hatte. Deßhalb ist im Siècle Louis XIV. bei Le Brun, Rigaud, Mignard der augenbestechende Flitter, das theatralische Pathos die Hauptsache — jedes ihrer Gemälde erinnert an das eitle: L'état c'est moi! Keines von ihnen hat eine Seele, wie die Portraits des Engländers Reynolds, von der Portraitkunst früherer Jahrhunderte zu schweigen. Unter Ludwig XV. aber artete die bildende Kunst immer mehr nach der üppigen, verführerischen Seite aus. Wie die Natur in Garten und Wald in geometrische Linien, zu einer starren Symmetrie gezwungen wurde, so verlangte man von der bildenden Kunst, daß sie nichts als die niedliche Zofe eines eleganten Haushalts sei; sie mußte sich den Sitten der feinen, höflichen, höfisch vollkommenen, aber moralisch entarteten Gesellschaft anpassen. Durch die Steigerung des Luxus, in dem die reiche Finanzwelt mit den Hofkreisen wetteiferte, wurde die Kunst nicht gefördert, sondern

verdorben. „Der Luxus", so klagt Diderot, „erniedrigt die großen Talente, indem er sie zu kleinlichen Spielereien zwingt, und die großen Stoffe, indem er sie ins Groteske herabzerrt." Kein Zweifel, von verführerischem, sinnlichen Reiz sind die flatternden Schaaren von Engeln und Heiligen, welche die lichtvollen Kuppeln der Kirchen bevölkern, aber die Wirkung, die von Kirchenbildern geübt werden soll, geht sicherlich nicht von ihnen aus; sie sind Geschwister der leichtbekleideten Olympier, die im Speisesaal des Reichen von der Decke grüßen. Hier wie dort scheinen die lächelnden, zierlichen, hoch geschürzten, fein geschminkten Püppchen uns zuzurufen: „Genießet das Leben, denn nach euch kommt die Sintflut!" Nicht eine gesunde Sinnlichkeit, sondern nur schwächliche Lüsternheit kommt in ihnen zum Ausdruck. Während in der Literatur schon ein neues Leben pulsiert, hat die Kunst bei allem Chic, bei allem malerischen Können etwas Abgelebtes. „Die Literatur", sagt Julius Meyer, dem wir ein treffliches Buch über die französische Malerei seit 1789 verdanken, „war die Morgenröte eines neuen Weltzustandes, die Kunst der fahle Kerzenschimmer einer im letzten Faschingstaumel sich erschöpfenden Gesellschaft." Watteau war noch ein echter Künstler gewesen, aber seinen Nachfolgern und Nachtretern läßt sich dieser Ehrentitel nicht mehr geben. Der beliebteste und berühmteste Virtuose der Kunst des ancien régime war Boucher; ein Menschenalter später war er der allgemeinen Verachtung anheimgefallen! Wir urteilen heute gerechter; wir lassen die dekorative Wirkung seiner Gemälde gelten; wir finden ihn ab und zu sogar liebenswürdig, aber wir können uns nicht verhehlen, daß diese Nymphen und Schäferinnen ihre Grazie von den Damen des Ballets entlehnt haben; es ist ein anmutiges Spiel von Farben und Linien, aber auch die gefälligste Manier kann nicht den Mangel an wahrer und ursprünglicher Naturanschauung ersetzen. Künstlerisch höher steht Proudhon. Seine Amoretten scheinen tändelnde Lust zu athmen; sieht man aber näher zu, so ist es nicht wirklich kindlicher Frohsinn, sondern nur geschickte Mache. Nicht anders ist es mit Fragonard, der die Salons der Dubarry in lauschige

Liebestempelchen verwandelte, nicht anders mit dem älteren Coypel, der seinem Olymp im Palais Royal dadurch noch besonderen Reiz zu geben suchte, daß er den mehr oder weniger dekolletierten Göttinnen die Köpfchen der bekanntesten Damen vom Hofe aufsetzte. Weit weniger liebenswürdig erscheint vollends solche Frivolität bei der großen Zahl der mittelmäßigen Maler. Wo uns nicht das Talent täuscht und blendet, sehen wir den Einfluß der allgemeinen Verlotterung auf die künstlerische Anschauung mit erschreckender Deutlichkeit, drängt sich unabweisbar die Ueberzeugung auf, daß das ancien régime auch den Verfall des guten Geschmacks auf dem Gewissen hat. Es ist eine untergehende Welt, darüber kann uns aller Glanz und Prunk nicht hinwegtäuschen! Eine Umwälzung mußte erfolgen in der Kunst, wie der Umsturz der politischen und bürgerlichen Ordnung unvermeidlich war. Es fehlte nicht an Vorzeichen vom Untergang der schimmernden Welt des Zopfstiles, auch nicht an Erscheinungen, die wie vermittelnde Fäden zu einer neuen Zeit hinüberleiten. Chardin zog den Tiers-état in den Kreis künstlerischer Gestaltung und malte fast ausschließlich Scenen aus dem bürgerlichen Leben, die als Gegenstücke zu den Familiendramen Diderots und seiner Schule gelten können. Das bürgerliche Genre vertritt auch Greuze, der sich namentlich von der sentimentalen Richtung, deren literarische Frucht Paul et Virginie ist, beeinflussen ließ. Uns muten heute diese in Stichen und Steindrucken noch immer viel verbreiteten Bilder, die Hochzeit im Dorfe, des Vaters Fluch, des Sohnes Strafe ꝛc. ꝛc., eher hausbacken als empfindsam, mehr theatralisch als rührend an; in den Tagen Marie Antoinettens aber bildeten sie das Entzücken der höfischen wie der kleinbürgerlichen Kreise; Stiche nach Greuze fanden sich ebenso in den feinen Pariser Salons wie in denen der kleinstädtischen Epiciers; auch die teuersten Stiche von Massard, Levasseur und anderen beliebten Stechern, all die avant la lettre, avant les armes, avant la dédicace, avant l'adresse, avant le titre du peintre du roi, avant le point fanden reißenden Abgang. Auch Diderot spendet in seinen Salonberichten den Sittenbildern Greuzes über-

schwängliches Lob, weil sich in ihnen die notwendige Rückkehr zur Natur ankündige; dagegen geht er mit den La Grenée, Boucher und Natoire streng ins Gericht. „Es fehlt der Kunst von heute ebenso an Lebenswahrheit, wie an Aufrichtigkeit der Empfindung; alles ist nur gelernt und gemacht, verzerrt und hohl!“ —

Noch war das Hoflager in Versailles, noch war also für die Mächtigen, Reichen und Ehrgeizigen nicht Paris, sondern Versailles die Hauptstadt, und noch immer war es ein Königshof ohne gleichen, und sein Glanz nicht Blendwerk, sondern wahrhaft fürstlicher Glanz. Palast reihte sich an Palast, alle geschmückt mit Säulenhallen, Marmorbildern, monumentalen Treppen, und dahinter dehnten sich Gärten, die eine Fortsetzung des Salons im Freien waren, mit Blumenparterren als Teppichen, mit Buxbaumhecken und Pyramiden, Wasserspielen in lauschiger Nische und schäumenden Cascaden. Das Ganze und die Teile hatten höfisches Gepräge; Etikette erstreckte sich auch auf die Natur, Baum und Strauch durften sich so wenig gehen lassen, wie die Gesellschaft, die zwischen ihnen lustwandelte; die abgezirkelten Parkgänge, ja, auch der angrenzende Wald mit seinen wohlberechneten Durchsichten und Lichtungen waren die Festbühne für diese bebänderten, glitzernden und immer lächelnden Lebekünstler. Doch über dem heiteren Maskengewühl drohen schwere Wolken. Die états généraux müssen berufen werden, um den Zusammenbruch der schimmernden Gesellschaft aufzuhalten. Anfangs hoffte man nicht bloß bei Hofe, sondern in den Kreisen aller Gutgesinnten, daß die Wirren und Irrungen auf friedlichem Wege geordnet werden könnten, doch der Wahn dauerte nicht lange. In der Nacht nach dem 14. Juli 1789 ließ der Herzog von Larochefoucauld den König wecken und meldete die Erstürmung der Bastille. „Es ist also eine Revolte ausgebrochen?“, fragte der König. „Nein, Sire, es ist eine Revolution!“ Das Volk will sich nicht mehr auf kommende Reformen vertrösten lassen, das Volk wütet gegen alles, was seinen Groll geweckt hat; es soll keine Zehenten und Scharwerk, keine Taillen- und Jagd-

rechte, keine Generalpächter und Controleure, keine Bischöfe und Grandseigneurs mehr geben, — die von Jean Jacques Rousseau geforderte Rückkehr zum Naturzustande, zur Gleichheit Aller wird Allen Glück bringen! Nicht etwa bloß Bürger und Bauer erheben diesen Ruf, beinahe alle Welt ist von der großen Perspektive entzückt, auch Klerus und Adel sind bereit, die alten Schranken niederzureißen, und ihre Opferwilligkeit gebärdet sich ebenso lärmend und ungestüm, wie die Beutegier des dritten Standes. Es wäre nur zu verwundern, wenn dieser Freiheitstaumel nicht auch die leicht empfänglichen Künstlerseelen ergriffen hätte. Dies war gewißlich der Fall, wenn auch, wie es der Parlamentarismus mit sich bringt, die redegewandteren Advokaten, Geistlichen und Beamten die Hauptrollen des Schauspiels im Ballhaus zu Versailles und im Theatersaal zu Paris übernahmen.

Ein Künstler aber stand von vornherein im Vordergrund der politischen Bewegung, Jacques Louis David. Er war nicht nur ein feuriger Revolutionsmann, sondern der Apostel der revolutionären Kunst, weßhalb wir näher auf ihn eingehen müssen. Er war kein Meister ersten Ranges, wenn wir nur sein Können ins Auge fassen, kein naiv schaffender Genius, im Gegenteil, er hatte ein Programm, doch die Einsicht in das, was die Kunst in diesen Tagen wollte und sollte, erwärmte und erfüllte sein ganzes Gemüt; dadurch überraschte, begeisterte und überzeugte er seine Zeitgenossen. Durch ihre ungeheure Wirkung sind seine Werke trotz aller Schwächen in der Kunstgeschichte ewig denkwürdig und die Richtpunkte einer neuen Zeit. In seinen jungen Jahren arbeitete David noch völlig im Geist des achtzehnten Jahrhunderts. Er übernahm es u. a., die Gemächer der Tänzerin Guimard, einer berühmten Dame der Halbwelt, auszuschmücken, wozu Fragonard schon den Anfang gemacht hatte, und löste diese Aufgabe ganz im Sinn und Geschmack seines Vorgängers. Während eines Aufenthalts in Rom aber vollzog sich ein Umschwung in seiner Anschauung von Kunst und Natur. Schon von seinem Lehrer Grafen von Vien, dem es selbst an Gestaltungskraft fehlte, war er auf Verbindung des Naturstudiums

mit dem Studium der Antike hingewiesen worden. Die großen Denkmäler der alten Roma predigten diese Lehre noch eindringlicher; auch der Einfluß der Schriften Winckelmanns wirkte mit, obwohl der Franzose niemals in unmittelbare Verbindung mit dem deutschen Gelehrten getreten ist. Zu einem Verständnis des antiken Stils ist David nie gelangt; die eigentliche Schönheit, d. h. die schöne Einfalt der Antike blieb ihm verschlossen, das allgemein Menschliche in den antiken Schöpfungen zog ihn an, und daß das Beste unter republikanischem Regiment entstanden war, galt ihm als Fingerzeig und Aufruf. Die Ausstellung des Gemäldes „Der Schwur der Horatier" wurde ein Ereignis. Gewiß steht der künstlerische Wert nicht im Verhältnis zu dem Erfolg. Diese Römer zeigen ebenso theatralische Pose, wie die Schäferinnen Watteau's und die Nymphen Boucher's, aber der Stoff, der Vorwurf packte die Massen; nicht so fast dem Künstler, sondern dem Patrioten, der alte Römer malte, um seinen Zeitgenossen ein Beispiel republikanischer Mannheit und Würde vor Augen zu führen, jauchzte ganz Frankreich Beifall. Ja, dies sind unsre Ahnen, riefen die geschmeichelten Pariser, dies die Erblasser; treten wir die Erbschaft an! Das Römische kam immer mehr in die Mode. Das zeigte sich besonders bei der Bestattung Voltaire's im Pantheon 1788; die Mitglieder der Pariser Theater erschienen in der altrömischen Tunica und Toga, Künstler und Schriftsteller hielten Palmzweige und antike Embleme in den Händen, die ganze Feier trug gleichsam antike Gewandung. Bald darauf bestellte Ludwig XVI. selbst bei David eine Rückkehr des Brutus in seine Familie; gerade so wie Marie Antoinette durch ihre Fürsprache für Beaumarchais und sein satirisches Drama „Figaros Hochzeit" den Sturm auf die bestehende Ordnung entfachen half, leistete der König dem Kultus des Altrömischen, der mit den Sympathien für die Republik in innigstem Zusammenhang stand, selbst Vorschub. Ein Deutscher v. H. (Halem?), dessen Reisebriefe aus Paris in Wielands Teutschem Merkur abgedruckt sind, stattete dem Künstler gerade in jenen Tagen, da der „Brutus" auf der Staffelei stand, einen Besuch

ab; er nennt David „einen Mann, der große Situationen zu fassen, in der Phantasie auszubilden und im großen Raphaelschen Stil darzustellen weiß", und entwirft vom neuen Gemälde eine pathetische Schilderung. „Der Krampf des verbissenen Schmerzes zuckt sichtbar bis in die Spitzen der gekrümmten Füße hinab, und der Wunsch, daß die Finsterniß finsterer um ihn werden möchte, dämmert im Auge."

Wenn man vorher noch zweifeln konnte, so lag nach den Oktobertagen 1789 offen zu Tage, worauf die Bewegung lossteuere. Der Sturz des Königtums war das Ziel der Gemäßigten wie der Radikalen, und alle Parteien wurden von Tag zu Tag abhängiger von der dunklen, wimmelnden Menge, vom Pöbel, der sich seiner Kraft bewußt geworden war, einer rohen Kraft, die nur zerstören konnte. Die Nation gerieth in fieberhafte Aufregung; man lebte um so hastiger, da niemand wußte, was der kommende Tag bringen werde. Nun gab es zu allen Stunden des Tages und der Nacht in allen Räumen und Winkeln von Paris Wahlversammlungen, Klubsitzungen und Verschwörungen. Die Männer der Zukunft irrten noch unbekannt und unbeachtet in der Menge. Man konnte damals, sagt Viktor Hugo, auf einen Lieutenant stoßen, der eines Tages Kaiser der Franzosen, und auf einen Sergeanten, der König von Schweden wird. Der nachmalige Marschall Gouvion St. Cyr spielt noch im Theater des Marais eine Rolle in der Mère coupable von Beaumarchais. Die Theater sind überfüllt, aber man geht nicht mehr des Stückes wegen hinein, sondern um bei gewissen Stellen demonstrativen Beifall zu spenden und in den Zwischenakten die Tagesneuigkeiten von der Bühne herab verkünden zu hören.

Unter solchen Umständen war an eine Pflege der bildenden Kunst nicht zu denken. „Auf einmal", sagt Jakob Falke in seiner Geschichte des modernen Geschmacks, „waren alle Ueberreste des Rokokogeschmackes mitsammt den Neubildungen, die im Werden begriffen waren, in dem wilden Strome hinweggefegt; hinweggeblasen war der Reifrock und die hohen Frisuren samt Schnallen und Strümpfen, samt Puder und Zopf, das Haar

flatterte frei im Winde, aber auch die Grazien waren davon geflohen, die echten wie die falschen.“ Zwar bei David bestellte die Nationalversammlung selbst ein großes Gemälde zur Verherrlichung des Schwures im Ballhause; um die Kosten aufzubringen, sollte eine Subskription eröffnet werden. Ein im „Teutschen Merkur“ abgedruckter Brief des Deutschen v. H. an Wieland schildert die Scene, die sich am 31. Oktober 1790 in der Nationalversammlung abspielte; sie liefert den Beweis, daß damals die Kunst wenigstens an Achtung noch nicht eingebüßt hatte. Der Abgeordnete Dubois de Crance erinnerte an jenen großen Augenblick, da sechshundert Deputierte, „umringt von den Bajonetten des Despotismus,“ sich selbst den Schwur leisteten, nicht eher auseinander zu gehen, bis die Verfassung vollendet und damit die Freiheit Frankreichs fest begründet wäre; daran wurde der Antrag geknüpft, das Ballhaus, die Wiege der Freiheit, sollte als Nationaldenkmal auf ewige Zeiten in seinem gegenwärtigen Zustand erhalten bleiben, und zugleich sollte jene weltgeschichtliche Scene auf Kosten des Staates durch die Hand des größten Meisters der Gegenwart verewigt werden. „Ich sage: von der Hand des größten Meisters! Wen anders könnte ich damit meinen, als den Schöpfer der Horatier und des Brutus?“ Als darauf die ganze Versammlung lauten Beifall spendete, betrat der junge David selbst, bleich und zitternd vor Aufregung, die Rednerbühne. Er gab dem Danke für das gezollte Vertrauen Ausdruck und der Hoffnung, daß es ihm gelingen werde, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. „Freilich haben Sie mir damit auf eine lange Reihe von Nächten den Schlaf geraubt!“ Nun traten zahlreiche Redner mit Vorschlägen für das in Aussicht genommene Gemälde hervor. Abbé Dillon von Clergé nahm als sein Recht in Anspruch, daß auch sein Portrait aufgenommen werde, weil er nur durch einen Zufall von der Teilnahme am Schwur abgehalten worden sei. Herr Noailles, früher Herzog von Noailles, bat, es möchten doch auch jene weiland Adeligen, die schon damals mit den Herzen auf Seite der echten Volksvertreter standen, auf dem Bild angebracht wer-

den, „den brennenden Wunsch im Auge, daß sie selbst den Schwur leisten könnten.“ Als die Erinnerungen und Anträge kein Ende nehmen wollten, rief David ärgerlich, man möge doch daran denken, daß die historische Wahrheit und die künstlerische Einheit gewahrt bleiben müßten, und Mirabeau beendigte die Debatte mit der feinen Wendung, in der Kunst und nur in der Kunst sei der Despotismus berechtigt; man müsse also dem Maler das Recht zugestehen, sein Bild so zu malen, wie er es für's beste halte. Das Gemälde, im säkularisierten Kloster der Feuillans in riesigem Umfang begonnen, wurde niemals vollendet; wir haben nur einen Stich nach der Skizze, die unbestreitbar zu Davids lebens- und empfindungsvollsten Schöpfungen gehört. Auch bei Louis Watteau wurde von Staats wegen ein Gemälde bestellt; es sollte die Verbrüderung der frei gewordenen Departements verewigen. Doch diese und ähnliche Aufträge waren nur Tropfen für einzelne, während die große Mehrheit der zahlreichen Künstlerschaft ohne Aufträge blieb und infolge dessen bald ohne Brot war. Die tüchtigsten Künstler mußten feiern oder zu anderen Erwerbszweigen ihre Zuflucht nehmen.

Proudhon, der Boucher seines Zeitalters, wie ihn David verächtlich nannte, der französische Correggio, wie er von seinen Bewunderern genannt wurde, weil kein anderer wie er das zauberhafte Spiel von Licht und Schatten auf dem menschlichen Körper wiedergeben könne, siedelte gerade zur schlimmsten Zeit, im November 1789, nach Paris über. Bald war er genötigt, seinem Ehrgeiz zu entsagen und Zeichnungen zu Geschäftsanzeigen zu entwerfen. An Oelgemälde war nicht mehr zu denken; nur hie und da kann er sich eine Abendstunde stehlen, um zu seinem Vergnügen eine Zeichnung zu entwerfen; das meiste wird in der engen Familienstube von seinem Kind zerrissen oder von seiner Frau weggefegt; einiges aber bringt er zur Ausführung; dann hängt wieder einmal im Salon zwischen den Schildereien blutiger Thaten und stürmischer Vorgänge ein wunderlich abstechendes Eidüllion, eine anakreontische Studie, der Künstlertraum einer jonischen Sommernacht. Für die Anmut gab es aber in dieser Zeit kein

Verständnis; Elend und Hunger trieben Proudhon endlich von Paris weg in eine kleine Provinzstadt, wo er sich mit Portraitieren der Honoratioren so viel Geld verdiente, daß er wieder in die Hauptstadt zurückkehren konnte. Noch schlimmer erging es dem Liebling Frankreichs, Greuze. Sein großes Vermögen verflüchtigte sich in Assignaten, seine Werke wollte niemand mehr sehen, sein Name geriet gänzlich in Vergessenheit. Die Revolution warf die künstlerische Arbeit des ancien régime in die Plunderkammer; eben noch geachtet, gesucht, mit Glücksgütern überhäuft, hatten die Lieblinge der feinen Welt mit einemmal weder Sonne, noch Vaterland mehr! Die Mißachtung Greuze's erhielt sich auch nach der Revolution. „Ich habe Alles verloren“, schrieb Greuze 1801 an den Minister des Innern, „nicht e i n Gemälde wird bei mir bestellt, ich habe mein Lebtag nicht so trübe Stunden gehabt, wie jetzt in meinen alten Tagen!“ Als er 1805 starb, folgten seinem Sarge zwei Freunde. Heute werden seine Stiche mit Gold aufgewogen, seine Bilder stehen im Preis nicht tief unter den bestgefeierten Namen des Cinquecento. Ganz weggewischt von der Bildfläche wird auch Fragonard, den die Goncourt für den größten Dichter unter den Malern des 18. Jahrhunderts erklären. Madame Fragonard und andere Künstlerfrauen erschienen am 7. September 1789 in der Nationalversammlung und übergaben allen ihren Schmuck zur Verteilung unter das hungernde Volk. Aber bald geriet die Familie des berühmten Mannes selbst in bitterste Not: seine galanten Olympier und schmachtenden Schäfer fanden keine Liebhaber mehr. Kaum daß er noch hie und da eine Radierung oder ein grau in grau gemaltes Bildchen verkaufte! Er und die Seinen wären Hungers gestorben, wenn sich nicht David als Freund bewährt und Fragonard durch seine Fürsprache eine Konservatorstelle verschafft hätte.

In der Zeitschrift „La Révolution française“, welche seit 1881 von Dide in Paris herausgegeben wurde und für die Geschichte jener tollen Jahre reichen Stoff liefert, sind zahlreiche Briefe von Angehörigen aller Stände mitgeteilt, die den grauen-

vollen Umschwung aller Verhältnisse eindringlicher zu Gemüte führen, als die beredteste nachträgliche Schilderung. Darunter sind zwei Briefe des Hofmalers Antoine Vestier an seinen Schwager, einen Krämer in Avallon, für den Niedergang der Kunst und das Elend der Künstler, aber auch für den opfermutigen Patriotismus dieser Gilde klassische Zeugnisse. Noch im Salon von 1789 hatte ein von Vestier gemaltes Portrait des berühmten Staatsgefangenen Latude Aufsehen erregt; im nächsten Jahre bekam er für ein Portrait nur noch den vierten Teil des früheren Preises, und als die Bestellungen gänzlich ausblieben, konnte er sich nur noch durch Zeichenunterricht dürftig ernähren. Während er früher 1150 Livres Miete zahlen konnte, mußte er sich jetzt mit einer Wohnung begnügen, die nur noch 600 Livres kostete. Der König war ja nicht mehr in der Lage, Künstlern Aufträge zu geben, die Prinzen und reichen Edelleute hatten Frankreich verlassen, — wer sollte noch Bilder kaufen? Auch die Entwertung des Geldes durch den Assignatenschwindel traf in erster Reihe die Künstler, die mit jeder Art von Bezahlung zufrieden sein mußten. In dem Augenblick, da Vestier schreibt, hat er keinen Sou im Vermögen, aber — „gesegnet sei diese Not!" ruft er aus, „da es zum allgemeinen Besten ist, lege ich mir gern Entbehrungen auf. Die Nationalversammlung wird Alles wieder zurechtsetzen und der Nation dauernden Frieden, allen Bürgern dauerndes Glück erringen. Das Wenige, was ich jetzt noch verdiene, reicht nur von einem Tag zum andern hin, doch unsre Aristokraten sollen nicht triumphieren! Wenn sie uns sagen: die Revolution richtet euch zu Grunde, ihr werdet keine Portraits mehr zu malen haben! antworte ich unerschrocken: ich habe mehr Bestellungen, als mir lieb ist! Und so hält mich jedermann für sehr beschäftigt; ich aber arbeite nur für mich fort; mit der Zeit werden sich die Sachen schon verkaufen lassen!"

Die gleiche Not und die gleiche Freiheitsschwärmerei finden wir bei einem Künstler, dessen Name mit den graziösen Festen in Trianon und der Gebieterin dieser Feste, Marie Antoinette, eng verknüpft ist, dem genialen Zeichner und Kupferstecher des könig-

lichen Kabinets, J. M. Moreau. Am 6. Februar 1790 verlangten David, Giraud und Moreau in einer Sitzung der Akademie der bildenden Künste eine gründliche Umgestaltung der Statuten; auch in dieser Gemeinde sollten alle Vorrechte und Unterschiede aufhören, alle Mitglieder einander gleich sein. Von demselben Moreau, der so wundervoll die strahlende Schönheit der Königin und die lieblichen Reize einer Lamballe verewigte, ist die Medaille zu Ehren der Stiftung der Commune des arts gezeichnet: Minerva schmückt ihr Haupt mit der phrygischen Mütze! Moreau's Stichel verherrlichte verschiedene Ereignisse der Revolution; er lieferte auch die Skizze zu einem „Revolutionskostüm", das aus verschnürtem Ueberrock, faltigen Kniestiefeln, Federhut und Degen bestehen sollte. Doch all diese Beweise der Uebereinstimmung mit den „Aposteln der That" verhinderten nicht, daß auch in Moreau's Hause die bitterste Not ein ständiger Gast war; er verlor alle Ersparnisse und sah sich genötigt, eine Zeichenlehrerstelle anzunehmen, die ihm ein kärgliches Einkommen sicherte. Unter den Tausenden von Schülern, die er in den Anfangsgründen des Zeichnens unterwies, war ein zwölfjähriger Knabe, der für seinen Lehrer ein Bild für eine Tabatière fertigte, einen Reiter, der eine Pistole abfeuert: der Knabe war Horace Vernet. — Von einem Deutschen, J. Meißner, besitzen wir eine Schilderung von Paris im Jahre 1790. Darin erzählt er, eines Tages habe ihn in der Rue du Bac eine gut gekleidete Frau mit leiser Stimme angeredet: „Mein Herr, helfen Sie mir, ich bin keine Verworfene, ich besitze Talent, meine Bilder waren im Salon ausgestellt, aber jetzt habe ich seit zwei Tagen nichts mehr gegessen und der Hunger läßt alle Rücksichten schwinden!" Saint-Aubin, dessen „Bal paré", „Concert" und andere Blätter das Entzücken der Kenner wie der Schönen in Versailles gewesen waren, mußte froh sein, dürftige Vignetten, Lorbeerblätter, Blitzbündel und dergleichen für Proklamationen und Zeugnisformularien zeichnen und stechen zu dürfen. Als ihm die verheißene Dienstwohnung im Louvre wieder verweigert wurde, richtete er an den Bürgerminister Roland

ein Schreiben voll entrüsteter Klagen über die Mißachtung der Kunst von seiten der herrschenden Kreise: umsonst! Die Gäste der schönen Madame Roland, immer mit quäkerhafter Einfachheit gekleidet, wußten über die Segnungen der Freiheit auf's schönste zu reden, ließen den berühmten Ragouts und zarten Braten des tugendhaften Ministers alle Ehre widerfahren, hatten aber für die Kunst weder Herz noch Verständnis.

Nur solche Kunstzweige, die mit der sozialpolitischen Bewegung in unmittelbarem Zusammenhang standen, erfreuten sich einer gewissen Blüte. Es wirken ja nicht bloß die Zeitereignisse auf die Entwicklung der Kunst, sondern Kunstwerke können auch bedeutsam auf das nationale Leben einwirken. Ohne Zweifel wurde die revolutionäre Propaganda durch die Massenverbreitung von Bildern, welche die Tagesereignisse illustrierten, und von Caricaturen, welche gewisse Persönlichkeiten und Vorgänge in satirischer Absicht lächerlich machten, wirksam betrieben. Die meisten von diesen Blättern haben freilich mit der Kunst wenig oder nichts gemein, doch befinden sich darunter auch vortreffliche künstlerische Leistungen. Der geistvollste und geschickteste Illustrator der Revolutionszeit war Louis Philibert Debucourt. Die zahlreichen, von ihm entworfenen Zeichnungen gewähren Einblick in das Leben und Treiben auf den Straßen und in der Nationalversammlung, in Klubhäusern und Theater. Zwei Blätter von seiner Hand, die Promenade de la galerie du Palais Royal von 1787 und die Promenade publique au Palais Royal von 1792 bringen am deutlichsten den Unterschied der Zeiten vor Augen: dort das Palais Royal als Salon der internationalen vornehmen und reichen Welt, hier als Versammlungsplatz der Volksmänner, die ihre Mußestunden zwischen Konvent- und Klubsitzungen am liebsten in den Cafés und Speisewirtschaften des Palais Égalité zubrachten. Zu den wichtigsten literarischen Erzeugnissen der Revolutionsperiode gehört der von Debucourt seit 1791 herausgegebene Almanach für die Freunde der Verfassung. Die Tendenz ist revolutionär; Debucourt stellte sein Talent unbedingt in den Dienst der „Freiheit und Gleichheit“.

So ist z. B. der Almanach des Jahres III der Republik mit einer allegorischen Verherrlichung der Bergpartei geschmückt: die Philosophie thront auf einem Berge, zu dessen Füßen die Unken des Sumpfes, d. i. die Mittelparteien, ihr häßliches Spiel treiben. Auch François Janinets Stiche zählen zu den besseren Leistungen dieses Faches. Die Einführung der Deputierten in das Ballhaus zu Versailles durch den ceremoniösen Ceremonienmeister Herrn v. Brezé, die Plünderung von Saint Lazare, die Ermordung Foulons, der Zug der Marktweiber nach Versailles, das Duell der Abgeordneten Lameth und de Castries, die Proklamierung der Republik, — welchen Umschwung künden diese vergilbten Blätter!

Ungeheure Verbreitung fanden die Tableaux historiques de la révolution française, gezeichnet von Prieur, gestochen von Berthault; sie sind für die Geschichte jener Tage eine ebenso wichtige Quelle, wie die Stiche von Tortorel und Perissin für die Religionskriege des 16. Jahrhunderts oder die Campagnes du Roi für die Feldzüge Ludwigs XIV. und Ludwigs XV. Prieur war nicht bloß, wie Debucourt, ein überzeugter Anhänger der Revolution, sondern einer der blutdürstigsten Genossen Robespierre's. Nach dem 9. Thermidor wurde ihm der Prozeß gemacht, und es wurde gegen ihn der Vorwurf erhoben, er habe häufig mit Behagen die abgeschlagenen Köpfe gezeichnet; Prieur wurde auch zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Illustrationen sind von einem Text begleitet, den der Herausgeber Claude Fauchet verfaßte. Das Programm enthält eine dreiste Entstellung der Thatsachen. In einer Zeit, da das Gebiet der bildenden Künste nur noch einem öden Trümmerfelde glich, versichert Fauchet: „Der Genius der Freiheit erweckt den Genius der Künste, erhöht seine Macht, erweitert sein Herrschaftsgebiet, erhebt seine Entwürfe zur Höhe des Vaterlandes und geleitet seine Werke zur Unsterblichkeit!“ — Ein realistisches Talent und ein feiner Beobachter war auch Charles Vernet, der Vater des Schlachtenmalers Horace Vernet; mit leicht carikirender Feder schilderte er das Volk von Paris, wie es unter dem

Druck des Schreckensregiments scheu und ängstlich durch die Straßen hastete und unter dem Direktoire sich ebenso aufgeregt und gierig dem leichtfertigsten Genußleben ergab.

Den eigentlichen Caricaturen der Revolutionsperiode sprechen Edmond und Jules Goncourt, die als Kenner und Legitimisten warme Verehrer des aristokratischen Kupferstichs der vorrevolutionären Zeit sind, jeglichen künstlerischen Wert ab; sie erblicken darin nichts als „platte Vaudevillerefrains, in den Straßen aufgelesene Pointen, ausgeführt durch läppische Zeichner, die sich gegenseitig nachahmen und elende Witze bis zum Ueberdruß nach allen Seiten drehen und wenden.“ Auch Charles Nodier klagt, daß die Caricatur von damals immer nur bitter, giftig, zügellos gewesen sei. Grand-Carteret, der Geschichtschreiber der Caricatur in Frankreich, weist diese Anklagen als ungerecht zurück. „Als ob eine Kunst, die in gewaltthätigen Zeiten sozusagen der lebendige Stift des Hasses ist und aus der je nach Bedürfnis vergrößernden oder verkleinernden Übertreibung ihre Lebenskraft zieht, korrekt, gelassen und gemäßigt sein könnte!“ Doch auch Grand-Carteret gibt zu, daß die politische Caricatur in Frankreich durchaus nicht auf der Höhe der englischen steht und immer plumper und brutaler wird, je mehr die Schreckenszeit herannaht. Nur vom kulturgeschichtlichen Standpunkt gewähren diese Spottbilder Interesse. Den Beginn der Revolution kündet ein rundes, thalergroßes Bildchen: Herr Necker läßt dem nackten Frankreich durch einen Mann des dritten Standes ein neues Kleid anmessen, — darauf folgt eine lange Reihe von Grotesken, jede an ein wichtiges Ereignis erinnernd, jede einen vergifteten Pfeil absendend, — satirisch-burleske Zwischenaktsbilder eines furchtbaren Trauerspiels!

Auch andere dürftige Kunstübung wurde durch die sozialpolitische Bewegung angeregt und beeinflußt. In der Zeitschrift: „La Révolution française“ werden in fortlaufender Reihe die Curiosités révolutionnaires aus den Provinzmuseen aufgezählt. Da stoßen wir neben unzähligen Büsten von Lafayette, Danton, Couthon, Marat und anderen Lieblingen der Menge auch auf

Gefäße und Geräte aller Art, die mit Darstellungen denkwürdiger Revolutionsereignisse geschmückt sind. Insbesondere der Bastillesturm wurde, wie aus Champfleury's Histoire des faïences patriotiques sous la révolution zu entnehmen ist, auf Tellern und Krügen, Töpfen und Pfannen verherrlicht. Einer gewissen Berühmtheit erfreuten sich die Fayencepfannen eines Töpfers Olivier in Paris, von welchen das Museum der Manufaktur in Sèvres, sowie das Musée Carnavalet mehrere Exemplare besitzen; die Pfannen haben die Form der Bastille mit ihren acht Türmen in den Farben des Originals. Von künstlerischem Wert ist, wie die Abbildungen in der Monographie Champfleury's zur Genüge beweisen, bei allen diesen, bezeichnenderweise aus billigstem und schlechtestem Material hergestellten Fabrikaten nicht zu sprechen.

Und wie konnte es anders sein? Die Pflege der bildenden Künste setzt Wohlstand und Lebensfreude in der tonangebenden Gesellschaft und Schönheitsgefühl auch bei den Volksmassen voraus. Die französische Nation aber stand unter dem Eindruck einer fürchterlichen Metamorphose, gegen die sämtliche Metamorphosen Ovids harmlose Kindermärchen sind: die sehnsüchtig erwartete, jubelnd begrüßte Göttin der Freiheit verwandelte sich zusehends in eine greuliche Sphinx, halb freches Weib, halb Ungetüm mit Tigerpranken und Schlangenschweif, dem Scheusal ähnlich, das Milton vor den Pforten der Hölle sah. Die Revolution kämpft nicht mehr bloß mit dem Königtum, sondern auch mit der Civilisation, weil sie unter „Tyrannen" heranreifte. Die Physiognomie der Hauptstadt hat sich, seitdem die Jakobiner in den Vordergrund traten, gewaltig verändert. Das Volk war nicht mehr lärmend, neugierig, enthusiastisch, sondern mißtrauisch und drohend. Man sah nur wilde oder ängstliche Gesichter! Paris gehörte nicht mehr den Parisern, sondern den Halsabschneidern, die aus den Provinzen und aus aller Herren Ländern dort zusammenströmten und jedem mit dem Messer in der Hand zuriefen: „Freiheit und Gleichheit! Denke wie ich, oder stirb!" Der König wird abgesetzt, dafür setzt sich der Pöbel auf den

Thron. „Die Republik braucht keine Gelehrsamkeit!“ ruft Dumas. „Die Republik braucht keine Kunst!“ ruft David und sieht mit Befriedigung zu, wenn die plebejischen Bilderstürmer die Statuen der Könige und Feldherren zertrümmern. In einem Organ der Bergpartei „Le Créole Patriotique“, wird die Zerstörung der Standbilder der Könige folgendermaßen zu rechtfertigen gesucht (August 1792): „Die Freunde des Thrones haben nicht verfehlt, über die Aechtung der Denkmäler, welche der Tyrannei geweiht waren, Lärm zu schlagen, indem sie behaupten, die Kunst werde darunter leiden. Da müßten sie erst beweisen können, daß sich die Künste nur im Dienste der Knechtschaft vervollkommnen könnten, und dieser Beweis wäre der erste Anlaß zur Aechtung. Dann müßten sie darthun, daß die Künste bis auf diesen Tag nur dem Despotismus unterworfen waren; in diesem Falle müßte man sie befreien und sie der Freiheit, der Wohlthätigkeit und dem allgemeinen Besten nutzbar machen. Wenn es ihnen noch gelänge, überzeugend darzulegen, daß die Künste nur bei monarchischer Staatsform gute Werke hervorgebracht haben, so müßte man sich beeilen, ein Gesetz zu erlassen, daß diese Entwürdigung ausgetilgt würde durch andere, des Menschen und seiner Rechte würdigere Werke. Allein es läßt sich ja nachweisen, daß die Künste, gleichviel welche Staatsform die herrschende war, ewige Vorbilder der Schönheit und Meisterwerke der Arbeit hervorgebracht haben, und wenn die Künstler gerade von den Tyrannen so schöne Standbilder geschaffen haben, so geschah dies nur deswegen, weil diese Tyrannen über die Schätze der Völker verfügten und ganz allein die Kosten von prächtigen und kostspieligen Denkmälern bestreiten konnten. Mit einem Wort, nur Sklavenseelen werden mit den Monumenten, welche dem Despotismus geweiht waren und jetzt endlich durch die Vernunft der Freiheit geopfert worden sind, Bedauern empfinden. Diesen Aufschwung verdanken wir Pierre Manuel; durch ihn sind wir darüber zuerst aufgeklärt worden; dafür sei ihm Ehre gezollt, wie für alle anderen Lichtstrahlen, die heute das Volk über seinen wahren Vorteil, seine Würde und sein Herrenrecht aufklären.

Despoten der Erde, ihr werdet umsonst den Ruhm dieses Richters beneiden; ihr werdet nur dann gleich ihm die Achtung der Völker verdienen, wenn ihr euch nur den Ruhm und das Glück der Menschheit angelegen sein lasset!" David selbst, seit 1792 Mitglied des Konvents und fanatischer Republikaner, verlangte im Konvent, daß aus dem Palast der französischen Malerschule auf dem Monte Pincio in Rom die Standbilder der Ludwige, diese „Reliquien des Feudalismus und des Götzendienstes", entfernt würden; über der Ausführung des Beschlusses kam es in Rom zu stürmischen Szenen. Unbedenklich stimmte David für die Hinrichtung des gutmütigen Fürsten, der sich von ihm die Heimkehr des Brutus hatte malen lassen. Jetzt däuchte ihn jener königliche Auftrag die Entwürdigung eines freien Menschen. Kunst ist Luxus, und Luxus ist Schande! Nur als Mittel, um politische Ideen ins Volk zu tragen, sind gewisse Kunstgattungen noch zulässig und erwünscht. David selbst malte den im Januar 1793 von einem königlichen Gardisten ermordeten Kollegen Lepelletier und bot das Bild dem Konvent zum Geschenk an, mit der ausdrücklichen Erklärung, daß er nur deshalb noch die Kunst pflege, weil sie ein Mittel sei, den Patriotismus zu wecken und zu nähren. Nach Beschluß des Konvents wurde das Bild des „Märtyrers" im Sitzungssaal aufgehängt.

Dieser Sitzungssaal selbst zeugt für den traurigen Verfall des Geschmacks und der Kunstübung, für den Einfluß des Zeitgeistes auch auf Plastik und Architektur. Für Bildhauer und Baumeister bedeutete die Revolution ebenso wie für den Maler den Bruch mit der Tradition. Das 18. Jahrhundert hatte sich an graziöser Durchbildung, an äußerer Formvollendung der plastischen Werke erfreut und hatte sich mit der Überschätzung dieser Vorzüge in Unnatur verloren; darum ertönte auch hier der Ruf: Rückkehr zur Natur, und was damit gleichbedeutend schien, Rückkehr zur Antike! Aber die keusche Einfalt der griechischen Kunst blieb dem Zeitalter fremd; das falsche Pathos, der theatralische Aufputz der römischen Plastik wurden bewundert und nachgeahmt. Und ebenso war es mit der Baukunst. Der

Sitzungssaal des Konvents ist ein Muster desjenigen Stils, welcher jetzt zur Herrschaft kam, des Messidorbaustils, wie er wohl genannt worden ist. Die Kunst, die bis vor kurzem in blendenden Farben und zierlichen Formen geschwelgt hatte, war jetzt auf Wasser und Brot eingeschränkt und gestattete sich nur noch die gerade Linie; die Uebertreibung in Verschnörkelung und Ornamentik machte einer nüchternen, ja geradezu unkünstlerischen Enthaltsamkeit Platz, die Muse wandelte sich in ein Skelett. Früher, als der Konventsaal noch als Theatersaal gedient hatte, waren die Logen von üppigem Geranke umrahmt, die Decke erstrahlte in Purpur und Gold, die Girandolen, Kronleuchter, Vorhänge, Prunkstühle waren Meisterstücke des Kunstgewerbes, — jetzt war die goldene Königspracht verschwunden, alles, was an die Tyrannenzeit erinnerte, war entfernt; Logen, Sitzbänke, Rednerbühne, alles war in regelmäßigen Linien gehalten, nirgends ein Schmuck gestattet, nur eine Riesenstatue der Freiheit ragte drohend in dem weiten, kalten, nüchternen Raum, — man hatte die Empfindung, sagt Victor Hugo, als sei hier die Phantasie eines Boucher durch David guillotiniert worden. Hier saß David, neben ihm der Bildhauer Sergent, hier saßen der Dichter Chenier, der Schauspieler Collot d'Herbois, der Fleischer Legendre, der Herzog Philipp Egalité, der deutsche Phantast Anacharsis Cloots, der Bluthund Carrier, der Hanswurst Hebert, und wie sie alle heißen, die Abenteurer des Geistes und Narren der Tugend, die angeblich das Reich der Freiheit aufrichten wollen, in Wahrheit aber nur eine des Negerstaates Dahomey würdige Willkürherrschaft begründen.

Jakobinische Grundsätze schließen eine Kunstpflege geradezu aus. Aller Schmuck des Lebens ist ein verächtliches Ueberbleibsel des Aristokratismus. Die Rückkehr zur Natureinfalt muß sich auch in Kleidung und Gerät zeigen; Wohlhabenheit ist Verbrechen, Armut Pflicht, allgemeines Elend die letzte Weisheit. Der Grundsatz der absoluten Gleichheit — erklärte Buonarotti, der Freund Babeufs und Wortführer der „égalitaires“ — fordert die Aufhebung alles Eigentums. Allen soll auf

Alles das gleiche Recht zustehen. Ebenso soll auch die Arbeit eine Pflicht Aller sein. Da sich aber aus der Mannichfaltigkeit der Arbeit immer eine gewisse Ungleichheit der Lebensstellung ergibt, sollen sich alle Bürger der möglichsten Einfachheit befleißigen. „Es ist für das Wohl der Menschheit von großer Wichtigkeit, daß keinem der Bürger irgendwo das Zeichen eines höheren Ranges entgegentrete.“ Deshalb soll nicht der eine in Tuch, der andere in Zwilch gekleidet sein, sondern Alle sollen die gleiche Kleidung haben. Freilich können nicht ebenso die Unterschiede der geistigen Begabung einfach aufgehoben werden, deshalb „soll die Arbeit der Künste und Handwerke auf diejenigen beschränkt werden, welche sich leicht Allen mitteilen lassen.“ Wenn erst einmal alle Kinder in der gemeinsamen Erziehungsanstalt aufgewachsen sind, werden sich die geistigen Unterschiede ohnehin wesentlich verringern. „Was kann,“ bemerkt Lorenz v. Stein zu diesem tagtäglich vom „Tribun du peuple“ verteidigten Programm, „die fürchterlichste Despotie dem Menschengeschlecht mehr nehmen, als was hier die Idee der Gleichheit zum Heile des Volkes zu nehmen droht!“ Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! schreibt man an die Wände von Kirchen und Palästen, sogar an den Käfigen der wilden Tiere im Jardin des plantes prangt — eine nicht beabsichtigte Ironie! — das Wahrzeichen der Revolution. Im neuen Sparta werden, wie im alten, Brudermahlzeiten gefeiert, aber in zerfallenden Hallen oder kotigen Straßen, denn auch Reinlichkeit und Ordnung sind ein überwundener Standpunkt. Aller Unrat wird auf die Straßen geworfen, nach Regengüssen überflutet das schmutzige Wasser Plätze und Straßen, dagegen sind die öffentlichen Brunnen ohne Wasser. Buden mit allerlei Kleinkram erheben sich allerorten, dagegen sind die Läden mit den kostbaren Spiegelscheiben und prächtigen Auslagen geschlossen. Die Häuser sind bis zum ersten Stockwerk beklebt mit farbigen Plakaten. Dort und da hat man aus einem Fenster eine Trikolore oder eine phrygische Mütze herausgehängt. In den prächtigsten Palästen sind Speisewirtschaften und Schnapsbuden eingerichtet. An den Kirchen

sind die Kreuze und die Heiligenbilder zertrümmert oder entfernt; an ihre Stelle sind Embleme der Freiheit getreten. Die Standbilder der Könige sind umgeworfen oder verstümmelt. Die Statue Heinrichs IV. allein sollte verschont werden; die Henriade Voltaire's sprach zu ihren Gunsten. Doch in der Schreckenszeit galt auch diese Empfehlung nicht mehr. „Er ist ein Vorfahr des meineidigen Ludwig!“ hieß es, und auch dieses Kunstwerk stürzte in den Staub. Kunstwerke gab es sonst nur noch auf dem Trödelmarkt. Hier war alles aufgehäuft, was früheren Generationen zum Entzücken gereicht hatte! Bilder aller Art, kostbare Gobelins, vergoldete Standuhren, reichgeschnitzte Spiegeltische, Tabatièren aus Achat und Malachit, Leuchter mit Statuetten nach Lagrenée, Vasen aus Flußspat, Tische à la Trochin, Claviere von Blanchet waren zum Verkauf ausgestellt neben elendem Gerümpel, das aber, wenn es zu praktischem Dienste zu verwerten war, höher im Preise stand, als jene Kleinodien. Wie leicht konnte man durch Ankauf von Reliquien des ancien régime verdächtig werden! Da die Not immer entsetzlicher anwuchs und der Hunger alle sanften Empfindungen, alle Bildung und Ueberlegung im Menschen niederhält, sieht die wütende Menge ihren Feind in jedem, der noch einen guten Rock sein eigen nennt oder um Tausende von Assignaten einen Sack Mehl für sich erstanden hat. Das „Volk von Paris“ hat das Gelüste und die Moral eines Raubtieres.

Nur aus dieser wahnsinnigen Entartung läßt sich erklären, daß der widerwärtigste und blutdürstigste von allen, Marat, vergöttert wurde! Ein Dichter wie Chenier schrieb eine Apotheose des Scheusals, ein David malte ihn, die Strickerinnen der Conventstribüne beteten eine Litanei zum „hl. Herzen Marats.“ Ein merkwürdiger Zufall fügte es, daß die Züge des unglücklichen Mädchens, das an dem Scheusal Marat, wie sie selbst sich rühmte, „im Namen der beleidigten Menschheit die Hinrichtung vollzog,“ durch einen Deutschen der Nachwelt überliefert wurden. In den Tagen, da die Ermordung Marats

durch Charlotte Corday ganz Paris in Aufregung versetzte, hielt sich hier ein junger Maler, Johann Jakob Hauer aus Rheinhessen, auf; ob er in Davids Atelier Unterricht genoß, ist zweifelhaft. Von Charlottens Schönheit und Unglück gerührt, bat er sie, während der Gerichtsverhandlung (17. Juli 1793) ihr Bild zeichnen zu dürfen; sie gab ihre Zustimmung und wandte ihm heiter das Antlitz zu, damit er ihre Züge besser erfassen könne. Nach dieser Skizze ist das in der Gallerie zu Versailles befindliche Originalgemälde von Hauer gefertigt. — Der „Marat" Davids war wieder ein Ereignis in der Geschichte der Malerei. So getreu nach der Natur war noch nie gemalt worden — eine entsetzliche Treue, doch die packende Wirkung läßt sich nicht bestreiten. Auch dieses Bild schenkte David dem Convent; zugleich forderte er für den großen Toten Bestattung im Pantheon, und der Antrag fand Zustimmung. Politischen Einfluß hat David niemals geübt; er ergriff nur in Fragen, welche die Kunst betrafen, das Wort, stimmte aber immer mit den Getreuen Robespierre's. Eine leitende Rolle spielte er bei den großen Festen, die zu Ehren militärischer Erfolge oder wichtiger gesetzgeberischer Akte dabei gefeiert wurden. Auch dabei trat dann seine Schwärmerei für die Antike zu Tage; nach dem Vorbild der Panathenäen wurden Umgänge veranstaltet und Chöre gesungen; die Volksvertreter hüllten sich in Togen und saßen auf kurulischen Stühlen; auch bei Redeakten und Spielen wurden antike Sitten nachgeahmt. Was für frostige Feste! Nur die Angst, durch Nichtteilnahme Verdacht zu erregen, trieb die Leute auf das Marsfeld und in die Champs Elysées; das Fallbeil blitzte ja über dem Haupte eines jeden, der nicht zu den gesinnungstüchtigen Anhängern Robespierre's gehörte. Die Hungersnot und die ungewöhnliche Kälte des Winters von 1794 steigerten die Verzweiflung. Die Brotrationen der Bürger schrumpften mit jedem Tage mehr zusammen, zuletzt wurde nur noch ein viertel Pfund verabreicht. Es kam zu entsetzlichen Szenen, wie sie die Geschichte sonst nur aus belagerten Städten berichtet. Endlich wurde der Hunger auch für die Gewalthaber

verhängnisvoll. Das Volk regte nicht nur keinen Finger, sondern jubelte, als man seinen Abgott Robespierre zum Richtplatz schleppte.

Nach der letzten Verteidigungsrede, die Robespierre am 9. Thermidor im Convent hielt, umarmte David seinen Freund und Meister. „Wenn du zum Schierlingsbecher verurteilt wirst, will ich ihn mit dir leeren!“ Als er aber einige Tage später verhaftet wurde, hatte er sich inzwischen eines besseren besonnen; schlotternd vor Todesangst, verleugnete er seinen Messias: „Der Unglückliche hat mich betrogen!“ Sein nichts weniger als heldenhaftes Betragen würde David nicht gerettet haben, wenn nicht sein Kollege Thibaudeau für ihn eingetreten wäre und seine Schüler die Freilassung des Unersetzlichen erfleht hätten. Im Gefängnis fand David „sich selbst.“ Er habe jetzt, so erklärte er seinen Freunden, die große Täuschung seines Lebens überwunden, er wisse jetzt, daß die Kunst um ihrer selbst willen Geltung habe und daß ihn das Geschick zum Jünger der Kunst, nicht zum Diener der Politik bestimmt habe. Unverzüglich griff er denn auch wieder zu Pinsel und Palette. „In vinculis“, hatte er den Gefängnisgarten gezeichnet, das einzige Landschaftsbild, das wir von ihm besitzen. Auch noch im Luxembourg entwarf er die Skizze zu einem großen Gemälde, das zwar wie seine früheren der römischen Geschichte entnommen war, doch wie er erklärte, „plus grec, avec plus d'adresse et goût“ gemalt werden sollte. Er war zur Einsicht gekommen, daß seine Römer Halbbarbaren gewesen seien, deshalb verließ er den römischen Stil und suchte den griechischen zu finden; seine Kunst sollte nicht mehr außerhalb der Kunstsphäre liegenden Ideen, sondern nur dem Schönen dienen. Die „Sabinerinnen,“ erst 1799 vollendet, symbolisieren zugleich den Umschwung; der sich im öffentlichen Leben der Nation unter dem Directoire vollzogen hatte, vor allem das Vorwalten des Fraueneinflusses, das für jene Periode charakteristisch ist.

Das Paris der Tallien und Barras zeigt ja eine ganz andere Physiognomie, als das Paris der St. Just und Robespierre.



Alle Welt atmete auf und fühlte das Bedürfnis, wieder einmal des Lebens sich zu freuen; das Tragische schlug ins Cynische um; an Stelle der altrömischen Nüchternheit und Strenge trat die Genußsucht der spätrömischen Zeit. Die Trimalchios tauchten wieder auf, der „Almanach der Feinschmecker“ fand gelehrige Schüler, man tafelte im ersten Stock des Palais Royal bei den Klängen einer Damenkapelle, soupirte „orientalisch“ bei Méot, tanzte bei Ruggieri. Extreme berühren sich. Auf die Jakobiner mit ihrer heuchlerischen Einfachheit und Sittenstrenge folgen die Muskadins in geblümten Fräcken, mit farbigen Cravatten und flatternden Strumpfbändern, und die Merveilleuses, deren Costume à la Grec sich beinahe nur auf einen Gürtel beschränkte. Der künstlerische Vertreter dieser Periode ist der schon genannte Charles Vernet. Nachdem er sich in Rom ebenso zu einem Maler von Ruf, wie zu einem eleganten Weltmann ausgebildet hatte, siedelte er zur Unzeit, unmittelbar vor dem Ausbruch der Revolution nach Paris über. Während der Schreckenstage verfiel er in Trübsinn, doch die Versöhnungsära“ des Directoire weckte ihn wieder zu künstlerischem Schaffen. Seine Sitten- und Modebilder zeigen, wie lebhaft sich in allen Kreisen ein Drang nach Ueppigkeit, Luxus und Wohlleben kundgab. Bezeichnend für die überreizte Stimmung jener Tage ist auch ein Bild von Boze, der seine Töchter, deren Köpfchen reizende Unschuld atmen, in Guillotinetoilette, d. i. in weit ausgeschnittenen, roten Hemden malte. Auch diese Uebergangsperiode war nicht von langer Dauer. Die spätrömische Genußsucht und die damit Hand in Hand gehende Charakterlosigkeit ebneten den Boden für den spätrömischen Cäsarismus. Ein Jahrzehent nach dem 9. Thermidor malt David, dessen „Horatier“ eines der ersten Zeichen des kommenden Revolutionssturmes gewesen waren, dessen „Marat“ typisch ist für die wüste Bestialität der Schreckenszeit, dessen „Sabinerinnen“ die Veredlung der Republik durch Frauenschöne und Fraueneinfluß feiern, an der Krönung des Sohnes und Erben der Revolution, Kaiser Napoleons I.

Wir nennen heute die Bilder des Künstlers, der sich von

allem Zwang und allen Regeln brutal losgesagt und die „Bastille der Akademie“ gestürmt hatte, trotz alledem „akademisch“. Als Malarbeit stehen die Griechen und Römer Davids sicherlich nicht über einer „mit Rosen gemästeten“ Anadyomene Bouchers oder einer ihrer Anmut allzu bewußten Hirtin Proudhons. Doch ebenso gewißlich verraten jene eine stärkere Empfindung der Natur, als diese, und das ist das Entscheidende: die Rückkehr zur Natur ist die segensreiche Wirkung der Jahre 1789 bis 1795. Freilich entringt sich die Kunst nicht mit eins den Fesseln des Conventionellen; auch der Klassizismus war noch keine gesunde, frische Naturanschauung, immerhin war er ein Jungbrunnen, eine gute Schule, in der die David, Gérard, Gros, Girodet wieder Ernst und Hoheit des Stils lernten, die dem tändelnden Rokoko abhanden gekommen waren. Es braucht nicht erst nachgewiesen zu werden, welchen Einfluß David auch auf die deutsche Schule übte, die Fäden lassen sich bis zu Carstens, Schick und Wächter verfolgen.

Die neue Renaissance wird von Jakob Falke fein und treffend charakterisiert: „Hingewiesen auf die Antike, ging die Kunst zum zweiten Male bei den Alten in die Schule. Ohne Frage legte sie in dieser Schule die bisherigen Fehler ab, aber die Art, wie sie das Erlernte zur Anwendung brachte, war eine völlig andere als diejenige der Renaissance, der ersten und großen Wiederbelebung der antiken Künste. Die großen Künstler des 15. und 16. Jahrhunderts, selbst diejenigen, welche einem Rafael und Michel Angelo voraufgingen, machten mit ihrer ganzen Zeit die Schule der Alten durch, aber sie traten als völlig selbständige und originale Meister von eigenartigem Charakter daraus hervor, und schufen einen nicht bloß der Zeit, sondern auch dem Wesen nach neuen Kunststil. Die Künstler aber vom Ende des vorigen Jahrhunderts, welche auf dieselbe Quelle der Kunst zurückgingen, kamen nie aus dieser Schule heraus; sie wurden Meister und blieben dennoch ewig die Schüler der Alten. Ein eigener Kunststil wollte ihnen nicht gelingen. Die Ursache mag die sein, daß sie die Kunstschöpfungen der Alten

als die letzte und einzige Quelle anstatt der Natur betrachteten, während die Künstler der Renaissance von den Alten nur die Art lernten, wie man die wirkliche Natur betrachten und verwenden soll, so daß sie dieselbe Stellung zu ihrer eigenen italienischen Natur und Menschenwelt einnahmen, wie der griechische Künstler gegenüber der griechischen Natur."

Der Klassizismus erhielt sich um so mehr, da auch Bonaparte für gut fand, an Cäsar anzuknüpfen; die Kunst wurde immer intensiver davon beeinflußt, immer entschiedener bildete sich der antikisirende Stil des Kaiserreichs heraus. Jetzt stand David erst recht im Mittelpunkt aller Kunstbestrebungen; Scharen von Schülern saßen zu seinen Füßen und wurden von ihm beeinflußt. Schöne, plastische Gestalten wurden von ihnen geschaffen, gewiß, aber naturwahr, lebendig waren sie nicht. Da erschien Gericaults „Schiffbruch der Medusa." Wie in der Literatur empörten sich auch auf dem Gebiete der bildenden Künste die Talente gegen das Alte, und Eugène Delacroix, ein Genius von Gottes Gnaden, verhalf der Romantik zum Siege. Ein neues Geschlecht wuchs auf, erreichte Ruhm und Bedeutung und alterte, bis der bizarre Ausspruch Courbets: „Le laid c'est le beau," „das Häßliche: das ist das Schöne!" als Evangelium einer neuen, besseren Kunst begrüßt wurde.

So drängt sich Welle an Welle, eine Richtung löst die andere ab, und die Anhänger einer jeden erklären mit gehobener Stimme:

„Und die Sonne Homers, siehe, sie lächelt auch uns!"

XIII.

Das Grabmal Kaiser Ludwig des Bayern in der Münchener Frauenkirche.

Als der junge Goethe zum erstenmal nach dem Straßburger Münster ging, hatte er nach seinen eigenen Worten „den Kopf voll allgemeiner Erkenntniß guten Geschmacks.“ Unter Gothisch stellte er sich etwas „ganz von Zierrath Erdrücktes“, Ueberladenes, Unnatürliches vor.

Doch „mit welcher unerwarteten Empfindung überraschte mich der Anblick, als ich davor trat. Ein ganzer, großer Eindruck füllte meine Seele, den, weil er aus tausend harmonirenden Einzelheiten bestand, ich wohl schmecken und genießen, keineswegs aber erkennen und erklären konnte.“

Auch in ‚Wahrheit und Dichtung‘ schildert Goethe die Gewalt, die das größte Denkmal deutscher Baukunst auf ihn ausgeübt, und wieder spricht er ein goldenes Wort. „Sehe ich in der neuesten Zeit die Aufmerksamkeit wieder auf jene Gegenstände hingelenkt, Neigung, ja Leidenschaft gegen sie hervortreten und blühen, sehe ich tüchtige junge Leute von ihr ergriffen, Kräfte, Zeit, Sorgfalt, Vermögen diesen Denkmalen einer vergangenen Welt rücksichtslos widmen, so werde ich mit Vergnügen erinnert,

daß das, was ich sonst wollte und wünschte, einen Werth hatte. Mit Zufriedenheit sehe ich, wie man nicht allein das von unseren Vorvordern Geleistete zu schätzen weiß, sondern wie man sogar aus vorhandenen unausgeführten Anfängen, wenigstens im Bilde, die erste Absicht darzustellen sucht, um uns dadurch mit dem Gedanken, welcher doch das Erste und Letzte alles Vornehmens bleibt, bekannt zu machen, und eine verworren scheinende Vergangenheit mit besonderem Ernst aufzuklären und zu beleben strebt."

Dem berechtigten Verlangen, „die erste Absicht wieder darzustellen", wurde im Jahre 1859 durch die Restauration der Liebfrauenkirche Rechnung getragen. Gewaltig und wesentlich waren die Veränderungen. Vor allem wurde der Bennobogen zwischen Schiff und Chor ganz entfernt; das Kleinod unseres Münsters, das Grabmal Kaiser Ludwigs des Bayern mußte vom hohen Chor in die Tiefe wandern, bis es in jüngster Zeit ganz nahe an den Eingang versetzt wurde.*)

Daß das Grabmal an seiner alten Stelle der im Schiffe knieenden Menge den Blick auf den Hochaltar verwehrte, daß es in seiner Eigenart nach Entfernung jener Einbauten und Zuthaten, seit die gothischen Strebepfeiler, die Kapellen, die Altäre, in ihrer ursprünglichen Einfachheit wieder hergestellt sind, besser da steht, wo es jetzt steht, mag zugegeben werden; daß der erwähnte, unter Wilhelm V. und Maximilian I. aufgeführte Triumphbogen, der barocke Prunk der Kanzel, der Chorstühle und Altäre „der ersten Absicht" zuwiderliefen, muß zugegeben werden. Doch viele Aeltere werden mir zustimmen, wenn ich behaupte, daß auch das Innere der Frauenkirche, wie es damals gewesen und heute noch in unserer Erinnerung steht, trotz alledem

*) Ob dabei nur praktische und ästhetische Bedenken maßgebend waren? Jedenfalls würde Westenrieder die Versetzung nicht gebilligt haben; noch in seinen 1824 erschienen „Hundert Sonderbarkeiten" sagt er: „Das in presbyterio errichtete kaiserliche Denkmal ist gerade im Presbyterium das genugthuendste Denkmal für diesen Kaiser, qui tanta tulit. Und dieses Denkmal nach dem Winkel des alten Taufsteins verbannen wollen, heißt es aus der Kirche verbannen!"

„einen ganzen großen Eindruck“ auf die Seele machte. „Ein unsinniges Gipsgebilde“ nennt der Verfasser der Geschichte der Frauenkirche den Bennobogen! „Der in den Formen der italienischen Hochrenaissance ausgeführte Bogen war zwischen die vier dem Chor zunächst stehenden Mittelpfeiler eingespannt und ruhte auf vier kräftigen, ausgekehlten Pfeilern, die Wölbung war leicht aus Stuck hergestellt und die Stuckornamente wechselten mit plastischen Gestalten und mit Malereien, die teils al fresco, teils wie die erhaltenen Stücke zeigen, in Oel auf Holztafeln ausgeführt und zwar von der Hand Peter Candids waren. Den Guß der Bronzen besorgte der Weilheimer Johannes Krumper.“ (P. Rée.)

Gewiß, zur maßvollen, ja nüchternen Gothik Altbayerns paßten jene Fruchtgewinde und Wappen, das Schwelgen in Formen und Farben, der Aufwand von Erz und Vergoldung, mit einem Worte, die dekorativen Absichten und Erfolge nicht, doch an sich betrachtet war der Bennobogen ein Kunstwerk großen Stils und ganz im Sinne der Erbauer und ihres Volkes ein Symbol der triumphirenden Kirche, die würdige Vorhalle des Kaiserdenkmals auf dem Chor. Der Gegensatz, der Reigen der Himmlischen, die auf dem Bogen wandelten, und der düstere Prunk des Grabes, erhöhte nur den Eindruck.

Noch heute empfinde ich den frommen Schauer nach, mit dem ich als Knabe auf das hochragende Grab mit seinen vier geharnischten Wächtern blickte. Der gewaltige Ernst des Kunstwerkes und die Erinnerung an den Kaiser, der für mich eine der erhabensten geschichtlichen Persönlichkeiten war, wirkten mächtig zusammen. Und die Bewunderung und die warme Teilnahme verloren sich auch im Laufe der Jahre nicht, und ihnen gesellte sich der Wunsch, mich über Entstehung und Bedeutung des Kunstwerkes genau zu unterrichten.

Dieser Wunsch wurde um so lebhafter, nachdem ich das prächtige Werk von Schönherr über das Maximilians-Grabmal in der Innsbrucker Hofkirche kennen gelernt. So durchforschte ich denn, was an archivalischem Stoff für Geschichte unseres Münchener

Mausoleums vorhanden, denn nur durch das Zurückgreifen auf die ältesten Quellen ließen sich neue Ergebnisse erhoffen; die vielen gedruckten Beschreibungen sind eine wie die andere dürftig und ungenau.

Und mein Suchen war auch nicht ganz vergeblich! Zwar ein ähnlich reiches Material, wie es Schönherr aus dem Innsbrucker Archiv gesammelt und verwertet hat, ist in den Münchener Briefgewölben nicht zu finden, aber auch schon Dank diesen spärlichen Quellen ließ sich feststellen, daß die Ueberlieferung in manchen Hauptpunkten ungenau und unrichtig ist, und so kann ich, auf gewissenhafte Arbeit gestützt, einiges Neue über das Denkmal mitteilen. Freilich, es sind nur Anfänge! Andere mögen weiter forschen und werden dann meine Ergebnisse zu ergänzen und auszubauen vermögen! — —

Am 11. Oktober 1347 verschied Kaiser Ludwig, der vom Kloster Fürstenfeld auf die Bärenjagd geritten war, in der Nähe des Dorfes Puch, wohl infolge eines Schlaganfalles. „Da gie ihm zu ein groz unmacht“, erzählt ein bayerischer Fortsetzer der sächsischen Weltchronik, „und ein swindel auf dem pferd, und daz im die ritter geholfen wolten haben, do viel er under das pferd, mit dem haubt zu der erden und sprach: „Suezze künigin, unser frawe, bis pei meiner schidung.“ Die Leiche wurde zunächst in's Kloster Fürstenfeld gebracht, am dritten Tag „gefürt gen München, do ward er begraben dazz unser Frawen“.

Auch von anderen zeitgenössischen, von einander unabhängigen Chroniken wird U. l. Frau als Begräbnisstätte genannt; hier war auch schon seine erste Gemahlin Beatrix bestattet worden. Vor einigen Jahren tauchte ein auf „uralte Tradition“ sich stützendes Gerücht auf, nicht in der Frauenkirche, sondern bei den Augustinern (in der heutigen Mauthalle) sei das Grab des Kaisers zu suchen; den Anlaß zu dieser Annahme mag wohl die Thatsache gegeben haben, daß die Augustiner, den Bannspruch des Papstes nicht achtend, treu zum Kaiser hielten, mithin auch wohl kein Bedenken getragen hätten, ihm in ihrer Kirche die letzte Ruhestätte zu gewähren, während die Beisetzung des Gebannten in einer Pfarr=

kirche immerhin auffällig ist. Die Erklärung bietet sich aber darin, daß Bann und Interdikt in bayerischen Landen nicht beachtet werden durften, und die Zeugnisse der ältesten und bestunterrichteten Quellen schließen, wie gesagt, jeden Zweifel aus. Die Nachforschungen in der Augustinerkirche ließen denn auch zwar auf viele Skelette, aber auf kein Kaisergrab stoßen; der Bericht über die Ausgrabungen will dies freilich nicht zugeben, sondern erblickt in einer etwas abseits gefundenen Leiche die sterblichen Ueberreste des Kaisers; die Hände umschlossen zwar ein Kreuz, auf welchem die Jahreszahl 1712 angebracht ist, aber dadurch wird der kühne Forscher nicht irre gemacht, er sagt: „das Kreuz ist während der österreichischen Invasion der Leiche in die Hand gedrückt worden, damit der Feind nicht das erhabene Kaisergrab schände!“

Ich glaube, wir brauchen uns bei diesem Zerrbild historischer Forschung nicht länger aufzuhalten.

Die Familie Kaiser Ludwigs wurde dank den Bemühungen Karls IV., der dafür den wertvollsten Teil der Erbschaft einheimste, reconciliert, aber die Bemühungen, die Absolution des Kaisers selbst durchzusetzen, blieben erfolglos. 1359 wollte deshalb der Bischof von Freising die Gebeine des Kaisers aus der geweihten Stätte entfernen lassen, aber Ludwig der Brandenburger hinderte ihn daran. Eine förmliche Lossprechung vom Bann wurde auch in der Folge nicht erreicht, wenn sich auch Kurie und Bischöfe von einer milderen Auffassung beeinflußen ließen. 1436 nennt Papst Eugen IV. den gebannten Wittelsbacher „divae memoriae Romanorum rex“, und Bischof Hermann von Freising bestätigt 1418 die Stiftung einer Messe, welche die Münchener Frauenkirche dem „Kaiser“ Ludwig zu verdanken habe. Noch gegen Ende des sechzehnten Jahrhunderts aber fragt Herzog Maximilian I. seinen Archivar Christoph Gewold, wie es wohl einzuleiten wäre, um endlich einmal die Absolution des Kaisers vom hl. Vater zu erlangen. Die da und dort aufgenommene Angabe, daß später wirklich eine Lossprechung erfolgt sei, beruht nur auf Gerüchten und Vermutungen.

Nahezu hundert Jahre ruhten Kaiser Ludwigs Gebeine in der St. Michaelskapelle in der alten Frauenkirche, dann wurden sie in der Fürstengruft neben dem Kreuzaltar untergebracht. 1480 wird von Papst Sixtus IV. erwähnt, daß in der älteren Frauenkirche die Leiber des römischen Kaisers Ludwig und einiger bayerischer Herzoge ehrenvoll begraben seien.

Zweifellos stand auch schon in der älteren Frauenkirche der schöne Grabstein, der heute leider, gleichsam verborgen in der Tumba des jüngeren Mausoleums, der Besichtigung fast gänzlich entzogen ist. Ueber Entstehung und Bedeutung des Denkmals würden wir uns noch heute in ebenso vagen Vermutungen ergehen, wie Lori vor hundert Jahren, wenn nicht der hochverdiente Nagler im ehemaligen Archivkonservatorium auf eine leider seither wieder verlorene alte Aufzeichnung gestoßen wäre, des Inhalts: „Meister Hanns der Steinmeißel hat daz kayser pilt gemacht 1438.“ Dieser Fund leitete auf neue Fährten und ermöglichte die ohne Zweifel richtige Erklärung. Während nämlich früher zwar das Bildnis des Kaisers richtig erkannt wurde, die untenstehenden zwei Gestalten aber als dessen Gemahlin Beatrix und dessen Sohn Stephan gedeutet wurden, hat zuerst Nagler darauf hingewiesen, daß das Marmordenkmal die Versöhnung zwischen den Herzogen Ernst und Albrecht III. gleichsam unter Schutz und Schirm des großen Ahnherrn Ludwig verherrlichen soll.

Am 12. Oktober 1435 ließ Herzog Ernst das „in Posheit verhartete Weib,“ Agnes Bernauer, die Geliebte seines Sohnes Albrecht, in der Donau ertränken. Zwar kennt nur die Tradition einen Rachekrieg Albrechts gegen seinen Vater; an trotziger Auflehnung des erbitterten Albrecht ist aber gewiß nicht zu zweifeln, und es wäre auch wohl zur Fehde gekommen, wenn nicht Kaiser Sigmund vermittelnd eingegriffen hätte. Herzog Ernst ernannte den reuig zu ihm kommenden Sohn zum Mitregenten, und Albrecht vermählte sich, dem Wunsche des Vaters Folge leistend, im November 1436 mit Anna von Braunschweig. Diese Versöhnung wird auf dem Denkmal gefeiert. Ein älterer

Mann, in ein auffallendes Hausgewand gekleidet, ein Barett auf dem Haupte, wendet sich zu freundlichem Empfang gegen einen in voller Rüstung einherschreitenden Jüngling, der die Rechte zum Handschlag entgegenstreckt; zwischen beiden Gestalten richtet sich ein Löwe schmeichelnd an dem Jüngling empor; über ihnen thront voll Hoheit und Machtbewußtsein Kaiser Ludwig, der Begründer der durch den Versöhnungsakt neu gesicherten Wittelsbachischen Einheit und Macht. Jeder Zweifel an dieser Deutung der Gruppe wird dadurch ausgeschlossen, daß zu Füßen der beiden Fürsten auf kleinen Schildern in erhabener Arbeit die beiden Buchstaben E und A (Ernst, Albrecht) angebracht sind, unter dem thronenden Kaiser in gleicher Anordnung ein L (Ludwig).

Vom Schöpfer des Denkmals, Hans dem Steinmeißel, haben wir so gut wie gar keine Kunde. Vielleicht stammt von ihm das Modell zu dem nicht ausgeführten Grabmal Herzog Ludwigs des Bärtigen, das heute im bayerischen Nationalmuseum verwahrt wird. Wahrscheinlich ist er auch identisch mit dem „Hans von München", der 1445 in der Stiftskirche zu Tegernsee den Sarkophag von rotem Marmor mit den Gestalten der Stifter des Klosters, Adalbert und Oskar, ausführte. Die Aehnlichkeit mit diesem Denkmal legt die Vermutung nahe, daß auch das alte Grabmal Kaiser Ludwigs als sogenanntes Hochgrab aufgestellt war. Damals waren noch an den Seitenwänden Reliefs angebracht, die 1568 auf den Italiener Massimo di Trojano so großen Eindruck machten, daß er sie mit Polyklets Schöpfungen verglich. Die Reliefs wurden vermutlich bei dem Bau des Mausoleums, da ja die Künstler der Renaissance in gothischer Bildnerei nur barbarischen Ungeschmack erblickten, weggenommen, wie damals auch die mit Inschrift versehenen Bandrollen, welche die Platte einrahmen, stark beschädigt wurden. Man muß sich zur Ausfüllung der Lacunen manche Freiheit gestatten, um die Inschrift zu enträtseln; sie besagt, daß Kaiser Ludwig hier bestattet sei mit den bayerischen Fürsten Johannes, Wilhelm, Ernst, Adolph und Albrecht dem

Jungen (III). Eine andere Inschrift auf der Kante des Steins nennt nach der Lesart Sigharts Herzog Albrecht III. als denjenigen, der für sich und seine Ahnen das Grabmal stiftete, wobei der Platz nach „starb anno“ freigelassen blieb, damit der Todestag später eingesetzt werde.

Der Grabstein Kaiser Ludwigs gilt heute als eine der glänzendsten Leistungen der Steinskulptur des fünfzehnten Jahrhunderts. „Die Darstellung,“ sagt Ernst Förster, „ist von einem feinen Gefühl für Wahrheit, Würde und Schönheit belebt.“ Jede Einzelheit ist mit bewunderungswürdiger Treue ausgeführt, doch nichts drängt sich vor, nichts stört die Gesamtwirkung, die man am besten mit zwei Worten kennzeichnet: einfach und groß! Von diesem Denkmal spricht unzweifelhaft Aventin, wenn er erzählt, daß in der Frauenkirche noch des Kaisers „merwelstainen grab“ zu sehen. Vermutlich stand es im Chor; wenigstens spricht Massimo di Trojano in seiner poetischen Schilderung der Vermählung Herzog Wilhelm V. mit Renata (1568) von einem in der Nähe des Hochaltars aufgerichteten Denkmal Kaiser Ludwigs, womit nur die Arbeit Steinmeißels gemeint sein kann.

Doch es ist nur höfisches Lob, wenn der italienische Abenteurer das Grabmal des Ahnherrn seiner Gönner so begeistert feiert: der Kunstgeschmack hatte schon jene Wandlung erfahren, die in den Werken der Gothik nur noch altfränkischen Formalismus erblicken ließ.

Die neue Richtung weckte den Gedanken, dem ersten Kaiser Wittelsbachischen Geblüts ein neues, prächtigeres Grabmal aufzurichten. Durch die Inschrift auf dem heute stehenden Denkmal werden wir belehrt, daß der Gedanke ursprünglich von Herzog Albrecht V. ausging, doch ist die Angabe Strebers, der genannte Herzog habe die Herstellung in seinem Testament angeordnet, nicht richtig. Herzog Wilhelm V. schickte sich an, den Gedanken des Vaters ins Leben zu rufen, doch fließen urkundliche Nachrichten über diese Anfänge des Werks so spärlich, daß sich von Plan und Ausführung kaum schwache Umrisse erkennen lassen.

Höchst wahrscheinlich ist nicht bloß ein Mausoleum Kaiser Ludwigs, sondern ein Denkmal für alle oder doch für die in der Frauenkirche bestatteten Fürsten des wittelsbachischen Hauses geplant gewesen; das großartige Innsbrucker Monument Kaiser Maximilians I. mag die Anregung gegeben haben. Derartiges läßt sich schließen aus einem Briefe des Augsburger Kapitelherrn Johann Georg von Werdenstein an Herzog Wilhelm V. vom 19. Oktober 1592. Der Herzog hatte „in verrichtung des fürgenomen werkes und herrlicher sepultura anerbieten und in solchem und desselben zugehörigen fürstlichen personen irer heurathen und wapen“, die Meinung und Mitwirkung des gelehrten Domherrn erbeten. Werdenstein berichtet nun, daß er zu diesem Zweck gemeinsam mit dem herzoglichen Archivar Dr. Michael Arrodenius schon die Wappen „aus allerlay buechern und collectionen ausgesucht, desgleichen auch conjugia ducum Bavariae aus allerlay scriptoribus et fide dignis monumentis zusammengetragen.“ Da die bayerischen Fürstinnen den verschiedensten Ländern entstammen, seien Wappen von Sicilia, Arragonia, Hungarn, Holland, Burgund, Polen, Schlesien, Mechelberg (Mecklenburg) und anderen Staaten anzubringen. Auffällig ist, daß auch von vier Fahnen, wie sie das Denkmal aufweist, schon in jenem Briefe die Rede ist. „Die vier Fahnen belangendt, wirdtet eß wohl stehn, daß die fürnemste regierende Fürsten cum numeris annorum darinnen begriffen wurden.“ Werdenstein verspricht, eigens nach München zu ziehen, um bei Ausführung der sepultura mit seinen Büchern und Kenntnissen behilflich zu sein.

Daß an dem geplanten Werke unter Wilhelm V. auch schon gearbeitet wurde, beweist ein noch vorhandenes Register, „was Ir fürstliche Durchlaucht Herzog Wilhelm in Bayern ꝛc. wegen fürstlicher Begrebnuß, so zue unser lieben frauen khumen würdt, seidt verschinen Jars Anno 95 an geldt haben dargelichen und die Hoffcamer höchstgedachter Irer fürstlichen Durchlaucht widerumben zu erstatten schuldig verpleibt.“

„Erstlich dem Hannsen Mentzinger seitenstückher auf zway-mal geben worden . . . . fl. 400.

Gleichfalls dem Feichtl seidenstückher, auch auf zwai-mal geben . . . . fl. 400.

Mer dem Hans Reichl wegen der Magdalena zu possiren geben worden . . . . fl. 100.

Mer dem Hans Prackh Niederlender von obgedachter Magdalena zu verschneiden bezalt . . . . . fl. 150

Summa in allem thuet . . . fl. 1050.

Wilhelm (eigenhändig).

Schon Trautmann und Gmelin haben die beiden letzten Posten mit der herrlichen Magdalena der Kreuzesgruppe im rechten Querschiff der Michaelskirche in Verbindung gebracht. Ich stimme dieser Ansicht bei, glaube aber nicht, daß damals geplant war, das Grab Wilhelms V. in der Frauenkirche aufzurichten, sondern daß jene Arbeiten für die von Werdenstein berührte größere fürstliche Sepultur bestimmt waren.

An künstlerischen Kräften hervorragenden Ranges war ja in München kein Mangel. Es sei nur erinnert an den Baumeister der Michaelskirche, Wendel Dietrich, an den Baumeister und Maler Friedrich Sustris, an Heinrich Schön, der seit 1611 die Residenz aufführte, an die Maler Antonio Viviani, Hans Werl, Hans Thonauer, Hans von Aachen u. A., an Raphael Sadeler, der seit 1602 an den Stichen für Raders Bavaria Sancta arbeitete, an Paul Krieger, der für den Hof die schönsten Juwelierarbeiten lieferte, an den genialen Bildner Hubert Gerhard und seinen Schüler Hans Krumper von Weilheim, endlich an Peter de Witte, der sich, 1586 nach München berufen, bald zum Mittelpunkt des dortigen Künstlerkreises machte und der Münchener Kunst seiner Tage den Stempel seines Geistes aufdrückte.

Erst in jüngster Zeit wurde die Münchener Erzbildnerei jener Epoche, deren Geschichte bis dahin so gut wie unbekannt geblieben war, liebevoller gewürdigt; wir besitzen jetzt wenigstens dankenswerte Beiträge, wenn auch noch nicht eine Geschichte

jener Kunst. Selten haben technische Künstler und Vertreter der hohen akademischen Kunst so harmonisch zusammengearbeitet, wie damals; an den meisten Werken läßt sich nicht mehr nachweisen, wo die Arbeit des Einen aufhörte, die des Andern begann. Im allgemeinen war üblich, daß ein Maler, besonders häufig Peter Candid, den ersten Entwurf machte, sodann ein „Bildstreicher", „Bildschnitzer" das Modell formte, endlich ein Stück- und Glockengießer den Guß besorgte. So sind z. B. die „Visierungen," d. h. Zeichnungen zu den meisten Statuen des Innsbrucker Denkmals von dem Münchener Meister Gilg Sesselschreiber entworfen. Viele Künstler standen unmittelbar im Sold des Herzogs. Auch damals war, wie heute, der höhere Sold nicht immer der besseren Leistung zugewendet; z. B. verfügt ein herzogliches Dekret vom 30. Juli 1618, daß in Ansehung des „Cammermahlers" Peter Candid dessen Sohn Wilhelm Candid, Maler, die vorher gehabte jährliche Besoldung von 120 Gulden, dem Ulrich Lotten, Malerjungen, gar nur ein Wochenlohn von 2 Gulden, dagegen dem Blasi Weinmaister, der sich neben dem fürstlichen Mundkoch Claudi Giler verwenden läßt, ein Jahresgehalt von 177 fl. 30 kr. gereicht werden soll. Auch hatten die engen Beziehungen zum Hofe manche Schattenseite; am 27. Juni 1583 wurde von Wilhelm V. einfach angeordnet, daß der Maler Christoph Schwarz, den der Lokalpatriotismus wohl als „deutschen Tizian" bezeichnet hat, wenn er das ihm aufgetragene Conterfei nicht bald fertig mache, „als ein leichtfertiger, unhilflicher und halsstarriger Mann am Leibe gestraft werde," und der Hofschnitzer Christoph Angermaier wurde 1618, weil er für Privatleute „ein Paar Engl und Totenköpfl" in Elfenbein geschnitten und verkauft hatte, von den Münchner Drechslermeistern schwer bedrängt.

Im Frühjahr 1604 gab Herzog Wilhelm V., der schon 1598 die Leitung des Staates seinem Sohne Maximilian überlassen hatte, aber sich noch keineswegs von Hof- und Staatssachen gänzlich fern hielt, den Befehl zur Umgestaltung des

Inneren der Frauenkirche. Vor allem sollte am Abschluß des Chors ein neuer Altar zu Ehren des hl. Benno errichtet und darüber „ein geringes, von Gips goßnes gewelb von ainer Capellen zu der andern gefürt werden.“ Das Domkapitel protestirte energisch gegen die Neuerungen: der Altar werde den Gläubigen die Aussicht auf den Hochaltar versperren, der Triumphbogen werde die ganze Kirche verfinstern. Herzog Wilhelm war aber von seinem Vorhaben nicht abzubringen; in einigen uns erhaltenen Briefen kanzelt er die Münchner Domherren wegen ihres Widerstrebens gegen ein Werk zu Ehren St. Benno's tüchtig ab. Wenn man einwende, es sei kein Geld da, um die Sache auszuführen, so sei dies gar nicht wahr; Herzog Maximilian wolle 1000 Gulden geben, die Stadt München ebensoviel, die Kirchenpröbste 700 fl., Franz Füll (vermutlich Franz Füll von Windach, damals Mitglied des inneren Rats zu München) 500 fl., das seien schon 3200 fl., noch andere Privatpersonen seien zu Spenden bereit, auch er selbst wolle den Gyps und anderes liefern. Jetzt den angefangenen Bau wieder einstellen, würde nur „allerlay neues gereffel, unkosten, staub und dergleichen verursachen.“ Als das Domkapitel in trutzigem Widerstand verharrte, mahnte Herzog Wilhelm noch eindringlicher. „Jr wöllt nit so desperate von den sachen reden und gedenken, sonder neben uns dem hl. St. Benno ain besseres thuen und also treulich mitwirken, damit dieß guet werckh vollendt werde.“ Nun scheint in die Bauführung ein rascheres Tempo gekommen zu sein, denn der in den Formen der italienischen Hochrenaissance ausgeführte Triumphbogen trug in der Mitte eine lateinische Inschrift, des Inhalts, daß Herzog Maximilian ihn zu Ehren St. Benno's 1604 aufgeführt habe. Das Gewölbe selbst ist, wie in älteren Beschreibungen der Kirche als Curiosum hervorgehoben wird, „von gipß in ainem tag gemacht worden.“

Schon Reber hat darauf hingewiesen, welch reges Interesse für die Kunst der große Politiker und kraftvolle Staatsmann Maximilian I. besaß. Wie sein Vater mit dem ausgedehnten

Jesuitengebäude, so beschäftigte Max zunächst mit Bau und Ausschmückung der neuen Veste die zahlreichen tüchtigen Künstler, die teils schon in München lebten, teils aus Welschland und den Niederlanden berufen wurden.

Doch auch den Gedanken, dem Kaiser Ludwig ein würdiges Grabmal zu setzen, griff Maximilian wieder auf, und er führte ihn trotz der ungünstigsten Zeitverhältnisse glücklich durch. Nicht nur das künstlerische Interesse, auch dynastische und politische Rücksichten waren dabei maßgebend. Es ist bekannt, daß Maximilian gerade seinem gebannten Ahnherrn Ludwig besondere Pietät entgegenbrachte und sogar ernsten Zwist mit der Curie nicht scheute, wenn es galt, das Andenken des Kaisers gegen ungerechte Angriffe zu vertheidigen. Zugegeben, daß Maximilian bei dem viel erörterten Streit mit dem Dominikaner Bzovius, der in seiner Kirchengeschichte unglimpflich von Kaiser Ludwig gesprochen hatte, vor allem die Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Kaisertums Ludwigs IV. unterdrücken wollte und daß der daran sich knüpfende Streit mit der Curie im Kern ein rein politischer war, — es zeugt doch unter allen Umständen von Mut und von Freiheit der Gesinnung, daß Maximilian dem kaiserlichen Ahnherrn, dessen Absolution er nicht hatte durchsetzen können, in der Hauptkirche Münchens ein prunkvolles Denkmal zu setzen wagte.

Noch ehe die Idee ernstere Gestalt annahm, brach der große Krieg aus. Maximilian selbst zog ins Feld, und seinen Waffen war glänzender Sieg beschieden. Am 9. November 1620 hielt er festlichen Einzug in Prag, nachdem er, wie sein Bericht an Kaiser Ferdinand mit berechtigtem Selbstgefühl hervorhebt, „die Land ob der Ens unter Kaiserlicher Majestät Devotion reduciret, Oesterreich vor fernerer Rebellion versichert und anjetzo (durch den Sieg am weißen Berg) auch das Königreich Böhaim zu unconditionirter Huldigung gebracht.“ „Ich kam und sah, Gott aber siegte!“ schrieb er an den hl. Vater und sandte zugleich 40 erbeutete Fahnen nach Rom in die Kirche Santa Maria della Vittoria. Mit hellem Jubel em-

pfing die Bürgerschaft Münchens den Heimkehrenden, in der Liebfrauenkirche wurde ein feierliches Dankamt gehalten. Zum bleibenden Andenken an den glänzenden Erfolg seiner Waffen stiftete der Herzog einen neuen Hochaltar, den Peter Candid mit einem Bild der Himmelfahrt Mariä schmückte.

Obwohl der Krieg im nächsten Jahre wieder anhob, schritt der Herzog an die Ausführung des von Vater und Großvater geplanten Werkes. Sichere Nachricht darüber bietet uns ein Schriftstück aus dem Archiv des Kollegiatstifts; am 10. Mai 1621 bittet das Kapitel bei dem Ordinariat Freising um Erlaubnis, den Kreuzaltar weiter unter dem Bennobogen hervorrücken zu dürfen, da Herzog Maximilian vorhabe, „die fürstliche Sepultur in unserem Chor zu End aufsetzen zu lassen."

Als die glorreichen Siege Tilly's bei Wimpfen, bei Höchst, bei Heidelberg in München verkündet wurden, erhob sich schon in schimmernder Erzzier das Werk einer stilistisch wie technisch gleich hoch entwickelten Kunst, welche die kühnsten Aufgaben sich stellte und in spielender Weise löste.

„Von Candid entworfen, von Krumper ausgeführt," so wird schon in Beschreibungen der Frauenkirche aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts behauptet. Ausführlicher geht Bianconi in seinen Briefen über die vornehmsten Merkwürdigkeiten der churbayerischen Residenzstadt München (1771) auf die Frage ein. Das prächtige Grabmal, das selbst der Peterskirche in Rom zu köstlicher Zierde gereichen würde, sei, so laute die gewöhnliche Angabe, von Peter Candid entworfen. „Obschon mich hievon Niemand zu versichern gewußt, kann ich doch nicht daran zweifeln, da ich ihn in allen und jeden Theilen wahrnehme und erkenne." Gegossen sei das Werk von Johann Krumper, welcher in der Historie der Künstler noch gänzlich unbekannt. In den späteren Schilderungen wird diese Angabe wiederholt, ohne daß eine Begründung auch nur versucht worden wäre.

Erst Paul Rée hat in seiner Geschichte Peter Candids für den Anteil dieses in den Niederlanden geborenen, in Italien gebildeten Künstlers am Ludwigsmausoleum neue Beweise zu Tage gefördert.

Im Münchner Kupferstichkabinet fanden sich — in den fünfziger Jahren durch Kauf erworben — 37 Handzeichnungen, welche einzelne Teile jenes Mausoleums widergeben. Ich stimme Rée darin bei, daß es wirklich die Entwürfe zu dem Denkmal und nicht etwa Zeichnungen nach dem vollendeten Werke, und billige die Vermutung, daß dieselben von Candid herrühren. Auf den mit Blei gezeichneten, mit Tusche nachgezogenen Blättern sind an mehreren Stellen die Maße beigefügt; auf die ornamentalen Teile ist das Hauptgewicht gelegt, und öfter sind die Hauptmotive etwas vergrößert nochmals neben die Figuren hingezeichnet, — ohne Zweifel ein vollgiltiger Beweis, daß wir die Entwürfe vor uns haben. Einmal ist ein Stück des alten gothischen Chorgestühls mit dem holzgeschnitzten hl. Zacharias neben einen Standartenträger gezeichnet, offenbar zur Probe, ob das geplante Denkmal in seine Nachbarschaft hineinpasse. Da und dort finden sich schriftliche Bemerkungen, welche ohne Zweifel Winke für die Ausführung an die Hand geben sollen, und zwar halb deutsch, halb italienisch, z. B. wird für die Wappen der Standarten vorgeschrieben, daß die eine Seite „nero“, die andere „gelb“ gehalten sein soll. Auch die Beischriften „Candelabri“, „Soldadi“, „Albret Seitten da diettro“ verweisen auf einen Zeichner, der des Deutschen, wie des Italienischen mächtig war und wohl auch beide Sprachen durcheinander zu gebrauchen pflegte; da liegt es nahe, an Candid zu denken. Vor allem spricht aber für diese Annahme der Vergleich mit anderen beglaubigten Zeichnungen Candids; die Strichmanier ist dieselbe, wie z. B. auf den Zeichnungen zu den Tapeten mit Darstellungen aus der Geschichte Otto's von Wittelsbach. Ebenso erinnert der Charakter der Zeichnung, wie Rée mitteilt, an die Candidschen Entwürfe zu den 1619 geschaffenen Figuren im Augsburger Rathaussaale. So dürfte die Autorschaft Peter Candids als ziemlich gesichert anzusehen sein.

Freilich kann mit Beweisen, die sich hauptsächlich auf stilistische Eigentümlichkeiten zu stützen haben, gar nicht vorsichtig genug zu Werke gegangen werden. Dies zeigt sich, wenn wir

uns zur Frage nach Bildner und Gießer des Erzdenkmals wenden. Nicht nur ist bisher immer Hans Krumper genannt, sondern es ist auch da und dort hingewiesen worden, wie unverkennbar die Ähnlichkeit mit dem Erzschmuck der neuen Veste, mit dem großen Brunnen im Kapellenhof u. s. w. Allein wenn schon die neueste Forschung zweifelhaft gemacht hat, ob der letztgenannte Wittelsbacher-Brunnen wirklich von Krumper, ob er nicht vielmehr von dem Augsburger Rothgießer Hans Reisinger hergestellt ist, so läßt sich sogar bestimmt nachweisen, daß die Hauptteile des Ludwigsmausoleums nicht von Krumper herrühren.

An und für sich wäre es nicht unwahrscheinlich, daß die Entwürfe des Peter Candid von Hans Krumper ausgeführt wurden. Der Umstand, daß in den fragmentarisch erhaltenen Hofbaurechnungen kein darauf bezüglicher Posten enthalten ist, könnte nicht befremden, denn Krumper, wie Candid bezogen feste Besoldungen, „jährlich für Alles 500 fl.“, wie es in den Hofzahlamtsrechnungen heißt. Daß die Beiden gemeinsam eine Werkstatt hatten, erhellt aus einer Bemerkung in einer Hofbaurechnung von 1612. Daß Krumper nicht ausschließlich Gießer war, sondern auch selbst modellierte, beweisen andere Einträge. 1612 wird „für Hansen Khrumpper zum Reissen und Possiren“ gekauftes Regalpapier verrechnet; 1615 wird erwähnt, daß Heinrich Schön, „des Paumeisters Sohn, beim Khrumper in der Possirstuben“ beschäftigt sei; auch wird angeführt, daß Hans Krumper 1612 „zwei große Bilder und Schild possiret, abgeformbet, die Dickhe abgenommen und in's Wachs gerichtet“ habe. Ein anderes, auf Befehl Herzog Maximilians erbautes Grabmal läßt sich mit Bestimmtheit als Krumpers Werk feststellen.

1611 ließ Maximilian I. seinem verstorbenen Bruder, Philipp Wilhelm, Kardinal und Bischof von Regensburg, im Regensburger Dom das Erzdenkmal setzen, das noch heute im Mittelschiff vor der Kanzel sich erhebt. In einem Akt über die Stiftung eines Jahrtags für Philipp Wilhelm fand sich die Nachricht, daß Hans Khrumpper Krucifix und Porträtstatue gefertigt und selbst im Dom aufgestellt habe.

Trotzdem ist die Überlieferung, die den Krumper als Schöpfer des Ludwigsdenkmals bezeichnet, auf falscher Fährte. Den Guß wenigstens der Hauptteile hat nicht Krumper, sondern Dionysius Frey hergestellt. In einer Rechnung des Hofbauamts von 1620 werden verschiedene Gießerarbeiten des Dionisien Frei zu Brunnwerken, namentlich „zum fürstlichen Brunnwerch nacher Starnberg“ aufgeführt, dann folgt der Eintrag:

„Firnemblichen hat offtbesagter Frey zu fürstlicher Sepultur zwo Bildnüssen als Herzog Wilhelm und Herzog Albrecht in Bayrn sambt zwaien Wappen und andern darzue gehörigen clainen sachen und ziraten gegossen, das alles hat gewogen vermög beiliegender zwaier zetln mit No. 4 und 5 4911 ℔, ist ime umb jedes Pfundt firs gießen, verschneiden und an die Stat zu verfertigen, 1 fl. passiert worden, das trifft 4911 fl., weillen Er aber zu dieser arbait craft fürstlichen bevelchs vom Zeugambt zu 30 Centner Kupfer zu 40 fl. und 2 Centner Zün p. 90 fl. empfangen und selbiges wider guet zu machen schuldig, alß ist ime fir diß 1290 fl. abgezogen und noch dariber Pargelt bezogen worden 1621 fl., an diser Suma nun vergangnes Jar ibig, wie in selbiger Rechnung gesehen, berait 2381 fl. in Außgab gebracht, daß also fir jezo ein mehreres nit als der yberrest zu verrechnen gebirt, thuet laut angeregter beeder zetl 1240 fl.“

Aus diesem Eintrag geht also unanfechtbar hervor, daß die zwei Hauptfiguren am Grabmal schon 1620 fertig gegossen waren und zwar nicht von Krumper, sondern von Dionysius Frey.

Die Frey waren eine Gießerfamilie in Kempten, wie die Löffler in Innsbruck, die Sesselschreiber in München, die Vischer in Nürnberg u. s. w. Auch in München stammen viele Werke von Mitgliedern dieser Familie, Hans Frey goß sämtliche Glocken für die St. Michaelskirche, sowie die große Glocke von St. Mang in Kempten, Martin Frey die von Hubert Gerhard modellierte Michaelsstatue am Portal jener Kirche, sowie den Perseus im Grottenhof. Über Dionysius Frey fand sich nur noch die Notiz,

daß er 1611 „vier Khriege zu 125 ℔ und vier Seilen zu 308 ℔ in's schöne Gärtl zu den Brünnlein" gegossen habe.

Ob nicht doch bei „Bossierung" der Statuen auch Hans Krumper thätig war, darüber sind nur Vermutungen möglich; er wird gerade in Rechnungen aus jener Zeit gewöhnlich als „Hofmaler und Bossierer" bezeichnet.

Das Mausoleum selbst ist so häufig beschrieben und abgebildet worden, daß ich von einer Schilderung Umgang nehmen kann. Allein die Frage: welche Idee ist dem Entwurfe zu Grunde gelegt? müssen wir in's Auge fassen, und auch hierbei werden wir finden, daß die gang und gäbe Tradition in wesentlichen Punkten aufgegeben werden muß.

Das Monument ist als castrum doloris gedacht. Auf dem Sarkophag ruht die Krone des deutschen Reiches; in der Tumba ist der früher geschilderte Grabstein von 1438 untergebracht. Die Inschrift sagt ausdrücklich, daß das Denkmal dem vierten Ludwig, des römischen Reiches Kaiser, gewidmet sei. Dieser Idee dienen die als Hüterinnen der Krone gedachten allegorischen Gestalten der Waffenmacht im Kriege mit Schild und Schwert und der Regierungsgewalt im Frieden mit Szepter und Reichsapfel, die geflügelten Genien mit dem kaiserlichen und dem bayerischen Wappen und die an den vier Ecken aufgestellten Krieger mit Standarten, welche mit Namen und Wappen Ludwigs und seiner Gemahlin Margaretha, ferner Karls des Großen, Ludwigs des Frommen und Karls des Dicken und ihrer Gemahlinnen ausgestattet sind.

Doch welche Idee soll mit den zwei gegen Norden und gegen Süden stehenden Fürstenstatuen zum Ausdruck gebracht werden? Vor allem, welche Fürsten sind hier dargestellt?

Die um das Gesims des Postaments laufende Inschrift lautet:

„Ludovico Quarto Imperatori Augusto Maximilianus Bavariae Dux Sac. Rom. Imp. Elector Iubentibus Alberto Quinto Avo Gulielmo Quinto Parente Posuit Anno Salutis 1622."

(„Dem erhabenen Kaiser Ludwig IV. hat dies Denkmal gesetzt Maximilian, Herzog von Bayern, Kurfürst des hl. röm. Reichs, auf Befehl seines Großvaters Albrechts V. und seines Vaters Wilhelms V. im Jahre des Heils 1622.")

Da lag die Folgerung nahe, daß hier eben diejenigen Fürsten aufgestellt seien, auf deren Weisung das Denkmal errichtet ist. Demgemäß wurden die Statuen gewöhnlich als Albrecht V. und Wilhelm V. gedeutet.

Das Archiv des hiesigen erzbischöflichen Ordinariats verwahrte früher eine handschriftliche Beschreibung der Frauenkirche, verfaßt von Stephan Ligsalz, Domherrn bei U. l. Frau, im Jahre 1622, also gerade in demjenigen Jahre, da das Mausoleum vollendet ward. Nagler und Anton Mayer haben noch daraus geschöpft; seither ist sie verschollen, und wir wissen leider nicht, ob und wie das Denkmal darin Erwähnung fand.

Im Jahre 1636 sah der Augsburger Patrizier und Kunstsammler Philipp Hainhofer das Denkmal. Er erzählt darüber in seinem Reisebericht Folgendes. Nachdem er den Tag über bei Hofe verweilt hatte, ließ er sich noch spät abends den oberen Chor in der Domkirche durch den Meßner „umb ein beveraggio (Trinkgeld)" aufsperren, um die gegen den hohen Altar stehende schöne kurfürstliche Begräbnus, von der er so viel gehört hatte, zu besichtigen. Der Aufbau des Ganzen entzückte und begeisterte ihn. „Kann mit dem erzherzoglich Oesterreichischen magnificenten Begräbnuß zu Innsbruck compariret und zu dem Mausolaeo, welches die Königin Artemisia ihrem Gemahel zu Ehren in curia aufrichten lassen, gezehlet werden." Da es aber schon dämmerte und Hainhofer „die Figuren und statuas mit den schriften nit mehr recht sehen, noch lesen können", und da der Meßner „als ein rechter Idiot" die herrliche Begräbnuß „gar nit wissen auszulegen", so daß Hainhofer davor stand „wie ein Kalb vor einem neuen Thor", konnte er auch nur eine flüchtige und ungenaue Beschreibung geben. Wertlos ist also seine Angabe, daß zur rechten Seite des Katafalks Kaiser Ludwig

in kaiserlichem Habit, zur linken Herzog Albrecht V. in altdeutscher Kleidung aufgestellt seien.

Zeillers Topographia Bavariae (1664) bietet nur eine ganz kurze Nachricht über das Mausoleum. Happel in seinem 1691 gedruckten Roman „der bayerische Max“, in welchen eine wenigstens in einzelnen Teilen originelle Beschreibung der Stadt München eingefügt ist, weiß nur zu erzählen, daß in der Gruft unter dem Denkmal der „tote Leichnam“ Ludwigs IV. in einem Sessel aufrecht sitze, „welcher, wenn nur das wenigste Luft daran kommen würde, ohne Zweifel in Staub und Asche zerfallen thäte.“ In der auf Befehl Max Emanuels von Wening verfaßten Beschreibung des Kurfürstentums Bayern (1701) werden die „in Glockenspeis gegossenen Statuen“ als Albrecht V. und Wilhelm V. bezeichnet.

Eine andere Deutung findet sich in einer handschriftlichen Beschreibung von Münchens Kirchen und Klöstern aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts (Cod. germ. 3059 der H.- und St.-Bibl.) Das Mausoleum wird darin ziemlich genau und richtig geschildert; zuerst sind die geharnischten Standartenträger beschrieben, dann heißt es: „Zwischen denen eben von der gleichen Materi ist auf der Epistelseite Albertus IV. sapiens, Pii filius, Sigismundi frater, auf der andern seith stehet Wilhelmus IV, constans, Alberti sapientis filius, beyde, wie's in Lebszeiten gewest.“ Eine andere gleichzeitige handschriftliche Beschreibung der Kirche U. l. Frau (Cod. germ. 3050) sagt: „Zwischen den zwei Wachtern ist Kayser Ludwig, haltet ein blosses schwerdt in der handt, uf der linken seithen stehet sein Herr Sohn als Herzog Wilhelmb, auch ganz wie er gewesen ist.“ Dagegen nennt eine dritte gleichzeitige Beschreibung der Frauenkirche wieder Albrecht V. und Wilhelm V.

Die letztere, scheinbar durch die Widmungsinschrift unterstützte Deutung blieb fortan die herrschende. Westenrieder, Rittershausen, Hübner, Christian Müller, Baumgartner, Nagler, Sighart, Anton Mayer, Holland, Reber u. A. vertreten diese

Ansicht, wobei nur dem Einen und Andern der Lapsus begegnet, daß er Wilhelm V. den Ornat des goldenen Vließes tragen läßt und Albrecht V. die deutsche Haustracht.

Von der auf der südlichen Langseite aufgestellten Statue besitzt das bayerische Nationalmuseum einen Abguß, der heute im Stiegenhaus zum zweiten Stockwerk Platz gefunden hat. Im neuesten „Führer“ (1887) wird die Statue als Wilhelm V. bezeichnet, in einer älteren Ausgabe (1868) dagegen als W i l h e l m IV.; die frühere Auslegung wurde also wieder aufgegeben.

Und doch ist sie allein die richtige!

Der erste Zweifel, ob wirklich Wilhelm V., „wie er in Lebzeiten gewest ist“, am Grabmal angebracht sei, stieg in mir auf, als ich zufällig einmal einen Blick auf die Büste Wilhelms V. am sogenannten Wilhelmsbogen in der Maxburgstraße warf. Offenbar ist hier eine zum Sprechen ähnliche Porträtbüste geboten, aber dieses schmale, längliche Gesicht hat keinen Zug gemein mit dem Kopf in der Frauenkirche. Da auch Herr J. A. Mayer, Konservator am Nationalmuseum, meine Zweifel teilte, musterten wir alle uns erhaltenen Porträts Wilhelms V., das jugendliche Bild in Hans Wagner's Hochzeitsbuch (1568), das Miniaturbild im Nationalmuseum von 1578, den Kupferstich von Johann Sadeler aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts, den Stich in Wolfgang Kilians Geschlecht und Register der Hertzogen in Bayern von 1623. ꝛc. Überall ein schmales, längliches Gesicht mit hoher Stirn, gutmütig blickenden Augen, mehr oder minder spitzem Knebelbart, aber nirgend die mindeste Ähnlichkeit mit dem Kopf in der Frauenkirche!

Dagegen macht ein im Nationalmuseum befindliches Porträt Wilhelms IV. den Eindruck, als ob es geradezu als Vorbild bei Anfertigung jener Erzstatue gedient hätte. Auch Kilians „Geschlecht und Register“ enthalten ein Porträt Wilhelms IV., das fast in jeder Einzelheit mit der Statue übereinstimmt: breites Gesicht, energisch und ernst blickendes Auge, Adlernase, straffes, vorn an der Stirn im „Kolbenschnitt“ geschnittenes Haupthaar,

niederer, gerad geschnittener Bart. Auch das von Bartel Beham gemalte Porträt in der Schleißheimer Ahnengallerie weist mit geringen Abweichungen die nämlichen Züge auf.

Auch die reiche Tracht auf den genannten Porträts und an einer im Nationalmuseum befindlichen Holzstatuette Wilhelms IV. ist die nämliche, wie bei der Erzstatue, während die Tracht der Periode Wilhelm V. damit wenig gemein hat. Auch trägt Wilhelm V. auf allen Porträts die Goldene Vließkette, während Wilhelm IV., wie die Erzstatue in der Frauenkirche, nur eine gewöhnliche goldene Kette mit Medaille trägt; Wilhelm IV. war ja nicht Ritter des Goldenen Vließes.

Faßt man alle diese Beweise zusammen, so kann der Schluß nicht zweifelhaft sein: die Statue auf der Südseite des Katafalks stellt Herzog Wilhelm IV. dar.

Die Statue auf der Nordseite ist mit Recht auf Herzog Albrecht V. gedeutet worden. Den Beweis liefert auch hiezu der Vergleich mit den Porträts. Auf dem von Hans Schöpfer gemalten Bildnis im Nationalmuseum, auf Kilians Kupferstich, auf der bekannten schönen Porträtmedaille, — überall der runde, im Nacken steckende Kopf mit kurz geschorenem Vollbart, hoher Stirn, spärlichem Haupthaar. Albrecht V. war Ritter des goldenen Vließes, und in festlicher Ordenstracht ist er denn auch am Mausoleum dargestellt. „Eine lange rote Schaube von Scharlach“, so wird die Tracht gelegentlich eines Ritterschlags im Jahr 1585 geschildert, „zu beiden Seiten offen bis auf die Erde hinab, deren Schlitz und Saum zu ringsum gestickt mit einem gebräm von Feuerstain und Eisen, wie an der Ketten ist, sambt dem Lambfeel daran, inwendig mit weißem Fech durchaus gefüttert.“ In der Rechten trugen die Ritter, wenn sie im festlichen Zuge einherschritten, das bloße Schwert, auf dem Haupte einen Hut mit lang herabhangendem Bunde. Den Hut hat Candid, wohl um die Wirkung des schönen Kopfes nicht zu beeinträchtigen, fortgelassen, im übrigen stimmt die Tracht der Statue durchaus mit jener Schilderung überein.

Auf der Zeichnung Candids und ebenso in der Rechnung

über die von Dionysius Frey gelieferten Gußwerke heißt es schlechtweg „Herzog Wilhelm“, „Herzog Albrecht“, so daß unsere Deutung keinen Widerspruch erfährt.

Das Grabmal wurde 1622 vollendet. Herzog Wilhelm V. war damals — dieser Umstand ist bisher gänzlich übersehen worden — noch am Leben; er starb ja erst am 7. Februar 1626. Daß die Statue des noch lebenden Fürsten am Grabmal aufgestellt worden wäre, ist an sich kaum glaublich. Die letzten Zweifel aber werden durch die testamentarischen Verfügungen Albrechts V. vom Jahre 1572 und Wilhelms V. vom Jahre 1597 zum Schweigen gebracht.

Albrecht V. ordnet an, daß seine sterblichen Ueberreste in der Frauenkirche bestattet werden sollen. „Und solle auch desgleichen unserm Herrn Vatern gottseliger gedachtnus“, — das war eben Wilhelm IV. — „da wir es in unserm Leben nit thun wurden, ain ehrlich epitaphium gemacht und aufgericht werden nach guetachten unserer hernach benanten lieben Söne und Erben.“ Noch deutlicher spricht sich der Sachverhalt in Wilhelms V. Testament von 1597 aus. „Nachdem auch weilandt unser Herr Vatter, Herzog Albrecht in Bayern hochselig zugedenken, in seinem lesten Willen anbevolchen, sowol ime, als seinem Herrn Vattern, unserm Anherrn (Wilhelm IV.) auch christseeliger gedachtnus, bey der fürstlichen Sepultur in unsrer lieben Frawen Kirchen nach gutachten seiner Söhne und Erben ein Epitaphium zu machen und aufzurichten, also seind wir gleichwol damit im werckh, und ist aber unser will, auf den fahl es in unserm leben wider verhoffen nit beschehen solte, daß es durch unser nachvolgende Söhne und Erben volnzogen werde.“

Dieser Anordnung ist Maximilian 1622 nachgekommen; er hat, den Befehlen des Vaters und des Großvaters gehorsam, dem Ahnherrn Kaiser Ludwig ein Denkmal gesetzt, aber zugleich in Befolgung jener oben erwähnten letztwilligen Verfügungen dem Großvater, Albrecht V. und dem Urgroßvater, Wilhelm IV., „ein Epitaphium gemacht und aufgerichtet.“ — —

Ein Rätsel, das die oben wörtlich angeführte Inschrift aufgibt, ist noch nicht beachtet worden. Das Denkmal sei aufgerichtet, sagt die Inschrift, im Jahre des Heils 1622 von Maximilian, Kurfürsten des hl. röm. Reichs.

Nun ist aber Maximilian erst am 25. Februar 1623 mit der Kurwürde investiert worden.

Wie ist dieser Widerspruch zu lösen?

Am nächsten liegt die Deutung: die Inschrift sei erst nach Aufstellung der Erzbilder angebracht oder später abgeändert worden. Maximilian legte so hohes Gewicht auf die Erlangung der Kurwürde, daß eine spätere Richtigstellung des Titels nicht unwahrscheinlich wäre.

Das Reichsarchiv verwahrt eine Specifikation der Metallarbeit am Grab bei U. l. Frauen vom 16. September 1721. Darin wird neben anderen Ergänzungen von Krone, Kranz, Standarten ꝛc. auch die Einsetzung von 43 neuen Buchstaben erwähnt.

Allein die Möglichkeit einer späteren Abänderung der Inschrift ist dadurch ausgeschlossen, daß die nämlichen Worte, wie sie heute am Denkmal zu lesen sind, auch schon auf der Zeichnung, die als Entwurf Candids anzusehen ist, sich finden; der elector und das Jahr 1622 stehen schon hier neben einander.

Wir müssen also eine andere Erklärung suchen.

Bekanntlich erfolgte die Belehnung Maximilians mit der Kurwürde infolge des Vertrags vom 8. Oktober 1619, wodurch sich Maximilian zur Hilfe gegen die rebellischen Böhmen, Ferdinand II. aber zur Uebertragung der Kur des zu ächtenden Pfalzgrafen Friedrich an seinen Bundesgenossen verpflichtet hatte. Da ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß Maximilian mit Rücksicht auf das kaiserliche Versprechen und auf den Sieg seines Feldherrn Tilly über den geächteten Winterkönig schon 1622 den sicher in Aussicht gestellten Titel auf das Denkmal setzen ließ. Auffällig bleibt jedoch immerhin, daß die Erwartung der Standeserhöhung weder in Urkunden, noch in Briefen, noch sonst irgendwo vor Februar 1623 zum Ausdruck gelangt. —

Aus der Geschichte des Denkmals sei nur noch hervorge-

hoben die Restaurierung im Jahre 1782. Die Arbeiten wurden von Johann Krauß, kurfürstlichen Stucklieutenant und Hofstuck- und Glockengießer geleitet. In dem Voranschlag, den er dem Domkapitel vorlegte, berechnete er die Kosten für Ergänzung von 6 Engelsköpfen, 1 Lorbeerkranz, 3 Schwertern, 1 Knopf am Gatter, 2 Kreuzen an der Krone und am Reichsapfel, 1 Rose an einem Leuchter auf 70 Gulden, für Einsetzung von 28 Buchstaben auf 5 fl. 36 kr. Auch Steinmeißels Grabstein unter dem Leichengerüst erhielt eine gothische Umschrift, um deren willen Stiftsdechant v. Effner, Hofbibliothekar Steigenberger und Obergrat v. Lori zu Rat gezogen wurden; die Steinmetzarbeit war dem Münchner Bürger Giovanni Matheo übertragen und kostete 350 Gulden.

Erwähnenswert ist eine Nachricht, welche das Münchner Intelligenzblatt bald nach dem Tod des Kurfürsten Max Joseph veröffentlichte, daß dieser sich mit der Absicht getragen habe, in der Frauenkirche ein Grabmal seines Vaters, Kaiser Karls VII., als Gegenstück zum Ludwigs-Mausoleum zu errichten, „wie es die wirklich hiezu verfertigten Modelle beweisen.“ Leider hat sich von letzteren keine Spur erhalten. —

Ebenso anziehend wie lehrreich würde es sein, die Geschichte der Wertschätzung unsres Denkmals, d. h. die schwankenden und wechselnden Urteile der Künstler und Gelehrten zu verfolgen. Ich will wenigstens das eine und andere Beispiel anführen.

Zur Zeit der Erbauung war die Gothik ein überwundener Standpunkt, so daß Steinmeißels Platte als etwas Unschönes in der Tumba verborgen wurde. Im ganzen siebenzehnten, ja auch noch im achtzehnten Jahrhundert wird kein Tadel laut und gilt das Werk Candids als ein Meisterstück der Bildnerei; die wahrhaft plastische Komposition, der große Stil des Ganzen und die kunstvolle Ausführung der Einzelheiten fanden nur Lob und Bewunderung. Schon an des achtzehnten Jahrhunderts Neige betrachteten Künstler, Kunstrichter und Schöngeister die Werke der Renaissance mit anderen Augen. Das Wort Goethe's,

von Begeisterung beim Anblick des Straßburger Münsters eingegeben: „Wiedereinkehr in deutsches Wesen“, hatte gezündet, es wurde das Schlagwort der Romantiker und stiftete ebenso viel Gutes und Schönes, wie es zu unberechtigtem Angriff gegen alles, was die deutsche Kunst von Italien und Frankreich gelernt und empfangen hatte, mißbraucht wurde.

Der wackere Sighart findet demgemäß an unserm Denkmal wenig Gutes und sehr viel Schlechtes; er trennt die Arbeit Krumpers von der Schöpfung Candids, er läßt der technischen Fertigkeit des Ersteren Gerechtigkeit widerfahren, während er die Gesammtidee und die einzelnen Gestalten verurteilt. „Es ist ein schwerfälliger, plumper, im römischen Renaissancestil aufgeführter Bau, der die gothische Kirche in hohem Maße verunstaltet, ohne alle originelle Idee, ja selbst ohne alle Spur eines christlichen Gepräges.“ Ein Greuel sind ihm die nur halb bekleideten Engel und Genien, Teufelswerk und Teufelsweide. Wider romantische Gewohnheit nimmt er auch an den Gerippen und Larven an den Seitenwänden Anstoß. Wenn er sie unschön findet, können wir ihm zustimmen; daß er sie aber auch unchristlich erklärt, dünkt uns seltsam. Nach seiner Meinung hätte erst die Renaissance das Gerippe aufgebracht. Lessing hat aber in seiner Abhandlung: „Wie die Alten den Tod gebildet“ dargethan, daß antike Kunstwerke Skelette, doch diese Skelette nicht den Tod vorgestellt haben. Jakob Burckhardt sagt: „Bernini bringt, wenn ich nicht irre, zum erstenmal seit dem Mittelalter die scheußliche Allegorie des Todes in Gestalt eines Skelettes vor.“ Auch wir loben diese Phantasie Peter Candids nicht, doch eben die Anbringung der Totengerippe ist ein Griff in die Vergangenheit, nicht eine Geburt der Renaissance, sondern der Zeiten, die gerade der Romantik so teuer waren.

Noch unfreundlicher äußert sich der Geschichtschreiber der Frauenkirche, Anton Mayer. Auch er läßt nur die Technik gelten, spricht dagegen dem künstlerischen Grundgedanken alles Gottvertrauen und dem Aufbau alle Kühnheit ab; auch er findet die Engelgestalten „unsittlich“. „Jedenfalls“, schreibt er, „würde der

edle Kaiser Ludwig, hätte er nochmals aus seiner Gräbniß hervortreten können, sehr wenig über ein Monument zufrieden gewesen sein, auf dem nirgends das Heilszeichen des Kreuzes zu finden ist und wodurch sein Bildniß auf dem Steine, das ihn lebend darstellt, einer in hohem Sarge liegenden Leiche, überall von Verwesungszeichen umgeben, gleich gemacht ward."

Das redliche Forscherverdienst Anton Mayers in Ehren, aber es berührt nicht erfreulich, wenn man den Kleinstädter mit der Miene des Olympiers als Kunstrichter urteilen hört. Und kleinstädtisch erscheinen mir alle jene, die nur ihren Geschmack für das allein giltige und ewige Gesetz und die ihrem Geschmack entsprechenden Kunstwerke für allein berechtigt halten. Glücklicherweise steht die Kunst so wenig still, wie die Zeit; glücklicherweise waren jene Donnerer auf die Entwicklung der Kunst niemals, auf die Künstler wenigstens nicht dauernd von Einfluß. Freilich ist dem einseitigen Eifer manches edle Werk zum Opfer gefallen.

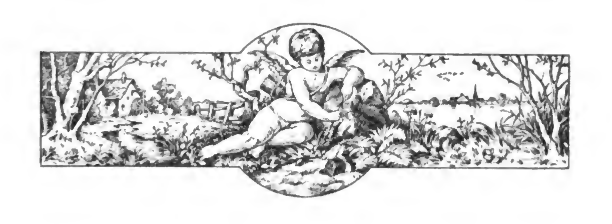
Von unparteiischer, sachlicher Würdigung des Kunstwerks zeugt das Urteil Ernst Försters in seinen Denkmälern der bildenden Kunst. Er entreißt nicht Candid den Lorbeer, um Steinmeißel zu bekränzen; er erwägt die Bedingungen und Verhältnisse, denen der eine und der andere bewußt oder unbewußt Rechnung tragen mußte, er sieht das Verdienst Beider und zollt diesen Verdiensten warme Anerkennung. Erscheint ihm das ältere Denkmal voll Adel und Ausdruck, kräftig in Anlage und Bewegung, so rühmt er an dem jüngeren den klaren Sinn für architektonische Gesamtwirkung, die glücklichen Verhältnisse, die klassische Einfachheit des Nebenwerks, die Naturwahrheit der Gestalten. Was er tadelnswert findet, will auch mir am wenigsten gefallen, die landläufige, charakterlose Gestaltung der Putten und die eingelernten, steifen Bewegungen der Standartenträger.

Auch Lübke rügt die Geschraubtheit der Krieger; ihm scheinen zwar auch die beiden Herzoge „nicht gerade geistreich aufgefaßt", doch „erfreuen sie durch die schlichte Treue der Darstellung und die vollendete Gediegenheit der bis ins Kleinste technisch meisterlichen Durchführung." Der Reichtum an geschmackvoller Orna-

mentik ließ sich erst recht beurteilen, seit Gmelin in E. A. Seemanns „deutscher Renaissance“ mehrere Tafeln mit Helmen, Schienenstücken, Schwertgriffen, Wappen und anderem Zierrat zur genaueren Betrachtung geboten hat. Keiner von den berühmtesten Plattnern und Silberschmieden Mailands hat Ornamente von besserer Eurythmie erfunden, Rüstungen von edlerer Form gefertigt. Auch die Pfeiler und Gesimse, sowie Leuchter tragen reichen Ornamentenschmuck, und all diese schönen Einzelheiten sind harmonisch zusammengestimmt zu einem wirkungsvollen Ganzen, das unser Auge erfreut und unser Gemüt bewegt,

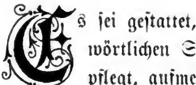
„Welche Thorheit!“ ruft Milizia in seinen 1725 erschienenen „Denkwürdigkeiten der Baukunst“ aus, „das Denkmal eines Toten in eine Kirche zu setzen, wo alles an das Leben, an die Gemeinschaft der Heiligen, an Gott erinnern soll!“

Ich bin nicht dieser Ansicht. Eben weil das Christentum uns einerseits den Tod als unerbittliches, Alle niedermähendes Gerippe darstellt, andrerseits dem Tode seinen Stachel nimmt und das Sterben als die Auferstehung zu einem neuen, ewigen Leben auffaßt, kann uns ein Totenmal in der christlichen Kirche nicht verletzen. Denn für den Frommen wird der Trost der Verheißung stärker sein, als das Grauen und die Furcht vor dem Tode. Wenn das Denkmal einem großen Toten geweiht und des Toten würdig, ein echtes Kunstwerk ist, um so besser. „Nur die mißverstandene Religion“ sagt Lessing, „kann uns von dem Schönen entfernen, und es ist ein Beweis für die wahre, für die richtig verstandene wahre Religion, wenn sie uns überall auf das Schöne zurückbringt.“



XIV.

Die Bavaria auf der Hofgarten-rotunde zu München.[1]



Es sei gestattet, auf ein edles Kunstwerk, das man im wörtlichen Sinne „vor lauter Bäumen“ zu übersehen pflegt, aufmerksam zu machen.

Bekanntlich hat der liebenswürdigste der Münchener Chronisten, Franz Trautmann, dem Münchener Hofgarten ein artiges Büchlein gewidmet. Darin wird erzählt, welche Wandlungen die Gärten vor der Hofburg im Laufe der Jahrhunderte erfuhren. Die erste Anlage rührt von dem kunstsinnigen Herzog Albrecht V. her, der den gegen Sonnenaufgang gelegenen Wiesenplan vor der Neuveste mit Bäumen besetzen ließ, „auf daß man sich fast lustsamber im Freien ergehen kinnde.“ Nach der Schilderung des Kölner Dechanten Georg Braun (1590) befand sich darin ein kunstvoller Brunnen, sowie ein mit vielen Gemälden und Bildsäulen geschmücktes Lusthaus, zu dessen Fenstern bei anbrechender Dämmerung ganze Rudel von Hirschen zur Fütter-

[1]) Obwohl der in der Beilage der Allgemeinen Zeitung vom 20. Dezember 1875 gedruckte Aufsatz manchen Widerspruch erfuhr, glaube ich ihn doch auch heute im Wesentlichen unverändert wiederholen zu dürfen. Der in den Schlußzeilen ausgesprochene Wunsch hat vor kurzem erfreuliche Erfüllung gefunden.

ung sich drängten. Auf dem Volckmerschen Stadtplan von 1613 ist noch „Herzog Alberti Lustgarten“ an der Ostseite des Grabens an der herzoglichen Burg eingetragen. Umfangreichere und prächtigere Gärten ließ Maximilian I. gelegentlich des Baues der neuen „Residenza“ anlegen. Martin Zeiller, der 1621 die Stadt München besuchte, bietet in seinem 1632 erschienenen „teutschen Reyßbuch“ eine ausführliche Schilderung des „mit allerlei mettallinen Männlein, Wasser spritzenden Satyrn und Delphinen, jungen boschichten Bäumlein und allerley schönem Blumwerk ausgestatteten Residenzgartens“; wie Häutle nachgewiesen hat, ist aber die ganze Schilderung Zeillers dem Reiseberichte des Augsburger Patriziers Philipp Hainhofer von 1611 entnommen. Später erst wurde auch auf der Nordseite der Residenz ein Garten angelegt und in ähnlicher Weise ausgeschmückt. Ein italienischer Kavalier, den der Glanz des Hoflebens unter Ferdinand Maria und Adelaide von Savoyen nach München gelockt hatte, Marchese Rauuccio Pallaviccino, schilderte in einer 1667 veröffentlichen Schrift „J tronfi dell architettura nella sontuosa Residenza di Monaco“ mit ariostischen Farben den Hofgarten, dessen Anmut zu erhöhen Kunst mit Natur wetteifere. Nach dem damals herrschenden holländischen Geschmack war er in symmetrische Beete abgeteilt, Grotten wechselten mit Marmorbrunnen, phantastische Tiergruppen und blinkende Götterbilder waren überrall verstreut, den östlichen Rand entlang zog sich, von Blumen und Buschwerk umsäumt, ein kleiner See, und ein lange Galerie mit Fresken von Candids Meisterhand umschloß den ganzen lieblichen Raum. Unter Max Emanuel wurden, wie die Bilder in Disels „Erlustirender Augenweyde, vorstellend die weltberühmte churfürstliche Residentz in München“, ersehen lassen, vielfach Aenderugen in französischem Geschmack getroffen. Da gab es jetzt eine Esplanade mit Büsten, Taxus-Pyramiden, ein schneckenförmiges Blumenparterre, eine „noch rarere Ebene mit Irrgärten und cureusen steinernen Bildnußen“ und über hundert Fontänen, die sich in Bogensprüngen in den Weiher ergossen.

In dieser Gestalt sah den Garten noch Gian Lodovico Bianconi, der 1762 „zehn Sendschreiben an den Marchese Hercolani über die Merkwürdigkeiten des kurbayerischen Hofes“ veröffentlichte. Das Getriebe in der Galerie, wenn in den Mittagsstunden die Damen des Hofes promenirten, erinnerte den Italiener an das von Ovid besungene Getriebe unter dem Schwibbogen der Livia. Es war ein Akt edler Humanität, daß Max Joseph III. im Jahre 1776 den bisher nur höfischen Zwecken gewidmeten Garten zur öffentlichen Promenade bestimmte, aber der Platz verlor dadurch seine bisherige künstlerisch vornehme Eigenart; in Reih und Glied, in langgestreckten Linien wurden Linden- und Kastanienbäume angepflanzt, der Boden ward mit Kies bestreut. Und zwanzig Jahre später, als der Krieg lauter denn je die Welt durchtobte, ward auch der Weiher ausgetrocknet, um in einen Kasernenhof verwandelt zu werden, und Candids Fresken überzog der Kalkpinsel.

Nur ein Kunstgebilde aus jener früheren Periode blieb dem Hofgarten erhalten; die Erzstatue auf der Kuppel der zur Ruine gewordenen Rotunde. Da sie aber ziemlich hoch steht und von dicht verästeten Bäumen umschattet wird, konnte es geschehen, daß nicht blos ihr künstlerischer Wert, sondern sogar ihre Bedeutung mißkannt wurde.

Nicht blos im Volksmunde wird sie als Diana bezeichnet, auch Nagler und Franz Trautmann geben ihr diesen Namen, dem Beispiel Wenings sich anschließend, der in seiner Schilderung des „herrlich schönen, in die Rundung geführten, mit einer hoch und weiten Kuppel aus Kupfer gedeckten Sommerhauses“ einer „wunderschönen, aus Metall gegossenen Waldgöttin Diana“ Erwähnung thut.

Wie aber, fragte sich der Schreiber dieser Zeilen, wie paßt der Reichsapfel, den die Statue in der Rechten trägt, zur Tochter der Latona? Mit diesem Zweifel erwachte das Interesse, und ich durchquerte niemals den Hofgarten, ohne einen prüfenden Blick auf das Erzbild zu werfen. Ich gewann die Ueberzeugung, daß ich nicht die leichtfüßige Waldgöttin vor mir hatte,

sondern eine allegorische Gestalt. Weil ich aber nicht alle Embleme deuten konnte, schlug ich den unter allen Umständen allein richtigen Weg ein; ich wandte mich an die ältesten Quellen zur Geschichte des Hofgartens und seiner Kunstschätze, und es wurde mir bald zur Gewißheit, daß mich meine Vermutung nicht betrogen hatte. Im Reisebericht Philipp Hainhofers, der in Merians „Topographia Bavariae“ und in Böcklers „Lustreicher Bau- und Wasserkunst“ (1664) einfach ausgeschrieben wurde, findet sich die Angabe: „Gegen diesen Berg über ist ein großer Felsenberg oder Grotta, darauf stehet ein groß metallin Weibsbild in Lebensgröße, die hat auf ihrm Huet ein Aichen Laub, welches das Gehöltz in Bayren bedeütt, umb den rechten Arm hängt eine Hirschhaut mit ainem gossenen Hirschkopf und Gewicht daran, daß bedeütt daß Gewild inn Bayrland; in der linkhen Hand hat es einen Eher (Aehre), der bedeütt daß Getrayd; bey den Füßen liegt ein Weinfäßlin, das bedeütt den Weinwachß n Under Bayrn, daneben eine Salzscheuben, die bedeüt daß Saltz und die Saltzpfannen. Umb den Berg hero Fisch, Schneckhen, Muschln, die bedeütten daß Wasser und die Fische. Vor dem Bild steet ein großer Hund und ein Beer, die den Haufen Wasser außspeyen, welches auch, daß dise Thier so groß im Bayerland fallen und gefunden werden, bedeütt. Der Berg ist von vielem Ertz zusammengesetzt, welches auch die Bergwerckh anzeüget. Auf beeden Seiten des Bergs stehen zwen große absonderliche Löwen di bronso: auß allen disen Felsen und Bergen wachßen allerlay gute Kräutlin und Blumen gar schön, dann man die Samen also hinein geseet hat und die Felsen hübsch zieren, sonderlich wachsen hübsche Erdbeer daran. Neben dem großen Berg hat es kleine Nebenberglein mit sprützenden Bildern.“

Hund und Bär und Fische und Löwen sind zwar mit dem Felsenberg verschwunden, aber die Beschreibung der Hauptfigur läßt keinem Zweifel Raum, daß sie mit der angeblichen Diana identisch. Auch Pallavicino erwähnt „la Baviera animata nel bronzo,“ und sein Uebersetzer Schmid („Triumphirendes

Wundergebäw der churfürstlichen Residentz zu München," 1685) erzählt bereits von dem „schönen, in die Runde geführten Gebäw, worauf Bayrn aus Glockenspeiß zu sehen, bedient mit vier andern dergleichen Bildern." Auch in Rittershausens und Försters Stadtbeschreibungen findet sich noch die richtige Bezeichnung, die übrigen Handbücher schreiben Wening nach.

Die wiederholte Besichtigung der Statue klärte mich aber nicht blos über ihre Bedeutung auf, sie ließ mich auch erkennen, daß dieses Erzwerk von seltenem künstlerischen Wert ist, daß die das Bayerland repräsentierende Jungfrau auf der Theresienhöhe größer und großartiger, aber der Schöpfung aus der Renaissance-Epoche an Feinheit der Modellierung nicht ebenbürtig ist.

Unsere Bavaria ist ein Mädchen von jungfräulich schlanken, dabei doch vollen Formen, unverhüllt, nur ein unter dem Busen gegürteter Schleier fällt über die Hüfte, und eine Hirschhaut schlingt sich um den Rücken und einen Teil der Beine. Auf dem Haupte trägt sie den Helm mit dem Greif, in der Rechten den Reichsapfel mit dem Kreuz, in der Linken einen Aehrenkranz. Auf dem rechten Fuß ruhend, berührt sie leicht mit dem linken eine Amphora. Das sanft geneigte Haupt zeigt edle, milde Züge, schlichtes Haar fällt unter dem Helm auf die Schultern herab. In der Behandlung der Formen spricht sich der feinste Natursinn aus, ohne daß ein übertriebener Realismus den Totaleindruck der Ruhe und Abgeschlossenheit schwächte. Nichts erinnert an die Manier und Unnatur der Spätrenaissance, nur an den Hüften wäre vielleicht eine Ueberfülle zu tadeln, aber möglicherweise ist diese nur scheinbar und wird der störende Eindruck dadurch hervorgebracht, daß die Oxydierung nicht gleichmäßig stattgefunden hat. An den vier Ecken des Steinsockels, der die Figur trägt, sitzen vier Genien, fröhliche pausbackige Knaben, gleichfalls von lebensvoller Naturwahrheit. Der eine trägt eine Kirche mit Türmchen, ein anderer ein Füllhorn mit Früchten, der dritte ein Baumreis, der vierte den Kurhut. Die dekorative Wirkung der Gruppe ist überaus günstig, auch das Verhältnis zu der Tempelhalle so glücklich, daß man, wenn nicht

Hainhofers Beschreibung dazu nötigte, sicherlich nicht auf den Gedanken käme, daß die Statue für einen andern Unterbau bestimmt gewesen sei.

Kurz, das heitere Kunstwerk reiht sich an die besten Schöpfungen der Renaissance in München, wo namentlich in der Erzplastik so Ausgezeichnetes geleistet wurde.

Leider fehlen uns aber genaue Nachrichten über die Meister, denen wir das Werk verdanken.

Mit Hilfe der Embleme selbst läßt sich die Entstehungszeit wenigstens annähernd bestimmen. Den Reichsapfel bei der Kaiserkrönung voranzutragen, war bekanntlich das Amt der Kurfürsten von der Pfalz; darum gab ihnen Karl V. denselben ins Wappen. Seit aber nach dem für Friedrich V. so unglücklichen Ausgang des böhmischen Feldzugs die Kurwürde an die bayerische Linie der Wittelsbacher gekommen war, beanspruchten diese auch die Führung des Reichsapfels. Demnach wäre nur die Annahme, daß die Bavaria mit ihren kurfürstlichen Emblemen erst nach dem Jahre 1623 geschaffen worden wäre, zuläßig. Hainhofer hat aber doch schon 1611 die Statue gesehen, wenn er auch den Reichsapfel in der Rechten der Bavaria nicht erwähnt. Ich wüßte diesen Widerspruch nicht zu erklären, wenn nicht eine Mitteilung des verstorbenen Erzgießers Ferdinand von Miller, dessen Autorität wohl von niemand angezweifelt wird, einen Ausweg zeigte. Herr von Miller erzählte mir nämlich, er sei einmal, um die wundervolle Patina zu untersuchen, zur Statue hinaufgestiegen; bei dieser Gelegenheit habe er sich davon überzeugt, daß die rechte Hand mit dem Reichsapfel später angelötet worden sei. Es steht demnach der Annahme, daß unsre Bavaria mit der von Hainhofer gesehenen identisch sei, nichts im Wege.

Möglicherweise reicht das Kunstwerk noch in die Albertinische Epoche zurück. Mehr Wahrscheinlichkeit bietet aber die Tradition, die in der Statue ein Werk Peter Candids erblickt. Zum erstenmale findet sich meines Wissens diese Angabe in Rittershausens „vornehmsten Merkwürdigkeiten der Residenzstadt München“ (1787): „Ueber der Kuppel von Kupfer steht eine prächtige Statue aus

Metall nach der Zeichnung des Candid, eine Jungfrau, welche Bayern vorstellt.“ Nagler gibt in seinem Kunstlexikon an, daß die Statue nach Candids Zeichnung von Hans Krumper gegossen wurde; da er aber sogar in der Bezeichnung der Figur irrt, ist es mindestens zweifelhaft, ob er seine Angabe auf einen authentischen Beweis stützt. Die älteren Quellen nennen Bildhauer und Gießer nicht.

Ich pochte in allen Archiven und Hausregistraturen an, erhielt aber nirgend tröstlichen Bescheid. Die Akten und Pläne über den Residenzbau sind, wie es scheint, verloren gegangen, und die Spezialrechnungen der Hofkammer, die möglicherweise Aufschluß geboten hätten, wurden im Trausnitzer Archiv 1848 makuliert. Sogar die Handschriften, denen die in Westenrieders Beiträgen veröffentlichten Nachrichten über die Kunstschöpfungen unter Wilhelm V. und Maximilian I. entnommen waren, sind nicht mehr aufzufinden.

Innere Wahrscheinlichkeit hat aber Naglers Angabe immerhin für sich. Wir hätten uns dabei zu denken, daß Peter de Witt (Candidus) zu unserer Statue in der Art die Zeichnung lieferte, wie uns die Entwürfe von seiner Hand zu den Bannerträgern am Grabmal Ludwigs des Bayern erhalten sind, und daß der als „Possirer und Bildhauer“ am herzoglichen Hof angestellte Hans Krumper die Modellierung und den Guß leitete. Der Hippogryphenschmuck des Helmes unserer Bavaria weicht von den Prunkhelmen der Krieger an den 4 Ecken des Ludwigs-Mausoleums nicht wesentlich ab. Dieselbe Naturwahrheit und Anmut, welche die Bavaria auszeichnen, finden wir auch an anderen Kunstwerken, die nach Candids Zeichnungen von Krumper ausgeführt wurden, insbesondere an den Brunnenfiguren im Hof und an den Erzportalen der Westfaçade der Residenz. Die Werke des Niederländers Hubert Gerhard, der neben dem einheimischen Künstler in München als Stukkator in Diensten der Herzoge thätig war, — es sei nur an den Perseus im Grottenhof und an die Michealsstatue an der Jesuitenkirche erinnert, — scheinen mir bei gleicher Meisterschaft der technischen Ausführung

an Großartigkeit der Auffassung Krumpers Schöpfungen zu übertreffen, aber ihre Zartheit der Modellierung nicht zu erreichen, — wenn ich mir auch nicht erlauben möchte, den Unterschied ihrer stilistischen Eigentümlichkeiten genau festzustellen.[1])

Ich kann von der Tempelhalle, deren lebendige Farbenpracht unter einer häßlichen Tünche längst verschwunden ist und deren Nischen ihrer Erzstatuen mit den fröhlichen Wasserspielen beraubt sind, nicht Abschied nehmen, ohne dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß sie in würdiger Weise wiederhergestellt werden möchte; es wäre ein dankenswerter Akt der Pietät gegen die kunstsinnigen Fürsten, die nicht um eitler Prunkschaustellung willen, sondern von reinem Wohlgefallen an künstlerischer Gestaltung geleitet, Burg und Stadt durch Künstler von so hervorragender Bedeutung ausschmücken ließen, und des Dankes gegen diese Künstler selbst, deren Werke sogar mit den gefeierten Kunstmalen der „Stadt der Brunnen" den Wettkampf wagen dürfen.

---

[1]) Auch die erneute Nachforschung Karl Trautmanns in den bayerischen Archiven ließ, wie mir dieser um die Geschichte Münchens hochverdiente Gelehrte freundlich mitteilte, auf keine Nachricht über die Bavaria und ihren Meister stoßen. Trautmann ist geneigt, das Erzbild als eine Schöpfung Hubert Gerhards anzusehen. Paul Rée entscheidet sich für Candid und Krumper.



XV.

Der Grabstein des Orlando di Lasso.

Es ist bekannt, welch heftiger Streit zwischen Albrecht V. von Bayern und seinen Ständen entbrannte, weil der Herzog seinen Hofhalt angeblich zu verschwenderisch einrichtete; als gar unfürstlich wurde es vollends angesehen, daß er mit Malern und Cantores in vertraulicher Weise verkehrte. Was jedoch den stolzen und sparsamen Herren, die nur Kohl und nicht auch Rosen anpflanzen wollten, als Vergeudung und Herabwürdigung galt, ist heute der schönste Ruhm des Fürsten. Vor allem hat er sich den Dank der Nachwelt dadurch verdient, daß er den durch seine Motette und Madrigale rasch zur Berühmtheit gelangten Niederländer Roland Laß, seit seinem Aufenthalt in Italien Orlando di Lasso genannt, als Leiter der Hofkapelle nach München berief und dem wackeren Meister zeitlebens die Gunst eines Freundes schenkte. Auch Albrechts Sohn und Nachfolger Wilhelm V. schätzte und ehrte den Tondichter. Erst unlängst wurden von Karl Trautmann einige Briefe Orlando's an diesen Herzog veröffentlicht, aus welchen erhellt, in welch patriarchalischem Verhältnis Diener und Herr sich gegenüberstanden. Von einer längeren Reise zurückgekehrt, läßt Orlando, weil er selbst noch „gar miet und vor rastn mues", durch seine Ehewirtin dem Herzog für ein Geschenk danken, setzt aber eigenhändig an den Rand des Briefes die Worte:

„Deça de la je voi toutte saison
Mieux ne me trouve en fin qu'en ma maison",

was Trautmann glücklich mit dem Spruch widergibt:

„Ich b'sinn mich hin, ich b'sinn mich her,
Wo's schöner denn zu Hause wär'."

Es bietet eine angenehme Ueberraschung, einmal aus dem Munde eines Künstlers das frohe Zugeständnis zu vernehmen, daß ihm sein Erdenwallen Glück und Frieden gebracht habe!

Fast vierzig Jahre wirkte Orlando am bayerischen Hofe, dessen Kapelle sich unter ihm und durch ihn zu einer der ersten ihrer Zeit erhob. Auch die sterblichen Ueberreste des Unsterblichen fanden im Franziskanerkloster zu München eine Ruhestätte, die von der Witwe mit einem würdigen Gedenkstein geschmückt wurde.

Ueber dieses Totenmal seien ein paar Worte gestattet.

Das schlichte Kunstwerk zog nicht blos des berühmten Toten wegen meine Aufmerksamkeit auf sich, sondern auch weil es vorübergehend einmal im Besitz meiner Familie gewesen war.

Am 4. Mai 1834 erbat sich der Notar und Bibliothekar zu Mons, Delmotte, bei König Ludwig I. die Erlaubnis, zu einer biographischen Arbeit über seinen großen Landsmann Roland de Lattre das in München verwahrte archivalische Material benützen zu dürfen. Delmotte erwähnte dabei, daß ihn der Kustos der Münchner Hof- und Staatsbibliothek, Schmidhamer, auf den Grabstein des Orlando, der gänzlich unbeachtet in einem Garten der Familie Mannlich stehe, aufmerksam gemacht habe. Darauf wies König Ludwig den Bibliothekdirektor Lichtenthaler an, der Sache nachzuspüren. Wirklich fand sich der Grabstein, jedoch nicht mehr im Mannlichsgarten, sondern in einer finstern Scheune des Hofbaumagazins unweit der Steinsäge. Nun wurde eine vom Maler Gustav König gefertigte Zeichnung dem belgischen Forscher übermittelt, und dieser fügte einen darnach gefertigten Stich seiner Notice biographique sur Roland de Lattre bei. Auf solche Weise erhielt die künstlerische und gelehrte Welt zum erstenmal Nachricht von einem plastischen Werke, das zwar nicht von

hohem künstlerischem Wert, aber schon wegen des berühmten Namens, den es trägt, unsere Aufmerksamkeit verdient.

Wie war aber der Grabstein in den Mannlich'schen Garten geraten?

Als 1802 die Klöster in Bayern aufgehoben wurden, kam es auch zum Abbruch des Münchner Franziskanerklosters. Der Vandalismus, der das Vorgehen der Vertreter der Aufklärung gegen die Schöpfungen der frommen Vorzeit in so häßlicher Beleuchtung erblicken läßt, machte sich auch hier geltend; auch die durch Alter oder durch künstlerischen Wert ehrwürdigen Denkmäler des Freithofs wurden rücksichtslos dem Untergang preisgegeben. Da war es mein Großvater, Hofschauspieldirektor Joseph Heigel, der den Grabstein des Orlando rettete, indem er ihn käuflich erwarb und in seinem Garten nächst dem Löwenstall an der Tannen-, jetzt Pilotystraße unterbrachte. Es war dem Käufer wohl kaum bekannt, daß der einzige Urnrenkel Orlando's, Georg Franz de Lasso, mit Maria Cäcilia, einer Tochter des Hofkammerrats Georg Heigel, vermählt war und nach dem Ableben des Schwähers 1677 einen Teil des umfangreichen Heigel'schen Grundbesitzes in der Nähe des Hofküchengartens erbte. Eher ist anzunehmen, daß der Künstler für den Wert eines mit dem Bildnis des berühmten Orlando geschmückten Gedächtnissteines ein besseres Verständnis hatte, als die mit der Schätzung des säkularisirten Klosterguts beauftragten „Sachverständigen".

Doch blieb der Stein nicht lange im Besitze der Familie Heigel.

Wie der Garten samt dem Grabsteine in fremde Hände überging, erfuhr ich durch Zufall. In dem bekannten Memoirenmanuskript des pfalzzweibrücken'schen Hofmalers, später bayerischen Galeriedirektors Christian von Mannlich stieß ich nicht gerade zu besonderer Freude auf die Erzählung, wie Mannlich seinem nach Mimenart des Geldes immer bedürftigen Freunde Heigel eine Summe nach der anderen vorstreckte, bis ihm endlich, da der Schuldner seine Verbindlichkeit nicht auf andere Weise lösen konnte, das prächtige Anwesen (mit dem erst vor einigen Jahren abgebrochenen „Geisterschlößchen") abgetreten werden mußte.

Durch die Anregung Delmotte's aufmerksam gemacht, erwarb König Ludwig den Grabstein von den Mannlich'schen Erben und ließ denselben 1847 in die Ostwand des damals längs der Kapellengasse entstandenen Neubaues der Akademie der Künste nach der Gartenseite zu einmauern. 1867 wurde das wieder fast verschollene Denkmal auf Anregung des kunstsinnigen Hofmusikintendanten Grafen Pocci in das Nationalmuseum versetzt. Doch auch hier wurde es, weil an einer dunklen Wand eingelassen, wenig beachtet, bis ihm endlich von Direktor von Hefner-Alteneck im Garten, wo viele ähnliche Monumente aufgestellt sind, ein würdigerer Platz angewiesen wurde.

Erfreulicher Weise hat das Denkmal bei seinen Wanderungen nicht erheblich Schaden gelitten, was hauptsächlich dem trefflichen Material, einem vermutlich vom Untersberg stammenden roten Marmor, zuzuschreiben ist. Die Tafel hat eine Länge von 5 Fuß 9 Zoll, eine Höhe von 11 Zoll und zerfällt der Breite nach in zwei Teile. In der Mitte der oberen Hälfte befindet sich ein die Grablegung Christi darstellendes Basrelief. Die Leiche des Herrn wird von Josef von Arimathia und Nikodemus in einen Sarkophag gehoben; Johannes und die vier heiligen Frauen stehen wehklagend dabei. Im Hintergrund zur Rechten erhebt sich die Stadt Jerusalem, zur Linken der Kalvarienberg.

Das Relief ist nur von mittelmäßiger Arbeit; die Anordnung der Gruppe, die Köpfe, die Gewandung sind konventionell. In der Ecce homo-Kapelle der Liebfrauenkirche zu München steht eine sehr ähnliche Pietà aus Terra Cotta; auch hier ist das Haupt der Maria stark nach rechts geneigt, die Arme sind über der Brust gekreuzt u. s. w.

Auf dem Sarkophag ist mit römischen Ziffern die Jahreszahl 1595 angebracht. Daraus folgerte Rudolph Marggraff, der zum erstenmal 1848 in der Beilage zur Augsburger Allgemeinen Zeitung Nr. 2 dem Grabstein ein paar Worte widmete, daß das Jahr 1595 und nicht, wie bis dahin angenommen wurde, 1585 als das Todesjahr Orlandos anzusehen sei. Die Vermutung erwies sich jedoch als falsch. In einer 1852 von Muffat

veröffentlichten biographischen Skizze wurde folgende Abrechnung der fürstlichen Hofkammer über die Geldbezüge des Musikers bis zu seinem Ableben, d. d. 5. Mai 1595, bekannt gegeben.

„Orlando di Lasso, gewester fstl. Capellmeister, hat sich verobligiert, vermög einer verschreybung, wegen enthebung etlicher seiner müehlichen Dienst, jerlich ann seiner Besoldung fallen zu lassen 200 fl.

Und weil mit solchen von Primo Janer Anno 90 angefachen, so tut dieselb Pro Ratta bis 14. Juni Anno 94, da er gestorben, so er gut zu thuen hatt . . . . . fl. 891,40

Hergegen hatt er Lasso seliger
An seiner Besoldung noch einzenehmen bis zu seinem Absterben . . . . fl. 184

Rest er Lasso noch fl. 707,40

Hier ist also nicht bloß das Datum des Ablebens angeführt, sondern für die Richtigkeit dieser Angabe durch Berechnung der Bezüge bis zum letzten Lebenstage gewissermaßen noch die Probe geliefert. Demnach unterliegt es keinem Zweifel, daß weder 1595 noch 1585 richtig ist, sondern daß der große Meister heiliger Musik am 14. Juni 1594 gestorben ist. Die Jahreszahl auf dem Sarkophag kann nur als Datum der Errichtung des Denkmals angesehen werden.

Zu beiden Seiten des Reliefs sind Tafeln mit je drei lateinischen Distichen angebracht. Die Verse lauten in freier Uebertragung:

„Orlands Asche, der einst so süße Weisen gesungen,
Jetzt aber starr und stumm, birgt dieses traurige Grab.
Dich zu beweinen, Dich Müden (Lasse), ermüdeten selbst die Chariten,
Der Du von Fürsten geliebt, ja selbst von Kaisern geehrt,
Den uns Belgien gab, die Heimat erlauchter Geister,
Hegte dann boisches Land, das solche Männer ernährt.
Ach, seine Hülle umschließt auch diese boiische Erde,
Zweimal sechs Lustren und zwei Winter nur hat er gelebt.
Bäume, Felsen, Getier bezauberte Orpheus, doch Lassus,
Die in orpheischer Kunst selber als Meister verehrt.
Weil mit Wohllaut des Tons er füllte den lauschenden Erdkreis,
Kämpft er als Sieger jetzt dort mit der Himmlischen Chor.“

Ueber das Geburtsjahr Orlando's haben wir keine bestimmte Nachricht, sondern nur unter einander abweichende Anhaltspunkte, so daß auch die Ansichten der Biographen, die bald dieses bald jenes Individuum bevorzugten, auseinandergehen.

Ob die in jenen Distichen enthaltene Nachricht, Orlando habe 62 Jahre gelebt, („Post lustra ac hyemes sena bis acta duas“), als ausreichender Beweis für das Geburtsjahr 1532 anzusehen ist, erscheint zweifelhaft. Jedenfalls ist aber damit bewiesen, daß zur Zeit der Errichtung des Grabmals die eigene Familie Orlando's des Glaubens war, daß er 62 Jahre alt geworden sei. Dadurch ist die Annahme, daß er schon 1520 geboren sein könnte, so ziemlich ausgeschlossen, während das Jahr 1530, das durch verschiedene Indizien, insbesondere durch die bestimmte Angabe eines Landsmannes und intimen Freundes des Orlando, des Gelehrten Samuel Quichelberg, unterstützt und deshalb auch in der jüngsten biographischen Arbeit von Adolph Sandberger bevorzugt wird, eher noch damit zu vereinigen ist.

Unter dem Relief in der Mitte der unteren Langhälfte befinden sich die Wappen des Orlando di Lasso und seiner Ehefrau Regina, gebornen Weckinger. Das erstere stimmt genau mit der Beschreibung in dem Adelsbrief vom 7. Dezember 1570 überein. Aus dem gekrönten Helm steigt ein doppelschweifiger, eine strahlende Sonne in den Pranken haltender Löwe empor. Das Schild ist schräg geviert, so daß das obere und das untere Dreieck kleiner sind als die äußeren; in jedem der Felder ist ein Kreuzchen; auf dem durch die Mitte horizontal gelegten Balken zeigen sich die bekannten chromatischen Versetzungs- und Umwandlungszeichen beim Fortschreiten der Töne, ein Auflösungszeichen ♮, ein Kreuz ♯, ein Be, ♭. Marggraff erblickt in der Einfügung dieser Zeichen eine Bestätigung der Tradition, daß Orlando der Erfinder des chromatischen Tonleitersystems gewesen wäre. Das scheint nicht richtig zu sein. Nach Schafhäutl soll der Brüsseler van der Eycken schon 1518 den Gebrauch der Diesis = ♯ erklärt und der Spanier Viadana über die Baßnote, wenn der Dreiklang weich war, ein ♭, wenn derselbe wie-

der hart wurde, ein ♯ gesetzt haben.*) Also vor Orlando! Man hat auch sicher nicht nötig, zur Erklärung Marggraffs zu greifen; es hat an sich nichts Auffälliges, daß das ritterliche Wappen eines Musikers mit solchen musikalischen Zeichen ausgestattet wurde. Das Wappen der Regina Weckinger hat als Helmkleinod eine männliche Büste, die auch im zweiten und dritten Feld des Schildes wiederkehrt; das erste und das vierte Feld sind leer.

Links und rechts vom Wappen unter den Schrifttafeln knieen in symmetrischen und perspektivisch sich verjüngenden Reihen die Mitglieder der Familie Lasso, links zehn männliche, rechts acht weibliche. Als der Erste zur Linken im Vordergrund gegen den Zuschauer kniet Orlando selbst; der Kopf hat unverkennbare Aehnlichkeit mit dem um das Jahr 1560 von Hans Mielich gemalten Miniaturporträt des Meisters. Neben dem Vater kniet der älteste Sohn Johann (vgl. die von Destouches entworfene Stammtafel der Familie), Sänger in der fürstlichen Kapelle; dann folgen Wilhelm, der eine Mauthnerstelle in Regensburg inne hatte, Ferdinand, der nach des Vaters Tod herzoglicher Kapellmeister wurde, Rudolf, „bestellter fürstlicher Componist und Hoforganist“, wie er im Grundbuche der Stadt München bezeichnet ist; endlich Ernst, 1595 noch ein „pueb“, dem vom Herzog Wilhelm zu weiterer Ausbildung zum Instrumentalisten ein Stipendium verliehen wurde. Die übrigen vier sind vermutlich Enkel des Tonsetzers. Oberhalb sämtlicher Köpfe sind Kreuze eingemeißelt; zu Häupten Orlando's mag man das Kreuz schon bei Anfertigung des Grabsteines angebracht haben, die übrigen werden später nach Ableben der Einzelnen eingefügt worden sein.

Von den acht Frauengestalten ist die erste ohne Zweifel die Ehefrau Orlando's. Ihr zu Füßen liegt ein Wickelkind, wohl um anzudeuten, daß ihr ein Kind schon im frühesten Lebensalter durch den Tod entrissen wurde. Neben ihr kniet die älteste Tochter Regina, die mit dem kaiserlichen Hofmaler Johann von

*) Freundliche Mitteilung des Herrn J. A. Mayer, Konservators am bayer. Nationalmuseum.

Ach vermählt war. Ihr zu Füßen steht ein Wappenschild, in dem noch drei Sterne deutlich zu erkennen sind. Damit ist nun freilich weder die Angabe in Ambros' Beschreibung des Prager Domes, daß das Ach'sche Familienwappen einen Löwen mit einem Merkurstab enthalten habe, noch die Zeichnung in Siebmachers Wappenbuch: drei silberne Halbmonde auf schwarzem Schild, zu vereinigen. Ich muß die Erklärung der Widersprüche erfahreneren Heraldikern überlassen. Uebrigens ist auch die Angabe Ambros' in bezug auf das Sterbedatum des Johann von Ach kaum haltbar. Laut Inschrift des Grabsteines im Prager Dom wäre der Maler am 6. Jänner 1615 gestorben. Dagegen findet sich, wie Destouches mitteilt, im Taufbuch der Frauenpfarrei zu München ein Eintrag, daß am 24. September 1615 ein Sohn des „Johannes von Ach, Maler" getauft worden sei. Das inzwischen verschollene Grabmal war, wie Ambros selbst angab, schon 1858 stark beschädigt; vermutlich war die Inschrift nicht mehr deutlich genug zu lesen. Die sechs übrigen knieenden Frauengestalten sind Töchter und Enkelinnen Orlando's; sie tragen Kopfbedeckungen von Mädchen, während die beiden ersten die Frauenhaube tragen.

Auf dem Oberteile des Grabsteines kommen, weniger in dem konventionellen Mittelbild, als in den hübschen Schrifttafeln und der Ornamentik des Sarkophags die freieren Formen der Renaissance zum Ausdruck; auf der unteren Hälfte erinnert die schematische Aneinanderreihung, aber auch die gesund realistische Behandlung der knieenden Beter noch mehr an spätgotische Kunst. In Bezug auf künstlerische Freiheit und Feinheit steht die Münchner Gedächtnistafel entschieden z. B. hinter den Epitaphien des Eichstädter Bildhauers Loy Hering zurück. Ueber die Persönlichkeit des Künstlers ist nicht einmal eine Vermutung auszusprechen, obwohl auch noch andere Werke von der Hand des nämlichen Meisters vorhanden sind. Fast mit Bestimmtheit läßt sich dies erklären in Bezug auf einen an der Ostseite der Münchner Frauenkirche eingemauerten Grabstein des Kaspar Weiller von Garatzhausen. Die Anordnung ist hier die nämliche, wie auf der

Gedächtnistafel des Orlando. Im Mittelbild der oberen Hälfte ist die Erweckung des Lazarus dargestellt; die Figuren wie die Häuser im Hintergrund erinnern auf den ersten Blick an den Grabstein des Orlando, nicht minder die Tafeln, welche die Inschriften tragen; hier wie dort sind orgelpfeifenartig die Familienglieder knieend dargestellt; auch die Wappen sind auf gleiche Weise angebracht.

Aehnlich verhält es sich mit dem aus der Münchner Frauenkirche in den Garten des Nationalmuseums versetzten Denkmal des Georg Barth zu Harmating, gest. 1566, und seiner Ehefrau Margaretha, gest. 1600, nur ist hier alles reicher und prächtiger gehalten. In die gleiche Kategorie gehört auch der einfachere, jetzt im Nationalmuseum befindliche Grabstein des Schusters Knerr aus Regensburg.

Es ist im Grunde nur eine müßige Tändelei, wenn zwischen Werken aus ganz verschiedenen Kunstgebieten Vergleiche gezogen werden, und es wäre nicht angemessen, das Schaffen des epochemachenden Komponisten und die Leistung eines Bildhauers von untergeordnetem Range auf eine Stufe stellen zu wollen. Immerhin erinnert das Grabmal in manchen Zügen an das Leben und Wirken des Flamänders, der in Italien ein Meister seiner Kunst und in München ein guter Deutscher geworden ist, des Musikers, dessen Schöpfungen nicht so fast durch Glanz und Schönheit als durch Schlichtheit und Kraft der Harmonien ihre eigenartige, große Wirkung üben.



XVI.

Ein Reich — ein Recht.*)

Der Gedanke deutscher Einheit auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts hat ein glorreiches Geburtsjahr, das Jahr der Befreiung Deutschlands aus unwürdigen Fesseln: 1813.

Durch den Sieg der deutschen Waffen war das Selbstbewußtsein der Nation erstarkt. Die Freude über stolzes Gelingen gemeinsam vollbrachter Thaten rief bei allen deutschen Stämmen das Gefühl der Zusammengehörigkeit wach, und nun wurde neben anderen nationalen Forderungen zum erstenmale auch der Wunsch nach einheitlicher deutscher Gesetzgebung laut.

Schon in einer Denkschrift, welche Hans von Gagern in seinem Jubel über den Sieg der deutschen Idee wenige Tage nach der Schlacht bei Leipzig an Fürst Metternich richtete und worin der heißblütige Patriot seine Hoffnungen und Pläne in Bezug auf

*) Der Aufsatz wurde 1872 im Auftrag Minister v. Pfeufers, der ausdrücklich einen Nichtjuristen mit der Aufgabe betraut wissen wollte, abgefaßt, um Sr. Majestät König Ludwig II. von Bayern unterbreitet zu werden. Obwohl ich mir heute über das dilettantische Gepräge der Arbeit nicht im Unklaren bin, glaube ich sie dennoch veröffentlichen zu dürfen, da aus den Akten des bayerischen Justizministeriums einiges Neue zur Geschichte der Fortentwicklung des deutschen Rechts mitgeteilt werden konnte.

Deutschlands Zukunft darlegte, taucht der Satz auf: „Allmählich vielleicht der Entwurf und die Adoption allgemeiner Gesetzbücher."

Bestimmtere Form gab dem Verlangen nach legislativer Einheit der Heidelberger Rechtslehrer Thibaut in einer 1814 erschienenen Flugschrift: „Ueber die Notwendigkeit eines allgemeinen bürgerlichen Rechts für Deutschland."

Er verhehlte sich nicht die Schwierigkeiten, die einer festen politischen Gestaltung Deutschlands im Wege stünden, und sprach sich selbst als Gegner des Unitarismus aus: „So viel ist entschieden, Deutschland hat nach wie vor den Vortheilen einer unbedingten Einheit zu entsagen. Mit dem Reichthum des Mannigfaltigen werden die Deutschen stets einen ausgezeichneten Platz unter den Völkern behaupten, während leicht alles zur Plattheit und Stumpfheit herabsinken könnte, wenn es einem Einzigen gelänge, Deutschland in eine volle politische Einheit umzubilden." Dies schließe aber die Berechtigung seines Wunsches nach einheitlicher Gesetzgebung durchaus nicht aus. „Man hat indessen jeden kleineren Staat so organisiert, als ob er mit der ganzen Welt durch keinen Faden zusammenhinge, während die Deutschen nicht anders glücklich werden können, als wenn alle deutsche Regierungen mit vereinten Kräften die Abfassung eines der Willkür der einzelnen Regierungen entzogenen, für ganz Deutschland erlassenen Gesetzbuches zu bewirken suchen. . . Ein patriotischer Verein aller deutschen Regierungen lasse dem ganzen Reiche die Wohlthaten einer gleichen bürgerlichen Verfassung angedeihen."

Gleichzeitig forderte auch Pfeifer in den „Ideen zu einer neuen Civilgesetzgebung für teutsche Staaten" ein allgemeines Gesetzbuch, wenn es auch „an dem bestehenden Rechtssystem möglichst wenig ändern" dürfe. Ebenso vertrat K. E. Schmidt in der Flugschrift „Deutschlands Wiedergeburt" den von Thibaut angeregten Gedanken, hielt es aber für das Vorteilhafteste, wenn sich ganz Deutschland einfach zur Annahme des österreichischen bürgerlichen Gesetzbuches verstehen würde.

Diesen Plänen gegenüber suchte Savigny („Vom Beruf unserer Zeit für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft") den Beweis

der Unmöglichkeit einer neuen Codification zu führen, nicht ohne die Berechtigung des Wunsches nach Gemeinsamkeit des Rechts anzuerkennen. Ehe man sich aber so frommen Wünschen hingebe, seien eifrige historische Studien erforderlich, um das neue Rechtsgebäude in Zukunft auf weniger schwankendem Boden aufrichten zu können, als dies dermalen möglich wäre.

Auch bei den Verhandlungen des Wiener Kongresses über die Gestaltung des neuen Bundesverhältnisses der deutschen Staaten trat der Gedanke der Schöpfung eines nationalen Rechts mehrmals in den Vordergrund. So forderte der Verfassungsentwurf Hardenbergs „ein allgemeines deutsches Gesetzbuch.“ Der Entwurf des mecklenburg-schwerin'schen Ministers v. Plessen betonte wenigstens entschieden die Einheit der Handelsgesetzgebung. In dem Memorandum, welches 32 deutsche Fürsten und Städte am 10. Februar 1815 an den Fürsten Metternich richteten, fand sich der Vorschlag zur Bildung eines sogenannten zweiten Rats, dessen Wirkungskreis hauptsächlich „im Anteil an der allgemeinen, für ganz Deutschland geltenden Gesetzgebung“ bestehen sollte.

In den maßgebenden staatsmännischen Kreisen war man aber wenig geneigt, der Einheit des deutschen Staatskörpers durch gleichmäßige staatliche Einrichtungen Vorschub zu leisten, und nachdem wiederholt die ganzen Verhandlungen über die Gestaltung des staatsrechtlichen Organismus schon dem Scheitern nahe gewesen waren, gelangte die Ansicht zur Herrschaft, es genüge vorläufig eine Festsetzung der wesentlichsten Grundsätze. Somit wurden bestimmte Maßnahmen nach der legislativen Richtung nicht getroffen. In Art. 10 der Bundesakte ist bloß gesagt: „Das erste Geschäft der Bundesversammlung nach ihrer Eröffnung wird die Abfassung der Grundgesetze des Bundes und dessen organische Einrichtungen in Rücksicht auf seine auswärtigen, militärischen und inneren Verhältnisse sein“.

Allerdings hätte in gleicher Weise, wie aus dem Art. 19 das Institut des Zollvereins herauswuchs, aus Art. 10 eine einheitliche Organisation des Rechts gefolgert und begründet werden können, allein die Fortentwicklung des deutschen Bundes

selbst war gemeinnützigen Anordnungen durchaus ungünstig. Zwar wurden auch nach dem Wiener Kongresse Stimmen laut, welche einheitliches Recht heischten, — so erschien z. B. 1817 eine Schrift „Blicke auf die juristische Praxis in Beziehung auf das künftige Gesetzbuch für Deutschland“, worin ein allgemeines Gesetzbuch als würdigstes Nationaldenkmal bezeichnet und gefordert war, — doch die Organisation des Bundes galt nach den Karlsbader Beschlüssen und der Wiener Akte für abgeschlossen, und nur durch sehr schwache Lebenszeichen verriet der Bundestag, daß „Fortsetzung der organischen Einrichtungen des Bundes“ zu seinen anerkannten Aufgaben gehöre. Durch Aretin, den Vertreter der bayerischen Regierung, wurde 1821 angeregt, eine Sammlung aller in Deutschland bestehenden Gesetzgebungen zu veranstalten, aber selbst dieser Vorschlag gelangte nicht zu entsprechender Ausführung. Die Gegner wiesen darauf hin, daß die beiden größten Staaten, Oesterreich und Preußen, sich einer verhältnismäßig abgeschlossenen Gesetzgebung erfreuten und die Kleineren nur diesem Beispiel zu folgen brauchten. Als Schnell und List 1819 vor dem Forum des Bundestages im Interesse des Handels und Verkehrs Aufhebung der Zölle und Mauten im Inneren Deutschlands forderten, wurden diese „Aeußerungen von Privatleuten, die sich zuvörderst an ihre Regierungen hätten wenden sollen“, einfach zu den Akten gelegt. Aber schon wenige Jahre später dachte man anders über die Wichtigkeit dieser nationalen Angelegenheit, und wie jetzt aus Cottas Papieren nachgewiesen ist, hauptsächlich Dank der patriotischen Bemühungen der Könige von Würtiemberg und Bayern kam der allgemeine Zollverein zu stande.

Auf gleiche Weise wurde das Bedürfnis fühlbar, die handelsrechtlichen Verhältnisse gemeinsam zu regeln; es zeigte sich immer deutlicher, daß Reformen der partikulären Gesetzgebung hier nicht ausreichen, und die nämlichen Kräfte, welche bei Gründung des Zollvereins thätig gewesen waren, wirkten auch bei der neuen Handelsgesetzgebung als thätigste Faktoren mit.

Bei der Münchener Generalzollkonferenz 1836 (Haupt-

Protokoll § 40 und Beilage Nr. XI) wurde von Seite des Vertreters der württembergischen Regierung unter Bezugnahme auf das in mehreren Vereinsstaaten dringend empfundene Bedürfnis einer neuen oder verbesserten Handelsgesetzgebung der Vorschlag gemacht, über gewisse Hauptgesichtspunkte, von welchen die Handelsgesetze der einzelnen zollverbündeten Staaten auszugehen hätten, sich zu einigen, insbesondere behufs Herstellung einer größeren Gleichmäßigkeit im Wechselrecht über eine gemeinschaftliche Grundlage der künftigen Wechselordnungen sich zu verständigen. Die Bevollmächtigten der Einzelstaaten erkannten die Wichtigkeit der Frage an und versprachen, dieselbe der näheren Erwägung ihrer Regierungen zu empfehlen. Als im nächsten Jahre Bayern und Württemberg zunächst allein an die Beratung dieser Angelegenheit gingen, erklärte sich auch die preußische Regierung, indem sie auf die Gefahren eines partiellen Schrittes für den Zweck einer allgemeinen Vereinbarung hinwies, zu vertraulicher Mitwirkung bereit, und die süddeutschen Regierungen nahmen den Vorschlag an.

Vom bayerischen Finanzministerium wurden zunächst die Wechselgerichte zu gutachtlicher Aeußerung aufgefordert. Fast alle Antworten stimmten darin überein, es sei im Interesse des handelnden Publikums gelegen, wenn allgemeine Bestimmungen wenigstens über Wechselrecht für alle Zollvereins-Staaten festgestellt würden. Nur das Handels- und Wechselgericht Straubing (9. Januar 1838) protestierte gegen solches Zusammenwerfen unvereinbarer Interessen, da „Bayern in bezug auf den Handelsbetrieb einen Vergleich mit den Vereinsstaaten des Nordens nicht aushalten könne und deshalb die Festsetzung allgemeiner Bestimmungen dem Lande schädlich werden müsse, indem der bayerische Handelsstand mit Wechsel und Anweisungen überschwemmt würde, ohne sich auf gleiche Weise revanchieren zu können.“ (!)

Mit diesen entgegenkommenden Schritten der genannten Regierungen hatte es aber vorläufig sein Bewenden, obwohl bei dem von Jahr zu Jahr namentlich durch den Eisenbahnbetrieb

gesteigerten Verkehr das Bedürfnis wenigstens nach gemeinsamen handelsrechtlichen Normen immer fühlbarer wurde.

A. Christ betonte 1842 auf's neue in einer Schrift „Ueber deutsche Nationalgesetzgebung“ die Notwendigkeit einer vaterländischen Gesetzgebung auf dem Gesamtgebiete des Rechts und warnte vor den Gefahren der Partikulargesetzgebung, „wodurch Spaltung der bedenklichsten Art, vielleicht für Jahrhunderte, gerade zu einer Zeit unter den deutschen Völkern geschaffen werden könnte, wo das Bedürfnis des Ganzen und der einzelnen Teile gebieterisch das Gegenteil verlangen.“

Während Christ die damalige Lage für besonders günstig zur Schöpfung eines allgemeinen Civilrechts erachtete, behauptete Zöpfl in einer Kritik der Schrift Christs, es sei, wie zur Zeit die Sachen in Deutschland ständen, nicht daran zu denken, da ja vom Bundestag eine solche Reform nie ausgehen würde und Oesterreich und Preußen ihre eigenen Civilgesetzbücher nicht aufgeben wollten. „Das, was jetzt notthut,“ schließt er, „das ist ein gemeinsames Handels- und Wechselrecht für die Staaten des Zollvereins.“

Auf diesem Gebiete, wo die Unzulänglichkeit der herrschenden Rechtsverhältnisse am offensten zu Tage lag, wurde denn auch wieder im Jahre 1843 die erste neue Anregung zur Einigung gegeben. Die preußische Regierung gab den Wunsch zu erkennen, über die Frage, inwiefern die Einführung eines gleichförmigen Handels- und Wechselrechts zweckmäßig und durchführbar sei, in Verhandlungen einzutreten. Wieder erklärten sich mehrere Regierungen zum Beitritt geneigt, ohne daß es jedoch zu festen Beschlüssen gekommen wäre. Das Bestreben, wenigstens diesem Teil des bürgerlichen Rechts aus der Stagnation der deutschen Rechtsverhältnisse emporzuhelfen und ihn den Ansprüchen der Gegenwart anzupassen, trat jedoch allerorten zu Tage, wenn auch vorläufig nur in legislativen Vorarbeiten.

Von König Ludwig I. zur Beleuchtung der wichtigen Frage aufgefordert, legte Oberappellrat Kleinschrod die Notwendigkeit dar, die Normen, welche für den Handel im Bayernlande gelten

sollten, so viel als möglich mit denjenigen Vorschriften in Einklang zu bringen, wodurch der Handel in den andern deutschen Staaten geregelt sei (Vortrag vom 31. Juli 1844). Die Einführung eines gemeinsamen Handelsgesetzbuches müsse jedoch an der Verschiedenheit der in den einzelnen Staaten bestehenden Civilgesetze scheitern, so daß nur dafür zu sorgen wäre, „daß eine mit dem Entwurfe des Wechselrechts beginnende successive Bearbeitung des Handelsgesetzbuches allergnädigst gestattet und mit sämtlichen oder einzelnen Staaten des Zollvereins zur Bearbeitung gleichförmiger Vorschriften in das Benehmen getreten werden möge."

Allein trotz der Abneigung der Regierungen trat die nach gemeinsamer Codification strebende Richtung immer entschiedener in Presse und Literatur in den Vordergrund. Eine Reihe von Schriften aus den Jahren 1844 bis 1847 beweist, wie lebhaft diese Frage die Geister beschäftigte. Seit Savigny seiner Zeit den Beruf zur Gesetzgebung abgesprochen hatte, war wirklich eingetreten, was er als erste Bedingung eines günstigeren Umschwunges bezeichnet hatte. Die Rechtswissenschaft hatte sich mehr mit der Praxis befreundet, und gerade durch die von der historischen Schule ins Leben gerufenen Studien war der Stand der Juristen dazu herangebildet worden, für lebendige Ausbildung des Rechts Sorge zu tragen.

In Purgolds Schrift „Der deutsche Anwalttag" wurden die deutschen Anwälte zu energischem Zusammenwirken für die nationale Gesetzgebung aufgerufen. Auch L. W. Fischer wollte in seinen Schriften „die teutsche Justiz", „Teutsches Volk und teutsches Recht", „die teutsche Rechtsform" u. s. w. den Gedanken der Rechtseinheit festgehalten wissen, erklärte aber für unmöglich, daß ein deutsches National-Gesetzbuch geschaffen werden könne, ehe der Anfang mit einheitlicher Reform des Prozeßrechts gemacht werde. „Da unser Rechtswesen während langer Jahrhunderte versäumt ward, so steht es uns nicht an, die Gründung eines vollkommenen Civilrechts in kürzester Frist zu erwarten; von der Zeit und den Umständen wird es abhängen, ob das

kommende Geschlecht Früchte ernten wird; für uns ist schon viel gewonnen und eine große Pflicht erfüllt, wenn wir die Pfeiler, auf denen sich nach Vernunft und Erfahrung der Bau des Volksrechts erheben kann, allmählich zu gründen suchen." Beseler „Volksrecht und Juristenrecht" warf das Bedenken auf: „Wohin soll es mit unserer im gemeinen Recht vertretenen Rechtseinheit kommen, wenn ein Staat nach dem andern sich davon ablöst und unbekümmert um die andern sein Wesen für sich bestellt?" Auch Runde „Gemeines Recht für Deutschland" tadelte, daß jede deutsche Regierung die Sache als Einzelfrage für sich auffasse und Abhilfe in Abfassung eines partikulären Gesetzbuches suche. Vom deutschen Bundestag müsse die Initiative zur Schöpfung eines gemeinsamen deutschen Gesetzbuches ausgehen; jede der 17 Stimmen des engeren Rats möge ein Kommissionsmitglied ernennen. Da der deutsche Zollverein, in welchem die bedeutendsten Interessen vertreten seien, unmöglich länger ohne eine gewisse Gemeinsamkeit des Rechts bleiben könne, sei ein Handels- und Wechselrecht als erste Aufgabe zu betrachten. Da dieses sich auf das Obligationenrecht stütze, so müsse damit die Arbeit fortgesetzt und so das Gebiet eines gemeinschaftlichen deutschen Rechts successive erweitert werden.

Auf dem Germanistentage von 1846 wurde ebenfalls der dringende Wunsch nach gemeinsamer Codification des Privatrechts ausgesprochen. Der Hesse Zaup erklärte, seine Hoffnung sei zunächst auf jenen König, der bloß in Landen des deutschen Bundes regiere, also auf Ludwig I. von Bayern, gerichtet, auf „ihn, der seit einem Vierteljahrhundert so unendlich viel für die Künste gethan, der bereits 1831 den Geist der Nation dergestalt erkannt hat, daß er seinen Ständen Freiheit der Presse und zur Aburteilung der Preßvergehen Schwurgerichte angeboten, der auch in diesem Jahre bei einer Veranlassung, wo Deutschlands Interesse und Ehre von Norden her bedroht wurde, wiederum bewiesen, daß nichts ihm fremd ist, was Deutschlands Ehre und Interesse betrifft." Noch im nämlichen Jahre stellte in der zweiten bayerischen Kammer der Abgeordnete Christ einen Antrag

auf Einführung eines für sämtliche Vereinsstaaten giltigen Handels- und Wechselrechts. Der Referent Mittermaier begrüßte diesen Schritt als „Anfang der Verwirklichung der Idee eines gemeinsamen national deutschen Rechts, das bis jetzt nur ein verkümmertes Leben in der Anwendung hatte, von dem vor mehr als einem Jahrtausend für ein anderes Volk unter ganz anderen Verhältnissen ausgebildeten fremden Recht verdrängt ist und das Bild eines traurigen Zustandes der Rechtsungewißheit und des in jedem Augenblick hervortretenden Widerspruchs der Rechtsentscheidung mit den Ansichten und Bedürfnissen des Volkes gewährt." Wirklich fand der Antrag die Zustimmung der Kammermehrheit.

Allein erst vom Jahre 1847 an boten die Regierungen aufrichtig die Hand zu einheitlichem Vorgehen; dann wirkte aber auch der einmal gegebene Impuls ohne Unterbrechung zur Förderung nationaler Legislative fort.

Eine Note der preußischen Regierung vom 20. Februar 1847 lud die Zollvereinsstaaten zur Beschickung einer Konferenz zur Beratung einer allgemeinen deutschen Wechselordnung ein. Die bayerische Gesetzkommission befürwortete die Konferenz. Auch König Ludwig gab am 27. Juni 1847 seine Zustimmung mit dem Beisatz: „Wenn nicht Augsburg betreffende Ausnahmen für diesen Wechselplatz zu machen räthlich wären, was in Erwägung zu ziehen und mir vorzulegen ist, ob genannter Stadt eigenthümliche Wechselordnung für sie beizubehalten sein möchte." Da auch die meisten übrigen deutschen Staaten sich geneigt zeigten, konnte die zahlreich beschickte Konferenz am 20. Oktober 1847 in Leipzig zusammentreten.

Ein deutscher Fürst, der schon bei der Wechselordnung die Initiative ergriffen hatte, zeigte sich nunmehr sogar bereit, den Plan einer allgemeinen deutschen Rechtscodifiaction zu betreiben. Durch Note vom 27. Juni 1847 wandte sich die württembergische Regierung zunächst an die Kabinette von München und Darmstadt mit dem Vorschlag, zur Anbahnung einer gemeinsamen Gesetzgebung in Civil- und Strafsachen eine Kommission

zu berufen. Das bayerische Justizministerium erwiderte jedoch ablehnend. In der Antwort ist hervorgehoben, der hohe Wert einer gemeinsamen Gesetzgebung Deutschlands werde keineswegs in Zweifel gezogen, aber das Bedürfnis einer baldigen angemessenen Reform der bürgerlichen Gesetzbücher Bayerns mache die Ablehnung der Einladung notwendig, da die Sache durch Ueberweisung an gemischte Kommissionen unzweifelhaft auf lange Zeit hinaus verschleppt würde. Andere Staaten waren dagegen dem württembergischen Vorschlage geneigt, so daß die Berufung einer beratenden Kommission im Mai 1848 nach Stuttgart beschlossen wurde.

Die revolutionäre Bewegung dieses Jahres, deren Forderungen solche Reformbestrebungen weit überholten, ließ die Stuttgarter Konferenz nicht zu stande kommen.

Gleichzeitig mit Württemberg gedachte auch Preußen in der volkstümlichen Angelegenheit die Initiative zu ergreifen. Im Auftrag Friedrich Wilhelms IV. veröffentlichte Radowitz die bekannte Denkschrift über deutsche Bundesreform vom 20. November 1847. Neben anderen Reformen werden „Errichtung eines obersten Bundesgerichts, Einführung eines gemeinschaftlichen Strafrechts und Strafverfahrens, Handels= und Wechselrechts“ als dringende Bedürfnisse anerkannt, mit deren zeitgemäßer Befriedigung eigene Spezialkommissionen beauftragt werden sollen.

Unter Preußens Auspicien kam die Anbahnung eines gemeinsamen bürgerlichen und peinlichen Rechts und Rechtsverfahrens auch in der Bundesversammlung zur Sprache; ein Antrag auf Abordnung von Kommissären aller Regierungen wurde der Ausschußberatung überwiesen.

Welcher Umschwung durch die immer drohender zu Tage tretenden Sturmzeichen zu Gunsten des bisher immer wieder beiseite geschobenen Projekts hervorgerufen war, mag ein Vorgang in bayerischen Regierungskreisen beweisen.

Das Ministerium des Aeußern fragte durch Note vom 3. Juli 1848 bei dem Justizministerium an, ob nicht die bayerische Regierung durch eine Cirkularnote den Vorschlag machen sollte,

möglichste Gleichförmigkeit der in den deutschen Staaten eben in Ausarbeitung begriffenen, neuen Gesetzbücher herbeizuführen. Nach einem Hinweis auf frühere Bemühungen der württembergischen Regierung heißt es weiter:

„Unter den damaligen Verhältnissen bestand allerdings gerechter Zweifel gegen die Möglichkeit, in nicht allzu langer Zeit die in den einzelnen deutschen Staaten bestehenden Gesetze durch eine allgemein rezipierte deutsche Gesetzgebung zu ersetzen. Da nun dieses Bedenken gegenwärtig wohl nicht mehr besteht, wird eine weitere Entwicklung der gemeinsamen Rechtsinstitutionen Deutschlands auch in Bezug auf das Privat- und Strafrecht nach Kräften zu befördern und nach diesseitiger Ansicht auch gegen die in der Bundesversammlung beantragte Abordnung von Bevollmächtigten der Landesregierung nichts zu erinnern sein. Die zu lösende Aufgabe würde wohl eine doppelte sein, indem nebst der Abfassung der gemeinsamen Gesetzbücher zugleich auf die Regelung der internationalen Jurisdiktionsverhältnisse zwischen den einzelnen Landesregierungen Deutschlands, insbesondere zur vorläufigen Anwendung bis zur wirklichen Einführung der gemeinsamen Gesetze Bedacht zu nehmen wäre. Ohne die Möglichkeit der von dem sehr verehrlichen kgl. Staatsministerium der Justiz schon früher als sehr wünschenswert bezeichneten Vereinbarungen über eine gemeinsame Gesetzgebung für ganz Deutschland im Gebiete des Straf- und Privatrechts und Strafverfahrens, allenfalls unter Belassung eines angemessenen Spielraums für die Aufrechthaltung eigentümlicher Institutionen einzelner deutscher Stämme (z. B. in Bezug auf eheliches Güterrecht, Einkindschaftung &c.) unter den gegenwärtigen Verhältnissen für zweifelhaft erachten zu wollen, ist nach diesseitiger Ansicht doch zu erwarten, daß die Erreichung des Zieles auch bei dem eifrigsten Zusammenwirken und der angestrengtesten Thätigkeit längere Zeit in Anspruch nehmen muß, zumal es hier an jenen Vorarbeiten fehlt, wie solche z. B. bei den Verhandlungen in Leipzig über ein gemeinsames Wechselrecht benützt werden konnten.

„Unter den Gegenständen, welche für die Regelung der

internationalen Jurisdiktionsverhältnisse zu einer schnelleren Bereinigung geeignet sein dürften, würde das unterfertigte Staatsministerium vorzugsweise rechnen: a) die in deutschen Verfassungs- und anderen Gesetzen noch bestehenden Ausflüsse des Grundsatzes, daß die Unterthanen anderer deutscher Bundesstaaten nicht den Inländern in privatrechtlicher und prozessualer Hinsicht vollkommen gleich stehen, sondern als Ausländer behandelt werden. b) Gleichförmige Kompetenzbestimmungen im Civilprozesse, Grundsätze über die Entscheidung der Kompetenzkonflikte deutscher Gerichte verschiedener Landesregierungen, Vereinbarung über prorogierten Gerichtsstand, Vollzug von Erkenntnissen und Requisitionen. Belassung zum Armenrechte, Beigebung von Offizialbeiständen und Verrechnung der Kosten. Eine solche Vereinbarung, durch welche der Abschluß gesonderter Jurisdiktionsverträge zwischen den Bundesregierungen entbehrlich würde, könnte wohl in kurzer Zeit durch eine Kommission erzielt werden und auf gesetzlichem Wege in Vollzug kommen. c) Im Gebiete des Strafrechts wären über die internationalen Kompetenzbestimmungen zwischen den Gerichten verschiedener Staaten zuerst die Hauptgrundsätze zu vereinbaren, und hienach über Auslieferung von Verbrechern, gerichtliche Nachteile, Stellung von Zeugen, Vollzug von Urteilen und Requisitionen und Verrechnung, bezw. Nichtverrechnung der Kosten, unter Berücksichtigung der in den neueren Staatsverträgen angewendeten Grundsätze die weiteren Maßnahmen festzusetzen. Auf solchem Wege scheint die Regelung der Jurisdiktionsverhältnisse zwischen den deutschen Bundesstaaten nicht nur schneller und umfassender, sondern auch viel zweckmäßiger vorschreiten zu können, als auf dem Wege gesonderter Verhandlungen zwischen den Regierungen; die Hauptschwierigkeit der bisherigen Verhandlungen, die Verträge ohne Abänderung der Gesetze abzuschließen, fiele dabei hinweg, ohne daß übrigens die vorläufige Abänderung der Gesetze bis zur Einführung der neuen Gesetzbücher den Rechtszustand noch unbefriedigender machen oder den Uebergang erschweren würde.

„Da es gewiß von gutem Erfolge begleitet sein würde,

wenn von Seite Bayerns mit der Erklärung über die gestellten Anträge zugleich eine Ansicht der Regierung über den zu beobachtenden Gang der Verhandlungen und über die etwaigen Grundzüge der Verständigung ausgesprochen würde, erlaubt sich das unterfertigte Staatsministerium die gefällige Aeußerung über die vorstehenden Bemerkungen mit dem ergebenen Beifügen zu erbitten, daß vorläufig die mit anderen Bundesregierungen eingeleiteten Verhandlungen von Jurisdiktionsverträgen auszusetzen sein dürften."

Darauf erwiderte Justizminister v. Heintz:

„Die Abfassung gemeinsamer Gesetzbücher und die gleichförmige Normierung der bisher den Jurisdiktionsverträgen zwischen den einzelnen deutschen Staaten vorbehaltenen Gegenstände ist nicht nur höchst wünschenswert, sondern dürfte auch unter den dermaligen politischen Verhältnissen vielleicht weniger Schwierigkeiten als in früherer Zeit unterworfen sein. Es ist nicht zu bezweifeln, daß eine Anregung dieses Gegenstandes lebhaften Anklang finden würde. Da indessen die Bundesversammlung, bei welcher die Initiative zu ergreifen gewesen wäre, dermal nicht mehr besteht, so würde eine solche Anregung sich wahrscheinlich nur dann eines günstigen Erfolges zu erfreuen haben, wenn sie entweder von der deutschen Nationalversammlung oder von dem Reichsministerium ausginge. Da letzteres zur Zeit nicht vollständig konstituiert und mit der Nationalversammlung noch in der Berathung über die Verfassungsfrage begriffen ist, so würde zu besorgen sein, daß einer von der bayerischen Regierung ausgehenden Aufforderung zur Abfassung gemeinsamer Gesetzbücher oder zu übereinstimmender Normierung einzelner Rechtsmaterien entweder keine Folge gegeben oder vielleicht sogar eine widrige Auffassung und Mißdeutung zuteil werden könnte. Das ergebenst unterzeichnete Ministerium ist daher — obgleich es die in der sehr verehrlichen Note vom 3. d. M. ausgesprochenen Ansichten in der Hauptsache vollkommen teilt — der unvorgreiflichen Meinung, daß zur Zeit nicht bloß die mit anderen deutschen Regierungen eingeleitete Verhandlung über Jurisdiktionsverträge, sondern auch die Verfolgung

der früher von der Krone Württemberg angebahnten Idee einer gemeinsamen deutschen Gesetzgebung insolange auszusetzen sein dürfte, bis hierfür von Seite der Nationalversammlung oder des Reichsministeriums weitere Schritte geschehen sein werden. Solche Schritte sind um so bestimmter zu erwarten, als sie im Interesse eines allgemein anerkannten Bedürfnisses erfolgen müssen, und in der im Laufe des vergangenen Jahres zu Leipzig ausgearbeiteten deutschen Wechselordnung bereits ein unter Mitwirkung aller deutschen Regierungen ausgearbeiteter Gesetzesentwurf vorliegt, welcher nur der Sanktionierung von Seite der gesetzgebenden Gewalt bedarf, um den Anfangspunkt einer gemeinsamen deutschen Civilgesetzgebung zu bilden."

Am 12. Juli 1848 übertrug die Bundesversammlung Namens der deutschen Regierungen die Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen an die deutsche Zentralgewalt. Unverzüglich ging das neue Reichsministerium der Justiz daran, den alten Plan Thibauts ins Werk zu setzen. In § 64 der „Verfassung des Deutschen Reichs" ist festgesetzt, es liege der Reichsgewalt ob, „durch Erlassung allgemeiner Gesetzbücher über bürgerliches Recht, Handels- und Wechselrecht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren die Rechtseinheit im deutschen Volke zu begründen." Zunächst wurde vom Reichsministerium der Justiz jener von der Leipziger Kommission beratene Entwurf der Wechselordnung als Reichsgesetz proklamiert und der Entwurf eines Handelsgesetzbuches ausgearbeitet.

Die Fachliteratur sprach sich in jenen Tagen fast einhellig zu Gunsten der neuen legislatorischen Unternehmungen aus.

Held „Ueber deutsche Nationalgesetzgebung" wies auf die Inkonvenienzen hin, welche nach der täglichen Erfahrung aus der Verschiedenheit des Rechts selbst in Nachbarstaaten für das Ganze wie für Einzelne sich herausstellen, und heischte deshalb schleunige Schöpfung eines allgemeinen Gesetzbuches, „doktrinell begründet, praktisch nutzbar, auf einheimischem Boden erzeugt, dem Rechte eine sichere Gewähr, dem Nationalsinn förderlich". Die nämliche Auffassung vertrat

der geistvolle Wydenbrugk in seinen Briefen über die National-gesetzgebung. Heimbach machte in den „Andeutungen über eine allgemeine deutsche Civilgesetzgebung“ zur Versöhnung der Ansprüche von Germanisten und Romanisten den Vorschlag, daß bei dem projektierten Gesetzgebungswerk zwar das einheimische Recht in erster Reihe berücksichtigt werde, aber auch das römische Recht jene Beachtung finde, auf welches es, seit mehreren Jahrhunderten mit dem Rechtsleben der Nation eng verwachsen, Anspruch erheben kann. Einen förmlichen Entwurf eines „Allgemeinen deutschen Civilgesetzbuches nebst Motiven“ veröffentlichte Fried. Aug. Freiherr von Preuschen-Liebenstein, ein heftiger Gegner der „römischen Spitzfindigkeiten.“

Zu anderem Urteil über die Zweckmäßigkeit einheitlicher Institutionen gelangte Gustav Geib in seiner Schrift „Die Reform des deutschen Rechtslebens.“ Geib, ein Vertreter der historischen Schule Savigny's, die bisher offen oder latent der Codification sich widersetzt hatte, räumte zwar ein, daß eine Neugestaltung des deutschen Rechts unabweisliches Bedürfnis wäre, wollte aber unterscheiden zwischen den einzelnen Teilen des Rechts für welche teils Partikular-, teils allgemeine Gesetzbücher am Platze wären. Für das Civilrecht hielt er bei der Eigentümlichkeit der dermaligen Zustände eine allgemeine Gesetzgebung weder für wünschenswert noch für möglich. Es fehle ja die erste Bedingung: die Gemeinsamkeit der Rechtsüberzeugung und des Volksbewußtseins. Trotzdem wollte auch Geib die Hoffnung einer künftigen Einigung auf civilrechtlichem Gebiete festhalten: „Die Vorliebe für die rein germanische Seite unseres civilistischen Rechtsstoffes hat zwar einen sehr mächtigen Anlauf genommen, allein sie hat das begonnene Werk doch noch so wenig vollendet, daß man vielmehr mit Bestimmtheit erwarten darf, es werde jene Seite, und sollte man auch nur noch einige Zeit auf der betretenen Bahn weitergehen, immer mehr durchdringen, und es werde das römische Recht, das noch fortwährend in so viel hundert und hundert Beziehungen das Hervorbrechen unseres eigentlichen nationalen Rechtsbewußtseins verhindert, von Jahr zu Jahr auf ein immer

engeres Gebiet beschränkt werden. Ist aber dieses einmal geschehen, ist hier aus unserem gesammten Rechtsleben jedes fremde, d. h. jedes nicht vollkommen organisch mit ihm verwachsene Element ausgestoßen: so wird eben damit dann auch nicht blos jene Buntscheckigkeit unserer bisherigen Civilnormen wenigstens bedeutend vermindert, und es wird auf diese Weise dann nicht blos wenigstens die Möglichkeit einer allgemeinen Gesetzgebung gegeben werden, sondern es wird gerade dann auch die Abfassung einer solchen Gesetzgebung erst als wirklich wünschenswert sich darstellen."

Doch die revolutionären Stürme des Jahres 1848 und die dadurch heraufbeschworne Reaktion vereitelten wieder alles, was in Bezug auf einheitliche Nationaleinrichtungen überhaupt und Gesetzgebung insbesondere angeordnet und angebahnt war. Zwar mahnte noch eine österreichische Cirkular-Depesche vom 19. Juli 1850, es wäre dem partikularistischen Organisations- und Gesetzgebungsfieber nach fremden Mustern mit Hülfe zahlreicher Ständeversammlungen als ebenso vieler „Gesetzgebungsfactoren" durch einheitliches Schaffen entgegenzutreten, denn nur so könne die Bundesversammlung zum Heile Deutschlands bestehen. Nichtsdestoweniger schritt man fast in allen Staaten zu partikulärer Befriedigung der gesetzgeberischen Bedürfnisse. Der Bundestag brachte es ebenso wenig wie in seiner ersten Periode zu lebensvoller Thätigkeit auf diesen Gebieten.

Die Regierungen Württembergs und Bayerns ergriffen zuerst wieder die Initiative zur Fortbildung der nationalen Gesetzgebung.

Durch Note vom 27. Januar 1853 eröffnete die württembergische Regierung der bayerischen in vertraulicher Weise ihre Geneigtheit, die unterbrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen, um möglichste Gleichförmigkeit der in den aneinandergrenzenden Staaten bestehenden Rechtsnormen herbeizuführen.

Die Antwort, welche das Justizministerium auf die Mitteilung dieser Anfrage dem Ministerium des Aeußern erteilte, bezeugt, daß die bayerische Regierung trotz des seit 1849 nach-

weisbaren Umschwungs der inneren, wie der auswärtigen Politik wenigstens in Bezug auf das deutsche Rechtsleben noch den alten reformfreundlichen Standpunkt einnahm.

Es wird vorausgeschickt, die Gesetzentwürfe über Strafrecht und Strafprozeß seien schon dem Könige vorgelegt, könnten also nicht mehr einer nochmaligen Beratung mit Abgeordneten der Nachbarstaaten unterstellt werden.

„In Bezug auf Civilrecht und Civilprozeß sind zwar die Gesetzgebungsvorarbeiten in Bayern zur Zeit noch weniger weit vorgeschritten; indessen glaubt man doch auch in dieser Hinsicht auf dasjenige zurückkommen zu müssen, was bereits in der ergebensten Note vom 1. Juli 1847 über die voraussichtliche Resultatlosigkeit einer kommissionellen Beratung gesagt wurde, deren Aufgabe in der Prüfung und vorläufigen Feststellung allgemeiner leitender Prinzipien bestehen soll, während ihr die Möglichkeit fehlt, in formulierten Gesetzentwürfen die praktische Durchführbarkeit und die einzelnen Konsequenzen jedes solchen Prinzips zu überblicken und zu erproben. Die damals angeregten und von jenseitiger sehr geehrter Stelle getheilten Bedenken dürften im wesentlichen auch jetzt noch mit gleicher Stärke fortbestehen. Ganz abgesehen von diesen Bedenken scheint aber überhaupt angenommen werden zu müssen, daß für alle Schritte, welche auf Herstellung einer Gleichförmigkeit der Kriminal- und Civilrechtspflege in den deutschen Staaten abzielen, ein gedeihlicher Erfolg am sichersten zu erzielen sein dürfte, wenn sie von dem Zentralorgane der sämtlichen deutschen Bundesregierungen ausgehen. In diesem Falle wird die Rücksicht auf das Zustandekommen gemeinsamer, für ganz Deutschland geltender Rechtsinstitutionen hinlänglich überwiegen, um die Hindernisse zu bewältigen, welche außerdem unvermeidlich aus den divergierenden Ansichten und Interessen der verschiedenen legislativen Versammlungen in den einzelnen Bundesstaaten sich ergeben dürften.

„Das ergebenst unterfertigte Staatsministerium ist daher der Ansicht, daß auf die Vorschläge der württembergischen Staatsregierung, insofern sie lediglich die Anbahnung einer Gleichförmig-

keit der Gesetzgebung zwischen Bayern, Württemberg und Hessen bezielen, auch dermalen nicht einzugehen, dagegen aber jedem, auf die Gründung oder Vorbereitung von gemeinsamen, die sämtlichen deutschen Staaten umfassenden Rechtseinrichtungen gestellten Antrage, welcher allenfalls im Schoße der deutschen Bundesversammlung angeregt werden möchte, die kräftigste Unterstützung von Seite Bayerns zuzuwenden sei.

„Als nächstliegender Gegenstand für eine solche Anregung dürfte sich insbesondere die Abfassung eines allgemeinen Handelsgesetzbuches empfehlen.

„Die in der neuesten Zeit angebahnte größere Einigung der deutschen Handelsverhältnisse scheint dem Gelingen eines solchen legislativen Unternehmens dermalen mehr als je vorher einen günstigen Erfolg zu versprechen, und durch das Zustandekommen desselben würde — im Nachgange zu der allgemeinen deutschen Wechselordnung — ein weiterer sehr erheblicher Fortschritt zu dem Ziele einer allgemeinen deutschen Civilgesetzgebung gewonnen sein — einem Ziele, welchem man nach Ansicht des ergebenst unterfertigten königlichen Staatsministeriums weit sicherer auf dem Wege der succesiven Bearbeitung einzelner civilrechtlicher Materien von vorzugsweise internationaler Bedeutung als durch die mit einem Male unternommene Bearbeitung eines vollständig geschlossenen Civilgesetzbuches für die deutschen Bundesstaaten nahe zu kommen hoffen darf."

Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Kraft der Regierung des Einzelstaates durch Befestigung der Zentralgewalt und Stärkung des Nationalbewußtseins nicht geschwächt werde, ließ König Maximilian II. 1856 am Bundestag mehrere Anträge zur Förderung von Angelegenheiten von allgemein deutschem Interesse durch den deutschen Bund stellen.

Dazu gehörte auch Herstellung eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches. Die Einwendungen des preußischen Bundestagsgesandten von Bismarck erwirkten einen Aufschub der Konferenz. Am 15. Januar 1857 wurde diese aber zu Nürnberg eröffnet. König Max schenkte, wie sich aus den Akten ersehen läßt, den

Verhandlungen eifrige Aufmerksamkeit. Als ihm Minister v. Ringelmann über die Fortschritte des Unternehmens ausführlichen Bericht erstattete, signierte der König: „Mit Vergnügen habe Ich hievon Kenntnis genommen, bin mit dem Schlußsatz (daß Ringelmann selbst sich zur rascheren Förderung des Werks an den Konferenzen betheiligen wolle) vollkommen einverstanden und hielte für angemessen, daß die Sache von Zeit zu Zeit in den öffentlichen Blättern besprochen und gehörig betont werde.“ (Rom 3. April 1875)

Die auf dem Nürnberger Kongreß vertretenen Regierungen verhehlten sich nicht, daß manche Bestimmungen des neuen Handelsgesetzbuches in das Gefüge ihrer übrigen Gesetzgebung erheblich eingreifen würden und bedeutende Aenderungen zur Folge haben müßten, aber sie sahen ein, daß ebenso, wie sich die Handelsberechtigung nicht auf die politischen Grenzen des Einzelstaates beschränken lasse, auch die einzelnen Rechtsgeschäfte, welche jener Verkehr mit sich ziehe, nach gleichheitlichen Grundsätzen zu behandeln seien.

Am 31. Mai 1861 richtete der Bundestag an sämmtliche deutsche Regierungen die Einladung, dem Entwurf eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches baldmöglichst und unverändert in geeigneter Weise Gesetzeskraft in ihren Ländern zu verleihen. Im Laufe des nächsten Jahres wurde denn auch das Gesetzbuch in Preußen, Bayern, Sachsen, Nassau und mehreren kleineren Staaten eingeführt.

Allein immer wieder gelangte auch das Verlangen nach einheitlicher Gestaltung des gesamten bürgerlichen Rechts zum Ausdruck.

Bornemann, der „die Rechtsentwicklung in Deutschland und deren Zukunft“ zum Gegenstand einer scharfsinnigen Untersuchung machte (1856), gelangte zum Schlusse, daß die fortschreitende Entwicklung des geläuterten deutschen Rechtsbewußtseins, wie sie anfänglich zu besonderen Gesetzgebungen geführt habe, nun wieder zu einer gemeinsamen, höheren Rechtsgestaltung zurückführen und der schwächenden Zersplitterung in zahllose Besonderheiten ein Ziel setzen müsse. Für diese Gesetzgebung forderte er

ein mit prätorischer Macht bekleidetes Organ, einen etwa alljährlich zusammentretenden gemeinsamen obersten Gerichtshof.

Von anderen Prinzipien ausgehend, kam Röllners historische Studie „Die deutschen Einheitsbestrebungen" zum nämlichen Resultat. Als entschiedener Gegner des Repräsentativsystems wollte er im Interesse des monarchischen Prinzips am Gedanken der nationalen Einheit des Rechts festgehalten wissen, da dieses sonst durch die gegenwärtigen legislativen Faktoren, die Kammern der Einzelstaaten, „korrumpiert" werde.

Arndts (im Artikel „Civilgesetzgebung" in Bluntschli's deutschem Staatswörterbuch) gab der Ueberzeugung Ausdruck, es könne gar nicht anders kommen, als daß das Handelsrecht gewissermassen den Vorkämpfer weiterer Rechtsentwicklung abgeben werde. „Man wird auch in anderen Rechtsteilen mehr und mehr der Ansicht Raum geben, daß mannigfaltige Verschiedenheiten des Rechts, deren Entstehungsgrund größtenteils nur in mehr oder weniger zufälliger Verschiedenheit der Gesetzgebung zu suchen ist, keine wahrhafte innere Berechtigung der Fortdauer haben und ohne gewaltsam wohlbegründete Eigenthümlichkeiten zu brechen oder zu beseitigen, wird sich doch annähernd mehr und mehr ein gemeines Recht nicht bloß Deutschlands, sondern überhaupt der christlichen Culturvölker, ein modernes jus gentium, durch Gleichartigkeit der Civilgesetzgebungen herausbilden."

Auch der erste deutsche Juristentag 1860 warf seine Stimme zu Gunsten eines gemeinen deutschen Rechts in die Wagschale. Neben dem Wunsche, es möge das Handelsgesetzbuch so rasch wie möglich zum Abschlusse geführt werden, und der Forderung eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und einer allgemeinen, auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit beruhenden Civilprozeßgesetzgebung wurde auch die Abfassung eines allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches als dringendes Bedürfnis anerkannt. Wenigstens sei, da zur Zeit noch allerlei erschwerende Umstände das größere Unternehmen hinderten, die Kodifizierung eines gemeinsamen deutschen Obligationenrechts dringend wünschenswert und wohl ausführbar. Auch „der baldige Erlaß eines für alle deutschen Staaten gelten-

den Gesetzes über gegenseitige Vollstreckbarkeit der rechtskräftigen Civilerkenntnisse sei für ein dringendes Bedürfnis zu erachten und da zu einer Einheit in der Rechtsanwendung nur ein höchster Gerichtshof führen könne, dessen sofortige Einführung für das bestehende oder zu schaffende gemeinschaftliche deutsche Recht, Wechselrecht, Handelsrecht 2c. wünschenswerth."

Die Staatsregierungen zeigten sich nicht abgeneigt, zur Erfüllung dieser Wünsche beizutragen. Die österreichische Regierung erklärte dem Präsidenten des Juristentages, Grafen von Wartensleben, sie sei bereit, gemeinsam mit der preußischen Regierung die beiden Gesetzgebungswerke ins Leben zu rufen. Vom preußischen Justizminister von Bernuth wurde erwidert, daß „der im Protokoll des Juristentages ausgesprochene Wunsch auf Herbeiführung einer gemeinsamen deutschen Civil- und Strafprozeßgesetzgebung nur seinen eigenen lebhaften Wünschen entgegenkomme und die Deputation sich überzeugt halten solle, daß seinerseits nichts versäumt werde, was dazu beitragen könne, auf die Realisierung jenes großen Nationalzieles, und zwar sobald als möglich hinzuwirken." Ebenso gab Großherzog Friedrich von Baden in einem Schreiben an Wartensleben der Hoffnung Ausdruck, daß „das hohe Ziel der Bestrebungen des Juristentages, die Erlangung einer gemeinsamen, vaterländischen Gesetzgebung erreicht werde."

Zu einheitlicher Ordnung des Verfahrens zur Verwirklichung privater Rechte durch die Staatsgewalt wurde auch bald darauf ein entscheidender Schritt gethan.

Ein Bundesbeschluß vom 17. Juli 1862 berief eine Kommission zur Ausarbeitung einer allgemeinen Civilprozeßordnung; dieselbe trat am 15. September 1862 in Hannover zusammen.

Ferner wurde in der Sitzung des Bundestags am 13. November 1862 der Beschluß gefaßt, eine Kommission für Bearbeitung des Obligationenrechts zu ernennen.

Bayern wollte anfänglich darauf bestehen, daß der bayerische Entwurf den Beratungen zu Grunde gelegt werden sollte, aber nachdem Justizminister Mulzer in einem für den König ausgearbeiteten Gutachten davon abgeraten hatte, wurde im Interesse

des Gelingens des Ganzen von einem förmlichen Antrag Umgang genommen.

Die Kommission wurde am 7. Januar 1863 in Dresden eröffnet. Sowohl hier als in Hannover wurden Entwürfe ausgearbeitet, die jedoch nicht zur Geltung gelangten.

In den Reformpropositionen, welche Oesterreich gelegentlich des Frankfurter Fürstentages 1863 aufstellte, ist über die anzustrebende Rechtsreform keine nähere Bestimmung enthalten. Artikel 20 verlangt bloß für die Versammlung der Bundesabgeordneten das Recht beschließender Mitwirkung in Bezug auf „Feststellung allgemeiner Grundzüge für die Gesetzgebung der Einzelstaaten ..., sowie über diejenigen Gegenstände von gemeinsamem Interesse, deren allgemeine Regelung etwa künftig der gesetzgebenden Gewalt des Bundes durch verfassungsmäßige Beschlüsse des Directoriums und der Abgeordnetenversammlung würde übertragen werden."

In den nächsten Jahren nahmen die rein politischen Fragen alles Interesse in Anspruch. Das Ziel einer befriedigenden, dem praktischen Bedürfnis entsprechenden Gestaltung des bürgerlichen Rechts schien in unabsehbare Ferne gerückt zu sein, als die jähe Lösung der politischen Hauptfrage in unerwarteter Weise auch einer Regeneration des Rechtslebens freiere Bahn erschloß.

Beseler hatte in der oben angeführten Schrift geäußert, ein allgemeiner nationaler Aufschwung, eine deutschnationale That werde als notwendige Konsequenz auch einen großen konstituierenden Akt der Gesetzgebung nach sich ziehen.

Es war ein prophetisches Wort.

Das Jahr 1871 brachte auch für diese Hoffnung glorreiche Erfüllung.

Mit der Annahme der Verfassung des deutschen Reichs tritt auch die Gesetzgebung in ein neues Stadium. Schon ist einheitliche Gestaltung des Strafrechts erreicht, indem das für den Norddeutschen Bund ausgearbeitete Strafgesetzbuch für das ganze Reich Geltung erhielt; der Erlaß einer neuen Civilprozeßordnung, eines Gerichtsverfassungsgesetzes, einer Concursordnung, einer Strafprozeßordnung ist im Zuge.

Immer deutlicher drängt sich das Bedürfnis hervor, daß dem deutschen Volke auch ein gemeinsames Civilgesetzbuch zu Teil werde. Was wäre geeigneter, das stolze Gefühl, einer geeinigten starken Nation anzugehören, in der Brust jedes Mannes zu befestigen, als Einheit des Rechts? was wäre betrübender für Söhne eines Vaterlandes, als wenn sie durch eine Unzahl Provinzial- und Lokalgesetze zerrissen bleiben müßten? Die deutschen Fürsten haben 1871, als sie der Reichsverfassung freiwillig sich unterordneten, hochherzigen Opfermut an den Tag gelegt; wer möchte dies nicht dankbar anerkennen! Das Opfer erhält aber seinen vollen Wert erst dann, wenn die Fürsten auch des alten Volkswunsches nach Einheit auf dem heiligen Gebiete des Rechts mit Kraft und Eifer sich annehmen, wenn die den deutschen Volkscharakter erblich belastende vis inertiae besiegt, wenn der Widerstand der auf Gelehrsamkeit oder Erfahrung pochenden Bureaukratie gebrochen sein werden. Und nicht auf dem Wege partikularer Gesetzgebung, nur von umfassender Codification ist dauernde Befriedigung des Bedürfnisses zu erwarten.

Savigny hat nicht schlechtweg der Gegenwart den Beruf zur Gesetzgebung abgesprochen; er hat nur das Gelingen einer einheitlichen Gestaltung des bürgerlichen Rechts von einer „Vereinigung der seltensten und glücklichsten Umstände" abhängig gemacht. Haben sich nicht seit 1870 zu Nutz und Ehr des deutschen Volkes die „seltensten und glücklichsten Umstände" vereinigt? Sollten wir also nicht auch auf glückliche Lösung der edelsten und höchsten Aufgabe vertrauensvoll hoffen dürfen?

Buchdruckerei Kastner & Lossen.



Ht d

